

Jürgen Zarusky
Stalin und die Deutschen

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Sondernummer**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Stalin und die Deutschen

Neue Beiträge der Forschung

Herausgegeben
von Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Thomas Rein, München und Daniel von Johnson, Hamburg

Umschlagabbildung: Stalin-Denkmal kommt ins „Haus der Geschichte“

Ein 342 cm hohes und 3,2 Tonnen schweres Stalin-Denkmal kam am 19. April 2004 ins Bonner „Haus der Geschichte“. 1956, drei Jahre nach Stalins Tod, wurde das Denkmal im ehemals sudetendeutschen Rymarov (Römerstadt) errichtet. 1992 erwarb der Steinfabrikant Josef Kurz das Denkmal. Nach dem Motto „humanitäre Hilfe gegen sozialistische Kunst“ stiftete er dem Rymarover Krankenhaus Geld für medizinisches Gerät. Kurz überließ dem „Haus der Geschichte“ die Skulptur als Leihgabe. Foto: Jörg Carstensen, dpa Picture Alliance

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Druck und Bindung: R. Oldenbourg, Graph. Betriebe Druckerei GmbH,
85551 Kirchheim b. München

ISBN-13: 978-3-486-57893-5

ISBN-10: 3-486-57893-6

Inhalt

<i>Jürgen Zarusky</i> Einleitung.	7
---	----------

I. Stalin und die Deutschen

Aspekte der Beziehungsgeschichte

<i>Bert Hoppe</i> Stalin und die KPD in der Weimarer Republik	19
<i>Reinhard Müller</i> Denunziation und Terror: Herbert Wehner im Moskauer Exil	43
<i>Sergej Slutsch</i> Stalin und Hitler 1933–1941: Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml	59
<i>Pavel Polian</i> Stalin und die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs	89
<i>Andreas Hilger</i> Deutsche Kriegsgefangene und die Erfahrung des Stalinismus	111
<i>Jochen Laufer</i> Stalins Friedensziele und die Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1953	131
<i>Aleksej Filitov</i> Die Note vom 10. März 1952: Eine Diskussion, die nicht endet	159
<i>Bernd Bonwetsch, Sergej Kudrjašov</i> Stalin und die II. Parteikonferenz der SED. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau, 31. März–8. April 1952, und seine Folgen (Dokumentation)	173
<i>Elke Scherstjanoi</i> Die Folgen von Stalins Tod für die DDR	207
<i>Nikita Petrov</i> Die Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit am Beispiel der Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen	217

II. Essays

Stalin und Hitler – Probleme des Diktaturvergleichs

<i>Leonid Luks</i> Zur „Herrschaftslogik“ im Stalinismus und im Nationalsozialismus	225
<i>Gerd Koenen</i> Stalinismus als große Utopie? Eine Gedankenskizze	231
<i>Jürgen Zarusky</i> Herrschaftsstellung und Herrschaftsstil der Diktatoren	237

Dieter Pohl

Nationalsozialistische und stalinistische Massenverbrechen: Überlegungen zum wissenschaftlichen Vergleich	253
Abkürzungen	265
Autoren dieses Bandes	269
Personenregister	273

Jürgen Zarusky
Einleitung

Stalin ist im Kommen. Davon zeugt nicht zuletzt die anschwellende biographische Literatur der letzten Jahre. Sie nutzt die neuen Möglichkeiten des Quellenzugangs seit der sogenannten russischen „Archivrevolution“ Anfang der 90er Jahre – oder stützt sich zum mindesten auf Werke, die aus den neuen Quellen schöpfen – und ist bemüht, die Entwicklung von Stalins Persönlichkeit und die Geschichte seiner Tyrannei immer differenzierter und detaillierter darzustellen.¹ Doch während die deutschen und angelsächsischen Autoren einen „entfesselten Revolutionär“, einen „roten Zaren“, einen „machtbesessenen Diktator“ und „Despoten“ porträtieren, tauchen auf dem russischen Büchermarkt Titel auf, die den „vožd“ („Führer“) in einem davon ganz verschiedenen Licht zu zeigen bemüht sind. Der Historiker Jurij Žukov etwa meint, einen „anderen Stalin“ zu kennen, einen, der Mitte der 30er Jahre die Sowjetunion habe demokratisieren, die Wirtschaft von Dilettanten befreien und dem Land ruhige Zeiten bescheren wollen, in denen sich die innere und äußere Politik nur an nationalen Interessen orientieren sollte.² Andere, wie etwa Jurij Emelʹjanov, nehmen Stalin eher wie er war und finden ihn ganz gut so. Angesichts vieler von der Perestrojka und dem Rußland Jelzins enttäuschter Hoffnungen, einer schwierigen sozioökonomischen Lage, des vielfach noch unverarbeiteten Zerfalls der Sowjetunion und des Verlusts des Weltmachtstatus gedeiht eine eigentümliche Nostalgie. Sie bringt so merkwürdige Blüten hervor, wie das Argument Emelʹjanovs, die Anklage hoher Parteifunktionäre in den Schauprozessen von 1936–1938 als Helfershelfer der Restauration des Kapitalismus, der Zerstückelung der UdSSR und des Zurückweichens vor dem Imperialismus erscheine nicht unglaublich angesichts der Tatsache, daß sich ja in der Perestrojka hohe Parteifunktionäre eben dieser Vergehen schuldig gemacht hätten.³

Man darf indes solche apologetischen Tendenzen nicht verabsolutieren. In vielen Bereichen schreitet die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Stalin-Ära in Rußland voran und hat zum Teil imponierende Fortschritte zu verzeichnen, so etwa in jüngster Zeit eine siebenbändige Quellen-Edition zur Geschichte des stalinistischen GULag.⁴ Doch die teuren Dokumentenbände sind nur in spezialisierten Buchläden zu finden, und ihre Auf-

¹ Heinz-Dietrich Löwe, Stalin. Der entfesselte Revolutionär. 2 Bände, Göttingen 2002. Yoram Gorlicki/Oleg Chlevnjuk, Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953, Oxford 2004. Robert Service, Stalin. A Biography, London 2004. Donald Rayfield, Stalin und seine Henker, München 2004. Klaus Kellmann, Stalin. Eine Biographie, Darmstadt 2005. Simon Sebag Montefiore, Stalin. Am Hof des roten Zaren, Frankfurt a. M. 2005. Sarah Davies/James Harris (Hrsg.), Stalin. A New History, Cambridge 2005. In systemvergleichender Perspektive: Richard Overy, Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland, München 2005.

² Jurij Žukov, Inoj Stalin. Političeskie reformy v SSSR v 1933–1937 gg., Moskau 2003.

³ Jurij V. Emelʹjanov, Stalin. Na veršine vlasti, Moskau 2002, S. 523. Der erste Band der zweibändigen Stalin-Biographie trägt den Titel: Stalin. Putʹ k vlasti, Moskau 2002.

⁴ Ju. N. Afanasʹev u.a. (Hrsg.), Istorija stalinskogo Gulaga. Konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov. 7 Bände, Moskau 2004/2005. Das Projekt wurde vom russischen Kulturministerium, der Föderalen Archivagentur, dem Russischen Hauptstaatsarchiv und der amerikanischen Hoover Institution on War, Revolution and Peace getragen.

lage beträgt gerade mal 1200 Stück, während die erwähnten Werke Žukovs und Emel'janovs 10 000fach auf den Büchermarkt geworfen wurden und man sie dort auch nicht lange zu suchen braucht. Die äußerst aufschlußreiche, zuerst in deutscher Sprache veröffentlichte Studie von Alexander Vatlin über die Umsetzung des Großen Terrors im Moskauer Vorort Kuncovo, wo Stalin eine Datscha hatte, kommt hingegen in der russischen Ausgabe beispielsweise nur auf eine Auflage von 700.⁵

Diese Zahlen sind durchaus symptomatisch. Die russische Gesellschaft ist in ihrer Mehrheit der Enthüllungen über die Verbrechen des Stalinismus und der Bemühungen um ein realistischeres Geschichtsbild müde. „In der Russischen Föderation verstärkt sich angesichts von Korruption, organisierter Kriminalität, Drogensucht, Gesundheits- und Bildungskrise der Ruf nach dem ‚harten Gesetz‘ und der ‚starken Hand‘, und die Nostalgie nach der guten alten Sowjetzeit mit staatlich garantierter Ruhe und Ordnung, mit gesichertem Anspruch auf Arbeit, Wohnraum und medizinische Versorgung nimmt merklich zu. Als Personifizierung des einstigen russischen Großmachtstatus und eines gesamtnationalen Wir-Gefühls kommt Stalin in weiten (keineswegs nur altkommunistischen) Kreisen erneut zu höchsten Ehren“, konstatierte Felix Philipp Ingold Ende 2003 in der Neuen Zürcher Zeitung in einer Betrachtung über „Stalins unerschütterliches Weiterleben“.⁶ Und ein Jahr später konnte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Gennadij Zjuganov, aus Anlaß des 125. Geburtstages Stalins befriedigt feststellen: „Es ist doch für niemanden ein Geheimnis: In den letzten Jahren wächst – vor dem Hintergrund der sich vertiefenden Krise, des Zerfalls und des Chaos – das Interesse für die Persönlichkeit Josef Stalins beständig.“⁷ Tatsächlich haben in demoskopischen Umfragen zwischen 1998 und 2003 positive Bewertungen der Rolle Stalins von 19 auf 53 Prozent zugenommen.⁸ Auf die Frage „Was für eine Rolle hat Stalin in der Geschichte Russlands gespielt – eine positive oder eine negative?“ antwortete im Februar 2006 fast die Hälfte der Befragten, 47 Prozent, „eine positive“, während nur 29 Prozent der Meinung waren, Stalins Rolle sei eine negative gewesen. Ein ebenso großer Prozentsatz glaubten

⁵ Alexander Vatlin, Tatort Kuncovo. Opfer und Täter des Stalinschen Terrors 1937/38, Berlin 2003. A. Ju. Vatlin, Terror rajonnogo masštaba: „Massovyje operacii“ NKVD v kuncovskom rajone Moskovskoj oblasti 1937–1938 gg., Moskau 2004.

⁶ Felix Philipp Ingold: Er liebte und hasste, ass und trank. Erschütternd: Stalins unerschütterliches Weiterleben, Neue Zürcher Zeitung vom 15. 12. 2003. Ein Musterbeispiel für die von Ingold beschriebene Haltung liefert der Auftaktvortrag eines „Runden Tisches“ des Instituts für Russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften aus Anlaß des 50. Jahrestages von Stalins Tod. Der Referent, Aleksandr Spartakovič Senjavskij, hebt darin die Verdienste des Diktators um die Industrialisierung der Sowjetunion, den Sieg gegen Hitler-Deutschland und den Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht hervor. Die katastrophalen Verluste, die der Stalinismus dem Land zugefügt hat, spart er aus, die Hungersnot von 1932/33 erwähnt er gerade einmal mit buchstäblich einem Wort, der stalinistische Terror wird u.a. durch abwegige historische Analogien relativiert und mit der zynischen Behauptung für irrelevant erklärt, Politik und staatliche Macht seien per se nicht mit moralischen Maßstäben zu messen; A. S. Senjavskij, Kakoe nasledstvo ostavil I. V. Stalin (itogi stalinskogo pravlenija i ich vozdejstvie na otečestvennuju istoriju vtoroj poloviny XX veka), in: RAN Institut Rossijskoj Istorii (Hrsg.), 50 let bez Stalina: nasledie stalinizma i ego vlijanie na istoriju vtoroj poloviny XX veka. Materialy „Kruglogo stola“ 4 marta 2003 g., Moskau 2005, S. 9–31.

⁷ Gennadij Zjuganov, Stroitel' deržavy. K 125-letiju so dnja roždenija I. V. Stalina, 8. 12. 2004, <http://kprf.ru/personal/zyuganov/zarticles/29118.html> [19. 10. 2005].

⁸ Lev Gudkov, Die Fesseln des Sieges, in: Osteuropa 55 (2005), H. 4–6/April–Juni 2005: Kluften der Erinnerung. Rußland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg, S. 56–72, hier: S. 65.

Stalin werde heute richtig bewertet, während 38 Prozent meinten, man verunglimpfe ihn. Eine kleine Minderheit von neun Prozent sagte, Stalins Rolle werde beschönigt.⁹ Die Ergebnisse einer weiteren Erhebung zur Frage „Braucht das heutige Russland einen starken und mächtigen Führer, eine ‚starke Hand‘?“ harmonieren eindeutig mit diesem Meinungsbild: 57 Prozent der Befragten antworteten, das russische Volk brauche immer eine „starke Hand“.¹⁰

Die Sehnsucht nach dem großen Führer machte sich schon an seinem 50. Todestag, dem 5. März 2003 bemerkbar; sie manifestierte sich noch deutlicher an seinem 125. Geburtstag im Dezember 2004¹¹, als Zjuganov, wie schon fünf Jahre zuvor, einen Kranz an Stalins Grab an der Kremllmauer niederlegte¹² und der Vorsitzende der putintreuen Regierungspartei Einiges Rußland, Boris Gryslow, Stalin einen herausragenden Mann nannte, dessen „bekannte Überspitzungen in der Innenpolitik“ ihn allerdings nicht „zierten“¹³; und die Stalin-Nostalgie war deutlich spürbar, als Rußland am 9. Mai 2005 feierlich den 60. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg beging. Auf der offiziellen Ebene spielte sie keine unmittelbare Rolle. In der Festansprache Präsident Putins vor den nach Moskau eingeladenen Staats- und Regierungschefs am 9. Mai taucht der Name Stalin überhaupt nicht auf. Vielmehr wird dort die Einheit im Kampf gegen den Faschismus von den Kriegsbündnispartnern bis zum deutschen Widerstand beschworen, die auch im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus erforderlich sei.¹⁴ Doch die Ambivalenz des sowjetischen Sieges, der nicht nur Befreiung vom nationalsozialistischen Besatzungsterror und das Ende der Vernichtungslager der Shoah bedeutete, sondern auch die Sowjetisierung und Stalinisierung Ost- und Ostmitteleuropas mit den unvermeidlichen Massenverfolgungen, wurde nicht thematisiert. Den baltischen Staaten, die sich der offiziellen russischen Deutung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges unter Hinweis auf den Hitler-Stalin-Pakt und die durch ihn vorbereitete sowjetische Annexion des Baltikums widersetzen, begegnete man mit dem Vorwurf, die Tradition des NS-Kollaborationismus fortzusetzen, was vereinzelt durchaus wunde Punkte trifft.¹⁵

Der Kriegsherr Stalin ist für das offizielle Rußland indes keineswegs sakrosankt. So schreibt Boris Pjadyshev, Chefredakteur der offiziellen außenpolitischen Zeitschrift „International Affairs“, Stalin erhebliche Verantwortung für die schlechte Vorbereitung der UdSSR auf den Krieg zu. In einem Grundsatzartikel mit dem für die Sichtweise der russischen Führungselite höchst charakteristischen Titel „We Defended the Whole World, Now We Will Take Care of Ourselves“ führt er die Vernichtung des Führungsstabs der Roten

⁹ Russlandanalysen 92/06, S. 11.

¹⁰ Ebenda, S. 13.

¹¹ Tatsächlich ist Stalin allerdings nicht am 21. 12. 1879 geboren, wie es in seinen offiziellen Biographien stets hieß, sondern am 6. 12. 1878; die Falschangabe, die schon aus den 1890er Jahren datiert, diente möglicherweise dazu, dem Wehrdienst zu entgehen; vgl. Service, Stalin, S. 14.

¹² Zjuganov otmetil den´ roždenija Stalina, <http://lenta.ru/russia/1999/12/21/stalin/> [19. 10. 2005], 125-letie <http://info.rambler.ru:8100/db/news/hotshot.html?mid=5412532&d=2004-12> [20. 10. 2005].

¹³ Dreifacher Geburtstag: 125 Jahre Stalin, http://www.aktuell.ru/russland/who_is_who/dreifacher_geburtstag_125_jahre_stalin_70print.html [20. 10. 2005].

¹⁴ Prezident Rossii, Vystuplenie na prieme, posvjaščennom 60-j godovščine Velikoj Pobedy, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2005/05/87849.shtml> [20. 10. 2005].

¹⁵ Vgl. Jürgen Zarusky, Debatten um den Hitler-Stalin-Pakt. Eine Moskauer Konferenz und ihr politisches Umfeld, in: VfZ 53 (2005), S. 331-342.

Armee im Großen Terror, den Gulag, das Fehlen einer klaren militärischen Strategie und Stalins Ignoranz gegenüber den vielen Warnungen vor einem bevorstehenden deutschen Angriff an.¹⁶ Doch auf der anderen Seite heißt es zum Hitler-Stalin-Pakt nur: „We can argue about the Soviet-German non-aggression treaty signed on August 23, 1939. I think it gave Moscow its only chance to delay a head-on clash with Hitler’s powerful war machine, and Stalin didn’t let it slip.“¹⁷ Das geheime Zusatzprotokoll über die Aufteilung Osteuropas in Interessensphären der beiden Großmächte wird weder hier noch sonst an irgendeiner Stelle in dem Artikel erwähnt. Ein derartiges Beschweigen unliebsamer, weil mit problematischen Langzeitwirkungen des Stalinismus verbundener Tatsachen ist geeignet, eine Tendenz zu fördern, die der Moskauer Soziologe Lev Gudkov beobachtet hat, nämlich, „daß im selben Maße, wie die Symbolkraft des Sieges zunimmt, auch die Autorität des Genossen Stalin (als des Obersten Befehlshabers und Führers des Volkes) wächst“.¹⁸

Anzeichen dafür gibt es zur Genüge. Eine Stellungnahme der Gesellschaft „Memorial“ vom 26. April 2005 zu den Versuchen einer politischen Rehabilitierung Stalins bilanzierte: „In letzter Zeit sind in Rußland erneut Aufrufe zu vernehmen, ‚die Verdienste Stalins anzuerkennen‘ und seinen ‚Namen in ewigem Angedenken zu ehren‘. Büsten des Generalissimus stehen bereits in Išim (Gebiet Tjumen), in Čeljabinsk und im Čeljabinsker Gebiet. In Machačkala wurde eine neue Gedenktafel aufgestellt, wo Stalin als ‚großer Führer der Völker‘ bezeichnet wird. Auch die Behörden von Volgograd, Mirnyj (Jakutien), Narym (Gebiet Tomsk), Vologda, des Gebiets Belgorod, Krasnojarsk und Kaliningrad erklärten die Absicht, zu Ehren Stalins Denkmäler, Büsten und Gedenktafeln zu errichten. (In Kaliningrad wurde schon 1999 eine Büste des ‚Führers der Völker‘ aufgestellt, dann jedoch wieder entfernt.)“¹⁹ Der Stadtsowjet der 350 000-Einwohnerstadt Orel, ein im Krieg fast zwei Jahre von deutschen Truppen besetzter Brennpunkt der Schlachten um Moskau und Kursk, tat sich mit einem besonders apodiktischen Stalin-apologetischen Beschluß hervor: „Wir Kinder und Enkel des Sieges müssen die Ehre von J. W. Stalin rehabilitieren und die Wahrheit über ihn und seine Verdienste für das Volk und die ganze Menschheit, die vor 60 Jahren vor der faschistischen Unterjochung gerettet wurde, wiederherstellen.“ Straßen und Plätze der Städte sollten wieder nach ihm benannt, Denkmäler für ihn errichtet und „Verleumdung und Fälschung unserer Geschichte“ ein Riegel vorgeschoben werden. Denn, so heißt es in dem mit großer Mehrheit im Vorfeld des Siegestages gefaßten Beschluß, „während einiger Jahrzehnte wurde die Rolle seiner Persönlichkeit von Geschichtsspekulanten im Auftrag derer, die sich an uns für unsere Siege rächen, verdreht“.²⁰ Memorial verweist demgegenüber auf Tatsachen wie die Schwächung der russischen Verteidigungsfähigkeit durch die Ermordung Tausender hoher Offiziere im Großen Terror, auf Stalins Verkennung der Angriffsabsichten Hitlers 1941 und seine unmittelbare Verantwortung für die Serie katastrophaler Niederlagen im ersten Halbjahr des Krieges. Vor allem aber unterstreicht die Organisation, daß Stalin selbst dann, wenn er einen

¹⁶ B. Piadyshev, We Defended the Whole World, Now We Will Take Care of Ourselves, in: *International Affairs*, Volume 51, Number 3, 2005, S. 18-21.

¹⁷ Ebenda, S. 30.

¹⁸ Gudkov, *Fesseln des Sieges*, S. 65.

¹⁹ Versuche einer politischen Rehabilitierung Stalins – Aufruf der Gesellschaft MEMORIAL, 26.04.2005, <http://www.memorial.de/nachr.php?nid=87>

²⁰ Dokumentiert in: *Rußlandanalysen* 62/05, S. 12 f.

schnellen Sieg über Hitler-Deutschland mit wenigen Opfern erreicht hätte, „einer der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts, der Initiator und Leiter eines im Ausmaß präzedenzlosen staatlichen Terrors“ bleibe.²¹

Daß Stalin der Feldherr war, unter dem in langen, blutigen Kämpfen letztlich die deutsche Aggression, „der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“²², abgewehrt wurde und dessen Armee maßgeblich dazu beigetragen hat, den Urheber dieses Krieges, das NS-Regime, zu zerschlagen, hat indes seiner Herrschaft und dem internationalen Kommunismus in der Nachkriegszeit einen Legitimationsschub gegeben²³ und macht ihn zu einer ambivalenteren historischen Figur, als er es ohne die Konfrontation mit Hitler gewesen wäre. Der Moskauer Bildhauer Zurab Cereteli hat mit seiner monumentalen Plastik der „Großen Drei“ – Stalin, Roosevelt und Churchill – und seinem Vorhaben, sie zum 60. Jahrestag der Konferenz von Jalta an deren historischen Ort aufzustellen, offenbar genau auf diese Ambivalenz gezielt. Auf der Krim war man von dem Projekt nicht sonderlich begeistert. Insbesondere Vertreter der Krim-Tataren, die Stalin 1943/44 in entlegene Gebiete der UdSSR hatte deportieren lassen, protestierten heftig.²⁴ Der Rat der Gemeinde Livadija, des Badeortes südlich von Jalta, in dessen Weißem Palast im Februar 1945 über die künftige Weltordnung beraten worden war, hatte Zeretelis Absicht zwar mehrheitlich begrüßt, wurde aber daran erinnert, daß Denkmäler nationaler Bedeutung nur von der ukrainischen Regierung errichtet werden dürften. Und in der Ukraine, wo die Millionen Toten der durch die Zwangskollektivierung ausgelösten Hungersnot heute einen wichtigen Platz im nationalen Gedächtnis einnehmen, genießt Stalin sehr viel weniger Sympathie als in Rußland.²⁵ Ceretelis Werk fand schließlich seinen Platz im Museum der Schlacht von Stalingrad im heutigen Volgograd, wo der Bürgermeister Evgenij Iščenko, auf Proteste von Opfern stalinistischer Verfolgung reagierend, es als Museumsexponat, nicht als Denkmal einstufte.²⁶

Rußland und die Länder der ehemaligen Sowjetunion ringen also weiter mit Stalin. Und im Zusammenhang des Jahrestages des Großen Sieges ist Hitler dabei ein immer wichtigerer Bezugspunkt geworden. Die zunehmend deutlicher zutage tretenden historischen Konfliktlinien in einem Ost- und Mitteleuropa, das nach Jahrzehnten des kommunistischen Deutungsmonopols in eine offene Auseinandersetzung über die Geschichte eingetreten ist²⁷, sind in beträchtlichem Maße – in der Kooperation wie in der militärischen Auseinandersetzung – von Hitler und Stalin gezogen worden. In vieler Hinsicht ist

²¹ Versuche einer politischen Rehabilitierung.

²² Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française. Italienischer Faschismus. Nationalsozialismus*, München 1963, S. 436.

²³ Service, Stalin, S. 487; François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996, S. 457 ff.

²⁴ „Crimean Tatars Oppose Stalin Monument In Crimea“, Meldung von Radio Free Europe/Radio Liberty vom 4. 4. 2005, <http://www.rferl.org/reports/tb-daily-report/2005/04/0-040405.asp>.

²⁵ *Stalina ne pustili v Krym. Prokuror Jalty ne ocenil tvorčestva Zuraba Cereteli*, in: *Vremja Novostej online*, N^o 72, 26. 4. 2005, <http://www.vremya.ru/print/123651.html>. Wilfried Jilge, *Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild*, in: *Osteuropa* 54. Jg., 12/2004, S. 147–163.

²⁶ Galina Belousova, *Für die Große Trojka hat sich ein Platz im Museum gefunden*, in: *Rußlandanalysen* 62/05, S. 13 f.

²⁷ Annette Leo (Hrsg.), *Die wiedergefundene Erinnerung. Verdrängte Geschichte in Osteuropa*, Berlin 1992. Leonid Luks, Donal O'Sullivan (Hrsg.), *Die Rückkehr der Geschichte. Osteuropa auf der Suche nach Kontinuität*, Köln u.a. 1999.

es unmöglich, vom einen zu reden und vom anderen zu schweigen. Deshalb, aber keineswegs allein deshalb, ist Stalin auch ein deutsches Problem.

Er ist es auch, weil er seit Ende der 20er Jahre die Leitfigur der internationalen kommunistischen Bewegung war, die in Deutschland einen ihrer stärksten Zweige hatte. Er hatte daher unmittelbaren Einfluß auf die deutsche Innenpolitik. Stalin war Gegenspieler – bis hin zum indirekten Waffengang in Spanien – aber auch Partner Hitlers – bei der imperialistischen Aufteilung Osteuropas 1939. Er wurde nach dem deutschen Überfall vom 22. Juni 1941 zu seinem tödlichen Feind und als Sieger im Zweiten Weltkrieg zugleich zum Begründer der Weltmacht Sowjetunion. Deren ost- und mitteleuropäisches Glacis, dem das stalinistische Staats- und Gesellschaftsmodell auferlegt wurde, schloß auch deutsches Territorium ein. Deutsche Emigranten, die in der Sowjetunion Arbeit oder Zuflucht vor politischer Verfolgung suchten, und deutsche Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte, die nach der Niederlage einem ungewissen Schicksal entgegengingen, erlebten die stalinistische Herrschaft an ihrem Ursprungsort (und bei weitem nicht alle überlebten sie). Dasselbe gilt natürlich für die deutsche Minderheit in der Sowjetunion. Die Beziehungen, Einflüsse und epochalen Ereignisse, die Stalin und sein Regime mit den Deutschen verbinden, sind so zahlreich und bedeutsam, daß die Stalinismusforschung, die seit der Öffnung der russischen Archive eine rasante Dynamik entfaltet, geradezu zwangsläufig so etwas wie einen „deutschen Zweig“ hervorgebracht hat, der indes keineswegs von deutschen Forschern monopolisiert wird. Überdies ist ähnlich, wie in der russischen Diskussion über Stalin häufig der deutsche Diktator erscheint, in der deutschen Diskussion über Hitler oft sein sowjetisches Gegenüber implizit präsent, wobei es sich allerdings nicht um eine gleichsam „spiegelbildliche“ Analogie handelt. Die Erforschung des Stalinismus sei für die deutsche Öffentlichkeit unter anderem deshalb von Bedeutung, „weil in der hiesigen Debatte über den Nationalsozialismus der Stalinismus häufig mitgedacht wird, ohne daß die Öffentlichkeit über letzteren informiert wäre“, hat Stefan Plaggenborg 1998 festgestellt.²⁸

Schon die ersten Überlegungen zu dem Kolloquium, das das Institut für Zeitgeschichte unter dem Titel „Stalin – eine Zwischenbilanz aus deutscher Sicht“ im Jahr 2003 in München durchführte, gingen daher davon aus, daß die facettenreiche Beziehungsgeschichte und die nicht unumstrittene vergleichende Perspektive gleichermaßen berücksichtigt werden sollten. Anlaß war der 50. Jahrestag des Todes Josef Stalins am 5. März 1953, der nicht allein für die Sowjetunion eine bedeutende historische Zäsur darstellt. Die Beschränkung des Tagungsprogramms auf den „deutschen Aspekt“ hängt nicht nur mit der Standortfrage zusammen, sondern ergab sich auch schlicht aus der Tatsache, daß die Geschichte Stalins und des Stalinismus, die eine große Zeitspanne und enorme geographische Räume umspannt, in einem eintägigen Symposium nicht annähernd repräsentativ behandelt werden kann, und daher Selbstbeschränkung als die wichtigste Tugend erschien. Einer nationalen Beschränktheit sollte damit indes keineswegs das Wort geredet werden, vielmehr wurde größter Wert darauf gelegt, daß sowohl deutsche als auch russische Historiker ihre Positionen und Erkenntnisse darlegen sollten, und zwar durchgängig solche Wissenschaftler, die in jüngerer Zeit mit einschlägigen Publikationen aufgetreten sind oder aber gerade entsprechende Forschungsprojekte bearbeiten. Daß selbst im Rahmen dieser Aus-

²⁸ Stefan Plaggenborg, Stalinismusforschung. Wie weiter?, in: Ders. (Hrsg.), Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Berlin 1998, S. 443–452, hier: S. 452.

wahlkriterien angesichts begrenzter Ressourcen bei weitem keine vollständige Repräsentativität von Themen und Referenten erreicht werden konnte, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Der vorliegende Band dokumentiert die Beiträge der Tagung in überarbeiteter Form. Für die Dynamik der deutschland-bezogenen Stalinismusforschung spricht, daß er noch um zwei weitere Beiträge, diejenigen von Bernd Bonwetsch und Sergej Kudrjašov sowie von Aleksej Filitov, erweitert werden konnte. Wie das Kolloquium, so gliedert sich auch dieses Buch in zwei Teile, deren erster Aspekten der Beziehungsgeschichte gewidmet ist, während der zweite sich mit Problemen des Diktaturvergleichs befaßt. Unter dem Titel „Stalin in totalitarismustheoretischer Sicht“ wurden diese beim Symposium in einer Podiumsdiskussion debattiert. Die hier publizierten Essays basieren auf den Eingangsstatements der Teilnehmer des Podiums. Dokumentiert werden in kurzen Zusammenfassungen auch die Diskussionen zu den beziehungsgeschichtlichen Vorträgen der Tagung.

Stalins erste engere Berührung mit Deutschland ergab sich aus der führenden Stellung, die er nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch im Weltkommunismus errang, in dem die deutschen Kommunisten eine wichtige Stellung einnahmen. Die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen und der KPD in dieser Phase ist an Widersprüchen nicht gerade arm. Der Radikalisierung der Kommunisten im Zeichen von Revolutionserwartung und Sozialfaschismustheorie stand eine sowjetische Außenpolitik gegenüber, die begann, auf das Prinzip der kollektiven Sicherheit zu setzen. Der Kurs der KPD schwankte zwischen punktueller Kooperation mit den Nationalsozialisten, etwa beim Volksentscheid für die Auflösung des preußischen Landtags 1931 oder beim Berliner Verkehrstreik 1932, und blutigen Straßenkämpfen mit ihnen. Die Unübersichtlichkeit dieser Politik hat der älteren Forschung den Raum für verschiedenartigste Interpretationen und Thesen geöffnet, bis hin zu der Annahme, Stalin habe bewußt die Machtübernahme Hitlers befördern wollen. Bert Hoppe (Berlin) geht nicht nur diese alten Probleme auf der Grundlage neuer Quellen aus den ehemaligen Parteiarchiven der KPdSU und der SED sowie dem Archiv des russischen Außenministeriums an, sondern untersucht auch die Frage, wie die Abhängigkeit der deutschen KP und ihr Gleichtakt mit den sowjetischen Forderungen eigentlich ins Werk gesetzt wurde und welche spezifische politische Kultur dem zugrundelag. Er hebt dabei die generell hohe Bedeutung der KPD für Stalin Ende der 1920er Jahre hervor und analysiert dessen deutsche personale Netzwerke.

Stalins Netzwerke basierten generell auf dem Prinzip rein zweckrationaler Patronagebeziehungen, keineswegs auf dem politischer oder persönlicher Loyalität. Viele seiner Anhänger begriffen das zu spät, so etwa Heinz Neumann, zeitweilig, wie Hoppe zeigt, Stalins engster Vertrauensmann unter den deutschen Kommunisten. Als Emigrant in Moskau wurde er im April 1937 verhaftet, und am 1. November 1937 findet sich sein Name auf einer der unzähligen Listen von Personen, die für das vom Militärkollegium des Obersten Gerichts auszusprechende Todesurteil vorgesehen waren. Stalin und seine engsten Mitarbeiter, in diesem Falle Molotov, Vorošilov, Kaganovič und Ždanov, segneten das per Unterschrift ab.²⁹ Welche Rolle ein anderer damaliger prominenter deutscher Kommunist, nämlich Herbert Wehner, im Großen Terror gespielt hat, untersucht Reinhard Müller (Hamburg) in seinem Beitrag. Müllers mit Moskauer Quellenfunden begründete These,

²⁹ Vgl. Stalinskije rasstrel'nye spiski, <http://stalin.memo.ru/spiski/tomi04.htm>, Abt. V, Nr. 84.

der von Wehner 1937 verfaßte, ausführliche Bericht über die „trotzkistische Wühlarbeit in der deutschen antifaschistischen Bewegung“ sei Grundlage eines Direktivbriefs gewesen, mit dem Ežov, der Chef des NKVD, im Februar 1937 eine Verfolgungskampagne unter deutschen kommunistischen Emigranten anordnete, was Wehner später verschwiegen und vertuscht habe³⁰, hat schon seit einiger Zeit für Diskussionen gesorgt – auch auf der Tagung im IfZ.³¹

Daß die Logik des Stalinschen Großen Terrors zutiefst irrational war, ist weithin, allerdings nicht allgemein, anerkannt. Seiner Außenpolitik hingegen wird erheblich größere Rationalität zugeschrieben, und in der Tat war Stalin in dieser Beziehung von der Desperadopolitik Hitlers weit entfernt. Daß aber, gerade was die Beziehungen zum NS-Staat betraf, die Kalküle des Kreml nicht aufgingen und er Fehl kalkulationen erlag, die gravierende Konsequenzen für das eigene Land nach sich zogen, zeigt Sergej Slutsch (Moskau) in seinem Beitrag über die Stalinsche Deutschlandpolitik der Jahre 1933 bis 1941. Er beruht auf einer profunden Kenntnis der einschlägigen Quellen sowohl sowjetischer als auch deutscher Provenienz. Slutsch stellt Stalins Fehleinschätzung der Gefahr, die der Sowjetunion 1941 von Hitler drohte, in die längere Perspektive einer Außenpolitik, die sich stets um Deutschland bemüht hat, aber erst zum Zuge kam, als das NS-Regime einen Partner zur Absicherung seines Polenfeldzuges brauchte. Nach der kurzen Blüte der imperialistischen Partnerschaft setzte Stalin auf Appeasement. Das funktionierte ebensowenig wie zuvor bei den Westmächten, trug der UdSSR allerdings noch wesentlich verheerendere Folgen ein.

Die Sowjetunion wurde vom deutschen Angriff überrascht und begegnete ihm schlecht vorbereitet. Drei Millionen Kriegsgefangene fielen allein 1941 in deutsche Hand, rund 60 Prozent gingen, zumeist an Hunger, in der Gefangenschaft zugrunde. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete, zumal die jüdische, war der nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik schutzlos ausgesetzt. Holocaust-Überlebende, heimkehrende Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge und auch alle, die sich im von Deutschland besetzten Gebiet befunden hatten, hatten die Zeche für Stalins Fehler indes gleich zweimal zu bezahlen. Denn jeder, der mit dem Feind in irgendeiner Weise zusammengeliebt hatte, sei es unter der Besatzung, als nach Deutschland deportierter Zwangsarbeiter, in Kriegsgefangenschaft oder gar im KZ oder im Ghetto, wurde nach dem Krieg mit größtem Mißtrauen behandelt und vielfältigen Diskriminierungen oder sogar Verfolgungen ausgesetzt. Pavel Polian (Freiburg/Moskau) analysiert nicht nur die entsprechende Normsetzung und Herrschaftspraxis des stalinistischen Regimes, von der Kriminalisierung der Kriegsgefangenschaft über die Deportationen ganzer als illoyal verdächtigter Volksstämme bis hin zur mörderischen Zerschlagung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, sondern veranschaulicht unter Rückgriff auf biographische Zeugnisse auch, was diese Politik für den einzelnen bedeutete.

³⁰ Jetzt ausführlich dokumentiert in Reinhard Müller, Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg 2004.

³¹ Jenseits wissenschaftlicher Gebräuche, zu denen es gehört, ad rem und nicht ad personam zu argumentieren, bewegt sich allerdings der Wehner-Biograph und langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Hartmut Soell, wenn er Müller obstinat unterstellt, das Motiv seiner Forschungen über Wehner sei, „seine eigene DKP-Vergangenheit vergessen zu machen“. Vgl. Soells Rezension von Müllers Buch in: *Historische Zeitschrift* 281 (2005), S. 235–239, und Hartmut Soell, Herbert Wehner als junger Revolutionär, in: Friedemann Bedürftig, *Die Leiden des jungen Wehner. Dokumentiert in einer Brieffreundschaft in bewegter Zeit 1924–1926*, Berlin 2005, S. 141–157, hier: S. 152.

Auch unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gab es hohe Verluste. Sie waren nicht die Folge eines gezielten Vernichtungs- oder Rachefeldzuges, aber auch nicht allein auf die schweren Lebensverhältnisse in dem vom Krieg zerstörten Land zurückzuführen. Den völkerrechtlichen Normen entsprach die Kriegsgefangenschaft unter Stalin in vieler Hinsicht nicht, wie Andreas Hilger (Hamburg) erläutert. Arbeitseinsatz, Umerziehung und Verfolgung von Kriegsverbrechen waren zwar im Grundsatz legitime Ziele, die auch von den Westmächten verfolgt wurden, trugen aber in der Sowjetunion ein spezifisch stalinistisches Gepräge. So wurde etwa die Verfolgung von Kriegsverbrechern zu einem Vehikel der Langzeithaftierung Zehntausender Kriegsgefangener, deren wirkliche Schuld oder Unschuld festzustellen die politisch deformierte sowjetische Justiz völlig außerstande war. Daß die Kriegsgefangenenpolitik eine spezifisch stalinistische war, verdeutlichen die anders ausgerichteten Weichenstellungen der Nachfolger des Diktators, ohne die etwa die legendäre Mission Adenauers in Moskau 1955 nicht möglich gewesen wäre. Neben politischen Maßgaben und den grundlegenden Lebensbedingungen der Kriegsgefangenen analysiert Hilger auch deren Wahrnehmung der sowjetischen Verhältnisse, die das Sowjetunionbild speziell in der Bundesrepublik weit über Stalins Tod hinaus stark prägten.

Jochen Laufer (Potsdam), zusammen mit dem Archivmitarbeiter des russischen Außenministeriums Georgij Kynin, Bearbeiter und Herausgeber der bisher dreibändigen, in russischer und deutscher Sprache vorliegenden Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage“³² untersucht die kontrovers diskutierten Friedensziele Stalins und die Kontinuität seiner Deutschlandpolitik. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß sich in Stalins deutschlandpolitischem Denken seit November 1941 eine kontinuierliche Favorisierung einer Aufteilung des Aggressorstaates Deutschland erkennen läßt, die bei Bedarf, insbesondere nach dem Krieg, durch Einheitserklärungen propagandistisch abgeschirmt wurde.

Einheitspropaganda oder Einheitspolitik? Vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten Stalin-Note vom 10. März 1952 spitzte sich diese Frage zu. Ob Bundeskanzler Adenauer aufgrund eines bornierten Antibolschewismus leichtfertig eine Chance zur Wiederherstellung der deutschen Einheit vergeben hat oder ob er klug genug war, einem aufwendigen Propagandatrick, der die bundesdeutsche Westintegration behindern sollte, nicht auf den Leim zu gehen, wird seit Jahrzehnten diskutiert, allerdings erst in jüngster Zeit auch auf der Grundlage russischer Quellen. In dieser neuen Etappe einer langjährigen Diskussion³³, entwickelt Aleksej Filitov unter Verwendung bislang unbekannter russischer Quellen einen eigenen Standpunkt.

Kurz nachdem die westliche Antwortnote dem sowjetischen Versuchsballon – sollte es denn einer gewesen sein – das Gas abgelassen hatte, reiste die SED-Führung nach Moskau,

³² G. P. Kynin und J. P. Laufer (Bearbeiter), *SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii*, Band 1–3, Moskau 1996, 2000 und 2003. Dies. unter Mitarbeit von Viktor Knoll (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Band 1–3, Berlin 2004.

³³ Vgl. dazu: Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002, insbesondere auch die Auswahlbibliographie S. 201–208, ferner: Wilfried Loth, *Das Ende der Legende*. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung, in: *VfZ* 50 (2002), S. 653–664. Jochen Laufer, *Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der deutschen Außenpolitik*. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen, in: *VfZ* 52 (2004), S. 99–116.

um sich von Stalin Direktiven für die bevorstehende Parteikonferenz der SED und generell für die Entwicklung ihres Staates abzuholen. Die nicht nur deutschlandpolitisch und für die Geschichte der DDR, sondern auch hinsichtlich des äußerst hierarchischen Umgangsstils, der im Umgang mit den deutschen Genossen gepflegt wurde, höchst aufschlußreichen Protokolle der beiden Begegnungen vom 1. und 7. April 1952 wurden von Bernd Bonwetsch (Bochum/Moskau) 2003 in der russischen Quellenzeitschrift „Istočnik“ veröffentlicht.³⁴ Zusammen mit Sergej Kudrjašov (Moskau) präsentiert er sie in diesem Band mit einer erheblich erweiterten Einleitung, die den Stellenwert der Besprechungen im Rahmen der grundlegenden deutschlandpolitischen Weichenstellungen des Frühjahrs 1952 eingehend erläutert.³⁵

So entscheidend Stalins Absichten für die Entwicklung der DDR waren, so war sein Tod für die Bürger des SED-Staats, wie Elke Scherstjanoi (Berlin) darlegt, doch keine so eindeutige Zäsur, wie man das annehmen möchte. Scherstjanois Beitrag entfaltet ein vielgestaltiges und in manchen Einzelheiten überraschendes Panorama der Meinungen und Einstellungen in der DDR.

Der deutsche Terminus „Vergangenheitsbewältigung“ ist als „preodolenie prošlogo“ nach dem Untergang der kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion auch in den russischen Sprachschatz eingegangen. Die gesellschaftlichen Prozesse, die damit benannt werden, unterscheiden sich in beiden Ländern indes stark voneinander. In Rußland ist in dieser Hinsicht alles noch komplizierter. Am Beispiel der Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung zeigt Nikita Petrov (Moskau) die Widersprüchlichkeit und Problematik bis hin zu jüngsten Entwicklungen auf. Bemerkenswert ist dabei, daß die Rehabilitierungen keinen eindeutigen Systembruch voraussetzten. Schon nach Beendigung des Großen Terrors von 1937/38, also im Rahmen der Stalinschen Diktatur, kam es in begrenztem Maße zu Rehabilitierungen, und nach dem Tod Stalins war es ausgerechnet dessen langjähriger Geheimpolizeichef Berija, der, bis er verhaftet und hingerichtet wurde, den Massenrehabilitierungen die ersten Impulse gab. In der Ära Chruschtschow wurde ein wirklich großer Schritt nach vorne gemacht, zugleich aber gab es neue Opfer politischer Verfolgung. Diese Zwiespältigkeit endete im wesentlichen erst in der Perestrojka, was aber keineswegs das Ende aller Probleme bedeutet. Die schwierigen Fragen des Umgangs mit tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen Kriegsverbrechern erschweren die Sache ebenso wie das neuerliche Anwachsen konservativ-autoritärer Einstellungen, die mit Rückfällen in alte Geschichtsbilder und Stereotype einhergehen.

Bei weitem noch nicht bewältigt ist auch die Problematik des wissenschaftlichen Vergleichs der Führerdiktaturen. In vier Essays wird sie in der abschließenden Sektion dieses Bandes unter verschiedenen Blickwinkeln behandelt. Leonid Luks (Eichstätt) fragt, welche „Herrschaftslogik“ der unterschiedlichen Entwicklung der Regime Stalins und Hitlers zu-

³⁴ Istočnik 2003, Nr. 3, S. 100–128.

³⁵ Auf der Basis der Istočnik-Publikation haben Elke Scherstjanoi und Rolf Semmelmann 2004 eine deutsche Übersetzung der Protokolle mit eigenem Kommentar veröffentlicht: Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und April 1952 (Teil 2), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), S. 238–269. Die hier vorliegende Dokumentation ist allerdings gegenüber derjenigen in Istočnik erweitert, die Übersetzungen weichen voneinander ab und die Kommentierung und Interpretation der Quellen durch die Herausgeber der Originaldokumente unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von derjenigen von Scherstjanoi und Semmelmann.

grundelag und hebt dabei eine oft übersehene Gemeinsamkeit hervor, nämlich den ausgesprochen ambivalenten Charakter beider Systeme, der den Klischees von ideologischer Starre und monolithischen Strukturen entgegensteht und ohne den die Flexibilität und Manövrierfähigkeit der Diktaturen nicht zu erklären ist. Gerd Koenen (Frankfurt) behandelt die Rolle der Utopie, die gemeinhin als mobilisierende Vision betrachtet wird. Koenen verweist demgegenüber stärker auf die „Rückseite“ der Utopie, die recht glanzlos als Kompensation von Legitimationsdefiziten und faktischer Ohnmacht der Machthaber gegenüber nicht kontrollier- und steuerbaren gesellschaftlichen Prozessen erscheint. Jürgen Zarusky (München) untersucht Herrschaftsstellung und -stil der Diktatoren. Er befaßt sich dabei mit Reichweite und Erklärungskraft theoretischer Ansätze zum Verständnis dieses Problems und plädiert für Kombinationslösungen, bei denen das Totalitarismuskonzept im Sinne Hannah Arendts nach wie vor erhebliche Bedeutung hat. Dieter Pohl (München) schließlich legt systematische Überlegungen zum wissenschaftlichen Vergleich der Massenverbrechen beider Regime vor, die um so bedeutsamer sind, als allzu freihändige, methodisch nicht reflektierte oder von außerwissenschaftlichen Interessen geleitete Vergleiche auf diesem Feld nicht nur der Bildung von Legenden Vorschub leisten sondern auch den selbstverständlichen Respekt vor den Opfern nicht gewährleisten können.

Bei dem nie vollständig zu lösenden Problem der deutschen Schreibweise russischer Namen, Begriffe und Literaturangaben hat sich der Herausgeber dafür entschieden, in der Regel die wissenschaftliche Transliteration zu verwenden. Ausnahmen werden im Sinne der besseren Lesbarkeit gemacht, wenn sich eine Schreibweise bereits einbürgert hat und die Transliteration irritierend erscheinen würde, also Jelzin statt El'cin und Trotzki statt Trockij. Die Beiträge von Sergej Slutsch, Pavel Polian, Aleksej Filitov und Nikita Petrov wurden vom Herausgeber aus dem Russischen übertragen.

Der Dank des Herausgebers gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die die Stalin-Tagung 2003 finanziell gefördert hat, den vielen Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen im Institut für Zeitgeschichte, ohne deren Hilfe sie nicht hätte durchgeführt werden können, er richtet sich ferner an Helmut Altrichter (Erlangen) und Bianca Pietrov-Ennker (Konstanz) für die Moderation der Schlußsektion und der Podiumsdiskussion sowie an Anne Munding für die Aufzeichnung des Verlaufs der Tagung.

Bert Hoppe

Stalin und die KPD in der Weimarer Republik

Wer sich heute mit dem Verhältnis zwischen Stalin und der KPD in den Jahren der Weimarer Republik beschäftigt, wird in diesem Zusammenhang hauptsächlich zwei Komplexe zu behandeln haben. Es stellt sich erstens die Frage, welche Rolle Stalin den deutschen Kommunisten in seiner Politik zuwies: War die KPD für ihn ein Hebel, um die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben oder bloß ein Instrument im Dienste der sowjetischen Außenpolitik? Der Blick auf das Verhältnis zwischen Stalin und der KPD kann somit zum einen Auskunft geben, wie sich Ideologie und Realpolitik im Denken des Generalsekretärs überlagerten. Zum anderen stellt sich vor dem Hintergrund des Scheiterns der ersten deutschen Demokratie aber auch die Frage, welche Verantwortung Stalin für den Zusammenbruch der Weimarer Republik trägt. Nahm er einen Sieg der NSDAP bewußt in Kauf oder arbeitete er am Ende gar darauf hin, um die außenpolitische Situation der Sowjetunion durch einen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland zu verbessern? Um diesen Fragen nachzugehen, reicht es nicht, nur auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu blicken. Es muß vielmehr auch untersucht werden, wie Stalin in den Jahren bis 1933 die Stellung der Sowjetunion im internationalen Kontext wahrnahm und welche Bedeutung er in diesem Zusammenhang der Komintern beimaß.

Während über die *Ziele* der stalinischen Politik in den vergangenen Jahrzehnten intensiv und ausführlich diskutiert wurde, ist die Frage nach der *Umsetzung* dieser Politik und nach den „Mechanismen der Macht“¹ erst in den letzten Jahren in das Zentrum des Interesses gerückt. Deshalb darf sich die Arbeit des Historikers heute, nach der zumindest teilweisen Öffnung der russischen Archive, nicht nur darauf beschränken, die bekannten „Erklärungen im Sinne der alten Politikgeschichte“ lediglich „mit neuem Faktenmaterial“ zu unterfüttern, wie vor einiger Zeit provokativ formuliert wurde.² Vielmehr sollte diese Chance auch dazu genutzt werden, mit neuen Fragestellungen an das neu zugängliche Material heranzutreten. Angeregt durch entsprechende Untersuchungen der NS-Forschung, hat die Stalinismus-Forschung inzwischen zu Recht versucht, das schlichte Modell eines rein auf Befehl und Gehorsam basierenden politischen Systems zu modifizieren und nach inneren Strukturen, nach personalen Netzen und den Motiven der politischen Akteure zu fragen.³

Auch wenn entscheidende Aktenbestände der Moskauer Archive noch immer (oder mittlerweile wieder) gesperrt sind – und darunter befinden sich ausgerechnet die Bestände, die über die Verbindung Stalins zur Komintern Auskunft geben – lassen sich aufgrund

¹ Vgl. Oleg Chlevnjuk, *Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg 1998.

² Berthold Unfried, *Vom Nutzen und Nachteil der Archive für die Historie. Stalinismusforschung und Komintern-Historiographie nach Öffnung der russischen Archive*, in: *Zeitgeschichte* 22 (1995), S. 265–284, hier: S. 270.

³ Vgl. etwa: Ian Kershaw/Moshe Lewin (Hrsg.), *Stalinism and Nazism. Dictatorships in comparison*, Cambridge 1997.

des heute zugänglichen Materials bereits neue Aussagen treffen über das interne Verhältnis zwischen Stalin, der Komintern und der KPD. So kann heute weit genauer bestimmt werden, wie stark die Abhängigkeit der KPD von Stalin tatsächlich gewesen ist, als dieser seine persönliche Macht gegenüber den Kontrahenten noch nicht vollständig abgesichert hatte. Hatten sich die deutschen Kommunisten tatsächlich vollständig Moskau unterworfen oder gab es zwischen den Parteizentralen in Berlin und Moskau Konflikte um die Ausgestaltung der Parteilinie? Welche persönlichen Beziehungsgeflechte bestanden zwischen Stalin und der deutschen Parteiführung und wie wirkte sich dies auf die Hierarchie innerhalb der Komintern aus? Indem wir auf diese Details des Politikmanagements blicken, erhalten wir nicht nur Einsicht in die bislang weitgehend verschlossene Welt der Parteikader, sondern kommen auch der Antwort auf die Frage näher, inwieweit die Radikalität der KPD in der Endphase der Weimarer Republik „hausgemacht“ war oder durch die Komintern importiert wurde.

I

Seitdem die Bolschewiki die Provisorische Regierung in Petrograd am 25. Oktober 1917 durch einen Staatsstreich abgesetzt hatten, wähten sie sich in einer Welt von Feinden – von inneren und äußeren. Zu den Schreckbildern, von denen sich die neuen Machthaber in den folgenden Jahrzehnten verfolgt fühlten, gehörte insbesondere die Furcht, von einer antibolschewistischen Allianz ausländischer Staaten umzingelt und sodann angegriffen zu werden. So weckte der sich im Herbst 1918 abzeichnende Sturz der Hohenzollern-dynastie bei Lenin nicht nur Hoffnungen, sondern löste auch Ängste aus: Einerseits schien eine Ausbreitung der Revolution nach Westeuropa nur ein Jahr nach der „Oktoberrevolution“ nun plötzlich real zu werden. Andererseits aber stand zu befürchten, daß sich ein militärisch geschlagenes und noch nicht „revolutioniertes“ Deutschland auf die Seite der Westalliierten stellen würde, um gemeinsam mit diesen gegen die neue Sowjetmacht zu kämpfen. Die Tatsache, daß die erste parlamentarische (und zugleich letzte) Regierung des Kaiserreiches nach der Abdankung Wilhelms II. prompt die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbrach und den erst wenige Monate zuvor geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk annullierte, schien diese Befürchtung zu bestätigen.⁴

In der Nachkriegszeit bestanden aus Sicht der Bolschewiki zwei Möglichkeiten, um dieser Bedrohung durch einen sich bildenden „Belagerungsring“ entgegenzuwirken: Entweder mußte die „Revolutionierung“ Mitteleuropas erreicht werden, oder die Gegensätze innerhalb des „imperialistischen Lagers“ mußten soweit verschärft werden, daß sich die europäischen Mächte nicht zu einer antibolschewistischen Front zusammenschließen konnten. Deutschland nahm in beiden Konzeptionen einen zentralen Platz ein: Zum einen schien das Land aus der Sicht der marxistisch geschulten Bolschewiki historisch „reif“ zu sein für eine baldige proletarische Revolution. Zum anderen war Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag aus bolschewistischer Sicht in den Rang einer Halbkolonie des „Entente-Kapitals“ herabgedrückt worden. Deutschland und Sowjetrußland, so war man in Moskau überzeugt, hatten nun gemeinsame staatliche Interessen – und ganz konkret

⁴ Vgl. Lenins Reden über die internationale Lage vom 22. 10. 1918 und 8. 11. 1918, in: Lenin, Werke, Band 28: Juli 1918–März 1919, Berlin 1972, S. 104–118, 145–159.

einen gemeinsamen Feind, nämlich Polen, die Hauptstütze des französischen *Cordon Sanitaire* – jener „konterrevolutionären Scheidewand“ Europas, wie Stalin vielsagend formulierte.⁵

Für die Politik der Bolschewiki in der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ist die Tatsache charakteristisch, daß sie die beiden oben genannten Auswege aus der internationalen Isolation abwechselnd und zuweilen sogar gleichzeitig beschritt⁶: Während beispielsweise die KPD, von Moskau ermuntert, im Frühjahr 1921 mit der „Märzaktion“ die Revolution probte, verhandelten sowjetische Diplomaten mit der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.⁷ Und ein gutes Jahr, nachdem im April 1922 schließlich der umstrittene Rapallo-Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland unterzeichnet worden war, der später als „Koalition der Verlierer“ des Ersten Weltkrieges gegen dessen Gewinner bezeichnet wurde, drängte die bolschewistische Führung die KPD-Spitze, einen „Deutschen Oktober“ zu organisieren.⁸ Auf diese Weise, so hoffte man im Politbüro, würden sich sämtliche Schwierigkeiten überwinden lassen, die sich den Bolschewiki seit ihrem Staatsstreich in den Weg gestellt hatten. Gemeinsam würden die beiden Länder militärisch und wirtschaftlich stark genug sein, um sich „vor jeglichen Angriffen des Weltimperialismus“ zu schützen, prophezeite Grigorij Zinow´ev, Kominternvorsitzender und Mitglied des Politbüros der KPdSU, im September 1923.⁹

Ob Stalin in den Jahren vor 1923 ebenso in revolutionseuphorische Zustände verfiel, wie dies bei Lenin¹⁰ oder Zinow´ev periodisch der Fall war, ist jedoch zweifelhaft. Seit langem ist bekannt, daß Stalin die Aussichten ausländischer kommunistischer Parteien, eine erfolgreiche Revolution durchzuführen, häufig sehr skeptisch beurteilte. So mahnte der Generalsekretär wenige Monate vor dem geplanten „Deutschen Oktober“ in einem Brief an Zinow´ev und Bucharin, der KPD fehle der notwendige Rückhalt in der Bevölkerung: „Wenn in Deutschland die Macht heutzutage stürzt und die Kommunisten sie aufheben, dann werden sie mit Pauken und Trompeten scheitern. [...] Meiner Meinung nach muß man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern.“¹¹ Nachdem der Aufstandsver-

⁵ „Die Scheidewand“, in: Stalin, Werke, Band 4: November 1917–1920, Berlin 1951, S. 147 f.

⁶ Vgl. Viktor A. Zubačevskij, *Politika sovetskoj Rossii v central´noj Evrope v načale 1920-ch godov (po novym dokumentam)*, in: *Otečestvennaja Istorija* 13 (2003), S. 86–101.

⁷ Zu den Verhandlungen der Jahre 1920–1922, die in der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages gipfelten und den sowjetischen Motiven vgl. vor allem: Sergej Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939. Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen*, in: Hans Adolf Jacobsen u.a. (Hrsg.), *Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995*, Baden-Baden 1995, S. 28–90, hier: S. 35–44. Zur „Märzaktion“ der KPD vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt a. M. u.a. 1986.

⁸ Zum „deutschen Oktober“ vgl. Leonid Babičenko, *Politbjuro CK RKP(b), Komintern i sobytija v Germanii v 1923 g. Noveje archivnye materialy*, in: *Novaja i Novejšaja Istorija* 1994, H. 2, S. 125–157.

⁹ Grigorij Zinow´ev, *Die zukünftige Revolution in Deutschland und die Aufgaben der RKP* [Bericht vor dem Plenum des ZK der KPdSU vom 23. 9. 1923], zitiert nach: Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 45.

¹⁰ Vgl. sein während des Zweiten Kongresses der Komintern abgeschicktes Telegramm an Stalin vom 23. 7. 1920, abgedruckt in: Jakov S. Drabkin u.a. (Hrsg.), *Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty*, Moskau 1998, Dok. Nr. 39, S. 186.

¹¹ Brief Stalins an Zinow´ev und Bucharin vom 7. 8. 1923, zitiert nach: Lew Besymenski, *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2002, S. 42 (Der Brief wurde erstmals zitiert in: August Thalheimer, *Eine verpasste Revolution*, Berlin 1931, S. 31).

such kläglich gescheitert war, sah sich Stalin in dieser Ansicht bestätigt: „Die Kommunisten hatten keine Mehrheit unter den Arbeitern“, bewertete er im November 1923 rückblickend die Chancen der KPD. Die deutsche Bourgeoisie sei zudem „quicklebendig und hat genügend Kräfte zur Verfügung, um die Kommunisten aufs Haupt zu schlagen“.¹²

Das Scheitern dieses letzten Revolutionsversuches in Europa vor dem Zweiten Weltkrieg veranlaßte Stalin, sich gemeinsam mit Nikolaj Bucharin zunächst für einen isolierten „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ – also in der Sowjetunion selbst – einzusetzen. Während Lenin, Trotzki oder Zinov'ev davon überzeugt waren, das Überleben Sowjetrußlands hinge davon ab, ob es gelänge, die Nachbarstaaten ebenfalls zu revolutionieren¹³, richtete sich Stalin auf eine längere „Phase der Ebbe der Revolution“ ein, in welcher die Bolschewiki auf sich gestellt bleiben würden.¹⁴ Auf dem XIV. Parteitag im Dezember 1925 charakterisierte er die aktuelle internationale Lage als eine auf einem Gleichgewicht der Kräfte basierende „Atempause“ im Kampf zwischen den feindlichen Lagern, als eine „gewisse Periode des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariates“.¹⁵

Über die Dauerhaftigkeit dieses Friedenszustandes machte sich Stalin jedoch keinerlei Illusionen. Stalins Briefe an Vertraute und Untergebene lassen den Schluß zu, daß er fest daran glaubte, daß die Sowjetunion früher oder später von den imperialistischen Mächten angegriffen werden würde und er also die Horrorszenarien der sowjetischen Propaganda und des Geheimdienstapparats offenbar durchaus ernst nahm.¹⁶ Nach Einschätzung Stalins konnte die Sowjetunion bis auf weiteres im Angriffsfall keinerlei militärischen Beistand von außerhalb erwarten. Den Anforderungen dieser internationalen Konstellation, so die Überzeugung des Diktators, hatte sich die Komintern inhaltlich und strukturell anzupassen: Stellte sie zuvor gewissermaßen eine Exportagentur für den revolutionären Bolschewismus dar, sollte ihre Aufgabe nunmehr vorrangig darin bestehen, die Sowjetunion zu beschützen. Die Losung von der Sowjetunion als dem „Vaterland aller Werktätigen“ hatte für ihn somit einen ganz praktischen Sinn: Wenn die ausländischen Arbeiter „unsere Republik als ihr Kind betrachten“, so zeigte sich Stalin überzeugt, „dann wird ein Krieg gegen unser Land unmög-

¹² Brief Stalins an Pjatakov vom 8. 11. 1923, RGASPI 558/11/785: 23–26, hier: 24.

¹³ Schon am 7. 3. 1918 meinte Lenin in seiner „Rede über Krieg und Frieden“, „wir werden auf jeden Fall [...] zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt.“ Lenin, Werke, Band 27, S. 73–96, hier: S. 81. Zu den Konflikten mit Trotzki und Zinov'ev über die These des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ vgl. Kevin McDermott u.a., *The Comintern. A history of international communism from Lenin to Stalin*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire 1996, S. 50–55. Zur „deutsche[n] Revolution als Problem der bolschewistischen Revolutionsstrategie“ vgl. Dietrich Ceyer, *Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung. 1918–1932*, in: VfZ 24 (1976), S. 2–37, hier vor allem: S. 4–13.

¹⁴ Vgl. seine Bemerkungen zur internationalen Lage in seinem Referat vor dem Parteitag der Moskauer Organisation der KPR(b) am 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, Berlin 1952, S. 77–114, hier: 79.

¹⁵ Vgl. seinen „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 18. 12. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, S. 227–305, hier: S. 227 f.

¹⁶ Seine Erwartung einer erneuten alliierten Intervention geht deutlich aus einem Brief Stalins an den Geheimdienstchef Menzinskij vom Oktober 1930 hervor, abgedruckt in: Larissa Košelova (Hrsg.), *Pis'ma I. V. Stalina V. M. Molotovu. 1925–1936 gg.*, Moskau 1995, S. 187 f., hier: S. 187. Die These, Stalin habe an die angebliche Kriegsgefahr „selbst nicht geglaubt“, sondern vielmehr aus innenpolitischen Gründen genutzt, findet sich u.a. bei: Thomas Weingartner, *Die Kommunistische Internationale als Vermittlungsebene sowjetischer Innen- und Außenpolitik*, in: Hannelore Horn (Hrsg.), *Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag*, Berlin 1978, S. 219–246, hier: S. 234.

lich“.¹⁷ Dieses Primat der nationalen Politik versuchte Stalin ideologisch zu kaschieren, indem er die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion kurzerhand mit den Zielen der internationalen Arbeiterbewegung gleichsetzte. Nach Stalins Auffassung durfte sich nur derjenige als „Internationalist“ bezeichnen, der „vorbehaltslos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist“.¹⁸ Nach dieser neuen Doktrin besaßen die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion nun eindeutigen Vorrang vor dem Revolutionsexport. So forderte Kominternsekretär Dmitrij Manuil'skij im Jahre 1931 die deutschen Genossen unverblümt dazu auf, ihre Revolutionsphantasien zurückzustellen: Eine Revolution in Mitteleuropa, warnte er, werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwangsläufig einen „großen internationalen Kampf nach sich ziehen“, und somit die Existenz der UdSSR gefährden.¹⁹

An diesem Prioritätenwechsel wurde festgehalten, auch wenn Stalin in scheinbarem Widerspruch dazu auf dem XV. Parteitag 1927 prophezeit hatte, Europa stehe ein „neuer revolutionärer Aufschwung“ ins Haus.²⁰ Denn der Kominternspitze gab Stalin nur wenige Monate später die Anweisung, daß sich die revolutionäre Arbeit der nationalen Sektionen immer direkt auf die Sowjetunion zu beziehen habe. Im Programm der Komintern solle nicht mehr allgemein vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gesprochen werden, sondern vom „Übergang angesichts der Diktatur des Proletariates in einem dieser Länder, d.h. in unserem Land“.²¹

Dieser Wechsel in der außenpolitischen Doktrin spiegelte sich auch in der Finanzpolitik der Komintern wider: Die ehemals üppig fließenden Mittel für die Militärapparate der kommunistischen Parteien waren bereits in den Jahren zuvor radikal gekürzt worden. Bereits im Februar 1925 hatte sich Ernst Thälmann in einem fünfseitigen „Memorandum“ bei der Komintern über die Halbierung des Militärbudgets der KPD beschwert und moniert, nach fehlgeschlagenen Aufständen dürfe nicht immer gleich „die ganze M-Arbeit zerschlagen“ werden. Nun erhielten die deutschen Kommunisten aus Moskau monatlich nur noch 7 625 \$. Die Militärkommission der KPD hatte daraufhin bedauernd festgestellt, daß die Partei nun von „der konsequenten Vorbereitung des Bürgerkrieges“ abrücken müsse.²² Wenngleich in einer Spezialschule der Komintern weiterhin ausgewählte Kader in der Kunst des Guerillakampfes unterrichtet wurden (wobei darauf Wert gelegt wurde, „den Genossen ganz einfache und konkrete Dinge“ zu vermitteln, „die sie unter jeden Bedingungen anwenden könnten und deren Zutaten sie in Mutters Küche finden müssten“²³), so handelte es sich dabei überwiegend um Trockenübungen: Nach

¹⁷ Vgl. seinen „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 18. 12. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, S. 227–305, hier: S. 248.

¹⁸ „Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR“. Rede auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (b) am 1. 8. 1927, in: Stalin, Werke, Band 10, Berlin 1952, S. 3–52, hier: S. 45.

¹⁹ Schlußwort Manuil'skij's auf dem XI. EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, RGASPI 495/169/87: 13.

²⁰ Vgl. seinen „Politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 3. 12. 1927, in: Stalin, Werke, Band 10, S. 235–252, hier: S. 248.

²¹ Brief Stalins an Bucharin, Rykov und Molotov vom 24. 3. 1928, RGASPI 558/11/136: 8–18.

²² Memorandum Thälmanns vom 21. 2. 1925 und Beschluß der Militärkommission der KPD vom 3. 2. 1925, RGASPI 526/1/86: 5–10.

²³ So der deutsche Lehrer Josef Gutsche über seine Arbeit an der Spezialschule laut einem Bericht von Erna Hiller vom 13. 9. 1931 über ein Gespräch im Komintern-Wohnheim Hotel Lux, RGASPI 495/19/703: 16–21.

1925 wurden von Moskau aus nie wieder konkrete Aufstandsvorbereitungen in Europa betrieben.²⁴

Doch die Tatsache, daß für Stalin die Konsolidierung der Sowjetunion wichtiger war als die gefährlichen „revolutionären Abenteuer“ ausländischer Kommunisten, bedeutet nicht, daß er die Hoffnung auf die Weltrevolution gänzlich aufgegeben hatte.²⁵ Auch wenn er sich zunächst als Realpolitiker erwies, der die außenpolitische Konsolidierung der Sowjetunion allen anderen Aufgaben voranstellte, so blieb er langfristig doch seinen ideologischen Prämissen treu. Weiterhin hatte er keinen Zweifel daran, daß nach einer Zeit der revolutionären Ebbe auch wieder eine revolutionäre Welle heranbranden werde.²⁶ Solche Äußerungen dienten keineswegs als bloße „Durchhaltepropaganda für sowjetische innenpolitische Zwecke“²⁷, sondern entsprachen durchaus Stalins Überzeugung: Obwohl er sich beispielsweise im Sommer 1923 zunächst äußerst skeptisch gegenüber den Revolutionaussichten in Deutschland gezeigt hatte, hatte er doch wenig später in einem offenen Brief, den die *Rote Fahne* am 10. Oktober veröffentlichte, „die kommende Revolution in Deutschland“ als das „wichtigste Weltereignis unserer Tage“ gerühmt.

Dies war keineswegs nur eine Sonntagsrede: Der meist überaus vorsichtig taktierende Generalsekretär, der sich sonst nie exponierte, wenn er seiner Sache nicht völlig sicher war, ließ sich auch in späteren Jahren plötzlich für Revolutionen begeistern, wenn sie ihm durchführbar erschienen. Dies war 1926/27 in China der Fall – einem Land, das aus bolschewistischer Sicht ebenso durch imperialistische Mächte unterdrückt wurde wie Deutschland und daher wie dieses als „schwaches Glied“ in der Kette kapitalistischer Staaten galt. Stalin drängte die chinesischen Kommunisten zunächst zu einem Bündnis mit der nationalistischen Kuomintang, um China nach einer ersten Revolution unter einer antiimperialistischen Regierung zu vereinigen. Nachdem die revolutionäre Zusammenarbeit mit der Kuomintang gescheitert war (nach Stalins Meinung, weil es die Kommunisten u.a. nicht geschafft hatten, die Armee zu unterwandern), begrub Stalin die revolutionären Pläne jedoch nicht, sondern veranlaßte die chinesische KP im Gegenteil, sich zu erheben.²⁸

Das oft widersprüchliche Nebeneinander von Ideologie und Realpolitik in Stalins außenpolitischem Denken läßt sich besonders deutlich an seinem gespannten Verhältnis zu den Berufsdiplomaten des sowjetischen Volkskommissariates des Äußeren (NKID) ablesen. So erhielt das NKID im Jahr 1928 für seine Rapallo-Politik zwar interne Rücken- deckung durch den Generalsekretär, der gegenüber der Kominternspitze ebenfalls auf eine Unterscheidung zwischen „imperialistischen und anti-imperialistischen Bourgeoisien“ drängte. Mit Staaten, die unter die letztere Kategorie fielen – nach seinem Verständnis gehörte Deutschland dazu – sei eine Verständigung „unter gewissen Bedingungen und auf

²⁴ Vgl. dazu: Viktor Gilensen, Die Komintern und die „paramilitärischen Formationen“ der Kommunistischen Partei Deutschlands (1926–1932), in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), H. 1, S. 9–50; und: Bernd Kaufmann u.a., Der Nachrichtendienst der KPD. 1919–1937, Berlin 1993, S. 94–262.

²⁵ Diese Position wurde vor allem vertreten von: Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Reinbek 1992 (erste englische Ausgabe: New York 1949), S. 495–529.

²⁶ Vgl. Stalins Referat vor dem Parteiaktiv der Moskauer Organisation der KPR(b) vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7: 1925, Berlin 1952, S. 77–114, hier: S. 78 f.

²⁷ Weingartner, Kommunistische Internationale, S. 236.

²⁸ Vgl. die Briefe Stalins an Molotov über China, abgedruckt in: Košelova, Pis'ma Stalina, S. 99–117.

eine gewisse Zeit“ durchaus zulässig und wünschenswert.²⁹ Doch im NKID selbst nahm man Stalins außenpolitischen Kurs allerdings häufig ganz anders wahr. So sorgten parteiinterne Äußerungen des Generalsekretärs, die an die Öffentlichkeit gelangten, mehrfach für Irritation bei den sowjetischen Diplomaten. In einer Rede vor Moskauer Parteikadern hatte Stalin seine Sicht der internationalen Beziehungen auf die Grundfrage zugespitzt: „Wer [unterwirft] wen?“ Falls die Sowjetunion überfallen werde, so Stalins unverhohlene Drohung an die „führenden Männer der kapitalistischen Länder“, würden die Bolschewiki „in allen Ländern der Welt den revolutionären Löwen wecken“.³⁰

Auf Seiten des NKID mußte man diese Äußerungen zu Recht als Torpedierung der eigenen Arbeit empfinden. Um den außenpolitischen Kurs nicht zu gefährden, sah der sowjetische Außenkommissar, Georgij Čičerin, sich dazu gezwungen, direkt bei Stalin zu intervenieren. Er beschwor ihn, mit seinen Äußerungen vorsichtiger zu sein, „da jedes Ihrer Worte als Regierungsmanifest bewertet“ werde. Čičerin bezeichnete es als sehr ungenehm, „aus Ihrem Munde Formulierungen über andere Staaten zu hören, wie ‚entweder unterwerfen wir sie, oder sie unterwerfen uns.‘“³¹

Sehr zum Leidwesen des NKID zerschlug Stalin trotz seines Bekenntnisses zur Rapallo-Politik auch weiterhin sehr viel diplomatisches Porzellan, wenn es ihn drängte, vermeintliche Klassenfeinde im In- und Ausland zu bekämpfen. Keine Rücksicht nahm er beispielsweise auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen, als auf seine Anregung hin im März 1928 die „Šachty-Affäre“ inszeniert wurde.³² Zu den bürgerlichen Facharbeitern, die in diesem Schauprozess der „antisowjetischen Sabotage“ angeklagt waren, zählten auch fünf deutsche Vertragsarbeiter.³³ Angesichts des beträchtlichen Wirbels, den der Prozess in der deutschen Öffentlichkeit verursachte, drang der damalige sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij, Stalin gegenüber darauf, zumindest einen der Angeklagten aus Deutschland, dessen Unschuld offenkundig war, sofort freizulassen.³⁴ Doch ungeachtet der zu erwartenden diplomatischen Komplikationen wies Stalin die Bitte des Botschafters brüsk zurück: Krestinskij solle aufhören, mit den Deutschen weiterhin „Süßholz zu raspeln“, da diese doch nur einen Vorwand suchten, um der Sowjetunion die Schuld für einen Abbruch der gerade laufenden Wirtschaftsverhandlungen zuzuweisen.³⁵

Vor diesem Hintergrund reagierten die sowjetischen Diplomaten zunehmend gereizt auf die als Störmanöver empfundenen Aktivitäten der Komintern. Im Mittelpunkt der Kritik stand die KPD als größte Sektion innerhalb der Komintern, deren radikale Propaganda dem NKID stets ein Dorn im Auge war. Als Čičerin und Krestinskij die KPD-Führung deshalb in einem internen Gespräch im Sommer 1927 scharf kritisierten, fühlte sich Thälmann derart auf den Schlipps getreten, daß er unverzüglich bei Stalin Meldung machte. In

²⁹ Brief Stalins an Bucharin, Rykov und Molotov vom 24. 3. 1928, RGASPI 558/11/136: 8–18.

³⁰ Vgl. Stalins Referat vor dem Parteiaktiv der Moskauer Organisation der KPR(b) vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, S. 77–114, hier: S. 81, 86.

³¹ Brief Čičerins an Stalin vom 2. 11. 1926, RGASPI 558/11/824: 51.

³² Vgl. Protokoll des Politbüros der KPD(SU) Nr. 14 vom 8. 3. 1929, Beschlüsse vom 3. 3. 1928, Pkt. 18. In der Tagesordnung ist dieser Punkt mit den Worten „Vorschlag von Molotov und Stalin“ aufgeführt, RGASPI 17/162/6: 37.

³³ Der deutsche Journalist Theodor Seibert berichtete als Augenzeuge über den Prozeß in seinem Buch: Das rote Rußland. Staat, Geist und Alltag der Bolschewiki, München 1931, S. 201–215.

³⁴ Brief Krestinskis an Stalin und Čičerin vom 17. 3. 1928, RGASPI 558/11/824: 54–61.

³⁵ Brief Stalins an Krestinskij vom 21. 3. 1928, RGASPI 558/11/824: 62–64.

einem in Thälmanns Auftrag verfaßten Schreiben an den Generalsekretär zeigte sich die deutsche Parteispitze „direkt erschüttert“ vom Auftritt der sowjetischen Diplomaten – insbesondere über die „fast frivole Art“ mit der die „Notwendigkeit der Trennung der Komintern von der Sowjetunion“ propagiert worden sei. Stalin wurde dazu gedrängt, die beiden Diplomaten „nachdrücklichst auf ihre Pflichten als Mitglieder des ZK der KPdSU und der Komintern aufmerksam zu machen“.³⁶

Die Abneigung zwischen Komintern und sowjetischer Diplomatie beruhte auf Gegenseitigkeit. Die altgedienten Diplomaten schauten auf die „Analphabeten von der KPD“ mit unverhohlener Arroganz herab.³⁷ Die Mittel im Kampf gegeneinander waren indes dieselben: Auch die hohen Diplomaten waren sich nicht zu schade, beim Diktator höchstselbst zu intervenieren, wenn es darum ging, die Widersacher zu denunzieren. So stellte Čičerin in einem Brief an Stalin die rhetorische Frage, ob es sich denn lohne, die Beziehungen mit Deutschland dauerhaft zu belasten, nur „um dem Gen. Thälmann etwas mehr Agitationsmaterial zu liefern“. Im Gegensatz zu Thälmanns unterwürfigem Verhalten besaß Čičerin allerdings den Schneid, Stalins Unterstützung für diesen direkt zu kritisieren: „Auf eine Null zu setzen‘ – das ist unfäßbar!“³⁸

In der Forschung nahm man lange an, daß die Komintern Ende der Zwanziger Jahre nur noch als außenpolitisches Instrument der sowjetischen Führung diene. Der Blick in die neu zugänglichen Archive zeigt hingegen, daß die Mitarbeiter des NKID dies ganz anders wahrnahmen: Sie fürchteten vielmehr, Stalin könnte die sowjetische Außenpolitik den Interessen der Komintern unterordnen. Damit lagen die Diplomaten nicht völlig falsch: Zuweilen war Stalin offensichtlich entweder nicht willens oder nicht in der Lage, eine einheitliche außenpolitische Linie vorzugeben. Seine ideologischen Prämissen waren mit den Herausforderungen diplomatischer Realpolitik nicht in Einklang zu bringen. Deshalb mußte auch seine taktisch motivierte Unterstützung der Rapallo-Politik letztlich inkonsequent bleiben. So war beispielsweise im Herbst 1928 der offizielle Besuch eines sowjetischen Flottenverbandes in Deutschland, mit dem die angeschlagenen bilateralen Beziehungen verbessert werden sollten, mit Rücksicht auf die Kampagne der KPD gegen den geplanten Bau des „Panzerkreuzers A“ verschoben worden.³⁹ Eine solche Gelegenheit, der neuen SPD-Regierung Militarismus vorzuwerfen, wollte sich die Komintern nicht entgehen lassen.

Ähnliches ist auch im Verhältnis zu anderen Ländern zu beobachten: Als das NKID im Sommer 1929 mit der neuen britischen Labour-Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen verhandelte, verlangte Stalin, die Verhandlungen zu nutzen, um die Labour-Regierung zu „entlarven“. Dies werde helfen, die westeuropäischen Arbeiter „im Geiste des Antireformismus zu erziehen“. Hier zeigt sich, welch starkes Mißtrauen Stalin den Mitarbeitern des NKID entgegenbrachte. Wie gegen alle Fachleute hegte der

³⁶ Brief Dengels an Stalin vom 25. 6. 1927, RGASPI 558/11/776: 22.

³⁷ „Diktatura jazykočešučich nad rabotajuščimi.“ Poslednjaja služebnaja zapiska G. V. Čičerina, in: Istočnik. Dokumenty russkoj istorii. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii 3 (1995), H. 6, S. 99–116, hier: S. 106, 108.

³⁸ Brief Čičerins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: A. V. Kvašonkin (Hrsg.), Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska, 1928–1941, Moskau 1999, Dok. Nr. 41, S. 75–79, hier: 77 f.

³⁹ Der Flottenbesuch fand erst im Spätsommer 1929 statt. Vgl. Sergej A. Gorlov, *Soveršenno sekretno*. Moskva – Berlin. 1920–1933. Voenno-političeskie otnošenija meždu SSSR i Germanija, Moskau 2001, S. 257 f.

Diktator auch gegen die sowjetischen Diplomaten den pauschalen Verdacht, sie seien aufgrund ihres beschränkten politischen Horizonts besonders anfällig dafür, das Endziel bolschewistischer Politik aus den Augen zu verlieren und der sogenannten Rechtsabweichung zu verfallen: Er warf ihnen insbesondere vor, die revolutionäre Seite der Außenpolitik zu ignorieren. Das Politbüro hingegen – spricht: er selbst – müsse „all das berücksichtigen“.⁴⁰

Welche Aufgabe wies Stalin nun aber der Komintern zu, die offenbar für ihn so wichtig war, daß zu ihren Gunsten immer wieder die eigentliche außenpolitische Vertretung der UdSSR desavouiert wurde? Wichtiger als die klassische Außenpolitik war ihm offenbar die Beeinflussung der ausländischen – insbesondere der deutschen – Arbeiterbewegungen, um diese von der sozialdemokratischen Versuchung fernzuhalten. Bislang wurde die Feindschaft der KPD gegenüber den „Sozialfaschisten“ – insbesondere während der sogenannten ultralinken Periode der Komintern zwischen 1928 und 1934 – vorrangig auf die außenpolitischen Vorstellungen Stalins zurückgeführt: Sein Haß auf die SPD habe sich vorrangig aus der Furcht gespeist, diese würde die privilegierten deutsch-sowjetischen Beziehungen zugunsten eines Bündnisses mit den Westmächten aufgeben.⁴¹

Tatsächlich machten beispielsweise die sowjetischen Diplomaten schon 1922 keinen Hehl daraus, daß ihnen die bestehende Regierung unter dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth lieber war, als eine reine „Arbeiterregierung“ aus SPD und KPD unter Einschluß der „Scheidemänner“⁴²: Während Wirth mit der Sowjetunion den Rapallo-Vertrag abgeschlossen hatte, sahen viele Sozialdemokraten dieses Abkommen mit Argwohn und Zweifeln. Von den Bolschewiki wurden sie daher seitdem als Büttel der imperialistischen Siegermächte des Ersten Weltkrieges gesehen. Indem die sozialdemokratische Presse beispielsweise die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee publik machte und kaum eine Gelegenheit ausließ, um die Zustände in der Sowjetunion zu kritisieren, verstärkte sie in der sowjetischen Führung den Eindruck, die SPD stehe den Bolschewiki nicht nur skeptisch, sondern feindlich gegenüber. Nachdem die SPD 1928 nach langen Jahren in der Opposition wieder den Reichskanzler stellte, sanken die deutsch-sowjetischen Beziehungen dann auch tatsächlich prompt auf einen bis dahin unerreichten Tiefpunkt ab.⁴³

Doch auch wenn die offene Westorientierung der SPD die Bolschewiki unruhig schlafen ließ: Stalins Haß auf die Sozialdemokratie läßt sich damit nur unzureichend erklären. Zum einen beurteilten die sowjetischen Diplomaten die SPD-Regierung sachlicher als Stalin. So bemühte sich Krestinskij Ende 1928 intensiv, Stalin davon zu überzeugen, daß selbst die Weiterführung der geheimen militärischen Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Regierung möglich und sinnvoll sei.⁴⁴ Čičerin bezeichnete in einem Brief an Stalin die Sozialfaschismus-Theorie im Juni 1929 sogar unumwunden als „unsinnigen

⁴⁰ Brief Stalins an Molotov vom 29. 8. 1929, abgedruckt in: Košelova, *Pis'ma Stalina*, S. 154–158.

⁴¹ Vgl. Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934*, Berlin 1970.

⁴² Vgl. Zubačevskij, *Politika sovetskoi Rossii*, S. 91.

⁴³ Vgl. Jürgen Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933*, München 1992, S. 240–261.

⁴⁴ Vgl. Brief des Botschafters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an Stalin vom 28. 12. 1928 und den Brief Krestinskij an Kliment E. Vorosilov vom 21. 7. 1929, abgedruckt in: Sergej A. Gorlov, *Geheimsache Moskau – Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. 1920–1933*, in: *VfZ* 44 (1996), S. 133–165, hier: S. 154–165.

Stuß“, der sowohl der Komintern als auch vor allem der Sowjetunion selbst schade.⁴⁵ Zum anderen läßt sich der ‚antisozialdemokratische Beißreflex‘ bei Stalin auch dann noch feststellen, als die SPD bald nach der Machtübertragung an Hitler definitiv als politischer Faktor ausgeschaltet wurde.⁴⁶ Und wie schließlich Stalins Bemerkung über die Labourregierung belegt, beschränkte sich Stalins Abneigung gegen „Reformisten“ zudem nicht auf die deutsche Sozialdemokratie, sondern umfaßte auch die britischen Labourpolitiker, die sich um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion bemühten.

Obwohl die außenpolitischen Aspekte durchaus wichtig waren, deuten die genannten Einwände somit darauf hin, daß Stalins Haß auf die Sozialdemokratie weitere Ursachen haben muß. Ein deutlicher Hinweis darauf findet sich schon in seinem Brief an Pjatakow vom November 1923, in dem er das Scheitern des „deutschen Oktober“ analysierte. In diesem internen Schreiben äußerte er die Überzeugung, „daß die Sozialdemokraten die Hauptfeinde der Revolution sind, vor allem ihr linker Flügel, d.h. ihr am weitesten linker Flügel, der noch nicht das Vertrauen der Arbeiter verloren hat, der Zweifel, Schwanken, Unsicherheit in die Reihen der Proletarier hineinträgt und auf diese Weise die Möglichkeit eines umfassenden Kampfes durchkreuzt“.⁴⁷ Von hier führt ein direkter Weg über die Forderung von 1929, die westeuropäischen Arbeiter „im Geiste des Antireformismus zu erziehen“ und zur „Sozialfaschismus“-These.⁴⁸ Wenn Stalin die KPD dazu anspornte, die SPD immer schärfer anzugreifen, dann tat er dies also nicht nur, um die Westorientierung der deutschen Sozialdemokraten zu attackieren. Wie Stalins Briefe an seine Mitstreiter zeigen, verfolgte er vielmehr ernsthaft das strategische Ziel, die Sozialdemokratie zu „zersetzen“, um mittelfristig das entscheidende Hindernis für eine erfolgreiche Revolution im Westen zu beseitigen. Endgültig hinfällig ist damit die gewagte These, Stalin habe die KPD vor allem deshalb auf die SPD angesetzt, um die Kräfte der deutschen Kommunisten zu binden und sie somit davon abzuhalten, mit ihren revolutionären Plänen die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu gefährden.⁴⁹

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf Stalins Wahrnehmung der NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik aufschlußreich. Mittlerweile hat sich in der Forschung die Auffassung durchgesetzt, daß die von Stalin forcierte Politik der KPD faktisch zum Untergang der Weimarer Republik und somit zum Sieg des Nationalsozialismus beitrug, indem sie sich seit 1928 verstärkt bemühte, eine Bürgerkriegsatmosphäre zu schaffen. Einzelne Historiker haben aber weitergehend vermutet, Stalin habe es möglicherweise sogar bewußt darauf angelegt, Hitler zur Macht zu verhelfen. Ein nationalsozialistisches Deutschland, so habe Stalin angeblich kalkuliert, werde sich auf die Revision der Versailler Nachkriegsordnung konzentrieren und somit seine Kräfte im Konflikt mit dem „Erzfeind“ Frankreich binden.⁵⁰

⁴⁵ Brief Čičerins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvašonkin, *Sovetskoe rukovodstvo*, Dok. Nr. 41, S. 75–79, hier: S. 78.

⁴⁶ Vgl. Friedrich Firsov, Stalin und die Komintern, in: Helmut Heinz (Hrsg.), *Die Komintern und Stalin*, Berlin 1991, S. 65–132, hier: S. 106–109.

⁴⁷ Brief Stalins an Pjatakow vom 8. 11. 1923, RGASPI 558/11/785: 23–26, hier: S. 24.

⁴⁸ Zur Entwicklung des Begriffes „Sozialfaschismus“ vgl. Siegfried Bahne, Sozialfaschismus in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffes, in: *International Review of Social History* 10 (1965), S. 211–245.

⁴⁹ Vgl. vor allem: Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 26 f., 79 f.

⁵⁰ Für diese Sichtweise vgl. Robert C. Tucker, Stalin in power. The revolution from above. 1928–1941, New York 1990, S. 223–237, hier vor allem S. 231. Vergleichbare Theorien sind in Form gefälschter Kominterndokumente bereits 1932 in Umlauf gesetzt worden. Vgl. u.a. „Moskau wünscht Hitlers Sieg“, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 2. 3. 1932. Pieck bezeichnete die dort zitierten gefälschten Kominternproto-

Doch auch diese These lässt sich nicht länger halten. Die Machtergreifung Hitlers wurde von Moskau keinesfalls angestrebt und darüber hinaus von der Komintern noch im Frühjahr 1932 für unwahrscheinlich erachtet: „Die Gefahr liegt nicht darin, daß mal zehn- oder mal hunderttausend Arbeiter für Hitler stimmen – wenn sie heute für Hitler stimmen, dann können sie morgen auch für uns stimmen.“ Diese optimistische Einschätzung gab der „Deutschlandexperte“ der Komintern, Wilhelm Knorin, im März 1932 in einer internen Sitzung der Kominternführung ab, als Hitler gerade im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen über elf Millionen Stimmen erhalten hatte, Thälmann hingegen nur knapp fünf Millionen.⁵¹ Knorin und andere Funktionäre der Komintern machten sich vielmehr Sorgen, weil die SPD-Anhänger mehrheitlich für Hindenburg und somit für den Erhalt der Republik gestimmt hatten.

Um Stalins Stellung zur NSDAP zu klären und gleichzeitig noch einmal seine revolutionären Ambitionen zu untersuchen, ist eine Analyse der Hintergründe der berüchtigten „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD hilfreich, die am 24. August 1930 in der *Roten Fahne* veröffentlicht wurde.⁵² In diesem Text gebärdeten sich die deutschen Kommunisten nationalistischer als die NSDAP, der sie vorwarfen, sich ebenso an die Versailler Siegermächte verkauft zu haben wie die Sozialdemokraten. In der Forschung wurde die „Programmerklärung“ als Versuch Stalins interpretiert, eine mögliche Allianz zwischen Deutschland und Frankreich bereits im Vorfeld durch nationalistische Propaganda zu torpedieren, nachdem der französische Außenminister Briand am 1. Mai 1930 vorgeschlagen hatte, einen europäischen Staatenbund zu schaffen.⁵³ Tatsächlich aber läßt sich die Vorgeschichte viel weiter bis in den Herbst 1929 zurückverfolgen – in eine Zeit also, in der die deutschen Rechtsparteien eine große Kampagne gegen den Youngplan organisierten. Mit diesem Plan wurde die Zahlung der Reparationen neu geregelt, für die Rechte hingegen galt er als Instrument der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, um Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zu knechten. Stalin erkannte früh die politische Sprengkraft dieser Kampagne. Als ihn Neumann im September 1929 in seiner Residenz am Schwarzen Meer besuchte, forderte der sowjetische Generalsekretär, die KPD müsse nach der Annahme des Youngplanes in der Reparationsfrage „unbedingt eine schroffe Wendung durchführen“. Wie Neumann in einem Brief über dieses Treffen berichtete, war die Anti-Youngplan-Kampagne nach Stalins Meinung „der Schlüssel zum ‚Geheimnis‘ der plötzlichen Erfolge des Nationalsozialismus“. Die KPD durfte daher nicht länger beiseite stehen, denn andernfalls erschienen „die Faschisten als die einzigen Vertreter der Volksinteressen und werden uns 100 000de, vielleicht Millionen von Kleinbauern, städtische Mittelschichten, ja sogar Arbeitermassen, die von der Sozialdemokratie fortgehen, entreißen“.⁵⁴

kolle in einer internen Sitzung der Politkommission des EKKI als „infame Hetze“ gegen die KPD, vgl. sein Referat in der Sitzung der Politkommission des EKKI am 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 1–19.

⁵¹ Referat Knorins in der Sitzung der Politkommission des EKKI am 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 39–45, hier: S. 45.

⁵² Die „Programmerklärung“ ist abgedruckt in: Hermann Weber (Hrsg.), *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, Köln 1963, S. 58–65.

⁵³ Vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 42 f., und Karlheinz Niclauss, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935*, Bonn 1966, S. 21–25.

⁵⁴ Brief Neumanns an Flieg vom 21. 9. 1929, RGASPI 495/19/703: 1–8, hier: 1.

Die Anhänger der NSDAP wurden von Stalin also vorwiegend als Protestwähler gesehen, die mit dem bestehenden System unzufrieden waren und somit ein revolutionäres Potential darstellten, das von der KPD „erobert“ werden mußte. Wie im Falle der Sozialdemokratie sollte auch hier die Taktik der „Einheitsfront von unten“ angewendet werden, mit der die Anhängerschaft von ihrer Parteiführung abgespalten werden sollte.

In der Komintern bestanden gegen eine solche nationalpopulistische Wende allerdings noch starke Bedenken⁵⁵, die erst ausgeräumt wurden, nachdem die NSDAP auch bei den Landtagswahlen im industriell geprägten Sachsen im Juni 1930 überraschend stark abgeschnitten hatte und somit erstmals in die proletarische Wählerschaft eingedrungen war. Stalin und Knorin erklärten Neumann bei seinem Besuch in Moskau, daß es nun Zeit für einen Kurswechsel sei: Wenn die KPD den NS-Anhängern keine nationalistischen Angebote mache, werde sie den Siegeszug der NSDAP nicht stoppen können.⁵⁶ Die passende Gelegenheit für eine entsprechende Wende bot sich im Juli 1930, als der deutsche Reichstag aufgelöst und für den September 1930 Neuwahlen ausgeschrieben wurden. Bereits am Tage der Auflösung des Reichstages, am 18. Juli, gab Stalin in einer Sitzung der „russischen Delegation“ im EKKI die nationalkommunistische „Programmerklärung“ in Auftrag. Obwohl die Wirkung dieses Wahlprogrammes⁵⁷ überaus bescheiden blieb und das eigentliche Ziel verfehlt wurde (anstatt ihrer Anhänger beraubt zu werden, errangen die Nationalsozialisten einen Erdrutschsieg und steigerten sich von 2,6 auf 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen), hielt die Komintern an dem nationalkommunistischen Kurs fest. Den deutschen Genossen wurde sogar vorgeworfen, für den Sieg der NSDAP verantwortlich zu sein: Hätte die KPD ihr nationales Profil früher geschärft, so meinte Pjatnickij im Oktober 1930, dann hätten die Nationalsozialisten nicht so viele Stimmen bekommen.⁵⁸

In diesem Vorgang spiegeln sich Stalins Thesen zur nationalen Frage wider, wobei er sich stark an Lenin anlehnte. Denn schon Lenin war überzeugt gewesen, daß sich der Nationalismus durchaus zum Nutzen der Bolschewisten einsetzen ließ.⁵⁹ Auch Stalin sah im Nationalismus lediglich eine Ideologie, mit deren Hilfe der Klassenkampf überdeckt und die Herrschaft der Bourgeoisie gesichert werden sollte. Doch Lenin folgend, hielt er es für möglich und nützlich, der Bourgeoisie dieses Instrument aus der Hand zu nehmen und für die eigenen Zwecke einzusetzen, indem die Bolschewiki selbst als Fürsprecher des Nationalismus auftraten. Für Stalin war hierbei die Tatsache entscheidend, daß sich viele Deutsche aufgrund des Versailler Vertrages als „geknechtete Nation“ empfanden. Wie die Bolschewiki an der Peripherie des russischen Imperiums sollten sich die deutschen Kom-

⁵⁵ Vgl. den Brief des Leiters des Mitteleuropäischen Ländersekretariates Gusev an Flieg vom 15. 10. 1929, RGASPI 495/292/44: 203. Der Brief trägt die Unterschrift des damaligen deutschen Vertreters beim EKKI, Fritz Heckert. Stalins Stellungnahme scheint in der Komintern zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt gewesen zu sein.

⁵⁶ Vgl. den Bericht von Sokolik (d.i. Knorin) zu den Besprechungen über die Ursprünge der „Programmerklärung“ während des XVI. Parteitages der KPdSU in der Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariates des EKKI vom 22. 2. 1931, RGASPI 495/28/117: 102–113, hier: 111.

⁵⁷ Vgl. Protokoll Nr. 3 der russischen Delegation beim EKKI vom 18. 7. 1930, abgedruckt in: Jakov Drabkin u.a. (Hrsg.), Komintern protiv fašizma. Dokumenty, Moskau 1999, S. 234 f.

⁵⁸ Vgl. die Stellungnahme Pjatnickijs in der Sitzung des EKKI-Präsidiiums vom 28. 10. 1930 zur Reichstagswahl vom 14. 9. 1930, RGASPI 495/2/136: 88–92, hier: 89 f.

⁵⁹ Vgl. Jeremy Smith, *The Bolsheviks and the National Question*, London 1999, S. 7–28.

munisten daher zum Fürsprecher der nationalen Sache machen, um auf diese Weise „Bündnisgenossen“ in anderen Klassen zu finden.⁶⁰

Sowohl Stalins gespanntes Verhältnis zu den sowjetischen Diplomaten als auch seine Auffassungen über den „Sozialfaschismus“ und die „nationale Frage“ zeigen somit einen Generalsekretär, für den Großmachtdenken und Weltrevolution nicht zwangsläufig einen Gegensatz bildeten. Wenn in der Forschung bislang völlig zu Recht gefordert wurde, die Abhängigkeit der Kominternpolitik von den Bedingungen der sowjetischen Innen- und Außenpolitik zu berücksichtigen, so ist doch andererseits auch die Bedeutung der ideologischen Prägung für das Handeln des Diktators nicht zu unterschätzen. Stalin meinte es ernst, wenn er von der Sowjetunion als dem Bollwerk der Weltrevolution redete. Er rechnete noch zu Beginn der 30er Jahre damit, daß die Kommunisten in den westlichen Ländern mittelfristig genügend Protestanhänger hinter sich versammeln können würden, um eine Revolution zu wagen. Stalin erwies sich damit als kühl kalkulierender und zugleich zutiefst ideologischer Revolutionär.

II

Nach der Auseinandersetzung mit den Zielen der Stalinschen Kominternpolitik soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, ob sich die deutschen Führungskader zu bloßen Erfüllungsgehilfen sowjetischer Politik entwickelt haben, ob sie an der Entwicklung der radikalen Politik der Komintern beteiligt waren, oder ob sie sich im Gegenteil gar eine gewisse „Autonomie“ gegenüber den Moskauer Vorgaben bewahrten (so wie dies analog für das Verhältnis der Basis der KPD zur Berliner Parteiführung behauptet worden ist⁶¹). Der Frage, wer für die Radikalisierung der Politik der deutschen Kommunisten verantwortlich war, soll hier vorrangig mit Blick auf die Endphase der Weimarer Republik nachgegangen werden. Sie soll zugleich als Leitfaden einer Untersuchung der Frage dienen, wie Stalin seine Politik in der KPD konkret durchsetzen konnte, die auch Aufschluss darüber geben kann, wie der Stalinismus an sich funktioniert hat.

Zwar kam die Initialzündung für den Linksschwenk der Komintern aus dem Kreml, doch fielen die Thesen der bolschewistischen Führungsspitze in Deutschland auf fruchtbaren Boden.⁶² Dies war wenig erstaunlich im Falle der These, in Europa habe nun die „Dritte Periode“ der Nachkriegszeit begonnen – eine Periode, in der die Krise der kapitalistischen Wirtschaft die Klassengegensätze immer weiter verschärfe und somit die Grundlage für soziale Revolutionen schaffe. Denn diese Behauptung war in der Komintern vor allem mit Blick auf die deutsche Wirtschaft entwickelt worden, die sich bereits seit Mitte der 20er Jahre durch eine hohe strukturelle Sockelarbeitslosigkeit auszeichnete. Die verelendungstheoretisch begründete Propaganda der Komintern entsprach in Deutschland somit häufig den konkreten Erfahrungen der Menschen vor Ort und konnte dort deshalb höhere Plausibilität beanspruchen als beispielsweise in Frank-

⁶⁰ Vgl. Dimitri Manuïlskij, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 127 f.

⁶¹ Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, vor allem S. 54–83, 154–164.

⁶² Vgl. Kevin McDermott, Stalin and the Comintern during the 'Third Period'. 1928–33, in: European history quarterly 25 (1995), S. 409–429.

reich.⁶³ Ähnliches gilt für die an sich abstruse „Sozialfaschismus“-Doktrin. Bereits seit den Tagen der Novemberrevolution von 1918 standen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland auf unterschiedlichen Seiten der Barrikaden: Während die SPD schon kurz nach ihrem Regierungsantritt für eine Politik des Klassenkompromisses eintrat und zur Hauptstütze der neuen parlamentarischen Demokratie wurde, kämpfte die KPD von Beginn an gegen das „System“ und dessen sozialdemokratische Repräsentanten. Die Ereignisse des sogenannten Berliner „Blutmai“ von 1929, als im Laufe einer verbotenen kommunistischen Demonstration zum 1. Mai etwa 30 zumeist unbeteiligte Personen durch Polizeikugeln starben, schienen die Sozialfaschismusthese zu bestätigen: Der verantwortliche Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, gehörte der SPD an.⁶⁴

Die Thesen der Komintern wurden von den deutschen Kommunisten aber nicht nur passiv rezipiert – die Führungskader um Thälmann beteiligten sich auch eigenständig an der Verschärfung der kommunistischen Politik. Nach der letzten großen „Säuberung“ der KPD gewann die Radikalisierung der Parteiführung eine solche Eigendynamik, daß die deutschen Genossen von der Komintern zuweilen in ihrem revolutionären Elan gebremst werden mußten. Als die deutsche Parteipresse beispielsweise nach dem „Blutmai“ in Berlin behauptete, die Ausschreitungen hätten die ruhige „erste Phase“ der „Dritten Periode“ beendet, da fragte man aus Moskau mißtrauisch bei Thälmann nach, wodurch sich denn die „zweite Phase“ auszeichne? Thälmann wurde aufgefordert, der Parteibasis einzuschärfen, daß in Deutschland momentan keine akut revolutionäre Situation bestehe.⁶⁵

Immer wieder befürchtete die Komintern, die KPD könne sich zu „vorzeitigen“ Aufstandsversuchen hinreißen lassen – für die These, Moskau habe Ausschreitungen wie die in Berlin vom Mai 1929 geschürt oder gar initiiert, lassen sich dementsprechend auch keine Belege finden. Eine solche Taktik hätte weder den außen-, noch den revolutionspolitischen Zielen der Bolschewiki entsprochen. Auch wenn die Reichsregierung im Mai 1929 selbst davon ausging, daß Moskau bestenfalls „mittelbar“ an den Unruhen beteiligt gewesen war, so verschlechterten die folgenden Tiraden der deutschen und sowjetischen Kommunisten über die „Sozialfaschisten“ in der deutschen Regierung nachhaltig die bilateralen Beziehungen.⁶⁶

Gerade im Verhältnis der KPD zur verhaßten Sozialdemokratie machte sich allerdings der spezifische Einfluß Stalins auf die Radikalisierung der deutschen Kommunisten bemerkbar. Ein Beispiel ist der Streit um die genaue Definition des Begriffes „Sozialfaschismus“, der im Frühjahr 1930 zwischen dem Leiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, Paul Merker, und den übrigen Mitgliedern des Politbüros entbrannte: War die SPD – wie Merker meinte – der Motor der „Faschisierung“ der deutschen Gesellschaft oder – wie Hermann Remmele für das Politbüro behauptete – lediglich ein „Lakai“ der bürgerlichen Staatsgewalt, der sich durch die NSDAP austauschen ließ? Anlaß des Konfliktes war Merkers Ablehnung der „Einheitsfront von unten“: Merker schätzte auch einfache Mitglieder der SPD als „Sozialfaschisten“ ein und warf dem Politbüro vor, faktisch eine

⁶³ Vgl. Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39*, München 1999, S. 378-385.

⁶⁴ Vgl. Thomas Kurz, *Blutmai. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929*, Bonn 1988.

⁶⁵ Briefentwurf Gusevs an Thälmann vom 3. 6. 1929, RGASPI 495/293/101: 37-42.

⁶⁶ Vgl. Jürgen Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell*, S. 251-261.

Einheitsfront mit der Parteiführung der SPD anzubahnen.⁶⁷ Schließlich griff Stalin in diesen Streit ein und legte die KPD faktisch auf Merkers Linie fest. In einem „Geschlossenen Brief“, den er persönlich redigierte, wurde der „Sozialfaschismus“ verbindlich definiert: Die KPD-Führung wurde belehrt, dieser Begriff diene nicht nur der „Bezeichnung einzelner Taten und Handlungen der Sozialdemokratie“, sondern vielmehr „ihres politischen Wesens als Partei“.⁶⁸ Damit war der in Berlin angestrebten Flexibilisierung der KPD-Politik gegenüber der SPD ein Riegel vorgeschoben worden.

Nur kurz zuvor hatte bereits die Kominternführung der KPD-Spitze eine Rüge erteilt, weil die *Rote Fahne* über das mögliche Ende der Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller spekuliert hatte: Am 1. Januar 1930 hatte das Zentralorgan geschrieben, die Bourgeoisie werde ihr Bündnis mit der Sozialdemokratie wohl bald beenden und – wie es im Sperrdruck hieß – durch „die *nachte Politik der faschistischen Diktatur* ersetzen“.⁶⁹ Die Kominternführung war entsetzt und belehrte die deutsche Parteispitze, daß „ein einfacher Arbeiter“ aus diesen „unglücklichen Formulierungen“ der *Roten Fahne* doch nur herauslesen könne, „daß der Sozialfaschismus im Wesen etwas anderes ist als der Faschismus, daß er weniger gefährlich ist“.⁷⁰ Diese Gleichsetzung demokratischer Kräfte mit rechtsextremen Parteien blieb Grundelement der Moskauer Eingriffe. Noch im Herbst 1931 kritisierte die Komintern die KPD-Presse, weil diese zwischen der von der SPD tolerierten Brüningregierung und einer NS-Diktatur „eine größere als notwendig scheinende Unterscheidung“ mache⁷¹ und paraphrasierte damit ein weiteres Mal Stalins Diktum, wonach „Sozialfaschismus“ und Faschismus nicht Antipoden, sondern „Zwillinge“ seien.

Als die NSDAP in der ersten Hälfte des Jahres 1932 allerdings ihren Siegeszug fortsetzte, überdachten die führenden Kominternkader das Verhältnis der KPD zur SPD und zur Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus. Wenngleich das strategische Ziel nicht aufgegeben wurde, die Sozialdemokratie zu zersetzen (auch die „Antifaschistische Aktion“ vom Mai 1932 diene zunächst vorrangig diesem Ziel⁷²), erkannte die Komintern doch, daß die NSDAP aktuell der gefährlichere Gegner war. Mitte Juli 1932 plädierten schließlich ausgerechnet die Hardliner in der Komintern-Spitze, Osip Pjatnickij und Wilhelm Knorin, dafür, einen Mitarbeiter des EKKI nach Berlin zu schicken und mit dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wehrverbandes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, Karl

⁶⁷ Vgl. Heinrich A. Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987, S. 148–151.

⁶⁸ Geschlossener Brief des Politsekretariates des EKKI an das ZK der KPD vom 26. 4. 1930, SAPMO RY 5 – I 6/3/211: 1–8, hier: 7. Diese Passage wurde in einem Artikel von Hermann Remmele fast wörtlich übernommen. Vgl. Hermann Remmele, *Schritt halten* (Teil IV), in: *Die Internationale* 13 (1930), Nr. 10 vom 15. 5., S. 295–313, hier: S. 313.

⁶⁹ *Rote Fahne* 1. 1. 1930 (Hervorhebung im Original), zitiert nach dem vertraulichen Brief des MELS des EKKI an das Sekretariat des ZK der KPD vom 13. 1. 1930, RGASPI 495/4/10: 34–49, hier: 43.

⁷⁰ Brief Heckerts an das Sekretariat des ZK der KPD vom 12. 1. 1930, RGASPI 495/292/50: 8–12, hier: 9.

⁷¹ Bericht des MELS des EKKI (Knorin) „Zur Durchführung der Beschlüsse des XI. EKKI-Plenums in Deutschland“ vom 17. 11. 1931, RGASPI 495/28/159: 155–160, hier: 158.

⁷² Vgl. Andreas Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002, S. 105–130.

Höltermann, über ein Bündnis gegen die Nationalsozialisten zu verhandeln, obwohl sie ihn als engen Vertrauten des SPD-Vorsitzenden Otto Wels einschätzten.⁷³

Hierbei ist jedoch bemerkenswert, daß Stalin diesen beispiellosen Vorschlag für eine „Einheitsfront von oben“ exakt zu dem Zeitpunkt erhielt, als die KPD-Führung in einem Rundschreiben die „opportunistischen Fehler“ der kommunistischen Einheitsfrontpolitik rügte und selbst Vereinbarungen zwischen SPD und KPD auf Unterbezirksebene für „absolut unzulässig“ erklärte.⁷⁴ Als Stalin am 17. Juli, wie nicht anders zu erwarten gewesen war, die Kontaktaufnahme mit Höltermann ablehnte⁷⁵, hatte die KPD somit ihre Politik eigenständig verschärft, ohne daß es einer expliziten Intervention Moskaus bedurft hätte.⁷⁶

Die Radikalisierung der KPD speiste sich also aus verschiedenen Quellen: Zum einen kamen wesentliche Impulse aus Moskau, zum anderen aber fand sich in Deutschland eine (allerdings stark fluktuierende) kommunistische Anhängerschaft, die überaus empfänglich für die militanten Parolen der Komintern war. Hätten die Stalinschen Thesen von der „Dritten Periode“ und vom „Sozialfaschismus“ nicht vielfach scheinbar der lebensweltlichen Realität vieler Menschen in Deutschland entsprochen, dann wären die deutschen Kommunisten eine ebenso unbedeutende Sekte geblieben wie in England oder sie hätten wie die Kommunisten in Frankreich in der Wählergunst stark abgenommen. Die Führungskader der KPD bemühten sich eigenständig, die radikalen Thesen der Komintern weiterzuentwickeln. Dieser Bereitschaft zur „Mitarbeit“ war es maßgeblich zu verdanken, daß die Komintern vergleichsweise selten in die Politik der KPD eingreifen mußte. Anders als in Wien, Paris oder London saß in Berlin nach 1928 kein „Kinder mädchen“ des EKKI mehr in der Parteileitung – die deutschen Kommunisten galten in Moskau trotz aller Fehler als die Musterknaben der Komintern.

Auch die spezifische Durchsetzungsfähigkeit Stalins gegenüber den Führungsspitzen von KPD und Komintern läßt sich nicht allein mit dem Druck erklären, den der Generalsekretär ausübte. Ein Blick auf das NS-Regime vermag hierbei als Denkanstoß dienen: Für Hitler wurde festgestellt, daß er ein häufig „abwesender“, weil chronisch arbeitsscheuer Diktator war, der in vielen Politikbereichen kaum konkrete Anweisungen gab. Seine Untergebenen mußten sich daher darum bemühen, aus seinen Äußerungen politische Leitlinien zu destillieren und diese in die Praxis umzusetzen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser unklaren Vorgaben und der Entscheidungsunfreudigkeit Hitlers versuchten die neuen und alten Instanzen und Behörden des NS-Staates, deren Kompeten-

⁷³ Vgl. Brief Pjatnickijs und Knorins an Kaganovič vom 10. 7. 1932, RGASPI 495/19/236: 167 f. Kaganovič vertrat Stalin, der sich zu dieser Zeit in seiner Residenz am Schwarzen Meer aufhielt, im Politbüro und schickte ihm Materialien zur Entscheidung zu.

⁷⁴ Rundschreiben des Sekretariates des ZK der KPD Nr. 14 an die Bezirksleitungen vom 14. 7. 1932, abgedruckt in: Hermann Weber u.a. (Hrsg.), *Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933*, Düsseldorf 1981, Dok. Nr. 68, S. 526–534, hier: S. 529.

⁷⁵ Brief Stalins an Kaganovič vom 17. 7. 1932, abgedruckt in: Oleg W. Chlevnjuk u.a. (Hrsg.), *Stalin i Kaganovich. Perepiska 1931–1936gg*, Moskau 2001, Dok. Nr. 204, S. 231–233, hier: S. 231.

⁷⁶ Herbert Wehner hat in seinen „Notizen“ von einem Telegramm Knorins berichtet, in dem dieser sich über „opportunistische Auswüchse in der Einheitsfronttaktik“ beschwert habe (vgl. Herbert Wehner, *Zeugnis*, hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 47). Anders als in der Literatur vielfach angenommen, bezog sich diese Beschwerde aber nicht auf die gesamte Einheitsfrontpolitik der KPD, sondern konkret auf das Vorgehen der KPD-Fraktion bei der Neuwahl des Präsidenten des Preußischen Landtages Ende Juni 1932. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 255 der Politikkommission des EKKI vom 27. 6. 1932, RGASPI 495/4/200: 1 f.

zen häufig nicht klar gegeneinander abgegrenzt waren, ihre jeweiligen Konkurrenten durch radikalere Vorschläge zu überbieten. Das Bemühen, „dem Führer entgegenzuarbeiten“ und seinen vermeintlichen Willen zu antizipieren, generierte auf diese Weise eine immer weitergehende Politik.⁷⁷

Auch im Falle Stalins läßt sich beobachten, daß er ein – vorsichtig formuliert – in Ansätzen polykratisches System geschaffen hatte: Das NKID, die Komintern und die KPD mißtrauten sich gegenseitig, bearbeiteten unklar gegeneinander abgegrenzte Zuständigkeitsbereiche und standen in ungeklärten Hierarchieverhältnissen zueinander. Gleichzeitig überwachten sich die kommunistischen Kader in Berlin und Moskau gegenseitig, durch ständige Appelle zur „bolschewistischen Wachsamkeit“ darauf getrimmt, keine „opportunistischen Fehler“ ihrer Konkurrenten zu übersehen. Auf diese Weise entstand ein überaus effektives System der „Selbstkontrolle“, das jegliche Abschwächung der kommunistischen Taktik unter den Generalverdacht des „Rechtsabweichertums“ stellte. Zwar war Stalin im Unterschied zu Hitler durch und durch ein Mann des Apparates, der diszipliniert ein gewaltiges Arbeitspensum absolvierte und häufig bis spät in der Nacht Besucher empfang, um mit ihnen politische Fragen zu besprechen, doch oft beschränkte auch er sich darauf, lediglich „Signale“ auszusenden. Da den Empfängern der genaue Sinn dieser Ausführungen oftmals unklar blieb, waren sie gezwungen, dem „Führer“ – wie auch der sowjetische Diktator vieldeutig genannt wurde – entgegenzuarbeiten, und dies hieß zu meist, möglichst lautstark auf einen vermeintlichen Feind einzuschlagen.⁷⁸

In diesem Zusammenhang gilt es zudem, sich zu vergegenwärtigen, daß Stalin Regierung, Partei und Komintern wie einen Personenverbandsstaat führte, in dem die Stellung des Einzelnen durch seine Stellung zum Herrscher bedingt war und gleichzeitig Abkommen zum gegenseitigen Beistand geschlossen wurden. Personale Netze bildeten daher das zentrale Element der stalinistischen Politikmechanismen. Als prominentester Faden dieses personalen Netzes ist Molotov zu nennen, der von Stalin als „Feuerwehrmann“ überall dort eingesetzt wurde, wo nach Meinung des Diktators ein besonders zuverlässiger Gefährte gefragt war. So trat Molotov während des VI. Weltkongresses der Komintern 1928 in die engere Komintern-Führung ein⁷⁹, um den Kampf gegen Bucharin auch auf dieser Ebene weiterzuführen. Er gelangte während der Hochphase der Kollektivierung 1930 auf den Posten Aleksej Rykovs als Regierungschef, weil dieser die zwangsweise Kollektivierung und die forcierte Industrialisierung ablehnte und wechselte 1939 schließlich in die Leitung des NKID, um anstelle Litvinovs den heiklen Nichtangriffspakt mit Deutschland auszuhandeln.⁸⁰

In der Komintern trat Stalin seit Dezember 1928, als er die „Wittorf-Affäre“ zugunsten Thälmanns entschieden hatte, nicht mehr persönlich auf. Dies bedeutete nicht, daß ihn dieser Bereich nicht mehr interessiert hätte – vielmehr schuf er sich eine unnahbare Aura,

⁷⁷ Vgl. Ian Kershaw, Hitler. 1888–1936, Stuttgart 1998, Kapitel 13 („Dem Führer entgegenarbeiten“).

⁷⁸ Vgl. Sheila Fitzpatrick, *Everyday Stalinism. Ordinary life in extraordinary times. Soviet Russia in the 1930s*, New York 1999, S. 24–28, über „Stalins Signale“ am Beispiel seines Briefes an die Zeitschrift *Proletarskaja Revoljucija* vom Herbst 1931.

⁷⁹ Vgl. das Protokoll Nr. 41 des Politbüros der KPdSU vom 31. 8. 1932, Pkt. 21 mit der Liste der russischen Mitglieder der führenden Kominternngremien, RGASPI 17/3/703.

⁸⁰ Vgl. John Haslam, Litvinov, Stalin and the Road Not Taken, in: Gabriel Gorodetsky (Hrsg.), *Soviet foreign policy 1917–1991. A retrospective*, London 1991, S. 55–62.

eine geradezu sakrale Distanz, die er selbst gegenüber den führenden bolschewistischen Kadern aufrechterhielt. Schon in den Sitzungen der „deutschen Kommission“, die Ende 1928 die „Wittorf-Affäre“ untersuchen sollte, saß er meist nur schweigend dabei und ließ seine Getreuen in die Schlacht ziehen.⁸¹ Von den Kadern in der Komintern wurde dieses Rollenspiel aufgenommen: „Wenn jeder Genosse mit den Fragen, die in seiner Arbeit auftreten, zu Dir gelaufen käme,“ meinte Manuil'skij im Januar 1929 in einem Schreiben an Stalin, „dann hättest Du wohl kaum Zeit dafür, die Partei und die Komintern zu führen.“⁸²

Stalin verfügte über eine getreue Gefolgschaft, die er bei Bedarf vorschickte und der er im Gegenzug für ihre Dienste seine Protektion gewährte. Bucharin hatte dieses Prinzip klar erkannt, als er vor dem sowjetischen Politbüro feststellte, Stalin baue seine Macht vor allem auf die eigenen, verlässlichen Leute, wohingegen ihn deren tatsächliche Eignung weniger interessiere.⁸³ Tatsächlich mußte sich Molotov aufgrund seiner mangelhaften Fremdsprachenkenntnisse in der polyglotten Kominterngesellschaft deplaziert fühlen, in deren zentralem Apparat sich im Herbst 1931 52 Personen fanden, die neben Russisch auch die deutsche und französische Sprache beherrschten, weitere 21, die zudem noch englisch sprachen und nochmals weitere 21 Personen, die fünf und mehr Sprachen beherrschten.⁸⁴ Vor diesem Hintergrund erstaunt es, daß ausgerechnet „Besso“ Lominadze im März 1927 als Komintern-Instrukteur nach Deutschland geschickt wurde⁸⁵, dessen politische Kultur ihm fremd sein mußte, da er im Kaukasus zunächst in den Traditionen von Blutrache und dann in den Erfahrungen eines erbarmungslosen Bürgerkrieges sozialisiert wurde und zudem im Gegensatz zu vielen der alten Bolschewiki nur schlecht Deutsch sprach. Mit einer Person wie Lominadze, beschwerte sich Klara Zetkin bei der Komintern nach dessen Abreise, möge Moskau die KPD in Zukunft doch bitte verschonen.⁸⁶

Klara Zetkin äußerte sich aber nicht nur deshalb so verächtlich über Lominadze, weil sie seine Befähigung zur politischen Arbeit gering einschätzte, sondern weil sie außerhalb des personalen Netzes stand, das Stalin auch in die deutsche Parteiführung hinein knüpfte. Der sowjetische Generalsekretär arbeitete konsequent auf eine loyale, latent linke Führung hin, der nicht jeder Schritt eigens angeordnet werden mußte, sondern die sich eigenständig bemühte, ihrem Meister entgegenzuarbeiten. Spätestens für die Zeit seit 1926 lassen sich Treffen von Stalin mit Neumann und Thälmann belegen.⁸⁷ Gemeinsam bauten sie eine Parallelstruktur auf, um Komintern-Entscheidungen zu beeinflussen und sich in innerparteilichen Kämpfen gegenseitig beizustehen: So besprachen Stalin und Neumann

⁸¹ Vgl. das Stenogramm der zweiten Sitzung der Deutschen Kommission des Präsidiums des EKKI am 4. 10. 1928, RGASPI 495/47/5. Stalin stellte nur eine kurze Zwischenfrage.

⁸² Brief Manuil'skij's an Stalin vom 2. 1. 1929, RGASPI 558/11/763: 50–52, hier: 50.

⁸³ Vgl. Bucharins Stellungnahme auf der vereinigten Sitzung von Politbüro und Präsidium der ZKK der KPdSU am 30. 1. 1929, zit. in: „Informativische Mitteilung über die vereinigten Sitzungen des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK der KPdSU“ vom 25. 6. 1929, RGASPI 495/168/47: 43–100, hier: 48.

⁸⁴ Vgl. Bericht Cirul an die Kleine Kommission vom 21. 10. 1931 über den Personalbestand des EKKI, RGASPI 495/6/48: 5–10.

⁸⁵ Vgl. seine Berichte aus Berlin an die „russische Delegation“ beim EKKI vom Frühjahr 1927, RGASPI 558/11/758.

⁸⁶ Brief Zetkins an Bucharin vom 11. 9. 1927, SAPMO RY 5-I 6/3/161: 18–24, hier: 24.

⁸⁷ Zu den Besuchen vgl. A. V. Korotkov u.a., Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina. Žurnali (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom. 1924–1953 gg, in: Istoričeskij archiv 1994, H. 6, S. 4–44; 1995, H. 2, S. 128–200.

im Juli 1927 beispielsweise Trotzki's Ausschluß aus der Komintern⁸⁸, der dann im September 1927 erfolgte, und Thälmann und Neumann trafen sich im Juli 1928 im Vorfeld des VI. Weltkongresses der Komintern mit dem Generalsekretär, um abzusprechen, wie die deutschen Kommunisten im Plenum und in den Ausschüssen gegen Bucharin vorgehen sollten.⁸⁹ Die Bedeutung der deutschen Genossen läßt sich daraus ermessen, daß sie im Scheiteljahr 1928 häufiger in Stalins Arbeitszimmer waren als alle anderen – selbst russischen – Kominternfunktionäre (eine Ausnahme bildet nur Molotov), und sie selbst in den Jahren danach bis 1933 als einzige ausländische Parteiführer immer wieder von dem sowjetischen Generalsekretär empfangen wurden. Diese engen Beziehungen erklären auch die Vehemenz und das mentale Engagement, mit der Stalin in die „Wittorf-Affäre“ eingriff⁹⁰: Es bestand die Gefahr, daß sein personales Netz an einer wichtigen Stelle riß.

Eine besondere Stellung in diesem Netz nahm Heinz Neumann ein, der von Stalin 1928 als besonders Getreuer in die KPD-Führung geschleust wurde, obwohl sich beispielsweise Manuilskij dafür ausgesprochen hatte, ihn zunächst noch „ein bißchen studieren“ zu lassen.⁹¹ Doch Neumann war gewissermaßen der Schlußstein im Personalgebäude, der von nun an als Stalins Mann in Berlin arbeitete und die Ideen des Generalsekretärs – teilweise in dessen direktem Auftrag – in der KPD durchsetzte. Das bekannteste Beispiel ist die bereits erwähnte „Programmerkklärung der nationalen und sozialen Befreiung“ vom Sommer 1930, deren Grundideen Neumann bereits in den Führungsgremien der KPD verbreitete, als Stalin den Funktionären der Komintern noch nicht einmal den formalen Auftrag erteilt hatte, für die KPD ein solches Manifest auszuarbeiten.⁹² Neumanns herausgehobene Stellung innerhalb der deutschen Parteiführung zeigt sich auch daran, daß ihm mehrmals die Ehre zuteil wurde, von Stalin in seiner Ferienresidenz am Schwarzen Meer empfangen zu werden. Voller Stolz berichtete er in Briefen an deutsche Genossen über seine Teilnahme an der Feier des 50. Geburtstages Stalins⁹³ und von seinen Gesprächen mit dem „Chef“.⁹⁴

Diese persönliche Bindung der KPD-Spitze an Stalin hatte schwerwiegende Folgen für das Gefüge innerhalb der Komintern. Zwar verspürte Stalin selbst ein tiefes Überlegenheitsgefühl gegenüber ausländischen kommunistischen Parteien, von denen bislang keine eine erfolgreiche Revolution durchgeführt hatte und die seiner Meinung nach auch ideologisch den Bolschewiki nicht gewachsen waren: So schrieb Stalin beispielsweise auf die Resolutionsentwürfe der deutschen Genossen zuweilen so knappe und vernichtende

⁸⁸ Vgl. den Bericht von Neumann an Remmele vom 12. 7. 1927 über ein Gespräch mit Stalin in dessen Residenz am Schwarzen Meer, SAPMO RY 5-I 2/3/203: 89 f.

⁸⁹ Vgl. den Brief Thälmanns an Stalin vom 1. 8. 1928, abgedruckt in: Hermann Weber u.a. (Hrsg.), *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003, S. 119 f.

⁹⁰ Vgl. Weber, *Thälmann-Skandal*.

⁹¹ Vgl. Brief Manuilskijs an Pjatnickij vom 14. 12. 1928, in dem er schreibt, daß „die deutsche Partei ihn [d.i. Neumann] entgegen der Meinung von mir, Dir, Bucharin und einer Reihe anderer Genossen angefordert“ habe; RGASPI 558/11/763: 42.

⁹² Thälmann hatte bereits am 16. 7. 1930 vor dem ZK der KPD angekündigt, die Partei werde bald ein Manifest veröffentlichen, um die Frage des Youngplanes offensiver als bisher zu stellen, SAPMO RY 1-2/1/77: 425. Zu diesem Zeitpunkt konnte sich der Parteivorsitzende nur auf Neumanns Berichte über seine Gespräche mit Stalin während des XVI. Parteitages der KPdSU stützen, denn den entsprechenden Beschluß faßte die russische Delegation beim EKKI erst zwei Tage später.

⁹³ Brief Neumanns an unbekannt vom 1. 3. 1930, RGASPI 526/1/93: 45–46ob.

⁹⁴ Vgl. Brief Neumanns an Flieg vom 21. 9. 1929, RGASPI 495/19/703: 1–8.

Kommentare wie „Taugt nichts“.⁹⁵ Doch weil die Mitglieder der KPD-Führung von ihm privilegiert behandelt wurden, stärkte sich deren Selbstbewußtsein gegenüber den Spitzenfunktionären der Komintern. Im Endeffekt verursachte dies eine Führungskrise. Stalin gegenüber verhielt sich die deutsche Parteispitze durchweg unterwürfig. Gegenüber der neuen Führungsriege des EKKI aber, die nach Bucharins Sturz die Leitung übernommen hatte, fühlten sich insbesondere Thälmann und Neumann zumindest gleichrangig und setzten den Anweisungen aus Moskau zuweilen offenen Widerstand entgegen. Am deutlichsten verspürten dies die Instrukteure, über deren Rolle in der Forschung lange sagenhafte Vorstellungen bestanden. Ihre Arbeit nahm sich in der Realität weniger glanzvoll aus: Er sei bislang, „mit der deutschen Spitze nicht so richtig in Verbindung gekommen“, klagte beispielsweise im Februar 1932 Lajos Madyar, der für die Komintern von Berlin aus die Antikriegskampagnen in Westeuropa koordinieren sollte: Von der KPD-Führung werde ihm gegenüber „die Taktik der Budapester Zahnärzte angewandt, die die Patienten auch dann warten lassen, wenn sie gar keine Kunden bei sich haben, damit man annehme, sie hätten eine große Klientur“.⁹⁶

Doch auch die führenden Kominternfunktionäre hatten immer wieder Mühe, sich gegenüber der deutschen Parteispitze durchzusetzen. Ein Beispiel ist der erwähnte Konflikt zwischen Paul Merker und den übrigen Mitgliedern des Politbüros um den Begriff des „Sozialfaschismus“: Obwohl die Kominternführung eher Merkers Sichtweise zuneigte, hielt sie es angesichts des einmütigen Auftretens der übrigen KPD-Spitze für sicherer, sich über Molotov an Stalin zu wenden, damit er diesen Streit entscheide.⁹⁷ Um dem Beschluß, der schließlich in Moskau gefaßt wurde, den notwendigen Nachdruck zu verleihen, ließ die Komintern das deutsche Politbüro wissen, daß „Josef und Michael“ (also Stalin und Molotov) einen „sehr aktiven Anteil an der Ausarbeitung des Briefes“ gehabt hätten⁹⁸ – ohne die geborgte Autorität des sowjetischen Generalsekretärs fühlte sich das EKKI in diesem Fall nicht in der Lage, in Berlin durchzugreifen.

Deutlicher zeigte sich die Renitenz der deutschen Führungskader gegenüber der Komintern im Herbst 1931, als die *Rote Fahne* mitten im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf für zwei Wochen verboten wurde. Der preußische Innenminister Carl Severing bot der KPD an, das Zeitungsverbot aufzuheben, wenn das Blatt eine Erklärung veröffentliche, derzufolge in der *Roten Fahne* in Zukunft nicht mehr zur Verletzung deutscher Gesetze aufgerufen werde. Das EKKI lehnte diesen Schritt kategorisch ab, weil es darin einen faktischen Legalitätseid der KPD sah. Neumann aber bestand im Namen der deutschen Parteiführung auf dem Vorhaben und forderte in einem Telefongespräch mit einem führenden Kominternfunktionär, „daß aus Moskau nicht weiter widersprochen wird“. Die deutschen Führungskader seien „keine Kinder und finden sich in der Situation gut zurecht“.⁹⁹ Angesichts der Vehemenz, mit der Neumann die Position der KPD vertrat, zeigte sich die Polit-

⁹⁵ So auf dem Resolutionsentwurf der KPD-Führung über die aktuelle Lage in Deutschland vom 18. 12. 1930, RGASPI 558/11/139: 66–75 (die Bemerkung findet sich auf dem ersten Blatt des Entwurfs).

⁹⁶ Brief Madyars an Kun vom 20. 2. 1932, RGASPI 495/60/238: 11–14, hier: 11.

⁹⁷ Vgl. den Brief Heckerts (deutscher Vertreter beim EKKI) an das Sekretariat des ZK der KPD vom 5. 4. 1930, RGASPI 495/19/522: 55.

⁹⁸ Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 29. 4. 1930, RGASPI 495/292/50: 71–73, hier: 71.

⁹⁹ Gesprächsnachschrift von Abramov (Chef des Kominterngeheimdienstes „Abteilung für internationale Verbindungen“) vom 25. 9. 1931 über sein Telefonat mit Neumann am 24. 9. 1931, RGASPI 495/4/141: 4 f.

kommission erneut nicht in der Lage, die deutschen Kommunisten eigenständig zurechtzuweisen und überwies die Entscheidung am folgenden Tag an die Moskauer Parteiführung, die sich hinter die Kominternspitze stellte.¹⁰⁰ Durch diese mangelnde Autorität des EKKI wurde Stalin (bzw. während seiner Abwesenheit das Politbüro) in die Rolle des Schiedsrichters gehoben. Gleich um welche Frage gestritten wurde – ob die Regierung Brüning beispielsweise im Dezember 1930 als „faschistisch“ einzuschätzen war¹⁰¹ oder ob die KPD am Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtages im August 1931 teilnehmen sollte¹⁰² – Stalin mußte sich nicht von sich aus in die Arbeit der Komintern einmischen, vielmehr sorgten die Konflikte in und zwischen den Führungen von KPD und Komintern dafür, daß dem Diktator die letzte Entscheidung angetragen wurde.

Aus der spezifisch stalinistischen Form der Kaderanleitung durch persönliche Beziehungen resultierten in der KPD aber auch selbstzerstörerische Tendenzen. Da persönliche Kontakte zum „Chozjain“, dem „Herrn“ die Karriere bestimmten, wurden sie im innerparteilichen Machtkampf instrumentalisiert, der sich seit dem Sommer 1931 innerhalb des Führungstrios der KPD aus Thälmann, Neumann und Remmele aufgrund persönlicher und politischer Differenzen entwickelte.¹⁰³ Entscheidend wurde nun, wer die engeren Beziehungen zu Stalin unterhielt. Als Neumann nach einem Besuch in Moskau im Oktober 1931, „einige der Ideen, die wir von Gen. Stalin bekamen“, in einem Zeitungsartikel verbreitete, begriff dies Thälmann als Angriff auf seine Führungsposition. Wie Neumann später der Komintern berichtete, empörte sich Thälmann ihm gegenüber, „das sei eine Gemeinheit von mir, daß *ich* die politischen Ideen in die Zeitung bringe, das würde *er* tun, er wird einen Artikel darüber schreiben“.¹⁰⁴ Stalin schien kein Interesse daran zu haben, diesen Konflikt zu schlichten – im Gegenteil: Als Thälmann im Januar 1932 nach Moskau kam, um routinemäßig die Resolution des anstehenden ZK-Plenums der KPD zu besprechen, bestärkte Stalin den deutschen Parteivorsitzenden darin, seine Autorität zu festigen. Als Thälmann zurückkam, ging er sofort auf Konfrontationskurs mit Neumann. Dieser berichtete später der Komintern: „Nach seiner Rückkehr machte Thälmann eine Sitzung mit mir und Flieg und erklärte uns, Stalin hätte gesagt, er (Thälmann) ist der einzige Führer, entweder mit uns oder gegen uns. [...] Außerdem habe ihn Stalin gefragt,

¹⁰⁰ Protokoll Nr. 64 der Sitzung des Politbüro der KPdSU vom 25. 9. 1931, Pkt. 6: „Bekanntmachung von Manuilskij (Sondermappe)“, RGASPI 17/162/11: 12. An dieser Sitzung nahmen außerdem Pjatnickij und Knorin teil.

¹⁰¹ Vgl. den Entwurf für eine „Resolution des Politbüros der KPD zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage“ vom 22. 12. 1930, RGASPI 558/11/139: 76–87. In diesem Stalin vorgelegten Entwurf finden sich deutlich gekennzeichnet die konkurrierenden Varianten „der deutschen Genossen“ und der Kominternführung.

¹⁰² Neumann und Pjatnickij sprachen sich für die Teilnahme aus, Thälmann und Manuilskij dagegen. Vgl. dazu die tendenziöse, aber in diesem Fall durch die Dokumente des Kominternarchives bestätigte Version der offiziellen SED-Geschichtsschreibung, die allerdings vor allem darauf abzielte, anhand dieses Beispiels Thälmann gegenüber Neumann als Realpolitiker darzustellen: Walter Ulbricht u.a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Berlin 1966, S. 301–303.

¹⁰³ Vgl. Abschrift Brief Thälmanns an Flieg vom 20. 8. 1931 über eine Aussprache mit Neumann, RGASPI 495/19/527a: 198–200.

¹⁰⁴ Neumann in der Sitzung der Politikkommission des EKKI vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 9–26, hier: 10. Thälmann verfaßte daraufhin den Aufsatz „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung“, in: Die Internationale 14 (1931), H. 11/12 (November/Dezember), S. 481–492.

wieviel Sekretäre er habe. Thälmann hätte geantwortet: sieben. Darauf hätte Stalin gesagt, das sei viel zu wenig, er braucht zwanzig! Ferner sagte Thälmann, er habe auch meine Beschuldigung des Byzantinismus gestellt; Stalin hätte gesagt, es sei viel zu wenig Byzantinismus, es müsse mehr sein! Und er würde den ganzen Apparat ändern.¹⁰⁵ Thälmann beherzigte diesen Rat und baute nach Stalins Vorbild eine parallele Führungsstruktur in der KPD auf, die aus ihm treu ergebenen Funktionären bestand.¹⁰⁶ Den Vorschlag des deutschen Parteivorsitzenden, Neumann nach Moskau abzubriefen, um die Machtfrage endgültig zu entscheiden, lehnte Stalin allerdings lange ab.¹⁰⁷ Erst als die KPD-Führung durch den Konflikt beinahe völlig gelähmt zu werden drohte, wurde Thälmanns Konkurrent im Mai 1932 aus Berlin „vorübergehend“ – wie es zunächst hieß – zurückgezogen.¹⁰⁸

Über die Motive Stalins, diesen Konflikt so eskalieren zu lassen, läßt sich bis heute nur spekulieren. Möglicherweise wollte der Diktator die KPD-Spitze stärker an sich binden, indem er bewußt die Machtbalance zwischen Thälmann und Neumann in der Schwebe hielt. Gegen diese These läßt sich einwenden, daß Stalin bereits im Oktober 1931 Neumann gegenüber verdeutlichte, daß Thälmann der Vorsitzende der KPD bleibe.¹⁰⁹ In Moskau bestanden klare Vorstellungen über die Rollenverteilungen in der deutschen Führung: „Wir wußten, wer Thälmann ist: ein sehr fähiger, aber theoretisch nicht geschulter Arbeiter, und deshalb war es Ihre Pflicht, ihm in theoretischer Hinsicht zu helfen“, wurden Neumann und Remmele im April 1932 durch den Altbolschewisten Sergej Gusev belehrt¹¹⁰ und Manuil'skij ergänzte, Thälmann verkörpere „alles, was gut ist im deutschen Proletariat“.¹¹¹ Damit hatten die Moskauer Funktionäre deutlich gemacht, daß Thälmann als populäre Leitfigur der deutschen Arbeiterschaft dienen sollte und von den übrigen Mitgliedern der Parteiführung erwartet wurde, daß sie sich dieser Strategie unterordnen und ihre eigene Person in der Öffentlichkeit hinter Thälmann zurückstellen. Bis zu einem gewissen Grade wurde daher der „Personenkult“ des deutschen Parteivorsitzenden, über den sich Stalins deutscher *spindoctor* Neumann in seiner gekränkten Ehre beschwerte¹¹², von der Komintern nicht nur gebilligt, sondern sogar gefördert. Jedoch hoffte man in Moskau, daß das von Stalin installierte deutsche Führungsgespann in der an sich bewährten Manier weiter arbeiten würde. Insofern ließe sich Stalins Verhalten in diesem Konflikt als der Versuch interpretieren, die Beteiligten an ihre Position auf dem Schachbrett zu erinnern.

Die von Stalin vertretene Rollenverteilung mag auch das weitere Schicksal der deutschen Führungsfunktionäre zu erklären helfen: Neumann hatte sich spätestens im Som-

¹⁰⁵ Neumann in der Sitzung der Politikkommission des EKKI vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 9–26, hier: 12.

¹⁰⁶ Vgl. Brief Remmeles an Pjatnickij vom 17. 6. 1932, RGASPI 495/19/526: 39–47, hier: 44.

¹⁰⁷ Vgl. Notizen Pieck über das Gespräch Neumanns mit Stalin am 7. 4. 1932, RGASPI 495/19/527a: 159.

¹⁰⁸ Beschluß der Politikkommission des EKKI vom 20. 5. 1932, RGASPI 495/4/190: 9.

¹⁰⁹ Vgl. Abschrift Brief Neumanns an Thälmann vom 7. 1. 1932 über das Gespräch bei Stalin am 31. 10. 1932, RGASPI 495/19/527a: 201 f.

¹¹⁰ Gusev in der Sitzung der Politikkommission des EKKI vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 82–88, hier: 85.

¹¹¹ Manuil'skij in der Sitzung der Politikkommission des EKKI vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 70–71, hier: 78.

¹¹² Neumann in der Sitzung der Politikkommission des EKKI vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 9–26, hier: 11 f.

mer 1932 endgültig ins Abseits manövriert, als er Stalins Ankündigung, ihn bald anstelle von Thälmann als Parteivorsitzenden zu ernennen, nicht als Falle erkannte, mit der seine Loyalität geprüft werden sollte und sich stattdessen Freunden gegenüber als Sieger im Machtkampf präsentierte.¹¹³ Als sodann offiziell gebranntmarkter „Fraktionskämpfer“ geriet er wenige Jahre später ebenso in die Mühlräder der Stalinschen Repressionen, wie Hermann Remmele, der noch nach Neumanns Sturz fortfuhr, den Parteivorsitzenden anzugreifen. Thälmann seinerseits konnte sich seiner nun unangefochtenen Stellung nur wenige Monate erfreuen, da er kurz nach dem Reichstagsbrand am 3. März 1933 verhaftet wurde. Thälmann schien Moskau als Insasse eines deutschen Zuchthauses dienlicher zu sein, denn als real agierender Parteiführer: Während die Komintern eine breit angelegte Kampagne für die Freilassung dieser Ikone des deutschen Kommunismus initiierte¹¹⁴, verspottete Stalin ihn im kleinen Kreise als begriffsstutzigen Dogmatiker.¹¹⁵ Ein Versuch, Thälmann aus dem Gefängnis zu befreien, wurde 1935 von der Komintern abgesagt¹¹⁶ und auch nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes zerschlug sich die Hoffnung des ehemaligen Parteivorsitzenden, das neue deutsch-sowjetische Verhältnis werde seine Befreiung aus der Haft bringen. Stalin hatte daran kein Interesse.¹¹⁷ Während der Diktator stets die Loyalität seiner Protégés ihm gegenüber forderte, sah er für sich selbst keinerlei Verpflichtungen. Im Gegenteil: Niemand konnte sich sicher sein, daß er nicht plötzlich von Stalin fallengelassen wurde. Neumann und Thälmann waren nur zwei von einer ganzen Reihe ehemals enger Vertrauter, für deren Tod Stalin direkt oder indirekt verantwortlich war. Am Ende seines Lebens stand er allein im bolschewistischen Olymp – als er am Morgen des 3. März 1953 einen Schlaganfall erlitt und bewegungsunfähig in seinem Zimmer lag, traute sich stundenlang niemand zu ihm hinein.

Die Diskussion von Bert Hoppes Vortrag auf der Stalin-Tagung

kreiste vor allem um die Haltung Stalins zu SPD und NSDAP und um die Motive seines „antisozialdemokratischen Beißreflexes“ (Hoppe). Gegen die auch in der älteren Forschung häufig vertretene Einschätzung, die extrem feindselige Haltung Stalins gegenüber den deutschen Sozialdemokraten sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die SPD die am stärksten westorientierte Partei der Weimarer Republik gewesen sei, betonte Hoppe, die SPD sei – ebenso wie die Sozialisten und Sozialdemokraten in anderen europäischen Ländern – vom sowjetischen Diktator vor allem als Konkurrentin im Werben um die politische Gefolgschaft der Arbeiter betrachtet worden. Angesichts dieser Konstellation sei auch die seit Ende der 20er propagierte Sozialfaschismusthese kein so starker Bruch, wie dies zu-

¹¹³ Vgl. Brief Neumanns an unbekannt (wahrscheinlich Leo Flieg) vom 20. 7. 1932 über ein Gespräch mit Stalin in dessen Ferienresidenz, RGASPI 495/19/703: 29–32. Über dieses Treffen berichtete bereits: Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Frankfurt a. M. 1985 (Erstausgabe: Stuttgart 1957), S. 286–303.

¹¹⁴ Vgl. Günter Hortschansky (Hrsg.), Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1980, S. 688–701.

¹¹⁵ Vgl. den Eintrag Dimitrovs in sein Tagebuch vom 2. 5. 1934, in: Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.), Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943, Berlin 2000, Band 1, S. 107.

¹¹⁶ Vgl. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 327–331.

¹¹⁷ Vgl. Dimitri Volkognov, Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989, S. 674 f. Zu Thälmanns Haftzeit vgl. auch: Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Ernst Thälmann. An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, Berlin 1996.

meist dargestellt werde. Zum Widerspruch zwischen der sowjetischen Außenpolitik, die in diesem Zeitraum begann, sich am Konzept der kollektiven Sicherheit zu orientieren, und daher in SPD-Kreisen geradezu als „sozialdemokratische Außenpolitik“ bezeichnet wurde, und dem gleichzeitigen aggressiven antisozialdemokratischen Kurs von Komintern und KPD bemerkte Hoppe, daß hier für die sowjetische Führung die deutsche Innenpolitik eine größere Rolle gespielt habe als die deutsche Außenpolitik. Auf die Nachfrage, ob der angesprochene Widerspruch als Ausdruck einer Polykratie innerhalb der sowjetischen Führung oder einer Doppelstrategie Moskaus zu betrachten sei, meinte er, man könne darin vielleicht auch eine Schizophrenie sehen. Die derzeitige Quellengrundlage zur Bearbeitung dieser Frage sei jedoch relativ mager. Da der Referent aber immerhin umfangreiche Quellenstudien in russischen Archiven betrieben hat, wollte Helmut Altrichter von ihm wissen, ob die neuen Quellen etwas an der bisherigen Einschätzung änderten, daß die Politik der Sowjetunion nach innen und außen dem Primat des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ gefolgt sei. Ferner interessierte ihn, inwieweit Veränderungen bei der Entscheidungsfindung, insbesondere in der Außenpolitik und hinsichtlich der Rolle des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten (Narkomindel) zu beobachten sind. Hoppe erklärte zur ersten Frage, der sogenannte Geist von Rapallo habe die Politik des Narkomindel bis 1933 durchgezogen und dieser eine pragmatische Note gegeben; was jedoch die Haltung Stalins betreffe, so zeigten die neu zugänglichen Akten, daß insbesondere für die Zeit bis 1931 die ideologische Prägung des Diktators stärker zu gewichten sei als bisher geschehen: Trotz des Primats der inneren Entwicklung der Sowjetunion sei Stalin Klassenkämpfer und Weltrevolutionär geblieben, was sich nicht zuletzt an den Spannungen mit den durchweg realpolitisch orientierten sowjetischen Berufsdiplomaten zeige. Zur Frage nach der Entscheidungsfindung in der Außenpolitik führte Hoppe aus, daß das Narkomindel zunehmend an Einfluß verloren habe, insbesondere nach dem Wechsel von Čičerin zu Litvinov. Čičerin sei eine sehr viel selbständigere Persönlichkeit gewesen und habe gegenüber der bolschewistischen Führung mehr eigene Initiativen entwickelt als sein Nachfolger Litvinov. Die zunehmende Zentralisierung des stalinistischen Systems sicherte einen wachsenden Einfluß Stalins auf die Außenpolitik, führte paradoxerweise aber nicht zu einem grundlegenden Politikwechsel, weil dieser sich ab ca. 1931 vom Staatsmann und Klassenkämpfer immer mehr zum Nur-noch-Staatsmann entwickelt und die KPD und die Komintern abgeschrieben habe. Auf die Frage, was für eine Vorstellung Stalin von den Folgen einer Machtübernahme der NSDAP gehabt habe, erklärte der Referent, Stalin habe 1932 mehrere Berichte über den Nationalsozialismus erhalten. Den Machtantritt der Nationalsozialisten habe der Diktator nicht als tiefen Einschnitt betrachtet, da er ebenso wie vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 auch 1933 davon überzeugt war, daß es in der NSDAP gewissermaßen zwei Lager gebe, Realpolitiker und Ideologen. Stalin sei daher der Meinung gewesen, daß man sich auch mit den Nationalsozialisten arrangieren könne.

Reinhard Müller

Denunziation und Terror: Herbert Wehner im Moskauer Exil

Da die Täterforschung in Rußland immer noch weitgehend tabuisiert ist, wurde bisher nur in wenigen Arbeiten die Denunziation als Herrschaftsmittel und Alltagsphänomen des Stalinismus analysiert.¹ Zudem sind viele Bestände in den ehemaligen sowjetischen „Geheimarchiven“ weiterhin als „Staatsgeheimnis“ klassifiziert und der Forschung nicht zugänglich: „Angesichts verschlossener KGB-Archive läßt sich die Tragweite der Denunziationsswelle der 30er Jahre nur erahnen.“² Allenfalls als Desiderat konnte die Komintern-Forschung formulieren: „First, the organizational structures of the purge process: we still need to find out far more about the precise inter-relationship between, on the one hand, the various agencies within the Comintern apparatus itself, and on the other, these agencies and the NKVD and Stalin’s secret chancellery.“³

Diese hier noch vermutete, wechselseitige Beziehung zwischen Instanzen und Funktionären der Kommunistischen Internationale (im folgenden: Komintern) und dem NKVD konnte – mangels Archivzugang – weder in deutschen Veröffentlichungen⁴ noch in jüngsten amerikanischen Publikationen⁵ näher beschrieben werden. So stützte sich William Chase in seinem jüngsten Band über die „Repressionen“ in der Komintern⁶ ausschließlich auf Dokumente aus dem früheren Komintern-Archiv. Für die Rekonstruktion des stalinistischen Terrors, für die Erforschung von Opfer- und Täterbiographien ist jedoch die Einsicht in Stalins Direktiven und Vernichtungsbefehle des NKVD ebenso notwendig wie die Kenntnis von archivalisch überlieferten NKVD-Strafakten, Denunziationen, Verhörprotokollen und „Agentur-Berichten“, die „geheime Mitarbeiter“ unter Decknamen in der Lubjanka ablieferten.⁷

¹ Vladimir A. Kozlov, Fenomen donosa, in: *Svobodnaja mysl'* 1998, H. 4, S. 100–112; ders., Denunciation and its functions in Soviet Governance: from the Archive of the Soviet Ministry of Internal Affairs, 1944–1953, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Stalinism. New Directions*, London 2000, S. 117–141; Sheila Fitzpatrick, *Signals from Below: Soviet Letters of Denunciation of the 1930s*, in: *Accusatory Practices. Denunciation in Modern European History 1789–1989*, Chicago 1997, S. 85–120; François-Xavier Nérard, *Cinq pour Cent de Vérité. La dénonciation dans l'URSS de Staline (1928–1941)*, Paris 2004.

² Jörg Baberowski, Denunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion, in: Friso Ross/Achim Landwehr (Hrsg.), *Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens*, Tübingen 2000, S. 190.

³ Kevin McDermott, Stalinist Terror in the Comintern: New Perspectives, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 30, 1995, S. 127 f.

⁴ Vgl. z.B. Carola Tischler, *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil*, Münster 1996; dies., *Die Rolle der KPD-Führung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder*, in: Klaus Kinner (Hrsg.), *Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors*, Leipzig 1999, S. 99–108.

⁵ William Chase, *Enemies within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression 1934–1939*, New Haven/London 2001.

⁶ Zur Kritik an Chase vgl. Fridrikh I. Firsov, *Some Critical Notes on Recent Publications on Comintern and Soviet Politics*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2003, S. 269–276.

⁷ Dokumente aus dem NKVD/KGB-Archiv (jetzt: Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation) finden sich ebenfalls nicht bei J. Arch Getty/Oleg V. Naumov, *The Road to the Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviki, 1932–1939*, New Haven/London 1999.

Die Denunziationen von geheimen Mitarbeitern des NKVD (*seksoty*) wurden zwar bei der Ausstellung von Verhaftungsbefehlen und während der „Untersuchung“ herangezogen, durften jedoch nach einem eigenen NKVD-Befehl nicht in der jeweiligen Untersuchungsakte abgelegt werden. Nur in wenigen Fällen wurde der NKVD-Untersuchungsakte von verhafteten deutschen Politemigranten die eigene Verpflichtungserklärung als „geheimer Mitarbeiter“ in versiegelten Umschlägen beigelegt. Auch die Denunziationen von geheimen Mitarbeitern, die als „agenturnye donosy“ registriert wurden, finden sich allenfalls als verschlossene „osobyje papki“ im Anhang der jeweiligen NKVD-Untersuchungsakte. Jene Meldungen von NKVD-Informanten, die NKVD-Offiziere⁸ zu „Memoranden“ zusammensetzten, durften in den jeweiligen Untersuchungsakten⁹ ebenfalls nicht aufbewahrt werden. Die Denunziationen, die von Politemigranten häufig bei der Komintern¹⁰ abgeliefert wurden, sind jedoch in den sogenannten Kaderakten überliefert. In diesen Meldungen an die Komintern wurden verdächtige „Beziehungen“ zu bereits stigmatisierten und Verhafteten, aber auch frühere politische Abweichungen, jüngste Wohnungsbesuche und lang zurückliegende Parteisünden rapportiert. Diese individuellen Denunziationen ergänzten in der „Kaderakte“ parteiamtliche Überprüfungen und die Autobiographien¹¹ der KPD-Mitglieder, die unter dem Vorzeichen der „Selbstkritik“ alle ideologischen Schwankungen selbst anzeigten. Solche Denunziationen an die Kaderabteilung des EKKI konnten zu Untersuchungsverfahren der Internationalen Kontrollkommission der Komintern, zu Vernehmungen der „Kleinen Kommission“ der KPD und zum Parteiausschluss führen. Als kurz gefaßte Auskunft (*spravka*) wurden diese Meldungen auch in mehrere Listen über „schädliche Elemente“ und „Trotzkisten“ transformiert, die der jeweilige Leiter der Kaderabteilung des Exekutivkomitees der Komintern an die 3. Abteilung des NKVD übersandte. Diese permanente Kooperation von Komintern-Instanzen und NKVD-Terrorapparat¹² war bereits den NKVD-Häftlingen bewußt, die während der Verhöre mit Berich-

⁸ Zum Führungspersonal des NKVD vgl. Nikita Ochotin/K. V. Skorkin, *Kto rukovodil NKVD 1934–1941, spravočnik*, Moskau 1999.

⁹ Angesichts der 1937/38 im NKVD-Zentralarchiv herrschenden chaotischen Zustände, die in einem eigenen NKVD-Befehl beschrieben und kritisiert wurden, überrascht es kaum, daß diese Geheimhaltungs- und Ablagevorschrift nicht durchgehend praktiziert wurde. So findet sich z.B. über Maria Osten ein ausführliches „Memorandum“, das zahlreiche Meldungen von mehreren „seksoty“ (Abonnet, Rudolph, Marietta, Kren, Wladimirski u.a.) enthält. Vgl. auch Maria Ostens NKVD-Verhörprotokolle, Anklageschrift, in: Vladimir Koljazin/V. A. Goncarov (Hrsg.), „Vernite mne svobodu!": *dejateli literatury i iskusstva Rossii i Germanii – žerty stalinskogo terrora. Memorial'nyj sbornik dokumentov iz archivov byvszego KGB*, Moskau 1997, S. 286–302.

¹⁰ Auch im Moskauer „Komintern-Archiv“ des Russischen Staatsarchivs für Sozialpolitische Geschichte (im folgenden: RGASPI) sind die Bestände der Kaderabteilung und die Akten der Internationalen Kontrollkommission nicht mehr oder noch nicht zugänglich. In den jeweiligen Kaderakten finden sich jedoch personenbezogene Materialien dieser Komintern-Instanzen wie auch der Briefwechsel zwischen der Kaderabteilung und NKVD-Offizieren. Vgl. z.B. Reinhard Müller, *Die Akte Wehner*. Moskau 1937–1941, Berlin, S. 318 f.

¹¹ Vgl. Reinhard Müller, *Flucht ohne Ausweg. Lebensläufe aus den geheimen Kaderakten der Kommunistischen Internationale*, in: *Exil, Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse*, Jg. 10, 1990, H. 2, S. 76–95; ders., *Linie und Häresie. Lebensläufe aus den Kaderakten der Komintern*, in: *Exil, Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse*, Jg. 11, 1991, H. 1, S. 46–69.

¹² Zu dieser Zusammenarbeit der Komintern mit dem Terrorapparat des NKVD vgl. Fridrikh I. Firsov, *The Comintern and Stalin's Terror*, in: Elana Dundovich (Hrsg.), *Reflections on the Gulag, with a documentary appendix on the Italian victims of repression in the USSR*, Mailand 2003 (Fondazione Giangia-

ten und Denunziationen konfrontiert wurden, die nur aus diesem Akten- und Informationstransfer¹³ stammen konnten. Margarete Buber-Neumann, die 1936/37 selbst die Säuberungsrituale der „Überführungskommission“ der KPD durchlief¹⁴ und am 20. Juni 1938 verhaftet wurde, beschrieb die vorgängige Selektionsarbeit, die von den verschiedenen Instanzen und Kommissionen der Komintern für das NKVD geleistet wurde: „Im Jahre 1936 leistete sie [die Komintern, R.M.] gewissermaßen Vorarbeit für das NKVD: das gewünschte Anklagematerial gegen einen Angeklagten war bereits während der Parteireinigung zusammengetragen worden, lag also fix und fertig vor.“¹⁵ Auch Christine Kjossewa, Ehefrau von Willy Kerff und Lebensgefährtin Hans Kippenbergers, benannte in ihren erst 1990 veröffentlichten Erinnerungen die Kooperation zwischen den Komintern-Instanzen und dem NKVD. In der Lubjanka habe sich ihr NKVD-Untersuchungsführer geäußert: „Wir haben alle Dokumente der Komintern über Sie.“¹⁶ Im internen Amtsjargon der Kominternfunktionäre wurde das NKVD wenig konspirativ als „betreffende Stelle“ oder schlichtweg als „Nachbarn“ bezeichnet.

Zu Herbert Wehners Tätigkeit als Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale¹⁷ und als Informant für das NKVD konnten erst im Verlauf von längeren Recherchen zum stalinistischen Terror im Jahr 1937 in Moskauer und Berliner Archiven neue Dokumente¹⁸ erschlossen werden. Wehners Vor- und Zuarbeit für einen an alle Dienststellen verschickten NKVD-Direktivbrief zur Verfolgung „deutscher Trotzlisten“¹⁹ und seine publizistischen Vernichtungsfeldzüge gegen linke „Splittergruppen“, die, wie z.B. Willy Brandts SAP, als „trotzkistische Gestapo-Agenten“ etikettiert wurden, lasen sich erst mit diesen neu erschlossenen Dokumenten genauer analysieren. Die autobiographische Schönschrift der „Notizen“²⁰, in der sich Wehner zum inwendigen Partisanen,

como Feltrinelli, *Annali* 37, 2001), S. 105–138; ders., *Dimitrov, the Comintern and Stalinist Repression*, in: Barry McLoughlin/Kevin McDermott, *Stalin's Terror. High Politics and Mass Repression in the Soviet Union*, Basingstoke 2003, S. 56–81.

¹³ Während ihrer Folterverhöre beschrieben sowohl der Referent der Kaderabteilung Georg Brückmann wie auch Walter Dittbender, der Leiter der „Überführungskommission“ der KPD, diese Kooperation. Vgl. dazu Reinhard Müller, *Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung*, Hamburg 2001, S. 285.

¹⁴ Nach der Befragung von fünf KPD-Mitgliedern kam die Überführungskommission am 17. 1. 1937 zu dem präjudizierenden Urteil, daß die „Überführung“ von Margarete Buber in die KPdSU zeitweilig zurückzustellen sei. Zu diesem Vor-Urteil trug sicherlich auch die jahrelange Verfemung ihres Lebensgefährten Heinz Neumann bei. Vgl. Reinhard Müller, *Stalinistischer Glaubensvirtuose*, in: Michaela Wunderle (Hrsg.), *Apropos Margarete Buber-Neumann*, Frankfurt a. M. 2001, S. 105–115.

¹⁵ Margarete Buber-Neumann, *Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943*, Stuttgart 1967, S. 444. Zu ihrer Parteibiographie vgl. RGASPI, f. 495, op. 205, d. 1612; zu den NKVD-Verhören vgl. NKVD-Akte Nr. 19796.

¹⁶ Christine Kjossewa, *Erinnerungen. Als Lebensgefährtin Hans Kippenbergers in Moskau verhaftet*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1990, H. 3, S. 380.

¹⁷ Zu Wehners Tätigkeit als Referent des EKKI-Sekretärs Togliatti und als Leiter des Radio- und Kinosektors der Propagandaabteilung des EKKI vgl. Reinhard Müller, *Die Akte Wehner*.

¹⁸ Vgl. dazu jetzt Reinhard Müller, *Herbert Wehner – Moskau 1937*, Hamburg 2004, ders., *Herbert Wehner – eine typische Biographie der stalinisierten Komintern? Auch eine Antikritik*, in: *Mittelweg* 36, 14. Jg., H. 2, S. 77–97.

¹⁹ Text des NKVD-Direktivbriefs Nr. 12 „Über die terroristische, Diversions- und Spionagetätigkeit der deutschen Trotzlisten im Auftrage der Gestapo auf dem Territorium der UdSSR“ abgedruckt in: Müller, *Herbert Wehner – Moskau 1937*, S. 362–397.

²⁰ Herbert Wehner, *Zeugnis*, hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982.

zum Opfer und mitfühlenden Helfer stilisierte, kann als inszenierte Erinnerung jedoch wohl kaum länger unbesehen reproduziert²¹ werden.

Die denunziatorische Expertise Wehners „Ein Beitrag zu Untersuchung der trotzkistischen Wühlarbeit in der deutschen antifaschistischen Bewegung“, die er Ende Januar 1937 neben einem weiteren Bericht über die „Splittergruppen der deutschen antifaschistischen Bewegung“ (9. Februar 1937) für das Exekutivkomitee der Komintern anfertigte und seine bei drei „Besprechungen“ in der Lubjanka protokollierten Berichte wurden in einen NKVD-Direktivbrief zur Verfolgung „deutscher Trotzlisten“ übernommen. Dieser NKVD-Befehl löste 1937 in der Sowjetunion eine gezielte Verhaftungswelle unter deutschen Polit-Emigranten aus, die in das scheinbar schützende „Vaterland aller Werktätigen“ geflüchtet waren. Für den vom Volkskommissar Ežov am 14. Februar 1937 unterzeichneten NKVD-Direktivbrief lieferte Herbert Wehner in drei „Besprechungen über trotzkistische und bucharinsche Feinde und Gestapoarbeit in der KPD“ Anfang Februar 1937 detaillierte schriftliche und mündliche Informationen, die von Sekretärinnen in der Lubjanka aufgezeichnet wurden. Wie im NKVD-Direktivbrief festgestellt wurde, war das NKVD bisher über die „trotzkistische“ Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Gruppe „Neu Beginnen“, der KPD (Opposition) und über die „Versöhnler“ nicht informiert. Diese „trotzkistischen Zentren“ seien bisher weder durch Spitzel „sondiert“ noch durch die „Untersuchungen“ des NKVD aufgedeckt worden. Der NKVD-Direktivbrief verweist ausdrücklich auf die erst „in jüngster Zeit erhaltenen Meldungen“. Diese „Agentur-Berichte“, d.h. die Informationen Herbert Wehners, zeugten von „einer bedeutenden Belebung der Tätigkeit der ausländischen Organisationen deutscher Trotzlisten, die in unser Territorium Terror-, Diversions- und Spionageagenturen einschleusen“.

Der Volkskommissar Ežov befahl im „Direktivbrief der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKVD: Über die terroristische, Diversions- und Spionagetätigkeit deutscher Trotzlisten im Auftrage der Gestapo auf dem Territorium der UdSSR“ die unverzügliche Durchführung zahlreicher Maßnahmen:

„1. Alle Archivmaterialien der Untersuchung zu deutschen Trotzlisten sind sofort zu überprüfen und jene Mitglieder der konterrevolutionären Gruppen zu verhaften, die auf Grund dieser oder jener Umstände noch nicht repressiert wurden.

2. In kürzester Zeit ist die Aufgabe zu erfüllen, die Agentur in ausländische trotzkistische Zentren einzuschleusen. Zu diesem Zweck ist jene Agentur auszuwählen, die zu zeitweiligen Dienstreisen oder mit ständigem Wohnsitz, vor allem nach Paris, Prag und in die skandinavischen Staaten entsandt werden kann. Innerhalb von zwei Dekaden²² sind zu dieser Frage schriftliche Berichte²³ an die 3. Abteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit des NKVD der UdSSR zu richten.

3. Bei dem Einsatz der Agentur auf unserem Territorium und bei der Entsendung der Agentur ins Ausland ist besondere Aufmerksamkeit auf die Entlarvung der gesamten illegalen Tätigkeit aller trotzkistischen Zentren zu richten, wobei man sich keinesfalls nur auf die Arbeit gegen die «Gruppe der IV. Internationale» beschränken darf.

²¹ Hartmut Soell folgte Wehners autobiographischer Erzählung und hält Wehners „Notizen“ immer noch „weit plausibler als alle Interpretationen“. Hartmut Soell, Diskussionsbeitrag, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Herbert Wehner (1906–1990) und die deutsche Sozialdemokratie, Bonn 1996, S. 28.

²² D.h. innerhalb von zwanzig Tagen.

²³ Diese Berichte über die ins Ausland geschickten NKVD-Agenten sind nicht zugänglich.

4. Es ist eine Agentur zur Aufdeckung und Liquidierung der Trotzlisten zu bilden, die in unser Territorium unter dem Deckmantel von Touristen, von Bedienungspersonal ausländischer Schiffe, von ausländischen Fachleuten, Technikern und Arbeitern, von Mitgliedern der ausländischen Delegationen, von in die UdSSR kommenden Schriftstellern, Wissenschaftlern, Schauspielern u.a. eindringt.
5. Es ist sofort mit der Arbeit zur Aufdeckung der terroristischen konterrevolutionären Tätigkeit der in der UdSSR sich aufhaltenden Brandlerianer (den deutschen „Rechten“) und Versöhner zu beginnen.
6. Es ist eine sorgfältige Beobachtungs- und Untersuchungsarbeit unter den verurteilten deutschen Trotzlisten in den Lagern zu organisieren.
7. Für die Agenturarbeit und Untersuchungsführung bezüglich der ausländischen, insbesondere der deutschen Trotzlisten sind qualifizierte operative Mitarbeiter abzustellen.
8. Über den Verlauf der Arbeit ist monatlich zu berichten.“

Der Befehl Ežovs wurde durch eine vom Leiter der 3. Abteilung der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKVD Lev Mironov unterzeichnete „Orientierung über die Tätigkeit ausländischer Organisationen deutscher Trotzlisten“, in der sich zahlreiche Konkordanz²⁴ mit Wehners „Beitrag zur Untersuchung der trotzkistischen Wühlarbeit in der deutschen antifaschistischen Bewegung“ finden, ergänzt und erläutert. Nach dem Erlaß des NKVD-Direktivbriefs²⁵ wurden deutsche Politemigranten²⁶, die bereits als „Versöhner“, „Brandler-Anhänger“ oder „Trotzlisten“ seit Jahren durch die KPD-Führung und durch die Kaderabteilung des EKKI stigmatisiert waren, in der Folgezeit verhaftet. So wurden „32 aktive Trotzlisten und Fraktionisten“ von der Kaderabteilung des EKKI in einer am 2. September 1936 erstellten „Information über Trotzlisten und andere feindliche Elemente in der Emigration der KP Deutschlands“²⁷ an die dritte Abteilung des NKVD vermeldet. Mit dem NKVD-Direktivbrief konnten nun diejenigen Politemigranten, die bereits auf diesen Listen stigmatisiert waren, ebenso verhaftet werden wie diejenigen, die in den bisherigen NKVD-Untersuchungen als Bekannte oder Freunde verzeichnet waren.

Die Verhaftungen, Verurteilungen zu Gulag-Haft und Todesurteile gegen deutsche Emigranten waren keineswegs – wie der sozialdemokratische Historiker Soell allzu kurzschlüssig meint, „ausschließlich Sache der sowjetischen Organe“²⁸, sondern wurden durch Akten- und Informationstransfer von Komintern-Instanzen und durch Meldungen von geheimen Informanten, nicht zuletzt durch den exzessiven Denunzianten und eifernden

²⁴ Der detaillierte Textvergleich von Wehner-Texten und NKVD-Direktivbrief wird anhand von Organisationen, Personen und Orten durchgeführt bei Müller, Herbert Wehner – Moskau 1937, S. 485–518.

²⁵ Als Drucksache wurde der NKVD-Direktivbrief an „alle Leiter der Kraj- und Gebietsverwaltungen des NKVD sowie an die Volkskommissare für innere Angelegenheiten der Republiken“ versandt.

²⁶ Ein Personenverzeichnis der verhafteten, zu Lagerhaft oder zum Tode verurteilten deutschen „Häretiker“ findet sich in Müller, Herbert Wehner – Moskau 1937, S. 259–281.

²⁷ Diese Liste ist inzwischen – leider nicht vollständig – abgedruckt bei Chase, *Enemies within the Gates*, S. 163–174. Es fehlen zahlreiche Namen und weiterführende Biographien, Verhaftungs- und Todesdaten wurden nicht aufgeführt. Chase spart z.B. die als „Trotzlisten“ gebrandmarkten Nathan Steinberger und Margarete Petter aus. Die Kooperation zwischen Komintern-Instanzen und NKVD wird von Chase völlig ausgeblendet, nicht zuletzt, da er keinerlei Dokumente aus NKVD-Archiven heranzog und ihm das weitere Schicksal der in „Listen“ von der Kaderabteilung erfaßten Komintern-Mitarbeiter häufig unbekannt war.

²⁸ Hartmut Soell, *Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft*, Stuttgart 1991, S. 417.

Funktionstäter Wehner ausgelöst und befördert. Die innerparteiliche „Säuberung“ (čistka) der KPdSU wie die Praxis der Überprüfung der Parteimitglieder (proverka) waren in den dreißiger Jahren durch wechselseitigen Informations- und Aktentransfer mit dem von Stalin initiierten und kontrollierten NKVD-Terror eng verknüpft. Die KPD-Führung²⁹ übernahm dabei Stalins ideologische Kampagnen gegen „Trotzkisten“, „Bucharinisten“, gegen „maskierte Doppelzüngler“ und „Parteifeinde“ und übertrug Feindbilder, Disziplinierungs- und Selektionstechniken³⁰ der stalinistischen „Säuberung“ auf ihre ca. dreitausend Parteimitglieder in der Sowjetunion. Durch eine zehnköpfige „Überführungskommission“³¹ der KPD wurden 1936/37 die „Parteibiographien“ der Emigranten auf „Abweichungen“ und „dunkle Flecken“ untersucht und entsprechende Auskünfte und „Charakteristiken“ verfaßt. In den Akten der Kaderabteilung wurden alle „Parteisünden“ gesammelt und als „kompromittierende Materialien“ – für die man das sowjetische Kunstwort „Kompromat“ nutzte – auf dem Dienstwege an das NKVD weitergegeben.

Wehner vermengte in einem späteren Interview seine Besuche in der Moskauer Zentrale des NKVD während des Jahres 1937 mit der „Untersuchung“³², die innerhalb der Kommunistischen Internationale im gleichen Jahr gegen ihn angestrengt wurde: „Ich bin zweieinhalb Jahre durch Untersuchungen gegangen, die mich auch in die Lubjanka geführt haben.“³³ Dieses zwei Ereignisstränge und Organisationen (NKVD und Kommunistische Internationale) verknüpfende Erinnerungsmuster evoziert eine doppelte Suggestion, die in den Nacherzählungen mancher Wehner-Biographen³⁴ immer wieder treulich repetiert wurde. Zum einen, daß die gegen Wehner in der Komintern geführten „Untersuchungen“ zeitlich mit seinen Besuchen in der Lubjanka zusammenfielen und zum andern, daß die gegen ihn laufenden Untersuchungsverfahren der Kommunistischen Internationale die „Verhöre“ in der Lubjanka verursachten. Unmittelbarer Anlaß für diese immer wieder reproduzierte Geschichte der „Verhöre“ in der Lubjanka waren Angriffe in der schwedischen und deutschen Öffentlichkeit, in denen Wehner beschuldigt wurde, als „Agent der Sowjetunion“ in Schweden verurteilt worden zu sein. Während Wehner sich 1957 erinnerte, daß er während der „Untersuchungszeit“ gleich „einige Male von den Organen des NKVD vernommen [wurde], darunter drei Mal nächtlich in der Lubjanka“³⁵, berichtete er 1946 in seinen autobiographischen „Notizen“³⁶ nur von zwei „Verhören“³⁷ in der Lubjanka. Allein

²⁹ Vgl. z.B. die Resolution des ZK der KPD zu den konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, in: Die Internationale, 1936, H. 6/7, S. 96–100.

³⁰ Zu der parteiinternen Kontroll- und Selektionspraxis der KPD vgl. Reinhard Müller, Unentwegte Disziplin und permanenter Verdacht. Zur Genesis der „Säuberungen“ in der KPD, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen, Wien 1994, S. 71–96.

³¹ Vgl. Walter Dittbender, Stand und Ergebnis der Überführungsarbeit der deutschen Sektion, 23. 9. 1936, RGASPI, f. 495, op. 292, d. 83, ll. 37–52. In den kurzen „Charakteristiken“ der einzelnen KPD-Mitglieder findet sich neben Hinweisen wie „Versöhnler“, „verdächtiges Element“, „anarchistische und rechte Abweichungen“ der Vermerk „Kaderabteilung überweisen“.

³² Zu den Untersuchungen in der Komintern vgl. Müller, Die Akte Wehner, S. 244–302.

³³ Interview mit Bernhard Würdehoff/Karl Donat (Deutschlandfunk, 9. 7. 1976), in: Wehner, Zeugnis, S. 360.

³⁴ Soell, Der junge Wehner, S. 423.

³⁵ Wehner, Zeugnis, S. 291.

³⁶ Wehner, Zeugnis, S. 204–208.

³⁷ Hartmut Soell wiederholte Wehners Erzählung von zwei „Verhören“ in der Lubjanka mehrmals. Zuletzt vgl. Hartmut Soell, Herbert Wehners Bruch mit dem Kommunismus, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Herbert

bei der Nennung von mindestens vier Lubjanka-Besuchen wäre Wehner auch gegenüber Überlebenden des stalinistischen Terrors – wie z.B. Margarete Buber-Neumann – in Erklärungsnotstand geraten, da man als NKVD-Häftling in der Untersuchungshaft im Inneren Gefängnis der Lubjanka verblieb, in andere Moskauer NKVD-Folterhöhlen³⁸ und Gefängnisse überstellt wurde oder allenfalls als Spitzel aus „operativen Gründen“ gezielt aus der Haft entlassen wurde. Nach seinen „drei Besprechungen über trotzkistische und bucharinische Feinde und Gestapoarbeit in der KPD“ (Wehner) im Februar 1937 und nach seiner erneuten Einvernahme im Dezember 1937 konnte Herbert Wehner jedoch unbeschadet aus den NKVD-Dienstzimmern in der Lubjanka immer wieder ins „Hotel Lux“ zurückkehren.

Sowohl in seiner auf die Analyse des Nationalsozialismus ausgerichteten Schrift „Selbstbesinnung und Selbstkritik“³⁹ wie in den „Notizen“⁴⁰ bedient sich Wehner immer noch der in Moskau verinnerlichten Säuberungsmetaphorik und verfällt – wie bereits in den zwanziger Jahren – häufig in Reinheitsphantasien und in den rhetorischen Gestus des Ekels. Dabei macht Wehners unverhüllte Ekel- und Schmutzmetaphorik seine innerparteilichen Gegner und ausgesonderten Opfer zwar nicht mehr zu „Schädlingen“, aber zu „schädlichsten Personen“, gegen die sich die Destruktion und Aggression des involvierten Täters im Rückblick der „Notizen“ anscheinend immer noch scham- und bedenkenlos wenden kann. Wehner verweist aber auch 1946 mit der Attitüde des unbefleckten Puritaners auf den in der KPD angehäuften „Schmutz“, auf den „Sumpf“, auf „Giftstoffe“ und „Fäulniserscheinungen am Körper der Partei“. Wehner attestiert sich selbst, daß ihn die „ehrlichsten Absichten“ geleitet hätten und daß nur der von ihm entpersonalisierte „Parteiapparat“ seinen „reinen revolutionären Willen in den Schmutz“ gezerrt habe. Wehner verschweigt sich selbst und dem Leser der „Notizen“, daß er 1937 „die Vernichtung der schmutzigen Agenten des Faschismus“ als „Zeichen der breitesten Entfaltung sozialistischer Demokratie“⁴¹ gefeiert hatte.

Wehner (1906–1990) und die deutsche Sozialdemokratie, Bonn 1996, S. 6–25, hier: S. 15. Zumindest für diese Geschichtsschreibung pro domo, die Moskauer Archive allenfalls vom Hörensagen kennt, gilt Rudolf Morseys Feststellung: „Die Wehner-Forschung steht erst am Anfang.“ Rudolf Morsey, Diskussionsbeitrag, in: Ebenda, S. 45.

³⁸ Reinhard Müller, Schrecken ohne Ende. Eingaben deutscher NKVD-Häftlinge und ihrer Verwandten an Stalin, Ežov u.a., in: Exil, Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, Jg. 17, 1997, H. 2, S. 63–88.

³⁹ Herbert Wehner, Selbstbesinnung und Selbstkritik. Gedanken und Erfahrungen eines Deutschen, hrsg. von Hermann Leugers-Scherzberg. Mit einem Geleitwort von Greta Wehner, Köln 1994.

⁴⁰ Da bisher – mangels Zugang zu Wehners Nachlaß – Wehners Niederschrift aus dem Jahre 1946 nicht mit der späteren Typoskript-Variante (zugleich Vorlage für die Buchausgabe 1982) verglichen werden konnte, wurden – nicht nur vom Verfasser – verschiedene Zweifel geäußert. So meinte Hartmut Soell, daß alles dafür spreche, daß Wehner „die ursprüngliche Fassung mehrfach überarbeitet und ergänzt hat“. Soell, Der junge Wehner, S. 505. Zuletzt äußerte Brigitte Seebacher-Brandt: „Ob Wehner den Text tatsächlich erst 1946 verfertigt oder zuvor andere Fassungen zu anderen Zwecken erstellt hat, weiß man mit der Korrespondenz so wenig wie ohne sie. Das Verhältnis von Dichtung und Wahrheit bleibt unbestimmt und unbestimmbar.“ Brigitte Seebacher-Brandt, Die hinlänglich bekannte Mischung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 3. 1999, S. 11. Inzwischen konnte im Archiv von Günter Reimann (New York) der 1946 verfertigte Durchschlag der „Notizen“ Wehners ausfindig gemacht werden. Dieses 200 Blatt umfassende Exemplar enthält nur an wenigen Stellen handschriftliche Verbesserungen und Ergänzungen Wehners und ist nahezu völlig textidentisch mit dem 1957 als „graue Mappe“ in Umlauf gebrachten Typoskript (213 Blatt). Das vervielfältigte Typoskript diente auch als Textvorlage für die Buchausgaben der „Notizen“ (1982, 1984, 1990). Für die Anfertigung und Überlassung von Fotokopien aus dem Archiv Günter Reimanns gilt Claus Baumgart und Michael Schulze besonderer Dank.

⁴¹ Herbert Wehner, Ein Jahr Stalinsche Verfassung, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 1937, 6. Jg., Nr. 52, S. 1969–1970.

In den „Notizen“ projiziert das erzählende Ich, der Autor Wehner, seine inzwischen erreichte Distanz zur KPD in die Schilderung des erzählten Ich und in seine Geschichte der zentralisierten und stalinisierten „Apparatspartei“, der Cliquenkämpfe und persönlichen Rivalitäten in der KPD-Führung. Mit seiner neu gewonnenen und virtuos konstruierten Identität beschreibt Wehner immer wieder den Widerspruch zwischen den „kritisch denkenden Parteimitgliedern“, zu denen er sich im Rückblick zählt, und einem durch Intrigen beherrschten „Parteiapparat“.

Unter der Herrschaft eines solchen „Führungsapparates“ konnte sich „die Kritik“ nicht entwickeln und „Heucheleien, Kriechertum, Machtdünkel und Parasitentum mußten wuchern“. Frühere KPD-Spitzenfunktionäre, die in der Sowjetunion verhaftet und erschossen worden waren, vernichtet Wehner noch in den „Notizen“ zumindest rhetorisch als „moralisch verkommene hemmungslose Karrieristen“, als „Blüten aus einer leider überreichen Flora übel duftender Gewächse“. Dabei verbergen sich hinter den rhetorischen Ausfällen auch Momente der eigenen Exkulpation und Schuldabwehr. Im Gegensatz zu der „parasitären Rolle dieser verkommenen Prahlhänse“ attestiert sich Wehner selbst, daß ihn während seiner KPD-Karriere die „ehrlichsten Absichten“ geleitet hätten.

Obwohl Wehner selbst in kürzester Zeit in den „inner circle“ der KPD-Führung aufstieg, meinte er in den „Notizen“, daß nur „robuste Nichtdenker oder zynische Streber“ in einer solchen Atmosphäre „gedeihen und Erfolg haben“ könnten. In seinen autobiographischen „Notizen“ nutzte Wehner auffallend häufig die Metapher der „Parteimaschine“⁴². Hinter der distanzierenden Metaphern-Mauer von der „Ohnmacht des einzelnen Menschen gegenüber einer unbegreiflichen mächtigen Maschinerie“⁴³ ließen sich sowohl die eigene Reflexion wie auch insinuerende Nachfragen zur persönlichen Rolle in dieser „Parteimaschine“ abwehren. Die entpersönlichte, militärisch disziplinierte „Parteimaschinerie“ wurde von Wehner als ein „Gefüge von Apparaten“ vorgestellt, als eine „Maschinerie, die wohl tauglich zur Durchführung von Beschlüssen, aber unfähig zur schöpferischen Meinungsbildung und Austragung von Auffassungsverschiedenheiten“⁴⁴ gewesen sei. Eine solche von der eigenen Rolle abstrahierende Beschreibung evoziert auch das Bild eines ohnmächtigen Opfers, das sich zumindest nachträglich mit dem Schutzmechanismus der Dissoziation⁴⁵ panzern kann. Bereits in der mit „Wiedergutmachen“ betitelten Einleitung zu der 1942/43 im schwedischen Gefängnis verfaßten Schrift „Selbstbesinnung und Selbstkritik“ verknüpfte Wehner an mehreren Stellen die notwendige „Selbstbesinnung“ mit dem ihm geläufigen Parteiritual⁴⁶ der „Selbstkritik“. Individuelle Entlastungsstrategien⁴⁷ stecken sicherlich auch in jenen Bemerkungen Wehners, die hier in der Wir-

⁴² Wehner, Zeugnis, S. 54–70.

⁴³ Wehner, Zeugnis, S. 226.

⁴⁴ Wehner, Zeugnis, S. 50. Ähnlich kritisierte Wehner 1939 auch Willi Münzenberg: „Es handelte sich damals um eine völlig selbstständige und ohne Kontrolle der Partei durchgeführte Personal- und Geschäftspolitik in seinem Apparat.“ Müller, Die Akte Wehner, S. 327.

⁴⁵ Norman Cameron, *Personality and Psychopathology. A Dynamic Approach*, Boston 1963, S. 338–372; vgl. auch Robert Jay Lifton/Eric Markusen, *Die Psychologie des Völkermords. Atomkrieg und Holocaust*, Stuttgart 1992.

⁴⁶ Vgl. Brigitte Studer/Berthold Unfried, *Der stalinistische Parteikader*, Köln u.a. 2001.

⁴⁷ Vgl. dazu auch das Kapitel „Schuld und Abwehr“ in: *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*, bearbeitet von Friedrich Pollock (Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Band 2), Frankfurt a. M. 1955, S. 278–428.

Form und unter Verwendung der Mechanismus-Metapher⁴⁸ nicht nur auf die Analyse des Nationalsozialismus zielen: „Selbstbesinnung und Selbstkritik werden damit ein Mittel zur Auflösung der Mechanismen, die Deutschland in die Katastrophe geführt haben. Denn der einzelne Mensch war nicht verantwortlich denkender, verantwortlich handelnder, verantwortlich lebender Mensch – Mitbürger –, sondern gehorsamer Bestandteil eines Mechanismus. Indem wir uns auf uns selbst besinnen, werden wir gewahrt werden, daß wir alle – mehr oder weniger – nicht wir selbst waren, respektive sind, sondern der Bestandteil eines Mechanismus wurden.“⁴⁹

Das vom eigentlichen Ego abgespaltene Ich („Ego-splitting“) wird hier als nicht willentlich handelndes Subjekt⁵⁰ zum gehorsam funktionierenden Bestandteil eines „Mechanismus“, den Wehner unter Rückgriff auf das mechanistisch-militaristische Selbstverständnis der Komintern⁵¹ in den „Notizen“ als „unpersönlichen Apparat“ beschrieb. Gerade in dem ständigen Verweis auf Mechanismen und übermächtige Apparate wird zumindest in den „Notizen“ die noch nicht verarbeitete moralische Dimension individueller Verantwortung, die permanente Last des Moskauer „Gepäcks“ für den scheinbar unentwegt weitermarschierenden Wehner deutlich.

Im Briefwechsel mit Günter Reimann, den Wehner 1936 für ausgeschlossen erklärte und auch beim NKVD⁵² vermeldete, wie in den „Notizen“ stilisierte sich Wehner 1946 für seine Identitätskonstruktion zu der kunstvoll ausgemalten Gegenfigur des kritischen Außenseiters, im späteren Interview wurde daraus sogar die Figur des „Partisanen“⁵³. Die Wehnersche Selbsteinschätzung, daß sein besonderes Talent „Helfen“⁵⁴ sei, kann m.E. für die Moskauer Zeit nur so gedeutet werden, daß er sich sowohl den Komintern-Instanzen wie dem NKVD anbot, um bei der „Vernichtung des Trotzkismus“ tatkräftig zu helfen.

Bis zum April 1938 waren bereits 70 Prozent der KPD-Mitglieder in der Sowjetunion⁵⁵ verhaftet; Anfang Oktober 1938 berichtete Walter Ulbricht an die Kaderabteilung, daß sich gegenwärtig nur mehr 363 KPD-Mitglieder in der Sowjetunion und davon 328 in Moskau befänden.⁵⁶ Zumeist nach der Verhaftung wurden die von der Kaderabteilung des EKKI jahrelang zuvor überwachten und registrierten KPD-Mitglieder in Personenlisten⁵⁷

⁴⁸ Vgl. dazu Hannah Arendts Aufsatz: Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur, in: Hannah Arendt, Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, Berlin 1989, S. 81–97.

⁴⁹ Wehner, Selbstbesinnung und Selbstkritik, S. 48.

⁵⁰ Herbert Jäger, Gehorsam oder Initiative? Zum Begriff der arbeitsteiligen Täterschaft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 1992, H. 2, S. 182–184.

⁵¹ Vgl. Der organisatorische Aufbau der Kommunistischen Partei. Organisationsberatung der Erweiterten Exekutive, Hamburg 1925. Hier wird im Schaubild die Parteimaschine mit ihren „Transmissionsriemen“ dargestellt.

⁵² Zum Verhältnis Wehner/Reimann vgl. ausführlich Müller, Herbert Wehner – Moskau 1937, S. 80–88.

⁵³ Wehner, Zeugnis, S. 311.

⁵⁴ Wehner im Gespräch mit Günter Gaus, Wehner, Zeugnis, S. 321.

⁵⁵ Mitteilung von Paul Jäkel, Mitarbeiter der „Deutschen Vertretung“ an das ZK der KPD, 29. 4. 1938, RGASPI, f. 495, op. 292, d. 101, ll. 13–18.

⁵⁶ RGASPI, f. 495, op. 293, d. 121, l. 2.

⁵⁷ Diese Listen der ausgeschlossenen KPD-Mitglieder wurden auch 1936 und 1937 an die KPD nach Prag und Paris übermittelt. Im zynischen Stil eines Geschäftsbriefs, weniger wohl zur Tarnung, schrieb am 9. 7. 1937 dazu die Moskauer KPD-Führung: „Wir übermitteln Euch Aufstellungen über die von uns vorgenommene Säuberung unseres Lagerbestandes. Über einzelne früher vorgenommene Säuberungen hatten wir euch bereits informiert.“ Nach Paris wurden beiliegend „10 Serien mit insgesamt 290 Posten“ übermittelt, SAPMO/BA RY I 2/3/287, Bl. 168.

zusammengestellt und anfangs während der Sitzungen führender KPD-Funktionäre, später per Unterschrift im Umlaufverfahren, in „fliegender Abstimmung“, aus der KPD ausgeschlossen. Herbert Wehner nahm bereits am 28. Januar 1937 an einer solchen „Ausschluß-Sitzung“ teil. Neben Wehner waren dabei Pieck, Florin, Ulbricht, der „deutsche Vertreter“ Heinrich Wiatrek, der „Abwehrleiter“ Hermann Nuding und die beiden Referenten der Kaderabteilung des EKKI⁵⁸ Grete Wilde und Georg Brückmann anwesend.

Die immer wieder angeführten zehn „Ausschlußlisten“ einer angeblich machtlosen KPD-Führung lassen sich jedoch nur als formeller Schlußakt einer jahrelangen Überwachungs- und Selektionspraxis der KPD-Führung, der Internationalen Kontrollkommission, der Kaderabteilung des EKKI und verschiedener „Kommissionen“ interpretieren und keineswegs als Beweis, daß die KPD-Spitze nur die Entscheidungen anderer „sowjetischer Organe“ nachvollzog und diesen nur nachträglich⁵⁹ zustimmte. Ausschließlich gestützt auf diese zehn „Listen“, die seit 1990 im ehemaligen zentralen Parteiarchiv der SED zugänglich waren, jedoch ohne irgendeine Kenntnis von Moskauer „Kaderakten“ oder gar von NKVD-Dokumenten, begründeten manche sozialdemokratische Autoren ihre politisch durchsichtige Exkulpation Herbert Wehners. So meinte Hartmut Soell noch jüngst durch archivalische Ferndiagnose, daß „die deutschen Kommunisten in Moskau machtlos“ waren und „lediglich die Verhaftungslisten abzunicken hatten“.⁶⁰ Im historiographischen Spektrum der PDS wird gleich die gesamte KPD-Führung in Schutz genommen, da

⁵⁸ Soell ordnet die Kaderabteilung fälschlicherweise der KPD und nicht dem EKKI zu. Vgl. Soell, *Der junge Wehner*, S. 426.

⁵⁹ Solch kurzschlüssige Exkulpationen entstanden durch die Nichtkenntnis von Moskauer „Kaderakten“, der Parteibiographie und der bereits vor der Verhaftung an das NKVD übersandten „Listen“ von „trozkistischen und feindlichen Elementen“. Dies gilt auch für die bei Carola Tischler erwähnten Politemigranten Hilde Hauschild und Paul Rakow, die „in der Geschichte der KPD keine bedeutende Rolle“ spielten. Dabei ging es den Komintern- und NKVD-Instanzen nicht um die „bedeutende Rolle“, sondern um unbedeutende Abweichungen auch weniger bedeutender Funktionäre. So wurden über Paul Rakow bereits am 28.8.1936 von der Kaderabteilung die Denunziationen des KPD-Mitglieds Fritz Hoings als „Material“ an die IKK und an das NKVD weitergegeben, am 29.1.1937 übersandte Anwelt, Vorsitzender der Internationalen Kontrollkommission der Komintern, weiteres Material an den NKVD-Offizier Gaj. Am 10.2.1937 wurde von der Kaderabteilung erneut ein Sündenregister Paul Rakows an das NKVD übersandt. Paul Rakow wurde am 13.3.1937 aus der KPD ausgeschlossen, am 15.4.1937 verhaftet und am 20.12.1937 erschossen, RGASPI, f. 495, op. 205, d. 4736. Die bei Tischler erwähnte Hilde Hauschild spielte zwar keine „bedeutende Rolle“, war aber keineswegs ein unbeschriebenes Blatt in der KPD-Geschichte. Hilde Hauschild (Löwen) wurde wie auch Paul Rakow am 2.9.1936 in der Liste der Kaderabteilung über „Trozkistische und andere feindliche Elemente in der Emigration der KP Deutschlands“ verzeichnet. Ein Dossier der Kaderabteilung listete die innerparteilichen Abweichungen der „Versöhlerin“ Hauschild auf, die am 21.6.1937 aus der KPD ausgeschlossen und danach am 20.11.1937 verhaftet und zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt wurde. Als Jüdin wurde sie 1940 von der Ausweisungsliste gestrichen und kam am 26.6.1942 im Karlag ums Leben. Carola Tischler, *Die Rolle der KPD-Führung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder*, in: Klaus Kinner (Hrsg.), *Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors*, Leipzig 1999, S. 107. Dossier der Kaderabteilung und Hilde Hauschilds Lebenslauf abgedruckt bei Müller, *Flucht ohne Ausweg*, S. 90 f. Wehner machte im Dezember 1937 das NKVD darauf aufmerksam, daß die inzwischen verhaftete Hilde Hauschild zu den „gehässigsten Feinden der Politik Ernst Thälmanns“ gehörte. Wehner beschuldigte zudem die inhaftierte Hilde Hauschild beim NKVD, daß sie mit „Leuten vom Schlage Günter Reimanns“ im Briefwechsel stehe. Reimann sei wiederum Vertrauensmann von Volk und „gleichzeitig intimer Freund des Trozkisten Neufeld“. Vgl. Müller, *Herbert Wehner – Moskau 1937*, S. 477.

⁶⁰ *Süddeutsche Zeitung*, 1.10.2002.

sie nur auf „Anforderung“ des NKVD Auskünfte⁶¹ erteilt habe. Wie Hartmut Soell glaubt auch Ulla Plener, daß von der „Kaderabteilung der KPD“⁶² nur „Listen der schon vom NKVD verhafteten Parteimitglieder zusammengestellt“ und diese Mitglieder danach von der „kleinen Kommission“ des Politbüros aus der Partei ausgeschlossen wurden. Hartmut Soell sieht die KPD-Führung nur als machtlose Abnicker, und Ulla Plener vermeint, daß die „Führer und Apparate“ von Komintern und KPD allenfalls „den Massenterror praktisch duldeten“⁶³.

Ähnliche Selektionslisten⁶⁴ wie die Kaderabteilung des EKKI erstellte der Sekretär des Parteikomitees im EKKI Kotel'nikov zu den KPdSU-Mitgliedern, „die früher anderen Parteien angehörten, trotzkistische und rechte Schwankungen besaßen und Parteistrafen hatten“ (4. September 1936). Auch diese Liste⁶⁵ wurde an das NKVD geschickt und enthält u.a. die Namen der früheren KPD-Mitglieder Lotte Brann, Gustav Golke, Grete Wilde, Erna Petermann, Joseph Eisenberger, die später verhaftet wurden.

Als vorgängiger Prozeß für die Verhaftung und spätere Liquidierung vieler in die Sowjetunion exilierter deutscher Kommunisten muß in zahlreichen „Fällen“ die jahrzehntelange Überwachungs- und Verfolgungspraxis der „Partei-Maschine“, die jahrzehntelange Archivierung⁶⁶ der Parteisünden, in die Analyse der terroristischen „Säuberungen“ einbezogen werden. Auch nach dem Beginn der Verhaftungen durch den NKVD-Direktivbrief Nr. 00439 im August 1937, der sich zunehmend gegen alle „Deutschen“ richtete, verwiesen in den Fällen der politisch als „Abweichler“ vorbelasteten KPD-Mitglieder⁶⁷ der NKVD-Verhaftungsbefehl, Verhörprotokolle, Anklageschrift und Urteil auf das politische Sündenregister.

Neben zentralen, von Stalin initiierten NKVD-Befehlen, z.B. der „deutschen Operation“⁶⁸ wurden auch nach dem August 1937 zahlreiche deutsche Politemigranten weiterhin

⁶¹ Ulla Plener, Ein Nachwort, in: Oleg Dehl/Simone Barck/Natalia Mussienko/Ulla Plener (Hrsg.), *Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren*, Berlin 2000, S. 373. Plener übersieht hierbei, daß sogar in den „Ausschlußlisten“ auch KPD-Mitglieder, die erst danach verhaftet wurden, aufgeführt wurden.

⁶² Gemeint sind die beiden deutschen Referenten der Kaderabteilung des EKKI.

⁶³ Plener, Nachwort, S. 374.

⁶⁴ Auf den Zusammenhang zwischen den in der Komintern erstellten „Listen“ von „Trotzkisten“ und „Rechten“ und den folgenden Verhaftungen durch das NKVD wurde bereits 1993 ausführlich verwiesen. Vgl. Fridrih I. Firsov, *Die „Säuberungen“ im Apparat der Komintern*, in: Hermann Weber/Dieter Staritz (Hrsg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 37–51.

⁶⁵ RGASPI, f. 546, op. 1, d. 376, ll. 30–36, nur teilweise abgedruckt bei Chase, *Enemies within the Gates*, S. 178–184.

⁶⁶ Zur Tradierung und Weitergabe von parteiamtlichen Listen der KPdSU an das NKVD vgl. Igal Halfin, *The Demonization of the Opposition: Stalinist Memory and the „Communist Archive“ at Leningrad Communist University*, in: *Kritika, New Series*, 2, 2001, H. 1, S. 43–80.

⁶⁷ Vgl. z.B. die Anklageschrift und das Urteil gegen Leo Flieg, der am 20. 3. 1938 verhaftet wurde. Als Mitglied der „Sektierergruppe“ und der „antisowjetischen Organisation der Rechten und Trotzkisten“ in der Komintern und zudem als „Agent des deutschen und französischen Geheimdienstes“ und wegen der „Vorbereitung von Terrorakten“ wurde Flieg angeklagt und am 14. 3. 1939 zum Tode verurteilt. NKVD-Akte Nr. 18070. Vgl. auch die Anklageschrift (2. 3. 1939) gegen Fritz Schulte u.a., abgedruckt in: Reinhard Müller, *Der Fall des „Antikomintern-Blocks“ – ein vierter Moskauer Schauprozeß?*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 1996, S. 202–214.

⁶⁸ Vgl. dazu Nikita Ochotin/Arseni Roginskij, *Zur Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKVD 1937–1938*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2000/2001, S. 89–125.

wegen ihrer früheren politischen Häresie als „Rechte“, „Versöhnler“, „Trotzkisten“ oder gar als „Rechtstrotzkisten“ durch Kaderabteilung, Internationale Kontrollkommission und KPD-Führung stigmatisiert. Durch die permanente Kooperation mit diesen untereinander verflochtenen Kontroll- und Verfolgungsinstanzen verhaftete das NKVD – auch nach dem Beginn der „nationalen Operation“ gegen die „Deutschen“ – weiterhin frühere politische Häretiker wegen ihrer politischen Biographie und verurteilte sie zum Tode⁶⁹ oder zu langjährigen Haftstrafen im Gulag.

Die unterschiedliche Behandlung von „einfachen“ Politemigranten und den in Moskau anwesenden ZK-Mitgliedern⁷⁰ war sowohl den Frauen von Verhafteten wie auch den Mitgliedern der KPD-Führung selbst präsent, die diese Diskrepanz in einem Bericht des Mitarbeiters der „Deutschen Vertretung“ Paul Jäkel lesen konnten: „Die Frauen Kukulies und Harms (deren Männer im Kaukasus verhaftet sind) sagten am 4. April ds. Jhs. bei ihrem Besuch im Büro der Deutschen Vertretung beim EKKI u.a.: ‚Warum verhaften sie bloß die Proleten und nicht euch‘ (d.h. die führenden Genossen).“⁷¹ Auch wenn in den erforderten „Geständnissen“ und in gefälschten „Verhörprotokollen“ des NKVD⁷² die Mitglieder der Moskauer KPD-Führung (Pieck, Ulbricht, Wehner, Florin) immer wieder als Teilnehmer an „antisowjetischen, terroristischen, trotzkistischen Spionage- und Diversionsorganisationen“ seit 1937 genannt werden, so wurde gegen die amtierende KPD-Führung das Prinzip der Kontaktschuld keineswegs angewandt. So verfaßte am 1. November 1937 im Inneren Gefängnis der Moskauer Lubjanka der seit 1932 degradierte Heinz Neumann einen handschriftlichen Text, der zahlreiche KPD- und Komintern-Funktionäre als Mitglieder einer seit 1925 existierenden antisowjetischen „Verschwörung“ denunziert, die einen „europäischen Kommunismus“ erstrebten. Dieser im Zentralarchiv des ehemaligen KGB (jetzt FSB) erhaltene Text „Über die konterrevolutionäre bucharinistisch-trotzkistische Organisation Pieck-Ulbricht“⁷³ reproduziert sowohl das NKVD-Konstrukt eines fiktiven „Antikomintern-Blocks in der Komintern“, wie auch das weitverzweigte Simulacrum einer KPD- und Kominterngeschichte, die als rückwärts projizierte „Verschwörung“ alte Parteirechnungen Neumanns gegen frühere „Versöhnler“, „Rechte“ und innerparteiliche Kontrahenten begleicht: „Seit 1925 gab es in den Reihen der Deutschen KP eine kominternfeindliche Versöhnlerfraktion und seit 1932–1933 eine illegale konterrevolutionäre trotzkistisch-bucharinistische Organisation, an deren Spitze Pieck und Ulbricht standen.“ Zu den Mitgliedern dieser „konterrevolutionären Pieck-Ulbricht-Organisation“ zählte Heinz Neumann dann sowohl Herbert Wehner wie auch die „Versöhnler“ Hugo Eberlein

⁶⁹ Vgl. den „Fall“ des „Versöhnlers“ Heinrich Süßkind, Anklage und Urteil abgedruckt in: Reinhard Müller, „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998, S. 121–166.

⁷⁰ Eine gegenseitige Absicherung läßt sich auch in der KPÖ-Führung feststellen. Vgl. dazu Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, Aufbruch, Hoffnung, Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945, Wien 1997, S. 470.

⁷¹ Material zur Information. An das ZK der KPD (29. 4. 1938), RGASPI, f. 495, op. 292, d. 101, l. 16.

⁷² Vgl. z.B. die „Verhörprotokolle“ von Hermann Remmele (NKVD-Akte Nr. 11622), Leo Flieg (NKVD-Akte Nr. 18070), Walter Dittbender (NKVD-Akte Nr. 9781), Hugo Eberlein (NKVD-Akte Nr. 23424). Die „Aussagen“ und „Geständnisse“ der ehemaligen KPD-Funktionäre wurden zwar „protokolliert“, jedoch wurden vom NKVD keine Verfahren gegen die amtierende KPD-Führung eingeleitet.

⁷³ ZA/FSB Nr. 33543, Band 1, Bl. 200–230, maschinenschriftliche Kopie, Bl. 122–199.

und Gerhart Eisler. Auch im erfolgten Verhörprotokoll⁷⁴ von Leo Flieg wird Herbert Wehner neben Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin als Teilnehmer einer „antisowjetischen, terroristischen Organisation“ genannt. Weder die beiden Sekretäre des Exekutivkomitees der Komintern Florin und Pieck noch Herbert Wehner als Referent des EKKI-Sekretärs Togliatti wurden jedoch vom NKVD verhaftet.

Bereits vor ihrer Verhaftung durch das NKVD wurden die KPD-Mitglieder als „Versöhnler“, „Sektierer“ und „Trotzkisten“ in den jeweiligen Kaderakten „charakterisiert“ und nach dem Vorbild der KPdSU⁷⁵ auf Sammel Listen als „schlechte“ oder „verdächtige Elemente“ von der Kaderabteilung an das NKVD gemeldet. Die Verhaftung vieler KPD-Mitglieder findet in der bürokratisch organisierten Überwachungs- und Kontrollpraxis der kommunistischen Partei und in den ideologischen Vernichtungsfeldzügen gegen „linke“ oder „rechte“ Häretiker und gegen den „Doppelzüngler“ in den eigenen Reihen ihren Anfang. Dabei kumulierten politische Stigmatisierung durch Komintern- und KPD-Führung, Überwachung durch klandestin operierende „Apparate“⁷⁶, parteiamtliche Ausschlußverfahren und individuelle Denunziation durch „wachsamen“ Parteimitglieder die papierernen „Beweise“ sowohl in den Registraturen der Kaderabteilung wie in der 3. und 4. Abteilung des NKVD. Jahrelange Anpassung an die „Linie“ und die Unterwerfungsrituale in der militärisch disziplinierten „Armee des Weltproletariats“, ideologischer Zwang und als Aufopferung verstandener Selbstzwang disponierten die KPD-Funktionäre nicht nur im ausgewogenen Moskauer Exil zur Akzeptanz jener innerparteilichen Selektionen, die als periodische „Säuberung“ in der KPdSU und ihren kommunistischen Bruderparteien durchgeführt wurden. Mit den öffentlichen Straftheatern gegen Häretiker, die ausgeschlossen oder zur Kapitulation gezwungen wurden, demonstrierten die Moskauer Kominternzentrale und die KPD-Führung schon vor 1933 ihre ideologische Definitionsmacht und auch ihre administrative Verfügungsgewalt in Personalfragen. Als in diesen Kontrollprozeduren zugerichtete „Parteisoldaten“ fügten sich die Moskauer Politemigranten sowohl als parteitreue „Täter“ wie auch als immer noch gläubige „Opfer“ in die permanente Überwachungs- und Verfolgungspraxis willentlich und wissentlich ein. Wechselseitige Kontrolle, die für Parteimitglieder und durch das sowjetische Strafrecht vorgeschriebene Denunziationspflicht, das alltäglich propagierte Feindbild des „maskierten Feindes“ und die öffentliche Wachsamkeitsparanoia disponierten das potentielle Opfer auch zum umtriebigen Täter, verwandelten aber auch überzeugte Täter, sowohl Parteikader wie NKVD-Offiziere, zu Opfern von Denunziation und Terror. Das stalinistische Terrorsystem entfaltete sich durch Stalin-Direktiven, ZK-Rundschreiben und NKVD-Vernichtungsbefehle erst durch die jahrelange Kooperation der nachgeordneten „Instanzen“ der KPdSU, Komintern und

⁷⁴ NKVD-Akte Nr. 18070.

⁷⁵ Zur Erfassung der oppositionellen Parteimitglieder, der vermeintlichen oder früheren „Trotzkisten“ in Listen und zur Überprüfungspraxis innerhalb der KPdSU vgl. Wladislaw Hedeler, Jeshows Szenario, Der Moskauer Schauprozeß 1938, in: *Mittelweg* 36, 7, 1998, H. 2, S. 63–65.

⁷⁶ Das Archiv des Kippenberger-Apparates mit den gesammelten Dossiers über die KPD-Mitglieder wurde von der Gestapo beschlagnahmt. Wehner wußte von der Funktion des „zentralen Abwehrarchivs“ der KPD und kannte auch vor 1933 die „Kaderakte“ von Werner Hirsch: „Im Archiv wurde alles gesammelt, was dem Nachrichtenapparat über Parteimitglieder bekannt geworden war. Kein Funktionär hatte die Möglichkeit, Angaben zu prüfen oder zu berichtigen, die in diesen Dossiers aufbewahrt wurden. Mir sind einmal zwei solcher Aktenstücke gezeigt worden, kurz vor dem 30. Januar 1933; es waren Angaben über Hirsch und Schrecker.“ Wehner, *Zeugnis*, S. 81.

der KPD mit der NKVD-Terrorbürokratie. Der von oben initiierte und kontrollierte Stalinismus als Herrschafts- und Terrorsystem⁷⁷ konnte aber sich erst durch den „Stalinismus von unten“, nämlich durch die bereitwillige Initiative von loyalen, gläubigen, selbst bedrohten oder gar zweifelnden Funktionstärtern und durch die umfassende Denunziationspraxis der „wachsamen Bolschewiki“ entfalten. Gerade die Reduktion des stalinistischen Terrorsystems auf von „Stalin und seinen Komplizen“⁷⁸ erlassene Befehle blendet aus, daß der Terror zwar von oben, d.h. von Stalin⁷⁹, KPDSU-Politbüro, Ežov und durch das NKVD in Gang gesetzt und kontrolliert wurde, daß aber das Herrschafts- und Terrorsystem erst durch die Mithilfe und das Mitmachen von beflissenen Zuträgern, selbst gefährdeten Denunzianten und Informanten, von radikalisierten Funktionstärtern in den „Apparaten“ von NKVD, KPdSU und Komintern funktionieren konnte. Zur „Mitmachgesellschaft“ des Stalinismus gehörten auch die miteinander verflochtenen „Instanzen“ von KPdSU, Komintern- und KPD-Führung, deren Funktionäre dem „Führer“ Stalin und der NKVD-Terrorbürokratie so bereitwillig zuarbeiteten wie z.B. Herbert Wehner.

Die Diskussion von Reinhard Müllers Vortrag auf der Stalin-Tagung

konzentrierte sich zunächst auf Fragen nach der Funktion der Denunziation für die Denunzianten und für das stalinistische System. Leonid Luks betonte den inszenierten Charakter des Terrors. Denunziationen hätten den gewünschten Effekt gehabt, den Eindruck einer Partizipation zu erwecken. Tatsächlich gelenkt worden sei der Terror aber von oben. Bianka Pietrow-Ennker fragte, ob Wehners Auftreten als Denunziant ideologisch oder karrierepolitisch geleitet gewesen sei.

Müller hob in seiner Antwort den ideologischen Faktor hervor. Schon 1928/29 hätte sich Wehner in der KPD in Sachsen an dem Feldzug gegen Häretiker beteiligt. Die Empörung, die er später, u.a. im Pariser Exil, gegen trotzkistische Abweichler gezeigt habe, könne nicht einfach inszeniert und nur strategisch gedacht gewesen sein. Schon bevor Wehner nach Moskau gekommen sei, sei seine feindbildorientierte ideologische Fixierung erfolgt. Diese hätte auch einem Bedürfnis nach Macht und Kontrolle entsprochen. Das stalinistische Terrorsystem sei von einer doppelten Strategie geprägt gewesen, in der die Denunziation als ein partizipatives Element ihren festen Platz gehabt habe: „Es war natürlich Teilnahme an der Herrschaft, aber zugleich Unterwerfung, es war Einverständnis, aber zugleich persönliche Machtausübung.“ Unbestritten sei dabei, daß die lenkende Hand beim Terror diejenige Stalins gewesen sei. Bei Wehner sei neben ideologischem Eifer sicher auch die schiere Überlebensnotwendigkeit ausschlaggebend dafür gewesen, daß er dem NKVD so perfekte Informationen geliefert habe. Diesen Faktor hatte in der Diskussion auch Hartmut Mehringer (Institut für Zeitgeschichte) unterstrichen. Gerd Koenen machte darauf aufmerksam, daß beim NS-Regime kein Analogon zur völlig entgrenzten Verfolgung im Stalinismus festzustellen sei: „Niemand wäre ja ein alter Kämpfer der NSDAP darauf gekommen, zu sagen: ‚Derjenige, mit dem ich so viele Jahre in der SA marschiert

⁷⁷ Zur Kompatibilität des Totalitarismuskonzepts mit „revisionistischen“ Interpretationen vgl. Manfred Hildermeier, Stalinismus und Terror, in: Osteuropa 2000, H. 6, S. 593–605.

⁷⁸ So Hermann Weber, Alte Vorwürfe aufgeblasen, Frankfurter Rundschau, 4. 10. 2002.

⁷⁹ Vgl. dazu Oleg W. Chlewnjuk, Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998.

bin, ist seit dem Jahr 1920 ein Agent des französischen Geheimdienstes gewesen und ein verkappter Abweichler, der immer schon feindliche Pläne gegen die Partei gesponnen hat.“ Im Nationalsozialismus habe es definierte Außenfeinde gegeben und die innere Korporation sei im wesentlichen intakt geblieben, im Stalinismus habe sich diese Korporation in ein „unergründbares Gestrüpp des Verdachtes aller gegen alle“ verstrickt. Auf Koenens Frage, wie sich Menschen in diesen Umständen überhaupt zurechtfinden konnten, erklärte Reinhard Müller, die überwiegende Mehrzahl der Emigranten hätte die offiziellen Begründungen für den Terror akzeptiert; unverständlich sei er in den allermeisten Fällen erst dann erschienen, wenn jeweils die unmittelbare persönliche Umgebung betroffen gewesen sei. Zugleich hätte die Verunsicherung aber zu einer „Atomisierung“ des deutschen Exils in Moskau geführt. Diesen Begriff, der in Hannah Arendts Totalitarismus-Analyse eine wichtige Rolle spielt, habe bereits der einfache bayerische Emigrant Franz Schwarzmüller benutzt, um die Lage des deutschen Exils zur Zeit des Großen Terrors zu charakterisieren.

Sergej Slutsch

Stalin und Hitler 1933–1941: Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml

Das Jahr 1933 war ein Wendepunkt in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, und zwar ausschließlich aufgrund der innenpolitischen Veränderungen in Deutschland. Die Initiative für die tiefgreifenden Veränderungen in den beiderseitigen Beziehungen ging vom Oberhaupt des neuen politischen Regimes aus. Die Taktik Hitlers in bezug auf die UdSSR, ganz zu schweigen von seiner Strategie, stellte einen vollständigen Bruch mit der Politik der Weimarer Republik dar, ungeachtet gewisser Zick-Zack-Manöver im Verlauf des Jahres 1933.

Zwei Monate nachdem die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten, widmete Hitler auf Empfehlung des durch die Aussicht auf eine ernsthafte Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen angesichts der ohnehin wachsenden Isolation des Dritten Reichs in der internationalen Arena beunruhigten Auswärtigen Amtes¹ in seiner Rede am 23. März bei der ersten Sitzung des neugewählten Reichstags auch den Beziehungen zur UdSSR spezielle Aufmerksamkeit. „Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen“, erklärte er und betonte: „Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.“² Es konnte der Eindruck entstehen, daß die neue Regierung ungeachtet der breitangelegten antisowjetischen Kampagne und der Vielzahl von Zwischenfällen, bei denen Bürger der UdSSR, die in Deutschland arbeiteten, ebenso in Mitleidenschaft gezogen wurden wie gemeinsame Unternehmen, deren Tätigkeit äußerst erschwert oder sogar paralytisch wurde, neuerlich an der Aufrechterhaltung beiderseitig nützlicher Beziehungen mit der Sowjetunion interessiert war. Jedoch wäre eine solche Einschätzung verfehlt. Zu augenfällig und bedeutsam war die Kluft zwischen den öffentlichen Deklarationen Hitlers (die, nebenbei bemerkt, keineswegs folgerichtig waren) und der koordinierten Repressionspraxis der neuen deutschen Machthaber gegen sowjetische Bürger, darunter auch solche, die diplomatische Immunität genossen.³ Nicht ohne Grund bemerkte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, M. M. Litwinov: „In Deutschland haben wir es jetzt nicht mit einzelnen lokalen Zwischenfällen zu tun, sondern mit einer massenhaften Hetzjagd auf alles, was die Bezeichnung sowjetisch trägt.“⁴ Der Sinn solcher Aktionen konnte nur darin bestehen, die „Temperatur“ der beidersei-

¹ Günter Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973, S. 113.

² Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945: Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Band I,1, München 1965, S. 236.

³ Die deutsche Seite war über 16 solche Zwischenfälle informiert; vgl. ADAP, Serie C, Band I,2, Dok. 456, S. 837.

⁴ Aufzeichnung des Gesprächs des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten M. M. Litwinov mit dem deutschen Botschafter in der UdSSR Herbert von Dirksen vom 3. 4. 1933, in: Dokumenty vnešnej politiki SSSR (im folgenden: DVP), T. XVI, Moskau 1970, Dok. 106, S. 212.

gen Beziehungen stark abzukühlen, indem man sie bis auf das Minimum zurückführte, und damit zugleich vor allem den Westmächten zu demonstrieren, daß die neue, nationalsozialistische Regierung Deutschlands eine wahrhaftige Bastion im Kampf gegen die kommunistische Gefahr darstellte und Unterstützung verdiente.

Am 16. April wandte sich Außenminister Konstantin von Neurath, beunruhigt durch die Berichte des deutschen Botschafters in der UdSSR, Herbert von Dirksen, über eine anwachsende Kampagne in der sowjetischen Presse gegen die Ausschreitungen in Deutschland an das Innenministerium und forderte die Vorabinformation des Außenministeriums bei jeglicher Aktion, die die Beziehungen mit der UdSSR berührte. Eine entsprechende Vorschrift wurde vom Innenministerium erst am 28. April 1933⁵ herausgegeben, d.h. erst an dem Tag, an dem Hitler zum erstenmal den sowjetischen Botschafter Lev Chinčuk⁶ empfing, was davon zeugt, daß beide Schritte koordiniert waren. Die Verordnung hatte jedoch keinerlei bemerkbare Folgen, von der Ratifikation des Moskauer Protokolls über die Verlängerung des Berliner Vertrags von 1926, die zwei Jahre nach seiner Unterzeichnung stattfand, einmal abgesehen.⁷

Ohne Rücksicht darauf, daß das Auswärtige Amt die ohnehin stark verschlechterten deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht mit neuen Problemen belasten wollte⁸, war Hitler offenkundig der Meinung, daß der tiefste Punkt in ihrer Entwicklung noch nicht erreicht war und Berlin noch nicht alle von diesem Prozeß in der internationalen Arena abfallenden Dividenden eingestrichen hatte. In beträchtlichem Maße ermöglichte bis zum Herbst 1933 auch die inadäquate Reaktion des Kremls auf die repressiven Maßnahmen der deutschen Behörden die Fortsetzung der gegen sowjetische Bürger und Einrichtungen gerichteten Exzesse.⁹

Hitler hielt die Überwindung der Isolation, die von innenpolitischen Veränderungen hervorgerufen worden war, und die Stärkung der außenpolitischen Position Deutschlands zu einem Zeitpunkt, als seine militärische Macht gerade erst wieder hergestellt wurde, durch die Sprengung des bestehenden internationalen Systems für möglich. Als ein effektives Mittel zur Lösung dieser Aufgabe wählte man die Abkehr Deutschlands von der Beteiligung an multilateralen Abkommen und internationalen Organisationen, die seine politische Handlungsfreiheit einschränkten, und die Wende zu einem System bilateraler Ab-

⁵ ADAP, Serie C, Band I,1, Dok. 157, Anm. 4, S. 288.

⁶ Mitteilung von L. M. Chinčuk über das Gespräch mit Reichskanzler Hitler vom 28. 4. 1933, in: DVP, T. XVI, Dok. 138, S. 271 f.

⁷ In der Leitung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten nahm man fälschlicherweise an, daß das Inkrafttreten des Moskauer Protokolls, das den Berliner Vertrag verlängerte, und „der darüber eigens gemachte [...] Lärm, eine sehr große positive Bedeutung haben“, d.h., daß sie die Möglichkeit gäben, Druck auf Polen auszuüben und zugleich „weite Kreise der Nationalsozialisten“ darüber aufzuklären, daß „die heutige Regierung Deutschlands tatsächlich die früheren Beziehungen mit der Sowjetunion für vorteilhaft hält“. Vgl. den Brief des Leiters der 2. Westabteilung des NKID, D. G. Štern, an Chinčuk, 7. 5. 1933, AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 27, l. 15; Brief des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, N. N. Krestinskij, an Chinčuk, 7. 5. 1933, ebenda, ll. 16 f.

⁸ Wollstein, Weimarer Revisionismus, S. 118.

⁹ Wie es in einem Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR heißt, setzten sich Gesetzesverletzungen und Ausschreitungen gegen sowjetische Einrichtungen und Organisationen bis zum September 1933 fort, „als das entschiedene Auftreten der UdSSR im Journalistenkonflikt die deutsche Regierung zwang, ernsthaft über die Folgen ihres Verhaltens nachzudenken und eine scharfe Wende in ihrem Verhalten gegenüber sowjetischen Einrichtungen und Bürgern in Deutschland zu vollziehen [...] die Welle der Ausschreitungen und Übergriffe gegen sowjetische Einrichtungen und Bürger begann merklich zurückzugehen und hatte sich bis zum Ende des Jahres fast völlig ins Nichts aufgelöst.“ DVP, T. XVI, S. 815, Anm. 45.

kommen, die in der Regel die Partner des Dritten Reichs in erheblichem Maße banden. Als „Sprengsatz“ im Osten wählte Hitler Polen aus. Deutschlands Beziehungen zu diesem Land waren nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend ungeregelt und feindselig geblieben. In einem scharfen Bruch mit der außenpolitischen Tradition der Weimarer Republik ging Hitler eine Übereinkunft mit Polen ein, womit er zugleich für sich eine ganze Reihe außen- und innenpolitischer Probleme löste.¹⁰

Allerdings war der Weg zu der Vereinbarung nicht einfach, und bis zu ihrem Abschluß hielt Hitler es für unabdingbar, die Illusion der Möglichkeit einer Verbesserung der Beziehungen mit der UdSSR aufrechtzuerhalten und sie zugleich als zusätzliches Mittel zur Druckausübung auf die polnische Regierung einzusetzen.¹¹ Doch sobald Polen durch den Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 faktisch neutralisiert war, beschränkte sich Hitlers Interesse an der UdSSR auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen auf einem Niveau, das sich darin erschöpfte, „von unserer Seite die deutsch-russischen Beziehungen nicht abzubauen“ und nicht „den Russen einen Grund für einen solchen Abbruch zu geben“¹².

Auf diese Weise entfernte sich die Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR, die in sich eine Reihe taktischer Zielsetzungen vereinigte, im ersten Jahr der Machtausübung der Nationalsozialisten immer weiter von den traditionellen Konzeptionen der konservativen Elite, die ihrerseits ebenfalls von den innenpolitischen Veränderungen nicht unbeeinflusst blieb¹³, und unterlag immer stärker der Kontrolle Hitlers und seines ideologisierten außenpolitischen Programms.¹⁴

Den Vorstellungen Stalins über die eingeschränkte Selbständigkeit Hitlers und die Kurzlebigkeit von dessen Herrschaft¹⁵, die er bis Mitte 1934 – bis zum sogenannten Röhm-Putsch – aufrechterhielt, lag nicht nur die dogmatische Einschätzung des Faschismus als Waffe des Monopolkapitalismus zugrunde¹⁶, sondern auch die Informationen, die sich auf die durchaus aufrichtigen Irrtümer der deutschen Eliten gründeten, die es für möglich hielten, die Kontrolle über oder wenigstens Einfluß auf Hitler und seine Partei auszuüben.¹⁷

¹⁰ Eingehender: S. Z. Sluč, *Germano-pol'skij pakt o nenapadenii 1934 g. – destabilizirujuščij faktor meždunarodnoj obstanovki v Evropi*, in: *Ežegodnik germanskoj istorii* 1983, Moskau 1984, S. 84–104.

¹¹ Vgl. die Instruktion für den neuen deutschen Botschafter in der UdSSR, Rudolf Nadolny, vom 13. 11. 1933, die von Hitler gebilligt worden war, in: ADAP, Serie C, Band II,1, Dok. 66, Anl., S. 118–120.

¹² Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow über die Kabinettsitzung vom 26. 9. 1933, in: ADAP, Serie C, Band I,2, Dok. 457, S. 840.

¹³ Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt a. M. u. a. 1968, S. 38.

¹⁴ Vgl. Wolfgang Michalka, *Rußlandbilder des Auswärtigen Amtes und deutscher Diplomaten*, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, Köln 1994, S. 79–103, hier: S. 93 f.

¹⁵ I. V. Stalin, *Otčetnyj doklad o rabote CK VKP (b)*, in: *XVII s'ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (b)*, 26. januarja – 10. fevralja 1934 g. *Stenografičeskij otčet*, Moskau 1934, S. 8–36, hier: S. 8.

¹⁶ Nach den Erinnerungen von Palmiro Togliatti war Stalin der Urheber der Definition des Faschismus („offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“), die auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern (November/Dezember 1933) formuliert wurde; vgl. B. M. Lejbzon/K. K. Širinja, *Povorot v politike Kominterna*. 2-e izd., pererab. i dop., Moskau 1975, S. 163.

¹⁷ Zur Position des Reichswehrministers General Werner von Blomberg siehe Aufzeichnung über das Gespräch des Botschaftsrats der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, S. S. Aleksandrovskij, mit Oberst Oskar von Niedermayer vom 23. 3. 1933, AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, ll. 90–94; zur Position von Außenminister Konstantin von Neurath und des deutschen Botschafters in der UdSSR, Herbert von Dirksen, siehe Aufzeichnung über das Gespräch von Štern mit Dirksen vom 19. 4. 1933, ebenda, l. 206.

Natürlich erschöpften sich damit die im Kreml herrschenden fehlerhaften Vorstellungen über die Außenpolitik des NS-Deutschlands noch nicht. Aber unter dem Gesichtspunkt der Zielsetzung einer Fortsetzung der Zusammenarbeit auf dem bisherigen Niveau und der Priorität, die dem „deutschen Faktor“ in der Außenpolitik der UdSSR zukam, spielten gerade sie¹⁸ offenkundig eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der politischen Linie in den Beziehungen zur neuen Regierung Deutschlands.

Diese Vorstellungen zusammen mit den von den sowjetischen Diplomaten in Berlin eingehenden Einschätzungen von der Unabdingbarkeit harter Reaktionen auf alle antisowjetischen Exzesse des neuen Regimes, um „der heutigen Regierung die ganze Schwere möglicher Folgen einer Verfeindung mit uns zu Bewußtsein zu bringen“¹⁹, haben Stalins Entscheidung, die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland einzustellen, wohl stark beeinflusst. Stalin, der Erpressungen niemals abgeneigt war und nicht ohne Grund damit rechnete, daß die Führung der Reichswehr weiterhin an der Fortführung der militärisch-technischen Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert war²⁰, versuchte mit diesem Hebel Druck auf die Regierung Hitler auszuüben, um sie zur Fortführung der bisherigen, der UdSSR gegenüber freundlichen Politik zu nötigen.²¹

Obwohl die sowjetischen Diplomaten Alarm schlugen und Moskau dazu aufriefen, nicht auf die taktischen Winkelzüge Berlins hereinzufallen, da sie nur ein Mittel darstellten, um „mittels zeitweiligen Kokettierens mit der UdSSR“²² Druck auf den Westen auszuüben, und es daher „unabdingbar [sei], das organisch antisowjetische Wesen des heutigen Regimes in Deutschland zu berücksichtigen, das sich bei der ersten Gelegenheit zeigen wird“²³, demonstrierte der Kreml den Wunsch, verschiedene, darunter auch höchst ungewöhnliche Wege für eine Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit mit dem nationalso-

¹⁸ Die irrümliche Auffassung vom Erhalt oder gar der Steigerung des Einflusses der Reichswehr herrschte nicht überall vor. Schon 1932 kam ein Mitarbeiter der sowjetischen Militäraufklärung, der als Diplomat getarnt in Berlin arbeitete, zu dem Schluß, daß die Position der Reichswehr kein Hindernis bei der Realisierung der außenpolitischen Ziele der Nationalsozialisten sein werde, da die Reichswehr nach deren Machtübernahme „ins allgemeine System“ einbezogen werde; vgl. Diensttagebuch des zweiten Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung, A. V. Giršfel'd, vom 17. 5. 1932, AVP RF, f. 05, op. 12, p. 84, d. 34, l. 136; V. M. Lur'e/V. Ja. Kočik, GRU: dela i ljudi, Sankt Petersburg, Moskau 2002, S. 373.

¹⁹ Brief Chinčuk an Krestinskij vom 12. 4. 1933, AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 189.

²⁰ Vgl. den Bericht des persönlichen Referenten des Leiters der 4. Abteilung der Verwaltung Aufklärung des Stabs der Roten Armee, A. A. Šrot, vom 25. 5. 1933 über die Reise des Chefs des Heereswaffenamts, Generalleutnant Alfred von Vollar-Bockelberg, nach Tula, Char'kov, Dneprogös und Sevastopol' vom 17. bis 24. Mai 1933, in: Ju. L. D'jakov/T. S. Bušueva, Fašistskij meč kovalsja v SSSR: Krasnaja Armija i rejchsver. Tajnoe sotrudničestvo. 1922–1933. Neizvestnye dokumenty, Moskau 1992, S. 317–320. Der Bericht wurde vom Leiter der Aufklärungsabteilung der Roten Armee, Ja. K. Berzin, dem Volkskommissar für Verteidigung, K. E. Vorošilov, vorgelegt. Es gibt keinen Zweifel, daß über ihn auch Stalin informiert war, der den Plan der Vorführung militärindustrieller Einrichtungen für von Bockelberg gebilligt hatte; vgl. S. A. Gorlov, Soveršennno sekretno: Al'jans Moskva – Berlin, 1920–1933 (Voенно-političeskie otnošenija SSSR – Germanija), Moskau 2001, S. 299 f.

²¹ Nach Einschätzung des deutschen Militärattachés in der UdSSR, Oberst Oskar Hartmann, war die plötzliche sowjetische Mitteilung über die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit „nicht nur ein Bluff“ [Hervorhebung durch den Autor]; Militärattaché Hartmann an das AA, 28. 6. 1933, in: ADAP, Serie C, Band I, 2, Dok. 339, S. 604. Darüber hinaus ließen nach seiner Mitteilung „die Russen sich sogar die Tür für eine spätere mil[itärische] Zusammenarbeit mit uns offen“. Ebenda, Dok. 409, S. 759, Anm. 6.

²² Diensttagebuch des Botschaftsrats der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland, V. D. Vinogradov, AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 326 (Aufzeichnung vom 12. 5. 1933).

²³ Diensttagebuch von Chinčuk, a.a.O., l. 315 (Aufzeichnung vom 10. 5. 1933).

zialistischen Regime zu erkunden. Die zahlreichen Protestnoten gegen nazistische Übergriffe auf sowjetische Bürger und Einrichtungen, die eine Kampagne in der sowjetischen Presse auslösten und angeblich von einer Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik zeugten – das alles war nur die Schauseite, die keineswegs die wirklichen Absichten Stalins wiedergab, der die Politik der UdSSR in der internationalen Arena bestimmte.

Charakteristisch dafür ist, daß allein die Aussicht auf eine Annäherung zwischen Berlin und Paris bei der Führung des sowjetischen Außenministeriums Besorgnis hervorrief²⁴, während andererseits die höchst bedenklichen außenpolitischen Aktionen Berlins im Jahr 1933 – der Austritt aus dem Völkerbund und der internationalen Abrüstungskonferenz – in Moskau mit „großem Verständnis“ aufgenommen wurden. Es ist offenkundig, daß man im Kreml höchst zufrieden über die Verschärfung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Westmächten war, die durch diese Schritte Berlins hervorgerufen wurde. Als jedenfalls der deutsche Botschaftsrat in Moskau, Fritz von Twardowski, Litvinov die Gründe mitteilte, die Deutschland dazu gebracht hatten, den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz zu verlassen, erklärte dieser Twardowskis Aufzeichnung zufolge: „Herr Litvinov zeigte dabei für unseren Standpunkt so viel Verständnis, daß ich mein Bedauern darüber aussprach, daß diese Auffassung des verantwortlichen Leiters der sowjetischen Außenpolitik sich durchaus nicht in der Sowjetpresse widerspiegeln.“²⁵ Der Hintergrund für dieses „Verständnis“ war vor allem in Stalins Reaktion auf die aktuellen Ereignisse zu sehen. Am 16. Oktober 1933 sandten der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotov, und der Sekretär des ZK der VKP(b), Kaganovič, an Stalin, der sich zur Erholung in Soči am Schwarzen Meer befand, ein chiffriertes Telegramm, in dem sie ihm mitteilten, daß sie es im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund für zweckmäßig hielten, die Reise des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Krestinskij, nach Berlin und seinen Besuch bei Hitler, von dem die Einladung ausgegangen war, abzusagen.²⁶ Die erste Reaktion Stalins auf diesen Vorschlag war überaus scharf: „Es ist unverständlich, warum die Reise Krestinskij in Frage gestellt wird. Was haben wir mit dem Völkerbund zu tun, und warum sind wir verpflichtet eine Demonstration zu Ehren des beleidigten Völkerbundes gegen das ihn beleidigende Deutschland durchzuführen?“²⁷

Angesichts der sich abzeichnenden Gegensätze in Europa hatten für die sowjetische Führung weder der politische Charakter des Regimes des Dritten Reichs noch die von ihm beabsichtigte starke Aufrüstung besondere Bedeutung. Das wichtigste war, daß Deutschland sich erneut dem Westen entgegensetzte und folglich früher oder später einen Ver-

²⁴ Der auf der Durchreise befindliche Litvinov erklärte gegenüber von Neurath am 1. 3. 1933: „Wir haben natürlich nicht die Absicht, unsere Beziehungen mit Deutschland zu verändern, aber natürlich entzückt uns die Perspektive eines antisowjetischen Blocks Deutschlands mit Frankreich nicht. Uns schien es bis jetzt, daß man einen solchen Block durch Einflußnahme auf Berlin verhindern kann, wenn sich das jedoch als unzureichend erweisen sollte, werden wir selbstverständlich nicht darauf verzichten, auf Paris Einfluß zu nehmen.“ DVP, T. XVI, Dok. 54, S. 136.

²⁵ Twardowski an AA, 17. 10. 1933, ADAP, Serie C, Band II,1, Dok. 12, Anl., S. 18.

²⁶ O. V. Chlevnjuk/R. U. Dévis/L. P. Košeleva/Ě. A. Ris/L. A. Rogovaja (Hrsg.), Stalin i Kaganovič. Perepiska. 1931–1936 gg., Moskau 2001, Dok. 398 f., S. 388. Deutsche Akten bestätigen die Behauptung, die Initiative zu dieser Begegnung sei von Berlin ausgegangen, nicht; vgl. ADAP, Serie C, Band I,2, Dok. 457 f.

²⁷ Stalin i Kaganovič, Dok. 400, S. 388 f. Letzten Endes fuhr Krestinskij doch nicht über Berlin nach Moskau zurück; vgl. ADAP, Serie C, Band I,2, Dok. 487.

bündeten im Osten brauchen würde. Mit einem solchen Deutschland war Stalin bereit, eine Zusammenarbeit einzugehen, wenn auch nicht um jeden Preis, so doch für einen sehr hohen.

Unter diesen Umständen waren auch „Einschmeichelungsversuche“ ganz eigener Art beim neuen Regime von sowjetischer Seite zu beobachten, und zwar nicht nur in der politischen, sondern auch in der ideologischen Sphäre, wozu sich die westlichen „Appeaser“ nicht bereit fanden. So schrieb beispielsweise der Chef des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten aus Anlaß der Neubesetzung des Postens des Botschaftsrats der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Berlin an Stalin: „Nach Meinung des NKID wäre es bei der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland unangebracht, wenn die Spitze der Bevollmächtigten Vertretung nur aus Angehörigen einer Rasse zusammengesetzt wäre.“²⁸ (Dabei dachte Litwinov daran, daß der Bevollmächtigte Chinčuk jüdischer Herkunft war.) Die auf diesem Feld gewonnene Erfahrung war nicht vergeblich: Nach einigen Jahren hatten die Bereitschaft des Kreml „nach fremden Noten zu spielen“ und ihre Anwendung auf eigenem Boden bereits ein solches Maß erreicht, daß man den Außenminister selbst auswechselte, nicht zuletzt, um so nach Berlin zu signalisieren, daß man zu einer umfassenden Übereinkunft bereit sei.

Stalin, der um keinen Deut weniger Dogmatiker war als der „Führer“, konnte sich lange nicht von seinen Vorstellungen über das nationalsozialistische Regime trennen und wollte die überaus bedeutende Rolle, die ideologische Gründe bei der Formulierung der Außenpolitik des neuen Regimes spielten, nicht anerkennen. Die praktische Politik des Dritten Reichs und vor allem das deutsch-polnische Abkommen zwangen Stalin, zu komplizierten Manövern überzugehen. In diese Zeit fiel auch die Herausbildung einer aus zwei Ebenen bestehenden sowjetischen Außenpolitik.²⁹ Der offiziell verkündete außenpolitische Kurs der kollektiven Sicherheit und die damit verbundene Abwehr der faschistischen Aggression, repräsentiert durch Litwinov mit seiner berühmten Losung „Der Friede ist unteilbar“, war nichts als ein taktischer Schachzug, eine bequeme Camouflage für die Generallinie der Stalinschen Strategie, die wie zuvor die Welt spalten und Staaten gegeneinander aufhetzen sowie aufflackernde Widersprüche und Konflikte vertiefen wollte, eine Strategie also, die letztendlich eine mechanische Übertragung der marxistisch-leninistischen Lehre vom Klassenkampf auf den Bereich der internationalen Beziehungen war.

Die außenpolitische Strategie Stalins blieb insgesamt unverändert; seine Taktik bestand darin, bei allen nach außen hin zur Schau gestellten Gegensätzen, stets eine Tür für eine eventuelle Übereinkunft oder gar Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland offenzuhalten. Dabei unternahm Stalin selbst von Zeit zu Zeit wichtige Initiativen. Eine davon war die sogenannte Sondermission Kandelaki, die im geheimen ins Werk gesetzt wurde, während die offizielle sowjetische Diplomatie eine Kampagne für den Abschluß eines Ostpaktes durchführte, der, unabhängig von der Zusammensetzung seiner

²⁸ Litwinov an Stalin, I. 4. 1933, AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 46.

²⁹ In bezug auf Deutschland nannte man diese Politik die „Politik des Dualismus“, d.h. die Verbindung der Konfrontation in der internationalen Arena, begleitet von scharfer Polemik in der Presse, mit dem beständigen Bestreben, eine bestimmte Grenze in den beiderseitigen Beziehungen nicht zu überschreiten und so stets die Möglichkeit der Anbahnung von Brücken mittels inoffizieller Diplomatie zu bewahren. Vgl. den Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Ja. Z. Suric, an Litwinov, 19. 9. 1936, AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 66.

Teilnehmer, vorwiegend, wenn nicht ausschließlich gegen die internationale Politik des Dritten Reichs gerichtet gewesen wäre.³⁰ Dabei wurden jedoch Deklarationen und selbst einzelne Schritte in Richtung wie auch immer gearteter „kollektiver Maßnahmen“ im Kreml keineswegs als Bestrebungen zum Aufbau einer Antihitlerkoalition betrachtet, sondern vor allem als Mittel, um auf Berlin Druck auszuüben und es für Vorschläge zur Zusammenarbeit aus Moskau empfänglicher zu machen.³¹ Die „Mission Kandelaki“ bildet eine überzeugende Bestätigung dafür, war sie doch eine der wenig bekannten (möglicherweise die einzige) Episoden der persönlichen Diplomatie Stalins, die nicht über die zuständigen Strukturen realisiert wurden, sondern durch eine wenig auffällige Vertrauensperson im Range eines Handelsvertreters. Sie ist vor allem deshalb besonders interessant, weil sie – worauf in der Geschichtsschreibung bisher niemand sein Augenmerk gerichtet hat – ein überaus bezeichnendes Beispiel für die verfehlte Einschätzung und Bewertung der deutschen Politik durch Stalin selbst bildet.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1934 war den sowjetischen Diplomaten schon klar, daß jeglicher Versuch eine Normalisierung mit Deutschland zu erreichen, ob auf bilateraler Grundlage³² oder im Rahmen regionaler Übereinkünfte sich als aussichtslos erwiesen hatte. Ungeachtet der Anstrengungen der sowjetischen Diplomatie und auch der Bestrebungen des deutschen Botschafters Rudolf Nadolny, der mit einigen Initiativen zur Minderung der Spannungen in den beiderseitigen Beziehungen hervortrat³³, nahm die Leitung des Auswärtigen Amts, entsprechend Hitlers Weisungen, eine harte Position gegenüber Moskau ein.³⁴ Nadolnys Versuche, den Reichskanzler persönlich umzustimmen, der seine Ablehnung von Verhandlungen „mit den Russen, diesen ‚Schweinen‘“³⁵ bekundet hatte, endeten ergebnislos: Die Position Hitlers, der in entscheidendem Maße nicht nur die allgemeinen Konturen der Außenpolitik, sondern auch ihre konkreten Schritte bestimmte³⁶, blieb unverändert, was den Botschafter dazu zwang, in den Ruhestand zu treten. Alle die-

³⁰ Im Dezember 1933 faßte das Politbüro des ZK der VKP(b) den Beschluß, positiv auf den Vorschlag des französischen Außenministers Joseph Paul-Boncour zu reagieren, „im Rahmen des Völkerbundes ein regionales Abkommen zum gegenseitigen Schutz vor einer Aggression seitens Deutschlands zu schließen“; Protokoll Nr. 151 der Entscheidungen des Politbüros vom 19. 12. 1933, publiziert in: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa. Rešenija osoboj papki. 1923–1939, Moskau 2001, Dok. 207, S. 305.

³¹ Wolfgang Pfeiler, Deutschlandpolitische Optionen der Sowjetunion, Melle 1988, S. 23 f.

³² Auf Anweisung Neuraths (Neurath an die deutsche Botschaft in Moskau, 9. 4. 1934, ADAP, Serie C, Band II,2, Dok. 390, S. 714) eröffnete Botschafter Nadolny Litvinov, daß „ein Objekt fehlt, das Gegenstand eines neuen politischen Vertrages sein könnte, weil alle politischen Fragen, die mittels eines formellen Vertrages geregelt werden könnten, anscheinend durch die bestehenden Verträge erschöpfend geregelt sind, insbesondere durch den Berliner Vertrag“. Erklärung Nadolnys gegenüber Litvinov vom 14. 4. 1934, in: DVP, T. XVII, Dok. 139, Anlage, S. 285.

³³ Telegramm Litvinovs an den interimistischen Geschäftsträger in Frankreich, M. I. Rosenberg, 1. 8. 1934, in: DVP, T. XVII, Dok. 290, S. 527.

³⁴ Nadolny wurde angewiesen, sich in bezug auf Moskau einer „kühlen Reserve“ zu befleißigen, da „der Zeitpunkt für eine aktive Politik gegenüber Rußland [...] noch nicht gekommen“ sei; ADAP, Serie C, Band II,2, Dok. 251, S. 465.

³⁵ Günter Wollstein, Rudolf Nadolny – Außenminister ohne Verwendung, in: VfZ 28 (1980), S. 47–93, hier: S. 60.

³⁶ Hermann Graml, Wer bestimmte die Außenpolitik des Dritten Reiches? Ein Beitrag zur Kontroverse um Polykratie und Monokratie im NS-Herrschaftssystem, in: Manfred Funke u.a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur: Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl-Dietrich Bracher, Düsseldorf 1987, S. 223–236, hier: S. 232 f.

se Ereignisse gaben hinreichend Grund, über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erklären „sie bewegen sich in eine hoffnungslose Sackgasse hinein“, da „beide Seiten nicht wissen, worüber sie miteinander reden sollen“.³⁷

Stalin, dem regelmäßig die wichtigsten Meldungen der sowjetischen Diplomaten vorgelegt wurden, war selbstverständlich auf dem laufenden. Er verfügte noch über weitere Informationsquellen. So übersandte ihm beispielsweise die Hauptabteilung für Staatssicherheit des NKVD Mitte November 1934 den Text eines Telegramms des französischen Botschafters in Berlin, André François-Poncet, vom 25. Oktober an das französische Außenministerium, in dem es insbesondere hieß: „Vertrauenswürdigen Informationen zufolge, hat Hitler angeblich dem sowjetischen Botschafter Jakov Suric vorgeschlagen, sich auf eine deutsch-sowjetische Annäherung einzulassen.“³⁸ (Diese Worte wurden von Stalin unterstrichen.) Wahrscheinlich gab es noch weitere Mitteilungen, die, den Informationen der Diplomaten aus Berlin und den Einschätzungen des Narkomindel zuwiderlaufend, Stalins Vorstellungen über die Möglichkeit mit Hitler zu einem politischen Abkommen zu gelangen, Nahrung gaben.

Jedenfalls führte Stalin gerade Ende 1934 David Kandelaki in das Spiel ein, indem er ihn vom Posten des Handelsvertreters in Stockholm auf die entsprechende Position in Berlin versetzte. Daß das keineswegs eine Routineversetzung war, bezeugt die Tatsache, daß Stalin Kandelaki an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (28. und 29. Dezember 1934) empfing. Mehr noch, während am ersten Gespräch neben einigen Mitgliedern des Politbüros auch der Volkskommissar für Außenhandel A. P. Rozengol'c teilnahm, verlief das zweite, in dem Kandelaki offenkundig seine Instruktionen erhielt, praktisch als „tête à tête“³⁹ – ein ziemlich seltener, wenn nicht sogar einmaliger Fall bei den Unterredungen Stalins mit Personen von so niedrigem Rang, aber nicht der einzige im Verlauf der Begegnungen Kandelakis mit dem sowjetischen Führer.

Im folgenden sollen nicht alle bis heute zugänglichen Quellen über die „Mission Kandelaki“ ausgewertet werden⁴⁰, sondern nur kurz jene Momente beleuchtet werden, die bisher nicht hinreichend oder unzulänglich behandelt wurden: die Haltung Berlins zu den Versuchen Moskaus, eine politische Regulierung der beiderseitigen Beziehungen zu erlangen, die Einschätzung der „Mission Kandelaki“ im Innern, d.h. seitens der russischen Diplomaten und der Führung des Narkomindel, sowie die Bedeutung, die Stalin dieser Mission beimaß.

Seit Januar 1935 traf sich Kandelaki regelmäßig nicht nur mit hochgestellten Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums, sondern auch mit dessen Chef, Hjalmar Schacht.

³⁷ Brief von Suric an Litvinov vom 13. 11. 1934, AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 7, ll. 193 u. 197.

³⁸ Der stellvertretende Volkskommissar des NKVD, G. E. Prokof'ev, an Stalin, 17. 11. 1934, in: V. N. Chaustov u.a. (Hrsg.), Ljubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD. Archiv Stalina. Dokumenty vyssich organov partijnoj i gosudarstvennoj vlasti. Janvar' 1922 – dekabr' 1936, Moskau 2003, Dok. 477, S. 572.

³⁹ Poseititeli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, in: Istoričeskij archiv 1995, Nr. 3, S. 150 f.

⁴⁰ Eingehend dazu: N. A. Abramov/L. A. Bezymenskij, Osobaja missija Davida Kandelaki, in: Voprosy istorii, 1991, Nr. 4/5, S. 144–156; Lew Besymenski, Geheimmission in Stalins Auftrag? David Kandelaki und die deutsch-sowjetischen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre, in: VfZ 40 (1992), S. 339–357; L. A. Bezymenskij, Gidler i Stalin pered schvatkoj, Moskau 2000, S. 89–111; Lew Besymenski, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002, S. 62–88. (Die russische und die deutsche Ausgabe des Buches sind nicht identisch.); M. M. Narinskij, Missija D. Kandelaki v Berline i sovetsko-germanskije otnošenija (1935–1937 gg.), in: 200 let MID Rossii. Tret'i Gorčakovskije čtenija (Moskva, 25 aprelja 2002 g.). Materialy i doklady, Moskau 2003, S. 174–187.

Diese Begegnungen, bei denen es um die Erarbeitung und den Abschluß der jährlichen Abkommen über Warenaustausch und Zahlungsverkehr ging, verliefen, wie die Quellen zeigen, nicht einfach, weil hier Bestrebungen der sowjetischen Seite, ihre Verpflichtungen in Form von Rohstofflieferungen zu begleichen, und die der deutschen, einen möglichst großen Teil der Zahlungen in Gold oder Devisen zu erhalten, aufeinanderstießen. Letzten Endes gelang es, in dieser Sphäre regelmäßig auf die eine oder andere Weise zu einem Kompromiß zu kommen, indem man jedes Jahr einen neuen Vertrag über die Bezahlung abschloß, wenn auch in immer geringeren Umfängen.⁴¹ Und hier spielten die Anordnungen Hitlers eine immer wichtigere Rolle, die nicht nur die politische Seite der beiderseitigen Beziehungen betrafen, sondern auch ihre ökonomische Sphäre. So gab er, nicht ohne Erfolg die „polnische Karte“ ausspielend, die Anweisung, daß „Waren in erster Linie in Polen und in zweiter Linie in Rußland gekauft werden sollten“.⁴² Es erwuchsen ernsthafte Schwierigkeiten, vor allem hinsichtlich der sowjetischen Bestellungen von Rüstungsgütern, die den Löwenanteil des sowjetischen Imports aus Deutschland bildeten. Schon im Februar 1935 hatte das Wirtschaftsministerium, offenkundig auf Drängen Hitlers, sein Recht verkündet, die Bestellliste für Rüstungsgüter aus Moskau zu verändern und bestimmte Spezialrüstungsgegenstände von ihr zu streichen⁴³, und im Januar 1936 verbot er den Export von Kriegsgerät in die UdSSR.⁴⁴ Was Schachts Vorschlag betraf, der UdSSR einen Kredit von 500 Millionen Reichsmark auf zehn Jahre zu gewähren⁴⁵, so war seine Zweckmäßigkeit, schon bevor er vom Kreml abgelehnt wurde⁴⁶, von Experten des Auswärtigen Amtes in Zweifel gezogen worden⁴⁷, woraufhin Schacht bei dem regulären Treffen mit Kandelaki Ende Januar 1936 über diese Frage nicht einmal sprechen wollte, da sie „noch nicht aktuell“⁴⁸ sei.

Ohne Rücksicht auf das Interesse an den Lieferungen aus der UdSSR, insbesondere jenen strategisch wichtiger Rohstoffe, der die interministerielle Besprechung im Reichswirtschaftsministerium vom 4. Januar 1936 besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat-

⁴¹ Der deutsche Export in die UdSSR ging von 1932 bis 1939 von 626 auf 31 Millionen Reichsmark zurück, d.h. um das 20,2-fache; der Import aus der UdSSR verkleinerte sich von 271 auf 30 Millionen Reichsmark, d.h. um das Neunfache; Heinrich Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941: Alternative zu Hitlers Ostprogramm?*, Berlin 1993, S. 367.

⁴² Aufzeichnung des Legationsrats Werner von Tippelskirch vom 2. 5. 1934, in: ADAP, Serie C, Band II,2, Dok. 433, S. 774.

⁴³ Vgl. ADAP, Serie C, Band III,2, Dok. 505, Anm. 1. S. 939. Kandelaki erklärte in einem Gespräch mit Schacht am 6. 2. 1935, diese Entscheidung des Wirtschaftsministeriums vorwegnehmend, daß, „wenn ein erheblicher Teil der Liste [der Bestellungen] einem Ostrakismus unterzogen wird, die ganze Operation für die UdSSR einen bedeutenden Teil ihres Sinns verliert“. Zit. nach Narinskij, Missija D. Kandelaki, S. 179.

⁴⁴ Der Rußland-Ausschuß der deutschen Wirtschaft an das AA, 24. 1. 1936, ADAP, Serie C, Band IV,2, Dok. 518, S. 1013.

⁴⁵ Allem Anschein nach wurde dieser Vorschlag bei der Begegnung von Schacht mit Kandelaki am 30. 10. 1935 vorgebracht; in der deutschen Aufzeichnung des Gesprächs werden allerdings die Höhe des Kredits und seine Bedingungen nicht erwähnt; vgl. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Otto Bräutigam vom 1. 11. 1935, in: ADAP, Serie C, Band IV,2, Dok. 386, S. 770.

⁴⁶ Die Besprechung dieser Frage in Stalins Kabinett fand am 7. 8. 1936 statt (vgl. Posetiteli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, in: *Istoričeskij archiv*, 1995, Nr. 4, S. 31).

⁴⁷ Siehe Aufzeichnung des Ministerialdirektors im AA, Karl Ritter, vom 20. 1. 1936, in: ADAP, Serie C, Band IV,2, Dok. 505, S. 991 f.

⁴⁸ Aufzeichnung des Konsuls Andor Hencke vom 31. 1. 1936, ebenda, Dok. 530, S. 1039.

te⁴⁹, erzeugten so die strikten Weisungen Hitlers ständig wachsende Schwierigkeiten auch in den Handelsbeziehungen Deutschlands und der Sowjetunion, die in der zweiten Hälfte der 30er Jahre Balzacs berühmtem „Chagrinleder“ immer ähnlicher wurden.

Welche Aussichten auf irgendein politisches Abkommen oder auch nur die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen konnte es in dieser Situation geben, wenn selbst eine solche Trumpfkarte in den Beziehungen zu anderen Staaten wie die sowjetischen Rohstoffe beim Gegensatz der verwandten totalitären Regime nicht stach? Die „Mission Kandelaki“ zeigt, wie vollkommen illusorisch solche Vorstellungen Stalins waren. Lew Besymenski hat die Instruktion aufgefunden, die am 5. Mai 1935 für das Gespräch Kandelakis mit Schacht entworfen und von Stalin gebilligt wurde.⁵⁰ Sie ging über den Rahmen der Handelsprobleme hinaus und war auf eine Bewertung der beiderseitigen Beziehungen im ganzen abgestellt. Jedoch schreibt Besymenski nichts darüber, wie der Sondergesandte Stalins diesen Auftrag ausführte, oder genauer, welches Fiasko er dabei erlebte. Im Verlauf der Begegnung am 15. Juli unterbrach Schacht Kandelakis Monolog, der begonnen hatte, die Instruktion zu rezitieren, und erklärte, daß politische Gespräche den Rahmen seiner Kompetenz überschritten. Er empfahl der sowjetischen Regierung, sich in solchen Fällen durch seinen Botschafter an das Auswärtige Amt zu wenden.⁵¹ Die Einschaltung der sowjetischen Diplomaten bei den Anstrengungen Kandelakis, die handelsökonomischen Probleme mit den politischen zu verknüpfen, hatte wenig erbracht. Sie waren sich, auch wenn sie die Wege, die in den Beziehungen zum NS-Regime eingeschlagen werden sollten, verschieden beurteilten, in der Regel einig darüber, daß „der von Deutschland eingeschlagene Kurs gegen uns unverändert bleibt und [...] in der nächsten Zukunft keinerlei ernsthaftige Veränderungen zu erwarten sind“.⁵² Litvinov schätzte die entstandene Lage sogar noch skeptischer ein und stellte fest, daß „es sich für uns nicht lohnt, das heutige Deutschland ökonomisch zu sehr zu unterstützen. Es sollte meiner Meinung nach genügen, die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland nur in dem Maße aufrechtzuerhalten, wie das zur Vermeidung eines vollständigen Bruches zwischen den beiden Ländern unerlässlich ist.“⁵³ In einem Memorandum an Stalin hob Litvinov die negativen Folgen einer Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich besonders hervor: „[...] angesichts der völligen Aussichtslosigkeit einer Verbesserung der politischen Beziehungen hielt ich es für unrichtig, in den nächsten Jahren alle oder jedenfalls den Löwenanteil unserer Auslandsbestellungen an Deutschland zu richten. Das wäre deshalb unrichtig, weil wir damit dem deutschen Faschismus eine starke Unterstützung gewähren würden,

⁴⁹ Ministerialdirektor Sarnow führte dabei aus, „daß die deutsche Rohstofflage infolge des Ausbleibens der russischen Rohstoffe eine katastrophale Entwicklung zu nehmen drohe“; Aufzeichnung des Legationsrats H. Dittmann vom 6. 1. 1936, ebenda, Dok. 483, S. 950.

⁵⁰ Faktisch ging es um einen Text, den Kandelaki Schacht vortragen sollte; Besymenski, Stalin und Hitler, S. 72 f. Die Entstehungsgeschichte dieses Dokuments wirft weiteres bezeichnendes Licht auf die Kompetenz von Stalins Vertrauensmann. Am 5. Mai sandte Litvinov Stalin folgende Aufzeichnung: „Ich fürchtete ein wenig, daß Genosse Kandelaki, aufgrund seiner mangelnden Erfahrung in politischen Fragen und in seinem Eifer, uns mit Deutschland zu versöhnen, Überflüssiges sagen könnte, und hätte es deshalb für angebracht gehalten, ihm einen ‚Spickzettel‘ zu geben.“ Zit. nach Narinskij, Missija D. Kandelaki, S. 180.

⁵¹ Schacht informierte das AA über dieses Gespräch: Reichsminister Schacht an AA, 15. 7. 1935, ADAP, Serie C, Band IV,1, Dok. 211, S. 445.

⁵² Suric an Litvinov, 28. 11. 1935, DVP, T. XVIII, Dok. 424, S. 569.

⁵³ Litvinov an Suric, 4. 12. 1935, zit. nach Besymenski, Geheimmission, S. 343.

der gegenwärtig mit allergrößten Schwierigkeiten auf ökonomischem Gebiet konfrontiert ist [...].⁵⁴

Stalin jedoch setzte erneut auf eine Übereinkunft mit dem Dritten Reich, und daher wurde die „Mission Kandelaki“ fortgeführt, die von Zeit zu Zeit die Illusion einer Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen schuf. Das war der Stand, als am 13. Mai 1936 Kandelaki von Hermann Göring empfangen wurde, der ihm eröffnete, „sein ganzes Bestreben sei darauf gerichtet, mit Rußland auch politisch wieder engere Fühlung zu bekommen, und er sähe den Weg dazu vornehmlich über eine Vertiefung und Ausbreitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen“.⁵⁵ Natürlich war das Interesse Görings, der im April 1936 zum Rohstoff- und Devisenkommissar ernannt worden war, an einer Ausdehnung des Handels mit der UdSSR offenkundig⁵⁶, aber noch offenkundiger war sein Bestreben, seine Kompetenzen im Wirtschaftsbereich zu erweitern und seine Aktivität auf diesem Feld zu demonstrieren, vor allem Schacht „zum Trotz“. Darüber hinaus besteht nicht wenig Grund anzunehmen, daß Göring, als er im Gespräch mit Kandelaki eine so vielversprechende Äußerung machte, aus eigener Initiative handelte, die mit Hitler nicht abgesprochen war.⁵⁷ Allerdings erstreckte sich all das ausschließlich auf den Bereich der Handelsbeziehungen, was Göring jedoch nicht hinderte, zugleich politische Erklärungen abzugeben, die in eine ganz andere Richtung gingen. So erklärte er beispielsweise im Gespräch mit einem englischen Korrespondenten im August 1936: „Deutschland braucht Territorien der UdSSR.“⁵⁸

Währenddessen gab sich Stalin weiterhin Illusionen über die Möglichkeit einer politischen Annäherung mit Berlin hin, ungeachtet der beispiellosen antisowjetischen Kampagne in der deutschen Presse, die sich besonders nach dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs im Juli und am Vorabend des Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg im Herbst 1936 verstärkte. Dort erreichte die antisowjetische Kampagne noch nie gesehene Maßstäbe, was ausländische Journalisten in Berlin sogar dazu bewog, sich mit der Frage an die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR zu wenden, ob auf den Parteitag ein Abbruch der deutsch-sowjetischen Beziehungen folgen werde.⁵⁹ „Auf Nürnberg müssen wir unbedingt entschieden und scharf reagieren“, schrieb Suric an das Narkomindel und schlug folgende mögliche Maßnahmen vor: „1. Protestnote, 2. eine harte öffentliche Stellungnahme eines führenden Politikers unseres Landes, 3. Einstellung der Rohstofflieferung zum Nachteil Deutschlands, selbst wenn das zur Folge hätte, daß wir einige unserer Wechsel in Gold begleichen müßten.“⁶⁰ Gestützt auf dieses Telegramm des Bevollmächtigten, legte Litvinov

⁵⁴ Litvinov an Stalin, 3. 12. 1935, in: *Izvestija CK KPSS*, 1990, Nr. 2, S. 211 f.

⁵⁵ ADAP, Serie C, Band V,1, Dok. 341, Anl., S. 531 (Memorandum von Herbert Göring für Schulenburg vom 20. 5. 1936).

⁵⁶ Rolf-Dieter Müller, *Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen*, Boppard am Rhein 1984, S. 287 f.

⁵⁷ Einige Tage nach dem Gespräch mit Kandelaki, bei einem Treffen mit führenden Industriellen, sprach Hermann Göring erneut an, „wie wichtig der Ausbau des Russengeschäfts für uns wäre“. Er habe vor, diese Frage einmal höchst ernsthaft mit dem Führer zu besprechen, „dem sie allerdings weniger sympathisch sei“, wie er einschränkend bemerkte. Vgl. Brief des Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Herbert Göring an Graf von der Schulenburg, 20. 05. 1936, in: ADAP, Serie C, Band V,1, Dok. 341, S. 531.

⁵⁸ Vgl. Diensttagebuch des ersten Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin, E. A. Gnedin, AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 18 (Aufzeichnung vom 28. 8. 1936).

⁵⁹ Diensttagebuch Gnedin, a.a.O., l. 43 (Aufzeichnung vom 11. 9. 1936).

⁶⁰ Telegramm von Suric an NKID, 11. 9. 1936, in: *DVP*, T. XIX, S. 762, Anm. 160.

dem Politbüro erneut⁶¹ die Notwendigkeit einer Protestnote an Deutschland dar. Nichtsdestoweniger wurde beschlossen, „keine Note zu senden“.⁶² Das wirkte um so seltsamer, als Hitler in seiner Schlußrede in Nürnberg so weit gegangen war, offene Drohungen an die Adresse der UdSSR auszusprechen: „Niemand wird einen Zweifel darüber hegen, daß der Nationalsozialismus sich überall und unter allen Umständen dem ihn angreifenden Bolschewismus gegenüber zur Wehr setzen und ihn schlagen und vernichten wird.“⁶³ Objektiv demonstrierte der NSDAP-Parteitag, daß die deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen den Tiefpunkt ihrer Entwicklung seit dem Machtantritt Hitlers erreicht hatten.⁶⁴

Im Spätherbst 1936 stiegen die Spannungen in den beiderseitigen Beziehungen noch weiter an, nachdem im Rahmen der in der UdSSR begonnenen Kampagne gegen die Spionage Massenverhaftungen unter deutschen Staatsangehörigen in Moskau, Leningrad und Novosibirsk durchgeführt wurden, angeblich „das Resultat der Aufdeckung einer faschistischen Organisation, die konterrevolutionäre und terroristische Aktivitäten betrieb“.⁶⁵ Die Verhaftungswelle erreichte einen derartigen Umfang, daß der deutsche Botschafter, Graf Friedrich Werner von der Schulenburg, eine Audienz bei Molotov durchsetzte, in der er erklärte, daß die Verhaftungen oft provokatorischer Natur seien, daß es in der Sowjetunion niemals eine nationalsozialistische Organisation gegeben habe usw. Als Antwort wiesen Molotov und der an dem Gespräch ebenfalls teilnehmende Litwinov „den Botschafter darauf hin, daß den Verhaftungen jegliches politische Element fehle und sie ausschließlich aus Gründen der Staatssicherheit vorgenommen worden seien“⁶⁶. Unausweichlich stellt sich die Frage, wie man eine in sich so widersprüchliche Handlungsweise Stalins erklären soll: einerseits das Streben nach einer politischen Regulierung des Verhältnisses zu Deutschland und eine zusätzliche Belastung der Beziehungen andererseits. Eine mögliche Erklärung könnte sein, daß Stalin die Massenverhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR neben seinen innenpolitischen Motiven, die mit der künstlichen Spionomanie im Rahmen der im voraus geplanten Kampagne gegen die „Volksfeinde“ zusammenhingen, auch als gewöhnliche „Tauschkarte“ bei seinen Versuchen, engere Beziehungen mit Berlin anzubahnen, betrachtete. Für diese These spricht insbesondere auch, daß nach etwas mehr als zwei Jahren, als in den Beziehungen zu Deutschland bereits aktiv „Brücken“ gebaut wurden, schon in der Anfangsetappe eben genau dieser „Trumpf“ ausgespielt wurde.⁶⁷

Nicht wenig Besorgnis rief bei den sowjetischen Diplomaten die Unterzeichnung des Antikomintern-Pakts hervor, obwohl sich hier vertrauliche und offizielle Einschätzung ein

⁶¹ Litwinov hatte diese Frage beim Politbüro schon vor Beginn des Nürnberger Parteitags im Zusammenhang mit der antisowjetischen Kampagne der deutschen Presse vorgebracht und vorgeschlagen, nicht nur eine Protestnote abzusenden, sondern sie auch in der Presse zu publizieren; dieser Vorschlag „traf bei den Genossen nicht auf Zustimmung“; vgl. Brief Litwinovs an Suric, 4. 9. 1936, AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, ll. 138 f.

⁶² Brief Krestinskij an Suric, 19. 9. 1936, ebenda, l. 147; siehe auch: Stalin i Kaganovič. Peregiska. 1931–1936 gg. Sost. O. V. Chlevnjuk/R. U. Déviz/L. P. Košeleva/É. A. Ris/L. A. Rogovaja, Moskau 2001, S. 676.

⁶³ Domarus, Hitler, Band I,2, S. 647.

⁶⁴ Dean Scott MacMurry, Deutschland und die Sowjetunion 1933–1936. Ideologie, Machtpolitik und Wirtschaftsbeziehungen, Köln 1979, S. 420.

⁶⁵ Brief Krestinskij an Suric, 11. 11. 1936, AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, ll. 195 f.

⁶⁶ Brief Litwinovs an Suric, 26. 12. 1936, ebenda, l. 222.

⁶⁷ Dem Narkomindel wurde „die besondere Befriedigung der deutschen Botschaft darüber [ausgesprochen], daß in letzter Zeit nicht nur den Bitten der deutschen Botschaft hinsichtlich der Ausweisung deutscher Staatsbürger in die Heimat entsprochen wurde, sondern auch hinsichtlich der vollständigen

wenig voneinander unterschieden. Nach Meinung von Suric „haben wir es zum erstenmal seit dem Bürgerkrieg [in Rußland – S. S.] mit der Schaffung eines Blocks oder des Kerns eines solchen Blocks für den Krieg gegen die UdSSR und eben zu diesem Zweck zu tun“.⁶⁸ In seiner Rede auf dem Außerordentlichen VIII. Allunions-Sowjetkongreß vom 28. November 1936 unterstrich Litvinov hingegen, „der Abschluß der Übereinkunft“ ändere „nichts an der faktischen Lage. Gefahr droht nicht von Verträgen oder den Unterschriften unter ihnen, was immer auch ihr Wert sein mag, sondern von der Existenz von Staaten mit Regierungen, die ihre Außenpolitik auf die Verachtung für den Frieden, auf die Prinzipien der Aggression gründen [...]“⁶⁹

Ende 1936/Anfang 1937, so seltsam das erscheinen mag, war erneut das Plätschern der Illusionen über eine mögliche Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu vernehmen. Das hing mit Hermann Göring und seiner im Oktober 1936 erfolgten Ernennung zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft (mit faktisch diktatorischen Vollmachten) zusammen. Suric, der dieser Ernennung einen eigenen Brief widmete, lenkte die Aufmerksamkeit Litvinovs darauf, daß, „da die Initiative für die Belebung und Stärkung der ökonomischen Beziehungen in der letzten Zeit eben von Göring und seiner engeren Umgebung ausgegangen ist, man denken kann, daß, wenn wir ein praktisches Interesse an den deutschen Vorschlägen haben, man sie jetzt in Deutschland leichter wird vorantreiben können als früher“.⁷⁰ Kandelaki seinerseits, der offenkundig dazu neigte, die Möglichkeiten der Persönlichkeiten zu überschätzen, mit denen er in Deutschland Kontakte aufgebaut hatte, nahm an, daß die Ernennung des Vetters von Hermann Göring, Herbert Göring, einem der Mitarbeiter Schachts, zum Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium, mit der Zuständigkeit für den deutsch-sowjetischen Handel zeige, „daß Göring bestrebt ist, die sowjetisch-deutschen Beziehungen persönlich in die Hand zu nehmen“.⁷¹ Es ist nicht erstaunlich, daß in dieser Situation Moskau sein Einverständnis zu einer Begegnung von Suric mit Hermann Göring gab, die am 14. Dezember 1936 stattfand. Abgesehen davon, daß bei der Besprechung der „Kandelaki-Liste“, die eine Aufstellung der sowjetischen Rüstungsbestellungen enthielt, etwas Bewegung in die Sache kam, war der Ertrag des Gespräches hinsichtlich einer politischen Regulierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, um die sich Stalin so sehr bemühte, im wesentlichen gleich null. Der Schluß Besymenski, daß dafür dennoch Hoffnung bestanden habe, ist nicht ganz korrekt.⁷²

Freilassung einiger Personen aus der Haft, was ein [...] Faktum darstellt, das seit langem nicht mehr in der Praxis der deutsch-sowjetischen Beziehungen in diesem Bereich beobachtet worden war.“ Vgl. Diensttagebuch des stellvertretenden Leiters der II. Westabteilung des Narkomindel, S. P. Bel'ko, AVP RF, f. 082, op. 22, p. 92, d. 6, l. 2 (Aufzeichnung vom 25. 1. 1939).

⁶⁸ Brief von Suric an Krestinskij, 28. 11. 1936, AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 138.

⁶⁹ Rede Litvinovs auf dem Außerordentlichen VIII. Allunions-Sowjetkongreß vom 28. 11. 1936, in: DVP, T. XIX, Beilage 2, S. 718.

⁷⁰ Brief von Suric an Litvinov, 27. 10. 1936, AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, ll. 85 f.

⁷¹ Brief Kandelakis an Stalin, 20. 10. 1936, zit. nach Besymenski, Stalin und Hitler, S. 80.

⁷² Diese Schlußfolgerung stützt sich auf Äußerungen Görings, der Suric zu verstehen gegeben hatte, daß „er beim derzeitigen Stand der Dinge nur dann auf eine Veränderung der politischen Beziehungen Einfluß nehmen könne, wenn er über reale Fakten verfüge und selbst überzeugt sei, daß die UdSSR normale Beziehungen mit Deutschland wolle, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.“ Zit. nach Besymenski, Stalin und Hitler, S. 81. Dabei läßt Besymenski die letzten Worte Görings weg, die den entstandenen Eindruck von dessen Haltung wesentlich verändern: „Gegenwärtig habe er eine solche Überzeugung überhaupt nicht.“ Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs mit Hermann Göring vom 14. 12. 1936, AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 159.

Die folgenden Ereignisse demonstrierten augenfällig, daß es – ungeachtet allen Interesses von Göring und der deutschen Rüstungsindustrie an Rohstoffen aus der UdSSR – selbst hinsichtlich der Aufrechterhaltung des bisherigen Handelsvolumens keinerlei Hoffnungen gab, ganz zu schweigen von einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen. Bei der regulären Begegnung von Kandelaki mit Schacht am 24. Dezember 1936 machte der Reichswirtschaftsminister die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern davon abhängig, daß Moskau eine offizielle politische Geste mache und „am besten durch ihren hiesigen Botschafter Versicherungen abgäbe, von jeder kommunistischen Agitation außerhalb Rußlands abzusehen“.⁷³ Das kam bereits einem Ultimatum gleich, das die Erklärung Görings in dem Gespräch mit Suric, wonach „wir unsere Wirtschaft nicht der jetzigen ‚Politik‘ anpassen, sondern im Gegenteil unsere ökonomischen Beziehungen in jeder Hinsicht entwickeln und schon auf der Basis dieser Entwicklung langsam und ‚schrittweise auf die Politik Einfluß nehmen“⁷⁴ sollten, vollständig desavouierte. Es ist offenkundig, daß Schacht in dem Gespräch mit Kandelaki kaum begonnen hätte, irgendwelche Bedingungen politischen Charakters vorzubringen, die die Fortführung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern in Frage stellten, deren aktiver Unterstützer er war, wenn er nicht über die Meinung Hitlers zu diesem Punkt informiert gewesen wäre. Allem Anschein nach war es Schacht schon klar, daß von der Ausführung der Rüstungsbestellungen der UdSSR (die „Kandelaki-Liste“) keine Rede sein konnte, sondern vielmehr ihre Torpedierung in die Form von Vorbedingungen gehüllt werden sollte, von denen man wußte, daß sie für Moskau unannehmbar waren.⁷⁵

Indes wurden die Resultate dieses Gesprächs Kandelakis mit Schacht in Moskau, wohin der Handelsvertreter ebenso wie der Bevollmächtigte abreisten, um der Führung persönlich Bericht zu erstatten⁷⁶, als eine Einladung eigener Art zu einer Reihe von Gesprächen über offizielle diplomatische Kanäle aufgefaßt. Nur damit kann man das Faktum erklären, daß am Tag, nachdem Kandelaki und Suric Stalin Bericht erstattet hatten, auf dessen Weisung Litvinov einen „Entwurf der mündlichen Antwort Kandelakis“ an Schacht verfaßte, der vom Politbüro gebilligt wurde. In dem Entwurf hieß es insbesondere: „Die sowjetische Regierung war nicht nur niemals politischen Gesprächen mit der deutschen Regierung ablehnend gegenübergestanden, sondern hat seinerzeit dieser bestimmte politische Vorschläge gemacht. [...] Die sowjetische Regierung verweigert sich auch direkten Gesprächen über offizielle diplomatische Vertreter nicht; sie ist auch einverstanden, unsere letzten Gespräche als vertraulich zu betrachten und sowohl unsere letzten als auch weitere Gespräche nicht an die Öffentlichkeit zu bringen, wenn die deutsche Regierung darauf

⁷³ Schacht an Neurath, 6. 2. 1937, ADAP, Serie C, Band VI/1, Dok. 183, S. 401. Für das genaue Datum der Besprechung vgl. N. A. Abramov/L. Bezymenskij, Osobaja missija Davida Kandelaki, in: Voprosy istorii 1991, Nr. 4-5, S. 144-156, hier: S. 150.

⁷⁴ AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 158.

⁷⁵ Für diese Deutung spricht die Einschätzung des Gesprächs mit Schacht vom 12. 1. 1937 durch Suric, in dem bereits die Forderung nach einem Verzicht der Komintern auf Einmischung in den Spanischen Bürgerkrieg gestellt worden war. Der Bevollmächtigte war der Meinung, daß ein solches Vorgehen der deutschen Seite nichts anderes als eine „reine Verzögerungstaktik“ war, die bezweckte, „einer Antwort auf die konkreten Fragen (Liste) ausweichen“ zu können; zit. nach Besymenski, Stalin und Hitler, S. 84 f.

⁷⁶ Kandelaki und Suric berichteten Stalin am 7. 1. 1937; vgl. Posetiteli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, in: Istoričeskij archiv, 1995, Nr. 4, S. 38.

besteht.⁷⁷ Das war die übliche Illusion. Die folgenden Wochen widerlegten die Hoffnungen Stalins auf eine Möglichkeit, auf die eine oder andere Weise politische Gespräche mit der Führung Deutschlands anzubahnen, vollständig.⁷⁸

Schon Suric, der früher nach Berlin zurückgekehrt war als Kandelaki, aber ebenfalls mit entsprechenden Instruktionen, traf sich innerhalb nur weniger Tage zweimal mit Außenminister von Neurath, nämlich am 16. und am 21. Januar. In Anbetracht dessen, daß nicht nur die Leitung des Narkomindel, sondern wahrscheinlich auch der Kremlherr seinen Brief lesen werde, ließ Suric bei seiner Einschätzung der Situation in dem von Moskau so sehr gewünschten Gesprächsprozeß eine gewisse Vorsicht walten und charakterisierte ihn als „nicht in vollem Maße unseren Standpunkt bestätigend“. Dabei erklärte Suric Neuraths Reserve damit, daß „das Außenministerium sich in diesem Stadium nicht einmischen will“, weil „die Gespräche über die Verbesserung der Beziehungen von Schacht und seinem Ressort begonnen worden sind“.⁷⁹ Das war eine seltsame Schlußfolgerung, weil es Suric nicht unbekannt sein konnte, wie bereits der erste Versuch Kandelakis, im Gespräch mit Schacht die Frage der Verbesserung der Beziehungen beider Länder anzuschneiden, geendet hatte (siehe oben). Und eine neuerliche Begegnung des sowjetischen Handelsvertreters mit dem Reichswirtschaftsminister am 29. Januar 1937 bestätigte die vollständige Verfehltheit der Annahme von Suric. Nachdem Kandelaki den für ihn vorbereiteten Text der „mündlichen Antwort“ verlesen hatte, bemerkte Schacht, daß, obwohl einige Mitteilungen von bestimmtem Interesse seien, doch Erklärungen dieser Art, wie er bereits früher deutlich gemacht habe, durch den Botschafter unmittelbar an das Auswärtige Amt zu richten seien.⁸⁰ In dem Telegramm, das Kandelaki unmittelbar nach der Begegnung an Stalin absandte, stellte er deren Ergebnisse in einem unverhältnismäßig rosigen Licht dar: „[...] ich [habe] entsprechend Ihrer Direktive gegenüber Schacht eine Erklärung zu den Vorschlägen der Deutschen [? – S. S.] über politische Verhandlungen mit uns abgegeben. Schacht zeigte sich über unsere Antwort zufrieden, steckte sofort einen Plan für die Verhandlungen ab und erklärte, diese könnten in den nächsten Tagen beginnen, nachdem er der deutschen Regierung unsere Antwort übermittelt habe.“⁸¹ In Moskau, so scheint es, beschloß man, die Antwort abzuwarten, und unternahm keinerlei Schritte, jedenfalls nicht durch politische Kanäle.⁸² Dabei war die Antwort eigentlich schon einen Tag nach der Begegnung Kandelakis mit Schacht erfolgt. Am 30. Januar erklärte Hitler vor dem Reichstag, er wolle „keinen Zweifel darüber lassen, daß wir [...] im Bolschewismus eine

⁷⁷ Zit. nach Besymenski, *Geheimmission*, S. 352 f. Die angeführten Ausschnitte aus dem „Entwurf“ wiederholen keineswegs die Instruktionen, die Kandelaki im Mai 1935 erhalten hatte, wie Besymenski meint (Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 83), sondern gingen deutlich weiter, zumindest was die Form der Durchführung von Gesprächen auf allen Ebenen betraf.

⁷⁸ Solche Hoffnungen konnten sich auch nicht auf die Interessen rüstungsindustrieller Kreise des Dritten Reichs an einer intensiven Entwicklung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen stützen, die die Unabdingbarkeit der völligen Entpolitisierung der beiderseitigen Beziehungen hervorhoben. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schnurre vom 19. 10. 1936, in: ADAP, Serie C, Band V,2, Dok. 615, S. 1037.

⁷⁹ Brief von Suric an Krestinskij, 27. 1. 1937, zit. nach Besymenski, *Geheimmission*, S. 353.

⁸⁰ Schacht an Neurath, 6. 2. 1937, ADAP, Serie C, Band VI,1, Dok. 183, S. 402.

⁸¹ Zit. nach Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 86. Litvinov, der seine Informationen über dieses Treffen von Suric erhalten hatte, stellte es in einer an Stalin gerichteten Aufzeichnung etwas anders, in zurückhaltenderem Ton, dar; vgl. Besymenski, *Geheimmission*, S. 354 f.

⁸² Ebenda, S. 355.

unerträgliche Weltgefahr erblicken“. Zur Immunisierung des deutschen Volkes gegen die „bolschewistische Infektionsgefahr“ gehöre es auch, „daß wir jede engere Beziehung mit den Trägern dieser Giftbazillen vermeiden und daß wir insonderheit nicht gewillt sind, dem deutschen Volk das Auge für diese Gefahr dadurch zu trüben, daß wir selbst über die notwendigen staatlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen hinaus engere Verbindungen damit [sic!] aufnehmen. [...] Im übrigen würde jede weitere deutsche vertragliche Verbindung mit dem derzeitigen bolschewistischen Rußland für uns gänzlich wertlos sein.“⁸³

Alles schien völlig klar zu sein: Chancen einer positiven Antwort auf die Vorschläge, die Kandelaki Schacht gemacht hatte, gab es nicht im geringsten Maße. Aber selbst in dieser völlig aussichtslosen Situation hoffte Stalin weiterhin auf irgendetwas. Und er blieb dabei keineswegs passiv, sondern beschloß offenbar, daß man auf das verlorene Spiel mit Berlin hin eine neuerliche Partie auf einem Feld eröffnen müsse, auf dem er sich sicherer fühlte.

Am 17. Februar 1937 teilte der Leiter der II. Westabteilung des Narkomindel, D. G. Štern, dem deutschen Botschaftsrat von Tippelskirch angeblich völlig privat nach einem Mittagessen in der deutschen Botschaft mit, daß aufgrund der Tatsachen, die während einer nichtöffentlichen Sitzung im Gerichtsprozeß gegen das „Parallele antisowjetisch-trotzkistische Zentrum“, der vom 23. bis 30. Januar 1937 in Moskau durchgeführt wurde, zur Sprache gekommen seien, die Abberufung des deutschen Militärattachés General Ernst Köstring und des Presseattachés Wilhelm Baum aus der UdSSR unabwendbar geworden sei. Als „alter Freund“ empfahl Štern „der Botschaft zu überdenken, ob es nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Interessen zweckmäßig wäre, daß Köstring und Baum selbst aus Moskau abreisten“. Die Reaktion des deutschen Diplomaten auf diese „freundschaftliche“ Empfehlung war stürmisch. Tippelskirch bat Litvinov mitzuteilen, daß, „falls die Entscheidung getroffen werden sollte, von uns die Abberufung Köstrings und Baums zu verlangen“, daraus unvermeidlich „unübersehbare, ja sogar katastrophale Folgen“ erwachsen würden.⁸⁴

Stalin behandelte in seinem Spiel mit Berlin die deutschen Diplomaten als gewöhnliche Tauschobjekte, wobei er offenkundig damit rechnete, auf diese Weise seine Position zu stärken.⁸⁵ Anders wäre es einfach schwer vorstellbar, mit welchem Ziel der Kreml nahezu gleichzeitig derartige, einander völlig ausschließende Schritte unternahm wie einerseits die höchst vertrauliche offizielle Eröffnung des Handelsvertreters in Berlin, Kandelaki, gegenüber Schacht, man sei bereit, vertrauliche Gespräche über die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu führen, und andererseits der brutale Druck auf die deutsche Botschaft in Moskau unter Ausnutzung der Aussagen der Angeklagten in einem inszenierten Schauprozeß, welcher die sowjetisch-deutschen Beziehungen nur verschärfen konnte.

⁸³ Domarus, Hitler, Band I, 2, S. 671 f.

⁸⁴ Aufzeichnung des Gesprächs des Leiters der II. Westabteilung des Narkomindel, D. G. Štern, mit dem deutschen Botschaftsrat Werner von Tippelskirch, 17. 2. 1937; AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 2, ll. 24 f.

⁸⁵ Die persönliche Beteiligung Stalins bei der Ausarbeitung des Szenariums dieser diplomatischen Provokation ist dokumentarisch belegt. Auf die Vorlage Litvinovs vom 15. 2. 1937 über die möglichen Reaktionen der sowjetischen Regierung hinsichtlich der in der geschlossenen Sitzung des Obersten Gerichts stattgefundenen „Enthüllungen“ über die Gespräche der Angeklagten mit offiziellen Vertretern Deutschlands, antwortete er mit folgender Entscheidung: „Man kann zuerst halboffiziell die Abberufung vorschlagen, und dann, falls unerlässlich, diese offiziell fordern. I. Stalin.“ AVP RF, f. 05, op. 17, p. 126, d. 1, l. 51.

te.⁸⁶ Jedoch erbrachte diese „listige“ Kombination keinerlei Resultate. Mehr noch, nachdem er mit schroffen Demarchen des deutschen Botschafters konfrontiert wurde⁸⁷, hielt es der Kreml für besser, seine ursprüngliche Forderung, General Köstring abzuberufen, zu vergessen und faktisch nur zur „Gesichtswahrung“ auf der Ausreise des Presseattachés Baum zu bestehen.⁸⁸

Unterdessen wurden in Berlin Entscheidungen hinsichtlich der Eröffnungen der sowjetischen Führung getroffen, die Kandelaki Schacht übermittelt hatte. Am 10. Februar berichtete Neurath Hitler über die Begegnungen Schachts mit dem sowjetischen Handelsvertreter und hob dabei die letzte Mitteilung Kandelakis hervor, die er im Namen von Stalin und Molotov gemacht hatte. Die Reaktion Hitlers war völlig vorhersehbar, wenn man seine Rede im Reichstag vom 30. Januar berücksichtigt. Er sagte dem Außenminister, er sehe keinen Sinn in Gesprächen mit der sowjetischen Regierung, weil „diese zur Zeit zu keinerlei Ergebnis führen können, von den Russen vielmehr höchstens dazu benützt werden würden, um das angestrebte Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich zu erreichen und wenn möglich auch noch zu einer weiteren Annäherung mit England zu gelangen“.⁸⁹ Hitler täuschte sich ebenso wie Stalin über die Absichten der Gegenseite – stabilen, guten Beziehungen mit Berlin gab der Kreml vor allen anderen Kombinationen den Vorzug. Zwar hatte in der konkreten Situation dieser Irrtum für ihn keinerlei Folgen, da Hitler sich zu dieser Zeit für ganz andere Probleme interessierte und seine Beziehung zur UdSSR in keiner Weise von Vorschlägen Moskaus abhing. Die Minimierung der Beziehungen zur Sowjetunion auf allen Ebenen, ungeachtet der offenkundigen Unzufriedenheit der an sowjetischen Rohstoffen interessierten industriellen Kreise, war ganz im Sinne Hitlers, da ihm dies die Möglichkeit gab, die Aufrüstung voranzutreiben und dabei auf die

⁸⁶ Schon zu Beginn des Prozesses erhielt die deutsche Presse die Weisung, die Selbstbeschuldigungen der Angeklagten als das Resultat langer Foltern und der Anwendung von willenslähmenden Drogen darzustellen. Dabei sei in besonders scharfer Form die Aussage eines der Angeklagten, daß Trotzki und Hess ein Abkommen getroffen hätten, lächerlich zu machen; NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, Band 5/I: 1937. Quellentexte Januar bis April. Bearbeitet von Karen Peter. Hrsg. von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert, München 1998, Dok. 214, S. 74 (Anweisungen des Propagandaministeriums vom 24. und 25. 1. 1937). Behauptungen in der Anklageschrift oder in den Aussagen von Angeklagten während der Verhöre, die auf irgendwelche ausländischen Staaten anspielten, konnten nur aufgrund der Weisung oder jedenfalls mit der Zustimmung Stalins auftreten.

⁸⁷ Siehe ADAP, Serie C, Band VI,1, Dok. 213, 218, 221.

⁸⁸ Siehe Aufzeichnung des Gesprächs Schulenburgs mit Krestinskij vom 3. 3. 1937, in: ADAP, Serie C, Band VI,1, Dok. 253, S. 543 f. Die Aussagen Radeks über sein Gespräch mit dem diplomatischen Vertreter einer mitteleuropäischen Macht namens K. im November 1934, worunter General Köstring zu verstehen war (siehe Sudebnyj otčet po delu antisovetskogo trockistskogo centra, rassmotrennomu Voennoj kolleģiej Verchovnogo suda Sojuza SSR 23–30 janvarja 1937 goda, Moskau 1937, S. 58, 64), die in aller Eile vom NKVD auf Weisung des Kreml erdacht worden waren, zeichneten sich abgesehen von allem anderen durch eine erstaunliche Unwissenheit aus. Radek konnte unmöglich im November 1934 mit Köstring gesprochen haben, da dieser sein Amt als Militärattaché in der UdSSR erst am 1. 10. 1935 angetreten hatte; vgl. Ernst Köstring, General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941. Bearb. von Hermann Teske, Frankfurt a. M. 1965, S. 328. Stalin gestand einige Jahre später selbst ein, daß die Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehrt hatten. Bei einem Empfang nach der Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrages durch Ribbentrop und Molotov in Moskau Ende September 1939 ging Stalin auf Köstring zu und – so der Augenzeugenbericht des deutschen Diplomaten Andor Hencke – „sagte ihm mit einem herzlichen Händedruck folgendes: ‚Herr General, wir haben Ihnen oft Kummer bereiten müssen, bitte vergessen Sie das!‘“ IfZ-Archiv, MA 1300/2, 0124.

⁸⁹ Brief Neuraths an Schacht vom 11. 2. 1937, in: ADAP, Serie C, Band VI,1, Dok. 195, S. 426.

Bedrohung zu verweisen, die jenes „Barbarenland mit den Methoden Iwans des Schrecklichen“ für den ganzen Westen bildete.⁹⁰

Währenddessen beeilte man sich in Berlin nicht, eine Antwort auf die sowjetischen Vorschläge zu geben. Erst am 16. März lud Herbert Göring Kandelaki zu sich ein, um ihn über die ablehnende Reaktion Berlins zu informieren. Sie wurde, wie Suric nach Moskau berichtete, folgendermaßen begründet: „Ihre Antwort an Schacht enthält keine konkreten Vorschläge zur Diskussion. Das Hauptproblem liegt jedoch darin, daß die deutsche Seite gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der Sowjetregierung und der Komintern erkennen kann. Daher hält es die deutsche Seite nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, da sie dafür keine Grundlage sieht.“⁹¹ Schacht seinerseits konnte Suric, wie dieser in einem Brief an Litvinov schrieb, „nur zuflüstern (buchstäblich flüstern), daß er jetzt keine Chancen für eine Veränderung unserer Beziehungen sieht.“⁹²

So endete die „Mission Kandelaki“ von 1935–1937 ergebnislos, und das natürlich nicht, weil Kandelaki in der Kunst der Diplomatie nicht ausreichend erfahren gewesen wäre⁹³ – der Umfang seiner Vollmachten⁹⁴ konnte diesen Mangel bekanntermaßen kompensieren –, obwohl ihn andererseits eine überzogene Vorstellung von seinen Einflußmöglichkeiten⁹⁵ in gewissem Maße behinderte, die ihn dazu verleitete, Wunsch und Wirklichkeit zu verwechseln. Letzteres betrifft vor allem seine fixe Idee, gemeinsam mit Schacht eine Partie gegen Hitler zu spielen⁹⁶, was Stalin, der im großen wie im kleinen dem Intrigenspiel sehr zugeneigt war, höchstwahrscheinlich imponierte. Eben er, der die Meinung des Narkomindels und des Bevollmächtigten in Berlin, Suric, faktisch ignorierte, die glaubten, daß „Hitler und seine nächste Umgebung sich bedeutend in ihrer Überzeugung bestärkt haben, daß nur mittels eines bis zum letzten durchgehaltenen antisowjetischen Kurs das Dritte Reich seine Aufgaben erfüllen und Verbündete und Freunde gewinnen kann“⁹⁷, eben Stalin war es also, der die von vorneherein aussichtslose „Mission Kandelaki“ auf jede nur mögliche Weise unterstützte. Sogar als das offizielle Berlin mit äußerster Bestimmtheit kundtat, daß es die Fortsetzung jeglicher Gespräche mit der Sowjetunion ablehnte, wollte Stalin, der diese Information erhalten hatte, seine Niederlage nicht zugeben. Er versuch-

⁹⁰ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I, Aufzeichnungen 1924–1941, Band 3, 1. 1. 1937–31. 12. 1939, München 1987, S. 22 (Aufzeichnung vom 26. 1. 1937).

⁹¹ Brief Kandelakis an Stalin, nicht früher als 16. 3. 1937, zit. nach Besymenski, Stalin und Hitler, S. 86.

⁹² Brief von Suric an Litvinov vom 21. 3. 1937, zit. nach Besymenski, Geheimmission, S. 355.

⁹³ Das hatte Stalin, als er Kandelaki mit der Antwort an Schacht nach Berlin schickte, schließlich verstanden, denn gleichzeitig hat er im Gespräch mit Litvinov „wiederholt betont, daß es absolut ausgeschlossen sei, aufgrund seiner diplomatischen Unerfahrenheit K. die Gespräche anzuvertrauen [...]“. Brief Litvinovs an Suric, 14. 1. 1937, zit. nach Osobaja missija Davida Kandelaki, S. 150.

⁹⁴ Kandelaki hatte die Möglichkeit, direkt an Stalin zu schreiben, ihn über den Gang der Gespräche mit den Deutschen zu informieren, ganz zu schweigen von der für einen Beamten seines Ranges präzedenzlosen Zahl seiner persönlichen Begegnungen mit dem Führer im Kreml – 18mal im Verlauf von etwas mehr als zwei Jahren; vgl. Istoričeskij archiv, 1998, Nr. 4, S. 85.

⁹⁵ Nachdem Stalin Anfang August die Entscheidung getroffen hatte, den deutschen Kredit über 500 Millionen Reichsmark abzulehnen, will Kandelaki sogar „deren Änderung erreicht haben“, wenn auch erfolglos. Vgl. Brief Litvinovs an Suric vom 19. 8. 1936, AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 131.

⁹⁶ Ende 1935 informierte Litvinov Stalin darüber, daß „Schacht, den gegen Hitler zu bestärken, Gen.[osse] Kandelaki uns vor kurzem vorgeschlagen hat, die Kriegsbestrebungen Hitlers im Osten unterstützt“. Aufzeichnung Litvinovs für Stalin, 3. 12. 1935, in: Izvestija CK KPSS, 1990, Nr. 2, S. 211.

⁹⁷ Brief von Suric an Litvinov, 28. 11. 1935, in: DVP, T. XVIII, Dok. 424, S. 569.

te, den Eindruck zu erwecken, als ob nicht nur nichts geschehen sei, sondern als ob der Kreml mit der „Mission Kandelaki“ sogar überaus zufrieden sei. Daher diktierte Stalin seinem persönlichen Sekretär A. N. Poskrebyšev ein Telegramm folgenden Inhalts: „Berlin. Kandelaki. Das ZK hat die Entscheidung getroffen, Genossen Suric auf die Position des Bevollmächtigten Vertreters nach Paris zu entsenden. Das ZK hält Sie für den geeignetsten Kandidaten für die Position des Bevollmächtigten Vertreters in Deutschland. Wir sind überzeugt, daß Sie diese neue Aufgabe gut bewältigen werden. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung. Stalin, Molotov.“⁹⁸ Obwohl dieses Telegramm nicht abgeschickt⁹⁹ und Kandelaki nach Moskau zurückberufen¹⁰⁰ und, nachdem er kurze Zeit Stellvertretender Volkskommissar für Außenhandel gewesen war, verhaftet und erschossen wurde, zeugt doch das Faktum der Abfassung des Telegramms von Stalins inadäquater Einschätzung von der sich entwickelnden Lage. Er konnte offenbar überhaupt nicht begreifen, daß eine Veränderung der sowjetisch-deutschen Beziehungen nicht aufgrund bilateraler Gespräche entschieden wurde, und schon gar nicht nach Wunsch Moskaus, sondern ausschließlich durch Hitler, der von ganz anderen Vorstellungen geleitet wurde, als sie dem Herrn des Kreml eigen waren.

In dieser Periode benötigte Hitler überhaupt keine Regulierung der Beziehungen zur UdSSR, und im Verlauf der „Mission Kandelaki“ überspielte er seinen Opponenten im Kreml vollständig, indem er lange Zeit den Anschein erweckte, es bestünden auf verschiedenen Ebenen ausbaufähige Kontakte mit der deutschen Seite, und damit bekanntermaßen Stalin in gewisser Weise an sich band und dessen Reaktionen auf die Politik Deutschlands in der internationalen Arena abmilderte. Als indes nach Meinung Hitlers die Notwendigkeit dieser Camouflage entfiel, beschloß Berlin, die politische Dividende aus dem Fiasko der „Mission Kandelaki“ zu ziehen. Zu diesem Zweck wurden zunächst Gerüchte über inoffizielle sowjetisch-deutsche Kontakte in Umlauf gebracht, die angeblich „nicht nur eine Verbesserung, sondern eine grundlegende Veränderung der sowjetisch-deutschen Beziehungen“ nach sich ziehen mußten, worauf ein scharfes Dementi in der deutschen Presse folgte, was unausweichlich ein gesteigertes Interesse des diplomatischen Korps für diese Frage hervorrufen mußte.¹⁰¹ In den diplomatischen Kreisen Berlins waren Mutmaßungen zu hören, „daß die entsprechenden Gespräche bereits begonnen haben, die von der sowjetischen Seite streng geheimgehalten“ würden, weswegen, so bemerkte Suric, „einige Teilnehmer des französischen Systems eine bestimmte Beunruhigung zeigten“.¹⁰² Diese Sorge hatte man letzten Endes Berlin zu verdanken, wo niemals eine Möglichkeit ausgelassen wurde, das Mißtrauen zwischen der UdSSR und anderen Staaten zu vergrößern. Zur „Wahrung des Gesichts“ wies Litvinov die sowjetischen Diplomaten an, dem französischen und tschechischen Außenministerium zu versichern, daß „die im Ausland kursierenden Gerüchte über eine Annäherung unsererseits an Deutschland jeglicher Begründung entbehren. Wir haben mit den Deutschen über dieses Thema keine Gesprä-

⁹⁸ Der Text wurde am 19. 3. 1937 um 21.10 Uhr diktiert. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 56, l. 30.

⁹⁹ Ebenda, l. 29. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich in Stalins Büro Molotov, Kaganovič, Vorošilov und Litvinov (vgl. Posetiteli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, in: Istoričeskij arhiv, 1995, Nr. 4, S. 46).

¹⁰⁰ Litvinov hatte die Möglichkeit der Abberufung Kandelakis schon im Gespräch mit Schulenburg am 2. 4. erwähnt; vgl. Diensttagebuch Litvinovs, AVP RF, f. 05, op. 17, p. 127, d. 4, l. 20.

¹⁰¹ Vgl. das Telegramm von Suric an das NKID, 9. 4. 1937, in: DVP, T. XX, Dok. 98, S. 164.

¹⁰² Brief von Suric an Litvinov, 16. 4. 1937, AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 4, ll. 56, 54.

che geführt und werden keine solchen führen [...]“¹⁰³ Es begann eine neue Periode in den sowjetisch-deutschen Beziehungen, die gekennzeichnet war durch die Zurückführung der diplomatischen Kontakte auf ein Minimum¹⁰⁴, eine starke Verminderung der ökonomischen Verbindungen und scharfe Gegensätze in der ideologischen und politischen Sphäre in ausnahmslos allen Fragen.

Den nächsten Versuch einer Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland unternahm Stalin kurz nach der Münchner Konferenz, als das dort erzielte Abkommen, wie man im Kreml meinte, ernstlich und auf lange Zeit hinaus die internationale Lage der UdSSR verschlechtert hatte. Daher hatte in der gesamten Politik Stalins nach München eine Übereinkunft mit Deutschland erste Priorität. Diese Entscheidung war bedingt durch die von den Westmächten verfolgte Politik des „Appeasement“ und der immer stärkeren Distanzierung vom totalitären Regime der UdSSR, sowie von der kennzeichnenden Gemeinsamkeit der außenpolitischen Interessen Moskaus und Berlins, die Stalin, aufgrund seiner begrenzten Optionen in der internationalen Arena, erheblich früher als Hitler „bemerkte“. Die Kombination dieser Faktoren vor dem Hintergrund einer sich dynamisch entwickelnden internationalen Lage übte großen Einfluß auf die Herausbildung des außenpolitischen Kurses der UdSSR aus.

Zu einem der wesentlichen Elemente der zahlreichen diplomatischen Schachzüge zur Erreichung der „mit Blut besiegelten Freundschaft“ mit dem Dritten Reich wurden für den Kreml in dieser Periode die Beziehungen mit Polen. Er verfolgte dabei das Ziel, das von Moskau aus so wahrgenommene „Tandem“ Warschau–Berlin zu zertrennen oder wenigstens beträchtlich zu schwächen, dies aber keineswegs, um sich Warschau anzunähern, sondern ausschließlich zu dem Zweck, die möglichst massive Beeinträchtigung der polnisch-deutschen Beziehungen zur Grundlage der eigenen Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland zu machen, vor allem auf Kosten Polens. Die sowjetische Führung nahm höchst aufmerksam die „Temperatur“ bei den deutsch-polnischen Verhandlungen wahr und legte die taktische Linie ihres Auftretens in den Beziehungen mit Polen in Abhängigkeit von der Entwicklung dieser Verhandlungen fest. Solange der Verlauf dieser Gespräche (aus der Sicht Moskaus) Aussichten auf einen wie auch immer gearteten Kompromiß zwischen Berlin und Warschau offenließ, gab die sowjetische Seite in ihren Bemühungen des „Brückenbaus“ nach Warschau nicht nach. In dem Maße, wie bei Stalin und dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten Informationen über die zunehmende Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen eintrafen, begann sich das Interesse Moskaus an einer demonstrativen Zusammenarbeit mit Warschau stark zu vermindern. Die Notwendigkeit der „polnischen Karte“ entfiel.

Diese Taktik des Kreml ging nicht auf – die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen hing überhaupt nicht mit den demonstrativen Anstrengungen Moskaus für eine Annäherung an Warschau zusammen. Sie trug nichts zu Stalins Vorhaben einer

¹⁰³ Telegramm Litwinovs an den Geschäftsträger in Frankreich, E. V. Giršfel'd, und den Bevollmächtigten in der Tschechoslowakei, S. S. Aleksandrovskij, 17. 4. 1937, in: DVP, T. XX, Dok. 110, S. 174.

¹⁰⁴ Nachdem im August 1937 Konstantin Jurenev verhaftet worden war, der insgesamt nur zwei Monate die Position des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin eingenommen hatte, blieb dieser Posten fast ein Jahr lang vakant. Die deutschen Diplomaten drückten andererseits dem Narkomindel gegenüber „Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Bestehens einer deutschen Botschaft in Moskau aus, weil es für sie, die Botschaft, im Grunde genommen nichts zu tun gebe“. Vgl. Diensttagebuch des stellvertretenden Leiters der II. Westabteilung V. A. Michel's, AYP RF, f. 082, op. 21, p. 88, d. 2, l. 37 (Aufzeichnung vom 4. 3. 1938).

Übereinkunft mit Berlin bei, wo man sich erneut taub gegenüber allen Signalen zeigte, die vom Kreml ausgesandt wurden. Unter diesen Umständen war die Fortsetzung des Kottierens mit Warschau für die Bestrebungen Stalins schon nicht mehr ganz ungefährlich, insbesondere in Anbetracht der Dynamisierung der deutschen Außenpolitik und dem damit verbundenen Anstieg der internationalen Spannungen. Daher begann man im Frühjahr 1939 mit der Drohung eines Abkommens zwischen der UdSSR und den Westmächten als Druckmittel gegen Deutschland zu operieren.

Es ist nicht uninteressant, daß zur gleichen Zeit, als Moskau die „polnische Karte“ auspielte, um mit Berlin zu einer Übereinkunft zu kommen, man dort wiederum, um von Polen die Zustimmung zum eigenen Vorschlagspaket zu erreichen, beschloß, Warschau mit der Perspektive der Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen einzuschüchtern. Diese Absicht erklärt eine Reihe von Schritten der deutschen Diplomatie Ende 1938/Anfang 1939, die als gewisse Reverenzen gegenüber Moskau ausgelegt werden könnten: Am 22. Dezember erfolgte die Erklärung über die Bereitschaft, die bereits im März 1938 unterbrochenen deutsch-sowjetischen Kreditverhandlungen wieder aufzunehmen; am 12. Januar 1939 fand das „kurze Gespräch“ Hitlers mit dem sowjetischen Bevollmächtigten A. F. Merekalov im Rahmen des Neujahrsempfangs für das diplomatische Korps statt¹⁰⁵; in der traditionellen Reichstagsrede Hitlers am 30. Januar 1939 fehlten jegliche Ausfälle gegen die UdSSR. Jedoch ebenso wie es Stalin nicht gelungen war, die „polnische Karte“ in seinem Streben nach einer Übereinkunft mit Berlin auszuspielen, so blieb auch Hitler erfolglos bei dem Versuch, sich des „sowjetischen Trumpfes“ zu bedienen, um Warschau zu bewegen, seine Vorschläge anzunehmen, wenn auch die Anstrengungen aus beiden Richtungen nicht vergleichbar waren.¹⁰⁶

Wie jüngste Forschungen belegen, ist Stalin nicht später als im Januar 1939 zu dem Schluß gekommen, daß es unabdingbar sei, Möglichkeiten zu suchen, um Deutschland zu direkten Gesprächen zu bewegen¹⁰⁷, und dementsprechend den außenpolitischen Kurs zu korrigieren. Zur Bewertung der Effektivität der Schritte, die die sowjetische Führung im Zeitraum Januar–März 1939 zur Anbahnung eines Dialoges mit dem Dritten Reich unternahm, und zur Klärung der Frage der Priorität oder Zweitrangigkeit dieser Aktionen ist es von größter Bedeutung, herauszufinden, ob es irgendwelche Bewegungen in der obersten deutschen Führung hinsichtlich der UdSSR gegeben hat, insbesondere bei Hitler und Ribbentrop.

¹⁰⁵ Telegramm Merekalovs an das Narkomindel, 12. 1. 1939, in: God krizisa 1938–1939. Dokumenty i materialy, T. 1, Moskau 1990, Dok. 110, S. 185 f. Die gegenwärtige Historiographie bewertet dieses diplomatische „Ereignis“ überwiegend immer noch überaus einseitig als „Signal seiner Bereitschaft zu einer Revision der bestehenden gespannten Lage und erste Bekundung seines Interesses an einer deutsch-sowjetischen Annäherung“; Ingeborg Fleischhauer, *Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939*, Berlin u.a. 1990, S. 87; L. G. Rozanov, *Stalin – Gitler. Dokumental'nyj očerk sovetsko-germanskich diplomatičeskich otnošenij 1939–1941*, Moskau 1991, S. 47. Allerdings räumt Ingeborg Fleischhauer ein, daß Hitler mit seiner Geste auch zweitrangige Ziele verfolgt habe; er habe „der ‚polnischen Großmannssucht‘ durch seine scheinbaren Intimitäten mit Merekalov exemplarisch den casus eines gemeinsamen deutsch-russischen Vorgehens (gegen Polen) vorexerzieren“ wollen. Fleischhauer, *Pakt*, S. 90.

¹⁰⁶ Eingehender siehe S. Z. Sluč, *Gitler, Stalin i genezis četvertogo razdela Pol'si*, in: V. K. Volkov/L. Ja. Gibianskij (Hrsg.), *Vostočnaja Evropa meždu Gitlerom i Stalinyom. 1939–1941 gg.*, Moskau 1999, S. 77–168, hier: S. 120 f. und S. 128–138.

¹⁰⁷ L. A. Bezymenskij, *Sovetsko-germanskie dogovory 1939 g.: Noveye dokumenty i starye problemy*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, 1998, Nr. 3, S. 3–26, hier: S. 8.

Angenommen, daß das Fehlen von Angriffen auf die Sowjetunion in Hitlers Rede vom 30. Januar 1939 eine Rückkehr zu einem „längerfristigen taktischen Kalkül“¹⁰⁸ einer Annäherung an Moskau war, dann müßte man zugleich einräumen, daß sich in der obersten Führung des Dritten Reichs Personen befanden, die diesen angeblichen Ansichten des „Führers“ offen widersprochen haben. Und genau das war selbstverständlich völlig ausgeschlossen. So hielt etwa Ribbentrop am 24. Januar 1939 vor einer großen Gruppe von Generalen und Admiralen der Wehrmacht einen Vortrag, in dem er verschiedene Aspekte der Bündnispolitik Deutschlands behandelte und bemerkte „weite Kreise haben in der Zeit immer noch mit dem Gedanken gespielt, daß man früher oder später zu einer Verständigung mit Sowjetrußland kommen könnte“. Ribbentrop wies diese Möglichkeit kategorisch zurück: „Zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus konnte und kann es niemals einen Kompromiß geben. [...] für Deutschland [konnte es] immer nur eine Politik, nämlich die gegen Rußland geben [...]“¹⁰⁹

Daher ist es nicht erstaunlich, daß Stalin, als er in seiner Rede auf dem 18. Parteitag der VKP(b) im März 1939 die Bereitschaft signalisierte, neue Wege für die Garantie der Sicherheit des Landes zu suchen, und zu verstehen gab, es existiere eine „Möglichkeit anderer, nichtfeindlicher, gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR“, wie Molotov Stalins Aussagen wiedergab¹¹⁰, keinen Empfänger seiner Botschaft auf dem für ihn erforderlichen Niveau, d.h. in Gestalt Hitlers selbst, fand. Daß sich an der Haltung der obersten Führung gegenüber der UdSSR nichts änderte, zeigt die Anweisung des Propagandaministeriums an die Presse vom 13. März 1939, über die Berichterstattung über den 18. Parteitag der VKP(b): „Der Kommunisten-Kongress in Moskau kann dahin kommentiert werden, dass der Kongress auf eine noch festere Verankerung der Stalin-Kaganowitsch-Clique hinausläuft. Material liefert weiter die Antikomintern.“¹¹¹ Somit erfüllte die „Kastanienrede“, wie Stalins Auftritt auf dem Parteitag im Westen getauft wurde, zu jenem Zeitpunkt ihren grundlegenden Zweck nicht.

In der zweiten Aprilhälfte verfügte Stalin bereits über die Information, daß Hitler beabsichtige, das „polnische Problem“ mit unfriedlichen Mitteln zu lösen, d.h., es entstand ein reales Risiko für die in Gespräche mit den Westmächten eingebundene Sowjetunion auf diese Weise in einen Krieg „hineinzuschlittern“. Unabhängig vom möglichen Ausgang eines solchen Krieges konnte diese Aussicht Stalin auf keinen Fall zusagen. Daher hatte eine Übereinkunft mit Deutschland nicht nur Priorität, sondern mußte darüber hinaus auch so schnell wie möglich erzielt werden.

Eine solch scharfe Umorientierung des offiziellen Kurses erforderte eine wahrlich jesuitische Meisterschaft, und sie umzusetzen vermochte nur jemand, der Stalins besonderes

¹⁰⁸ Fleischhauer, Pakt, S. 96.

¹⁰⁹ Abschrift des von dem Herrn Reichsaußenminister am 24. 1. 1939 im Rahmen der nationalsozialistischen Vortragsreihe für Generale und Admirale gehaltenen Vortrages; Bundesarchiv-Militärarchiv, RM 20/1637, S. 266–288, hier: S. 277. Das Faktum, daß Hitler, als er am nächsten Tag vor den höchsten Führern der drei Truppenteile sprach, konkrete Fragen der Außenpolitik praktisch überhaupt nicht berührte, ist eine weitere Bestätigung dafür, daß er über das von Ribbentrop am Vortag Gesagte im Bilde war; vgl. Rede Hitlers in der Reichskanzlei vom 25. 1. 1939, in: Klaus-Jürgen Müller, *Armee und Drittes Reich 1933–1939*. Darstellung und Dokumentation, Paderborn ²1987, Dok. 166, S. 360–365.

¹¹⁰ V. M. Molotov, *O vnešnej politike Sovetskogo Sojuza*, in: *Vneščerednaja IV sessija Verchnogo Soveta SSSR 1-go sozyva*, M. 1939, S. 200.

¹¹¹ Presseanweisung, ZSg 101/12, Nr. 300, vom 13. 3. 1939, in: *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit*, Band 7/I: 1939, S. 243.

Vertrauen genoß, was beim Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov gewiß nicht der Fall war. Gleichzeitig sollte die Beseitigung Litvinovs eine überaus wichtige Signalfunktion erfüllen – kein anderes Ereignis in der Sowjetunion (ausgenommen der Tod des Führers) hätte in diesem Moment eine solche Resonanz in der Welt auslösen können, wie die Absetzung Litvinovs, mit dessen Namen für einen erheblichen Teil der 30er Jahre die Idee der „kollektiven Sicherheit“ und Aufrufe zur Bildung einer Einheitsfront gegen die Aggressoren-Mächte assoziiert wurden. Jedoch für den pathologischen Antisemiten Hitler war das wichtigste Symptom der Veränderung nicht die Entfernung des „Westlers“ Litvinov aus dem Amt, sondern die Absetzung des Juden Litvinov als Leiter der außenpolitischen Behörde. Letzteres ließ sich leicht voraussagen, und Stalin griff zu diesem stärksten aller Argumente für die Annäherung an Deutschland. Dieses Mal erwies sich seine Berechnung als zutreffend: Nach der Amtsenthebung Litvinovs befanden sich die Politik der UdSSR und der Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen beständig in Hitlers Blickfeld.¹¹²

Stalin kam zu dem Schluß, daß es notwendig war, dem Dialog mit Berlin, ohne ihn zu forcieren, eine andere Grundlage zu geben, und zwar eine politische, was zwangsläufig bedeutete, die höchste Führung des Reichs in den Gesprächsprozeß einzubeziehen. Entsprechend äußerte sich in der Folge Molotov am 20. Mai gegenüber Schulenburg: „Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß es für einen Erfolg der Wirtschaftsverhandlungen unabdingbar ist, eine entsprechende politische Basis zu schaffen.“ Molotov erklärte nicht, was er sich darunter konkret vorstellte, und auf eine entsprechende Frage antwortete er ausweichend: „Darüber müssen sowohl wir als auch die deutsche Regierung nachdenken.“¹¹³

Mehr als zwei Monate wartete man im Kreml auf eine Antwort auf die Frage, was man denn in der Reichskanzlei unter der Untermauerung der deutsch-sowjetischen Beziehungen mit einer politischen Basis verstehen möge, oder, mit anderen Worten, was Hitler Stalin vorschlagen würde. Erst Ende Juli 1939 wurde Hitler klar, daß es der Außenpolitik des Dritten Reichs nicht gelang, an der Peripherie ernsthafte Bedrohungen insbesondere für Großbritannien zu schaffen, was wiederum bedeutete, daß Deutschland sich in der Lage sah, den Krieg in Europa mit einem ungesicherten Hinterland und ohne einen reellen Verbündeten zu beginnen. In dieser schwierigen Situation beschloß Hitler, nach dem „letzten Strohalm“ zu greifen und ein politisches Abkommen mit der UdSSR abzuschließen, das ihre wohlwollende Neutralität im bevorstehenden Krieg sichern würde. Von erstrangiger Bedeutung für den Kreml war dabei die folgende Avance Ribbentrops von Anfang August: „Über alle mit territorialen Fragen vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee verbundenen Probleme könnten wir uns mühelos einigen.“¹¹⁴

Und so „gewann“ Stalin schließlich die letzte Etappe in dem Gesprächsmarathon mit Hitler: Er erhielt die Vorschläge Berlins über die Teilung der Interessensphären in Europa, aber das geschah nur, weil zu diesem Zeitpunkt Hitler eine Übereinkunft mit der UdSSR so dringend benötigte wie die Luft zum Atmen. Auf Stalin kam nun die bedeutsamste Her-

¹¹² Vgl. Reinhold W. Weber, Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939, Frankfurt a. M. u.a. 1980, S. 142.

¹¹³ Aufzeichnung des Gesprächs Molotovs mit Schulenburg vom 20. 5. 1939, in: God krizisa, T. I, Dok. 362, S. 482 f.

¹¹⁴ Aufzeichnung über das Gespräch des Geschäftsträgers der UdSSR in Deutschland, G. A. Astachov, mit Ribbentrop vom 2. 8. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 1, Dok. 445, S. 568.

ausforderung in dieser Entwicklung zu, nämlich zwei äußerst wichtige Prozesse zu synchronisieren: Erstens galt es, unter Ausnutzung der erschwerten Lage und der Zeitnot, in der sich die nationalsozialistische Führung befand, die das Problem der Isolation Polens noch nicht gelöst hatte, die Gespräche mit den Deutschen in die Länge zu ziehen, um auf diese Weise maximale Zugeständnisse von ihnen zu erreichen und damit zwangsläufig auch den Status der Teilnehmer der Endphase der Gespräche zu erhöhen; zweitens ging es darum, die Schwäche und Inkonsequenz der Politik der Westmächte „kreativ“ auszunützen, die sich erneut durch eine gewisse Neigung zum „Appeasement“ des Dritten Reichs und ein massives Mißtrauen gegen die Politik der sowjetischen Führung auszeichnete und zu diesem Zeitpunkt aufgrund einer Reihe objektiver und subjektiver Gründe kein effektives militärisches Abkommen mit der UdSSR anstrebte, und langsam, aber sicher und vom ersten Tag an die Dreiergespräche der Militärmissionen in Moskau in eine Sackgasse zu führen.¹¹⁵

Letzten Endes wurden beide Absichten erfolgreich verwirklicht – die einen Gespräche scheiterten, die anderen waren von Erfolg gekrönt. Stalin konnte zu guter Letzt sein lang gehegtes Vorhaben einer Übereinkunft mit NS-Deutschland verwirklichen, mehr noch, er erhielt ein Abkommen mit Hitler, von dem er nicht zu träumen gewagt hätte, nämlich die Abgrenzung der Interessensphären zwischen Moskau und Berlin. Von den Westmächten hätte er eine derart großzügige Gabe nicht erwarten können.

Im Verlauf der 22monatigen Geltung des sowjetisch-deutschen Pakts kam der sowjetische Diktator dem „Führer“ erheblich weiter entgegen, als in allen Vereinbarungen, auch in den geheimen Zusatzprotokollen zu den Abkommen vom 23. August und vom 28. September 1939 vorgesehen gewesen war. Die Erklärung für dieses Verhalten findet man im dogmatisch-bolschewistischen Denken Stalins. Er erkannte in der scharfen konfrontativen Entwicklung der internationalen Lage neue Möglichkeiten zur Realisierung der sowjetischen Großmachtambitionen, die mit den Sicherheitsinteressen des Landes gleichgesetzt wurden, und war bestrebt, die kapitalistische Welt zu zwingen, „ein bißchen Platz zu machen und zurückzutreten“¹¹⁶. Und Deutschland mit seiner nationalsozialistischen Regierung und ihrer offenen militärischen Konfrontation gegen die so verhaßte kapitalistische Welt wurde erneut, wie schon zu Zeiten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, ein äußerst begehrter Partner für die Kremlführung. Nicht ohne Grund wurde der Pakt am ersten Jahrestag seiner Unterzeichnung in der sowjetischen Presse als „eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der internationalen Beziehungen unserer Epoche“ eingestuft.¹¹⁷ Diese hohe Einschätzung ist keineswegs verwunderlich, war doch die von Stalin seit September 1939 ins Werk gesetzte Expansionspolitik nur dadurch möglich geworden, weil man sich auf die Zusammenarbeit mit Hitler stützen konnte.

Obwohl er sich im Unterschied zu Stalin genügt gesehen hatte, einen „Pakt mit dem Satan“ einzugehen, verbarg der „Führer“ seine Befriedigung über das in Moskau Erreichte nicht, denn der Vertrag war genau zu dem Zeitpunkt geschlossen worden, als er

¹¹⁵ Vgl. Sergej Slutsch, Deutschland und die UdSSR. Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen, in: Hans-Adolf Jacobsen u.a. (Hrsg.), Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941–1995, Baden-Baden 1995, S. 28–90, hier: S. 86 f.

¹¹⁶ Vortrag Molotovs auf der Festsitzung zum 22. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. 11. 1939, in: Pravda, 7. 11. 1939.

¹¹⁷ Godovščina soversko-germanskogo pakta, in: Pravda, 23. 8. 1940.

ihn am dringendsten benötigte, und er führte eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse nicht nur auf dem Kontinent, sondern in der ganzen Welt herbei. Wie der „Führer“ die Ereignisse bewertete, ist aus seiner Rede vor der Führung der Wehrmacht am 23. November 1939 ersichtlich, in der er erklärte: „Es ist das eingetreten, was man sich seit 1870 gewünscht hat und tatsächlich für unmöglich hielt. Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir nur gegen eine Front zu kämpfen, die andere ist z. Zt. frei.“¹¹⁸ Letzten Endes hat kein einziger der Verbündeten des Dritten Reichs während des Zweiten Weltkriegs für dieses solche Möglichkeiten des Manövrierens mit seinen Streitkräften geschaffen, wie das 1939/40 die UdSSR getan hat, die Berlin sogar noch von der hypothetischen Bedrohung eines Zweifrontenkrieges befreite. Da jedoch das grundlegende Ziel des außenpolitischen Programms Hitlers, die Zerschlagung und Eroberung der Sowjetunion, während der ganzen Geltungsdauer des Paktes unverändert gültig blieb, wurde auch der Zeitpunkt von dessen Verwirklichung durch den Pakt bedeutend nähergerückt, von anderen seiner diesem Ziel dienlichen Auswirkungen ganz zu schweigen.

Jedoch zeigten sich schon bevor dies geschah im Spätsommer 1940 Anzeichen der Abkühlung der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Die Ursache dieses sich schnell entwickelnden Prozesses war die von Hitler in der zweiten Julihälfte getroffene Entscheidung über den Krieg gegen die UdSSR und die darauf folgenden Vorbereitungsmaßnahmen, die in Moskau nicht unbemerkt blieben. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte auch die Tatsache, daß, vor allem auf dem Balkan, entgegengesetzte Interessen beider Länder aufeinandertrafen, und das in einer Situation, in der Hitler zu keinerlei Zugeständnissen mehr bereit war.¹¹⁹ Die Einladung Molotovs nach Berlin, von Hitler zur Sondierung gedacht, vor allem aber zur Desinformation des künftigen Kriegsgegners, konnte die Spannungen zwischen den beiden Ländern in keiner Hinsicht vermindern. Molotov nahm wahrscheinlich an, er könne die Verhandlungen mit Hitler und Ribbentrop, die entsprechend seinen Direktiven auf eine Erweiterung der Interessensphäre der UdSSR hinauslaufen sollten, auf gleichem Fuße führen, so wie im August und September 1939 in Moskau. Doch diese Erwartungen sollten sich nicht erfüllen, weil sich die Lage Deutschlands, nicht zuletzt dank der von der UdSSR im August/September 1939 eingenommenen Haltung, grundlegend verändert hatte. Hitler brauchte nun keine partnerschaftlichen Beziehungen mit Stalin mehr. Deshalb sprach er mit dessen Vertrauensmann, ohne in irgendeiner der Moskau interessierenden Fragen ein Entgegenkommen auch nur anzudeuten. Wie Molotov am Ende der Gespräche feststellte, hatten „beide Gespräche [mit Hitler] nicht die erwünschten Resultate erbracht. [...] Es gibt nichts, dessen man sich rühmen könnte, Klarheit herrscht aber jedenfalls nun über die gegenwärtige Stimmung Hitlers, mit der man rechnen muß.“¹²⁰ Auch das war eine der üblichen Illusionen: Die Stimmungen Hitlers, der sich bereits auf den in Kürze bevorstehenden Krieg mit der UdSSR eingestellt hatte, verstand Molotov nicht, der nur die Härte der Gesprächsposition seines Gegenübers erfaßt hatte. Daraus zog er Schlüsse, die keineswegs von leichtfertigen Einstellungen in Moskau zeugten; mit Berlin „muß man rechnen“, nämlich bei der Anbahnung einer neuen Etappe der Politik des Kremls, einer Appeasement-Politik gegenüber Hitler.

¹¹⁸ Aufzeichnung über Besprechung des Führers mit den obersten militärischen Befehlshabern am 23. 11. 1939, in: ADAP, Serie D, Band VIII, Dok. 384, S. 345–350, hier: S. 347.

¹¹⁹ Vgl. eingehender: *Vostočnaja Evropa meždu Gitlerom in Stalinym 1939–1941 gg.*, S. 241–501.

¹²⁰ Telegramm Molotovs (aus Berlin) an Stalin, 14. 11. 1940, in: DVP, T. XXIII, kn. 2(1), Dok. 515, S. 81.

Die ersten Schritte in diese Richtung wurden von der sowjetischen Seite bereits im November 1940 im Verlauf der Gespräche über den gegenseitigen Warenaustausch unternommen und drückten sich in bedeutsamen Zugeständnissen bei den Liefermengen von Getreide aus, die Deutschland bis 1943 zugesichert wurden.¹²¹ Wie Molotov im Gespräch mit Schulenburg und dem Leiter der deutschen Delegation bei den Handelsverhandlungen, Karl Schnurre, am 28. November erklärte: „Die sowjetische Regierung hat beschlossen der deutschen Regierung entgegenzukommen und ihre gesamtstaatlichen Reserven anzutasten und zwar in beträchtlichem Maße. Nichtsdestoweniger hat die sowjetische Regierung in Anbetracht des deutschen Getreidebedarfs beschlossen, die Bitten der deutschen Regierung zu erfüllen und 2,5 Millionen Tonnen Getreide bereitzustellen.“¹²² Diese Freigebigkeit, die der Militärattaché Köstring als ein „Ereignis, das für uns wirtschaftlich von größter Bedeutung ist“¹²³, charakterisierte, zeigte die sowjetische Führung zur gleichen Zeit, als Deutschland gegenüber der UdSSR, verglichen mit anderen Ländern, das größte Handelsbilanzdefizit hatte; es belief sich auf 175 Millionen Reichsmark.¹²⁴ Die Folge war bekanntlich ein neues sowjetisch-deutsches Wirtschaftsabkommen, das am 10. Januar 1941 abgeschlossen wurde und zuvorkommende Lieferungen von Produkten und Rohstoffen aus der UdSSR vorsah, deren Löwenanteil auf die erste Hälfte des Jahres 1941 entfiel.¹²⁵ Dieses Abkommen charakterisierte die sowjetische Presse gemeinsam mit den Übereinkünften über die in der Geschichte der Sowjetunion präzedenzlosen Kompensationszahlungen an Deutschland für verstaatlichtes deutsches Eigentum in den besetzten baltischen Staaten als „neuen Sieg der sowjetischen Friedenspolitik“ und „neuen bedeutsamen Schritt nach vorn auf dem Weg der Entwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen der UdSSR und Deutschlands“¹²⁶. Auf diese Weise bildeten insbesondere ökonomische Zugeständnisse die Grundlage für die sowjetische Beschwichtigungs-Politik gegenüber Deutschland, die bereits im Spätherbst 1940 begann. Diesen Kurs hatte Stalin eingeschlagen, nachdem er mit der harten Position Hitlers in den Gesprächen mit Molotov konfrontiert worden war, aber sich um jeden Preis an die Beziehungen zu Deutschland klammerte, wofür neben eigener militärischer Schwäche eine kontraproduktive Linie in den internationalen Beziehungen ausschlaggebend war. Und diese Politik wurde ohne jegliche Schwankung bis zum 22. Juni 1941 durchgeführt und auf immer neue Sphären der beiderseitigen Beziehungen ausgedehnt, sogar dann noch, als die sowjetische Führung versuchte, auf dem Balkan aktiv zu werden. Jedoch der Versuch vom Frühjahr 1941, ein eigenes Spiel auf dem Balkan zu spielen, unabhängig davon, wer hinter dem Umsturz in Belgrad stand¹²⁷, kam ver-

¹²¹ Köstring, General Ernst Köstring, S. 291. Die Veränderung der Position der sowjetischen Seite im Verlauf des November 1940 spiegelt sich anschaulich in den Briefen Köstrings an den Oberquartiermeister IV im Generalstab des Heeres, General Kurt von Tippelskirch, vom 6. 11., 28. 11. und 4. 12. 1940 wider; ebenda, S. 284, 289 und 291.

¹²² DVP, T. XXIII, kn. 2 (1), Dok. 560, S. 153.

¹²³ Köstring, General Ernst Köstring, S. 291.

¹²⁴ Schwendemann, Zusammenarbeit, S. 260 f. und S. 367, Tabelle 1.

¹²⁵ Hitler verbot die Berichterstattung über die Bedingungen des für Deutschland so vorteilhaften Abkommens mit der UdSSR in der Presse; vgl. Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Berlin 1974, S. 554, Anm. 24. Mitnichten ließ dieser Umstand indes Moskau aufmerken.

¹²⁶ Pravda, 11. 1. 1941, S. 1.

¹²⁷ In den 1990er Jahren wurde die traditionelle Version über die Rolle des britischen Geheimdienstes bei der Organisation des Offiziersputsches in Belgrad Ende März 1941 (vgl. Elisabeth Barker, *British*

spätet und war zu zaghaft. Er machte in Berlin keinerlei Eindruck und hatte keinen Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse; hauptsächlich verängstigte er seine eigenen Initiatoren, die befürchteten, daß es nicht gelingen werde, die Freundschaft mit Deutschland „unter allen Umständen“¹²⁸ zu bewahren.

In jüngster Zeit versuchen einige Historiker verschiedener Länder den Eindruck zu erwecken, daß Stalin nicht nur eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler betrieb, sondern auch aktiv auf eine Begegnung „auf höchster Ebene“, d.h. mit Hitler persönlich, hinarbeitete.¹²⁹ Mehr noch: Eben zu diesem Zweck habe er das Amt des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, also des Regierungschefs, übernommen, um „sich mit dem deutschen Reichskanzler auf gleichem Fuße zu treffen“.¹³⁰ Stalin soll sogar angeblich einen höchst geheimen Schriftwechsel mit Hitler unterhalten haben, von dem er einen Brief sowie die entsprechende Antwort dem Chef des Generalstabs der Roten Armee, General Žukov, gezeigt habe.¹³¹ Diese Annahmen und Zeugnisse haben bis zum heutigen Tage keinerlei dokumentarische Bestätigung gefunden, weder von der sowjetischen noch von der deutschen Seite her.

Die Übernahme der Funktion des Regierungschefs durch Stalin war in keiner Weise mit einer angeblich bevorstehenden Begegnung mit Hitler verbunden, auch wenn entsprechende Gerüchte in der westlichen Presse überschäumten. Seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare ging, wie jüngste Forschungen gezeigt haben, einer ganzen Reihe von Reorganisationsmaßnahmen der obersten Machtorgane voraus, die im Januar einsetzten und in der zweiten Hälfte des März 1941 abgeschlossen wurden. Infolgedessen wurde das Entscheidungszentrum eindeutig in die Regierung verlegt und die Prozedur der Bestätigung von Regierungsentscheidungen im Politbüro faktisch aufgehoben. „Unter diesen Bedingungen war die Selbsternennung Stalins zum Vorsitzenden des SNK nur eine Frage der Zeit und des passenden Zeitpunktes.“¹³²

Die Annahme, Stalin habe auf eine Begegnung mit Hitler hingearbeitet, gehört ins Reich der Spekulation, weil es für eine solche Begegnung keinerlei reale Grundlage gab.

Policy in South East Europe in the Second World War, London 1976, S. 91–93.) von Aussagen in den Erinnerungen des ehemaligen stellvertretenden Leiters der Aufklärungsabteilung des NKGB der UdSSR, Pavel A. Sudoplatov, korrigiert. Dieser bezeugte, daß der sowjetische Militärgeheimdienst und die Aufklärungsabteilung des NKGB die Verschwörung und den Umsturz vom 27. 3. 1941 „aktiv unterstützt“ hätten; vgl. P. A. Sudoplatov, *Razvedka i Kreml': Zapiski neželatel'nogo svidetelja*, Moskau 1996, S. 136 f.

¹²⁸ Genau diese Worte benutzte Stalin, als er sich abwechselnd an Schulenburg und den Stellvertreter des Militärattachés, Hans Krebs, wandte, als er auf dem Bahnhof auftauchte, zu dem die Diplomaten des japanischen Außenministers Yosuke Matsuoka geleiteten, der am 13. 4. den Neutralitätspakt mit der UdSSR unterzeichnet hatte; vgl. ADAP, Serie D, Band XII,2, Dok. 333, S. 448.

¹²⁹ Vgl. Gabriel Gorodetsky, *Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen Barbarossa*, Berlin 2001, S. 279 f. und S. 293 f.; Nakanune napadenija Germanii: Vnešnaja i vnutrennaja politika SSSR v pervoj polovine 1941 goda. Materialy „kruglovo stola“, in: *Slavjanovedenie*, 2002, Nr. 6, S. 28 und S. 35; V. K. Volkov, Prizrak i realnost' „Barbarossy“ v politike Stalina (vesna-leto 1941 g.), in: *Voprosy istorii*, 2003, Nr. 6, S. 41 f.

¹³⁰ Vnešnaja i vnutrennaja politika, S. 28 (Äußerung von V. K. Volkov).

¹³¹ Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 431; Konstantin M. Simonov, *Glazami čeloveka moego pokolenija. Razmyšlenija o I. V. Staline*. Sost. L. Lazarev, Moskau 1989, S. 350 f. Besymenski und Simonovs Beschreibungen dieser Begebenheit weichen nicht unerheblich voneinander ab.

¹³² Oleg V. Chlevnjuk, *Stalin i Molotov. Edinoličnaja diktatura i predposylki „oligarchizacii“*, in: G. Š Sagateljan u.a. (Hrsg.), *Stalin. Stalinizm. Sovetskoe obščestvo. K 70-letiju V. S. Lel'čuka*, Moskau 2000, S. 272–290, hier: S. 279.

Für Hitler gab es im Frühjahr 1941 keinen Gesprächsgegenstand mit Stalin – für ihn war bereits alles entschieden. Stalin war aus ganz unterschiedlichen, darunter auch psychologischen Gründen einem solchen Treffen kaum zugeneigt, nicht zuletzt weil er sich der Schwäche seiner Gesprächspositionen bei einer solchen Begegnung bewußt gewesen sein muß. Wenn man dennoch annehmen will, daß Stalin im Mai/Juni 1941 eine Begegnung mit Hitler anstrebte, taucht unausweichlich die Frage auf: Was wurde von sowjetischer Seite für solch eine Begegnung organisatorisch unternommen? Bekanntermaßen nichts, und das obwohl Begegnungen auf dieser Ebene immer eine ernsthafte Vorbereitung erfordern. Die episodischen Kontakte zwischen Molotov und Schulenburg nach dem 4. April 1941 waren drittrangigen Fragen gewidmet, dasselbe gilt für die Gespräche, die in dieser Periode der sowjetische Botschafter Vladimir Dekanozov mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker führte.¹³³ Mit Ribbentrop traf er sich überhaupt nicht, ganz zu schweigen von Hitler, mit dem Dekanozov nach der Aushändigung der Akkreditierungsurkunde am 19. Dezember 1940 nicht mehr sprach.¹³⁴ Zum Vergleich sei angemerkt, daß sich Schulenburg, als Berlin darauf hinwirkte, daß Ribbentrop im August 1939 in Moskau empfangen wurde, nahezu täglich mit Molotov traf.

Hinweise auf irgendeine Geheimkorrespondenz zwischen den beiden Diktatoren, die auf Anweisung Hitlers angeblich im April 1945 vernichtet worden sein soll¹³⁵, gehören ebenfalls eher ins Reich der Phantasie jener, die als Beweis die Erzählung von Marschall Žukov anführen, den Stalin im Juni 1941 gerufen und ihm angeblich einen Brief Hitlers und seine Antwort gezeigt habe.¹³⁶ Es ist offenkundig, daß Schulenburg, wenn ein solcher Briefwechsel tatsächlich stattgefunden haben sollte, nicht solche Anstrengungen unternehmen hätte müssen, um Dekanozov (d.h. Stalin) im Verlauf inoffizieller Begegnungen im Mai 1941 von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mit einer persönlichen Botschaft an Hitler zu wenden.¹³⁷

Die nutzlose Suche nach einem Ausweg aus der außenpolitischen Sackgasse, in die der Kreml das Land mit seiner Orientierung auf das nationalsozialistische Reich getrieben hatte, nahm Ende 1940/Anfang 1941 Formen eines auf seine Weise geradezu manischen Strebens an, mit allen möglichen Mitteln den Krieg mit Deutschland hinauszuzögern. Dies zeugte davon, daß Stalin den Politiker Hitler einfach nicht verstand, der nur ein einziges Argument akzeptierte – Stärke. Und jene Konvulsionen in der internationalen Are-

¹³³ Weizsäcker vermerkte nach einem Gespräch mit Dekanozov am 18. 6. eigens, daß der Botschafter mit keinem Wort auf den Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen eingegangen war. ADAP, Serie D, Band XII, 2, Dok. 646, S. 875.

¹³⁴ Vgl. Itinerar Hitlers vom 1. 9. 1939–31. 12. 1941, in: Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Bonn 1993, Anhang 7, S. 659–698, hier: S. 683–691.

¹³⁵ Besymenski, Stalin und Hitler, S. 431. Die gesamte bekannte Korrespondenz zwischen Stalin und der Führung des Dritten Reichs (der Brief Hitlers an Stalin vom 20. 8. 1939 und die Antwort Stalins vom 21. 8. 1939, der Brief Ribbentrops an Stalin vom 13. 10. 1940 und die Antwort Stalins vom 22. 10. 1940) lief über die deutsche Botschaft in Moskau und hat sich sowohl in sowjetischen als auch deutschen Archiven erhalten.

¹³⁶ Ebenda, S. 431. Volkov, Prizrak, S. 50 f. Die Erzählung Žukovs über diese Episode, die von Besymenski überliefert wird, enthält Faktenbehauptungen, die keine dokumentarische Bestätigung finden. Im Zeitraum Mai/Juni 1941 war Žukov kein einziges Mal allein bei Stalin; vgl. Posetiteli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, in: Istoričeskij arhiv, 1996, Nr. 2, S. 46–51.

¹³⁷ Gespräche Dekanozov mit Schulenburg in Moskau am 9. 5 und 12. 5., in: DVP, T. XXIII, kn. 2, Dok. 823, S. 666 f., und Dok. 828, S. 675 f.

na, die der Kreml im Frühjahr 1941 demonstrierte, spiegelten vollständig die inadäquate Einschätzung dessen wider, was sich in den Handlungen des einen totalitären Regimes gegenüber dem anderen abspielte.

Faßt man die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung der nicht einfachen Beziehungen zwischen Moskau und Berlin zusammen – deren wissenschaftliche Aufarbeitung bei weitem noch nicht vollständig geleistet worden ist –, muß man unterstreichen, daß faktisch während der ganzen Periode von 1933 bis 1941 das Interesse an einer Verbesserung der politischen Beziehungen von Stalin ausging, der darin nicht nur entscheidende Garantien für die Sicherheit der UdSSR sah¹³⁸, wie er sie verstand, sondern auch die Möglichkeit der Steigerung der militärischen Macht und des politischen Einflusses der Sowjetunion in der internationalen Arena mittels rüstungswirtschaftlicher und politischer Unterstützung des undemokratischen Deutschlands. Zur großen Enttäuschung Stalins riefen seine Anstrengungen in dieser Hauptrichtung der sowjetischen Außenpolitik stets bestenfalls desinteressierte Reaktionen der obersten Führung des Dritten Reichs hervor. Und nur einmal, als es Hitler darauf ankam, die Westmächte und die UdSSR als mögliche Verbündete auseinanderzubringen und damit zugleich das ewige deutsche Problem des Zweifrontenkrieges am Vorabend des sich immer deutlicher abzeichnenden Kampfes mit England und Frankreich zu lösen, reagierte er positiv auf die üblichen Versuche Moskaus, die Beziehungen mit Berlin zu verbessern. Dabei verzichtete Hitler keineswegs auf sein wichtigstes Ziel, die Zerschlagung der Sowjetunion als Voraussetzung für die Eroberung der Herrschaft auf dem europäischen Kontinent, vielmehr vertagte er deren Realisierung nur, und zwar, wie sich zeigen sollte, nicht für lange Zeit. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der UdSSR in den Jahren 1933 bis 1941 verlief in der Regel gemäß einem höchst ideologisierten Szenario mit einigen Abweichungen in Richtungen eines harten Pragmatismus, dessen Urheber vor allem Hitler war, was Stalin die ganze Zeit über nicht verstand. Das bestimmte letzten Endes auch das Wesen und Ausmaß jener verhängnisvollen politischen und militärischen Fehler, die im Kreml begangen wurden, besonders in den Jahren 1939 bis 1941.

Die Diskussion von Sergej Slutschs Vortrag auf der Stalin-Tagung

kreiste zunächst um die Frage, ob es für Stalin eine Alternative zum Hitler-Stalin-Pakt gegeben habe, nicht zuletzt mit Hinblick auf die heute besonders in Rußland verbreitete These, eine solche Alternative habe nicht bestanden. Sergej Slutschs Antwort: Für eine Sowjetunion ohne Stalin hätte es eine solche Alternative vielleicht geben können, nicht aber für Stalin und die von ihm beherrschte UdSSR. Nur im Verein mit dem nationalsozialistischen Deutschland konnten die territorialen Zugewinne eingeheimst werden, die in den geheimen Zusatzprotokollen zu den Verträgen von 1939 fixiert waren. England und Frankreich seien nicht bereit gewesen, die Aneignung osteuropäischer Gebiete durch die Sowjetunion gutzuheißen.

Belege, daß die schon seit den späten 1920er Jahren geschürte Furcht vor einem Angriff westlicher Staaten von Stalin ernsthaft geteilt worden sei, seien ihm nicht bekannt.

¹³⁸ Vgl. Bianka Pietrow-Ennker, *Stalinismus, Sicherheit, Offensive: Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933–1941*, Melsungen 1983, S. 297.

Dokumentarisch belegt sei hingegen die Ausnutzung der Kriegsfurcht zu innenpolitischen Zwecken.

Auf die Frage Jochen Lauffers, ob es aus dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten keine Warnung vor der völkerrechtlichen Unhaltbarkeit der geheimen Zusatzprotokolle gegeben habe, entgegnete Slutsch, daß das Außenamt an der Vorbereitung dieser Verträge nicht beteiligt gewesen sei. Stalin habe sich außer mit Molotov darüber mit niemandem beraten.

Slutsch bekräftigte auf eine entsprechende Frage hin, daß die Abberufung Maksim Litvinovs vom Amt des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten von Stalin als Signal an Hitler gedacht und von diesem mit Interesse aufgenommen worden sei. (Der in der nationalsozialistischen Propaganda zur Zielscheibe antisemitischer Angriffe gemachte Litvinov wurde am 3. Mai 1939 durch Molotov ersetzt.) Schon am 10. Mai habe sich Hitler auf dem Obersalzberg bei eigens einberufenen Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Moskau nach den Gründen für diesen Schritt erkundigt.

Fragen warf auch die Beziehung David Kandelakis zu Stalin auf. Eine engere langjährige Beziehung habe es schon allein deswegen nicht gegeben, weil Kandelaki 17 Jahre jünger gewesen sei als Stalin, erklärte Slutsch. Gemeinsam sei beiden die georgische Herkunft gewesen, und Stalin sei es höchstwahrscheinlich gewesen, der die Berufung Kandelakis auf den Posten des sowjetischen Handelsvertreters in Berlin „empfohlen“ habe. Nach dem Scheitern seiner Mission sei Kandelaki im Frühjahr 1937 nach Moskau zurückbeordert worden, wo er das Amt des Stellvertretenden Volkskommissars für Außenhandel erhielt, jedoch im Zuge des Großen Terrors schon bald verhaftet und erschossen wurde.

Pavel Polian

Stalin und die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs

„Na, ihr Abrahams, wie habt ihr es denn fertiggebracht, in eurem Konzentrationslager am Leben zu bleiben?“

(Frage eines Mitarbeiters des Militärischen Abwehrdienstes „SMERŠ“ an heimkehrende jüdische Kriegsgefangene)¹

Von wem die Rede ist²

Das Territorium, das sich unter deutscher Besatzung befand, umfaßte Anfang 1943 1,926 Millionen Quadratkilometer.³ Von 195,4 Millionen Menschen, die die Vorkriegsbevölkerung der UdSSR zum 1. Januar 1941 zählte⁴, lebten 88 Millionen, d.h. 46 Prozent der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.⁵ Ein Teil, ungefähr zehn bis fünfzehn Millionen, wurde evakuiert, ein Teil diente in der Roten Armee, dennoch befanden sich wohl nicht weniger als 60 bis 65 Millionen Menschen unter deutscher Besatzung, also etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung der UdSSR.⁶

Unter den Millionen sowjetischer Bürger, die in irgendeiner Form unter der deutschen Invasion zu leiden hatten, waren Juden (Zivilpersonen ebenso wie Militärangehörige), Kriegsgefangene im allgemeinen und generell die übrige Bevölkerung der besetzten Ge-

¹ Zit. nach D. Klovsjij, *Doroga iz Grodno*, Samara 1994, S. 432.

² Der Autor dankt den Mitarbeitern der Gesellschaft „Memorial“, auf deren Archivmaterialien ein Teil dieses Beitrages beruht, herzlich.

³ Jurij A. Poljakov (otv. red.), *Vozroždenie prifrontovych i osvoboždennyh rajonov SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny. 1941–1945*, Moskau 1986, S. 7. Nach einer zeitgenössischen deutschen Schätzung umfaßte das besetzte Gebiet der Sowjetunion 2 Mio. Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von rund 70 Mio.; vgl. Friedrich Didier, *Europa arbeitet in Deutschland*, Berlin 1943, S. 18.

⁴ Vgl. E. M. Andreev/L. E. Darskij/T. L. Char'kova, *Istorija naselenija SSSR. 1920–1959 gg.*, Moskau 1990, S. 158. (mit Bezug auf die Nachkriegsgrenzen). Nach anderen Angaben war die Bevölkerungszahl zu diesem Zeitpunkt etwas größer, nämlich 196,6 Mio. (L. Ja. Poljakov, *Cena vojny*, Moskau 1985, S. 37) bzw. geringer (A. A. Ševjakov, *Gitlerovskij genocid na territorijach SSSR*, in: *Sociologičeskie issledovanija* 1991, Nr. 12, S. 3–11, hier: S. 11).

⁵ Nach Angaben der Volkszählung von 1939 84,9 Mio. oder 44,5%; vgl. *K 50-letiju pobedy v Velikoj Otečestvennoj Vojne 1941–1945 gg.*: Stat. sb., Moskau 1995, S. 128.

⁶ Eben diese Zahl wird in der Rechnungslegung des Beauftragten für den Vierjahresplan für den 12. 2. 1942 angeführt. Erwerbstätig waren demnach 21,924 Mio. Menschen, davon 95% (20,846 Mio.) in der Landwirtschaft (RGVA, f. 700k, op. 2, d. 17, l. 126); ganz ähnliche Ziffern, 22 bzw. 20,8 Mio., führt für den 17. 9. 1942 Rolf-Dieter Müller an: *Die Zwangsrekrutierung von «Ostarbeitern» 1941–1944*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg. Analysen. Grundzüge. Forschungsbilanz*, München u.a. 1990, S. 772–783, hier: S. 774. Die Angaben in der Literatur zur Gesamtbevölkerungszahl der besetzten Gebiete differieren stark zwischen 70 Mio. (G. A. Kumanev, *V ognje tjaželych ispytanij (ijun' 1941 – nojabr' 1942 gg.*, in: *Istorija SSSR* 1991, Nr. 2, S. 16), 80 Mio. (N. G. Pavlenko, *Na pervom etape vojny*, in: *Stranicy istorii sovetskogo obščestva*. Moskau 1989, S. 278), 78 Mio. (Ševjakov, *Gitlerovskij genocid*, S. 11) und 55 Mio. (Rolf-Dieter Müller, *Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft*, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), *Europa und der «Reichseinsatz». Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen 1991, S. 234–250, hier: S. 234).

biete besonders betroffen. Dort unterlagen nationalsozialistischer Verfolgung auch die Zigeuner als Opfer eines Ethnozids und die politischen Gegner des Nationalsozialismus (Nomenklaturkader von Partei und Staat, aktive Kommunisten, Politarbeiter, Untergrundkämpfer und Partisanen).

Juden und Zigeuner wurden von den Besatzern allesamt dem Tode verschrieben, und zwar einem möglichst baldigen Tod. Hinsichtlich der sowjetischen Kriegsgefangenen (mit Ausnahme der jüdischen, versteht sich) wurden zwar keine genozidalen Pläne verfolgt, aber in der Praxis wurden sie, vor allem im ersten Kriegsjahr und im Operationsgebiet der Wehrmacht, so behandelt, daß die Zahl der Opfer dieselbe Dimension erreichte wie bei den Juden. Schließlich befand sich die Zivilbevölkerung der von Deutschland okkupierten Gebiete in der Gewalt einer derart harten und grausamen Besatzungsverwaltung, daß die „Anwerbung“ und Verschleppung eines beträchtlichen Teils der arbeitsfähigen Bevölkerung zur Zwangsarbeit im Reich von den Betroffenen gar nicht als etwas Außergewöhnliches betrachtet wurde.

Jenen Opfern nationalsozialistischer Verfolgungen, die glücklich alle Prüfungen von Besatzung und Gefangenschaft überstanden und überlebt hatten, stand jedoch nach dem Krieg noch bevor, daß sie unter dem eigenen, dem Sowjetstaat zu leiden hatten. Für den Rest ihres Lebens waren sie Diskriminierungen ausgesetzt und mußten sich rechtfertigen. Wenn sie eine Arbeit antraten, mußten sie in der Personalabteilung beim Ausfüllen des Fragebogens stets die notorische Frage beantworten: „Haben Sie oder Ihre Verwandten sich im besetzten Gebiet aufgehalten?“ Aus der Perspektive der Innenpolitik der Nachkriegs-UdSSR, die in dieser Hinsicht eine erstaunliche Kontinuität aufwies, waren sie alle, die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete eingeschlossen, verdächtig: Waren sie nicht vielleicht Verräter oder Spione?

Die Haltung zum Holocaust und zu seinen Opfern

Die Haltung der offiziellen sowjetischen Propaganda zum Holocaust bildete sich noch während des Krieges selbst heraus. Nach dem 22. Juni 1941 mußte die sowjetische Seite in irgendeiner Weise darauf reagieren, wie die Deutschen mit den ihnen in die Hände gefallenen Juden umgingen. Schon am 25. Juni äußerte sich der Sekretär des ZK der weißrussischen Kommunistischen Partei und zukünftige Koordinator der gesamten Partisanenbewegung, Pantalejmon Ponomarenko, dazu folgendermaßen: „Sie [die Juden] hat eine tierische Furcht vor Hitler ergriffen, und statt zu kämpfen, flüchten sie.“⁷ Die Feststellung drängt sich auf, daß die UdSSR mit ihrem Anspruch auf Internationalismus keinen Finger krumm gemacht hat, um in irgendeiner Weise die tödlichen Auswirkungen von Ideologie und Praxis des deutschen Nationalsozialismus auf die sowjetischen Juden zu verringern. Aber noch schlimmer und gefährlicher war die Informationsblockade hinsichtlich dieses Themas in den offiziellen sowjetischen Medien: Die erste Warnung der Bevölkerung, das im Radio übertragene Meeting führender Vertreter des Judentums der Sowjetunion, kam erst am 24. August 1941 zustande, als sich schon viele Hunderttausende Juden unter der Besatzungsherrschaft befanden.

Informationen über den Genozid und die antisemitische Spezifik der deutschen Verbrechen gelangten nicht in den Äther und die Schlagzeilen, aber im März 1943, in einer

⁷ Zitiert nach Il'ja Al'tman, *Žerty nenavisty. Cholokost v SSSR 1941–1945 gg.*, Moskau 2002, S. 385.

offiziellen Mitteilung über die Greuel in Rostov in der „Pravda“ wurde erstmals die dann lange Zeit für dieses Verschweigen gültige Formel verwendet: die konkreten „Juden“ wurden durch das Abstraktum der „friedlichen sowjetischen Bürger“ ersetzt (wenn die Rede von Auschwitz oder Majdanek war, wurde dieser Euphemismus entsprechend angepaßt in: „friedliche Bürger der Staaten Europas“).⁸

In der oben zitierten Aussage Ponomarenkos schwingt schon deutlich vernehmbar eine Verhöhnung der Opfer mit, von der es nicht weit ist bis zu dem Vorwurf: „Selbst schuld!“ Tatsächlich ließ dieser Vorwurf nicht lange auf sich warten, wobei er aus dem Mund eines Juden kam, dem des Journalisten David Zaslavskij, eines Spezialisten für politische Hetzjagden (zu seinen „Klienten“ gehörten 1930 Osip Mandel'stam und 1958 Boris Pasternak). In seinem Tagebuch findet sich unter dem 19. Dezember 1943, zu einer Zeit als er gemeinsam mit Il'ja Ėrenburg, Aleksej Tolstoj und anderen dem Prozeß gegen deutsche Kriegsverbrecher in Char'kov beiwohnte, folgender Eintrag: „Wir besichtigten die Orte, wo im Dezember 1941/1942 [sic!] die Juden Char'kovs gelebt hatten, die dann alle bestialisch ermordet wurden. Es handelte sich um Baracken hinter dem Traktorenwerk und die Drobickij-Schlucht. [...] Die Getöteten bildeten den labilsten und unwürdigsten Teil des sowjetischen Judentums, jenen Teil, der immer mehr an persönlicher wie an nationaler Würde verlor. Ein Jude, der, aus welchem Grund auch immer, bei den Deutschen blieb und sich nicht das Leben nahm, hat sich selbst zum Tode verurteilt. Und wenn er noch dazu, des persönlichen Vorteils wegen, seine Kinder bei sich behielt und damit auch sie dem Tode preisgab, so ist er ein Verräter.“⁹ Ein solches Urteil über die Ermordeten ist schwer von einer Solidarisierung mit den Tätern zu unterscheiden.

Als der Krieg zu Ende war, unterlag auch das Gedenken und Erinnern an den Holocaust einem Verbot. In den besetzten Gebieten hatte der Massenmord an den Juden allorten stattgefunden, aber einzig in Minsk wurde nach dem Krieg ein Denkmal mit einer Aufschrift in Jiddisch errichtet, das davon zeugte. In Nevel', im Gebiet Pskov, wurde befohlen, von einem sechszackigen Davidstern auf einem Denkmal einen Zacken zu entfernen, um mittels dieser „Operation“ einen fünfzackigen (Sowjet-)Stern zu erzeugen. Strafwürdig erscheint sogar die Initiative zur Errichtung von Denkmälern für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus: Der Wissenschaftler und Erfinder Vladimir Fundator, einer der Konstrukteure des berühmten Panzers T 34, verlor seine Arbeit, weil er geplant hatte, in dem kleinen weißrussischen Flecken Červen' ein Denkmal zu errichten, und sieben Personen, die beabsichtigt hatten, in Odessa ein Denkmal aufzustellen, wurden mit acht bis zehn Jahren Lagerhaft wegen Bildung einer „antisowjetischen und nationalistischen Organisation“ bestraft.¹⁰

Im Januar 1948 wurde Solomon Michoels, der Vorsitzende des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAFK), ermordet, und es begannen sich Gerüchte über eine bevorstehende Deportation der Juden auszubreiten. Gleichzeitig wurde endgültig die Publikation des von Il'ja Ėrenburg und Vasilij Grossman bearbeiteten „Schwarzbuchs“ über den Genozid an den sowjetischen Juden untersagt, und damit nichts weniger als das Recht auf Erinnerung an den Holocaust an sich verweigert. 1949 wurde das Jüdische Museum in Wilna geschlossen, 1952 fand der Prozeß gegen führende Mitglieder des Jüdischen Antifaschisti-

⁸ Ebenda, S. 408.

⁹ RGALI, f. 2846, op. 1, d. 80, ll. 5, 10.

¹⁰ Al'tman, Žertvy, S. 413 f.

schen Komitees statt und 1953 die Kampagne und Vorbereitung des Prozesses gegen die „Ärzteverschwörung“. Im Kreml wurde das Gespenst des „Kosmopolitismus“ zusammengebastelt, und es überzog, aufs engste verflochten mit dem miefigen Alltagsantisemitismus, das ganze Land. Die sowjetischen Juden, die von Hitler mit dem im Kreml regierenden Bolschewismus gleichgesetzt worden waren, das Volk, das zum Opfer des Faschismus geworden war, begann man nun als eine „Fünfte Kolonne“ zu betrachten, als Einflußagenten des angloamerikanischen Imperialismus, des Zionismus und des Staates Israel und als nicht weniger gefährlich als seinerzeit die Wolga- und anderen Deutschen.

Eben dieser außenpolitische Aspekt erwies sich bei der Entwicklung der Ereignisse jedoch zugleich als ein wichtiger bremsender Faktor, denn dem stalinistischen Regime war es mehr als unangenehm, mit dem Hitlerschen in eine Reihe gestellt zu werden. Im Kreml und in Kunccevo¹¹ konnte man nicht umhin zu verstehen, wie riskant und sensibel die Frage der Deportation der Juden war und welche Gefahr sie für das internationale Prestige des Landes heraufbeschwören konnte, das Land immerhin, das die Welt vom Faschismus befreit hatte. Auch die Gründung des Staates Israel und die Verabschiedung des beispiellosen Repatriierungsgesetzes von 1951, das allen Juden der Welt eine Heimat in Israel anbot, veränderte den Status des Judentums, auch des sowjetischen, radikal, und damit war es schwieriger geworden, sie genauso zu behandeln wie beispielsweise die Kalmücken. Wenn es das Ausland – die „imperialistische Umzingelung“ und den zur Vorsicht zwingenden Kalten Krieg – nicht gegeben und es sich um eine ausschließlich innenpolitische Frage gehandelt hätte, dann hätte sich das Gerücht über eine Deportation der Juden wohl als Tatsache erweisen können. In jedem Fall wäre die Stimme ihrer Unterstützer in der Führung lauter gewesen.

Seit Mitte der 1990er Jahre befinden sich Befürworter und Gegner der These von einer geplanten vollständigen Deportation der Juden aus den sowjetischen Städten im argumentativen Schlagabtausch. Doch bislang gibt es weder eine dokumentarische Bestätigung noch einen Gegenbeweis für die Existenz solcher Pläne, was beide Seiten auf Indizienschlüsse zurückwirft.¹² Aber trotz der Tatsache, daß es keine Deportation gab, erlebten die sowjetischen Juden, die Holocaust und Zusammenbruch überstanden hatten, keineswegs ein angenehmes Nachkriegsjahrzehnt. Zur Zielscheibe des staatlichen und des Alltagsantisemitismus geworden, der auch nach Stalins Tod nicht verschwand, figurierten sie auf den Listen der Opfer nicht einer, sondern zweier Diktaturen.

Die Haltung gegenüber den Kriegsgefangenen

Gehen wir wieder zehn Jahre zurück, ins Jahr 1943 nach Char´kov und erinnern uns des „Imperativs“ von David Zaslavskij: „Ein Jude, der sich nicht das Leben nimmt, ist ein Verräter!“ Genau so sprach man damals auch schon von den Rotarmisten, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren. In beiden sowjetischen Verordnungen über Kriegsgefangene vom 19. März 1931¹³ und vom 1. Juli 1941¹⁴, die die von der UdSSR ignorierte Genfer Kon-

¹¹ Vorort von Moskau, in dem sich Stalins Datscha befand.

¹² G. V. Kostyrčenko, *Tajna politika Stalina. Vlast' i antisemitizm*, Moskau 2001, S. 671–685. Siehe auch: L. Ljuks, *Evrejskij vopros v politike Stalina*, in: *Voprosy istorii*, 1999, Nr. 7, S. 41–59; S. Madievskij, 1953: *predstojala li sovetским evrejam deportacija?*, in: *Rossija XXI*, 2000, Nr. 2 (mart-aprel'), S. 172–180.

¹³ *Postanovlenie CIK i SNK SSSR Nr. 46, 19. 3. 1931*, publiziert in: Maksim M. Zagorul'ko (sost.), *Voenno-plennnye v SSSR. 1939–1956. Dokumenty i materialy*, Moskau 2000, S. 60–64.

¹⁴ *Postanovlenija SNK Nr. 1798-800ss, I. 7. 1941*, in: *Ebenda*, S. 65–68.

vention ersetzen sollten, wurden die Fragen, die mit der Kriegsgefangenschaft sowjetischer Bürger in Feindeshand verbunden waren, übergangen.¹⁵ Das erklärt sich aus den propagandistischen Zielsetzungen jener Zeit: Rotarmisten ergeben sich niemals und niemandem! Den Gefallenen garantierte man ein Minimum an Ehrung und Registrierung¹⁶, aber die in Kriegsgefangenschaft Geratenen wurden von vorneherein als Verräter betrachtet und lange Zeit ausschließlich als „ehemalige Wehrdienstleistende“ bezeichnet.¹⁷ Neben den Kriegsgefangenen gab es noch die Kategorie der „Eingekesselten“, ungefähr eine Million Soldaten, die in Umzingelungen, nicht aber in Kriegsgefangenschaft geraten waren, und sich entweder in die Heimat durchschlugen oder sich unter die örtliche Bevölkerung mischten oder, was am häufigsten vorkam, sich den Partisanen anschlossen. Wenn sie die Umzingelung durchbrechen konnten, so ließ man sie – jedenfalls im Jahr 1941 – nicht zurück an die Front, sondern schickte sie in der Regel ins Hinterland in die Arbeitsarmee, deren Regime stark an das des Gulag erinnerte; später begann man, entkommene „Eingekesselte“ in Strafeinheiten zu schicken.

Gemäß der stalinistischen Jurisprudenz fielen sowohl Kriegsgefangene als auch „Eingekesselte“ unter verschiedene Paragraphen des Artikels 193 des Strafgesetzbuches der UdSSR bzw. des entsprechenden Artikels 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderativen Sowjetrepublik. Aus der Einkesselung entkommene Offiziere wurden nach Artikel 193-21 wegen „eigenmächtiger Abweichung des Befehlshabers von den ihm für den Kampf erteilten Anordnungen mit dem Ziel der Feindbegünstigung“ verurteilt. In Kriegsgefangenschaft Geratenen wurde „eigenmächtiges Verlassen der Einheit oder des Dienstortes“ (193-7), „Fahnenflucht“ (193-8), „eigenmächtiges Verlassen der Einheit im Kampf“ (193-9) oder „nicht durch die Kampfsituation bedingtes sich Gefangengeben“ (193-22) zur Last gelegt, wobei sich die Militärjuristen mit der Untersuchung der „Kampfsituation“ nicht sonderlich abmühten. Somit wurde die Gefangenschaft als schweres militärisches Verbrechen und, wie der direkte Übergang auf die Seite des Feindes, als eine Form des Landesverrats betrachtet, der entsprechend mit dem höchsten Strafmaß, der Erschießung und Beschlagnahme des Eigentums, geahndet wurde.

Faktisch wurde bereits die Tatsache, daß sich jemand im besetzten Gebiet befunden hatte, als Verbrechen betrachtet. Der Verdacht des Verrats traf praktisch unterschiedslos alle, denen es bestimmt war, Seite an Seite mit dem Feind zu leben. Als das besetzte Gebiet

¹⁵ Die UdSSR ratifizierte das dritte Genfer Abkommen über Kriegsgefangene vom 12. 8. 1949, allerdings erst am 10. 5. 1954, als die meisten deutschen und japanischen Kriegsgefangenen bereits entlassen worden waren! Noch später, nämlich am 7. 3. 1955, schloß sich die UdSSR den beiden Haager Landkriegsordnungen von 1899 und 1907 an, allerdings mit Einschränkungen; vgl. Martin Lang, *Stalins Strafjustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenprozesse gegen dt. Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht*. Unter Mitwirkung von Helmuth von Dressler und Karlhans Mayer, Herford 1981, S. 59 f.

¹⁶ So erhielten die Kämpfer Erkennungsmarken („Todesmedaillons“) mit Namensangaben, man führte Gefallenenlisten usw. Mit Befehl des Volkskommissariats für Verteidigung Nr. 171 aus dem Jahr 1940 wurden Armeerausweise für die Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere ausgegeben, die Angaben zur Person enthielten, doch galt dies nur für Friedenszeiten. Und erst am 7. 10. 1941 wurden mit Befehl des Volkskommissariats für Verteidigung Nr. 330 Armeerausweise mit Fotos eingeführt, die den Truppen mit erheblicher Verspätung ausgehändigt wurden. Die bis dahin Gefallenen starben praktisch in völliger Anonymität; D. Levinskij, *My iz sorok pervogo... Vospominanija*, Moskau 2005, S. 117.

¹⁷ Vgl. etwa die Aussage des sowjetischen Botschafters in Ankara, „daß der Sowjetregierung an Nachrichten über russische Kriegsgefangene nichts gelegen sei, weil sie diese als Verräter betrachte“. Zit. nach Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, Bonn 1997, S. 236.

nach und nach befreit wurde, wurden bei der Registrierung der Bevölkerung und besonders bei der Einberufung in die Armee nicht wenige „Eingekesselte“ und Deserteure aufgespürt. Sie wurden eilig überprüft und in Strafeinheiten eingegliedert. Nur jene, bei denen es erhärtbare Verdachtsgründe für eine antisowjetische Tätigkeit gab, wurden in Speziallager geschickt.¹⁸

Die allgemeinen Gesetzesbestimmungen erwiesen sich jedoch als ungenügend, um den Soldaten jeglichen Gedanken an die Möglichkeit der Kriegsgefangenschaft auszutreiben. Die Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 16. Juli 1941 ermöglichte denn auch die außerjustizielle Abrechnung mit den „Verrätern“. Am 12. August 1941 befahl Stalin in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR – er hatte dieses Amt erst am 8. August übernommen – den Kriegsräten der Fronten und Armeen, alle mittleren und höheren Kommandeure, die ohne ausdrücklichen Befehl Positionen räumen, den Militärgerichten zu übergeben.¹⁹ Und am 16. August 1941 erließ das Hauptquartier des Oberkommandos der Roten Armee (Stavka) den unrühmlichen Befehl Nr. 270.²⁰ Entsprechend diesem Befehl wurden alle Kommandeure und Politoffiziere, die sich ergaben, als Deserteure übelster Sorte betrachtet, die im Falle der Ergreifung an Ort und Stelle vor den angetretenen Mannschaften zu erschießen waren. Ihre Familien sollten verhaftet werden, während die Familien in Gefangenschaft geratener einfacher Soldaten die staatliche Unterstützung verlieren sollten. Dabei handelte es sich nicht um leere Drohungen. Allein von Beginn des Krieges bis zum 10. Oktober 1941 nahmen die zur Sicherung des Hinterlandes eingesetzten Sonderabteilungen und Sperrereinheiten der Truppen des NKVD 657 364 Wehrdienstleistende fest, die sich von ihren Einheiten entfernt oder von der Front geflüchtet waren. Der größte Teil von ihnen (632 486 Personen) wurde zu Einheiten zusammengestellt und an die Front geschickt, die restlichen 25 878 jedoch wurden verhaftet und 10 221 von ihnen erschossen, davon 3 321 vor angetretenen Formationen.²¹

Am 8. September 1941 gab der Oberste Militärstaatsanwalt der Roten Armee, V. I. Novos, eine Erläuterung zum Verfahren der Verhaftung von Deserteuren und Personen, die aus der Gefangenschaft zurückkehrten, heraus: Sonderabteilungen hatten das Recht, solche Personen ohne staatsanwaltschaftliche Bestätigung zu verhaften (wobei diese nach-

¹⁸ Direktiva zamestitel'ja NKO N° 97 voennym sovetam frontov o porjadke napravlenija v štrafnye časti i special'nye lagerja byvsich voennoslužbaščich Krasnoj Armii – dezertirov i dobrovol'no sdavšichsja v plen, in: Velikaja Otečestvennaja 4(3): Preljudija Kurskoj bitvy. Dokumenty i materialy. 6 dekabrja 1942 g. – 25 aprilja 1943 g., Moskau 1997, S. 49.

¹⁹ Izvestija CK KPSS, 1990, Nr. 9, S. 202.

²⁰ Staroe, no groznoe oružie, in: Voенно-istoričeskij žurnal, 1988, N° 9, S. 23–32, hier: S. 26–28. Siehe auch: Der Befehl Nummer 270, in: Osteuropa 1989/H. 11/12, S. 1035–1038. Dieser Befehl wurde am 12. 5. 1943 durch die Direktive Nr. 30126 der Stavka bestätigt, in dem die Truppen über das Überlaufen hochgestellter sowjetischer Militärs zum Feind in Kenntnis gesetzt wurden, nämlich des Kommandierenden der 28. Armee, Generalleutnant V. Kačalov, des Kommandierenden der 2. Stoßarmee, A. A. Vlasov, des Kommandierenden der 12. Armee, Generalmajor P. G. Ponedelin, und des Chefs des Stabes der 19. Armee, Generalmajor Malyškin (später stellte sich heraus, daß Kačalov im Kampf gefallen war und Ponedelin, obwohl er in Gefangenschaft geraten war, sich Vlasov nicht angeschlossen hatte, was kein Hinderungsgrund dafür war, ihn 1950 wegen Landesverrats zum Tode zu verurteilen).

²¹ Auskunft des stellvertretenden Leiters der Verwaltung der Sondereinheiten des NKVD, Kommissar dritten Ranges Milš tejn, an Volkskommissar Berija (RGANI, f. 89, op. 18, d. 8, ll. 1–3). Solchermaßen hatte das NKVD innerhalb von nur dreieinhalb Monaten ebensoviele sowjetische Bürger erschossen, wie es im ganzen Land zum Tode verurteilte Verbrecher gab, deren Strafen noch nicht vollstreckt waren (RGANI, f. 89, op. 18, d. 9, ll. 1–4).

träglich ausgestellt wurde, wenn sich die Verhaftung als berechtigt erwies): „Personen, die sich, ohne Widerstand zu leisten, ergeben und in Kriegsgefangenschaft gehen, sind Verräter und werden allein deswegen aufs strengste zur Rechenschaft gezogen, ganz zu schweigen davon, daß sich unter den Rückkehrern nicht wenige von den Faschisten für Spionage und Diversantentätigkeit Angeworbene befinden. Personen, die aus der Gefangenschaft zurückkehren, können von der Verantwortlichkeit nur dann freigesprochen werden, wenn in der Folge bewiesen wird, daß sie sich bei der Gefangennahme in einem Zustand der Hilflosigkeit befunden haben und keinen Widerstand leisten konnten und daß sie nicht vom Gegner aus der Gefangenschaft entlassen, sondern geflüchtet oder von unseren Truppen (Partisanen) befreit worden sind.“²² Am 27. Dezember 1941 wurde die Verordnung Nr. 1069ss des Staatlichen Verteidigungskomitees erlassen, die das Verfahren der Überprüfung und Filtration von Rückkehrern aus Umzingelungen und aus der Gefangenschaft befreiter „ehemaliger Wehrdienstleistender der Roten Armee“ regelte. Am 28. Dezember erging ein Befehl des Volkskommissars des NKVD, Berija, über die Einrichtung von zehn Speziallagern des NKVD im europäischen Hinterland der UdSSR für die Aufnahme von Personen von den Sammel- und Überstellungspunkten (SPP) der Armee und die Aufdeckung von Landesverrättern, Spionen und Diversanten unter ihnen.²³ Vielsagend ist, daß die Speziallager im Rahmen der Kriegsgefangenenverwaltung des NKVD (der späteren GUPVI) errichtet wurden, also jener Organisation, die für die feindlichen Kriegsgefangenen verantwortlich war.

Die SPP der Armee waren der Verwaltung des Hinterlandes der Armee unterstellt.²⁴ Zu ihren Aufgaben gehörte die Sammlung (Konzentration) der aus Gefangenschaft oder Umzingelung kommenden ehemaligen Wehrdienstleistenden der Roten Armee, ihre gesundheitliche Versorgung und ihre gruppenweise Verschiebung in die Speziallager des NKVD zur Spezialüberprüfung oder Filtration. In den SPP selbst wurde die Spezialüberprüfung nur in Ausnahmefällen vorgenommen, und zwar von einem sogenannten Osobisten, einem abkommandierten Mitarbeiter der Sonderabteilung („Osobyj otdel“) des NKVD. Dieses Verfahren wurde Ende Januar 1943 verändert, und zu den erstrangigen Verpflichtungen der SPP zählte nun auch die Spezialüberprüfung, nach der der Großteil der ehemaligen Wehrdienstleistenden in Ersatzregimentern erneut zu den Fronttruppen entsandt wurde. Die Überprüfung wurde von einer Spezialkommission vorgenommen, die sich aus dem Leiter des SPP und Vertretern von vier Armeedepartements (Kader-, politische, Vervollständigungs- und natürlich der Sonderabteilung) sowie der Militärstaatsanwaltschaft der Armee zusammensetzte. Die Befugnisse der Armee umfaßten auch das Recht, Offiziere in Strafbataillonen und Mannschaftsdienstgrade in Strafkompanien abzuordnen. Der umfangreiche Gebrauch, der von diesem Recht gemacht wurde, ersetzte die

²² Organy Gosudarstvennoj Bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne. Sbornik dokumentov. T. 2. Kn. 2: Načalo. 1 sentjabrja – 31 dekabrja 941 goda, Moskau 2000, S. 36.

²³ Befehl Nr. 001735 vom 28. 12. 1941 „Über die Einrichtung von Speziallagern für ehemalige Wehrdienstleistende der Roten Armee, die sich in Gefangenschaft oder in der Umzingelung des Feindes befunden haben“ (RGVA, f. 1p, op. 37, d. 2, ll. 1–3; RGANI, f. 89, op. 40, d. 1, ll. 1–6.) Ergänzungen zu diesem Befehl enthalten ferner die NKVD-Befehle Nr. 00117, 00161, 00452 und 00520 für das Jahr 1942 und 01144 für das Jahr 1943.

²⁴ Vgl. Befehl des NKO SSSR Nr. 0521 vom 29. 12. 1941. Am selben Tag wurde die Verordnung über die SPP erlassen; vgl. Vortrag des Leiters des SPP der 28. Armee, Kapitän Partolin (CAMO, f. 28A, op. 8482, d. 23, ll. 83–91).

Entsendung in die Speziallager des Hinterlandes, die in der Regel mit langwierigen und unproduktiven Aufenthalten des „Spezialkontingents“ der Häftlinge in den SPP verknüpft war, wegen nicht rechtzeitigen Ankommens von Konvois oder Transportmitteln, wegen Ungenauigkeiten in den Bestellungen der Frontkommandos usw.

Die eingehende persönliche Überprüfung der in den Lagern Festgehaltenen wurde von den Sonderabteilungen des NKVD durchgeführt: Entlarvte Verräter, Spione und Deserteure wurden in das Lagergefängnis verlegt und ihre Akten der Sonderversammlung des NKVD übergeben; die übrigen wurden den jeweiligen militärischen Kommandoeinheiten entsprechend dem Territorialprinzip übergeben.²⁵

Dieses Verfahren blieb bis zum Januar 1943 praktisch unverändert. Danach begann man die Einheiten der Fronttruppen mit aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Rotarmisten aufzufüllen, die die Filtration in Speziallagern durchlaufen hatten. In der Regel wurden sie in Strafbataillone und -kompanien entsandt. Ende 1943 hatte die Gesamtzahl der Deserteure und Wehrdienstverweigerer eine gewaltige Dimension erreicht: 456 667 bzw. 1 210 224, insgesamt also fast 1,7 Millionen Personen!²⁶

Erheblich später, am 4. November 1944, wurde durch eine Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) die Praxis, sämtliche ehemaligen Offiziere, die sich zur Überprüfung in Speziallagern befanden, in Strafbataillone an die Front zu senden, sanktioniert. Als ein Mittel besonderer Art gegen „das sich Ergeben“ wurde die strafrechtliche Verantwortung der Familienmitglieder von „Landesverrättern“ betrachtet. Schon am 28. Juni 1941 wurde sie mit dem gemeinsamen Erlaß des NKVD, des NKGB und der Prokuratur der UdSSR für Familienangehörige in Abwesenheit verurteilter „Landesverräter“ eingeführt.²⁷ Am 24. Juni 1942 gab das GKO die Verordnung „Über die Familienangehörigen von Landesverrättern“ heraus, die Verhaftung und Verbannung auf fünf Jahre von Eltern und Ehegatten, volljährigen Schwestern, Brüdern und Kindern von Personen vorsah, die in An- oder Abwesenheit aufgrund des Artikels 58-1a des Strafgesetzbuches verurteilt worden waren; die Strafe wurde nur dann nicht verhängt, wenn es in der Familie einen Rotarmisten oder Partisanen oder eine mit Orden und Medaillen der UdSSR ausgezeichnete Person gab.²⁸ Dieselben Strafmaßnahmen wurden mit der Verordnung Nr. 2401 des GKO vom 11. Oktober 1942 auch auf „Deserteure, die sich als Banditen betätigen, bewaffnete Raubüberfälle verüben und sich konterrevolutionärer aufständischer Tätigkeit befleißigen“ sowie nach Artikel 58-1b (Landesverrat) Verurteilte ausge-

²⁵ Entsprechend dem NKVD-Befehl Nr. 0087 vom 31. I. 1942, unterschrieben von Serov, wurde eine zeitweilige Instruktion über das Verfahren der Erfassung und Verhaftung ehemaliger Wehrdienstleistender der Roten Armee, die sich in Umzingelung oder Gefangenschaft des Feindes befunden hatten, in Speziallagern des NKVD eingeführt (RGVA, f. 1p, op. 37, d. 2, ll. 4-12.).

²⁶ N. F. Bugaj, 20-50-e gody: prinuditelnye pereselenija narodov, in: *Obozrevatel* 1993, Nr. 11, S. 122-127, hier: S. 123. Die Zahl der Deserteure wurde bis 1944 nicht geringer: Allein im Zeitraum Juni-November wurden 87 923 Deserteure und 82 834 Wehrdienstverweigerer festgenommen; vgl. N. F. Bugaj/T. M. Broev/P. M. Broev, *Sovetskie kurdy: vremja i peremen*, Moskau 1993, S. 60.

²⁷ Gemeinsamer Befehl des NKVD, NKGB und der Prokuratur der UdSSR vom 28. 6. 1941 „Über das Verfahren der Strafverfolgung von Landesverrättern und ihrer Familienangehörigen“ und gemeinsamer Befehl des NKVB und NKGB „Über das Verfahren der Verbannung von Familienangehörigen von Landesverrättern in entlegene nördliche Gebiete der UdSSR“, in: L. E. Rešin u.a. (Hrsg.), 1941 god. V 2-ch knigach, Moskau 1998, kn. 2, S. 445 f.

²⁸ E. A. Zajcev (Hrsg.), *Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij*, Moskau 1993, S. 93-95.

dehnt.²⁹ Im Zusammenhang mit dieser Verordnung des GKO gab der Leiter der Hauptverwaltung der Militärtribunale des Volkskommissariats für Justiz der UdSSR am 26. Oktober 1942 die Direktive Nr. 003486 heraus, mit der die Bestrafung der Familienangehörigen von Landesverrätern und Deserteuren beschleunigt werden sollte. Hierzu wurden die Vorsitzenden der Militärtribunale der Fronten, Armeen und Flotten verpflichtet, nach der Bestätigung der Urteile durch die Kriegsräte unverzüglich die Originalakten sowie Kopien der Urteile an die Hauptkommandos zu senden, die sie an das NKVD weiterreichten, das die Bestrafung vornahm.³⁰

Am 28. Juni 1942 erließ Stalin den Befehl Nr. 227, der als „Keinen Schritt zurück!“-Befehl bekannt wurde. Er sah die Erschießung von Panikmachern und Feiglingen vor, ferner die Bildung von Strafbataillonen (für Offiziere), Strafkompagnien (für Mannschaftsdienstgrade) und Sperrinheiten sowie andere Maßnahmen zur Verhinderung eines Zurückweichens der Roten Armee.³¹ Mit der Verordnung Nr. 2779 des GKO vom 21. Januar 1943 wurde die Priorität der Mobilisierung vor der Filtration anerkannt. Am 19. April erschienen zwei bemerkenswerte Dekrete: „Über Strafmaßnahmen gegen Landesverräter und Verräter und über die Einführung von Katorga-Arbeit als Strafe für diese Personen“³² und „Über Strafmaßnahmen für deutsch-faschistische Übeltäter, die der Morde und Mißhandlungen an der sowjetischen Zivilbevölkerung und gefangenen Rotarmisten schuldig sind, für Spione, Vaterlandsverräter und für ihre Helfershelfer“.³³

Die Einstellung, die Kriegsgefangenen seien notorische Deserteure und Verräter gewesen, blieb während des ganzen Krieges und noch für viele Jahrzehnte nach seiner Beendigung unverändert. Die brutale Haltung der sowjetischen Kommandierenden gegenüber den eigenen kriegsgefangenen Rotarmisten ist nur mit jener zu vergleichen, die die Wehrmacht und die SS ihnen gegenüber einnahm.

Die Haltung gegenüber den repatriierten Kriegsgefangenen

In den von der Roten Armee befreiten Territorien stellte sich in vollem Umfang das Problem der Überprüfung oder Filtration der befreiten Bevölkerung, die eine bunte Mischung von Zivilbevölkerung und Partisanen bildete. Unter ihnen gab es auch nicht wenige Kriegsgefangene. Sie wurden als „ehemalige Wehrdienstleistende der Roten Armee, die sich in Gefangenschaft oder in der Einkreisung des Feindes befunden haben“, bezeichnet. In den Sammelpunkten der Armeen (für jede Armee wurde einer eingerichtet), wo sie unter bewaffneter Bewachung standen, wurde ihre Überwachung vorgenommen.

²⁹ M. A. Viclin: *Deportacija narodov v gody Velikoj Otečestvennoj vojny*, in: *Ėtnografičeskoe obozrenie*, 1995, Nr. 3, S. 28. Siehe auch Zajcev, 1993, S. 96 f.

³⁰ Vgl. V. V. Zacharov, *Stalinskaja „nauka voevat“: general A. A. Vlasov i tragedija 2-j Udarnoj (Govorjat archivnye dokumenty)*, in: *Materialy po Istorii ROA 1999*. Vyp. 4, S. 9–50, hier: S. 46 f.

³¹ Zuerst A. Samsonov, *Stalingrad: ni šagu nazad!*, in: *Moskovskie novosti*, 7. 2. 1988. Vgl. auch *Voenno-istoričeskij žurnal*, 1988, Nr. 8, S. 73–75. P. N. Laščenko, *Prodiktovan surovaj neobchodimost'ju*, ebenda, S. 76–78.

³² G. N. Ivanova, *GULAG v sisteme totalitar'nogo gosudarstva*, Moskau 1997, S. 53. Die Autorin betont die Einführung von Katorga-Arbeit im GULag genau zu dem Zeitpunkt, als das Uranprojekt in Angriff genommen wurde.

³³ Zacharov, *Stalinskaja „nauka voevat“*, S. 49–50.

Entsprechend dem Abkommen von Jalta, das die wechselseitige Übergabe der Staatsbürger zwischen den Alliierten, unabhängig von den Willenserklärungen der Betroffenen vorsah, verlief die „Repatriierung“ selbstverständlich gewaltsam. Die zentralen Behörden der Repatriierung konstituierten sich im Oktober 1944, und in den Truppen wurden Sammel- und Überstellungspunkte der Armeen (für Kriegsgefangene) und der Fronten (für Zivilpersonen) eingerichtet.

In bezug auf die Kriegsgefangenen wurde am 4. November 1944 eine besondere Verordnung des GKO erlassen, „Über das Verfahren der Überführung ehemaliger Wehrdienstleistender der Roten Armee, die nach ihrer Befreiung durch die sowjetischen oder verbündeten Truppen eintreffen“ (Nr. 6884s).³⁴ Die Verordnung schrieb vor, sie allesamt in die UdSSR zu überführen, und zwar in spezielle Reserveeinheiten der Wehrkreise, wo sie im Verlauf von ein bis zwei Monaten von den Organen des NKVD³⁵ oder der militärischen Abwehr SMERŠ des Volkskommissariats für Verteidigung³⁶ überprüft werden sollten. Wer diese Überprüfung durchlaufen hatte, ohne Verdacht zu erregen, wurde zur Auffüllung der Fronteinheiten verwendet, wer indes als Kollaborateur entlarvt oder verdächtigt wurde, wurde zur weiteren Untersuchung in ein Speziallager geschickt. Alle Offiziere, die sich in Kriegsgefangenschaft befunden hatten und sich bereits in Speziallagern des NKVD befanden und ebenso jene, die aus finnischer Gefangenschaft kamen, wurden nach der Überprüfung in Sturmbataillone abkommandiert, während die Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade als Arbeitskräfte in Industriebetrieben oder auf Baustellen des NKVD eingesetzt wurden. Entsprechend zweier gemeinsamer Direktiven des Befehlshabers des Hinterlandes der Roten Armee, Armeegeneral A. Chrulev, und des Bevollmächtigten des Rats der Volkskommissare für Repatriierungsangelegenheiten, F. Golikov, vom 18. Januar³⁷ wurden die Repatrianten in sechs Kategorien eingeordnet, von denen drei aus „ehemaligen Wehrdienstleistenden“ bestanden:

- Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere kamen in die Sammel- und Überstellungspunkte der Armeen und nach der Überprüfung durch SMERŠ in Reserveeinheiten der Armeen oder Fronten.
- Offiziere wurden in Speziallager des NKVD verbracht.
- Kriegsgefangene und auch Zivilpersonen, die in deutschen Sonderformationen gedient hatten, Angehörige der „Vlasovarmee“, der Polizei und sonstige Verdächtige kamen ebenfalls in Speziallager des NKVD.

Zum 1. März 1946 waren insgesamt 5 352 963 sowjetische Bürger repatriert worden, von ihnen 1 825 774 (34,1 Prozent) Kriegsgefangene. Von diesen wiederum waren 1 250 758 Personen (68,5 Prozent) Mannschaftsdienstgrade, 195 350 (10,7 Prozent) Unteroffiziere und 379 666 Personen (20,8 Prozent) Offiziere vom Unterleutnant bis zum Oberst.³⁸ Von

³⁴ Ebenda, S. 49 f.

³⁵ Im Frühjahr 1945 wurde im NKVD eine spezielle Abteilung „F“ unter General Sudoplatov gebildet, die für die gesamte Überprüfung und Filtration der sowjetischen und ausländischen Repatrianten verantwortlich war.

³⁶ SMERŠ: Hauptverwaltung für Spionageabwehr, abgekürzt GUKR SMERŠ oder einfach SMERŠ von „Smert špionam“ = „Tod den Spionen“; Leiter war Viktor Abakumov. Offiziell war SMERŠ für die politische Überprüfung, die Registrierung und weitere Überführung nur bei den Kriegsgefangenen zuständig (in erster Linie der Angehörigen der Vlasov-Armee und anderer Kollaborateure), es sind aber Fälle bekanntgeworden, in denen auch Zivilpersonen der Überprüfung durch SMERŠ unterzogen wurden.

³⁷ Nr. 1/1240645s und 1/240646s, GARF, f. 9526, op. 4a, d. 2, ll. 44–49.

³⁸ GARF, f. 9526, op. 4a, d. 1, ll. 226 f.

den zu diesem Zeitpunkt bereits überprüften Repatrianten verteilten sich die Angaben einer Auswahlauswertung folgendermaßen: 57,8 Prozent waren nach Hause geschickt worden, 19,1 Prozent zur Armee eingezogen, 14,5 Prozent in Arbeitsbataillone des Volkskommissariats für Verteidigung entsandt und 6,5 Prozent dem NKVD übergeben worden; 2,1 Prozent arbeiteten noch in sowjetischen militärischen Einheiten oder Einrichtungen im Ausland.³⁹

So wurden den Repatrianten bereits 1945 viele Rechte zurückgegeben. Aber in der Praxis waren diese „Rechte“ nichts wert; sie wurden auf jede nur erdenkliche Weise geschmälert und eingeschränkt. Das Mißtrauen gegen die Repatrianten als einer Gruppe von Bürgern, die im Ausland gewesen waren, ging von der obersten Spitze aus, also von Stalin selbst. Und mit der Zeit, als die lautstarke Kampagne gegen den Kosmopolitismus und alles Fremdländische begann, wuchs die mißtrauische Haltung den Heimkehrern gegenüber und zwang sie ihrerseits zur Heimlichtuerei, zum schweigenden Rückzug in sich selbst und dazu, ihre bittere Vergangenheit zu verbergen und sich ihrer zu schämen und sich ihretwegen zu fürchten.⁴⁰

Selbst nach dem Sieg war der Status der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen noch lange nicht geklärt. Erst mit dem Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 7. Juli 1945 „Über die Amnestie aus Anlaß des Sieges über Hitler-Deutschland“ wurde allen Mannschaftsdienstgraden und Unteroffizieren praktisch „verziehen“, daß sie nicht unter Vlasov, in den Polizeikräften usw. gedient hatten. Dabei wurden die ehemaligen Kriegsgefangenen in zwei Gruppen eingeteilt: die einen wurden generell demobilisiert, die anderen, die noch im wehrpflichtigen Alter waren, wurden in Ersatzeinheiten der Armee eingegliedert. Dort wurde ihre militärische Ausbildung aufgefrischt, und sie wurden gleichzeitig noch einmal von den „Osobisten“ und Politorganen überprüft. Im Falle einer „positiven“ Begutachtung (mit der Formulierung: „in nichts verwickelt!“) wurden sie zu den Fronttruppen entsandt. Insgesamt wurden in dem Zeitraum vom Oktober 1944 bis März 1946 1 055 925 in die Reihen der Roten Armee eingegliedert, davon 268 794 im Jahr 1944, 779 406 im Jahr 1945 und 7 725 im Jahr 1946.⁴¹ Sie leisteten einen spürbaren Beitrag in den Kämpfen sowohl auf dem europäischen Kriegsschauplatz als auch auf dem im Fernen Osten.

Viele Repatrianten wurden als sogenannte „dauerhafte Kader in der Industrie“ „angeworben“, was, nebenbei bemerkt, nicht mit weniger Zwang erfolgte, als er seinerzeit bei den Deutschen angewandt wurde. Die aus ihnen zusammengestellten „Arbeitsbataillone“ wurden bei verschiedenen Industrieprojekten der Roten Armee sowohl im Frontgebiet als auch im Hinterland eingesetzt. Am Kriegsende endete ihr Arbeitsdienst nicht; Arbeit gab es für alle überall im Überfluß. Gemäß der Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 18. August 1945 wurden sie im Kohlenbergbau, bei der Erzförderung und als Holzfäller eingesetzt. Die ehemaligen Wehrdienstleistenden und Wehrpflichtigen der

³⁹ V. N. Zemskov, K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951 gg., in: Istorija SSSR 1990, Nr. 4, S. 26–41, hier: S. 36.

⁴⁰ Vgl. RGVA, f. 1, op. 37, d. 4., l. 5. In diesem Kontext zu sehen ist offenkundig auch die Verordnung des Ministerrats Nr. 668-rs vom 21. 2. 1948, mit der dem Repatriierungsbeauftragten erlaubt wurde, seine Personalkartei über heimgekehrte Kriegsgefangene dem Innenministerium zu übergeben.

⁴¹ Otčet o vypolnenii rešenija pravitel'stva Sojuza SSR po provedeniju repatriacii graždan SSSR i graždan innostrannyh gosudarstv perioda Velikoj Otečestvennoj vojny (1941–1945 gg.); GARF, f. 9526, op. 1, d. 1, ll. 106–108.

Roten Armee, die in deutsche Gefangenschaft geraten waren und in der deutschen Armee in Spezialeinheiten wie der „Vlasov“-Armee und Polizeieinheiten gedient hatten, wurden gemäß dieser Verordnung für sechs Jahre in die Verbannung geschickt.⁴² Am 1. Januar 1946 dienten in den Arbeitsbataillonen 608 095 Repatrianten, davon 344 448 ehemalige Wehrdienstleistende und 263 647 ehemalige Zivilbürger, darunter nicht wenige Frauen. Auf lange Zwangsarbeit in der Fremde folgte noch einmal dasselbe: Langwierige Zwangsarbeit erwartete diese Repatrianten auch in der Heimat. Die Entlassung aus den Arbeitsbataillonen erfolgte wie bei der Armee prinzipiell entsprechend dem Lebensalter. Aber auch bei Erreichen des Entlassungsalters wurden die Angehörigen der Arbeitsbataillone nicht nach Hause geschickt, vielmehr wurden sie in den Fabriken und auf den Baustellen festgehalten, wo sie gerade arbeiteten. Das Recht, das jeweilige Unternehmen zu verlassen, hatten nur Invaliden und die ältesten Angehörigen der Arbeitsbataillone – und auch das ausschließlich zur Übersiedlung an den Heimatort.⁴³

In den Akten der Verwaltung des Bevollmächtigten für Repatriierungsangelegenheiten sind umfangreiche Korrespondenzen mit Repatrianten erhalten geblieben, die darauf hofften, daß das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets über die Entlassung von älteren Personen und Spezialisten aus der Armee sich auf ihren Fall beziehen würde. Die Mehrzahl der Anfragenden erhielt als Antwort einige wenige Zeilen, unterschrieben von Oberst Mitropol'skij, dem Leiter der Abteilung für die Unterbringung von heimkehrenden Bürgern der UdSSR, die darauf hinausliefen, daß sich das Gesetz über die Demobilisierung auf Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere bezog, die in der Roten Armee dienten, nicht aber auf die Angehörigen der Arbeitsbataillone: „[...] da Sie in der Industrie arbeiten [und nicht in der Armee dienen], werden Sie, bis eine gesonderte Verfügung ergeht, nicht aus dem Arbeitsbataillon entlassen.“⁴⁴ Erst mit der Verordnung des Ministerrats der Sowjetunion Nr. 2220 vom 30. September 1946 „Über Regelung des Einsatzes repatriierter ehemaliger Wehrdienstleistender und Wehrpflichtiger in der Industrie, im Bau- und im Transportwesen und die Anwendung der für Demobilisierte vorgesehenen Vergünstigungen auf diese“ wurde auf sie das geltende Arbeitsrecht in vollem Umfang angewendet, und sie erhielten auch die Rechte und Vergünstigungen wie die „freien“ Arbeiter und Angestellten ihrer Betriebe und Baustellen.

Was das Spezialkontingent, also die zur Verbannung bestimmten Personen unter den Repatrianten betrifft, so muß betont werden, daß es keineswegs nur aus Kriegsgefangenen und nicht notwendigerweise aus Kollaborateuren bestand. In den Jahren 1944/45 wurden komplette Transporte kriegsgefangener Heimkehrer dem Spezialkontingent des NKVD überstellt.⁴⁵ Zum 10. Januar 1946 betrug die Zahl der Personen im Spezialkontingent 227 266, davon 111 841 ehemalige Wehrdienstleistende, 100 392 dienten nicht in der Armee.⁴⁶ Aber

⁴² Postanovlenie GKO Nr. 9871 vom 18. 8. 1945 „Über die Überführung Wehrdienstleistender der Roten Armee, die aus deutscher Gefangenschaft befreit wurden und von Repatrianten im wehrpflichtigen Alter in die Industrie.“, in: G. F. Vesnovskaja (Hrsg.), *Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o represijach i političeskich repressij. V 2-čh častjach*, Kursk 1999, Č. 1, S. 470 f.

⁴³ Postanovlenie Nr. 2220 SM SSSR, 30. 9. 1946, in: Vesnovskaja (Hrsg.), *Sbornik*, Č. 1, S. 475.

⁴⁴ GARF, f. 9526, op. 1, d. 66, ll. 103–105 (aus der Antwort an Il'ja Nikolaevič Terechov, Molotovskaja oblast, g. Kizel, pos. Kospaš, trest „Kopašugol“, rabočij batal'on).

⁴⁵ Zemskov, *K voprosu*, S. 29 f.

⁴⁶ Von ihnen wurden 120 292 in 29 Überprüfungs- und Filtrationslagern (PFL) festgehalten und 106 974 in 11 Besserungsarbeitslagern (ITL) des GULag. Die Kontingente jener, die die Filtration durchlaufen

schon am 1. März 1946 war das Spezialekontingent aus Repatriierten auf das eineinhalbfache, auf 339 618 Personen gewachsen.⁴⁷ Dies hing damit zusammen, daß im Januar 1946 die Abteilung für Überprüfungs- und Filtrationslager des NKVD liquidiert wurde, die Lager selbst in das System des Gulag eingegliedert wurden⁴⁸ und in das Spezialekontingent auch die Kategorie der „Vlasov-Leute“ überführt wurde (bis dahin wurden sie alle in Filtrationslagern festgehalten worden). Unter „Vlasov-Leuten“ verstanden die sowjetischen Behörden keineswegs nur Mitglieder der „Russischen Befreiungsarmee“ des Generals Vlasov, sondern auch Angehörige anderer militärischer und Polizeiformationen der Deutschen. In den Jahren 1946/47 kamen 148 079 „Vlasov-Leute“ in die Verbannung, denen man vor der Verschickung in etwa folgendes erklärte: Ihr Gesindel hättet allesamt als Landesverräter nur eine Strafe verdient, die Erschießung und Beschlagnahme des gesamten Vermögens. Aber in Anbetracht des Sieges über den Feind der Mutter Heimat, zeigt man euch Reptilien gegenüber besondere Nachsicht, erläßt euch die Höchststrafe und beschränkt sich darauf, euch für sechs Jahre in die Spezialverbannung zu schicken.⁴⁹ Die „Vlasov-Leute“ wurden weit verstreut angesiedelt und, im Vergleich mit anderen Kategorien des Spezialekontingents, unter Anlegung härtester Maßstäbe. So bildeten sie das einzige Kontingent außerhalb des Gulag, das zur Kolyma im fernen Osten entsandt wurde. Sie wurden auch bei den Norilsker und Uchtinsker NKVD-Kombinaten, im Kohlebecken von Pečora, und auf den Höhenzügen entlang der Kama im Molotover Gebiet zum Holzfällen usw. angesiedelt.

In den Jahren 1951/52, als die sechsjährigen Verbannungsfristen der „Vlasov-Leute“ abliefen, begann man sie in aller Stille fest an diese Orte zu binden, und das für unbegrenzte Dauer.⁵⁰ Die Lage änderte sich rund zweieinhalb Jahre nach dem Tod von Stalin und zehn Jahre nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg, als am 17. September 1955 das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets „Über die Amnestie für sowjetische Bürger, die im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945 mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben“, veröffentlicht wurde. Dieses Dekret hob die Verbannung bzw. Zwangsumsiedlung von Personen auf, die wegen Kollaboration mit den faschistischen Okkupanten deportiert worden waren. Was die politische Rehabilitation der Repatrianten betrifft, so ignorierten alle in den 50er Jahren in dieser Richtung unternommenen „Anstrengungen“ die Interessen und das Faktum der Existenz repatriierter Bürger der Sowjetunion an sich. Die Amnestie vom 17. September 1955 betraf sie praktisch nicht, denn sie zielte in erster Linie auf die Nichtheimkehrer ab, d.h. jene „Vlasov-Leute“, die im Westen geblieben waren. Nach dem Amnestiedekret vom 17. September 1955 und einer Verfügung des ZK der KPdSU, aus der folgte, daß im Westen lebende Kollaborateure unter den ehemaligen Kriegsgefangenen im Falle ihrer Rückkehr in die Sowjetunion nicht strafrechtlich verfolgt werden würden, ergoß sich über das ZK und die staatlichen Behörden eine Flut von Briefen sol-

hatten, wurden in dauerhafte Kader der Industrie (1945: 122 412 Personen) oder in Arbeitsbataillone des NKVD (1. 1. 1946: 31 163 Personen) entsandt; RGANI, f. 89, op. 40, d. 3, ll. 1–3.

⁴⁷ Otčet-I, S. 226.

⁴⁸ RGANI, f. 89, op. 40, d. 3, ll. 1–3.

⁴⁹ V. N. Zemskov, *Specposelency (1930–1959 gg.)*, in: *Naselenie Rossii v 1920–1950-e gody: čislennost', poteri, migracii*. Sbornik naučnych trudov, Moskau 1994, S. 145–194, hier: S. 161.

⁵⁰ Die entsprechende Verordnung des Ministerrats und ein Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets wurden im Oktober 1951 erlassen. Die dauerhafte Umsiedlung wurde auch den „bestraften Völkern“ auferlegt, sowie Personen, die in Produktionsstätten von Atomwaffen und Raketen beschäftigt waren.

cher Repatrianten (vor allem ehemaliger Kriegsgefangener), die mit den Deutschen nur in Form von Zwangsarbeit kooperiert hatten, aber dennoch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden waren. Doch über deren Rehabilitation oder wenigstens Amnestie enthielt die Verfügung des ZK der KPdSU keine Silbe.

Dann wurde auf Entscheidung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 19. April 1956 eine Kommission unter Leitung von Marschall Žukov gebildet (er war zu jener Zeit Verteidigungsminister), die den Auftrag hatte, speziell die Lage der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen zu untersuchen.⁵¹ Nach eineinhalbmonatiger Tätigkeit legte die Kommission am 4. Juni einen Bericht vor, in dem, erstmalig in der Geschichte der Rehabilitierungen, die rechtliche Willkür gegen die Kriegsgefangenen sowohl während des Krieges als auch danach angesprochen wurde und Vorschläge zur Beseitigung der „Überspitzungen“ gemacht wurden. Die Verantwortlichkeit für diese schrieb die Kommission dem NKVD unter der Führung von Berija und Abakumov zu, obwohl das ebenfalls von Abakumov geleitete SMERŠ keine geheimpolizeiliche, sondern eine militärische Einrichtung gewesen war und unmittelbar Stalin unterstanden hatte. Die Kommission schlug unter anderem vor, die Verordnung über militärische Verbrechen abzuändern, „[...] ohne dabei die Strafe für ein freiwilliges Sich-Ergeben in die Kriegsgefangenschaft abzumildern“ (dafür war, zur Erinnerung, die Erschießung vorgesehen!). Ferner sollten die Felddienstordnungen der Truppengattungen verändert werden, wobei jedoch der bekannte Grundsatz erhalten werden sollte: „Der sowjetische Soldat ergibt sich nicht und ist verpflichtet bis zum Ende seine militärische Pflicht auf dem Schlachtfeld zu erfüllen.“⁵² Am 29. Juni 1956 folgte daraufhin die vom Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita Chruschtschow, und dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikolaj Bulganin, unterschriebene gemeinsame Verordnung des ZK und des Ministerrats Nr. 898–490s „Über die Beseitigung der Folgen grober Verletzungen der Gesetzlichkeit gegenüber ehemaligen Kriegsgefangenen und ihren Familienangehörigen“.⁵³ In der Verordnung hieß es unter anderem:

„Neben der Entlarvung einer Reihe von Personen, die tatsächlich Verbrechen begangen haben, wurde infolge der vielfach angewandten ungesetzlichen, provokatorischen Untersuchungsmethoden eine große Anzahl von Wehrdienstleistenden, die ihre militärische Pflicht ehrlich erfüllt hatten und sich in der Gefangenschaft in keiner Weise befleckt haben, grundlos verfolgt. Den Familien der Wehrdienstleistenden, die in Gefangenschaft gerieten, hat man unrichtigerweise für die ganze Dauer des Krieges jegliche finanzielle Unterstützung und andere Vergünstigungen entzogen, unabhängig von den Gründen und Umständen der Gefangennahme. Eine gravierende Verletzung der Gesetzlichkeit stellte die Praxis der Degradierung von Offizieren zu Mannschaftsdienstgraden und ihrer anschließenden Entsendung in Sturmbataillone ohne gerichtliches Verfahren dar. Kriegsgefangene, die heldenhaft aus der Gefangenschaft geflohen waren oder während der Gefangenschaft vorbildliche Beispiele von Mut und Kühnheit gegeben hatten, wurden in keiner Weise belohnt.“

Seit dem Jahr 1945 wurden alle befreiten und repatriierten Kriegsgefangenen, sogar wenn gegen sie keinerlei kompromittierende Tatsachen vorlagen, in Bataillonen zusammengefaßt und zur Strafe zur Arbeit in Kohlebergwerke und zum Holzfällen in entlegene Gebiete entsandt. Die Organe der Staatssicherheit haben in der Nachkriegszeit weiterhin unbegründet ehemalige Kriegsge-

⁵¹ Nezakončennoe sraženie maršala Žukova. O rehabilitacii sovetskich voennoplennyh. 1954–1956 gg. Publ. V. P. Naumova i L. E. Rešina, in: Istoričeskij archiv 1995, Nr. 2, S. 108–126, hier: S. 113–120.

⁵² Ebenda, S. 113–120.

⁵³ Voller Text ebenda, S. 120–123. Der Vergleich mit dem Projekt, das die Žukov-Kommission vorgelegt hatte, zeigt, daß im Verordnungstext alle Passagen entfallen waren, die den Personenkult Stalins und die Praxis verurteilten, die Kompetenz für Fragen der Kriegsgefangenen der Armee zu entziehen.

fangene strafrechtlich verfolgt, von denen viele ungesetzlichen Repressionen zum Opfer fielen. Eine große Ausbreitung erlangten verschiedene ungesetzliche Einschränkungen für ehemalige Kriegsgefangene und ihre Verwandten hinsichtlich der Arbeitsplatzwahl, der gesellschaftlichen Tätigkeit, dem Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten, der Veränderung des Wohnorts usw.“

Die Verordnung verurteilte „die Praxis des pauschalen politischen Mißtrauens den ehemaligen sowjetischen Wehrdienstleistenden gegenüber, die sich in Gefangenschaft oder Umzingelung befunden haben, als den Interessen des sowjetischen Staates widersprechend“. Dem Obersten Sowjet der UdSSR wurde vorgeschrieben, auf sie die Geltung des Dekrets über die Amnestie vom 17. September 1955 auszudehnen, und dem Justizministerium, der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR und der Justizkommission beim Ministerrat der UdSSR die entsprechenden Gerichtsakten zu überprüfen und jene zu rehabilitieren, die grundlos verfolgt worden waren, sowie ferner die notwendigen Präzisierungen und Ergänzungen der geltenden Gesetze vorzunehmen, darunter die Anrechnung der Zeit des Aufenthalts in Kriegsgefangenschaft, Umzingelung oder Spezialüberprüfung auf die Militärdienst- und Arbeitszeit, sofern die Gefangennahme nicht freiwillig erfolgt war und der Kriegsgefangene sich in der Gefangenschaft keiner Verbrechen gegen die Heimat schuldig gemacht hatte. Somit wurde ein Jahr, nachdem der sowjetische Staat die Nichtheimkehrer amnestiert hatte, auch jenen Kriegsgefangenen die Strafe erlassen, die erstens zurückgekehrt waren und zweitens sich dem Staat gegenüber in keiner Weise schuldig gemacht hatten. Die ergriffenen Maßnahmen wurden indes in ihrer Halbherzigkeit gewissermaßen zu einer Garantie für die Beibehaltung der formal verworfenen und verurteilten, aber bei weitem nicht aus der Welt geschafften Diskriminierung der Repatrianten in der sowjetischen Gesellschaft.

Der Fragebogen der Personalabteilungen mit der kleinen Frage „Haben Sie oder Ihre Verwandten sich in Kriegsgefangenschaft oder im besetzten Gebiet befunden?“ wurde erst 1992 abgeschafft. Den Kriegsgefangenen das Recht zu verweigern, sich Veteranen oder sogar Kriegsteilnehmer zu nennen und ihnen die damit zusammenhängenden Vergünstigungen vorzuenthalten, war faktisch ebenso unsinnig wie ungesetzlich, aber niemand trat für sie in dem Land ein, in dem jahrzehntelang nicht das Mitleid mit den Opfern des staatlichen Terrors kultiviert wurde, sondern ein pauschales Mißtrauen ihnen gegenüber als „Verrätern“ und „Helfershelfern des Feindes“.

Das gehörte zur innenpolitischen Sphäre, aber die Politik der Nichtanerkennung und Diskriminierung ist auch in der außenpolitischen Sphäre zu beobachten. Bekanntermaßen wurde im Nürnberger Prozeß die Praxis der Deportation und Zwangsarbeit von Bürgern der besetzten Länder als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und grobe Gesetzeswidrigkeit eingestuft, die die internationalen Konventionen von 1890 und 1929 über das kategorische Verbot der Sklaverei mißachtete. Auf dieser Basis haben viele Länder Forderungen nach Entschädigung vorgebracht. Im Londoner Schuldenabkommen vom Februar 1953 gelang es der Regierung der Bundesrepublik, eine andere, von der des Nürnberger Prozesses abweichende Definition durchzusetzen. Zwangsarbeit wurde von ihr nicht mehr als Verbrechen wie in Nürnberg, sondern als eine „kriegsbedingte Maßnahme“ betrachtet, die unter den Vorbehalt von Reparationspflichten zu stellen sei.

Aber am Londoner Schuldenabkommen hatten die UdSSR und ihre Verbündeten ebensowenig Anteil wie an den Luxemburger Übereinkünften über die Restitution und Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus. Sie ließen die Zehnjahresfrist, die für die Beitrittsmöglichkeit zu diesen Abkommen vorgesehen war, ungenutzt verstreichen.

Das beraubte die sowjetische Seite für lange Zeit jeglicher Grundlage für einen fordernden und nicht bittenden Ton in den Fragen der Entschädigung.

Indem sie auf Wiedergutmachungsleistungen verzichtete und sich dem Gesprächsprozeß über Entschädigungsleistungen für den Genozid an der jüdischen Bevölkerung verweigerte, zeigte die UdSSR (und mit ihr auch andere sozialistische Länder Europas) eine phänomenale, um nicht zu sagen geradezu kriminelle Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen von Millionen ihrer Staatsbürger. Sie versperrte diesen damit entschieden und für lange (praktisch 55 Jahre lang!) die Möglichkeit, auch nur den Gedanken zu hegen, daß man das Recht habe, irgendeinen Anspruch auf eine Entschädigung für das Erlittene geltend zu machen. Darüber hinaus oblag das Recht auf Einforderung von Kompensationsleistungen ausschließlich den Staaten, die mit der Bundesrepublik Regierungskommen zur Befriedigung der Ansprüche ihrer Staatsbürger abschlossen – oder eben auch nicht. Mit letzterer Position hat sich, nebenbei bemerkt, Polen nie einverstanden erklärt, und die UdSSR war, wie es scheint, das einzige der Länder, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten, wo diese Frage offiziell nicht einmal diskutiert wurde. Natürlich ist die Position eines Landes, das keinerlei Humanismus in bezug auf seine eigenen Bürger gezeigt hat, und deren Interessen vertreten und verfechten soll, mehr als angefechtbar. Es wäre daher für die Sowjetunion nicht leicht gewesen, seinen Gesprächspartnern Forderungen materiellen oder juristischen Inhalts zu stellen.

Die Repatriierung und Filtrierung der jüdischen Kriegsgefangenen

Eine ernsthafte Gefahr für die jüdischen sowjetischen Kriegsgefangenen, die aus der Umzingelung ausbrechen oder aus der Kriegsgefangenschaft fliehen konnten oder nach dem Krieg repatriiert wurden, bildeten – die eigenen Leute. Zunächst trafen sie auf allgemeines Mißtrauen, das noch durch das verletzende Erstaunen darüber gesteigert wurde, wie so ein „Abraham“ am Leben haben bleiben können.

So geriet etwa È. N. Sosin (in der Gefangenschaft gab er den Namen Zarin an) zum erstenmal schon im Juni 1941 nach einem kurzen Gefecht in Gefangenschaft. Aus dem Sammelager im Dorf Senno flüchtete er und schlug sich innerhalb eines Monats bis zum August zu den sowjetischen Linien durch, wo er mit Mißtrauen und Drohungen empfangen wurde. Die Grenzschützer brachten ihn in ein Zelt, in dem zum Tode verurteilte Deserteure festgehalten wurden.⁵⁴

Leutnant Sergej O., der sich den Deutschen gegenüber als Tatar ausgab, wurde nach der Befreiung wegen „Landesverrats“ zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt, die er im Lagerkomplex von Džezkazgansk in Kasachstan absitzen mußte.⁵⁵ Boris Il'ič Belikov kam wieder mit sowjetischen Behörden in Kontakt, nachdem er als Partisan in den Reihen der polnischen Heimatarmee, der „Armija Krajowa“ gekämpft hatte. 1946 wurde er verhaftet und verbrachte den Rest der Lebenszeit Stalins im Lager Norilsk.⁵⁶ Kuz'ma Solomonovič Resin, Jahrgang 1908, verbrachte drei Jahre in deutscher Kriegsgefangenschaft, dann flüchtete er und konnte die Frontlinie durchqueren. Bei den Verhören der mit ihm geflüchteten Soldaten gaben diese an, er habe im Kriegsgefangenenlager mit deutschen Offizieren deutsch

⁵⁴ Aus einem Brief an den Verfasser; Archiv des Verfassers.

⁵⁵ M. Černenko, Anketnoe prokljaj'e, in: Moskovskie novosti, 11.-18. 5. 1997, S. 22.

⁵⁶ Interview mit Belikov in Bad Kissingen, Deutschland, 1997.

gesprochen. Er wurde verurteilt und starb am 24. August 1945 im nordrussischen Lager Inta. 1988 wurde er postum rehabilitiert.⁵⁷ Matvej Issakovič Bencionov geriet in Vjasma in eine Umzingelung. Er kam in ein Lager in Gomeľ, von wo aus er mit einem Transport nach Deutschland geschickt wurde. Bei der Registrierung im deutschen Lager gab er sich als Grigorij Michajlovič Kravčenko aus. Auch bei der medizinischen Untersuchung wurde nicht festgestellt, daß er Jude war. Er arbeitete in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen. Bei Herannahen der Roten Armee in der Endphase des Krieges wurde das Lager nach Westen evakuiert. Gemeinsam mit seinem Freund Abram Grigor'evič Spektor aus Ulan-Ude flüchtete er. Sie erreichten die Weichsel und konnten auf einem selbstgebauten Floß übersetzen und die sowjetischen Truppen erreichen. Bei den Verhören wurde er von SMERŠ-Mitarbeitern geschlagen. Sie glaubten nicht, daß er als Jude hatte überleben können. Dennoch wurde ihm schließlich „verziehen“, und er wurde an die Front entsandt.⁵⁸ I. S. Kublanov wurde im Raum Magdeburg von Amerikanern befreit und über die Elbe sofort an die sowjetischen Behörden übergeben, die ihn in eine Reservekompanie entsandten. Bei der Registrierung nannte er seinen wirklichen Namen und erzählte seine ganze Geschichte. Zusammen mit anderen Repatrianten schickte man ihn zu Fuß nach Brest (auf dem Marsch wurden täglich 40 bis 45 Kilometer zurückgelegt). Dort wurden die Heimkehrer mit Orchestermusik empfangen, verbrachten die Zeit bis Oktober mit landwirtschaftlichen Arbeiten und wurden dann nach Jaroslavl geschickt, wo Kublanov in einer Schrotterverarbeitungsanlage arbeitete. Im Dezember 1945 wurde er zur Filtration zur Gebietsverwaltung des KGB gebracht. Beim zweiten Verhör im Februar 1946 fragte ihn der Untersuchungsführer nach den Stalags. „Den Untersuchungsführer interessierte besonders die Frage, warum ich als Jude, der sich bei den Deutschen befunden hat, am Leben geblieben bin. Ich sagte, daß niemand wußte, daß ich Jude bin und daß ich keiner medizinischen Untersuchung unterzogen worden sei. Daraufhin sagte er zu mir: ‚So seid ihr alle‘, und gab mir eine Ohrfeige.“ Nach diesem Verhör wurde Kublanov einer Reifenfabrik in Jaroslavl zugewiesen, wo er als Schlosser und Installateur arbeitete. Erst im März 1947 gewährte man ihm einen Urlaub, damit er seine nach Karaganda evakuierte Mutter besuchen konnte. Im August 1948 konnte er nach Feodosija auf der Krim zu Frau und Tochter heimkehren.

Und hier noch ein jüdisches Schicksal, nämlich das von Vladimir Sirotin aus Gomeľ in Weißrußland, der als 16jähriger Freiwilliger an die Front gegangen, 1942 in Sevastopol in Kriegsgefangenschaft geraten und nach der Repatriierung dem Spezialkontingent zugeordnet worden war. In einem Bericht an den Leiter der Verwaltung für Repatriierungsangelegenheiten, Generaloberst Golikov, schrieb er: „Jetzt befinde ich mich schon sechs Monate in der staatlichen Überprüfung. Ich sitze im Lager, das Verhör ist beendet, und ich sitze und weiß nicht, wofür ich beim Deutschen geschlagen, gequält und wie ein Hund verhöhnt worden und bis jetzt am Leben geblieben bin. Ich sitze lange Zeit im Lager. Wofür sitze ich als einziger mit meiner Nationalität im Lager und ich denke, wie lange soll ich noch sitzen und wofür? Wenn man mich für schuldig hält, dann soll man mich bitte verurteilen, und wenn ich nicht schuldig bin, wofür werde ich dann so lange festgehalten? Ich bin sehr niedergeschlagen und moralisch zerrüttet.“⁵⁹

⁵⁷ M. Mar'janovskij, I. Sobol', Pavšie... (Vmesto predislovija), in: Kniga pamjati vojnovo-evreev v bojach s nacizmom. Band IV, Moskau 1997, S. 9–41, hier: S. 33.

⁵⁸ Brief an den Verfasser; Archiv des Verfassers.

⁵⁹ Zit. nach Pavel Poljan, Žertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' sovetkich voennoplennyh i ostarbeiterov na čužbine i na rodine, Moskau 2002, S. 90.

Die Haltung gegenüber den repatrierten Zivilisten

Auch zivilen Heimkehrern konnte in der Heimat Verfolgung drohen. Grund für eine Verhaftung und Verurteilung eines Heimkehrers konnte allein schon das Vorhandensein einer deutschen Zeitung im Koffer bilden. Im folgenden einige typische Beispiele hierfür.

Inessa Alekseevna Šagina⁶⁰ wurde am 20. April 1945 befreit. Hinter den Fronttruppen rückte die Sonderabteilung vor, bei der sie als Dolmetscherin angestellt wurde. Nachdem sie dort drei Tage gearbeitet hatte, beantragte sie ihre Entlassung. Nach 28 Monaten in der Fremde hatte sie starkes Heimweh. Zu Fuß und per Anhalter kam sie nach Stettin, von dort ging es auf Güterzügen weiter nach Warschau und Brest, wo sich ein Filtrationspunkt befand. In Brest verbrachte sie zwei Wochen, darunter auch den Tag des Sieges. Nachdem sie eine Bescheinigung über die erfolgte Überprüfung und die Genehmigung zur Heimkehr erhalten hatte, reiste sie nach Rostov, wo sie in einen Zug nach Mineral'nye Vody umsteigen mußte. Die massenhafte Heimkehr hatte noch nicht begonnen, und so interessierte sich auf dem Bahnhof von Rostov ein Milizionär für ihre Bescheinigung und nahm sie mit ins Büro der Bahnpolizei. Als die Milizionäre ihren Koffer öffneten, sahen sie, daß ihre Stiefel und andere Gegenstände in alte, zerknitterte deutsche Zeitungen eingewickelt waren. Das geschah am 28. Mai; am 5. Juni wurde ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Zwei Monate verbrachte sie in Untersuchungshaft im Gefängnis von Rostov, und am 31. Juli wurde sie von einem Militärtribunal der NKVD-Truppen nach Artikel 58-10-2 zu 10 Jahren Freiheitsentzug und einem fünfjährigen Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt. Nach der Überstellung aus Rostov und dem Arbeitseinsatz in einer Eisenwarenfabrik folgte der Transport ins Lager Karaganda (Karlag) in Kasachstan. Von der Eisenbahnstation Karabas ging es zum zentralen Gut des Karlag-Komplexes, Dolinskij, und dann weiter in die Steppe, begleitet von Bewachern mit Hunden. Dort mußte sie arbeiten, nicht anders als bei den Nationalsozialisten. Die Gefangenen lebten in niedrigen Lehmhütten mit engen Pritschen entlang der Mauern. In der sengenden Hitze der Steppe gruben sie Bewässerungskanäle; Inessa Šagina bediente einen Traktoranhänger.

Aleksej Lol'vič Kudrjavcev, ihr Vater, der den ganzen Krieg in der Schwarzmeerflotte gekämpft hatte, kam ihr zu Hilfe. Nachdem er 1946 demobilisiert worden war, begann er sich in Briefen an hohe Politiker eifrig für die Befreiung seiner Tochter einzusetzen. Und es geschah ein Wunder: Am 9. Juli 1946 wurde durch eine Entscheidung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR das Urteil gegen sie aufgehoben. Freigelassen wurde sie faktisch allerdings erst drei Monate später, am 9. Oktober 1946. Die Zwischenzeit verbrachte sie auf dem zentralen Gut des Karlag in Dolinskij. Letzten Endes war sie für nichts und wieder nichts eingessen.

Einen schwerwiegenden Anklagegrund, gleichgewichtig mit der Mitgliedschaft bei den Vlasov-Truppen, stellte auch die Zugehörigkeit zur Organisation Todt (OT) dar. Der ausgesprochen wirtschaftliche Charakter der OT, die in erster Linie Rüstungsbaumaßnahmen durchführte, war dabei kein Milderungsgrund. A. F. Vetrov⁶¹, der 1943 aus L'vov (Lemberg) nach Deutschland verschleppt worden war, wurde wegen Zugehörigkeit zur OT verfolgt. Er hatte zuerst in einem Industriebetrieb in der Nähe von Berlin gearbeitet und dann seit Mitte 1944 in der OT und kam dabei nach Graz und von dort nach Jugoslawien.

⁶⁰ Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 2610.

⁶¹ Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 2552/90.

Im Herbst 1945 wurde er in einem Lager für „Displaced Persons“ von sowjetischen Offizieren verhört und als Wehrdienstleistender der Wehrmacht eingestuft. Ohne Urteil wurde er in das Lager Lychtar auf der Kolyma geschickt, wo er als Holzfäller arbeitete. Im Jahre 1947 wurde das Lager umorganisiert, und alle Gefangenen wurden in den Status von Sondersiedlern auf unbegrenzte Zeit überführt. 1955 wurde Vetrov befreit, aber vom Rehabilitationsgesetz von 1989 wird sein Fall nicht erfaßt.

Vasilij Greckij⁶² war als Ostarbeiter in der Fabrik Gustav Appel in Berlin und kam dann in das Arbeiterziehungslager Wuhlheide. Im März 1945 wurde er auf einem Transport nach Osten befreit und sofort in die 230. Division der 5. Stoßarmee eingegliedert. Er diente als Übersetzer im Stab, aber am 2. Mai wurde er verhaftet und am 31. Mai nach Artikel 58 wegen „Rühmens der deutschen Technik“ verurteilt. Der eigentliche Grund war die Eifersucht eines Osobisten-Offiziers, den eine Sekretärin hatte sitzen lassen, um die – mit großem Erfolg – Greckij gewonnen hatte. Am 20. Oktober 1945 kam Greckij mit dem Transport in Inta an.

Marija Davidovna Štepa (Barankina)⁶³, Tochter eines „Kulaken“ erlebte die Besetzung in Dnepropetrovsk, wo sie als Kassiererin in einem Café arbeitete, dessen Eigentümer Sowjetdeutsche waren. Aus Angst vor Verfolgungen von sowjetischer Seite ging sie freiwillig zur Arbeit nach Deutschland. Am 3. April 1948 wurde sie im Kreis Mecklenburg, wo sie arbeitete, von einem Militärtribunal gemäß Artikel 58-1a des Strafgesetzbuches der RSFSR zu sieben Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt. Die Strafe verbüßte sie als Holzfällerin im Dorf Tel'bes im Gebiet Kemerovo. Im Juni 1953 wurde sie in eine Sowchose überführt und am 1. August 1955 amnestiert. Rehabilitiert wurde sie 1991.

Dmitrij Sanin⁶⁴, der in der Kesselschlacht von Kiew gefangengenommen worden war und auf dem 500 Kilometer langen Weg Richtung Kirovograd, bereits schwer an Dysenterie erkrankt, flüchten konnte, wurde, nachdem er von Bauern aufgenommen worden war, im Mai/Juni 1942 als Zivilist zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt. Dort arbeitete er bis zur Befreiung in Industriebetrieben in der Nähe von Stuttgart. Er durchlief die staatliche Überprüfungsprozedur 1946 gleich zweimal. Danach nahm er sein Abendstudium wieder auf, das er bereits 1939 begonnen hatte, und arbeitete gleichzeitig im Zentralen Wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Maschinenbau. Am 15. Juni 1948 wurde er verhaftet; er wurde buchstäblich vom Zeichenbrett weg in die Kaderabteilung berufen und kam von dort direkt in den „Schwarzen Raben“ – wie die „Grüne Minna“ auf russisch heißt – und wurde zu zehn Jahren Freiheitsentzug gemäß Artikel 58-1b verurteilt. Ihm wurde nichts anderes zur Last gelegt als sich „freiwillig ergeben“ zu haben. Zunächst kam er in ein Speziallager in der Nähe von Moskau, dann in ein Lager in Gornaja Šorja, wo die Gefangenen die Stadt Meždučerensk erbauten. Seit dem Februar 1953 war er dann in Vorkuta. Am 15. Juli 1955 wurde er rehabilitiert. Erneut nahm er sein Abendstudium auf und schloß es 1960 ab, also 21 Jahre, nachdem er es begonnen hatte.

Erstaunlich ist das Schicksal von Petr Petrovič Astachov.⁶⁵ Er wurde im Iran geboren und verbrachte seine Kindheit in Baku. Im Mai 1942 geriet er bei Char'kov in Kriegsgefangenschaft, ging durch mehrere Dulags und Stalags in der Ukraine, Polen und Deutschland,

⁶² Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 65094.

⁶³ Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 1-3-5799.

⁶⁴ Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 15806.

⁶⁵ Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 71478.

bis er 1943 auf der Insel Reichenau im Bodensee ankam. Von dort flüchtete er in die Schweiz, wo er bis zum Kriegsende in einem Internierungslager festgehalten wurde. Nach dem Krieg arbeitete er als Dolmetscher bei der sowjetischen Repatriierungsmission in der Schweiz und Liechtenstein. Ende 1945 kehrte er in die UdSSR zurück, wo er nach einem Jahr, im Dezember 1946 von der SMERSĖ verhaftet und von einer Sonderversammlung nach Artikel 58-1 zu fünf Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt wurde, die in einem zweiten Urteil auf 15 Jahre (!) aufgestockt wurden. 1955 wurde er freigelassen und zur Ansiedlung nach Karaganda geschickt. Heute lebt er in Pereslavl'-Zalesskij nördlich von Moskau.

Vitalij Anatol'evič Belikov⁶⁶ kam nach seiner Befreiung in Berlin, wo er seit Mai 1942 in der Maschinenfabrik Otto L. Schmidt gearbeitet hatte, in einen sowjetischen Sammelpunkt und wurde dort gleich zur Armee eingezogen, und zwar in das 237. Ersatzregiment. In die UdSSR kehrte er Anfang Dezember 1946 zurück, wo er in Sluck diente. Im März 1947 wurde er demobilisiert und übersiedelte nach Moskau. Sein in Char'kov ansässiger Vater war wegen Kollaboration mit den Deutschen zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt worden. In Moskau legte Belikov das Abitur ab und nahm ein Studium am Moskauer Institut für Verkehrstechnik auf. Am 12. März 1949 wurde er aufgrund einer Denunziation verhaftet. Die Beschuldigung: In Briefen aus Deutschland habe er den Lebensstandard der Deutschen und der Sowjetbürger verglichen und erklärt, die Deutschen lebten besser. Außerdem habe er Kontakt zu „weißen“ Emigranten aufgenommen. Im Oktober 1949 wurde er nach Artikel 58-10 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, von denen er sieben im Lager Vjatka absaß. Am 4. Juni 1956 wurde er freigelassen, die Reststrafe erlassen, rehabilitiert wurde er jedoch bis heute nicht. Er kehrte zurück, aber nicht nach Moskau, sondern nach Klin. Bei seinem Vergleich der Bedingungen in den Lagern kam er zu dem Schluß, daß die deutschen Lager insgesamt leichter waren als die des Gulag. Dabei ist allerdings anzumerken, daß er die Arbeits-Erziehungs-Inseln des Gulag-Archipels mit den Zwangsarbeiterlagern deutscher Unternehmen verglich und nicht mit Stalags, Dulags und Konzentrationslagern oder gar Vernichtungslagern. Nichtsdestoweniger ist die Frage des Vergleichs unausweichlich. Aber sie umfaßt viele Aspekte und kann nicht einlinig beantwortet werden.

Das System der deutschen Konzentrationslager war auf die exemplarische Bestrafung der Feinde des Regimes ausgerichtet, auf die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und, als Äußerstes, auf die physische Vernichtung einiger Gruppen, bis hin zum Genozid. Das System der sowjetischen Lager war auf die exemplarische Bestrafung nicht nur offener Feinde des Regimes, sondern auch vollständig loyaler, aber nicht vollkommen zuverlässiger Bürger ausgelegt, sowie für die Schaffung einer bedrückenden Atmosphäre von Bedrohung und Angst in der Gesellschaft. Die Spitze der repressiven Politik war hier vor allem die Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen, während die physische Liquidierung und auch die Genozidalität nicht vorgesehen waren. Eine andere Sache ist es, daß die Bedingungen, unter denen sich die Ausbeutung der „Zeks“⁶⁷ vollzog, so hart sein konnten, daß die Kombination der Grausamkeit der Welt innerhalb des Lagers (des beständigen Kriegs der „Blatnye“, d.h. der Kriminellen, mit den „Suki“, den „Hündinnen, jenen Kriminellen, die die strengen Regeln der Verbrechergemeinschaft verletzt hatten, und der „Blatnye“ mit den

⁶⁶ Datenbank der Repressierten der Vereinigung „Memorial“, Moskau, Nr. 610.

⁶⁷ Umgangssprachliche Bezeichnung für Gulag-Häftlinge.

„Politischen“) und der Gleichgültigkeit der Wachmannschaften ihrem Leben gegenüber die Sterblichkeit alles andere als gering war und vielen Überlebenden der Tod als ein wünschenswerter Ausweg erschien. Vergessen wir auch nicht, daß für die sowjetischen Opfer des Nationalsozialismus, die auf die Inseln des „Archipel Gulag“ gerieten, die Haft bei „den Eigenen“ wegen ihrer schreienden Ungerechtigkeit zur Quelle zusätzlicher moralischer und seelischer Pein wurde und die quälende Frage aufwarf: „Wofür?!“

Die Diskussion von Pavel Polians Vortrag auf der Stalin-Tagung

ging zunächst der Frage nach, über welche Informationsquellen zu den nationalsozialistischen Verbrechen das Stalinregime verfügt habe. Dabei geht es um drei Hauptquellengruppen: Die Berichte des NKVD, diejenigen der Partisanengruppen im besetzten Gebiet und die Ermittlungen der „Außerordentlichen Staatskommission für die Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge“. Der Referent betonte, daß die Ermittler der Kommission oft sehr bald nach den Ereignissen Befragungen vor Ort vorgenommen hätten. Sie hätten daher häufig frische Erinnerungen abschöpfen können. Ungeachtet aller späteren Verfälschungen sei der Quellenwert der Recherchen auf regionaler und vor allem lokaler Ebene hoch einzuschätzen.

Auf die Frage, welche Motive bei der Dislozierung der Repatrianten ausschlaggebend gewesen seien, hob Polian die Bedeutung des Arbeitskräftebedarfs hervor. Unter den zirka 60 Prozent der Repatrianten, die nach Hause geschickt worden seien, seien besonders viele Arbeitsunfähige gewesen. Abgesehen von der Tatsache, daß das Stalinregime die besondere Verfolgung der Juden durch den Nationalsozialismus geleugnet habe, sei in der Repatriierungspolitik noch keine antisemitische Spezifik festzustellen, wie sie für die letzten Jahre Stalin kennzeichnend war.

In der Diskussion wurden Beispiele für die diskriminierende Behandlung sowjetischer Repatrianten angeführt. Auch die große Mehrheit, die keine unmittelbare Verfolgung durch das NKVD erlitt, war doch stigmatisiert. Viele beschwiegen ihre Kriegsgeschichte und konnten ihre Talente nicht entfalten, weil ihnen der Zugang zu entsprechenden Ausbildungen allein aufgrund der Tatsache verwehrt wurde, daß sie „bei den Deutschen“ gelebt hatten, auch wenn das KZ-Haft bedeutet hatte.

Hingewiesen wurde aber auch auf Versuche einer partiellen öffentlichen Rehabilitierung noch zu Sowjetzeiten. Hierbei spielten insbesondere die Arbeiten des Moskauer Historikers Efim Brodskij eine wichtige Rolle, der eine Reihe von Aufsätzen und Büchern über den Widerstand sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter publiziert hatte, insbesondere über die Anfang 1943 in München entstandene Gruppe „Bratskoe sotrudničestvo voennoplennyh“ (BSV).

Andreas Hilger

Deutsche Kriegsgefangene und die Erfahrung des Stalinismus

I

„What is a Prisoner of War? He is a man who tries to kill you and fails, and then asks you, not to kill him.“ Rüdiger Overmans hat diesen Churchill zugeschriebenen Ausspruch als Beleg für den kriegsvölkerrechtlichen Fortschritt des 20. Jahrhunderts verstanden: Er unterstelle, „daß Kriegführung kein atavistisches Morden, sondern die Handlung eines Kombattanten im staatlichen Auftrag ist und dieser Hoffnung haben darf, nicht im Gegenzug aus Rache getötet zu werden“.¹ Das Massensterben sowjetischer Gefangener in deutschem Gewahrsam hat indes gezeigt, daß derartige zivilisatorische Errungenschaften des frühen 20. Jahrhunderts nicht von Dauer sein mußten.

Auch die Kriegsgefangenschaft Deutscher in der UdSSR diente bei vielen Betroffenen oder deren Angehörigen, in der (westlichen) öffentlichen Meinung sowie mitunter in der Forschung als Gegenbeispiel zur oben konstatierten positiven Tendenz im Kriegsvölkerrecht.² Zu dieser Einschätzung trugen nicht nur die äußerst schweren Lebensbedingungen, die hohe Sterblichkeit in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern oder Übergriffe von Rotarmisten ihren Teil bei, sondern auch feststehende deutsche Erwartungshaltungen sowie Rezeptions- und Erinnerungsmuster hinsichtlich des Geschehens an der Ostfront. Diese gingen auf die in der deutschen Gesellschaft tief verankerte Furcht vor einer „asiatischen“ Bedrohung aus dem Osten zurück, die 1917/1918 durch die Angst vor Revolution und Chaos aktualisiert und erweitert worden war. Diese hatte dem vom Nationalsozialismus propagierten Feindbild zahlreiche Anknüpfungspunkte geboten. Nach dem Krieg ermöglichte die zügige Einbindung Westdeutschlands in die ideologisch-machtpolitischen Fronten der Nachkriegszeit, daß in den Westzonen respektive der Bundesrepublik nach 1945 alte Vorurteile über und ideologiegeladene Aversionen gegen die UdSSR überlebten und wirksam blieben.³ Sie waren immer auch mit dem Namen Stalins verbunden, der so Sammelbegriff für alle Negativa und Ängste gegenüber der UdSSR blieb. In Ostdeutschland dagegen stellte die sogenannte Kriegsgefangenenfrage eine unterschwellige Belastung der propagierten neuen Beziehungen zur Sowjetunion dar.⁴ Die Distanz vieler ehe-

¹ Rüdiger Overmans, Kriegsgefangenschaft in der Geschichte, in: Günter Bischof/Rüdiger Overmans (Hrsg.), Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive, Ternitz-Potschach 1999, S. 1–19, hier: S. 1.

² Das gilt indes nur in wenigen Teilbereichen für die Arbeiten der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte: Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bände 2–8, 15, München 1965–1974.

³ Peter Jahn, Russenfurcht und Antibolschewismus. Zur Entstehung und Wirkung von Feindbildern, in: Ders. (Hrsg.), Erobern und vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion, Berlin 1991, S. 47–77; Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994; Wolfgang Benz, Vorurteil und Erinnerung. Der Krieg gegen die Sowjetunion im Bewußtsein der Deutschen, in: Ders. (Hrsg.), Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung, München 1996, S. 20–47, hier: S. 23 ff.

⁴ Vgl. Frank Biess, „Pioneers of a New Germany“. Returning POWs from the Soviet Union and the Making of East German Citizens, 1945–1950, in: Central European History 32 (1999), S. 143–180.

maliger Gefangener zu ihrer Gewahrsamsmacht konnte sich erst ab 1989/90 artikulieren und führte offizielle Freundschaftsbekundungen der Vorjahre ad absurdum.

In den letzten Jahren konnte die internationale Forschung anhand der ehemals geheimen russischen Akten ein weitaus differenzierteres Bild der Gefangenschaft Deutscher in der UdSSR entwerfen.⁵ Es steht daher heute tatsächlich außer Frage, daß die Führung der UdSSR *keinen* Vernichtungs- oder Rachefeldzug gegen deutsche Kriegsgefangene lancieren wollte bzw. führte. Weniger Einigkeit besteht allerdings beispielsweise in der Frage der Einhaltung aller kriegsvölkerrechtlichen Normen und Vorschriften durch die UdSSR sowie über das Ausmaß und die Ursache von Übergriffen seitens Soldaten und Verbänden der Roten Armee gegen Kriegsgefangene;⁶ über die Behandlung von Gefangenen durch Partisanenverbände sind wir im übrigen noch kaum unterrichtet.⁷

Die Problematik der Einhaltung völkerrechtlicher Normen ist direkt mit der stalinistischen Politikauffassung und -gestaltung verbunden, denn ein Befund ist unstrittig: Die Kriegsgefangenschaft war in der Form, in der sie ab 1941 in der UdSSR erlebt und erfahren wurde, nur in der Sowjetunion Stalins möglich. Seine Nachfolger haben ab März 1953 kriegsgefangenenpolitische Kernentscheidungen revidiert und innerhalb von drei Jahren Gefangene, deren Zwangsaufenthalt in der UdSSR unter Stalin bis 1974 anvisiert worden war, repatriert.⁸ Auf der anderen Seite fußte die gesamte Behandlung von Gefangenen ab 1941 auf Konzepten, die von Kernideen der Revolutionsjahre in und nach dem 1. Weltkrieg längst Abschied genommen hatten.⁹ Eine intensive Diskussion des Begriffs „Stalinismus“ selbst ist dabei nicht das Ziel dieses Beitrags. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen vielmehr Erlebnisse und Erfahrungen deutscher Kriegsgefangener in und mit einem System, für das sich die Bezeichnung Stalinismus durchgesetzt hat.¹⁰

⁵ Vgl. u.a. Stefan Karner, *Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956*, Wien 1995; Viktor B. Konasov, *Sud'by nemeckich voennoplennyh v SSSR: diplomatičeskie, pravovye i političeskie aspekty problemy. Očerki i dokumenty*, Vologda 1996; Andreas Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, Essen 2000. Vgl. ferner die Dokumentensammlungen M. M. Zagorul'ko (Hrsg.), *Voennoplennye v SSSR 1939–1956*, Moskau 2000; V. A. Zolotarev (Red.), *Inostrannye voennoplennye vtoroj mirovoj vojny v SSSR*, Moskau 1996; ders. (Red.), *Nemeckie voennoplennye v SSSR 1941–1955. Sbornik dokumentov*, 2 Bände, Moskau 1999–2002.

⁶ Vgl. unterschiedliche Akzentuierungen bei Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 48–71, und Zagorul'ko (Hrsg.), *Voennoplennye v SSSR*, S. 7–13, 25–58.

⁷ Hier war die Überlebenschance gerade in den ersten Kriegsjahren schon aufgrund der unterschiedlichen Kampfsituation offenbar geringer. Sowjetische Quellen belegen allerdings, daß Partisanenverbände gerade mit zunehmender Kriegsdauer Gefangene in ständig zunehmender Zahl machten und bei Gelegenheit der Roten Armee überstellten. Vgl. aus den Beständen des Zentralarchivs, des russischen Verteidigungsministeriums und des ehemaligen Parteiarchivs V. A. Zolotarev (Red.), *Partizanskoe dviženie v gody Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg. Dokumenty i materialy* (Russkij archiv: Velikaja Otečestvennaja vojna 20,9), Moskau 1999, u.a. S. 27–29, 191 f., 307–309, 357 f., 455–463, 511–529, 550–557, 561–569, 608–612; Gottfried Hamacher, *Frontorganisation des Nationalkomitees „Freies Deutschland“*, in: Stefan Doernberg (Hrsg.), *Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite*, Berlin 1995, S. 288–312, hier: S. 298 ff.

⁸ Andreas Hilger, *Faustpfand im Kalten Krieg? Die Massenverurteilungen deutscher Kriegsgefangener 1949/50 und die Repatriierung Verurteilter 1950 bis 1956*, in: Ders./Ute Schmidt/Günther Wagenlehner (Hrsg.), *Sowjetische Militärtribunale*, Band I: *Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953*, Köln 2001, S. 211–271, hier: S. 255 ff.

⁹ Konasov, *Sud'by*, S. 16–23; Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 220 f.

¹⁰ Vgl. Manfred Hildermeier, *Interpretationen des Stalinismus*, in: *HZ* 261 (1997), S. 655–674.

Die Kriegsgefangenen haben wesentliche Merkmale dieses Systems hautnah erlebt. Ihre Erfahrung konstituierte sich allerdings, wie bereits skizziert, aus spezifischem Blickwinkel. Daher läßt sich die hier untersuchte Fragestellung in zwei Hauptaspekte unterteilen: Die Politik der Gewahrsamsmacht UdSSR sowie deren Rezeption auf deutscher Seite. Auf diese Weise veranschaulicht die Geschichte deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion Mechanismen und Charakterzüge des Stalinismus und weist zugleich auf mögliche – oder unabweichliche – Verschiebungen, Verzerrungen oder Verengungen hin, denen Wahrnehmung und Bewertung der UdSSR Stalins aus deutscher Perspektive unterworfen waren.

II

Aufgrund des Kriegsverlaufs und daraus resultierender Prioritätensetzungen der UdSSR läßt sich erst vom Winter 1942/43 an von einer Kriegsgefangenenpolitik der UdSSR sprechen. Deren Grundzüge schälten sich allerdings schon seit Juni 1941 heraus. Als Richtschnur für die Behandlung aller Kriegsgefangener, unabhängig von Nationalität oder Klassenzugehörigkeit, wurde die Haager Landkriegsordnung von 1907 bzw. das Genfer Abkommen von 1929 betrachtet. Die am 1. Juli 1941 vom Rat der Volkskommissare erlassene Verordnung über Kriegsgefangene orientierte sich explizit an diesen völkerrechtlichen Normen.¹¹ Unter den sowjetischen Abweichungen war eine besonders charakteristisch. Während das Genfer Abkommen den uneingeschränkten Zutritt der „Vertreter der Schutzmacht und ihrer zugelassenen Delegierten“ zu Kriegsgefangenen vorsah,¹² knüpfte die UdSSR mögliche Besuche der „Vertreter von ausländischen und internationalen Rotkreuz- und anderen Organisationen“ an eine „besondere Erlaubnis des Volkskommissariats für Äußere Angelegenheiten“.¹³ In der Praxis hat es eine derartige Erlaubnis nie gegeben: Vielmehr übertrug die UdSSR ihre strikte Abschottungspolitik nach außen, die unter Stalin zur Fremdenphobie mutiert war, auf das Kriegsgefangenenwesen. So nahm die sowjetische Kriegsgefangenenverwaltung den Austausch von Gefangenenlisten mit ihren Gegnern nie ernsthaft in Angriff und stellte im Dezember 1943 auch jeden Kontakt zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ein.¹⁴ Daß auch der sowohl im Kriegsvölkerrecht als auch in der Verordnung vom 1. Juli 1941 verbrieft Postverkehr der Gefangenen mit der Heimat erst 1945/1946 in großem Stil – und unter strenger Zensur – ermöglicht wurde,¹⁵ unterstreicht die strikte Unterordnung sowohl internationaler Gepflogenheiten als auch eigener Rechtsnormen unter das von der Führung jeweils aktuell definierte „nationale Interesse“. Der nach Kriegsende erzwungene Arbeitseinsatz von Offizieren,¹⁶ Aus-

¹¹ Bekanntgemacht mit Befehl NKVD Nr. 0342 vom 21. 7. 1941, in: Zolotarev (Red.), *Inostrannye voennoplennye*, S. 37–40. Zur Bewertung: Vortragsentwurf UPVI, April 1944, RGVA, f. 1p, op. 23a, d. 2, ll. 10 ff.. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte der Chef des Amtes Ausland/Abwehr, Admiral Canaris, am 15. 9. 1941, abgedruckt in: Gerd R. Ueberschär, *Dokumente zum „Unternehmen Barbarossa“ als Vernichtungskrieg im Osten*, in: Ders./Wolfram Wette (Hrsg.), *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941*, Frankfurt a. M. 1991, S. 241–350, hier: S. 302.

¹² Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1934, Teil II, hier: S. 252.

¹³ Befehl NKVD Nr. 0342 vom 21. 7. 1941, in: Zolotarev (Red.), *Inostrannye voennoplennye*, S. 37–40.

¹⁴ Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 66 f.; Viktor B. Konasov/A. V. Tereščuk, *K istorii sovetskich i nemeckich voennoplennykh 1941–1943 gg.*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, Nr. 5/1996, S. 54–72, hier: S. 54; Viktor B. Konasov, *MKKK – SSSR. Dorogi sotrudničestva i konfrontacii 1939–1952*, Moskau 1999.

¹⁵ Befehl NKVD Nr. 00834 vom 13. 7. 1945, GARF, f. 9401, op. 1, d. 727, ll. 170–173.

¹⁶ Bis einschließlich Hauptmann. Direktive NKVD Nr. 41 vom 19. 2. 1946, RGVA, f. 1p, op. 4i, d. 1, l. 30.

weiterungen des Kriegsgefangenenstatus etwa auf aus alliierter Gefangenschaft entlassene Offiziere 1946¹⁷ oder die einseitig über 1948 hinaus verzögerte Repatriierung von Gefangenen stellen weitere Beispiele für diese Grundtendenz sowjetischer Kriegsgefangenenpolitik dar.¹⁸ Moskau ging schließlich so weit, 1947 in seinen offiziellen Verlautbarungen über eingebrachte und repatriierte deutsche Kriegsgefangene bewußt gefälschte Zahlen zu verbreiten.¹⁹ Neben den unzulänglichen Möglichkeiten einer Kriegsgefangenenverwaltung gerade in den ersten Kriegsjahren ist diese Geheimniskrämerei ein Grund dafür, daß bis heute die Zahl deutscher Gefangener, die sich in der UdSSR befanden und dort verstarben, nur geschätzt werden kann.²⁰

Von Bedeutung war die beschriebene ambivalente Grundhaltung der sowjetischen Führung nicht nur für das Leben in Gefangenschaft, sondern auch für unmittelbare Überlebenschancen bei der Gefangennahme durch die Rote Armee. Gerade für diese ersten Stunden und Tage im Verantwortungsbereich sowjetischer Kampftruppen hat die Forschung eine ganze Reihe von Einzelbelegen für tödliche Übergriffe gegen Deutsche zusammengetragen.²¹ Die Motive für diese Verbrechen liegen in individuellen Ausnahmesituationen, militärischen Zusammenbrüchen und zugleich in der offiziellen Haßpropaganda der UdSSR gegen den deutschen Angreifer: Auch Stalin gab im Einzelfall seinen Kommandeuren den Rat, Angaben eines Überläufers nicht „zu sehr“ Glauben zu schenken und ihn nach der Befragung zu erschießen.²² Zur Generallinie wurde dieser Mordbefehl aber nicht, im Gegenteil: Im Februar 1942 stellte Stalin in einem Tagesbefehl noch einmal klar, daß die „Rote Armee [...] deutsche Soldaten und Offiziere, wenn sie sich ergeben“, gefangennehme.²³ Dokumente der Stavka weisen wie andere Zeugnisse darauf hin, daß gerade im verzweifelten Abwehrkampf der Roten Armee 1941/42 das Thema Gefangenschaft Deutscher im Grunde keine Rolle in den Überlegungen der Führung spielte. Das Oberkommando der Roten Armee hat es allerdings auch danach versäumt, an allen Fronten die leitenden elementaren humanitären Grundsätze, die in der zitierten Kriegsgefangenenverordnung und auch im sowjetischen Militärstrafrecht kodifiziert waren,²⁴

¹⁷ Vgl. Lutz Prieß, *Deutsche Kriegsgefangene als Häftlinge in den Speziallagern des NKVD in der SBZ*, in: Sergej Mironenko u.a. (Hrsg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Band 1: Studien und Berichte, Berlin 1998, S. 251-263; Ernst Segschneider (Hrsg.), *Gefangenschaft im Kaukasus 1946-1950. Drei Zeitzeugen erinnern sich*, Münster 2002.

¹⁸ Verordnung des Ministerrats Nr. 751-287ss vom 19. 2. 1949, GARF, f. 5446, op. 51a, d. 5011, ll. 47 ff.

¹⁹ Konasov, *Sud'by*, S. 144-148.

²⁰ Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 288 f.; Ute Schmidt/Manfred Zeidler (Hrsg.), *Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941-1956. Dimensionen und Definitionen*, Dresden 1999.

²¹ Vgl. hier vor allem Alfred M. de Zayas, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg*, München 1980, S. 192 ff., 273 ff.

²² Aufzeichnung des Gesprächs des Oberkommandierenden Stalin und des Chefs des Generalstabs, Šapošnikov, mit dem Kommandeur der Reservefront vom 4. 9. 1941, CAMO, f. 96a, op. 2011, d. 5, ll. 68-70, zit. nach V. A. Zolotarev (Red.), *Stavka VGK. Dokumenty i materialy. 1941 god* (Russija archiv: Velikaja Otečestvennaja 16,5-1), Moskau 1996, S. 162 f.

²³ Befehl NKO Nr. 55 vom 23. 2. 1942, in: J. W. Stalin, *Werke*, Band 14: Februar 1934 bis April 1945, Dortmund 1976, S. 267.

²⁴ Art. 193-29 StGB RSFSR, in deutscher Fassung in: *Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik vom 22. November 1926 in der am 1. Januar 1952 gültigen Fassung mit Nebengesetzen und Materialien*, Wilhelm Gallas (Übersetzung), Berlin 1953. Ähnlich die damals gültige Felddienstvorschrift PU-36, Viktor Muchin, *Das System der Gefangennahme, Erfassung, Versorgung und*

hundertprozentig und gegen die eigene Kriegspropaganda durchzusetzen: Erst im Frühjahr 1945 wurden Erenburgs blutrünstige Aufrufe an prominenter Stelle offen kritisiert und die Rotarmisten noch einmal ausdrücklich dazu ermahnt, deutsche Kriegsgefangene „besser“ zu behandeln: „Die harte Behandlung der Deutschen ruft bei ihnen Furcht hervor und zwingt sie, hartnäckigen Widerstand zu leisten, statt sich gefangen zu geben.“²⁵

III

Eine völkerrechtskonforme Behandlung von Kriegsgefangenen war somit kein reiner Selbstzweck sowjetischer Politik. Sie war im übrigen auch nie der Sorge um die Situation kriegsgefangener Rotarmisten in Deutschland geschuldet, wie schon der berüchtigte Befehl der Stavka Nr. 270 vom 16. August 1941 deutlich macht, in dem es als schmähhliches Verbrechen gebrandmarkt wird, sich zu ergeben, das im Falle von Kommandeuren und „Politarbeitern“ sogar die Verhaftung der Familien nach sich ziehen sollte.²⁶ Vielmehr spielten neben der grundsätzlichen Bereitschaft zur Schonung des gefangenen Gegners militärische Nützlichkeitsabwägungen, propagandistische und – auf lange Sicht – außenpolitische Hoffnungen sowie vor allem das wirtschaftspolitische Potential der Gefangenen die entscheidende Rolle. Das sowjetische kriegsgefangenenpolitische Interesse in und nach dem Kriege lag zum großen Teil eindeutig auf schnellem Wiederaufbau und dem Ausbau der Wirtschaft: Nicht zufällig beginnt der Abschlußbericht des Innenministers über die „Arbeit des MVD mit Kriegsgefangenen und Internierten“, der im Frühjahr 1950 den Instanzen vorgelegt wurde, mit einer gerafften – und geschönten – Darstellung des Arbeitseinsatzes.²⁷

Für dieses Kernstück sowjetischer Politik brauchte es gesunde, sprich: arbeitsfähige Gefangene. Doch auch nach dem Krieg tat sich die Gewahrsamsmacht UdSSR lange Jahre schwer, den Gefangenen wirklich Leben und Gesundheit zu erhalten: Die ohnehin rückständige Wirtschaft des Landes war durch den Krieg vollständig ausgezehrt; angesichts unermeßlicher Zerstörungen fehlte es allenthalben an Medikamenten, Wohnraum, Heizungs- oder Baumaterial und an Nahrung. Extreme Witterungsbedingungen und die Mißernten von 1946 verschlimmerten die Leiden bis weit in die Nachkriegszeit hinein.²⁸ Darüber hinaus mangelte es in den beteiligten Verwaltungen nach den Aderlässen der dreißiger und vierziger Jahre an qualifiziertem Personal, um die detaillierten Moskauer Befehle und Anregungen umzusetzen. Hinsichtlich der Kriegsgefangenen war die – häufig schlecht koordinierte – Tätigkeit von fünf bis sechs Dienststellen relevant. Das Zentrum wiederum

Weiterleitung sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener in frontnahen Gebieten 1941 bis 1945. Eine vergleichende Analyse, in: Klaus-Dieter Müller u.a. (Hrsg.), *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1956*, Dresden 1998, S. 107–128, hier: S. 115.

²⁵ Ralf Possekel, Einleitung: Sowjetische Lagerpolitik in Deutschland, in: Sergej Mironenko u.a. (Hrsg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998, S. 15–110, hier: S. 51 f.; Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 59–62. Zur Stavka vgl. die von Zolotarev verantworteten Editionen zu den Jahren 1941 bis 1945, die in der bereits zitierten Serie *Russkij archiv* erschienen sind.

²⁶ Abgedruckt u.a. in: Konasov, *Sud'by*, S. 72–75.

²⁷ Schriftlicher Bericht Kruglows an Stalin, Molotov, Berija u.a. vom 24. 5. 1950, in: Zolotarev (Red.), *Inostrannyje voennoplennyye*, S. 916–921, hier: S. 916 f. Zu den hier präsentierten Zahlen vgl. Abschnitt IV.

²⁸ Vgl. Elena Zubkova, *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46*, in: *VfZ* 47 (1999), S. 363–383.

ließ es an flächendeckenden Kontrollen und wirksamen Hilfen für die Lager in den Regionen fehlen. Erst 1947/48 stabilisierten sich Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Gefangenen auf vergleichsweise hohem Niveau.²⁹ Dazu trugen nicht zuletzt die Massenrepatriierungen kranker und invalider Gefangener seit 1945 bei: Die unter anderem durch Arbeiten in der Eisen- und Weißmetallurgie, im Bergbau und bei der Asbestgewinnung ausgelaugten Gefangenen belegten nach Ansicht des Innenministeriums nur „gute Unterkünfte“ und verursachten „wirtschaftlich nicht zu vertretende“ Ausgaben.³⁰

Dem Ziel eines möglichst umfassenden Arbeitseinsatzes wurden auch weite Teile der politischen Massenarbeit dienstbar gemacht. Gefangene hatten ihre Abkehr vom Nationalsozialismus ebenso durch Bestleistungen an der „Wiedergutmachungsfront“ zu dokumentieren wie ihren Wunsch, zukünftig in Frieden mit der Sowjetunion zu leben. Eine weitere Möglichkeit, guten Willen zu zeigen, bot die aktive und laute Distanzierung von nationalsozialistischen Kriegs- und Gewaltverbrechen: In deren Verfolgung sah die politische Führung eine dritte Säule ihrer Kriegsgefangenenpolitik.

Die hier nur angerissenen Hauptziele sowjetischer Politik – Arbeitseinsatz, Re-education und Verfolgung von Kriegsverbrechen – waren legitim und liefen dem Völkerrecht nicht zuwider. Sie wurden im Grundsatz auch von den Westalliierten geteilt bzw. gebilligt. Dieser Gleichschritt fand zunächst in der Moskauer Erklärung über Grausamkeiten ihren Ausdruck. Roosevelt, Stalin und Churchill kündigten hierin am 30. Oktober 1943 an, daß „jene deutschen Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nazipartei, die für [...] Grausamkeiten, Massaker und Exekutionen verantwortlich gewesen sind oder an ihnen zustimmend teilgehabt haben, nach den Ländern zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten ausgeführt wurden, um gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder und der freien Regierungen, welche in ihnen errichtet werden, vor Gericht gestellt und bestraft zu werden“.³¹ Der Arbeitseinsatz von Gefangenen weit über Kriegsende hinaus war ebenso alliierter Konsens. Eine Kontrollratsdirektive stellte Ende 1945 die Repatriierung der Deutschen zunächst einmal ins Ermessen der einzelnen Gewahrsamsmächte.³² Im Frühjahr 1947 verständigten sich die vier Außenminister in Moskau dann auf den Dezember 1948 als Endtermin aller Repatriierungen: Schon damit standen der UdSSR immerhin dreieinhalb Jahre lang zusätzliche Arbeiter zur Verfügung.³³ Diese Frist deckte sich im übrigen mit Vorstellungen, die innerhalb der Kriegsgefangenenverwaltung und einzelnen Wirtschaftsministerien 1945/1946 entwickelt worden waren.³⁴ Daneben stand schließlich für alle Sieger außer Frage, daß eine politische Umerziehung der Kriegsgefangenen – wie der Deutschen überhaupt – wünschenswert und machbar war.³⁵

²⁹ Ergebnisse der monatlichen Kommissionierungen, 1943 bis 1950, RGVA, f. 1p, op. 17z, d. 5.

³⁰ Verordnung des Ministerrats Nr. 1571-414ss vom 16. 5. 1947 und Schreiben Kruglows vom 28. 4. 1947 an Molotov, GARF, f. 5446, op. 49a, d. 3308, l. 11; ebenda, op. 2, d. 172, ll. 215 ff.

³¹ Zit. nach Gerd R. Ueberschär, *Ausgewählte Dokumente und Übersichten zu den alliierten Nachkriegsprozessen*, in: Ders. (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, Frankfurt a. M. 1999, S. 285 f. Die Erklärung war integraler Bestandteil des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 vom 20. 12. 1945, ebenda, S. 295.

³² Kontrollrats-Direktive Nr. 18 über Entlassung und Auflösung der deutschen bewaffneten Kräfte vom 12. 11. 1945. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Berlin 1945, S. 43 ff.

³³ Pravda, 25. 4. 1947, in: Konasov, *Sud’by*, S. 198.

³⁴ Entwurf des Stellv. NKVD, Černyšev, an Berija, ohne Unterschrift, Juli 1945, und ungezeichneter Entwurf von Februar 1946, RGVA, f. 1p, op. 5i, d. 14, ll. 236 ff. und ll. 242 ff.

³⁵ Vgl. Arthur L. Smith, *The War for the German Mind. Re-Educating Hitler’s Soldiers*, Oxford 1996.

Die Realisierung der einzelnen Absprachen und Vereinbarungen wurde in der UdSSR allerdings, wie bereits hinsichtlich der völkerrechtlichen Grundnormen dargestellt, von spezifisch stalinistischen Konnotationen, Methoden und Interpretationen bestimmt. Diese eigene Ausformung sprengte auch den Rahmen gesamtallierter Vereinbarungen. Damit liefen westliche Grundannahmen ins Leere, und hinter gemeinsam formulierten Politikzielen zeichneten sich schnell unvereinbare Positionen im Lager der Sieger ab. Diese Entwicklungen lassen sich für alle Bereiche sowjetischer Kriegsgefangenenpolitik nachvollziehen.

IV

Dabei liefert gerade der Arbeitseinsatz von Gefangenen auf unterschiedlichen Ebenen vielfältige Beispiele für die systemabhängige Ausgestaltung der Kriegsgefangenenbehandlung in der UdSSR. Das Vorbild lieferte der GULag, der seit 1941 zugleich Personal und Berater für die neu geforderte Kriegsgefangenenverwaltung stellte. So orientierte sich die UPVI/GUPVI in der Organisation der Kriegsgefangenenarbeit am GULag: Wirtschaftsunternehmen und Lagerverwaltungen schlossen vor Ort Verträge über den Einsatz der Lagerbelegschaften ab.³⁶ Die Abschlüsse gründeten nicht auf eigener Initiative von Lagern oder Fabriken. Ihnen gingen Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) oder des Rats der Volkskommissare (respektive Ministerrats) voran, die einzelnen Fachministerien und deren Unternehmen bestimmte Kontingente von kriegsgefangenen Arbeitern zuwies. Somit stellten die Kriegsgefangenen in den Moskauer Wirtschaftsplänen neben verurteilten Sowjetbürgern oder internierten und zur Arbeit in die UdSSR deportierten Ausländern ein weiteres Reservoir an Zwangsarbeitern dar.

Die standardisierten Verträge regelten detailliert Pflichten und Rechte der beteiligten Unternehmen und Lagerverwaltungen. Letztere trugen grundsätzlich die Verantwortung für einen effektiven organisatorischen Ablauf sowie Arbeitsdisziplin, -moral und -fähigkeit der Gefangenen, während die Unternehmen für Versorgung und Unterbringung der Arbeiter zu sorgen, Transportmittel zu stellen und den notwendigen Arbeitsschutz zu gewährleisten hatten. Darüber hinaus zahlten sie Arbeitslöhne und Gebühren, die in den Lagern mit den Kosten für die Verwahrung der Gefangenen verrechnet wurden. Für die Gefangenen selbst war in diesem Vertragssystem die Koppelung der Verpflegung an die Erfüllung von Arbeitsnormen ausschlaggebend. Die genauen und hohen Vorgaben erfolgten dabei in der sowjetischen Wirklichkeit häufig unabhängig von der individuellen Verfassung oder Ausbildung der Gefangenen und stellten die katastrophalen Arbeitsbedingungen kaum in Rechnung. Vielmehr gaben die Arbeitsoffiziere in den Lagern, die Unternehmen und in deren Verlängerung die kriegsgefangenen Brigadiere den Moskauer Druck zur Planerfüllung direkt an die gefangenen Arbeiter weiter: Das NKVD „verpflichtete“ sie per Befehl, ihren Lebensunterhalt zu hundert Prozent zu verdienen.³⁷ Mißstände in der Arbeitsorganisation wie Material- oder Werkzeugmangel oder die langjährige faktische Arbeitsunfähigkeit unterernährter Gefangener wurden bei dieser Befehlslage

³⁶ Befehle NKVD Nr. 00675 vom 6. 4. 1943 und Nr. 0249 vom 29. 9. 1945, RGVA, f. 1p, op. 37a, d. 1, ll. 122 ff.; d. 2, ll. 87 ff. Zum GULag vgl. Ralf Stettner, „Archipel GULag“: Stalins Zwangslager – Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928–1956, Paderborn 1996, S. 294–297.

³⁷ Befehl NKVD Nr. 0249 vom 29. 9. 1945, RGVA, f. 1p, op. 37a, d. 1, ll. 122 ff.

eher kaschiert als behoben: Normbetrug und Pfusch am Bau sowie die völlige Auszehrung ganzer Lagerbelegschaften waren die Folgen. So mußte noch Anfang 1947 in allen Kriegsgefangenenlagern der Notstand ausgerufen werden. Die Arbeitsanforderungen wurden kurzfristig erheblich reduziert, um im letzten Moment ein neuerliches Massensterben der Gefangenen zu verhindern.³⁸ „Der körperliche Verfall der Kriegsgefangenen erklärt sich aus der Ausnutzung der Kriegsgefangenen [...] entgegen ihrem Gesundheitszustand, der Erhöhung der [Arbeits-]Kategorie bei der Kommissionierung, der späten Entdeckung Kranker und deren später Hospitalisierung, der Ausdehnung des Arbeitstags auf zehn bis elf Stunden, aus Arbeit in drei Schichten ohne die notwendige Erholung und durch die Absenkung des Kaloriengehalts bei großer Arbeitsbeanspruchung“, faßte die GUPVI schließlich im Oktober 1947 ihre Erfahrungen aus dem gut fünfjährigen intensiven Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen zusammen.³⁹

Daher verwundert es nicht, daß die Kriegsgefangenenverwaltung nur für das Jahr 1949 eine positive Kostenbilanz aller Gefangenen aufwies. Das heißt, daß nur in diesem Jahr die arbeitsabhängigen Bruttoeinnahmen der Lager die Ausgaben für Versorgung, Bewachung oder Transporte der Gefangenen überwogen. Im Gesamtergebnis der Jahre 1943 bis 1949 erwirtschaftete man dagegen ein sattes Minus in Höhe von rund 4,2 Milliarden Rubeln. Die GUPVI verzichtete in ihrer Endabrechnung wohlweislich darauf, dieses Ergebnis auszuweisen⁴⁰ – Innenminister Kruglov sprach in seiner Erfolgsbilanz, die er im Mai 1950 unter anderem Stalin, Molotov und Berija vorlegte, sogar schönfärberisch wenn nicht irreführend von 16,7 Millionen Rubel Einnahmen aus der Kriegsgefangenenarbeit, „die zur Deckung der Ausgaben für ihre Verwahrung“ aufgewendet worden seien.⁴¹ Die Einbeziehung der Jahre 1941/42 und der Arbeitsleistungen von gut 20 000 Gefangenen, die über 1949 hinaus bis 1955/56 in der UdSSR verblieben, erhöht im übrigen das Gesamtdefizit auf rund 4,3 Milliarden Rubel.

Der Anteil deutscher Gefangener an der „Wiedergutmachungsarbeit“ wurde in den sowjetischen Akten nie eigens ausgewiesen und läßt sich anhand der Lagerbelegungen nur annäherungsweise schätzen: Sie leisteten ca. 62 Prozent der Manntage aller Kriegsgefangenen und konnten damit etwa 11,2 Milliarden Rubel – knapp 65 Prozent der Gesamteinnahmen 1941 bis 1955 – verdienen. Ihr Defizit betrug demnach rund 2,2 Milliarden Rubel.⁴²

Der Gewinn, den die UdSSR aus der Gefangenenarbeit zog, lag daher vor allem darin, den immensen Mangel an Arbeitern an sich zu beheben. So lag der Anteil kriegsgefangener Arbeiter in 30 Oblasten beim Ministerium für Schwerindustrie bei über 25 Prozent, in einzelnen Unternehmen anderer Ministerien mitunter gar bei 80 bis 90 Prozent.⁴³ Der stete Arbeitskräftebedarf gab daher auch den Ausschlag dafür, daß die UdSSR sich intern sehr frühzeitig von den bereits erwähnten Repatriierungsabsprachen der Moskauer Außenministerkonferenz distanzierte: Der Stellvertretende Innenminister Ivan Serov kündigte

³⁸ Direktiven MVD Nr. 2 vom 7. 1. und Nr. 22 vom 28. 1. 1947, RGVA, f. 1p, op. 5i, d. 14, l. 12; GARF, f. 9401, op. 12, d. 250, l. 194.

³⁹ Aufzeichnung des Stell. Leiters der GUPVI, Generalmajor Ratušnyj, vom 10. 10. 1947, RGVA, f. 1p, op. 15a, d. 280, ll. 29 ff.

⁴⁰ RGVA, f. 1p, op. 10i, d. 1, ll. 1 ff.

⁴¹ Schriftlicher Bericht vom 24. 5. 1950, in: Zagorul'ko (Red.), Voennoplennye v SSSR, S. 916–920, Zitat S. 916.

⁴² Vgl. hierzu ausführlich: Hilger, Deutsche Kriegsgefangene, S. 380–388.

⁴³ RGVA, f. 1p, op. 10i, d. 137 ff.

schon im Mai 1948 den Lagerverwaltungen und Innenministern der Republiken an, daß sich 1949 „nur noch kriegsgefangene Deutsche der 1. und 2. Arbeitskategorie“ in den Lagern befinden würden.⁴⁴ Im Zentrum rechnete man zu diesem Zeitpunkt mit rund 420 000 Deutschen, die erst 1949 zur Repatriierung anstünden: Belegungsangaben der GUPVI nennen zum 1. Januar 1949 schließlich 430 670 deutsche Wehrmatsangehörige in Lagern, Spezialhospitälern und Arbeitsbataillonen der UdSSR.⁴⁵

Vor diesem Hintergrund spiegelt deren Verteilung auf die sowjetischen Fachministerien zugleich verläßlich wirtschaftliche Prioritäten der Sowjetunion: Während des Krieges und auch danach absorbierten durchweg Bauarbeiten, vorrangig von Industrieanlagen und Verkehrswegen, sowie der Energiesektor – inklusive Kohlebergbau – die größten Arbeitskontingente, während Wohnungsbau oder Landwirtschaft nur geringe Kontingente zur Verfügung hatten. So knüpfte auch im Wirtschaftssektor die antiimperialistische Positionierung nach 1945 direkt an die Kriegsanstrengungen an.

Daneben verweist die hohe Zahl von Gefangenen, die u.a. beim Straßen-, Anlagen- oder Eisenbahnbau an den bestehenden Ministerien vorbei unter direkter Kontrolle von NKVD-/MVD-Verwaltungen eingesetzt wurden, auf die Machtstellung des Innenministeriums, das im stalinistischen Apparat stetig Kompetenzen und Einfluß ausweiten konnte. In der Rüstungsindustrie dagegen kamen Gefangene vor allem in den Kriegsjahren zum Einsatz, mitunter gegen das ausdrückliche Verbot des Völkerrechts auch zur Produktion von Waffen oder Munition.⁴⁶ Angesichts der zukünftigen Repatriierung von Gefangenen und dem zu Recht vorausgesetzten Interesse westlicher Aufklärungsdienste an deren Wissen über die UdSSR⁴⁷ reduzierten MVD/MGB in der Nachkriegszeit schnell die Einsatzfelder von Gefangenen: Ab April 1946 war ihre Tätigkeit in verteidigungspolitisch brisanten Bereichen verboten.⁴⁸

Die kompromißlose Verfolgung der weiten, ideologisch mitbegründeten wirtschaftspolitischen Ziele wurde auch in der Kriegsgefangenenpolitik weniger mit positiven Anreizen – wenn man beschränkte Verpflegungszuschläge und bevorzugten Wäschewechsel denn dazu zählen will –, als mit repressiven Maßnahmen betrieben. Hierfür standen harsche, an das Statut der Roten Armee angelehnte Disziplinarmaßnahmen und das allgemeine sowjetische Strafrecht zur Verfügung. Es war durch äußerst harte Strafen charakterisiert, die beispielsweise wegen Normuntererfüllung oder angeblicher Simulation verhängt wurden. Aufgrund der hohen Ideologisierung der Justiz stufen die operativen Ermittlungsorgane des NKVD/MVD und in ihrem Vollzug die Militärrichter derartige Vergehen durchaus auch als politisch motivierte „konterrevolutionäre“ Verbrechen ein und strafte die Gefangenen entsprechend härter – im Einzelfall gar mit dem Tode – ab.⁴⁹ Die zu Haftstrafen verurteilten deutschen Kriegsgefangenen verbüßten diese bis 1950 durchweg in Lagern

⁴⁴ Telegramm vom 26. 5. 1948, in: *Inostrannye voennoplennye*, S. 477 f.

⁴⁵ RGVA, f. 1p, op. 01e, d. 46, 67, 70-74, 134.

⁴⁶ Vgl. insgesamt Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 192-201.

⁴⁷ Spätestens 1947 waren SMAD/MID über entsprechende Verhöre in Westdeutschland unterrichtet (AVP, f. 456, op. 4, d. 19, p. 13, l. 127; op. 6, p. 36, ll. 213 ff.). Vgl. Paul Maddrell, Einfallstor in die Sowjetunion. Die Besetzung Deutschlands und die Ausspähung der UdSSR durch den britischen Nachrichtendienst, in: *VfZ* 51 (2003), S. 183-228, hier: S. 188-196.

⁴⁸ Direktive MVD/MGB Nr. 77/29ss vom 2. 4. 1946, GARF, f. 9401, op. 1, d. 214, l. 77.

⁴⁹ Vgl. Cordula Wohlmuther, Lageralltag und Strafjustiz, in: Andreas Hilger u.a. (Hrsg.), *Sowjetische Militärtribunale*, Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941 bis 1953, Köln 2001, S. 145-175.

des Gulag. Um die 20 000 deutsche Kriegsgefangene – von insgesamt ca. 34 000 Verurteilten insgesamt – mußten so das Lagersystem kennenlernen, das untrennbar mit dem Stalinismus verknüpft ist.

V

Dem Großteil der erwähnten 34 000 verurteilten Deutschen wurden indes Kriegs- und Gewaltverbrechen zur Last gelegt. Dabei hat die sowjetische Justiz der 40er und 50er Jahre dem Anspruch auf justizielle Aufarbeitung deutscher Verbrechen nur selten Genüge getan.⁵⁰ Ihre Urteile fußten häufig nur auf Geständnissen der Angeklagten, die in oft brutalen Verhören erpreßt worden waren, oder sie wurden aufgrund der Zugehörigkeit der Gefangenen zu einzelnen Einheiten und Dienststellen gefällt. Individuelle Schuld wurde den Angeklagten dagegen kaum einmal wirklich nachgewiesen. Es war bezeichnend für die Justiz unter Stalin, daß die Verfahren gegen Kriegsgefangene auf höchster politischer Ebene vorbereitet bzw. angeordnet und überwacht wurden. Dabei knüpfte vor allem die propagandistische Inszenierung von insgesamt 18 Schauprozessen, die 1943 sowie 1945 bis 1947 in sowjetischen Großstädten durchgeführt wurden, an Erfahrungen der 30er Jahre an. Die öffentlichen Verhandlungen gegen Kriegsgefangene sollten In- und Ausland das sowjetische Durchsetzungsvermögen demonstrieren und in Absetzung von (west-)alliierten Verfahren das sowjetische Täterverständnis, das weit über Nürnberg hinausging, propagieren. Zugleich präsentierten sie ausländische Schuldige an der Nachkriegsmisere im Land und mobilisierten Apparate und Publikum zu erneuter Wachsamkeit gegen den inneren und äußeren „Feind“. Tschekisten und Militärjuristen vermuteten beispielsweise gerade hinter der Tätigkeit deutscher Aufklärer oftmals direkte Kooperation von „spionierenden“ Besatzern und einheimischen „Vaterlandsverrätern“. Das Interpretationsmuster selbst fand noch während des Krieges seinen Ausdruck im Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943 „Über Maßnahmen zur Bestrafung der deutschen faschistischen Übeltäter, schuldig der Tötung und Mißhandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und der gefangenen Rotarmisten, der Spione, der Verräter der Heimat unter den sowjetischen Bürgern und deren Mithelfern.“⁵¹ Der Ukaz, den Stalin selbst initiiert und redigiert hatte, wurde während der Befreiung sowjetischen Territoriums rücksichtslos zur Säuberung der wieder eroberten Gebiete von tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen „antisowjetischen Elementen“ unter der Zivilbevölkerung und erst nach 1945 intensiv zur Aburteilung von Kriegsgefangenen genutzt.⁵² Im April 1949 wiesen MVD und Militärstaatsanwaltschaft ihre Bezirks-Militärtribunale wiederum an, Angehörige unter anderem der Abwehr oder der für die Feindaufklärung zuständigen Stabsabteilungen Ic als Spione oder Helfershelfer der internationalen Bourgeoisie (Art. 68-6 und Art. 58-4 StGB RSFSR) abzuurteilen.⁵³

⁵⁰ Vgl. Hilger, Faustpfand, S. 215–221.

⁵¹ GARF, f. 7523, op. 67, d. 6, ll. 5 f.

⁵² Vgl. Andreas Hilger/Nikita Petrov/Günther Wagenlehner, Der „Ukaz 43“: Entstehung und Problematik des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943, in: Andreas Hilger u.a. (Hrsg.), Sowjetische Militärtribunale, Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941 bis 1953, Köln 2001, S. 177–209.

⁵³ Verfügung MVD/Militärstaatsanwaltschaft Nr. 188/62ss vom 1. 4. 1949, GARF, f. 9401, op. 12, tem.sb. 205, t. 16, l. 84, zit. nach der Kopie im Archiv des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung.

Auf der anderen Seite fürchteten Partei und Staatssicherheit schon 1945/1946 das militärische Bündnis eines faschistisch verseuchten Deutschlands mit den kapitalistischen Siegermächten. So registrierte das NKVD im August 1945, daß „reaktionär gesonnene“ Kriegsgefangene – vor allem Offiziere – angeblich erneut Militärkader auswählten, „die bereit sind, am Wiederaufbau der deutschen Armee teilzunehmen“.⁵⁴ Wenige Monate später informierte das MVD ZK-Sekretär Ždanov, daß „faschistische Gruppen“ „Propaganda für die Orientierung auf die Westmächte und für eine Aggression gegen die Sowjetunion in einem Block mit Großbritannien und den USA“ betreiben würden.⁵⁵

Die ideologisch ausgeformte Perzeption der Weltsituation beeinflusste somit auch die strafrechtliche Verfolgung deutscher Kriegsgefangener. Die Strafjustiz gegenüber den ehemaligen Wehrmachtssoldaten degenerierte in den Folgejahren immer mehr zu einem bloßen außen- und sicherheitspolitischen Instrument. Ihren Höhepunkt erreichte die Entwicklung im Herbst 1949, wenige Monate vor dem von der UdSSR einseitig festgesetzten neuen Endtermin der Repatriierungen Deutscher und im Umfeld der Gründung der DDR. Die Bitte der SED, „bis Ende 1949 alle Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion“ zu entlassen, blieb ohne Einfluß auf die sowjetische Entscheidungsfindung:⁵⁶ Den Abschluß der Repatriierungen bis zum 31. Dezember 1949 hatte Moskau schon seit Jahresbeginn im Auge,⁵⁷ und von den anstehenden Massenverurteilungen ließ sich Stalin auch durch die Gründung der DDR nicht abhalten.

Das Politbüro der VKP(b) beauftragte interministerielle Kommissionen aus Vertretern von MVD, MGB und der Militärstaatsanwaltschaft, über Entlassung oder Verurteilung von rund 37 000 deutschen Kriegsgefangenen zu entscheiden, darunter 1 719 Mitarbeiter von Abwehr, Gestapo, SD, GFP usw., 12 869 Angehörige der SS, 4 488 Mitglieder der SA sowie 10 299 Angehörige sogenannter belasteter Einheiten. Herr der Auswahlverfahren waren die Vertreter von Innenministerium und Staatssicherheit. Die Staatsanwaltschaft hatte schon in früheren Verfahren die Überstellung von Gefangenen durch die operativen Organe an Militärtribunale nur formal sanktioniert, ohne Einfluß auf die Anklage ausüben zu können.⁵⁸ Nachdem man sich in Moskau auf der Grundlage wöchentlicher Zwischenberichte ein Bild der regionalen Kommissionsentscheidungen gemacht hatte, griffen Kruglov und Staatssicherheitsminister Abakumov persönlich ein. In einer gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft erlassenen Direktive verboten sie sich die Repatriierung von Kriegsgefangenen, „die in der SS sogar auf Kommandeursposten gedient haben, von Mitarbeitern der Straf- und Aufklärungsorgane [und] von revanchistisch gesonnenen Offizieren, die ihren Wohnsitz in den westlichen Zonen Deutschlands haben“ auch dann, wenn ihnen eine „konkrete verbrecherische Tätigkeit“ nicht nachgewiesen werden könne.⁵⁹ Die

⁵⁴ Direktive NKVD Nr. 136s vom 15. 8. 1945, GARF, f. 9401, op. 1a, d. 192, ll. 21 f.

⁵⁵ Schreiben vom 15. 6. 1946, zit. nach Leonid Rešin, Feldmarschall im Kreuzverhör. Friedrich Paulus in sowjetischer Gefangenschaft 1943–1953, Berlin 1996, hier: S. 193 f.

⁵⁶ Brief der SED-Delegation an Stalin vom 19. 9. 1949 und Antwort von „M.“ vom 27. 9. 1949, in: Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 31995, S. 243–252.

⁵⁷ Beschluß des Ministerrats Nr. 751–287ss vom 19. 2. 1949, GARF, f. 5446, op. 51a, d. 5011, ll. 47 f.

⁵⁸ Verfügung MVD Nr. 389 vom 16. 6. 1949, GARF, f. 9401, op. 1a, d. 333, l. 16–19ob. Verweigerten Staatsanwälte vor Ort „fälschlicherweise“ die Sanktionierung, so – das geht aus dieser Instruktion hervor – wandten sich die Organe an das MVD der UdSSR, „damit diese Frage im Zentrum entschieden werde“.

⁵⁹ Verfügung MVD/MGB/Staatsanwaltschaft Nr. 746/364/213ss vom 29. 11. 1949, GARF, f. 9421, op. 1, d. 44, l. 46, hier zitiert nach der Kopie im HAIT-Archiv.

Ermittlungsorgane und die Militärtribunale hatten sich daher mit Artikel 17 des russischen Strafgesetzbuchs zu behelfen, nach dem auch „Anstifter und Gehilfen“ wegen begangener Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden konnten.⁶⁰ Bei SS-Offizieren, dem Personal von KZs oder Kriegsgefangenenlagern sowie Mitarbeitern deutscher Gerichte, der Polizeibehörden oder Staatsanwaltschaften hatte dieser Artikel die Verurteilung als Kriegsverbrecher (nach Ukaz 43), bei Mitarbeitern der Aufklärungs- und Abwehrorgane die als Spion (Art. 58,6 StGB) zu ermöglichen. Generell waren nach Moskauer Ansicht frühere, anderslautende Entscheidungen der örtlichen Kommissionen hinsichtlich „revanchistisch gesonnener Kommandeure“ „unter Berücksichtigung der Unzweckmäßigkeit der Repatriierung“ noch einmal zu überdenken.⁶¹ Kommissionen und Gerichte reagierten prompt. Unter dem Einfluß der Sicherheitsoffiziere, stets präsenter Bedrohungsvorstellungen und aufgrund direkter Anleitung durch die Spitzenbürokraten in Moskau wurden die angeblichen Justizfälle nur noch nach sicherheitspolitischer Opportunität entschieden. Das Resultat der (an)laufenden Verurteilungen hat die Erwartungen von MVD, MGB und des Politbüros schließlich weit übertroffen: Zum 1. Januar 1950 befanden sich neben 10 278 Gefangenen, die bis 1949 verurteilt worden waren, plötzlich 13 603 Neuverurteilte sowie 7 112 Gefangene, gegen die noch Untersuchungsverfahren mit gewissem Ausgang liefen, in der UdSSR. Daher berieten die höchsten Vertreter von Justiz und Sicherheitsdiensten mit Molotov nun über die Repatriierung von einigen Tausend Gefangenen, die gerade erst verurteilt worden waren oder sich in Untersuchungshaft befanden.

Die in den Akten genannten justizfremden Kriterien für eine vorzeitige Entlassung aus Untersuchungs- und Strafhaft unterstreichen die ideologisch unterfütterte und außenpolitisch motivierte Instrumentalisierung der stalinistischen Justiz: Insgesamt konnten nach Ansicht Kruglovs (Innenministerium), Abakumovs (Staatssicherheitsministerium), Vyšin-skijs (Außenministerium), Goršenins (Justizministerium) und Safonovs (Generalstaatsanwalt) rund 17 500 verurteilte und unverurteilte Gefangene sofort entlassen werden. Der Entlassung von rund 18 000 Häftlingen standen nach Ansicht dieser Kommission konkrete Kriegs- bzw. politische Verbrechen gegen die UdSSR entgegen. Bei ca. dreieinhalbtausend Offizieren und Staboffizieren, die Ende 1949 wegen ihrer Zugehörigkeit zu SS, Justizorganen oder Aufklärungseinheiten der Wehrmacht verurteilt oder angeklagt worden waren, kam dagegen der Umstand zum Tragen, daß sie „als Kader für die deutsche Armee und ihre Aufklärungsorgane, die von den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten wieder erneuert werden“, oder für andere „verschiedene Formationen gegen die Sowjetunion benutzt werden können“.⁶²

Eine analoge Mischung strafpolitischer und justizfremder Motive griff auch bei der in gesonderten Direktiven geregelten Verfolgung der Generalität. Stalin wurde am 12. Januar 1950 darüber informiert, daß von insgesamt 202 Generälen 57 wegen Kriegs- und Gewaltverbrechen verurteilt worden waren und gegen 51 entsprechende Ermittlungen liefen. MVD und MID schlugen gleichzeitig vor, nur 23 Generäle nach Deutschland zu repatriieren sowie 59 wegen „revanchistischer“ Ansichten und Aussagen hinter Gitter zu

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda. Zu den genannten Rechtsnormen vgl. wiederum das Strafgesetzbuch der RSFSR in der Übersetzung von Wilhelm Gallas.

⁶² Schreiben an Molotov vom 2. 2. 1950, GARF, f. 9401, op. 2, d. 270, ll. 35–53.

bringen.⁶³ Das Politbüro folgte im März 1950 diesem Plan mit geringfügigen Änderungen.

Unter den nach 1950 zurückgehaltenen „Revanchisten“ befand sich auch General von Seydlitz. Ihn konnten selbst ehemalige Meriten im Bund Deutscher Offiziere (BDO) nicht vor einem Verfahren bewahren. Im Gegenteil: Es gibt guten Grund anzunehmen, daß die offene Kritik, die Seydlitz spätestens ab 1945 an der sowjetischen Deutschland- und Außenpolitik übte, dazu führte, daß ihn das Politbüro als „reaktionär“ und „revanchistisch“ einstufte und daher als „Kriegsverbrecher zu 25jähriger Haft verurteilen ließ.⁶⁴ Vorwürfe einer Stalingrader Untersuchungskommission, die 1943 von Seydlitz auf eine Kriegsverbrecher-Liste gesetzt hatte, spielten hierbei keinerlei Rolle mehr.⁶⁵

VI

Die enge Verbindung von Repression und politischer Erziehung und Agitation, wie sie im Fall Seydlitz anklingt, war ein typisches Merkmal der sowjetischen Ausformung von Re-education. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die Gefangenen von den Vorteilen der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu überzeugen. Die Schulungen krankten nicht nur an der mitunter massiven, offenen Unterdrückung Andersdenkender oder der nahezu sprichwörtlichen Besserstellung⁶⁶ der Antifaschisten in den Lagern, die Opportunismus und Liebedienerei Tür und Tor öffnete. Die häufig primitiv-holzschnittartigen Agitations- und Propagandaveranstaltungen zeichneten zudem ein Bild der UdSSR, das in kaum einem Punkt der erlebten Realität inner- und außerhalb der Lager entsprach.⁶⁷ Daneben wurden die Schulungen auf konzeptioneller und organisatorischer Ebene durch Konkurrenz und Unverträglichkeit zwischen den beteiligten bzw. interessierten Apparaten erschwert.⁶⁸ Letztlich setzten sich jeweils kurzfristige bzw. eindimensionale Interessen durch: Im Kriege nutzte die Rote Armee Aktivisten vorrangig zur Zersetzung der Wehrmacht. Das NKVD seinerseits mühte sich spätestens ab 1943, innerhalb der Antifa „Agenturen“ für Stimmungsberichte, für die Sammlung von gezieltem Belastungsmaterial gegen Kriegsverbrecher und als Perspektivagenten für die Nachkriegszeit zu gewinnen.⁶⁹ Parallel dazu, und nach dem Krieg nahezu exklusiv, hatten die Antifaschistischen Aktive die „Wiedergutmachungsarbeit“ zu rechtfertigen und Höchstleistungen zu propagieren. Die Konzentration auf den Arbeitseinsatz habe die politische Arbeit unter den Gefangenen erschwert, konzidierte die GUPVI 1949.⁷⁰

⁶³ Schreiben Kruglov/Vyšinskij Nr. 128/k, in: Konasov, *Sud'by*, S. 221–223.

⁶⁴ Vgl. Leonid Reschin, *General zwischen den Fronten. Walter von Seydlitz in sowjetischer Kriegsgefangenschaft und Haft 1943–1955*, Berlin 1995.

⁶⁵ Aus dem NKVD-Archiv Stalingrad (Wolgograd) 1943–1955, Wolfsburg 1993, S. 103–109.

⁶⁶ Gefangene sprachen aufgrund der zusätzlichen Verpflegung von „Kaschisten“ (von russ. Kaša: Brei, Grütze).

⁶⁷ Vgl. insgesamt: Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 221–254; Gert Robel, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa*, Bielefeld 1974.

⁶⁸ Jörg Morré, *Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946*, München 2001; Gerd Ueberschär (Hrsg.), *Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere*, Frankfurt a. M. 1995.

⁶⁹ Schriftlicher Bericht Kruglows an Stalin, Molotov, Berija u.a. vom 24. 5. 1950, in: Zagorul'ko (Hrsg.), *Voennoplennye v SSSR*, S. 916–921, hier: S. 919 f.

⁷⁰ Bilanz der politischen Arbeit mit Kriegsgefangenen, RGVA, f. 1p, op. 23a, d. 8, hier: l. 31.

Unter der Vorrangstellung der Wirtschaft litten auch alle weitergehenden Pläne deutscher Exilkommunisten, die unter den Gefangenen zukünftige Kader eigener Deutschlandpolitik rekrutieren wollten.⁷¹ KPD/SED erhielten zudem nie Einfluß auf den Inhalt sowjetischer Schulungen, und nach 1945 blieben ihre Bitten um die vorzeitige Repatriierung von Antifaschisten in der Regel erfolglos. Die UdSSR nahm generell wenig Rücksicht auf ihre neuen „Freunde“ in Ostdeutschland. Wie hinsichtlich der Antifaschisten, so ignorierte Moskau schon vor 1949 dringende Bitten der SED-Führung um die generelle Repatriierung von Kriegsgefangenen,⁷² obwohl die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und das Moskauer ZK um die Sprengkraft der Kriegsgefangenenfrage für die deutsch-sowjetischen Beziehungen wußte.⁷³ Vor diesem Hintergrund maßen Moskauer und Berliner Dienststellen der Postverbindung Gefangener mit ihren ostdeutschen Familien hohe Bedeutung bei. Trotzdem setzte sich in diesem Bereich nach 1945 das Sicherheitsbedürfnis des MVD gegen deutschlandpolitische Rücksichtnahmen durch. Entgegen sowohl internationaler Abkommen als auch der Verordnung des Ministerrats vom 1. Juli 1941 verbot es bis Ende 1947 Kriegsgefangenen den Paketempfang.⁷⁴

VII

Die knappe Darstellung wesentlicher Aspekte sowjetischer Kriegsgefangenenpolitik hat gezeigt, daß diese in wichtigen Punkten durch Mehrgleisigkeit, mitunter gar Inkompatibilität einzelner Politikziele und -strategien unterschiedlicher Apparate, durch Planwirtschaft, durch den hohen Stellenwert repressiver Maßnahmen und Strategien, allgegenwärtiges Lagerdenken und den bedenkenlosen Umgang mit Recht und Justiz geprägt wurde. Damit spiegelte sie generelle Charakteristika sowjetischer, insbesondere aber stalinistischer Politik wider. Die genannten Komponenten schlugen direkt auf das Leben der Kriegsgefangenen vor Ort durch. In Verbund mit den immensen Zerstörungen durch Krieg und Besatzung brachte diese Mischung für die Gefangenen einen jahrelangen Kampf ums Überleben mit sich. Die ganze Härte derartiger Erfahrungen läßt sich aus heutiger Perspektive kaum noch erfassen: Schilderungen von Hungerwahnsinn oder Bilder verlöschender Dystrophiekranker, die sich in vielen Heimkehrererzählungen wiederfinden, sowie frühe Berichte über Kannibalismus⁷⁵ verleihen einer Gesamtsterblichkeit von mindestens 15 Prozent, wahrscheinlich aber bis zu 30 Prozent⁷⁶, in den Lagern bedrückende Plastizität.

⁷¹ Morré, *Hinter den Kulissen*, S. 197 f.; Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 235–243.

⁷² Wladimir S. Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991*, Berlin 1995, S. 231.

⁷³ Vgl. u.a. die Dokumente in: *Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov*, hrsg. von Bernd Bonwetsch, Gennadj Bordjugov, Norman Naimark, Bonn 1998, S. 47 f., 130–137, 256–260.

⁷⁴ Schreiben Kruglov an Molotov vom 25. 9. 1947, GARF, f. 9401, op. 2, d. 173, l. 148.

⁷⁵ Vgl. zu den folgenden Ausführungen, soweit nicht anders angegeben und mit entsprechender Literatur Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 103–118, 141–172, 373–376; Robert G. Moeller, *The search for a usable past in the Federal Republic of Germany*, Berkeley 2001; Frank Biess, *Vom Opfer zum Überlebenden des Totalitarismus. Westdeutsche Reaktionen auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, 1945–1955*, in: Günter Bischof/Rüdiger Overmans (Hrsg.), *Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive*, Ternitz-Potschach, S. 365–389.

⁷⁶ Overmans, *Deutsche militärische Verluste*, S. 288 f.

Dabei hat die überwiegende Mehrheit der Gefangenen die äußerst schlechte Gesamtsituation ihrer Gewahrsamsmacht wahrgenommen und einzelnen Bewohnern konkrete Hilfe und Unterstützung hoch angerechnet. Haß und Wut auf Kriegsgefangene, wie sie sich während großangelegter Propagandamärsche in Kiew oder Moskau bzw. im Alltag vor Ort bemerkbar machen konnten, schreibt die umfangreiche Erinnerungsliteratur der westdeutschen Heimkehrer dagegen oftmals allein ideologischer Beeinflussung „von oben“ zu.⁷⁷ So werden nicht nur mögliche negative Erfahrungen sowjetischer Bürger mit der deutschen Kriegsmaschinerie und Besatzungsherrschaft als mögliche Ursachen außer acht gelassen. Die pauschalisierenden Beschreibungen dürfen auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Gefangene nur in Ausnahmefällen intensivere Kontakte zu Zivilisten knüpfen konnten: Neben der Sprachbarriere verhinderten die Wachvorschriften Beziehungen, die etwa im Arbeitseinsatz über das Notwendige hinausgegangen wären. Auch der Schwarzmarkt bot kaum Raum für wirkliches Kennenlernen, so daß man bei den allermeisten Gefangenen nicht von persönlichen Kontakten zur sowjetischen Bevölkerung ausgehen kann.

Ungeachtet dessen haben viele Heimkehrer, die sich in Westdeutschland niederließen, in ihren Berichten die bereits angeklungene, holzschnittartige Trennung zwischen „guten“ Zivilisten und „bösen“ Funktionären und Politikern vorgenommen. Der Mann auf der Straße wird als macht- und einflußlos, als Spielball einer politischen Führung, die er kaum unterstützt und für deren Politik und Verbrechen er letztlich nicht verantwortlich gemacht werden kann, geschildert. Es ließe sich nur im Einzelfall entscheiden, inwieweit hier Vorstellungen aus der Vorkriegszeit Wirkung zeigten. Die Implikationen derartiger Darstellungen für das bundesrepublikanische Selbstbild nach Hitler liegen dagegen auf der Hand, und die entsprechenden Heimkehrerberichte fügen sich nahtlos in die westdeutsche Vergangenheitspolitik und -bewältigung ein. Diese beinhaltete auch eine Opferrolle Deutscher, die Opfern deutscher Taten im Grunde wenig Raum ließ und zugleich der Aufrechnung anderer und eigener Verbrechen Vorschub leistete. Darüber hinaus rechtfertigt in derlei Berichten die Erfahrung der Gefangenschaft – kombiniert mit der aktuellen antikommunistischen Grundhaltung des Westens – den früheren Krieg gegen den Bolschewismus. Die strikte Gegnerschaft zur UdSSR stellte unabhängig von diesen weitergehenden Interpretationen eine der Kontinuitäten aus der Vor- in die Nachkriegszeit hinein dar.

In den Gefangenenlagern selbst ließen die Lebensumstände diese Grundstimmung, wenn überhaupt, dann nur in Einzelfällen in aktive Widerstandshandlungen umschlagen. Die bereits zitierten Untersuchungen zur Strafjustiz gegenüber Deutschen haben belegt, daß sich hinter den verfolgten sogenannten Lager„verbrechen“ überwiegend aus Not geborene Handlungen verbargen,⁷⁸ die das Überleben, nicht Sabotage gegen die UdSSR im Sinn hatten. Im Bereich der politischen Schulung, vor allem aber im Zusammenhang mit Gründung und Wirken des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere konnte indes tiefersitzenden Aversionen gegen die Gewahrsamsmacht offener Ausdruck verliehen werden, indem man sich der aktiven Mitarbeit verweigerte; Offiziere erinnern sich hier an wahre Grabenkämpfe um politische Positionen, die aufgrund der noch schlechteren Lebensbedingungen in den Arbeitslagern keine Rolle mehr

⁷⁷ Vgl. Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 214–219.

⁷⁸ Wohlmuther, *Lageralltag*.

spielten. Viele Heimkehrer interpretieren ihre Unempfänglichkeit gegenüber politischer Indoktrination wie ihre mitunter verstockte Uneinsichtigkeit indes unabhängig vom Dienstgrad als Widerstand gegen den totalitären Staat UdSSR. Die rechte „Haltung“ bekamen dabei vor allem die neu gewonnenen kriegsgefangenen Antifa-Aktivist*innen zu spüren, die von ihren Gegenparts noch lange nach der Gefangenschaft unterschiedslos als Opportunisten, Karrieristen oder Verräter gebrandmarkt wurden.⁷⁹

Während der Gefangenschaft versuchten allerdings nur wenige deutsche Kriegsgefangene, politischer Schulung und Agitation aktiv und nachhaltig entgegenzuwirken. Bevorzugtes Ziel dieser Bemühungen waren wiederum die deutschen Antifaschisten: Sie sollten durch Drohungen zum Austritt gezwungen werden, oder es wurde Material über sie gesammelt, um sie nach der Heimkehr möglicherweise verfolgen lassen zu können.⁸⁰ Das MVD hat derlei Aktionen ausnahmslos faschistische Motivationen unterstellt, während Heimkehrer mit nationalen oder moralischen Kategorien sowie militärischen Ehrbegriffen argumentieren. In der Rückschau lassen sich die Beweggründe im Einzelfall kaum mehr eindeutig bestimmen bzw. gewichten: Für die Masse der Gefangenen speiste sich die Frontstellung gegen die UdSSR und ihre Politik aus einem Konglomerat verschiedenartiger Überzeugungen, Grundhaltungen und Ideologien, die in unterschiedlicher Ausprägung und Gewichtung wirksam waren.

Dazu gehörte bei der überwiegenden Mehrheit der Gefangenen ein ungebrochenes Gefühl eigener, deutscher Höherwertigkeit und Überlegenheit. Diese Einstellung erschöpfte sich nicht durchweg in rassenideologischen Phantasien nationalsozialistischer Ausprägung: Den Glauben an ein enormes Kulturgefälle zwischen Deutschland und Rußland teilen nahezu alle Deutschen. Sie brachten diesen Glauben von zu Hause mit an die Front⁸¹ und bewahrten und vermittelten ihn noch lange nach der Gefangenschaft in ihren Berichten über die UdSSR und ihre Bürger.⁸² Dies hat beispielsweise dazu beigetragen, daß sich nur wenige, von Mitgefangenen und Lagerverwaltungen gleichermaßen mißtrauisch beäugte Gefangene um Grundkenntnisse der russischen Sprache bemühten. Diesem Desinteresse stehen viele Anekdoten von Heimkehrern gegenüber, die in seltsamer Verkennung der Ausgangssituation mangelnde Deutschkenntnisse ihrer Bewacher zum Gegenstand haben.

Deutsche Feindschaft oder Überheblichkeit haben die sowjetische Kriegsgefangenenpolitik zwangsläufig zusätzlich erschwert. Das gilt für den Arbeitseinsatz ebenso wie für die Verfolgung von Kriegsverbrechen. Die Gefangenen erkannten den legitimen Anspruch der UdSSR auf deren Ahndung kaum an, obwohl auch ihnen der einzigartige Charakter des Kriegs gegen die Sowjetunion deutlich vor Augen stand.⁸³ Die überwiegende Mehrheit der Gefangenen war nie bereit, der Gewahrsamsmacht bei der Aufdeckung und Ahndung von Verbrechen zuzuarbeiten: Folgt man den Heimkehrerberichten, so wurde eine derar-

⁷⁹ Vgl. Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 251–254.

⁸⁰ Direktive MVD Nr. 201 vom 29. 11. 1947, GARE, f. 9401, op. 12, d. 258, ll. 164 ff. Vgl. zu sogenannten Kameradenschinder-Prozessen der 50er Jahre Frank Biess, „Russenknechte“ und „Westagenten“. Kriegsheimkehrer und die (De)legitimierung von Kriegsgefangenschaftserfahrungen in Ost- und Westdeutschland nach 1945, in: Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 59–89.

⁸¹ Vgl. hierzu Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis, Kriegserfahrung, 1939–1945*, Paderborn 1998.

⁸² Einzelbelege bei Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 214–219, 250 f.

⁸³ Einzelbelege bei Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 289–298.

tige Kooperation nicht einmal ernsthaft diskutiert, zu starr war die Frontstellung Deutscher gegen „den Russen“ und sein Regime. Die grundsätzliche Ablehnung von Land und Leuten betraf schließlich auch, wie bereits ausgeführt, die politische Schulung. Die strikte Abwehrhaltung und Dialogunfähigkeit der Mehrheit der Gefangenen hat sich im übrigen auf die DDR übertragen, die verschiedenen Heimkehrern aus NKFD/BDO und der Antifa politische Karrieren ermöglicht hatte.

VIII

Die Rückkehr aus der Gefangenschaft und der Umgang mit persönlichen Erfahrungen unter Stalin gestaltete sich in Ost- und Westdeutschland zwangsläufig unterschiedlich. Im Westen wurde negativen Schilderungen des alten und neuen Gegners freier Lauf gewährt. Die – wenigen – positiven Gegenstimmen aus den Kreisen überzeugter Antifaschisten verhallten dagegen nahezu ungehört.⁸⁴ In einer westdeutschen Atmosphäre, in der mitunter alle Ostheimkehrer als potenziell kommunistisch dirigierte Saboteure und Agitatoren verdächtigt wurden,⁸⁵ wurde offen auftretenden Aktivisten im demokratischen Spiel der Kräfte schließlich keine Chance eingeräumt. Bis 1955 fanden über einhundert sogenannte Kameradenschinder-Prozesse vornehmlich gegen ehemalige Antifa-Aktivistinnen statt.⁸⁶ Ihnen folgten Mitte der 50er Jahre vor dem Bundesgerichtshof Verfahren gegen westdeutsche Angehörige der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, die dieser – nach Überzeugung der Anklage eine kommunistische Tarnorganisation – aufgrund früherer Schulungen in den Gefangenenlagern beigetreten waren.⁸⁷

Die Entwicklung in der SBZ/DDR verlief umgekehrt. Hier mußten antifaschistisch geschulte Heimkehrer in Versammlungen oder Berichten öffentlich ein positives Bild der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion zeichnen,⁸⁸ und sie konnten auf eine gesicherte – nicht unbedingt glänzende – berufliche Laufbahn hoffen. Doch längst nicht alle geschulten Heimkehrer fanden den Weg zur SED. Das verweist darauf, daß ein großer Anteil der ostdeutschen Heimkehrer ihre Überzeugungen der Vorkriegszeit nicht aufgegeben hatten bzw. eigene Schlüsse aus den Gefangenschaftserfahrungen gezogen hatten: „Eine Million Antibolschewisten rückt näher“, kommentierte ein KPD-Funktionär im Dezember 1945 erste Massenrepatriierungen in die SBZ,⁸⁹ und Heimkehrer von 1948 erklärten, wie ein hoher Beamter der Innenverwaltung der SBZ festhielt, „daß sie tausende Kameraden haben hungers sterben sehen, und daß sie genau wußten, weshalb und wofür sie in der letzten Zeit besser ernährt worden seien. [...] Unverkennbar war auch bei einer ganzen Anzahl von Heimkehrern eine mehr oder minder stark ausgeprägte Überheblichkeit gegenüber

⁸⁴ Vgl. die Erinnerungen von Willi Belz, *Soldat gegen Hitler. Ein Antikriegsbuch*, Köln 1987; Robel, *Die deutschen Kriegsgefangenen*, S. 291–304.

⁸⁵ Ein entsprechendes Schreiben des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer vom April 1948 zitiert Albrecht Lehmann, *Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, München 1986, S. 136 f.

⁸⁶ Biess, *Vom Opfer*, S. 376–378.

⁸⁷ Diether Posser, *Anwalt im kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968*, München 1991, hier: S. 109–129, 187.

⁸⁸ Vgl. Michael Borchard, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955*, Düsseldorf 2000.

⁸⁹ Karl Lewke an KPD Berlin, 2. 12. 1945, SAPMO, DY30/IV 2/11, Nr. 211, Bl. 3–7, zit. nach Biess, *Pioneers of a New Germany*, S. 143.

dem sowjetischen Menschen“.⁹⁰ Ein Teil der Heimkehrer hat der alten Heimat schließlich gänzlich den Rücken gekehrt: das gilt vor allem für große Kontingente der sogenannten Spätheimkehrer, die ab 1950 nach Deutschland kamen. Der größere Teil der ostdeutschen Kriegsgefangenen dagegen ist in die SBZ/DDR hineingewachsen und integriert worden. Sie haben die offizielle deutsch-sowjetische Freundschaftspropaganda wohl so stillschweigend über sich ergehen lassen, wie vorher die sowjetische Agitation. Der tönenden Freundschaft zum Großen Bruder hat die Mehrheit der ehemaligen Gefangenen trotz aller Propagandaarbeit von SED und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft allerdings nichts abgewinnen können: Die Masse der ostdeutschen Erinnerungen, die nach 1990 erschienen sind, gleicht den Schriften aus Westdeutschland, die in den 50ern publiziert wurden, aufs Haar – sie referieren mit spezifisch deutschem Blickwinkel ihre persönliche Erfahrung einer Gefangenschaft in der stalinistisch geprägten UdSSR.

In ihr hatten ideologische Grundannahmen und innere Funktionsweisen des Stalinismus auch der Kriegsgefangenenpolitik den Stempel aufgedrückt. Auf diese Weise wurden grundsätzlich legitime Zielsetzungen verzerrt, ausgehöhlt oder ins Gegenteil verkehrt: Die Arbeitsbilanz war, wie bereits erwähnt, negativ, selbst geschulte Antifaschisten zogen es häufig vor, sich nicht in der SBZ/DDR niederzulassen oder zu engagieren, und die sowjetische Justiz leistete keine überzeugende strafrechtliche Aufarbeitung von Krieg und Besatzung, sondern produzierte Tausende von Justizopfern.

Den Gefangenen selbst haben sich die ideologischen und politischen Grundlagen der UdSSR wenig erschlossen. Im Vordergrund ihrer Erfahrungen standen die Lebensbedrohung durch Hunger und Krankheit oder die Widrigkeiten von Arbeit und Antifa, die als Mischung von objektiven Kriegsfolgen und vor allem Systemmängeln interpretiert wurden. Der eigene Anteil am vorangegangenen Krieg, die Vorgeschichte der Gefangenschaft, wurde kaum oder beschönigend wahrgenommen, vermeintliche Vorkenntnisse und Vorurteile kaum hinterfragt.

Hinsichtlich der unmittelbaren Erfahrung des Stalinismus galt die ungebrochene Gegnerschaft der Deutschen zur Sowjetunion, die von politischem Antikommunismus sowie kulturellem bzw. rassistischem Überlegenheitsgefühl unterlegt war. Auf lange Sicht führten diese Komponenten sowie der Kalte Krieg dazu, daß in Westdeutschland weder Ursachen der Gefangenschaft noch wirkliche Bemühungen der UdSSR um Leib und Leben der Gefangenen gewürdigt wurden: Fundamentale Unterschiede zwischen stalinistischer und nationalsozialistischer Gefangenenpolitik gerieten so oftmals aus dem Blick. Zugleich konservierten Heimkehrer und die von ihren Berichten mitgeprägte Öffentlichkeit Meinungen und Ansichten über die UdSSR, die in den 40er und 50er Jahren gewonnen worden waren, über Stalins Tod hinaus. Der Blick für Änderungen nach 1953 blieb verstellt. Der stereotype Antisowjetismus westdeutscher Heimkehrer hat sich im Grunde erst von Gorbatschow und dem Zusammenbruch der UdSSR versöhnen lassen. Dagegen verlor die offiziell in den Gefangenenlagern begründete ostdeutsch-sowjetische Freundschaft 1989 ihr staatliches Korsett. Nachdem sich der öffentliche Umgang mit den Erfahrungen deutscher Kriegsgefangener mit dem Stalinismus bis 1989 an den Fronten, die nach 1945 aufgebrochen waren, ausrichtete, bieten die Umbrüche seit 1989/90 die Chance, differenzierten Erfahrungen nachzuspüren.

⁹⁰ Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 250.

Die Diskussion von Andreas Hilgers Vortrag auf der Stalin-Tagung

kreiste zunächst um die Frage, ob die deutschen Kriegsgefangenen die Sowjetunion tatsächlich aus einer Einstellung deutscher Überlegenheit und Höherwertigkeit heraus betrachtet hätten. Dagegen wurde eingewandt, daß es zwar das Gefühl der Überlegenheit gegeben habe, dieses sich jedoch nicht aus rassistischen Denkmustern oder ähnlichem gespeist habe, sondern schlicht eine Folge der Begegnung mit der Mangelwirtschaft des sowjetischen Sozialismus gewesen sei. Der Referent räumte ein, daß die Erfahrung eines Standards, der unter dem des eigenen Landes liege, quasi automatisch ein Gefühl der Überlegenheit hervorrufen könne. Das Problem liege aber darin, ob das als grundsätzliche Höherwertigkeit der eigenen Nation interpretiert werde. Gerade für eine solche Einstellung gebe es aber eine Fülle von Quellenbelegen, von Feldpostbriefen über Berichte unmittelbar nach der Heimkehr bis hin zu späterer Publizistik.

Zur Frage der Behandlung von entlassenen Kriegsgefangenen der Westmächte in der SBZ-DDR erklärte der Referent, es sei ein Fall bekannt, bei dem ein größeres Kontingent aus westlicher Kriegsgefangenschaft entlassener Offiziere in der SBZ erneut verhaftet und in die UdSSR verbracht worden sei. Eine wichtige Rolle hätte die westliche Kriegsgefangenschaft überdies bei der Säuberung der SED Ende der 40er Jahre gespielt, bei der sie stets zu Ungunsten der Betroffenen bewertet worden sei; eine westliche Gefangenschaft wurde darüber hinaus bei allen sowjetischen Gerichtsverfahren gegen Deutsche registriert, was sich möglicherweise in manchen Fällen nachteilig für die Angeklagten ausgewirkt habe.

Jochen Laufer

Stalins Friedensziele und die Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1953

„Klio, die Muse der Geschichte, hat es bis jetzt nicht vermocht, in den Kreml eingelassen zu werden.“¹ Diese Feststellung Isaac Deutschers aus dem Jahre 1948 hat seit dem Zusammenbruch der UdSSR leider nur teilweise ihre Gültigkeit verloren. Zwar ist die Erschließung der Quellen zur Außen- und Deutschlandpolitik Stalins seither einen großen Schritt vorangekommen, doch noch immer hat es die Geschichtswissenschaft schwer, einen systematischen und vollständigen Zugang zu den reichhaltigen Quellen der untergegangenen Weltmacht zu finden. Diese ambivalente Situation, Fortschritte und Schwierigkeiten widerspiegeln sich in der dreibändigen Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation“. Sie begleitete seit 1992 die teilweise Öffnung dieses Archivs und wäre ohne den beiderseitigen Willen zur Zusammenarbeit, ohne Bereitschaft zu Kompromissen ein Wunschtraum geblieben.²

Die für diese Edition systematisch ausgewählten Quellen bestätigen den zentralen Platz Stalins in der sowjetischen Politik – ihm wurden die meisten der 476 edierten Dokumente vorgelegt –, doch es finden sich nur in seltenen Fällen Anstreichungen, Korrekturen, Resolutionen oder sonstige Reaktionen des Mannes, der unangefochten an der Spitze von Partei, Staat und Armee stand. Stalin war äußerst zögerlich, sich schriftlich festzulegen und damit den Mitgliedern der Partei- und Staatsführung, den Verantwortlichen in Militär, Wirtschaft und Kultur Sicherheit über seine Ziele und Absichten zu geben. Auch gibt es keine Memoiren Stalins oder andere reflexive Texte aus seiner Hand, die Auskunft über die von ihm verfolgten Ziele und die dabei angewandten Methoden geben. Für die Kriegszeit wird dieser Mangel teilweise durch seine zur sofortigen Veröffentlichung bestimmten Reden und Befehle³ sowie durch den in den fünfziger Jahren veröffentlichten Briefwechsel mit Churchill, Roosevelt, Truman und Attlee⁴ kompensiert. Etwas Vergleichbares für die Nachkriegszeit existiert indes nicht.

Im gegenwärtigen Stadium der Quellenschließung steht dem Mangel an Bemerkungen Stalins eine Überfülle an Dokumenten gegenüber, die direkt oder indirekt Zuarbeiten für ihn waren bzw. aufgrund seiner Weisungen entstanden. Dadurch erwächst die Gefahr, Stalin da herauszulesen, wo er gar nicht enthalten ist.⁵ Es ergibt sich aber auch die

¹ Isaac Deutscher, *Stalin. Eine politische Biographie*, Reinbek 1992, S. 14.

² Georgij P. Kynin und Jochen P. Laufer (Bearbeiter), *SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii*, Band 1–3, Moskau 1996, 2000 und 2003. Die deutsche Ausgabe aller drei Bände ist 2004 im Verlag Duncker & Humblot erschienen (im folgenden: Laufer/Kynin 1–3). Der vierte Band, der die Jahre 1948/49 beinhalten wird, ist in Vorbereitung.

³ J. W. Stalin, *Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion*, Berlin 1946 (im folgenden: Stalin). Die erste 72seitige Ausgabe in deutscher Sprache erschien bereits 1942 (!). Seit 1945 folgten fünf weitere deutsche Ausgaben in Österreich und Deutschland. In der DDR erschien die letzte Ausgabe 1952.

⁴ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), *Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945*, Berlin-Ost 1961 (die russische Ausgabe erschien 1957).

⁵ Leonid Gibianskij, *Problemy vostočnoj Evropy i načalo formirovanija sovetskogo bloka*, in: N. Egorova und A. Čubarjan (Hrsg.), *Cholodnaja vojna 1945–1963*, Moskau 2003, S. 105–136, hier: S. 123 f.

Möglichkeit, seit langem bekannte Texte durch diese auf Stalin bezogenen Sekundärquellen neu und – vielleicht – besser zu verstehen. Um die Gefahr zu vermeiden und die Möglichkeit zu nutzen, ist im folgenden Beitrag eine Gratwanderung notwendig. Zunächst wird die Bestimmungsphase der sowjetischen Friedensziele und deren Durchsetzung während des Krieges analysiert: Wie, wann und warum formulierte Stalin seine Deutschlandziele? Wie konnte er sie gegenüber den Alliierten durchsetzen? In welchem Verhältnis stand die sowjetische Propaganda während des Krieges zu den Zielen der sowjetischen Deutschlandpolitik? Dagegen wird für die Nachkriegszeit die reale Entwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik sehr knapp konstatiert, um an Hand der wenigen Stalin-Texte aus dieser Zeit zu klären, in welchem Verhältnis die „antifaschistisch-demokratische Umgestaltung“ – die Sowjetisierung – der sowjetischen Besatzungszone nach dem Kriege zu Stalins Friedenszielen während des Krieges stand. Es versteht sich, daß bei einer solchen Herangehensweise vieles ausgespart bleibt. Angesichts der Notwendigkeit, zuerst in die Tiefe und danach in die Breite zu gehen, kann auch keine vollständige Bilanz des Wissensstandes über Stalins Deutschlandpolitik gezogen werden. Klar ist indes, daß dieses Wissen Lücken aufweist, deren Schließung noch größere Anstrengungen bei der Zugänglichmachung und Bearbeitung der sowjetischen Quellen erfordert.

Stalin und die sowjetischen Friedensziele 1941

„The President's [Beneš's] own views regarding Russia are similar to our own. He would like Russia and Germany to exhaust each other in order to leave the field of victory and of European reconstruction open to Great Britain and the United States. [...] What will suit President Beneš best will be a Russian resistance sufficiently prolonged to ensure a British-American victory by crippling both Germany and Russia.“

Bruce Lockhart an Eden, 26. Juni 1941⁶

Noch vor dem Bekanntwerden der ersten deutschen Kriegsverbrechen ging Stalin davon aus, daß die deutsche Kriegsführung auf die Vernichtung der Sowjetunion, auf die Ausrottung und Versklavung ihrer Bevölkerung zielte. Er war bereits in den ersten Wochen des Krieges davon überzeugt, daß dieser „Kampf auf Leben und Tod“⁷ nur durch die vollstän-

⁶ Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, I. Reihe (im folgenden: DzD I), Band 1, S. 383–385. Zu diesem Zeitpunkt war Lockhart der britische Vertreter bei der tschechoslowakischen Provisorischen Regierung. Er wurde 1942 Generaldirektor des britischen Amtes für politische Kriegsführung.

⁷ Bereits am 29. 6. 1941 hieß es in der Direktive des Rats der Volkskommissare und des ZK der VKP(b): „In dem jetzigen, uns vom faschistischen Deutschland aufgezwungenen Krieg entscheidet sich die Frage um Leben oder Tod des sowjetischen Staates, die Frage, ob die Völker der Sowjetunion in Freiheit existieren oder in Sklaverei geraten werden.“ (Izvestija CK KPSS, 6/1991, S. 218–220). Auf dieser Direktive basierte die bekannte Rundfunkansprache Stalins vom 3. 7. 1941: „Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod (smertel'naja schvatka) gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. [...] Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen.“ Vgl. Ministerstvo Inostrannyh Del Rossijskoj Federacii, Dokumenty vnešnej politiki, Band 24, Moskau 2000 (im folgenden: DVP 24), S. 102 f. Der handschriftliche Entwurf dieser Rede wurde von Helmut Altrichter zugänglich gemacht und ist einzusehen in der Online-Edition „1000 Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte“ unter <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok, Dok. 0041>.

dige Zerschlagung der feindlichen Armeen beendet werden könne.⁸ Damit stand das grundlegende Ziel des Krieges für die UdSSR von vornherein fest, doch noch fehlte dessen Konkretisierung. Auch die Möglichkeit, dieses Ziel eigenmächtig aufzugeben, wurde sehr früh ausgeschlossen, als sich Großbritannien noch am Tage des deutschen Überfalls an die Seite der UdSSR stellte. Beide Mächte schlossen am 12. Juli 1941 eine Bündnisvereinbarung, in der sie sich verpflichteten, einen Waffenstillstand oder Friedensvertrag mit Deutschland nur im gegenseitigen Einvernehmen abzuschließen und auch keine darauf gerichteten separaten Verhandlungen zu führen.⁹

Als aber Churchill und Roosevelt am 14. August 1941 für die UdSSR überraschend Grundprinzipien ihrer Politik (die Atlantik-Charta)¹⁰ verkündeten, mußte die Sowjetunion fürchten, einen Kampf zu führen, dessen Ziele andere bestimmten. In dieser Situation wurde Stalin gezwungen, um seinen konkreten Absichten Geltung zu verschaffen, sie umgehend und so zu formulieren, daß sie nicht zum Zerwürfnis mit seinen neuen Bündnispartnern führten. Dabei kam seinen Deutschlandplänen eine Schlüsselrolle zu. Nur in bezug auf Deutschland konnte er einzelne Ziele benennen, denen die Bündnispartner nicht oder nur schwer widersprechen konnten, die jedoch für alle anderen unausgesprochenen bzw. noch unentschiedenen Ziele vorentscheidend wurden. Doch zunächst ließ er seinen Londoner Botschafter Ivan Majskij die Atlantik-Charta anerkennen. Majskij stellte dabei die Forderung nach „entschiedener Zerschlagung der Aggressoren“ und die Suche nach Wegen, „um [...] künftigen Generationen von dem verbrecherischen, blutrünstigen und mit menschlicher Kultur nicht zu vereinbarenden Nazitum zu erlösen“ als Hauptaufgabe an die Spitze.¹¹ Wenig später, noch immer von der Furcht getrieben, für Großbritannien die Kastanien aus dem Feuer zu holen,¹² dachte der sowjetische Führer am Ende der ersten Konferenz von Vertretern der USA, Großbritanniens und der UdSSR darüber nach, „daß unsere Vereinbarung über Zusammenarbeit gegen Deutschland und über den Nichtabschluß eines Separatfriedens¹³ in einen Bündnisvertrag umgewandelt werden könnte, der nicht nur die Kriegs-, sondern auch die Nachkriegszeit beinhaltet.“¹⁴

⁸ Schon am 22. 6. 1941, wenige Stunden nach dem deutschen Überfall, notierte Molotov im Entwurf seiner mit Stalin abgestimmten und gegen Mittag gesendeten Radioansprache: „Vrag budet razbit“ – Der Feind wird zerschlagen (Entwurf: Laufer/Kynin 1, S. 5, Endfassung: DVP 24, S. 9). Diesen Ausdruck steigert Stalin zwölf Tage später: „na razgrom vraga“ – für die Zerschmetterung des Feindes, vgl. DVP 24, S. 104.

⁹ MID SSSR (Hrsg.), *Sovetsko-anglijskie otnošenija vo vremja Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg., dokumenty i materialy*, Band 1 (1941–1943), Moskau 1983 (im folgenden: SANO 1), S. 82 f.: sowjetisch-britische Vereinbarung vom 12. 7. 1941.

¹⁰ DzD I, Band 2, S. 21.

¹¹ Laufer/Kynin 1, S. 8: Deklaration auf der interalliierten Konferenz, 24. 9. 1941.

¹² Am 10. 3. 1939 forderte Stalin in seinem Rechenschaftsbericht auf dem X. Parteitag: „Vorsicht zu beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen“. (J. W. Stalin, *Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit der Partei*, Berlin 1952, S. 17). Das handschriftlich durch Stalin korrigierte Manuskript dieser Rede ist einzusehen in: 1000 Schlüsseldokumente, <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok>, Dok. 0032.

¹³ Gemeint ist die sowjetisch-britische Vereinbarung vom 12. 7. 1941, vgl. oben Anm. 9.

¹⁴ SANO 1, S. 138. Die gleiche Bemerkung Stalins hielt Harriman etwas ausführlicher fest: „Stalin asked about peace objectives and Beaverbrook spoke about the eight points and then got on the subject of the importance of peace objectives in America and American public opinion and urged Stalin to use the American press to build up a better understanding in America of Russia. I [Harriman] asked him whether he had any other ideas about peace terms. He [Stalin] turned to Beaverbrook and said: ‚Are the Eight Points going to satisfy you?‘ Beaverbrook was noncommittal and I asked what Stalin had in mind.“

Am 6. November 1941 äußerte sich Stalin selbst öffentlich – und deshalb allgemein – zu den Friedenszielen. Er versuchte dabei dreierlei miteinander zu vereinen: Erstens, die Reihen der Gegner zu spalten, indem er zwischen der berechtigten Zusammenfassung deutscher Länder und dem Raub fremder Gebiete unterschied;¹⁵ zweitens, die verbreitete Furcht vor einer Sowjetisierung Europas zu zerstreuen;¹⁶ und drittens, die Kriegsziele in bezug auf Deutschland in Form einer Drohung zu konkretisieren: „Die deutschen Landräuber wollen den Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion. Nun wohl, wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen, so werden sie ihn bekommen.“¹⁷ Diese Drohung tauchte in der sowjetischen Propaganda schon Wochen zuvor auf. In einem am 16. Oktober 1941 in der *Pravda* veröffentlichten KPD-Aufruf hieß es: „Wenn Ihr diesen gerechten und würdigen Weg [den Sturz des Hitler-Regimes] nicht beschreitet, so riskiert Ihr es, eine Zertrümmerung der deutschen Armee und des Deutschen Reiches zu durchleben, die erschütternder sein wird, als das im ersten Weltkrieg der Fall war. *Das aber wird die Zerstückelung Deutschlands bedeuten* und die Wiedergutmachung der Kriegsverluste, die Europa und die Sowjetunion durch Hitler erlitten haben.“¹⁸ Dieser Aufruf reflektierte offensichtlich Überlegungen, die zu diesem Zeitpunkt im Umfeld der sowjetischen Führung angestellt wurden.

Zwei Tage später forderte Stalin, direkt an Churchill gewandt, eine feste „Vereinbarung zwischen unseren Ländern über die Kriegsziele und über die Pläne der Friedensregelung nach dem Kriege“.¹⁹ Stalins Botschaft löste bei Churchill starke Verärgerung aus,²⁰ stieß aber innerhalb des Kriegskabinetts auf Verständnis.²¹ Durch den Kriegsverlauf alarmiert,

Stalin said ‚What about getting the Germans to pay for the damage‘. Beaverbrook dodged the answer with some generality about ‚We must win the war first‘. (DzD I, Band 1, S. 527).

¹⁵ Vgl. unten Anm. 25.

¹⁶ „Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie die Eroberung fremder Gebiete oder die Unterwerfung fremder Völker, ganz gleich ob es sich um Völker und Gebiete Europas oder um Völker und Gebiete Asiens, darunter auch Irans, handelt. Unser erstes Ziel besteht darin, unsere Gebiete und unsere Völker vom faschistischen deutschen Joch zu befreien. Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel, den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitler Tyrannie zu helfen und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Völker.“ Vgl. Stalin, S. 36.

¹⁷ Stalin, S. 31.

¹⁸ *Pravda*, 16. 10. 1941, S. 2, Hervorhebung nicht im Original. Die zitierte Passage wurde in der DDR-Vereinfachung ohne Kennzeichnung der Auslassung nicht wiedergegeben, dagegen wurden alle übrigen Kürzungen ausgewiesen (vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin-Ost 1966, Band V, S. 550–553). Eine Äußerung Alfred Kurellas, der in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee an der Vorbereitung der Propaganda gegen die deutsche Wehrmacht beteiligt war, spricht dafür, daß die gestrichene Passage bereits im ursprünglichen KPD-Entwurf vorhanden war. In einem Brief an seine Frau vom 13. 10. 1941 schrieb er: „Unsere Sprache ist ernster und drohender geworden. Wir sagen die Wahrheit [...] Und diese Wahrheit heißt: ‚Diese [...] Offensive bedeutet den Untergang der deutschen Soldaten! Den Untergang für dich und den Untergang für ganz Deutschland! Rette dich, rette Deutschland, ehe es zu spät ist!‘“ Vgl. Alfred Kurella/Elfriede Cohn-Vossen, *Der Traum von Ps'chu. Ein Ehe-Briefwechsel im Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1984, S. 148.

¹⁹ Laufer/Kynin 1, S. 10, Stalin an Churchill, 8. 11. 1941.

²⁰ Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (im folgenden: AVP RF), 059/1/423/3789, Bl. 266–270: Majskij an Molotov, 13. 11. 1941. Majskij beschreibt die Reaktion Churchills als „außerordentlich gereizt“.

²¹ DzD I, Band 1, S. 546–547: Aus dem Beschlußprotokoll des Kriegskabinetts, 11. 11. 1941.

hatte der britische Außenminister Eden bereits am 17. Oktober 1941 gegenüber dem sowjetischen Botschafter „die Entwicklung und Festigung äußerst enger und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und England im Krieg wie im Frieden“ gewünscht und um sowjetische Vorschläge gebeten.²² Der britische Botschafter in Moskau unterbreitete wenig später seiner Regierung einen Vorschlag zum möglichen Inhalt einer britisch-sowjetischen Vereinbarung, die sowjetisches Mißtrauen ausräumen sollte, ohne Details der Nachkriegsregelung festzulegen.²³

Wahrscheinlich infolge von Unterredungen mit Mitgliedern des britischen Kabinetts und um sich selbst Klarheit für die erwarteten Verhandlungen zu verschaffen, bat Majskij am 14. November 1941 in Moskau im Namen „befreundeter Kreise“ um eine Erläuterung des Abschnitts der Rede Stalins vom 6. November 1941,²⁴ in dem es hieß: „[S]olange sich die Hitlerleute damit befaßten, die deutschen Länder zusammenzufassen und ihnen das Rheingebiet, Österreich usw. wieder anzuschließen, konnte man sie mit gewisser Berechtigung für Nationalisten halten. Nachdem sie jedoch fremde Gebiete geraubt [...] haben, hat die Hitlerpartei aufgehört, eine nationalistische Partei zu sein, denn seit diesem Augenblick ist sie zu einer imperialistischen, annexionistischen Unterdrückerpartei geworden.“²⁵ Majskij erklärte nicht, wen er mit „befreundeten Kreisen“ meinte. G. P. Kynin, der als erster auf dieses Telegramm aufmerksam machte, ging davon aus, daß damit britische Kommunisten gemeint waren.²⁶ Unter Berücksichtigung der seit dem deutschen Überfall schwelenden sowjetisch-britischen Auseinandersetzung um eine Festschreibung der gemeinsamen Kriegsziele liegt jedoch die Vermutung nahe, daß Majskij mit „befreundeten Kreisen“ nicht Kommunisten, sondern jene Mitglieder des britischen Kriegskabinetts bezeichnete, die bereit waren, mit der UdSSR Verhandlungen zu dieser Frage aufzunehmen.²⁷

Bevor Majskij aus Moskau eine Antwort erhielt, eröffnete er in London erste Sondierungen. Am 19. November bekam er dafür aus Moskau grünes Licht.²⁸ Bereits am folgenden Tag konnte der Botschafter melden, die britische Regierung habe sich entschlossen, mit der sowjetischen Regierung Fragen zu erörtern, die „die Ziele des Krieges und die Orga-

²² SANO 1, S. 155–156; Telegramm Majskij an Molotov, 18. 10. 1941.

²³ DzD I, Band 1, S. 561. Die von Cripps am 5. 11. 1941 vorgeschlagenen vier Punkte als Basis für ein Übereinkommen mit der UdSSR lauteten: (1) „Great Britain, the United States and the U.S.S.R. will subsequently, and before the peace conference, negotiate an agreement covering the broad lines of a European settlement, and that we undertake to enter into consultations with the Soviet Government in this matter at an early date. [2] We could also include in the treaty an undertaking to assist one another mutually in reconstruction and [3] an agreement regarding non-interference in one another's internal affairs. I [d.i. Cripps] would suggest also [4] a clause similar to that in the Turkish-Soviet Treaty [gemeint ist der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und der Türkei vom 17. 12. 1925] to the effect that after the war neither party would enter into any new agreement with a neighbour of the other without first informing the other“.

²⁴ Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, 045/1/291, l. 38, Telegramm Majskij, 14. 11. 1941, in: DVP 24, S. 589, Anm. 31.

²⁵ Stalin, Reden, S. 27 f.

²⁶ AVP RF, 048/11-ž/64/1: Obzor Kynina 1, Bl. 68, Anm. 2. Diese Aussage Kynins wurde in der russischen (Band 1, Anm. 10) und deutschen Ausgabe der Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage“ (Band 1, Anm. 23) übernommen.

²⁷ Vgl. Majskij an Molotov, 26. 10. 1941, in: DVP 24, S. 383–387, hier: S. 386. Dort hatte Majskij darauf hingewiesen, daß es „innerhalb des Kabinetts verschiedene Gruppen“ gebe.

²⁸ AVP RF, 048/11-ž/64/1: Obzor Kynina 1, Bl. 17.

nisation des Friedens nach dem Kriege“ betreffen. Mit der Führung der Verhandlungen sei Außenminister Eden beauftragt worden.²⁹ Genau in diesem Moment – und das kann kein Zufall sein – erhielt Majksij in Form einer Antwort auf seine am 14. November übermittelte Frage eine Instruktion zu Stalins deutschlandpolitischen Zielen: „Was den Standpunkt des Gen. Stalin zu Österreich, dem Rheinland u.ä. anbelangt, so denkt Stalin, daß Österreich als unabhängiger Staat von Deutschland abgetrennt werden müsse und Deutschland selbst, darunter auch Preußen, in eine Reihe mehr oder minder selbständiger Staaten zerschlagen werden müsse, um eine künftige Garantie für Frieden und Ruhe der europäischen Staaten zu schaffen.“³⁰

Durch diese Mitteilung Molotovs konkretisierte Stalin erstmals seit dem deutschen Überfall seine Deutschlandpläne. Seine Forderung nach Aufgliederung Deutschlands trug weder „konjunkturellen“ noch „taktischen Charakter“,³¹ vielmehr wurde sie während des gesamten Krieges zu einer Grundkonstante der Deutschlandplanungen im Außenkommissariat. Die Forderung, Deutschland zu teilen, wurde zu diesem Zeitpunkt auch in anderen Staaten erhoben, die Opfer der deutschen Aggression geworden waren.³² Selbst George Kennan räumt ohne nähere Erläuterung rückblickend ein, daß er zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in der Teilung Deutschlands die beste Lösung des europäischen Problems sah.³³

Für Stalin blieb die Forderung nach Aufgliederung ein Mittel zur Entmachtung Deutschlands, das später durch die Forderung nach umfassender, auch ökonomischer Entwaffnung Deutschlands ergänzt wurde. Beide Ziele erhielten eine Schlüsselrolle für die Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik, denn die Entmachtung und ökonomische Entwaffnung Deutschlands versprachen nicht nur eine Stärkung der außenpolitischen Position der UdSSR. Die Beseitigung des Drucks und des Einflusses Deutschlands in Nordost-, Ost- und Südosteuropa schuf die Möglichkeiten, sowjetischen Druck und sowjetischen Einfluß zu entfalten und damit eine sowjetische Einflußzone zu errichten.³⁴ Stalin war unvorsichtig genug, den Eindruck entstehen zu lassen, als strebe die UdSSR eine hegemoniale Position zumindest in dieser Region an. Solange die Furcht vor der Ausbreitung der Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands vorherrschte, beunruhigte der mögliche Machtzuwachs der UdSSR indes nur wenige.

Obwohl Stalin während der Verhandlungen mit dem britischen Außenminister, die am 16. Dezember 1941 begannen, seine Vorstellungen für die Gestaltung der europäischen

²⁹ Zit. in: Ebenda.

³⁰ Laufer/Kynin 1, S. 12; Molotov an Majksij, 21. 11. 1941.

³¹ A. M. Filitov, SSSR i germanskij vopros: povorotnye punkty, in: Egorova/Cubarjan, Cholodnaja vojna 1945–1963, S. 223–257, hier: S. 224 f.

³² Lothar Kettenacker bezeichnet die Forderung nach der Teilung Deutschlands als Lieblingsidee der Franzosen. Vgl. Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandpolitik der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen-Zürich 1989, S. 49.

³³ George F. Kennan, A Letter on Germany, in: The New York Review of Books, Volume 45, Number 19, December 3, 1998; „The best solution for the post-war era would be a partition of Germany into two, or at the most three, separate states, all of them to be embraced within the framework of an extensively unified Europe.“

³⁴ Diesen auch für die Nachkriegszeit bestimmenden Zusammenhang zwischen Stalins Deutschlandplänen und Stalins Streben nach einer Einflußzone in Osteuropa, läßt Donal O’Sullivan unberücksichtigt, vgl. Donal O’Sullivan, Stalins „Cordon sanitaire“. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn u.a. 2003.

Nachkriegsordnung, einschließlich der Grenzen der europäischen Staaten und der „Aufgliederung“ Deutschlands im einzelnen darlegte,³⁵ vermied sein Gesprächspartner jeden Protest, aber auch jede Konkretisierung der britischen Vorstellungen. Stalins Interesse, zu konkreten und vertraglich bindenden Absprachen über eine Nachkriegsregelung zu kommen – für die er zwei Verträge und ein Zusatzprotokoll vorbereitet hatte –, stand während der Verhandlungen die britische Bereitschaft gegenüber, Prinzipien für die Regelung von Nachkriegsfragen zu formulieren, die auf der Grundlage der Atlantik-Charta eigenmächtiges Handeln der UdSSR ausschließen sollten.³⁶ Auch der Versuch Stalins, auf der Basis der britischen Entwürfe seine zentrale Forderung – die Anerkennung der sowjetischen Westgrenze vom 22. Juni 1941 – durchzusetzen, führte zu keinem Erfolg. Mit Rückenbedeckung durch das Londoner Kabinett widersetzte sich Eden nicht nur der von Stalin angestrebten Konkretisierung der Friedensordnung nach dem Krieg, sondern auch der Anerkennung der sowjetischen Westgrenze vom 22. Juni 1941. Stalin reagierte – auf den weiteren Kriegsverlauf vertrauend – gelassen: Es sei nicht wichtig, ob die Verträge sofort oder in drei Wochen in London unterzeichnet würden.³⁷

Im Außenkommissariat wurden die ergebnislosen Besprechungen mit Eden als Vorgeplänkel künftiger Auseinandersetzungen verstanden. Der stellvertretende Außenkommissar Lozovskij ging nach der Abreise Edens aus Moskau davon aus, daß die UdSSR auf der kommenden Friedenskonferenz „nicht nur den Block der Vereinigten Staaten und Großbritannien, sondern auch noch weitere kapitalistische Staaten (Polen, Tschechoslowakei u.a.) gegen [sich haben werde], die sich alle zusammen in erster Linie um den Erhalt des kapitalistischen Systems, darunter auch in den besiegten Ländern sowie darum kümmern werden, die Sowjetunion um jeden Preis in den alten Grenzen von vor 1939 zu halten“. Um so wichtiger sei es, in Moskau sofort mit der inhaltlichen Vorbereitung dieser Konferenz zu beginnen. Unter anderem müsse die Frage bearbeitet werden, „wie Deutschland und seine Verbündeten unschädlich zu machen sind. Dies schließt auch Fragen der Grenzen, der Industrie, der Finanzen, der Schifffahrt und anderes mehr sowie die Fragen des Staatsaufbaus der besiegten Länder, vor allem Deutschlands, ein.“³⁸ Lozovskijs Überlegungen stießen bei der sowjetischen Führung auf Zustimmung. Das Politbüro beschloß am 28. Januar 1942 die Bildung einer Kommission zur Vorbereitung diplomatischer Materialien unter Leitung von Molotov.³⁹ Doch obwohl diese Kommission in verschiedenen Arbeitsgruppen sofort ihre Tätigkeit begann, kamen – abgesehen von der Reparationspolitik – keine Nachkriegspläne zustande. Auch in bezug auf Deutschland wurden bis 1943 keine neuen Pläne entwickelt.⁴⁰

³⁵ Vgl. Laufer/Kynin I, S. 19–30: Unterredung Stalins mit Eden, 16. 12. 1941. Die sowjetischen Aufzeichnungen der übrigen drei Gespräche mit Eden sind vollständig veröffentlicht in: DVP 24, S. 533–543.

³⁶ Briüischer Entwurf einer Vereinbarung, vgl. DVP 24, S. 512 f.

³⁷ DVP 24, S. 538–543, hier: S. 539: Vierte Unterredung Stalins mit Eden, 20. 12. 1941. Im gemeinsamen Kommuniqué über die Verhandlungen mit Eden wurde der gescheiterte Versuch der Vereinbarung eines Vertrags zu Nachkriegsfragen nicht erwähnt, sondern festgestellt: „The exchange of views on questions relating to the post-war organisation of peace and security provide much important and useful material, which will facilitate a further elaboration of concrete proposals on this subject.“

³⁸ Laufer/Kynin I, S. 36 f.: Lozovskij an Stalin, 26. 12. 1941.

³⁹ Ebenda, S. 41–43: Beschluß des Politbüros des ZK der VKP(b), 28. 1. 1942.

⁴⁰ Ebenda, S. 89–94: Aufzeichnung von Saksin, 2. 2. 1943.

Propaganda als Deutschlandpolitik im Krieg

Unvollständig aufgeklärt bleiben bis heute die im Jahre 1942 unternommenen Versuche Stalins, die militärischen und politischen Rahmenbedingungen der sowjetischen Kriegsführung und Politik zu verbessern. Gemeint sind die öffentlichen Auftritte Stalins in diesem Jahr, die scheinbar die wenige Monate zuvor formulierten Ziele seiner Deutschlandpolitik in Frage stellten. Sie waren nicht nur an die Bürger der UdSSR, sondern gleichermaßen an die deutsche Wehrmacht wie an die Alliierten gerichtet. Am 23. Februar 1942 veröffentlichte die *Pravda* in der üblichen Großaufmachung den Tagesbefehl Stalins zum 24. Jahrestag der Roten Armee, der anschließend durch Flugblätter und mündliche Aufrufe an der deutschen Front bekanntgegeben wurde. Dort erklärte Stalin: „In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich eine dumme Lüge und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“⁴¹ Am 5. Oktober erschien in derselben Zeitung die ebenso eigenwillige wie für die Westmächte provozierende Antwort Stalins auf die Frage eines amerikanischen Korrespondenten nach der Kampfkraft der UdSSR: „Ich denke, die sowjetische Widerstandsfähigkeit gegen die deutschen Räuber ist ihrer Stärke nach nicht im geringsten kleiner – wenn nicht sogar größer – als die Fähigkeit des faschistischen Deutschland oder irgendeiner anderen aggressiven Macht, sich die Weltherrschaft zu sichern.“⁴² Und am 6. November 1942 verkündete Stalin der Welt: „Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung jeder organisierten militärischen Kraft in Deutschland haben wir nicht, denn jeder einigermaßen Gebildete wird verstehen, daß das in bezug auf Deutschland ebenso wie auch in bezug auf Rußland nicht nur unmöglich, sondern auch vom Standpunkt des Siegers unzweckmäßig ist. Aber die Hitlerarmee vernichten – das kann man und muß man.“⁴³

Mit diesen drei Erklärungen, die auch im Zusammenhang mit dem veröffentlichten Befehl Stalins zum 1. Mai dieses Jahres gesehen werden können,⁴⁴ verkündete Stalin weder alte noch neue Inhalte der sowjetischen Deutschlandpolitik. Er wählte seine Worte mit Bedacht für die, für die sie bestimmt waren. An die deutschen Truppen gerichtet, sollten sie zunächst und vor allem die Nazi-propaganda entschärfen und bei deutschen Soldaten,

⁴¹ Stalin, S. 49. In der *Pravda* wurde dieser Befehl auf der ersten Seite zusammen mit einem Bild Stalins veröffentlicht.

⁴² Stalin, S. 64f. Die *Pravda* veröffentlichte am 5. 10. 1942 die auf den 3. 10. datierte Antwort Stalins ohne jeden Kommentar. Hervorhebung nicht im Original.

⁴³ Stalin, S. 83. Keine Hervorhebung im Original.

⁴⁴ Stalin, S. 62: „Unser Ziel ist klar und edel. Wir wollen unseren Sowjetboden von den faschistischen deutschen Schurken befreien. Wir wollen unsere Brüder, die Ukrainer, Moldauer, Bjelorussen, Litauer, Letten, Esten, Karelrier von der Schande und Erniedrigung befreien, der sie durch die faschistischen deutschen Schurken ausgesetzt sind.“

Offizieren und Generälen Zweifel am Sinn ihres Kampfes wecken.⁴⁵ Darüber hinaus spricht vieles dafür – bleibt aber bis jetzt nicht belegbar –, daß Stalin nach der Schlacht um Moskau, nach dem zermürbenden Winter 1941/42 und vor dem Beginn der neuen Winteroffensive ähnlich wie Churchill⁴⁶ mit einem von der Wehrmacht ausgehenden Waffenstillstandsgesuch rechnete.⁴⁷ Allein sowjetische Kontakte zu Deutschen blieben während des Krieges – soweit bisher bekannt – auf Emigranten und Kriegsgefangene beschränkt.⁴⁸ Immerhin finden sich Dokumente, die indirekt auf die Hoffnungen Stalins schließen lassen. In einem Telegramm an Majsikij begrüßte Stalin am 30. November 1942 das von den Amerikanern und Briten ohne vorherige Information der UdSSR mit dem Oberbefehlshaber der Vichy-Streitkräfte Admiral Darlan abgeschlossene Abkommen, weil es der Kriegsführung gegen Deutschland nutze.⁴⁹ Den gleichen Vorgang hatte er gegenüber Churchill schon am 27. November mit den Worten gelobt: „Die Militärdiplomatie muß für militärische Zwecke nicht nur die Darlans zu gebrauchen verstehen, sondern selbst den Teufel und seine Großmutter.“⁵⁰ Obwohl derartige Äußerungen die Vermutung nahelegen, daß Stalin 1942 ähnlichen Abmachungen mit deutschen Kommandeuren sofort zugestimmt hätte, zeigte eine Beschwerde Wilhelm Piecks vom Juli 1942, wie wenig koordiniert sowjetische Versuche betrieben wurden, die Gegner Hitlers in den deutschen Reihen zu ermutigen. Anlaß für die Beschwerde des KPD-Vorsitzenden war die Streichung der Forderung nach „Bildung einer nationalen deutschen Friedensregierung“ aus den Losungen für das sowjetische Auslandsradio.⁵¹

Die Frage, inwieweit hinter den Erklärungen Stalins aus dem Jahr 1942 ein alternatives Deutschlandkonzept stand, ist um so mehr berechtigt, als Stalin 1942 die Kriegsentscheidung erwartete⁵² und damit rechnen mußte, daß seine wie auch immer gearteten Deutschlandpläne verwirklicht bzw. auf die Probe gestellt werden könnten. Klar war jedoch, daß Stalin nie einen Zweifel an seiner Entschlossenheit ließ, Hitler und seine Armeen zu vernichten.

⁴⁵ Die Wirkung dieser Worte Stalins blieb auch nach dem Krieg außerordentlich groß. Vgl. dazu den Eintrag Speers vom 27. 3. 1953: „Als ich in Nürnberg erstmals von Stalins Satz hörte, daß die Hitlers kommen und gehen, während das deutsche Volk bestehen bleibe, sah ich darin so etwas wie eine ausgestreckte Hand, und wenn mich das auch nicht von Stalins Großmut überzeugte, so schien es mir doch ein Zeichen seiner taktischen Schlaueit.“ (Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M. 1975, S. 362 f.).

⁴⁶ Vgl. Kettenacker (Anm. 32), S. 117.

⁴⁷ Bereits am 22. 12. 1941 verwies die Pravda im Zusammenhang mit der Ablösung von Brauchitschs auf eine ernste Krise innerhalb des deutschen Oberkommandos und auf scharfe Widersprüche zwischen der nazistischen Führung und der Generalität.

⁴⁸ Vgl. Jörg Morré, *Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946*, München 2001.

⁴⁹ Laufer/Kynin 1, S. 88: Stalin an Majsikij, 30. 11. 1942.

⁵⁰ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), *Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945*, Berlin 1961 (im folgenden: BW), S. 100.

⁵¹ SAPMO, NL 36/539, Pieck an Dimitrov, 15. 7. 1942. Für diesen Hinweis danke ich Frau Dr. Carola Tischler.

⁵² Vgl. BW, S. 51, Stalin an Churchill, 14. 3. 1942: „Ich bringe meine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die gemeinsamen Anstrengungen unserer Truppen, ungeachtet einzelner Mißerfolge, im Endergebnis die Kräfte unseres gemeinsamen Feindes zerschlagen werden und daß das Jahr 1942 die entscheidende Wende an der Kampffront gegen den Hitlerfaschismus bringen wird.“ Noch deutlicher äußerte sich Stalin in seiner Rede zum 1. 5. 1942: „Die ganze Rote Armee muß danach streben, daß das Jahr 1942 zum Jahr der endgültigen Zertrümmerung der faschistischen deutschen Truppen und der Befreiung des Sowjetbodens von den Hitlerschurken wird!“ (Stalin, S. 63).

Dafür, daß Stalins Erklärungen aus dem Jahr 1942 nicht die Ziele seiner Politik offenlegten, sondern Propaganda waren – wie Molotov dem britischen Botschafter erklärte⁵³ –, spricht das unverändert starke Interesse Stalins an der Entwicklung der Beziehungen zu Großbritannien und den USA, die mit dem ersten Besuch des sowjetischen Außenministers in London und Washington sowie mit dem Abschluß des Bündnisvertrags mit Großbritannien im Mai 1942⁵⁴ einen neuen Höhepunkt erreichten. Angesichts des späteren Zögerns Stalins, auf mehrfache Einladungen Roosevelts und Churchills zu einem Gipfeltreffen einzugehen, wird leicht übersehen, daß Stalin im April 1942 die Idee eines Zusammenkommens mit dem amerikanischen Präsidenten enthusiastisch aufgriff: „Ich zweifle nicht daran, daß es mir gelingen wird, eine persönliche Begegnung mit Ihnen herbeizuführen, der ich große Bedeutung beimesse, insbesondere hinsichtlich der großen Aufgaben, die mit der Organisierung des Sieges über den Hitlerfaschismus unseren Ländern erwachsen.“⁵⁵ Auf die mehrfache Verschiebung aktiver Kampfhandlungen der beiden Westmächte gegen Deutschland in Europa konnte Stalin nur ohnmächtig reagieren;⁵⁶ einen tatsächlichen Bruch der Beziehungen riskierte er während des Krieges niemals, auch nicht als er im Herbst 1942 fürchtete, daß „Churchill Kurs auf die Niederlage der UdSSR“ nimmt.⁵⁷

Der einzige Anlaß, während des Krieges seine Deutschlandpläne aufzugeben, wäre für Stalin – wie für alle anderen Gegner der Nationalsozialisten – Friedensverhandlungen mit einem Deutschland ohne Hitler gewesen. In den bisher zugänglichen Quellen gibt es jedoch keinen einzigen Hinweis darauf, daß sich die sowjetische Regierung jemals auf solche Verhandlungen vorbereitete. Pläne, für ein mit der UdSSR verbündetes (und von ihr kontrolliertes) einheitliches Deutschland oder für den Fortbestand einer mit Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten entnazifizierten deutschen Regierung, wurden im Außenkommissariat der UdSSR niemals entwickelt. Friedensfühler zu den nationalsozialistischen Machthabern in Deutschland waren für offizielle Vertreter der UdSSR nicht nur durch Verträge,⁵⁸ sondern auch praktisch ausgeschlossen. Dies bezeugen alle bisher zugänglichen sowjetischen Quellen. Ein dafür aufschlußreicher Beleg ist die Reaktion Molotovs im November 1942 auf die Mitteilung des britischen Botschafters über ein an die Londoner Regierung gerichtetes Friedensvermittlungsangebot des spanischen Botschafters.⁵⁹ Der sowjetische Außenminister bat um weitere Informationen und schlug um-

⁵³ Im Auftrag seiner Regierung (vgl. British Documents on Foreign Affairs, Teil III (1940–1945), London 1997 – im folgenden: B DFA III – Serie L, Band 2, S. 476–486: Eden an Kerr, 4. 2. 1943) hatte Kerr Molotov und Stalin im Februar 1943 zunächst mündlich und dann schriftlich (AVP RF, 06/5/16/149, Bl. 10–11, Kerr an Molotov, 21. 2. 1943) um Aufklärung zu den öffentlichen Äußerungen Stalins gebeten. Molotov empfing den Botschafter in diesem Zusammenhang zweimal (AVP RF, 06/5/3/29, Bl. 44–44 und 84–92, Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 20. und 25. 2. 1943). Stalin antwortete schriftlich (AVP RF, 06/5/16/149, Bl. 15, Stalin an Kerr, 24. 2. 1943), ohne inhaltlich auf die britische Anfrage einzugehen.

⁵⁴ SANO 1, S. 237–240.

⁵⁵ BW, S. 482, Stalin an Roosevelt, 20. 4. 1942.

⁵⁶ Vgl. BW, S. 70, Stalin an Churchill, 23. 7. 1942: „Ausgehend von der Situation an der sowjetisch-deutschen Front muß ich ganz kategorisch erklären, daß sich die Sowjetregierung nicht damit abfinden kann, die Errichtung der zweiten Front in Europa auf das Jahr 1943 hinauszuschieben.“

⁵⁷ Laufer/Kynin 1, S. 67: Stalin an Majskij, 19. 10. 1942.

⁵⁸ Neben der bereits erwähnten Vereinbarung vom 12. 7. 1941 (vgl. Anm. 9) und dem Vertrag vom 25. 5. 1942 (vgl. Anm. 54) hatte die UdSSR auch die Deklaration der Vereinten Nationen vom 1. 1. 1942 unterzeichnet (vgl. SANO 1, S. 199).

⁵⁹ Am 2. 11. 1942 hatte der Botschafter Großbritanniens in Moskau, Kerr, Molotov davon unterrichtet, daß der spanische Botschafter in London am 12. 10. 1942 ein Memorandum zur Politik Spaniens über-

gehend vor, diesen spanischen Vermittlungsversuch und seine Ablehnung durch die britische Regierung in der Presse beider Staaten zu veröffentlichen.⁶⁰ Dieser Vorschlag wurde durch Stalin unterstützt und von Molotov mit Hinweis auf die erwünschte Bloßstellung Deutschlands noch einmal wiederholt, jedoch von der britischen Regierung nicht akzeptiert.⁶¹

An dem Ziel, Deutschland völlig zu entmachten, änderte sich trotz der anderslautenden öffentlichen Erklärungen Stalins 1942 nichts. Doch es kamen zwei weitere Ziele hinzu: Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, die mit der ökonomischen Entwaffnung Deutschlands verbunden werden sollte, und die Bestrafung der Kriegsverbrecher, einschließlich der wirklichen und vermeintlichen Kollaborateure. Diese Weiterentwicklung zeigte sich im August 1942 beim ersten Besuch eines britischen Premierministers in der Hauptstadt der UdSSR. Churchills Versicherung, „den preußischen Militarismus und das Nazitum vernichten und Deutschland nach dem Krieg abrüsten“ zu wollen, genügte Stalin nicht. Er erwiderte schroff, „daß man den Militärkader Deutschlands vernichten müsse. Außerdem sei es notwendig, Deutschland durch die Abtrennung des Ruhrgebiets zu schwächen.“⁶² Wenig später verkündete die sowjetische Regierung ihre Forderung nach sofortiger und strengster Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher, sobald sie in die Hände der Alliierten fielen.⁶³ Gemeint war damit in erster Linie der „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß, dessen Aufenthalt in Großbritannien für die UdSSR seit 1941 eine Quelle ständigen Mißtrauens blieb.

Die Durchsetzung der sowjetischen Friedensziele 1943–1944

Über Stalins Nachkriegspläne wurde weder in Amtsstuben, noch am Verhandlungstisch, sondern an der deutsch-sowjetischen Front entschieden. Erst als es der Roten Armee gelang, eine wirksame Verteidigung gegen die Deutschen zu organisieren und aus der Defensive in die Offensive überzugehen, erhielt Stalin das von ihm beanspruchte Mitspracherecht über die Zukunft Deutschlands.

Auch 1943 gab Stalin seine auf die langfristige Schwächung Deutschlands und damit auf den Machtzuwachs der UdSSR gerichteten Ziele nicht auf. An die Stelle eigenwilliger Erklärungen traten 1943 eigenmächtige Aktivitäten, wie der Abbruch der diplomatischen

reicht habe. In dem Memorandum sei mitgeteilt worden, „daß es neutrale, außerhalb des Konflikts stehende Länder gibt, die eine für beide Seiten annehmbare Formel zur Beilegung des Konflikts finden könnten“. Am 27. 10. wurde dem spanischen Botschafter durch die britische Regierung mitgeteilt, daß niemand bereit sei, „die spanische Regierung darin zu bestärken, ihren Einfluß geltend zu machen, um einen wie auch immer gearteten Frieden zwischen den Vereinten Nationen und ihren Gegnern herbeizuführen. Die Vereinten Nationen sind entschlossen, die Achsenmächte vollständig zu vernichten, die von ihnen besetzten fremden Territorien zu befreien und die von den Aggressorstaaten ausgehende Gefahr der Eroberung und Unterdrückung friedfertiger Nationen ein für allemal zu bannen“ (AVP RF, 06/4/14/129, Bl. 99–101 sowie 06/4/2/19, Bl. 75).

⁶⁰ Laufer/Kynin I, S. 71: Sowjetische Erklärung vom 3. 11. 1942.

⁶¹ Ebenda, S. 77–87: Unterredung Molotovs mit Kerr, 25. 11. 1942, hier: S. 78–80.

⁶² Ebenda, S. 66: Unterredung zwischen Stalin und Churchill, 16. 8. 1942.

⁶³ NKID SSSR (Hrsg.), Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny, dokumenty i materialy, Band 1 (22. 6. 1941–31. 12. 1943), Moskau 1946 (im folgenden: SSPO) I, S. 275–278. Note Molotovs an die Unterzeichner der Kollektivnote, 14. 10. 1942. Diese Antwort wurde am 15. 10. 1942 in der Tageszeitung Trud veröffentlicht.

Beziehungen zu der seit 1941 verbündeten polnischen Exilregierung und die Bildung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). Begleitet wurden diese Aktivitäten jedoch von der öffentlichen Forderung Stalins nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Während einer Festveranstaltung zum 1. Mai stellte der sowjetische Führer 1943 fest: „Ist es denn nicht klar, daß einzig und allein die völlige Zerschmetterung der Hitlerarmeen und die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands Europa zum Frieden führen können?“⁶⁴

Mit einzigartiger Offenheit prüfte der sowjetische Botschafter in London im Januar 1943 die Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik und knüpfte daran eigene Überlegungen zur Lösung des deutschen Problems. Diese Tagebuchnotizen Majskijs sind von besonderem Interesse, weil sich darin revolutionäre Gedanken finden, deren Äußerung Stalin und Molotov unterdrückten. „Unser Ziel besteht darin, einer neuerlichen Aggression seitens Deutschlands vorzubeugen. Die Garantien hierfür können innerer und äußerer Art sein. *Die inneren Garantien können nur durch eine umfassende und tiefgreifende proletarische Revolution im Ergebnis des Krieges und die Schaffung einer stabilen, auf Sowjets basierenden Staatsordnung in Deutschland herbeigeführt werden.* Die durch den Faschismus vergiftete Psychologie der deutschen Massen muß im Feuer einer derartigen Revolution umgeschmolzen und die gegenwärtig Deutschland beherrschenden Klassen müssen vollständig beseitigt werden. Alles, was darunter liegt, kann nicht überzeugen. Eine auf wackligen Beinen stehende Sowjetmacht ist für uns inakzeptabel. Wird es in Deutschland zu einer derartigen Revolution kommen? Ich weiß es nicht. Ich habe jedoch vielerlei Zweifel, denn ich kann bislang diejenigen Kräfte und Bedingungen nicht erkennen (vor allem ist die kommunistische Partei nicht stark genug), die zur Geburt einer stabilen proletarischen Herrschaft in Deutschland führen könnten. Gelingt es nicht, innere Garantien für einen Nichtangriff zu erreichen, so sind äußere Garantien für einen Nichtangriff unvermeidlich, d.h. eine weitreichende und langandauernde Schwächung Deutschlands, die jedwede Aggression seinerseits physisch ausschließt. [...] Die Hauptmaßnahmen für [die Schaffung] äußerer Garantien müssen in folgendem bestehen: a) Aufspaltung Deutschlands in eine Reihe von mehr oder minder unabhängigen Staaten. Zur Aufspaltung hat sich Gen. Stalin während seiner Verhandlungen mit Eden im Dezember 1941 geäußert. b) ‚Wirtschaftliche Dezentralisierung‘, d.h. im Kern die industrielle Entwaffnung Deutschlands, die wahrscheinlich wichtiger ist als militärische Abrüstung.“⁶⁵ Die Frage nach dem Verhältnis der inneren und äußeren Garantien stellte sich Majskij in diesem Zusammenhang nicht. Erst ein Jahr später gab er zu erkennen, daß die von ihm angestrebten äußeren Garantien einer Revision bedürften, „wenn der Krieg ... zu einer echten proletarischen Revolution in Deutschland führt“.⁶⁶

Vorentscheidend für die Verwirklichung der Nachkriegspläne Stalins war 1942 und 1943 das Ausbleiben bzw. Zustandekommen von zwei militärischen Entwicklungen. Zum einen die Verschiebung aktiver Kampfhandlungen der westlichen Alliierten auf dem europäischen Kontinent. Die Schwäche ihrer Landungstruppen und die (überschätzte) Stärke der deutschen Besatzungstruppen ließen eine Landung amerikanischer und britischer Truppen in Frankreich erst 1944 zu, viel zu spät, um ausgedehnte militärische Operatio-

⁶⁴ Stalin, S. 111.

⁶⁵ Vgl. Laufer/Kymin I, Anm. 234, S. 635. Hervorhebung nicht im Original.

⁶⁶ Ebenda, S. 269; Majskij an Molotov, 11. 1. 1944.

nen in Süd-, Ost- und Nordeuropa zu entwickeln. Noch wichtiger für die Verwirklichung der Stalinschen Pläne waren die Erfolge der Roten Armee seit deren Winteroffensive 1942/43. Diese beiden Entwicklungen und das Erlahmen der deutschen Kampfkraft erlaubten es den sowjetischen Truppen Anfang 1944 über die Grenzen der UdSSR von 1939 bzw. 1941 vorzurücken. Doch je mehr die Rote Armee ihre militärische Schlagkraft unter Beweis stellte, um so stärker achtete Stalin darauf, die UdSSR in den Verhandlungen mit den Alliierten über die Zukunft Deutschlands nicht zu exponieren und die Initiative für gemeinsame Beschlüsse den Westmächten zu überlassen.

Dies funktionierte gegenüber Großbritannien. Nach der Niederlage der deutschen Truppen in Stalingrad entwickelte der britische Außenminister selbst Vorschläge, denen er ein Jahr zuvor ausgewichen war. Er reiste jedoch nicht selbst nach Moskau, um sie zu erläutern, sondern beauftragte den britischen Botschafter, die sowjetische Gesprächsbereitschaft zu sondieren. Allerdings sperrte sich Kerr entweder gegen den Auftrag Edens oder er stellte seine Sondierungen ungeschickt an. Statt die ihm übermittelten Überlegungen Edens zur Behandlung Deutschlands darzulegen,⁶⁷ insistierte er auf einer Erklärung Molotows zu der bereits dargelegten zwiespältigen Erklärung Stalins vom 6. November 1942.⁶⁸ Das vom britischen Botschafter später unterbreitete Memorandum „Zur Sicherheit nach dem Krieg“⁶⁹ blieb ohne sowjetische Antwort. Damit kam es zunächst nicht zu den von Eden erhofften britisch-sowjetischen Sondierungen.

Im Sommer dieses Jahres, nachdem die UdSSR die von Goebbels noch geschürte⁷⁰ Katyn-Krise zum Anlaß genommen hatte, die Beziehungen zur polnischen Exilregierung abzubrechen, initiierte die britische Regierung noch einmal Verhandlungen mit der UdSSR über die Zukunft Deutschlands. Die sowjetische Botschaft in London erhielt ein britisches Memorandum, in dem Grundsätze für den Übergang vom Krieg zum Frieden dargelegt wurden. Die Übergabe dieses Memorandums, das Lothar Kettenacker völlig zu Recht als eines der folgenreichsten Schriftstücke des Zweiten Weltkrieges bezeichnet hat,⁷¹ wirkte in Moskau in vielfacher Hinsicht elektrisierend. Es hatte zunächst die Einsetzung einer

⁶⁷ BDF A III, Serie L, Band 2, S. 468–476, Eden an Kerr, 4. 2. 1943: „You should say that, though we have not yet made up our minds on any definite plan, nevertheless we are determined that Germany shall be put in a position in which she cannot repeat her aggression, and that *we therefore contemplate the occupation of Germany for a considerable period* after hostilities. If there is general agreement on this point the question how we can in practice best exercise such inter-Allied control will obviously need to be settled“. Hervorhebung nicht im Original.

⁶⁸ Vgl. oben Anm. 43.

⁶⁹ AVP RF, 06/5/2/14, Bl. 50: Sicherheit nach dem Kriege (britisches Memorandum), 24. 2. 1943.

⁷⁰ Noch vor der Veröffentlichung der ersten Meldungen veranlaßte der Propagandaminister eine Untersuchung der Gräber und notierte am 14. 4. 1943 in seinem Tagebuch: „Die Auffindung von 12 000 von der GPU ermordeten polnischen Offizieren wird nun in größtem Stil in der antibolschewistischen Propaganda eingesetzt.“ Schon vierzehn Tage später jubelte der deutsche Propagandaminister: „Das wichtigste Thema der gesamten internationalen Debatte ist natürlich der Bruch zwischen Moskau und der polnischen Emigrantenregierung. [...] Man sieht jetzt mit einem Male Risse im alliierten Lager auftauchen, die man vorher nicht wahrhaben wollte. Man spricht von einem vollkommenen Sieg Goebbels.“ Einen Monat später fügte er hinzu: „Der Fall Katyn hat dem Führer außerordentlich imponiert. Er hat auch daran wieder erkannt, welche ungeheuren Möglichkeiten heute noch in der antibolschewistischen Propaganda liegen.“ Vgl. Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II: Diktate 1941–1945, Band 8: April–Juni 1943, bearbeitet von Hartmut Mehring, München 1993, S. 104 (14. 4.), S. 174 f. (28. 4.) und S. 260 (10. 5.).

⁷¹ Kettenacker (Anm. 32), S. 222.

Ad-hoc-Kommission unter Leitung von Majskij und wenig später die Bildung zweier Kommissionen im Außenkommissariat zur Folge: die Kommission für die Vorbereitung der Friedenskonferenz (nach deren Leiter Litvinov-Kommission genannt) und die Kommission zur Vorbereitung des Waffenstillstands (Vorošilov-Kommission). Es begann eine neue Phase der sowjetischen Nachkriegsplanung.

Das Interesse Stalins an Nachkriegsfragen wuchs zu dieser Zeit infolge des Sturzes Mussolinis und der Kapitulation Italiens. Der sowjetische Führer fürchtete, durch die Westmächte von der italienischen Waffenstillstandsvereinbarung ausgeschlossen zu werden. Vor dem Hintergrund der in Moskau beginnenden Nachkriegsplanungen ergriff er nun selbst die Initiative, ein Treffen der Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR in der sowjetischen Hauptstadt zu initiieren, das zum „diplomatischen Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs“ wurde.⁷² Auf der Grundlage einer durch den Stellvertreter Molotovs übermittelten Direktive begannen intensive Vorbereitungen im Außenkommissariat. In dieser Direktive hieß es: „In der Frage der territorialen Aufspaltung oder Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems hält es die sowjetische Regierung für notwendig, den bereits früher von ihr vertretenen Standpunkt zu bekräftigen, der – soweit der sowjetischen Regierung bekannt ist – auch von den Regierungen Großbritanniens und der USA geteilt wird, wonach die territoriale Aufspaltung von Nachkriegsdeutschland in mehrere kleinere Staaten erforderlich ist. [...] Die Besetzung Deutschlands auf der Grundlage des Waffenstillstands mit diesem Land soll durch die Streitkräfte der Sowjetunion, Englands und der USA erfolgen, die auf dessen Hoheitsgebiet ihre Stabseinrichtungen organisieren sollen. Über die Dauer der Besetzung und den Modus für deren Realisierung müssen die drei Regierungen untereinander zusätzlich übereinkommen.“⁷³

Die Position der UdSSR zur deutschen Frage wurde mit dieser Instruktion, als deren eigentlicher Urheber Stalin unschwer zu erkennen ist, vor dem Beginn der Moskauer Außenministerverhandlungen auf den neuesten Stand gebracht. Sie resultierte nicht aus Kompromissen mit den USA und Großbritannien, sondern aus den politischen Überlegungen, von denen sich der sowjetische Partei- und Regierungschef seit dem Ende der dreißiger Jahre leiten ließ. In deren außenpolitischem Mittelpunkt standen Sicherheitszonen, aus denen der Einfluß potentiell feindlicher Mächte, zu denen auch die seinerzeitigen Verbündeten der UdSSR gerechnet wurden, zurückgedrängt werden sollte. Diesem 1943 voll ausgeprägten Denken entsprach es, daß im Falle der Besetzung von Teilen des Deutschen Reichs durch sowjetische Truppen dieses Gebiet zum Angelpunkt der künftigen sowjetischen Einflußzone in Europa werden würde.

Nicht Molotov, sondern seine Amtskollegen aus Großbritannien und den USA setzten die Behandlung Deutschlands auf die Tagesordnung der Moskauer Außenministerkonferenz. Der Secretary of State legte dazu eine Diskussionsgrundlage vor.⁷⁴ Obwohl die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege unter vielfältigen Gesichtspunkten vor dem

⁷² William Hardy McNeill, *America, Britain, and Russia, Their Cooperation and Conflict 1941–1946*, London 1953, S. 324 f.: „By that time, the notable achievements of Russian industry in producing armaments, and the growing confidence and skill of the massive Red Army, opened the prospect of total victory over Germany. Even without the help of winter weather, the Russian army had shown itself able to advance against the Germans; even without a second front in France in 1943 Hitler's troops could not stand fast against Russian attack.“

⁷³ Laufer/Kynin I, S. 170–172: Aufzeichnung von Dekanozov, 3. 10. 1943.

⁷⁴ Vgl. DzD I, 4, S. 600–603: Memorandum Hulls, 23. 10. 1943.

Beginn der Konferenz im Außenkommissariat gut ausgearbeitet worden war,⁷⁵ unterbreitete Molotov keinen sowjetischen Vorschlag. Um die Initiative den Westmächten zu überlassen, erklärte der Außenkommissar: „Die Sowjetregierung unterstützt Großbritannien und die Vereinigten Staaten in allen Maßnahmen, die darauf abzielen, Deutschland als einen aggressiven Staat maximal unschädlich zu machen.“ Als sich Eden damit nicht zufrieden gab und die beiden westlichen Außenminister sehr vorsichtig die Haltung ihrer Regierungen zur Frage der Aufteilung Deutschlands dargelegt hatten, wurde Molotov deutlicher, indem er auf die Frage Edens, „ob es richtig wäre [...] Gewaltmaßnahmen zur Aufgliederung Deutschlands zu ergreifen“, zustimmend antwortete: „Ich meine, daß das völlig richtig ist, natürlich müssen unsere Regierungen ihre Überlegungen zu dieser Frage fortsetzen.“⁷⁶ Wahrscheinlich um sich selbst abzusichern, fügte er hinzu: „Ich bezweifle nicht, daß in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion jene Gruppe ein großes Gewicht hat, die sich für eine Aufgliederung Deutschlands ausspricht, wobei diese Frage von den Alliierten von oben her gelöst werden sollte.“⁷⁷

Fünf Wochen später bekannte sich Stalin in Teheran noch klarer zur deutschen Teilung. Dies war bisher nur aus den westlichen Protokollen ersichtlich.⁷⁸ In den veröffentlichten sowjetischen Aufzeichnungen wurden die diesbezüglichen Äußerungen Stalins ohne Kennzeichnung eliminiert.⁷⁹ Laut dem unveröffentlichten sowjetischen Protokoll rief Stalin, nachdem Roosevelt auf die Notwendigkeit der Teilung Deutschlands verwiesen hatte: „Das ist es, was wir vorziehen.“⁸⁰ Und auf die Frage Churchills: „Zieht Marschall Stalin ein zersplittertes Europa vor?“, antwortete Stalin mit Entschiedenheit: „Nicht Europa, sondern Deutschland.“⁸¹ Noch deutlicher geht die Präferenz Stalins für die Aufgliederung Deutschlands aus einem Runderlaß hervor, den Vyšinskij – der selbst nicht an den Gesprächen in Teheran teilgenommen hatte – zur Information der sowjetischen Botschafter vorbereitete. In der von Stalin durchgesehenen Fassung dieses Erlasses hieß es: „Genosse Stalin erklärte, daß in Hinblick auf das Ziel, Deutschland zu schwächen, die sowjetische Regierung dessen Aufgliederung vorziehen würde. Genosse Stalin begrüßte Roosevelts Plan [für die Aufgliederung Deutschlands], ohne sich auf die Zahl der Staaten festzulegen, in die Deutschland gespalten werden solle.“⁸²

⁷⁵ Vgl. Laufer/Kynin 1, S. 194–234: Ausarbeitungen von Vyšinskij, Litvinov, Suric und Kornejčuks zu den Tagesordnungspunkten der Konferenz.

⁷⁶ AVP RF, 07/4/26/10, Bl. 131. In der 1978 veröffentlichten Fassung dieses Protokolls wurde diese Antwort des sowjetischen Außenministers sinnentstellend verkürzt: „Ich bin der Meinung, daß sich unsere Regierungen über diese Frage Gedanken machen müssen.“ Vgl. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945, Band 1–6, Moskau/Berlin 1986–1988 (im folgenden: SAIK 1–6) 1, S. 163.

⁷⁷ SAIK 1, S. 163.

⁷⁸ DzD I, Band 4, S. 668: Aufzeichnung Bohlens über das Gespräch zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin am 1. 12. 1943. Auf die Frage Roosevelts, „whether or not to split up Germany“, antwortete Stalin: „that they preferred the dismemberment of Germany“.

⁷⁹ Vgl. SAIK 2, S. 136: Aufzeichnung der Abschlusssitzung am 1. 12. 1943.

⁸⁰ Dieser Teil des Protokolls, auf den erstmals G. P. Kynin aufmerksam machte (vgl. AVP RF, 048/11-ž/64/d. 1: Obzor Kynina 1, Bl. 129), ist veröffentlicht in: Laufer/Kynin 1, S. LVIII.

⁸¹ AVP RF, 048/11-ž/64/d. 1: Obzor Kynina 1, Bl. 132. In der russischen Veröffentlichung wurde diese Feststellung zu der Frage verfälscht: „Was hat das mit Europa zu tun?“ (SAIK 2, S. 137).

⁸² Zit. bei Geoffrey Roberts, *The Soviet Union and the Grand Alliance: From Wartime Cooperation to Cold War Confrontation, 1941–1947* (Ms).

Bei ihren Treffen in Teheran und Moskau vermieden es die Regierungschefs und Außenminister aller drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition, die Vorbereitung eines Friedensvertrags für Deutschland anzusprechen. Dies änderte sich auch in den noch folgenden achtzehn europäischen Kriegsmonaten nicht. Ein Friedensvertrag war mit der von den drei Mächten zu diesem Zeitpunkt angestrebten Aufgliederung Deutschlands schwer zu vereinbaren. Statt dessen bereitete man seit 1944 eine nur zwischen den drei Siegermächten vertraglich zu fixierende Regelung der Besetzung und Kontrolle Deutschlands vor.

Zur Abstimmung der Konditionen der bedingungslosen Kapitulation⁸³ hatten die drei Außenminister in Moskau die Gründung der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) vereinbart. Gestützt auf intensive Vorbereitungen in Moskau beteiligte sich der sowjetische Vertreter in der EAC, Gusev, zielstrebig nur an der Ausarbeitung jener Bestimmungen, die allen Siegermächten allumfassende Entscheidungsrechte in bezug auf ihre jeweiligen Besatzungsgebiete und ein Vetorecht für alle Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten einräumten.⁸⁴ Trotz eigener Vorbereitungen in der Worosilov-Kommission verhinderte die fehlende Zustimmung Stalins eine gemeinsame Abstimmung der künftigen Besatzungspolitik. Auch der von den USA vorgeschlagenen und von sowjetischen Diplomaten und Militärs in London und Moskau befürworteten Beteiligung der UdSSR an der Vorbereitung des Personals für den Kontrollmechanismus stimmte der sowjetische Führer nicht zu.

Die Frage, warum Stalin in der EAC, aber auch auf dem Gebiet der Reparationen eine rechtzeitige Abstimmung der Inhalte künftiger Politik mit den Westmächten nicht herbeiführte und die Entwicklung einer eigenmächtigen sowjetischen Besatzungspolitik und Kriegsbeutepraxis zuließ,⁸⁵ ist eine Frage nach dem spezifischen Herrschaftsstil des sowjetischen Führers, die leider nicht anhand der vorliegenden Quellen beantwortet werden kann. Die Vertreter des Außenkommissariats und der sowjetischen Streitkräfte sowie die für den Wiederaufbau der UdSSR verantwortlichen Stellen wurden nicht über die Hintergründe getroffener und schon gar nicht über die Gründe für ausgebliebene Entscheidungen Stalins informiert. Dadurch entstanden bereits während des Krieges innerhalb der sowjetischen Führung Unklarheiten über die letzten Ziele Stalins. Vieles spricht dafür, daß jeder Versuch Stalins, die künftige Politik der UdSSR in Deutschland im voraus mit den übrigen Besatzungsmächten abzustimmen, nicht zu einer Einigung, sondern zum Aufbrechen von Konflikten geführt hätte. Möglicherweise fürchtete Stalin, daß dies die erreichte Zoneneinteilung und den Kontrollmechanismus wieder in Frage gestellt hätte.

Nachdem bindende Vereinbarungen mit Großbritannien und den USA zur Zoneneinteilung und zum Kontrollmechanismus erreicht waren, unternahm Stalin in Jalta den Versuch, die Entscheidung über die Aufgliederung Deutschlands zu formalisieren. Auch

⁸³ Vgl. Vojtech Mastny, *Russias Road to the Cold War. Diplomacy, Warfare and Politics of Communism 1941-1945*, New York 1979, S. 177.

⁸⁴ Vgl. Jochen Laufer, *Die UdSSR und der alliierte Kontrollmechanismus für Deutschland 1943-1948*, in: *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik*, in: *Deutschland und Österreich 1945-1955*, hrsg. von Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals, Göttingen (im Druck), im folgenden: Laufer, *Kontrollmechanismus*.

⁸⁵ Vgl. Jochen Laufer, *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945-1950*, in: *Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949: Hintergründe, Ziele und Wirkungen*, hrsg. von Rainer Karlsch/Jochen Laufer, unter Mitarbeit von Friederike Sattler, Berlin 2002, S. 31-78.

diese Bemühungen Stalins wurden in früheren sowjetischen Quellenveröffentlichungen verdunkelt. Die jetzt zugänglichen sowjetischen Protokolle bestätigen, daß Stalin auf der zweiten Sitzung der Regierungschefs am 5. Februar 1945 auf die Formalisierung einer gemeinsamen Entscheidung zur Aufgliederung Deutschlands drängte. Dort erklärte er: „Offensichtlich sind wir alle für eine Aufgliederung, doch ist es erforderlich, dies in der heutigen Sitzung in die Form eines Beschlusses zu bringen.“⁸⁶ Als sich Churchill gegen einen formellen Teilungsbeschluß sträubte und Roosevelt die Überweisung dieser Frage an die Außenminister vorschlug, wollte Stalin diesem Kompromißvorschlag nur nach der vorherigen Einigung der drei Regierungschefs zustimmen, „daß wir es für notwendig halten, Deutschland aufzugliedern, weil wir alle dafür eintreten“. Auffallend ist, daß Stalin nicht die praktischen Schritte und die Details der Teilung Deutschlands interessierten, sondern allein der gemeinsame Beschluß, dies zu tun. Er wünschte, daß deutsche Vertreter nicht nur die Kapitulationsbedingungen, sondern auch die Bestimmungen zur Aufgliederung Deutschlands unterzeichnen sollten. „Für uns als Alliierte wäre es vorteilhaft, fuhr er [Stalin] fort, daß die Militärs oder die Regierung nicht nur die in London ausgearbeiteten Kapitulationsbedingungen, sondern auch die Bestimmungen über die Aufgliederung Deutschlands unterschreiben, um damit die Bevölkerung [an diese Bestimmungen] zu binden. Dann wird sich die Bevölkerung leichter mit der Aufgliederung abfinden.“⁸⁷ Stalin ging es offensichtlich darum, die in der EAC erreichten Vereinbarungen zur Zonenaufteilung zu legitimieren.

Stalin blieb voller Mißtrauen, da er sich in Jalta mit einem alle drei Mächte bindenden Beschluß zur Aufgliederung Deutschlands nicht hatte durchsetzen können. Statt eine Entscheidung zu treffen, hatten Churchill und Roosevelt die Bildung einer Kommission zum Studium des „Verfahrens der Aufteilung“ erzwungen.⁸⁸ Erst unmittelbar vor der ersten Sitzung dieser Kommission, die am 7. März 1945 im Foreign Office stattfand, instruierte Molotov den sowjetischen Vertreter Fedor Gusev: „Erkundigen Sie sich, ob die Engländer und die Amerikaner die Absicht haben, ihre Teilungsschemata für Deutschland zur Erörterung vorzulegen. Auf analoge Anfragen antworten Sie, daß Sie ein derartiges Teilungsschema bislang noch nicht erhalten hätten, daß Ihnen ein solches jedoch noch zugeht und Sie es dann einreichen werden.“⁸⁹ Offensichtlich war Stalin – ohne dessen vorherige Zustimmung Molotov diese Weisung nicht erlassen konnte – drei Wochen nach dem Ende der Konferenz noch immer bereit, sich für eine Teilungsvariante zu entschei-

⁸⁶ AVP RF, 048/11-ž/64/2: Obzor Kynina 2, Bl. 6.

⁸⁷ Ebenda, Bl. 9. Auch Majskij bestätigt in seinem Tagebuch, daß Stalin darauf bestanden habe, „daß wir hier, auf dieser Konferenz, eine konkrete Entscheidung in bezug auf die Aufgliederung treffen. Wichtig sei auch, daß ein Punkt, der die Aufgliederung betrifft, in den Waffenstillstand kommt. Mögen die deutschen Behörden, die den Waffenstillstand unterzeichnen, ihren Namen auch unter die Aufgliederung setzen. Das wird sie und das deutsche Volk bis zu einem gewissen Grade binden und im weiteren die Durchführung der Aufgliederung erleichtern.“ (AVP RF, 017a/1/2/13, Bl. 41 f.).

⁸⁸ SAIK 4, S. 232. In dem von den drei Außenministern unterzeichneten „Protokoll der Arbeit der Krim-Konferenz“ wurde lediglich der Beschluß verankert, in der deutschen Kapitulationsurkunde die Aufteilung Deutschlands als eine der Maßnahmen zu benennen, die das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die UdSSR ergreifen würden, um den künftigen Frieden zu sichern (ebenda). Im Runderlaß Molotovs zu den Ergebnissen der Konferenz hieß es jedoch: „In der Deutschland-Frage wurde im Prinzip anerkannt, daß es notwendig ist, dieses Land aufzugliedern.“ (Vgl. Laufer/Kynin 1, S. 534).

⁸⁹ AVP RF, 059/15/17/6057, Bl. 35, zit. in: Laufer/Kynin 1, S. 663, Anm. 354.

den.⁹⁰ Davon gingen jedenfalls die sowjetischen Vertreter in der Londoner Aufgliederungskommission aus, die im sowjetischen Entwurf der Aufgabenstellung für diese Kommission festschreiben wollten: „Deutschland wird nicht mehr als einheitlicher zentralisierter Staat existieren; auf seinem Territorium werden mehrere selbständige, voneinander oder von irgendeiner gesamtdeutschen Körperschaft unabhängige Staaten gebildet.“ Diesen Entwurf übermittelt Gusev mit der Bitte um Zustimmung sofort an Molotov,⁹¹ mußte jedoch lange auf eine Antwort warten. Erst unmittelbar vor der nächsten Sitzung der Kommission erhielt Gusev die von Stalin gebilligte bzw. selbst verfaßte Weisung, in der Kommission zu erklären: „Die Sowjetische Regierung versteht den Beschluß der Krimkonferenz zur Aufgliederung Deutschlands nicht als obligatorischen Plan für die Aufgliederung Deutschlands, sondern als potentielle Perspektive für eine Druckausübung auf Deutschland mit dem Ziel, Deutschland als Gefahr auszuschalten, falls sich andere Mittel als unzureichend erweisen.“ Zur Erläuterung hieß es: „Wie Ihnen, Gen. Gusev, bekannt ist, wollen die Engländer und die Amerikaner, die als erste die Frage der Aufgliederung Deutschlands aufwarfen, nunmehr die Verantwortung für die Aufgliederung auf die UdSSR abwälzen, um unseren Staat in den Augen der internationalen Öffentlichkeit anzuschwärzen. Um ihnen diese Möglichkeit zu entziehen, ist der obengenannte Vorschlag zu unterbreiten.“⁹²

Wahrscheinlich waren es geheimdienstliche Informationen zur britischen und amerikanischen Deutschlandpolitik, die Stalin veranlaßten, seine Bemühungen aufzugeben, eine formelle Vereinbarung mit den Westmächten über die Aufgliederung Deutschlands zu treffen. Auch ohne formellen Teilungsbeschluß änderte sich nichts an Stalins Ziel, Deutschland dauerhaft zu entmachten. Doch der Schwerpunkt der sowjetischen Deutschlandpolitik verschob sich noch stärker auf die zukünftige sowjetische Besatzungszone: Durch die Bildung eines Sonderkomitees des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR für Deutschland wurde die sowjetische Reparationspolitik einseitig auf die Entnahme (Demontage) von Industrieanlagen und Sachwerten aus den von der Roten Armee besetzten Teilen Deutschlands ausgerichtet. Emissäre der KPD wurden aus dem Moskauer Exil nicht in die Westzonen entsandt, sondern lediglich zu den auf deutschem Gebiet operierenden sowjetischen Verbänden, um diese bei der Übernahme der Besatzungsaufgaben zu unterstützen. Durch die Übergabe der in den USA hergestellten Druckplatten für die Militär-Mark an die übrigen Besatzungsmächte – darunter auch an die UdSSR⁹³ –, ohne

⁹⁰ In diesem Zusammenhang ist eine Antwort Stalins vom 19. 3. 1945 auf die Frage des französischen Botschafters Catroux interessant: „Würde die sowjetische Regierung etwas dagegen einzuwenden haben, wenn Frankreich das linke Ufer des Rheins besetzt?“ Stalin entgegnete, „daß diese Frage für ihn selbst noch nicht völlig klar sei. Als de Gaulle und Bidault in Moskau waren, habe ihnen Stalin erklärt, daß diese Frage nicht ohne England und Amerika entschieden werden dürfe, deren Truppen sich in der Rheinischen Zone befänden.“ Vgl. MID SSSR (Hrsg.), *Sovetsko-francuzskie otnošenija vo vremja Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945, dokumenty i materialy*, Band 2, Moskau 1983 (im folgenden: SFRO 2), S. 291–297.

⁹¹ Laufer/Kynin 1, S. 543–545: Aufzeichnungen von Ivanov, 12. 3. 1945: [Richtlinien] für den Aufgliederungsausschuß. Diese Ausarbeitung Ivanovs diente Gusev als Grundlage für ein Telegramm, in dem er das NKID am 13. 3. 1945 über den Wortlaut des sowjetischen Entwurfs der Direktive für die Aufgliederungskommission informierte (AVP RF, 059/15/53/313, Bl. 111–112, zit. in: Laufer/Kynin 1, S. 663, Anm. 356).

⁹² Laufer/Kynin 1, S. 555: Molotov an Gusev, 24. 3. 1945.

⁹³ Am 17. 1. 1944 übermittelte Harriman in einem an Molotov gerichteten Schreiben den Vorschlag, gemeinsam mit der UdSSR und Großbritannien Zahlungsmittel (M-Mark) für das besetzte Deutschland zu

vorher ein gemeinsames Emissionsverfahren zu vereinbaren, wurde die selbständige Besatzungspolitik der UdSSR in ihrer Zone finanziell abgesichert.

Zur Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ging Stalin in seiner Innen- und Außenpolitik vom Systemantagonismus zwischen der UdSSR und den Westmächten aus. Er rechnete mit der Verschärfung der internationalen Beziehungen.⁹⁴ Die Schaffung einer sowjetischen Einflußzone als einzig verlässliches Mittel, um die feindliche Einkreisung zu durchbrechen, war die entscheidende außenpolitische Lehre, die Stalin aus den Entwicklungen der zwanziger und dreißiger Jahre gezogen hatte. Die Weltrevolution gab er damit nicht auf, stellte sie aber als weniger beeinflussbar zurück. Stalins Streben nach Einflußzonen bildete im August 1939 die Grundlage für den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts und des dazugehörigen Zusatzprotokolls.⁹⁵ Sein Denken in den Kategorien von Einflußzonen verfestigte sich während des Krieges und bestimmte die sowjetische Außenpolitik nach dem Kriege – eben darin bestand die grundlegende Kontinuität der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik. Stalin schloß 1945 jeden militärischen Vorstoß über die während des Krieges ausgehandelten Grenzen des sowjetischen Besatzungsgebiets, aber auch jede direkte Unterstützung revolutionärer Aktivitäten in den westlichen Besatzungszonen und in den Teilen Europas aus, die er als Einflußgebiet der Westmächte anzuerkennen bereit war.⁹⁶

Die Aggressivität der Stalinschen Politik richtete sich nach 1945 nicht nach außen, sondern nach innen. Sie zielte auf die Zurückdrängung und Unterbindung des Einflusses anderer Mächte in all den Ländern und Landesteilen, die die UdSSR als ihr Einflußgebiet betrachtete. Dabei setzte Stalin auf militärische Stärke. Annähernd synchron mit den USA, Großbritannien, Deutschland und Japan hatten in der UdSSR 1939/40 Forschungen zur militärischen Nutzung der Kernspaltung begonnen. Die UdSSR intensivierte während des Krieges ihre eigenen Forschungsanstrengungen, zog Nutzen aus geheimdienstlich beschafften Informationen zum Bau der amerikanischen Bombe, warb während und nach der Besetzung Deutschlands deutsche Wissenschaftler an und nutzte aus Deutschland erbeutete Technologien und Ressourcen. Die nach dem Einmarsch der Roten Armee eingeleitete

emittieren (FRUS, 1944, III, S. 824 f.). Das Volkskommissariat für Außenhandel drängte daraufhin auf die Übergabe der Druckplatten, um die M-Mark in der UdSSR zu drucken (AVP RF, 06/6/35./425, Bl. 62 f.). Da die amerikanische Regierung eine Beantwortung dieses Vorschlags hinauszögerte, übermittelte Molotov Harriman am 7. 4. eine Note mit der Warnung, die UdSSR-Regierung werde im Falle einer negativen Antwort „gezwungen sein, eigenständig Militär-Mark für Deutschland nach eigenem Muster“ herzustellen (US Congress, Hearings, 17.–18. 6. 1947, S. 151). Schließlich lenkte die US-Regierung ein und übergab die Druckplatten an die UdSSR (vgl. FRUS, 1944, III, S. 831 f.).

⁹⁴ In einem Gespräch mit Dimitrov sprach Stalin noch vor der Jalta-Konferenz von der Notwendigkeit eines engen Bündnisses der slawischen Völker, weil er in 10–20 Jahren einen Zusammenstoß nicht nur mit dem wieder erstarkten Deutschland, sondern mit dem Kapitalismus als Ganzem, unter Einschluß der Westmächte, erwartete. Vgl. Gibianskij (Anm. 5), S. 126.

⁹⁵ Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt a. M. 2000. Eine Überfülle an bisher unbekanntem sowjetischen Quellen präsentiert, leider wenig analytisch durchdrungen, Lew Besymenski, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002.

⁹⁶ Vgl. Wilfried Loth, *Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges*, in: HZ 238 (1984), S. 611–631.

Erschließung der Uranvorkommen im Süden der SBZ wurde ebenso wie die vertraglich gesicherte Nutzung der tschechischen Uranvorkommen unabdingbar, um den Bau der sowjetischen Atombombe zu ermöglichen.⁹⁷ Vergleichbare Anstrengungen unternahm die UdSSR auch auf anderen Gebieten, um den Transfer der deutschen Rüstungsforschung zu ihren Gunsten zu gewährleisten.⁹⁸

Ohne Schwankungen zielte die sowjetische Politik in der SBZ seit April 1945 auf die Initiierung, Entfaltung und Absicherung der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“. Es gibt nicht die geringsten Anzeichen für eine sowjetische Bereitschaft, die Ergebnisse dieser „Umwälzung“ – zum Beispiel die Bodenreform, die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Abschaffung des Berufsbeamtentums – zugunsten einer gesamtdeutschen Einigung mit den Kriegsverbündeten zurückzunehmen. Stalin überließ die Begleitung und Kontrolle dieser „Umwälzung“ dem nicht abgestimmten und dadurch oft chaotischen Wirken seiner Bevollmächtigten⁹⁹ in Deutschland und der Führung der dortigen Kommunistischen Partei bzw. der späteren SED sowie den sehr spezifischen Wirkungen, die von sowjetischen Soldaten, Panzern, Sonderlagern und Dienststellen des NKVD/MVD auf die Deutschen in der SBZ ausgingen. Nur die Grundsatzentscheidungen bzw. die Bestätigung der andernorts vorbereiteten Grundsatzentscheidungen behielt er sich selbst vor, nahm sie jedoch längst nicht immer wahr.

Es ist eine weitverbreitete, aber bisher nicht belegbare und höchstwahrscheinlich irri- ge Vorstellung, es habe „an allen wichtigen Schnittpunkten ostdeutscher Nachkriegs- geschichte ein direktes Eingreifen Stalins gegeben“.¹⁰⁰ Eher das Gegenteil ist richtig. Nur in den seltensten Fällen – z.B. bei der Bodenreform – entwickelte Stalin selbst die Initiative.¹⁰¹ Er ließ sich zwar über alle Entwicklungen in der SBZ informieren, blieb jedoch so- lange passiv, wie diese Entwicklungen in die von ihm gewünschte Richtung liefen, was die Regel war. Typisch dafür ist das Verhältnis Stalins zur Gründung der SED. Obwohl der Mi- litärrat der SMAD bereits im Herbst 1945 auf die Notwendigkeit hinwies, die SPD durch deren Zusammenschluß mit der KPD auszuschalten,¹⁰² reagierte Stalin nicht, ließ aber die

⁹⁷ Vgl. Rainer Karlsch/Zbynek Zeman, *Urangeheimnis*, Berlin 2002, S. 26–29.

⁹⁸ Vgl. Burghard Ciesla/Christoph Mick/Matthias Uhl, *Rüstungsgesellschaft und Technologietransfer (1945–1948). Flugzeug- und Raketenentwicklung im Military-Industrial-Academic-Complex der UdSSR*, in: Karlsch/Laufer (Anm. 85), S. 187–226.

⁹⁹ Vgl. dazu Ralf Possekel, *Strukturelle Grausamkeit. Die sowjetische Internierungspolitik in Deutschland als Produkt sowjetischer Herrschaftspraktiken 1945–1950*, in: *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956*, hrsg. von Klaus Dieter Müller u.a., Köln u.a. 1998, S. 225–253.

¹⁰⁰ Günter Benser, *Quellenveröffentlichungen ja, aber so präzise wie möglich. Einwände gegen Interpretationen (Badstüblers) von ‚Stalins Direktiven an KPD und SED‘*, in: *Utopic-Kreativ*, H. 11, 1991, S. 101–107, hier: S. 105.

¹⁰¹ Vgl. Jochen Laufer, *Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), *„Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, Stuttgart 1996, S. 21–35.

¹⁰² Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1998, S. 71–92: Aus dem Bericht Tjul'panovs auf der Sitzung der Kommission des ZK VKP(b) zur Überprüfung der Arbeit der Propagan- daverwaltung der SMAD, 16. 9. 1946, S. 173: „Ich erinnere mich daran, daß bereits im Oktober vergange- nen Jahres eine ganze Reihe von Fragen erörtert wurden, insbesondere die Frage der Vereinigung der Parteien. Im November [1945] machten wir im Bericht für den Militärrat [der SMAD] deutlich, daß wir für den Fall, daß es nicht zu einer politischen Vereinigung der beiden Parteien käme, bei den Wahlen

darauf gerichteten und sich steigenden Aktivitäten der SMAD und der KPD zu. Nur in Ausnahmefällen bremste der sowjetische Führer Maßnahmen, wenn er deren Scheitern fürchtete. Charakterisiert wurde die sowjetische Politik in Deutschland durch die bewußte Vermeidung der Begriffe „Revolution“, „Sozialismus“ und „Diktatur des Proletariats“. Dies entsprach der in den dreißiger Jahren entwickelten „Volksfront“-Taktik, die während des Kriegs zum Konzept der „Volksdemokratie“ weiterentwickelt worden war.¹⁰³

Und dennoch bestand am Ende des Krieges auch für die sowjetische Deutschlandpolitik eine grundsätzliche Offenheit, die wahrscheinlich sogar mehr alternative Entwicklungen zuließ, als in den Jahren davor und danach. Wir wissen nicht, wie diese Politik ausgesehen hätte, wenn der deutsche Widerstand gegen Hitler erfolgreicher gewesen wäre; wir wissen auch nicht, was aus der sowjetischen Deutschlandpolitik geworden wäre, wenn die Deutschen ihre Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht akzeptiert hätten. Die Stärke der politischen Kräfte, mit denen Stalin in Nachkriegsdeutschland zu rechnen hatte, kannte er nicht. Natürlich wäre die sowjetische Politik eine andere gewesen, wenn die Kommunisten und die anderen antinazistischen Kräfte schwächer gewesen wären, als sie es nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland waren. All dies spricht für die Offenheit der sowjetischen Politik. Dennoch bleiben Zweifel, ob diese Politik zu anderen Ergebnissen geführt hätte. Für Stalin gab es niemals eine Offenheit der Ziele. In dieser Beziehung war sich Molotov völlig sicher. Rückblickend erklärte er: „Stalin selbst setzte sich für die Schaffung der DDR ein und erklärte, daß es eine neue Etappe in der Entwicklung Deutschlands sei, in dieser Beziehung kann es keinen Zweifel geben. Stalin, das war ein Mann, der alles für den Sozialismus gab und sozialistische Errungenschaften nicht aufgeben hätte. Wir meinten, daß man vom Aufbau des Sozialismus in der DDR nicht sprechen sollte, um das Volk nicht gegen sich zu haben. Der Aufbau [des Sozialismus] begann, und dann mußte man kräftigen Druck ausüben auf dieses Deutschland, wo wir erst mit der Arbeit begannen und arbeiten mußten, daß es nicht zum alten Zustand zurückkehrt.“¹⁰⁴

Ganz selbstverständlich – und darauf wird zurückzukommen sein – sprach Molotov hier von der DDR als „Deutschland“. Die DDR sollte zum sowjetischen Deutschland werden. Stalin, Molotov, die sowjetischen Bevollmächtigten, aber auch die KPD/SED wollten ihr eigenes – aus ihrer Perspektive „unser“ – Deutschland bauen. Verschleierung seiner Ziele war dabei ein Grundzug des stets mißtrauischen und stets zu jeder List bereiten Stalin. Doch nur in seltenen Momenten bekannte er sich dazu.¹⁰⁵ Dies führte und führt zu einer Konfusion der Begriffe: Von „Demokratie“ wurde gesprochen, wo der Weg zum Sozialismus gemeint war; „Sicherheit“ wurde gefordert, wo Unterdrückung bzw. Zurückdrängung wirklicher und vermeintlicher innerer bzw. äußerer Gegner beabsichtigt war; von Deutschland war die Rede, wo es um die SBZ ging.

[den 1946 bevorstehenden Gemeindewahlen in der SBZ] eine Niederlage erleiden würden. Dies war ein äußerst wichtiges Dokument, das damals namens des Militärrats an Stalin gesandt wurde.“

¹⁰³ Vgl. Alfred Sywottek, *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD*, Düsseldorf 1971.

¹⁰⁴ Feliks Čuev, *Sto sorok besed s Molotovym*, Moskau 1991, S. 335.

¹⁰⁵ Auf einer Veranstaltung Moskauer und Leningrader Propagandisten erklärte Stalin am 1.10.1938: „Sie [die Bolschewiki] sind nicht immer gegen Angriffe, gegen den Krieg. Daß wir jetzt nach Verteidigung schreien – ist ein Schleier, ein Schleier. Alle Staaten maskieren sich: ‚Wer mit den Wölfen lebt, muß mit den Wölfen heulen.‘“ (zit. in: Pietrow-Ennker, *Präventivkrieg?*, S. 82).

Die Forderung nach einem Friedensvertrag in der Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpropaganda 1941-1953

Ähnlich wie 1942 wandte sich Stalin am 9. Mai 1945 sowohl an die sowjetische wie an die deutsche Bevölkerung als auch an die Verbündeten, um zu erklären: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“¹⁰⁶ Vom Sondergesandten des amerikanischen Präsidenten wenig später auf diese Erklärung angesprochen, rechtfertigte sich der sowjetische Führer mit ungewöhnlich großer Offenheit: „Gen. Stalin sagt, daß der sowjetische Vorschlag zur Aufgliederung Deutschlands auf der Krim-Konferenz abgelehnt worden sei. [...] Daher habe er, Gen. Stalin, seine entsprechende Erklärung zur Aufgliederung Deutschlands abgegeben.“ Die Feststellung Harrimans, daß die UdSSR noch keine endgültige Entscheidung getroffen habe, „ob Deutschland aufzugliedern oder nicht aufzugliedern ist, [...] und demzufolge diese Frage für ihn zur Diskussion stehe“, bejahte Stalin.¹⁰⁷

Am Abend des 4. Juni 1945 notierte Pieck in Moskau: „*Perspektive* – es wird 2 Deutschlands geben – trotz aller Einheit der Verbündeten“.¹⁰⁸ An diesem Abend besuchten ihn die Leiter der drei „Initiativ-Gruppen“ der KPD, Ulbricht, Ackermann und Sobottka, die Ende April 1945 durch die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee in den Osten Deutschlands geschickt worden waren. Über Nacht waren diese drei deutschen Genossen für eine Unterredung mit Stalin – der ersten seit 1933 – aus Deutschland zurückgerufen worden. Sie informierten den KPD-Vorsitzenden über die Lage im Besatzungsgebiet und über die Äußerungen Stalins während der unmittelbar vorangegangenen knapp zweistündigen Unterredung im Kreml. Unter den gegebenen Herrschaftsverhältnissen konnte die fundamentale Feststellung, „es wird 2 Deutschlands geben“, nur von Stalin getroffen werden. Für alle anderen war unter diesen Bedingungen nur die Frage denkbar: Wird es zwei Deutschlands geben? Dafür, daß diese Feststellung eindeutig von Stalin stammt, spricht auch die anschließende Information: „Plan der Zerstückelung Deutschlands bestand bei Engl[ändern] und Amerik[anern] Teilung in Nord- und Süddeutschland, Rheinland – Bayern mit Österreich Stalin war dagegen.“¹⁰⁹ Die deutschen Gesprächspartner waren bis dahin in diese Einzelheiten nicht eingeweiht. Auch die Fehlinformation, daß Stalin gegen die Teilung war, konnte damit nur vom sowjetischen Führer stammen.

Dafür, daß sich die deutschen Kommunisten gegen eine solche Feststellung wehrten, sprechen die unmittelbar anschließenden Notizen Piecks: „Einheit Deutschlands sichern durch einh[eitliche] Partei der Werktätigen im Mittelpunkt *Einheitliche Partei*“.¹¹⁰ Pieck rechnete bereits drei Monate zuvor „mit der Unterschiedlichkeit des Besatzungsregimes in den einzelnen Besatzungszonen“ und sah die Gefahr, „daß in der engl[ischen] u[nd der] amerik[anischen] Zone *Bestrebungen Vorschub geleistet* wird, ein Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß der SU zu schaffen und *reformistischen Führern der Sozial-d[emokratie] u[nd der] Gewerkschaften* dort Gelegenheit zu geben, sich wieder Einfluß in der Arbei-

¹⁰⁶ Stalin, S. 218 f.: Ansprache des Genossen J. W. Stalin an das Volk, 9. 5. 1945.

¹⁰⁷ Laufer/Kynin 2, S. 11-16, hier: S. 14: Unterredung zwischen Stalin und Hopkins (Auszug), 28. 5. 1945. Hervorhebung nicht im Original.

¹⁰⁸ Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994 (im folgenden: Badstübner/Loth), S. 50. Hervorhebung im Original.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 50.

¹¹⁰ Ebenda. Hervorhebung im Original.

terschaft zu verschaffen gegenüber den Kommunisten“.¹¹¹ Dennoch findet sich im Aufruf der wiederzugelassenen KPD vom 11. Juni 1945 kein Wort von der drohenden Teilung, vom Friedensvertrag oder vom Kampf um die nationale Einheit und einer einheitlichen Partei der Werktätigen. Im Gegenteil, obwohl sich der Aufruf vom 11. Juni direkt auf den weiter oben angeführten kommunistischen Aufruf vom Oktober 1941 bezog und ausführlich daraus zitierte,¹¹² bricht das Zitat genau an der Stelle ab, wo von der drohenden „Zerstückelung Deutschlands“ die Rede war. Bekanntlich war die Abstimmung des neuen Aufrufs mit Stalin und Dimitrov der eigentliche Anlaß, Ulbricht, Ackermann und Sobottka nach Moskau einzufliegen. Der Aufruf muß deshalb als ein unmittelbarer Ausdruck des auf die SBZ bezogenen deutschlandpolitischen Programms Stalins bewertet werden. Daher kann das Fehlen der Warnung vor der Teilung Deutschlands in diesem Aufruf als sicheres Zeichen dafür gelten, daß Stalin zu diesem Zeitpunkt die KPD weder auf den Kampf um die Einheit Deutschlands noch auf eine „einheitliche Partei der Werktätigen“ festlegte.

Erst in dem Maße, wie sich in Deutschland die Konfrontation zwischen den Besatzungsmächten entwickelte, „entdeckte“ der Dialektiker Stalin die nationale Frage als Mittel, die Deutschlandpolitik der Westmächte zu blockieren und die Gefahr der antisowjetischen Kräfte in Deutschland zu entschärfen. Unklar ist bisher, wieviel Walter Ulbricht zu dieser konfrontativen Neuausrichtung der sowjetischen Deutschlandpolitik beigetragen hat – einer Neuausrichtung, bei der die Ziele die gleichen blieben. Fest steht, daß Stalin seine Unterstützung für nationale Forderungen Anfang Februar 1946 bei einer erneuten Unterredung mit Ulbricht verkündete, als es primär um die Vorbereitung der SED-Gründung ging. Stalin informierte Ulbricht in Anwesenheit der Politbüromitglieder Molotov, Malenkov und Ždanov „darüber, daß kürzlich Franzosen in Moskau zu Besuch gewesen seien“¹¹³ und der [sowjetischen] Führung vorgeschlagen hätten, Deutschland die Ruhr wegzunehmen. „Wir ließen sie jedoch unverrichteter Dinge gehen. Deutschland kann ohne die Ruhr nicht leben. Wir sind dafür, daß sie bei Deutschland bleibt“.¹¹⁴ Bereits am 9. Februar 1946 erklärte Ulbricht auf der ersten Zonenkonferenz des FDGB voller Selbstbewußtsein: „Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben!“¹¹⁵ Der Politische Berater und die

¹¹¹ Wilhelm Pieck, *Gesammelte Reden und Schriften*, Band VI, 1939–1945, Berlin 1979, S. 367–381: Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland. Aus der Rededisposition für eine Lektion an der Parteischule der KPD Nr. 12 in Nagornoje am 10. 3. 1945. Hervorhebungen im Original.

¹¹² Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.), *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin 1968, S. 56–64, hier: S. 60.

¹¹³ Am 12. 12. empfing Molotov den Sondergesandten der französischen Regierung Alphand, wobei letzterer im Verlauf des zweistündigen Gesprächs im Auftrage seiner Regierung die „Position Frankreichs hinsichtlich des politischen und wirtschaftlichen Regimes im Ruhrgebiet und im Rheinland“ darlegte. Alphand überreichte Molotov zwei Memoranden: „Zum künftigen Regime des Rheinlands und des Ruhrgebiets“ und „Zum künftigen Wirtschafts- und Finanzregime des Ruhrgebiets“ (SFRO 2, S. 441–470). Molotov bezog zu diesen Memoranden in einer zweiten Unterredung am 21. 12. 1945 nur ausweichend Stellung. Er erklärte, daß die sowjetische Regierung die französischen Vorschläge bezüglich des Ruhrgebiets und des Rheinlands eingehend prüfen wolle, machte jedoch keinerlei Zusagen (AVP RF, 06/7/49/790, Bl. 91–97).

¹¹⁴ Fedor E. Bokov, *Im Frühjahr des Sieges und der Befreiung*, Berlin 1979, S. 446 f. Diese Passage fehlt in der im gleichen Jahr veröffentlichten sowjetischen Ausgabe der Memoiren von Bokov (vgl. Bokov, F. E., *Vesna pobedy*, Moskau 1979).

¹¹⁵ Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Aus Reden und Aufsätzen, Band II, Berlin 1953, S. 548.

SMAD wurden über diesen nationalen Schwenk Stalins und Ulbrichts nicht im voraus informiert.¹¹⁶

Im Juni 1946 ging Stalin noch einen Schritt weiter. Zuvor hatte Molotov in seinem Auftrag in schroffer Form den Vorschlag des amerikanischen Außenministers, einen Vertrag über die Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands abzuschließen, zurückgewiesen.¹¹⁷ Unmittelbar darauf ließ er führende Partei- und Staatsfunktionäre in Form von Stellungnahmen zu diesem Vertragsvorschlag auf einen antiamerikanischen Kurs festlegen. In größter Einstimmigkeit sahen die Befragten die Verkürzung der Besetzung Deutschlands als Hauptgefahr des amerikanischen Vertragsvorschlags. Als weitere für die UdSSR gefährliche Ziele nannten sie: „Die Sowjetunion daran zu hindern, deutsche Reparationsleistungen zu erhalten“; „die Kontrolle Deutschlands zu lockern“; „das Mitspracherecht der Sowjetunion bei der Behandlung von Fragen zu beschneiden, die Deutschland und andere europäische Länder betreffen“; „die Aufgabe einer effektiven militärischen und wirtschaftlichen Abrüstung Deutschlands durch den dieser Zielsetzung zuwiderlaufenden Auftrag zu ersetzen, Deutschland als eine starke Macht zu erhalten“; „den Wiederaufbau Deutschlands zu beschleunigen, um es gegen die Sowjetunion einzusetzen“ und „sämtliche von den Alliierten gemeinsam verabschiedete Beschlüsse hinsichtlich Deutschlands zu revidieren“.¹¹⁸

Erst auf dieser Grundlage entwarf Stalin im Juni 1946 einen Beschluß des Politbüros des ZK der VKP(b) zu Deutschland,¹¹⁹ der darauf zielte, den zuvor durch die UdSSR niemals angesprochenen, noch ausstehenden deutschen Friedensvertrag und die Forderung nach Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands in den Dienst der sowjetischen Deutschlandpolitik zu stellen. Entscheidend war, und daran änderte sich bis zum Tode Stalins nichts, die in Deutschland vorhandenen bzw. befürchteten nationalen Forderungen mittels der Propaganda in den Dienst der sowjetischen Politik zu stellen und solche Stimmungen nach Möglichkeit auf die Mühlen der SED zu leiten. Die sowjetische Politik selbst blieb – und darin bestand die politische Geschicklichkeit Stalins – unverändert auf die Wahrung der sowjetischen Position in der SBZ gerichtet, die sowohl mit einem Friedensvertrag als auch mit der Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands schwer zu vereinbaren und am besten durch die staatliche Verselbstständigung der SBZ langfristig zu sichern war. Bisher mußte dies aus dem tatsächlichen Verlauf der sowjetischen Politik in und gegenüber Deutschland geschlossen werden, z.B. aus der sowjetischen Ablehnung, die sowjetische Zone am Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone teilnehmen zu lassen oder an der fehlenden Bereitschaft, effektive Verhandlungen zu einem deutschen Friedensvertrag zu beginnen.

Diese Interpretationsschwierigkeiten verringerten sich, als 2004 die Tagebuchaufzeichnungen von Vladimir Semenov aus dem Jahre 1966 veröffentlicht wurden. Semenov war zwischen 1945 und 1954 als Politischer Berater der SMAD und SKK sowie zuletzt als Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland und als sowjetischer Botschafter in der DDR

¹¹⁶ Am 2. 4. 1946 informierten Sokolovskij und Semenov den Außenminister darüber, daß das ZK der KPD eine gemeinsame Erklärung des demokratischen Parteienblocks über die Zugehörigkeit des Rheinlands und des Ruhrgebiets zu Deutschland angeregt habe, und bat um umgehende Anweisungen (AVP RF, 059/15/46/292, Bl. 252 f.).

¹¹⁷ Vgl. Laufer/Kynin 2, S. XCIX–CIII.

¹¹⁸ Laufer/Kynin 2, S. 487–496; Molotov an Stalin, 8. 6. 1946.

¹¹⁹ Der Beschluß wird vollständig wiedergegeben in: Laufer/Kynin 2, S. 733 f., Anm. 397.

an den deutschlandpolitischen Entwicklungen beteiligt. Er notierte am 26. Februar 1966 den verblüffenden Satz in sein Tagebuch: „[K]aum jemand im MID¹²⁰ hat (unter der Flagge der Einheit Deutschlands) soviel zur Gründung der DDR und folglich zur deutschen ‚Spaltung‘ beigetragen wie ich.“¹²¹ Was aus heutiger Perspektive wie eine Selbstbezeichnung aussieht, war für Semenov die Verteidigung seiner historischen Leistung.

Das Eingeständnis, daß die sowjetische Politik in Deutschland unter der Flagge der deutschen Einheit auf die Gründung der DDR zielte, war, solange die DDR existierte, unaussprechbar. Stalins konkrete Ziele und seine Taktik unterlagen nicht nur zu seinen Lebzeiten strengster Geheimhaltung. Ähnlich wie 1944 bei der Vorbereitung der Waffenstillstandsbedingungen, als Stalin die gemeinsame Vorbereitung der Kader für den alliierten Kontrollmechanismus und die Abstimmung der Inhalte der zukünftigen Besatzungspolitik verhinderte, blieben auch bei der Friedensvertragspolitik die Mitglieder der sowjetischen Führung, die Bevollmächtigten in Deutschland und erst recht die deutschen Kommunisten unsicher über die Motive und Absichten Stalins. Doch erfolgreich handeln und aufsteigen konnten unter diesen Bedingungen nur diejenigen, die wie Semenov, Ulbricht und viele andere so wie Stalin dachten. Nur so ist es erklärlich, daß es bis zu Stalins Tod zu keinen deutschlandpolitischen Meinungsverschiedenheiten in der sowjetischen Führung kam. Keine der personellen Veränderungen innerhalb der Leitung des sowjetischen Außenministeriums in den letzten Lebensjahren Stalins kann auf derartige Meinungsverschiedenheiten zurückgeführt werden.¹²²

Ähnlich wie die Deutschlandpropaganda 1942 und 1945 zielte die 1946 eingeleitete Friedensvertragspropaganda *nicht nur* darauf, die eigentlichen Ziele abzuschirmen. Sollte die Propaganda 1942 die militärische Niederringung Deutschlands erleichtern, so sollte sie 1946 sowjetische Politik in Deutschland durchsetzen. „Nicht nur“ muß deshalb gesagt werden, weil 1946 ein Friedensvertrag mit einem vereinigten Deutschland zu sowjetischen Bedingungen für Stalin höchstwahrscheinlich ähnlich wünschenswert war wie 1942 ein Waffenstillstandsersuchen deutscher Kommandeure an der Ostfront. Doch Stalin ließ sich nach wie während des Krieges niemals von Wunschträumen leiten, sondern blieb ebenso brutal wie mißtrauisch.

Seit dem Politbürobeschuß vom 13. Juni 1946 tolerierte Stalin die auf die Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland gerichteten Aktivitäten des sowjetischen Außenministeriums, wurde aber selbst nicht aktiv und verweigerte im entscheidenden Moment die Zustimmung, sowjetische Vorschläge in den Rat der Außenminister einzubringen. Statt dessen orientierte er weiterhin auf die Abgabe öffentlicher Erklärungen durch Molo-

¹²⁰ Russische Abkürzung für Ministerstvo Inostannych Del – Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

¹²¹ Von Chruščev bis Gorbatschew. Aus dem Tagebuch des außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters und stellvertretenden Ministers für auswärtige Angelegenheiten V. S. Semenov. Eingeleitet von E. V. Semeonova und B. L. Chavkin, in: *Novaja i novejšaja istoria*, 2004, H. 3, S. 96–136 (erster Teil), S. 122. Semenov bezog sich mit dieser Notiz auf Gerüchte über die Ursachen für die Zuweisung neuer Arbeitsaufgaben im sowjetischen Außenministerium. Der zitierte Satzteil lautet im russischen Original: „... malo kto v MIDE sdelal tak mnogo (pod flagom edinstva Germanii) dlja obrazovinja GDR i, seldovatel'no, dlja germanxkogo ‚razkola‘, kak ja.“

¹²² Zwischen dem 13. 6. 1946 und dem 5. 3. 1953 schieden Majskij, Lozovskij und Litvinov im Sommer 1946, Dekanozov im Februar 1947 und Molotov im März 1949 aus der Leitung des Außenministeriums aus. Lediglich bei Litvinov gibt es Hinweise darauf, daß die langjährigen Differenzen zwischen ihm und Molotov auch einen politischen Hintergrund hatten, vgl. Laufer/Kynin 2, S. 732 f., Anm. 394.

tov in diesem Gremium, die nicht geeignet waren, von den Westmächten als Verhandlungsgrundlage akzeptiert zu werden. Obwohl auch dadurch die Tagungen des Rats der Außenminister in bezug auf den deutschen Friedensvertrag ergebnislos endeten und es 1948/49 zu einer extremen Verschärfung der Ost-West-Konfrontation in Deutschland kam, machte die sowjetische Regierung durch die fortgesetzte Friedensvertragspropaganda in der Öffentlichkeit einen verständigungsbereiten Eindruck.

Bisher wissen wir wenig darüber, ob und inwieweit Stalin die erste Berlin-Krise bewußt herbeiführte, um die Gründung der DDR als erzwungen erscheinen zu lassen. Wahrscheinlich suchte er mehrere Ziele zu erreichen, doch ganz sicher ging es ihm niemals darum, die deutsche Einheit durch Kompromisse herbeizuführen. Vieles spricht dafür, daß die sowjetische Politik in Deutschland weiter unter der Flagge der deutschen Einheit in Richtung auf die Gründung der DDR zutrieb. Angesichts der von Stalin geförderten und tolerierten Entwicklung in der SBZ seit 1945 enthält das bekannte Glückwunschtelegramm Stalins aus Anlaß der Gründung der DDR etwas Triumphierendes. Stalin war höchst zufrieden: „Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, die Blutvergießen in Europa beendet und die Versklavung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“¹²³ Stalin meinte hier eben nicht Deutschland, sondern die DDR.

Die Ausrichtung der Stalinschen Deutschlandpolitik auf die DDR blieb bestimmend. Auch nach deren Gründung hielten Stalin und seine außenpolitischen Funktionäre die Flankierung dieser Politik durch sowjetische Friedensvertragsinitiativen für notwendig. In dieser Hinsicht überließ Stalin – wie bei der sowjetischen Politik in Deutschland – die Initiative seinem Apparat.¹²⁴ Die Stalin-Note vom 10. März 1952 war Teil und Höhepunkt der auf die SBZ gerichteten Absicherungsstrategie. Das war das Primäre. Die Ablehnung des in dieser Note unterbreiteten sowjetischen Friedensvertragsvorschlages durch die Westmächte blieb eine entscheidende Voraussetzung, um weiterhin unter „der Flagge der Einheit“ auf die Festigung der DDR hinzuarbeiten. Diese Einsicht verkündete Stalin am 7. April 1952 seinen deutschen Gesprächspartnern: „[W]elche Vorschläge wir zur deutschen Frage auch immer machen werden, die Westmächte werden mit uns nicht einverstanden sein und jedenfalls aus Westdeutschland nicht abziehen. Zu glauben, daß ein Kompromiß zustande käme oder daß die Amerikaner das Projekt des Friedensvertrages akzeptieren würden, würde bedeuten, sich zu irren.“ Diese Einsicht war jedoch nicht neu, sondern basierte auf den Erfahrungen, die Stalin in der Zusammenarbeit mit den Westmächten seit dem Krieg gewonnen hatte. Drei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik verkündete der sowjetische Führer: „In der Tat formiert sich in Westdeutschland ein selbständiger Staat.“ Da diese Feststellung nicht neu war, sondern von der UdSSR und den sowjetischen Vertretern in Deutschland seit 1946 beobachtet wurde, war auch der Rat nicht neu, den Stalin Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner mit auf den Weg gab: „[I]hr müßt Euren eigenen Staat organisieren. Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland muß als Grenze betrachtet werden – und zwar nicht als eine einfache Grenze,

¹²³ DzD II, 2, S. 202 f.

¹²⁴ Vgl. dazu Wilfried Loth, Die Entstehung der „Stalin-Note“. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Analysen, München 2002, S. 19–115.

sondern als eine gefährliche Grenze.“ Bezeichnenderweise fügte Stalin hinzu: „Man muß die Propaganda für die Einheit Deutschlands fortsetzen. Das hat eine große Bedeutung für die Erziehung des Volkes in Westdeutschland. Diese Waffe befindet sich jetzt in Euren Händen, sie muß man alle Zeit in den eigenen Händen behalten. Auch wir werden fortfahren, Vorschläge zu den Fragen der Einheit Deutschlands zu unterbreiten, um die Amerikaner zu entlarven.“¹²⁵

Über die Kontinuität der Deutschlandpläne Stalins wurde letzten Endes in der SBZ/DDR entschieden. Erst als es der KPD/SED mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht gelang, die sozialistische Revolution unter dem Mantel der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in einem Teil Deutschlands zum Sieg zu führen, wurde die Entwicklung eines „eigenen“ auf die sowjetische Besatzungszone beschränkten Deutschlands zu einer dauerhaften Möglichkeit, die annähernd 45 Jahre eine sowjetische Einflußzone in Europa sicherte.

Die Diskussion von Jochen Laufers Vortrag auf der Stalin-Tagung

kreiste vor allem um Fragen von Stalins deutschlandpolitischer Strategie. Auf die Frage, inwieweit sich Stalins Außenpolitik in den Jahren 1941–43, als sich die vom nationalsozialistischen Deutschland angegriffene Sowjetunion – jedenfalls bis zum Sieg von Stalingrad – noch einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt sah, von seinen Positionen in den späteren Jahren unterschied, verwies Laufer darauf, daß bei allem offensichtlichen Wandel der Formen und Inhalte der stalinschen Außenpolitik sich deren Ziele nicht sprunghaft wandelten, sondern sich lediglich graduell entfalteten bzw. einschränkten. Eben diese Festschreibung der Kriegsziele setzte bei Stalin erstaunlich früh ein. So habe er gegenüber Churchill im Zuge der Verhandlungen über den sowjetisch-britischen Bündnisvertrag auf eindeutige Vereinbarungen von Kriegszielen gedrängt. Dabei sei es u.a. auch um die Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR gegangen. Churchill habe solche Festlegungen aber abgeblockt.

Die Frage, ob Stalin im Zuge des Zweiten Weltkriegs wieder zum Revolutionär geworden sei, bejahte der Referent. In Osteuropa und der SBZ/DDR habe er sich jedenfalls als Vertreter eines revolutionären Konzepts gezeigt. Die Politik östlich der Elbe sei eindeutig auf soziale und politische Transformation gerichtet gewesen, auch um für die UdSSR ihre Position in Deutschland und damit ihr Standbein in Mitteleuropa zu sichern. Hinsichtlich der sowjetischen Wiedervereinigungsangebote in der Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit betonte Laufer das starke sowjetische Interesse an der Abschirmung der DDR gegen westliche Einflüsse. Für eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands mit den Westmächten habe es bei Stalin keine politische Vertrauensbasis gegeben.

¹²⁵ Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus der Sicht Stalins (1947–1952), in: Wladimir K. Wolkow, Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940–68 und die Folgen. Eine Dokumentation, hrsg. von Harald Neubert, Berlin 2003, S. 161–203, hier: S. 194 und 197.

Aleksej Filitov

Die Note vom 10. März 1952: Eine Diskussion, die nicht endet

Sowjetische und russische Standpunkte

Während in der Bundesrepublik Deutschland die sogenannte Stalin-Note schon vor Jahrzehnten zum Kristallisationspunkt einer immer noch anhaltenden Historikerdebatte geworden ist, wurde ihr in den sowjetischen Arbeiten über die sowjetische Außenpolitik keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Natürlich wurde sie erwähnt, und selbstverständlich positiv bewertet, aber die „politische Korrektheit“ verlangte die Sichtweise, daß die UdSSR jederzeit für ein „einheitliches, unabhängiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland“ eingetreten war, weshalb es unangebracht erschien, irgendeine einzelne Initiative zu Erreichung dieses hohen Zieles besonders hervorzuheben. Hinsichtlich der Situation des Jahres 1952 hätte das obendrein unerwünschte Fragen hervorrufen können: Wenn von einem klugen Kompromiß die Rede war, einer weitreichenden Konzession an den westlichen Standpunkt, warum hatte man dann so lange damit gewartet, diese Position zu formulieren? Und inwieweit kann man überhaupt von Klugheit und Kompromißbereitschaft seitens des spätstalinistischen Regimes sprechen, wenn in der Innenpolitik ein kompletter Irrationalismus übelster Sorte herrschte und in der Außenpolitik auch keine besondere Rationalität zu beobachten war? Die Chruschtschowsche Entstalinisierung, obwohl sie unter Breschnew etwas gebremst wurde, konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden: vor allem deshalb wurde die Note vom 10. März 1952 auch nie die „Stalinsche“ genannt.¹ Besondere Zurückhaltung bei der Behandlung der Note wurde offenkundig auch dadurch diktiert, daß die „Freunde“ in der DDR nicht erzürnt werden sollten, bei denen die mit der Initiative des Jahres 1952 verknüpften Ereignisse nicht die allerbesten Assoziationen hervorriefen. Nicht zuletzt deshalb wäre es ungehörig gewesen, irgendwelche Diskussionen über dieses Thema vom Zaun zu brechen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der sowjetischen Ideologie und aller mit ihr verbundenen „Tabus“ hat leider nicht zum Ende der äußerst politisierten Interpretation der Geschichte geführt. Einer neuen, vollkommen nihilistischen Behandlung der Note von 1952 – wie im übrigen auch der gesamten sowjetischen Politik in der deutschen Frage der Nachkriegsjahre – befeiligten sich in krasser Form zwei in der Bundesrepublik akkreditierte Korrespondenten der „liberalsten“ Zeitung der frühen Jelzin-Ära, der „Izvestija“. In einen kritischen Artikel über den ehemaligen Botschafter in der Bundesrepublik und ehemaligen Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, V. M. Falin, fügten sie auf eine so eigenartige Weise, daß sie sogar zum Hauptthema des

¹ Erst neuerdings kommt die Bezeichnung Stalin-Note auch in der russischen Historiographie in Gebrauch, vgl. Aleksej M. Filitov, *Sovetskij Sojuz i germanskij vopros v period pozdnego stalinizma (k voprosu o genezise „stalinskoj noty“ 10 marta 1952 goda)*, in: A. O. Čubar'jan (Hrsg.), *Stalin i cholodnaja vojna*, Moskau 1998, S. 315–349. Jurij V. Rodovič: *O „note Stalina“ ot 10 marta 1952 g. po germanskomu voprosu*, in: *Novaja i novejšaja istorija* 5/2002, S. 63–79. Demgegenüber spricht F. I. Novik in seinem Buch „Ottepel“ i inercija cholodnoj vojny (Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg.), Moskau 2001, von der „sowjetischen Note“, ebenda, S. 29 ff.

Artikels wurde, eine Polemik gegen das Buch „Stalins ungeliebtes Kind“ von Wilfried Loth ein.² Die Logik in dieser Vermischung von Themen sollte offenbar darin bestehen, daß der deutsche Historiker nach Meinung der beiden Journalisten sein Buch entweder direkt nach dem Diktat des unreumütigen sowjetischen Parteiapparatschiks oder in jedem Fall unter dessen unheilvollem Einfluß geschrieben hat. Natürlich wurden dabei die Standpunkte in einer vorsätzlich zur Karikatur verzerrten Form wiedergegeben („antistalinistische Verschwörung Ulbrichts und der Generale der SMAD“), was sie leicht widerlegbar machte. Sobald die Journalisten aber in die Diskussion über den Gegenstand einstiegen, machten sie sich selbst zur kaum zu verfehlenden Zielscheibe der Kritik. Das grundsätzliche Gebrechen der Note von 1952 wurde darin gesehen, daß sie den Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Deutschland vorsah; es fragt sich jedoch, warum eine ausländische Truppenpräsenz als absoluter Wert betrachtet werden soll. Im übrigen – wir greifen hier etwas vor – hatte Stalin (wie auch seine Nachfolger) überhaupt nichts gegen eine solche Präsenz einzuwenden (die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR dabei selbstverständlich vorausgesetzt). Der Tadel ist daher völlig unbegründet und leitet überdies Wasser auf die Mühlen jener Kräfte in Rußland, die davon reden, daß die russischen Liberalen mehr an amerikanische Interessen als an die des eigenen Landes denken.

Es folgte eine absehbare Reaktion: Im halboffiziellen Organ des Außenministeriums legte der ehemalige Botschafter der Sowjetunion in Bonn, V. Terechov, die Geschichte der Note von 1952 im Geiste einer absoluten Apologetik dar.³ Allerdings – ein wenig Neues war darin im Vergleich mit den historiographischen Positionen der Periode Chruschtschows und Breschnevs enthalten. Erstens ist diese Geschichte, die früher gleichsam an der Peripherie der Aufmerksamkeit lag, eines der zentralen Themen seines „Jubiläumsartikels“. Zweitens ist die Argumentation sehr einfach, nämlich, daß sich eine positive Einschätzung der sowjetischen Initiative „in den letzten Jahren veröffentlichten Dokumenten und Memoiren, darunter denen von Vladimir Semenov [Wladimir Semjonow], Valentin Falin, Egon Bahr und anderen unmittelbaren Beobachtern der Ereignisse jener Jahre“ findet – mehr nicht. Drittens schließlich wird – allerdings ohne nähere Begründung – die These eingeführt, daß „im Laufe des mehrmonatigen Notenwechsels sich die sowjetische Position merklich veränderte und sich auf die Vorschläge des Westens zubewegte“. Die erste Neuerung kann man nur begrüßen, die anderen werfen Fragen auf.

Bei aller Wertschätzung der Meinung von Egon Bahr und Valentin Falin, der bei Terechov anstelle der Rolle des Angeklagten die eines Hauptzeugen einnimmt, hatten doch beide „in jenen Jahren“ bei weitem keine Positionen inne, die es ihnen erlaubt hätten, in die Geheimnisse der großen Politik einzudringen. Diesen Geheimnissen näher war Vladimir Semenov, jedoch war die größte Sensation in seinen Memoiren eine Aussage, die nicht im Text selbst enthalten war, sondern im Nachwort von Julij Kvizinskij. Er schreibt, daß als Semenov bei Stalin das Projekt der Note vom 10. März 1952 vortrug, dieser Semenov gefragt habe: „Und Sie garantieren, daß der Westen unsere Vorschläge ablehnen wird?“ Erst auf Semenovs bejahende Antwort hin habe er die Note genehmigt. Wenn dem wirklich so war, dann kann man schwerlich von einer ernsthaften Absicht Stalins sprechen, einen Kompromiß in der deutschen Frage zu erzielen.

² Izvestija, 13. 08. 1994.

³ V. Terechov: Polveka spustja, in: *Meždunarodnaja žizn*, 1999, № 10.

Es ist schwer zu sagen, auf welche „in den letzten Jahren veröffentlichten Dokumente“ der Autor von „Meždunarodnaja Žisn“ sich bezog. Jene, die Rolf Steininger veröffentlicht hat, zeigen die Doppelgesichtigkeit und den konfrontativen Eifer der westlichen Führer, aber sie sagen nichts über Stalin aus; diejenigen seiner Stellungnahmen, die im russischen Präsidentenarchiv gefunden und veröffentlicht wurden (insbesondere die Materialien der Gespräche mit den Führern der SED vom 1. und 7. April 1952) zeigen ihn als nüchternen Machtpolitiker, weit entfernt von propagandistischen Schemata im Denken, aber keineswegs als „Friedensengel“. Aber dazu weiter unten mehr.

Kalter Krieg und Blockhegemonie

Bei der Einschätzung der „Stalin-Note“ stellt sich zunächst die grundsätzliche Frage nach dem Wesen des Kalten Kriegs. Sowohl in der traditionellen westlichen Sicht als auch in der „postrevisionistischen Konzeption“ erscheint dieser, wenn auch mit durchaus unterschiedlichen Akzenten, ausschließlich als Ausdruck des Zusammenpralls zweier unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme. Demgegenüber wird hier eine dritte, gänzlich anders geartete Position vertreten, nämlich die, daß es im Kalten Krieg nicht so sehr um einen Sieg der einen über die andere Supermacht und den jeweiligen Block ging als vielmehr um die Aufrechterhaltung der jeweiligen Hegemonialmacht über die kleineren Partner im eigenen Block, wobei ein kontrollierter und geregelter Zustand internationaler Spannung das ideale Mittel für eben dieses Ziel darstellte. Mit anderen Worten, der Kalte Krieg ist nicht so sehr der Kampf zwischen den Blöcken, als vielmehr der Kampf innerhalb derselben. Die Gegensätze innerhalb der Blöcke wurden bereits früher bemerkt, aber nicht als Motiv der Note vom 10. März 1952 verstanden.

Diese Gedanken wurden vom Werk Wilfried Loths, dem profiliertesten Vertreter der „postrevisionistischen“ Position angeregt, insbesondere von seiner Idee von „Stalins ungeliebtem Kind“. Niemand hat vor ihm so tieferschürfend die Widersprüche, Spannungen und Konflikthaftigkeit der Beziehungen zwischen den sowjetischen Kommunisten und ihren Berliner „Freunden“ herausgearbeitet. Bei Loth werden diese Widersprüche als Folgen aus einem unterschiedlichen Verständnis der gesellschaftlichen Perspektiven, der Methoden des „Kampfes für den Sozialismus“ in Deutschland, des Gegensatzes zum Westen usw. behandelt. Gemäß der hier vertretenen Konzeption jedoch drehte sich alles darum, wieviel Souveränität die Siegermacht der Nachfolgemacht des besiegten Landes einräumen mußte, wie schnell der Übergang von der Besatzung zu normalen zwischenstaatlichen Beziehungen vor sich ging, inwieweit es gelang, die staatlichen Interessen des „Hegemons“ und des „Klienten“ in Übereinstimmung zu bringen. Den ersten Anstoß zu dieser Auffassung gab eine Aufzeichnung eines Gesprächs des sowjetischen Außenministers Andrej Vyšinskij mit dem Chef der diplomatischen Vertretung der DDR in Moskau, R. Apelt, das am 28. September 1951 stattfand.

Unsere Archivare stellten den Historikern üblicherweise Dokumente, die die Beziehungen der UdSSR mit ihren „Freunden“ betreffen, nur ungern zur Verfügung; diese Tradition ist wohl nicht zufällig, denn der Inhalt solcher Dokumente widerspricht oft allzu sehr dem Image von „Brüderschaft und proletarischem Internationalismus“, durch die diese Beziehungen angeblich bestimmt waren. Daher war es ein Geschenk des Zufalls, daß die erwähnte Aufzeichnung in die Hände des Verfassers geriet. Der Grund lag darin, daß die Aufzeichnung mit einigen Sätzen Appelts über die Reaktion auf die bekannte Initiative

der DDR vom 15. September 1951 in der Bundesrepublik begann. Die Sätze waren überaus schmeichelhaft für die Führung des sowjetischen Außenministeriums (welches selbst auch das ganze Vorhaben ausgearbeitet hatte): „Diesmal wird die Kampagne in breiterem Maßstab durchgeführt als früher [...] Die westdeutschen Arbeiter treten mit großer Aktivität auf und fordern von der Bonner Regierung die Annahme der Vorschläge der Volkskammer [...] Der Augenblick für das Auftreten Grotewohls war außerordentlich günstig gewählt [...] Die Kampagne für die Annahme der Vorschläge der Volkskammer wird sich von Tag zu Tag verbreitern [...]“ Eben wegen dieser schmeichelhaften Sätze geriet die Gesprächsaufzeichnung in den für Forscher zugänglicheren Bestand „Friedensvertrag“⁴.

Dabei zeigte sich jedoch, daß das Gespräch im Kern um ganz andere Probleme kreiste, wovon nicht zuletzt das Faktum zeugt, daß der sowjetische Minister selbst in keiner Weise seine Meinung zu der von seinem Gesprächspartner angeschnittenen, scheinbar erstrangigen Frage der großen Politik äußerte. Die Fragen – es waren insgesamt sechs –, die der Vertreter der DDR ansprach und die, wie Vyšinskij bemerkte, „den Zweck seines Besuches bei mir darstellten“, betrafen ausschließlich die beiderseitigen Beziehungen. Zwei von ihnen trugen mehr oder weniger technischen Charakter (die Durchreise von 348 Deutschen, die in der französischen Fremdenlegion in Vietnam gedient hatten, dort in Gefangenschaft geraten waren und nun offenbar repatriiert werden sollten durch die Sowjetunion, und die Entsendung der ersten großen Gruppe von Studenten aus der DDR in die UdSSR), eine war rein informativ (betr. die beginnende Arbeit des Radiosenders der Mission und die Einladung des Ministers zu einem Empfang aus Anlaß des Jahrestags der Gründung der DDR), die drei übrigen jedoch offenbarten eine klare Nichtübereinstimmung der Positionen beider Seiten. Wir führen die entsprechenden Textausschnitte der Gesprächsaufzeichnung an:

„[...] 3. Die Frage der deutschen Spezialisten in der UdSSR. Appelt erklärte, daß, seiner Meinung nach, dies derzeit eine bereits drängende Frage darstellt. Er erhält eine große Anzahl von Briefen von deutschen Spezialisten. Einige befinden sich schon über fünf Jahre in der Sowjetunion, und sie haben den Eindruck, daß es für sie keine Perspektive für eine Heimkehr gibt. Appelt bemerkte, daß es ihm persönlich als politisch gewinnbringend erscheine, wenn eine größere Anzahl deutscher Spezialisten nach Deutschland zurückkehren würde. Ich versprach, mich mit dieser Frage zu befassen.

4. Appelt warf die Frage der Berechtigung der einschlägigen Organe der DDR zur Ausstellung von Visa für Ausländer auf, die die DDR besuchen wollen. Appelt bemerkte, die Führung der DDR halte die gegenwärtige Situation für nicht ganz normal, in der Visa für Ausländer, die die DDR besuchen wollen, in den volksdemokratischen Ländern nicht von den diplomatischen Missionen der DDR, sondern von den Botschaften und Missionen der UdSSR in diesen Ländern ausgestellt würden. Dabei sei es vorgekommen, bemerkte Appelt, daß die SKK sich in der Frage der Einreise dieses oder jenes Ausländers in die DDR nicht vorab mit den deutschen Behörden abgestimmt habe. Appelt wies außerdem darauf hin, daß die Beibehaltung dieser Lage auch für die UdSSR ebensowenig vorteilhaft sei wie für die DDR, um so mehr, als die Bonner Regierung schon vor einigen Monaten das Recht erhalten habe, Pässe und Visa für die Ein- und Ausreise nach und aus Westdeutschland auszustellen. Ich antwortete, daß ich mich mit dieser Frage befassen würde. Was die Bemerkung von Appelt über die Bonner Regierung angeht, erklärte ich, daß man in Bonn

⁴ AVP RF, F. 082, op. 38, d. 6, p. 221, l. 30.

das formale Recht erhalten habe, über diese Frage zu entscheiden, daß aber tatsächlich die Sache völlig in der Hand der amerikanisch-englisch-französischen Besatzungsmächte liege. Appelt bestätigte das. [...]

6. Vor der Darlegung der folgenden Frage machte Appelt den Vorbehalt, daß er darüber nur inoffiziell sprechen werde, und er bat mich, ihn ausschließlich freundschaftlich zu verstehen.

Grotewohl habe gesagt, er solle über die Rückgabe einiger deutscher Kunstgegenstände sprechen, die von Einheiten der Roten Armee in den Jahren 1944/45 aus Deutschland weggebracht worden seien. Appelt fügte hinzu, daß die Amerikaner Westdeutschland einige zuvor ausgeführte Bilder zurückgegeben hätten und daß im Zusammenhang damit in Westdeutschland eine richtiggehende, gegen die UdSSR gerichtete Kampagne geführt werde.

Die Regierung der DDR verstehe ausgezeichnet, daß sie keinerlei rechtlich verbürgte Ansprüche habe und diese Frage nicht im offiziellen Rahmen stellen könne [...]"

Vyšinskij erklärte, er sei „nicht auf dem laufenden“, um welche Kunstgegenstände es sich handle. In der Aufzeichnung heißt es weiter: „Hinsichtlich der Gespräche mit der Bevölkerung habe ich bemerkt, daß man dieser in angemessener Weise die verleumderischen Erfindungen der amerikanischen und anderen Provokateure erklären und diese entlarven müsse. Man dürfe darüber hinaus nicht vergessen, welch unermeßlichen Schaden die Hitlerischen Truppen der Sowjetunion zugefügt hätten, indem sie die wertvollsten Denkmäler der russischen Kunst und Kultur geraubt und vernichtet hätten.“

Appelt wiederholte verlegen, daß er diese Frage auf völlig inoffizieller und freundschaftlicher Basis angesprochen habe und dabei vor allem vom Wunsch geleitet sei, die gegen die Sowjetunion gerichtete feindliche Propaganda zu paralysieren. Ich antwortete, daß ich mir das anders auch nicht vorstellen könnte.“

Zweierlei fällt beim Lesen dieses Dokuments vor allem ins Auge. Erstens unterschied sich die Diplomatie der DDR hinsichtlich ihrer Ansprüche und sogar hinsichtlich ihrer Methoden kaum von derjenigen Adenauers gegenüber den westlichen Verbündeten: Es ging um die Behauptung der staatlichen Interessen der beiden jungen Republiken und darüber hinaus um die Vertretung der nationalen Interessen der Deutschen mittels Hinweisen darauf, daß die andere Seite „ihren Deutschen“ mehr gebe oder bereits gegeben habe. Natürlich mußten die Vertreter Berlins hier größere Rücksichten nehmen und weicher auftreten, aber das machte ihre Position nicht weniger bestimmt. Zweitens enthüllt auch die Reaktion Vyšinskij's bestimmte Parallelen mit den Reaktionen der westlichen Hohen Kommissare auf ähnliche Demarchen: einerseits Verärgerung und Vorwände, andererseits jedoch ein Verständnis dafür, daß man um eine substantielle Berücksichtigung der Ansprüche nicht herumkommen würde und gewisse Zugeständnisse gemacht werden müßten.

Den Auftrag, die sowjetische Antwort auf die Demarche Appelt's vorzubereiten, erhielt die Dritte Europäische Abteilung. Und schon am 1. Oktober lag eine Auskunft mit der Unterschrift ihres Leiters M. G. Gribanov vor. Darin hieß es zur Frage der deutschen Spezialisten, daß vier Ministerien bereits Listen mit 1007, in nächster Zeit für die Rückkehr vorgesehenen erstellt hatten und die übrigen „bis zu zwei Jahre“ zurückgehalten werden sollten, zur Frage der Visa, daß „Ende März 1950 das Außenministerium der UdSSR diese Frage der Instanz zur Beurteilung vorgelegt“, jedoch eine ablehnende Antwort erhalten habe, und schließlich wurde zur Frage der Kulturschätze empfohlen, sie „ohne Antwort zu lassen“ (allerdings hieß es in einer Ergänzung der Auskunft vom 5. Oktober, daß „eine An-

frage an das Komitee für Kunstfragen gerichtet“ worden sei). Eine Entscheidung, die den Status quo tatsächlich veränderte, wurde nur hinsichtlich der Visafrage getroffen, jedoch erfüllte sie bei weitem nicht die Wünsche der „Freunde“ aus der DDR.⁵

Unter diesen Bedingungen löste der Auftritt mit einer neuen „Friedensinitiative“ in der deutschen Frage für die sowjetischen Führer einen bedeutenden Teil der Probleme, die mit den emanzipatorischen Tendenzen der Satelliten (bei weitem nicht nur des ostdeutschen) zusammenhingen. Das Schreckgespenst der „NATO-Aggression“ wirkte nicht allzu nachhaltig, und die Methode der Massensäuberungen war unter den Bedingungen der DDR, wo es eine offene Grenze zum Westen gab, schwer anzuwenden; daher war der Rückgriff auf eine raffiniertere Methode – faktisch eine Erpressung der „Freunde“ mit der Perspektive einer Einigung mit dem Gegner hinter ihrem Rücken und auf ihre Kosten – ein völlig logischer Schritt. Die selbst im Vergleich zu den Volksdemokratien schwache Legitimation des SED-Regimes und die Existenz eines zweiten, konkurrierenden deutschen Staates, der über eine solidere Legitimation verfügte und der als sein Ziel die „Wiedervereinigung“, d.h. die Liquidierung der DDR ausgerufen hatte, machten eine solche Erpressung besonders effektiv: Sobald die Führung der SED/DDR über sich das Damoklesschwert in Form einer Einigung zwischen der UdSSR und dem Westen in der deutschen Frage spürte, befand sie sich unter vollständiger Kontrolle.

Auf der anderen Seite mußte auch die nur entfernte Perspektive der Schaffung eines mächtigen einheitlichen deutschen Staates unter Bedingungen, deren Ausarbeitung das Monopol der Großmächte gewesen wäre, auf die Führer der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands beunruhigend wirken. Eine verstärkte Orientierung auf die UdSSR erschien als die natürliche Wahl. Eine ablehnende Reaktion des Westens auf die sowjetischen diplomatischen Manöver indes erweiterte automatisch die Möglichkeiten der Propaganda über dessen Aggressivität und konnte wiederum als Rechtfertigung für die harten Mobilisierungsmaßnahmen in den Ländern der „Volksdemokratie“ dienen. Auf diese Weise verstärkte sich die Kontrolle Moskaus nicht nur über die Führer der DDR, sondern zugleich des gesamten Ostblocks.

Eben diese Motive bestimmten augenscheinlich die Entstehung und Entwicklung der sowjetischen Initiativen in der deutschen Frage seit Mitte 1951 (verstärkte Propagierung der Idee gesamtdeutscher Wahlen), die ihren Kulminationspunkt in der bekannten „Stalin-Note“ vom 10. März 1952 fanden.

Als dieser Standpunkt erstmals vom Verfasser vorgetragen wurde⁶, rief sie Kritik von verschiedenen Seiten hervor. Bernd Bonwetsch urteilte, daß die Idee von der Einschüchterung der DDR-Führung als Hauptmotiv der Note „noch längst nicht bewiesen“ sei und die Ernsthaftigkeit eines Kompromißvorschlages an den Westen nicht „so kategorisch ausgeschlossen werden“ sollte.⁷ Gerhard Wettig wiederum, der den Kompromißcharakter der Note bestreitet, lehnte ebenso kategorisch das „Disziplinierungsmotiv“ ab, das auf den Effekt innerhalb des eigenen Blocks hin kalkuliert war: „Anders als in der Anfangsphase des

⁵ AVP RF, f. 082, op. 38, p. 3, d. 22, ll. 88 f.

⁶ Filitov, *Sovetskij Sojuz i germanskij vopros*.

⁷ Bernd Bonwetsch/Aleksej Filitov, *Die sowjetische Poliitik und die SED-Diktatur – Handlungs- und Verantwortungsspielräume der KPD/SED/DDR 1945–1963*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, Band VIII/1: *Das geteilte Deutschland im geteilten Europa*, Baden-Baden u.a. 1999, S. 831–888, hier: S. 869.

Kalten Krieges brauchte der Kreml 1952 keine Alleingänge der Gefolgschaftsstaaten zu befürchten, zugleich jedoch verschob sich die Machtrelation von Ost und West durch die militärische Westintegration der Bundesrepublik erheblich zuungunsten der UdSSR. Schon zur Jahreswende 1950/51 war die sowjetische Führung allem Anschein nach in ernster Sorge vor einem bevorstehenden Angriffskrieg des Westens. Die – nach entsprechenden Maßnahmen in der Sowjetunion und anderen Oststaaten – auch in der DDR forcierte Aufrüstung war offensichtlich durch Ängste motiviert, welche die Bemühungen der NATO, nicht zuletzt um den Aufbau westdeutscher Verbände, in Moskau hervorriefen.⁸

Dem sind jedoch beispielsweise Gesprächsaufzeichnungen der sowjetischen Diplomaten mit ihren Kollegen aus den Ländern der „Volksdemokratie“ entgegenzuhalten, die zeigen, daß es nicht so sehr das Verhalten des „Gegners“ als vielmehr dasjenige der Freunde war, das bei der sowjetischen Führung Befürchtungen hervorrief. Durchweg in düsteren Farben zeichneten diese die Lage in ihren Ländern; all das wurde sorgfältig festgehalten, aber am Ende folgte dann eine Charakteristik des Gesprächspartners in beispielsweise der folgenden Art: „Macht den Eindruck eines politisch geschulten Menschen, jedoch ist er schwatzhaft und unaufrichtig.“⁹ So äußerte sich der Mitarbeiter der sowjetischen Mission in der DDR, Martynov, über den zweiten Sekretär der tschechoslowakischen Mission, Černý, aber in ähnlicher Weise formulierte der Leiter der Mission in der DDR Georgij M. Puškin seine Beziehung selbst gegenüber dem Außenminister der DDR Dertinger.

Mit welchem Mißtrauen, ja welcher Empörung Puškin auf die ihm von Dertinger überbrachte Nachricht von seiner Begegnung mit Lemmer reagierte, hat Bjørnstad eindringlich genug beschrieben¹⁰; aus seiner Schilderung kann sich jedoch der Eindruck ergeben, als sei man in Moskau nicht geneigt gewesen, die alarmistische Einschätzung des sowjetischen Emissärs in Berlin zu teilen. Die Dokumente sprechen indes eine andere Sprache: Der Leiter der Dritten Europäischen Abteilung Gribanov, der von Minister Vyšinskij den Auftrag erhalten hatte, sich mit dem Treffen von Dertinger und Lemmer zu befassen und dazu Stellung zu nehmen, solidarisierte sich vollkommen mit der Meinung Puškins und fügte noch eine Reihe den DDR-Außenminister kompromittierender Informationen hinzu: er bemühe sich „seine Autorität bei reaktionär gestimmten Mitgliedern der CDU zu verstärken“; er vertrete die Ansichten jener Mitglieder der Partei, die erklärten, daß „im Falle gesamtdeutscher Wahlen die CDU Ostdeutschlands unbedingt einen Block mit der CDU Westdeutschlands bilden müsse, um auf diese Weise der SED und der KPD den Wahlerfolg streitig zu machen“.¹¹

Was die Charakterisierung der Situation in militärstrategischer Hinsicht angeht, so ist es etwas verwunderlich, daß Wettig im Grunde jenes Paradigma übernommen hat, das zum erstenmal Paul Sethe formuliert hat und das grundlegend für die Schule der „verpaßten Gelegenheit“ im Jahre 1952 wurde, nämlich jenes der „Angst“ Stalins vor der Aussicht auf das Entstehen deutscher Divisionen. Der Unterschied besteht darin, daß Wettig zufolge Stalin nicht beschloß, zu kapitulieren (so die These Sethes und seiner Nachfolger), sondern so etwas wie einen Präventivkrieg gegen den Westen zu beginnen.

⁸ Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945/1955*, München, 1999, S. 222.

⁹ AVP RF, f. 082, op. 38, d. 6, p. 221, l. 30.

¹⁰ Stein Bjørnstad, *Soviet german policy and the Stalin note of 10 March 1952*, (Diss.) Oslo 1996, S. 104 f.

¹¹ AVP RF, f. 082, op. 38, d. 6, p. 221, l. 60.

Inwieweit ist die Prämisse begründet, daß in der sowjetischen Führung Angst vor der „deutschen Bedrohung“ herrschte? Der Verfasser selbst hat das früher eindeutig bejaht, und dieser Standpunkt wird auch von anderen russischen Historikern vertreten.¹² Das Studium sowjetischer Dokumente zwingt dazu, diesen überkommenen Standpunkt zu überprüfen.

Bereits das erste Informationsmaterial über die Bundesrepublik vom 23. Januar 1950, das vom Apparat der aus der SMAD hervorgegangenen Sowjetischen Kontrollkommission erstellt wurde, beginnt mit einer deklarativen Formel über „die weitere Kolonisierung und Remilitarisierung Westdeutschlands“. Während jedoch zur Abhängigkeit der Politik der Bundesrepublik von den Westmächten tatsächlich gewisse Fakten angeführt werden (wenn diese auch nicht die These von der „Kolonisierung“, geschweige denn von deren „Verstärkung“ rechtfertigen), so finden sich hinsichtlich der „Remilitarisierung“ nur Hinweise auf eine Rede des Fraktionschefs der KPD, Max Reimann, im Bundestag, „der [Bundeskanzler] Adenauer als Anstifter eines neuen Krieges brandmarkte“¹³. Bemerkenswert ist, daß im entsprechenden Folgematerial der SKK vom 25. Februar 1950 die „Remilitarisierung“ schon überhaupt nicht mehr erwähnt wurde.

Einem Lagebericht des Chefs der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums M. G. Gribanov vom 25. Januar 1950 zufolge, war die Aufgabe, in der BRD Anzeichen für „Kriegsvorbereitungen“ aufzuspüren, schon früher der militärischen Aufklärung zugewiesen worden, jedoch die Meinung des Leiters der Dritten Europäischen Abteilung über ein entsprechendes Dokument, das von Armeegeneral Zacharov unterschrieben war, war äußerst skeptisch: „Die Zahlenangaben, die in dem Lagebericht angeführt werden, sind dermaßen widersprüchlich, daß mit ihnen nichts anzufangen ist.“ Dabei waren auch die eigenen Materialien der Dritten Europäischen Abteilung nicht besser: Die „Auskunfts-Thesen“ vom 31. März 1950, die vom Mitarbeiter der Abteilung O. V. Seljaninov erstellt worden waren (offenbar das erste der Dokumente dieses Typs) sprechen beispielsweise von der Entwicklung der Produktion von Düsenjägern in Bayern und sogar von Vorbereitungen zu einem bakteriologischen Krieg (!) in der Bundesrepublik, jedoch fehlt im ersten Fall jeder Bezug auf eine Quelle und im zweiten bezieht er sich auf eine Bemerkung in einer holländischen kommunistischen Zeitung. Um den erwünschten Eindruck zu erzeugen, führt der Autor kolossale Ziffern über die Mannschaftsstärke der „polizeilichen und paramilitärischen“ Formationen allein in der Bizone an (also ohne die französische Zone): 733 000, davon 561 000 allein in der US-Zone. Diese Ziffern wurden nachträglich korrigiert – 426 500 bzw. 249 043, mit einer Randbemerkung: „korrigiert gemäß Mitteilung der Informationsbehörde der DDR vom 30. 4. 1950. (Pravda, 3. 5. 1950)“. Was für hervorragende Informationen, die an den Angaben der *Pravda* ausgerichtet wurden!¹⁴

In der Auskunft vom 29. Juli desselben Jahres, die von dem Mitarbeiter der diplomatischen Mission der UdSSR in der DDR (sie arbeitete unabhängig von der SKK), A. I. Martynov, zusammengestellt wurde, werden wieder andere Zahlen genannt: die Mannschaftsstärke der Polizei in der Bundesrepublik wird auf 130 000 Mann beziffert, „im Dienst der Besatzungsmächte“ seien 471 000 Mann, davon 322 973 Männer und 148 523 Frauen. Die Bezeichnung „paramilitärische Formationen“ wurde in bezug auf dieses Kontingent, bei dem

¹² Vgl. N. I. Egorova, NATO i evropejskaja bezopasnost': vosprijatie sovetskogo rukovodstva, in: A. O. Čubar'jan (Hrsg.), Stalin i cholodnaja vojna, Moskau 1998, S. 291–314, hier: S. 302 f.

¹³ AVP RF, f. 087, op. 37, d. 12, p. 200, ll. 2, 9.

¹⁴ AVP RF, f. 082, op. 37, d. 47, p. 207, ll. 5–26.

es sich offensichtlich um Dienstleistungspersonal (ein Drittel Frauen!) handelte, vernünftigerweise fallengelassen. Erwähnt werden auch 60 000 Deutsche, die in der Französischen Fremdenlegion dienten (von ihnen 30 000 in Indochina) und eine „unbestimmte Zahl“ in der Arabischen Legion des jordanischen Königs Abdallah. Es ist schwer zu verstehen, welche Beziehung diese Kategorien zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik hatten.¹⁵

Schließlich heißt es in einer Übersicht eben jenes Martynov vom 28. August, daß „in der Polizei, beim Militär und in halb-militärischen Formationen in Westdeutschland mit ungefähr 190 000 Mann gerechnet wird, davon 170 000 Deutsche“¹⁶. Wenn man die Entwicklung der Einschätzungen buchstäblich nimmt, dann kann man letzten Endes eher auf eine Ab-, denn auf eine Wiederaufrüstung in Westdeutschland schließen!

Übrigens waren sich jene, für die diese Auskünfte bestimmt waren, die Mitglieder der sowjetischen Führungsspitze, völlig im Klaren über deren „fingierten“ Charakter. Überhaupt waren im allgemeinen dort, wo es nicht um Propaganda ging, sondern um Diskussionen im kleinen Kreis, keinerlei Spekulationen rund um das Problem des „Wiedererstehens des deutschen Militarismus“ zu beobachten, jedenfalls von sowjetischer Seite. Auf der Prager Konferenz der acht Außenminister (20. bis 21. November 1950) begann der Leiter der sowjetischen Delegation V. M. Molotov (er war schon nicht mehr Minister, aber der Status des Politbüromitglieds, das das Außenministerium beaufsichtigte, wog offenkundig nicht geringer) damit, daß er sich dafür interessierte, ob die Zahlen über die „militärischen Formationen“ in der Bundesrepublik, die sich auf den Mai 1950 bezogen und, wie wir gesehen haben, von der *Pravda* kanonisiert worden waren, nicht veraltet seien. Außenminister Dertinger antwortete, daß es keine neueren Daten gebe. Molotov antwortete mit einem einzigen Wort: „Gut“. Seine weiteren Äußerungen klangen geradezu sensationell. Dem polnischen Außenminister Zygmunt Modzelewski erschien in der Diskussion des Projekts einer Erklärung der Versammlung die Formulierung zu schwach, daß zum Wiederaufbau einer deutschen Armee „Hitlergenerale“ herangezogen würden. Er schlug vor hinzuzufügen: „und Kriegsverbrecher“. Der Außenminister der DDR, Dertinger, schlug seinerseits vor, zu den drei im Projekt namentlich genannten „Hitlergeneralen“ noch diejenigen von Schwerins hinzuzufügen und führte ein starkes Argument an: Die im Projekt genannten Halder, Guderian und Manteuffel seien Ruheständler, sie übten keinerlei offizielle Funktion im Staatsapparat der BRD aus, während von Schwerin zum Militärberater von Kanzler Adenauer ernannt worden sei. Wie nun reagierte Molotov auf diese Vorschläge? Hier ist der entsprechende Ausschnitt aus dem Stenogramm der Sitzung:

„[...] Müssen wir die Charakterisierung der Hitlergenerale überhaupt verstärken? Als ob es nicht so wäre, daß sie für uns alle miteinander ein und denselben Rang des Kriegsverbrechers einnehmen. Darüber hinaus haben wir es nicht nötig, solche Schritte zu unternehmen, wenn wir alle Generale in eine Reihe aufstellen. Deshalb sollte man letzten Endes davon Abstand nehmen, die Worte ‚und Kriegsverbrecher‘ hinzuzufügen. Was den Grafen Schwerin betrifft, verstehe ich nicht hinreichend, welche Rolle er in der Zeit der Hitlerperiode gespielt hat.

¹⁵ Ebenda, II, 71–72.

¹⁶ Ebenda, I, 96. Auf der Berliner Konferenz 1954 operierte Molotov mit den Termini „militarisierte Formationen der Polizeieinheiten in Westdeutschland“ und „militärische Einheiten bei den Besatzungstreitkräften“. Die ersten umfaßten nach seinen Angaben 213 000, die zweiten 155 000 Mann, insgesamt also 368 000, AVP RF, f. 444, op. 1, d. 5, p. 1, l. 242.

Dertinger: Er war Teilnehmer der Verschwörung vom 20. Juli, er war General der Panzertruppe.

Molotov: Es scheint, er ist nicht einer der extremsten Hitleristen.

Pauker [Außenminister Rumäniens]: Es ist kein Geheimnis, daß Schwerin einen offiziellen Posten bekleidet, den des Militärberaters von Adenauer.

Molotov: Ich wollte bemerken, daß im Projekt der Erklärung kein kritisches oder herabsetzendes Wort an die ‚Adenauer-Regierung‘ enthalten ist. Wir sind der Meinung, daß unser Dokument gegen die Besatzungsmächte gerichtet sein muß, die USA, England und Frankreich, da sie die Kommandierenden in Westdeutschland sind. Unser ganzes Dokument ist auf die Kritik an den drei Besatzungsmächten – den USA, Großbritannien und Frankreich – ausgerichtet. Die ‚Adenauer-Regierung‘ behandeln wir nirgends unmittelbar. Darüber hinaus laden wir in unseren konkreten Schlußfolgerungen, in Punkt vier, diese Regierung gleichermaßen ein, an der Errichtung einer Gesamtdeutschen Verfassungsgebenden Versammlung teilzunehmen.¹⁷

So erschien Adenauer von der Brandmarkung als „Anstifter eines neuen Krieges“ rehabilitiert, und zugleich auch die „Hitlergenerale“ als solche (Molotov fügte nicht einmal „ehemalige“ hinzu.) Es versteht sich, daß in der offenen Propaganda eine ganz andere Sprache geführt wurde, jedoch ist das Beispiel aufschlußreich: Es ist eine Warnung davor, die äußere Form und den tatsächlichen Inhalt der sowjetischen Einschätzungen der deutschen Realitäten nicht zu verwechseln.

Aber kann es nicht sein, daß sich mit der Zeit diese „gelassene“ Einschätzung des westdeutschen „Militarismus“ in eine stärker alarmistische verwandelte? Dem war ganz und gar nicht so. An der Jahreswende 1950/51 mochte die sowjetischen Analytiker theoretisch der Pleven-Plan beunruhigen, aus dem die Idee der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als einer supranationalen Struktur erwuchs, in der die Beteiligung westdeutscher Kontingente vorgesehen war. Jedoch in einer Auskunft aus dem Apparat des politischen Beraters vom 10. März 1951 wird eine Einschätzung gegeben, die von jedem Alarmismus weit entfernt ist: „Die praktische Umsetzung des Pleven-Plans mit seiner aufwendigen Organisation und Struktur erscheint als wenig realistisch.“ Der Verfasser des Lageberichts bringt allerdings auch die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Pariser Gespräche über den Pleven-Plan „auch in der bekannten Weise einen Deckmantel für die ernsthafteren Gespräche der westlichen Hochkommissare mit den Vertretern der Bonner Regierung auf dem Petersberg darstellen“ würden.¹⁸ Als sich aber herausstellte, daß es außer der EVG kein anderes Projekt des Westens gab, zerstreuten sich die letzteren Bedenken bei den sowjetischen Analytikern. Im übrigen stellte schon in der Auskunft vom 16. März 1951 der stellvertretende Chef der Dritten Europäischen Abteilung Kudrjavec mit Bestimmtheit fest: „Gegenwärtig agieren die Amerikaner in der Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands vorsichtiger.“¹⁹ Wo ist hier ein Gefühl der Bedrohung wahrzunehmen?

Es ist auch schwerlich in den bekannten Aussagen Stalins im Gespräch mit der SED-Delegation vom 7. April 1952 zu finden. Bei dessen Zitierung wird häufig der nach meiner Meinung zentrale Gedanke weggelassen, nämlich der, daß die von den Amerikanern geplante NATO-Armee nicht „gegen uns“ gerichtet sei, sondern das Ziel verfolge „(West)Eu-

¹⁷ AVP RF, f. 082, op. 37, d. 74, p. 211, l. 18.

¹⁸ AVP RF, f. 082, op. 38, d. 77, p. 234, l. 24.

¹⁹ AVP RF, f. 082, op. 38, d. 74, p. 233, l. 28.

ropa zu halten“. Aus diesem Gedanken folgte selbstverständlich in keiner Weise der Schluß von der „gefährlichen Grenze“, mit dem Stalin seine Überlegungen schloß.²⁰ Mehr noch, zwischen beiden Thesen besteht ein offener Widerspruch. Daß die seinerzeitigen Gesprächspartner Stalins diesen Widerspruch nicht erkannten und ansprachen, sagt nur eines aus, nämlich daß der ihnen gegenüber unternommene Erpressungsversuch vollständig gelungen war: Sie waren zu sehr eingeschüchtert, um überflüssige Fragen zu stellen. Schwerer ist allerdings zu verstehen, warum die Historiker von heute diese Fragen nicht stellen.

Indessen drängt sich die Antwort auf: Die erste These spiegelt eine völlig vernünftige Vorstellung von der erstrangigen Funktion der Blockstruktur in der Periode des Kalten Krieges wider, nämlich die Kontrolle des Hegemons über die Satelliten aufrechtzuerhalten, oder hinsichtlich des westlichen Blocks etwas weicher ausgedrückt, der kleineren Partner. Die zweite Funktion war die eines propagandistischen Instruments, um diese Kontrolle zu rechtfertigen und den eigenen Block stärker zu „zementieren“.

Allerdings sollte der nach innen gerichtete, d.h. blockinterne Aspekt der Note des Jahres 1952 nicht einseitig verabsolutiert und dabei der nach außen gerichtete vernachlässigt werden.²¹ Denn offenkundig gab es eine äußere Funktion, die in einem einfachen Kalkül bestand, nämlich möglichst viel Verwirrung und Unruhe im gegnerischen Lager zu erzeugen, oder, marxistisch gesprochen, „die zwischenimperialistischen Widersprüche anzufachen“. In der Tat war die in der Note vorgeschlagene Tagesordnung für Gespräche sehr dazu angetan, um das an die Oberfläche zu bringen, was die verschiedenen Kräfte der innerdeutschen und der politischen Szene der auf NATO-Ebene nicht enthüllen wollten. Eine Diskussion über Wahlen mußte den Konflikt zwischen der CDU und der SPD verschärfen, eine Diskussion über die Gestaltung eines Friedensvertrags mußte unvermeidlich Spannungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten hervorbringen (schon früher hatten sie hinter verschlossenen Türen zu verstehen gegeben, daß sie die Bonner Ansprüche auf die „Grenzen des Jahres 1937“ nicht unterstützten, aber nun hätten sie das offen aussprechen müssen). Offenkundig haben diese Überlegungen Einfluß auf die Entscheidung des Westens gehabt, nicht mit der Sowjetunion in Gespräche einzutreten.

Aber auch diese Absage paßte den Autoren der Note ins Konzept. Die UdSSR erzielte einen bestimmten propagandistischen Gewinn, indem sie sich als die in der deutschen Frage aktivere Seite darstellte. Das war zwar in Wirklichkeit kein sehr starkes Alibi hinsichtlich der Schuld an der Spaltung Deutschlands, aber es konnte doch recht lange als solches vorgebracht werden. Dabei betrachtete Stalin die Schaffung westdeutscher Streitkräfte mit großer Gelassenheit. Diesen Eindruck vermitteln seine Gespräche mit der SED-Delegation und besonders diejenigen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Tschu En-Lai am 19. September 1952. Es scheint, daß Stalin in dieser Entwicklung sogar eine ganze Reihe Vorteile, insbesondere hinsichtlich der Schwierigkeiten, die sie im westlichen Lager auslöste, erblickt hat.²²

²⁰ Vgl. die Dokumentation von Bonwetsch/Kudryashov in diesem Band, S. 173

²¹ Der Verfasser räumt ein, daß er dieser Gefahr in seinem Aufsatz von 1998 nicht ganz entgangen ist; vgl. *Sovetskij sojuz i germanskij vopros*.

²² A. M. Filitov, *Stalinskaja diplomatija i germanskij vopros: poslednij god*, in: A. O. Čubar'jan (Hrsg.), *Stalinskoe desjatiletie chodnoj vojny. Fakty i gipotezy*, Moskau 1999, S. 79–96, hier: S. 92 f.

In der sowjetischen Führung jedoch gab es nach allem, was wir wissen, auch Anhänger eines anderen Kurses. Sie richteten ihre Aufmerksamkeit auf das Wachstum divergierender Tendenzen im westlichen Lager (die USA der einen, England und Frankreich auf der anderen Seite) und hielten es für möglich, diese auszunutzen und sogar zu stimulieren. Das zeigte sich besonders bei der Vorbereitung der Antwort auf die Note der Westmächte vom 14. Juli 1952. Der Entwurf wurde viele Male umformuliert, äußerst konfrontative Formulierungen wurden entfernt und Kompromißformeln für die schwierigste Frage, die einer Kommission zur Überprüfung der Bedingungen für freie gesamtdeutsche Wahlen gesucht. Doch schließlich hatte der Text der Note einen ausgesprochen schroffen Charakter.²³ In dieser Hinsicht bedarf V. Terechovs Ansicht, die sowjetische Diplomatie habe sich im Lauf des „Notenkriegs“ auf den Westen zubewegt, einer Korrektur. Tatsächlich bestätigen die internen Vorbereitungsmaterialien des Außenministeriums, die von Molotov sanktioniert und sehr wahrscheinlich initiiert wurden, die Existenz einer solchen Tendenz, jedoch drang diese nicht bis zur Ebene der praktischen Politik durch. Offenkundig legte Stalin sein Veto ein.

Stalin, Molotov und die Note

Es gibt keinen Grund, die Unterschiede zwischen der „Linie Molotovs“ und der „Linie Stalins“ hinsichtlich der Hoffnungen auf die Erreichung einer Übereinkunft in der deutschen Frage im Jahre 1952 zu überschätzen. Solche Hoffnungen hegte keiner von beiden. Wenn man jedoch die Position Stalins in der Formel „Weder eine Übereinkunft noch Verhandlungen“ zusammenfassen kann, so waren für Molotov und seine Gesinnungsgenossen (mit einer gewissen Berechtigung kann man zu ihnen Puškin und wahrscheinlich Semenov rechnen) gerade Verhandlungen wichtig, ein bestimmtes Maß „normaler“ Beziehungen zwischen den Blöcken, die Beachtung eines gewissen minimalen Niveaus diplomatischer Schicklichkeit, nicht wegen der Annäherung weit entfernter und prinzipiell entgegengesetzter Standpunkte, sondern eben wegen des Gesichtspunkts der Ausnützung und Schürung der „innerimperialistischen Widersprüche“. Im Grunde wiederholte sich das, was die beiden Ansätze, den Stalinschen und den Molotovschen, bereits um die Jahreswende 1945/46 voneinander getrennt und zu einem ernstlichen Konflikt zwischen ihnen geführt hatte, oder erneut in der Periode der Diskussion des Marshall-Plans, als Stalin faktisch den Rückzug der UdSSR in die Isolation diktiert hatte.

Molotovs Handschrift ist in den von Wilfried Loth herausgegebenen Dokumenten²⁴ zur Entstehung der „Stalin-Note“ eindeutig zu erkennen. Die Funktionäre im Außenministerium, insbesondere Gribanov, verstanden zunächst nicht besonders gut, was man von ihnen wollte. Infolgedessen tauchen beispielsweise in dem ersten Entwurf des „Schemas des Friedensvertrags“ vom 8. September 1951²⁵ zwei völlig entgegengesetzte Anweisungen über das Problem der Rüstungsproduktion in Deutschland auf: Im Punkt 20 wird sie erlaubt, während sie im Punkt 31 verboten wird. Die Anmerkungen Molotovs zeigen überdeutlich, in

²³ Ebenda, S. 89–91.

²⁴ Wilfried Loth, Die Entstehung der „Stalin-Note“. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002, S. 19–115.

²⁵ Ebenda, S. 80–87.

welche Richtung die Verbesserung ging, nämlich in Richtung einer größeren Geschmeidigkeit, eines Verzichts der Einfügung der „Errungenschaften der DDR“ in die Bedingungen des Friedensvertrages. Es stellt sich die Frage, ob Stalin überhaupt irgendeine Rolle im Prozeß der Ausarbeitung der Konzeption der Note gespielt hat, außer einer bremsenden und begrenzenden? Ist es nicht vielleicht überhaupt angebracht, auf den Begriff „Stalin-Note“ zu verzichten? Wenn man als das wichtigste Neue in dieser Note den Verzicht auf die Betonung der Entmilitarisierung, eine gelassener Beziehung zur militärischen Komponente der deutschen Staatlichkeit und ihrer Vertreter betrachtet, dann kann man als den Ausgangspunkt dieser Note die oben zitierten Aussagen Molotovs auf der Prager Konferenz von 1950 betrachten. Wäre es da vielleicht nicht logischer, von der „Molotov-Note“ zu sprechen?²⁶ Dann würde sich die Initiative von 1952 gut in den Gesamtkontext der „unorthodoxen“ Ideen und Handlungen des sowjetischen Staatsmannes einfügen, die bis heute wenig verstanden worden sind: von der Abschaffung der Zensur für ausländische Korrespondenten im Herbst 1945 über den Vorschlag eines NATO-Eintritts der UdSSR im Jahre 1954 bis zu den Versuchen, den Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt 1955 zu verhindern.

Ende 1952 beschuldigte Stalin bekanntlich Molotov erneut des „Kapitulantentums gegenüber den Imperialisten“. Man kann sich denken, daß die geschmeidigere Position Molotovs im Laufe des „Notenkriegs“ hierbei ihre Rolle gespielt hat. Auf der anderen Seite schwächte die schroff kompromißlose Haltung des Westens in jeder seiner Episoden substantiell die Argumentation der Anhänger des „geschmeidigen“ Ansatzes und ließ die Stalinsche Haltung logischer und natürlicher erscheinen. Wie üblich spielten sich die Ultras beider Seiten in die Hände.

Auch wenn also, solange Stalin an der Macht war, Fortschritte in der deutschen Frage nicht erreichbar gewesen wären, war es dennoch ein kardinaler Fehler des Westens, die Note des Jahres 1952 nicht zum Anlaß für Verhandlungen zu nehmen. Denn nach Stalins Tod, unter den Bedingungen des Kampfes um die Macht in der neuen Führung, wäre bei der Existenz eines bestimmten funktionierenden Gesprächsmechanismus alles oder doch vieles möglich gewesen, wie späterhin die Erfahrung von Gorbatschows Perestrojka gezeigt hat. Indem sie sich auf kurzfristige Überlegungen über die Kosten konzentrierten, mit denen Gespräche verbunden sein könnten, verloren die Westmächte die längerfristigen und für sie gewinnbringenderen Perspektiven auf die Zeit „nach Stalin“ aus dem Blick. Doch die Kunst der Diplomatie erschöpfte sich nicht im Erreichen unmittelbarer Erfolge.

Der Bundesrepublik, auch wenn es paradox klingen mag, half die Note faktisch in ihrem Kampf um Souveränität und günstigere Bedingungen bei der Aufhebung des Besatzungsstatus. Jedenfalls war das die Meinung des amerikanischen Hochkommissars in Deutschland, John McCloy, der bemerkte, daß „die sowjetische Notenoffensive die Gesprächsposition der Bundesrepublik gestärkt“ habe. Es stimmt natürlich, daß dies „nur in bezug auf die Aushandlung des Deutschlandvertrags und nicht etwa in der Wiedervereinigungsfrage“²⁷ eine Verstärkung der deutschen Position darstellte, aber für die Regierung der Bundesrepublik war damals gerade ersteres die Hauptsache.

²⁶ Eines der Verdienste der letzten Arbeit von Wilfried Loth besteht gerade in einer relativ hohen Einschätzung der Rolle Molotovs bei der Konzeption der Note (S. 39, Fn. 64). Allerdings ist er nicht immer ganz logisch, wenn er die Rolle des Protagonisten Gribanov zuschreibt, der bei Molotov Gehör gefunden habe (S. 28).

²⁷ Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik: 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase, München 1990, S. 117.

Bei der Bewertung der Märznote von 1952 muß man sie überdies mit dem vergleichen, was vorausging und was auf sie folgte, etwa unter Chruschtschow und Breschnew. Entsprechend dem Inhalt der Note wurde die deutsche Frage als offen anerkannt (1), es wurde die Verantwortung der Großmächte für die Suche nach ihrer Lösung anerkannt (2) und schließlich wurde die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, in Verhandlungen über alle ihre Aspekte einzutreten, inclusive der Wiedervereinigung (3). Im übrigen hob die sowjetische Seite nach dem Mißerfolg der Pariser Konferenz des Rats der Außenminister (Mai/Juni 1949) immer stärker den Gedanken hervor, daß die deutsche Frage vor allem eine Angelegenheit der Deutschen selbst sei und verschob die Erneuerung des vierseitigen Dialogs in die Zukunft. Die Note von 1952 brachte hier notwendige Korrekture ein. In der Folge verhärtete sich die Position der UdSSR immer mehr, bis hin zur direkten Verneinung der Existenz einer deutschen Frage. Unabhängig von den Motiven der damaligen sowjetischen Führung kann man sagen, daß die Note des Jahres 1952 sich objektiv dem Rahmen eines vernünftigen Kompromisses am stärksten näherte.

Der „Sturz Adenauers“ und ähnliche Losungen waren leere Propaganda, die niemand ernst nahm. Anders wäre es schwer verständlich, daß sich die sowjetische Seite hartnäckig jeglichen Kontakten mit der Opposition in der Bundesrepublik verweigerte, obwohl solche Vorschläge nicht nur von vergleichsweise isolierten Gruppen und Persönlichkeiten vom Typ Josef Wirths eingingen, sondern auch von der Führung der SPD. Wenn man schon von Gewinnern und Verlierern spricht, dann müßte man zu den ersteren die Sowjetunion, die USA (sie stärkten die NATO und ihre Führungsstellung im Bündnis) und die Bundesrepublik rechnen (sie bekam Trümpfe in ihrem Handel um bessere Bedingungen im Generalvertrag, wovon schon die Rede war), und zu den letzteren die DDR und die Länder Westeuropas, deren Weg zur Integration dadurch beeinträchtigt wurde.

Bernd Bonwetsch, Sergej Kudrjašov

Stalin und die II. Parteikonferenz der SED

Ein Besuch der SED-Führung in Moskau, 31. März–8. April 1952, und seine Folgen* (Dokumentation)

Im Mai 1950 war die Parteiführung der SED zur Vorbereitung ihres 3. Parteitags zu Stalin nach Moskau gereist.¹ Zwei Jahre später machte sich das Dreigestirn Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht mit Dolmetscher Fred Oelßner erneut zur Vorbereitung eines wichtigen Ereignisses auf den Weg nach Moskau. Es galt, die für Juli 1952 angesetzte II. Parteikonferenz der SED vorzubereiten. Die Reise war um so wichtiger, als die Sowjetregierung mit ihrer Note vom 10. März 1952 an die Westmächte eine deutschlandpolitische Initiative gestartet hatte, deren Implikationen für die DDR- bzw. SED-Führung und ihre Zukunftsplanung in deutschland- und innenpolitischer Hinsicht von allergrößter Bedeutung waren.² Zur Vorbereitung der Gespräche im Kreml waren die am 20. März vom Politbüro der SED verabschiedeten sechsseitigen „Vorschläge des Politbüros in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz“ und die von einer Kommission ausgearbeiteten 63seitigen „Thesen“ des ZK am 22. März vom Politischen Berater der Sowjetischen Kontrollkommission Vladimir Semenov (Semjonow) nach Moskau geschickt worden.³

Der Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des ZK der KPdSU V. G. Grigor'jan nahm in einem ausführlichen Memorandum vom 31. März für Stalin dazu Stellung und übermittelte zugleich den Entwurf einer mündlichen Antwort an die SED-Führer. Darin hieß es nach den üblichen Floskeln zur Bedeutung der Vorschläge der SED, die im Prinzip

* Die Protokolle der Begegnungen Stalins mit der SED-Führung 1952 sind von einem der Verfasser (Bonwetsch) nach den Originaldokumenten mit Einleitung und Kommentierung in *Istočnik* 2003, Nr. 3, S. 100–128, veröffentlicht worden. Während die nachstehend abgedruckte Publikation vom Münchener Herausgeber zum Druck vorbereitet wurde, haben Elke Scherstjanoi und Rolf Semmelmann in Unkenntnis dieses Manuskripts die in *Istočnik* abgedruckten Protokolle der Stalin-Gespräche übersetzt und mit eigenem Kommentar veröffentlicht (E. Scherstjanoi, R. Semmelmann, *Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952*, *ZfG* 52 [2004], Teil I [zu 1948], S. 138–166, Teil 2 [zu 1952], S. 238–269). Die hier vorgelegte Dokumentation ist allerdings gegenüber der *Istočnik*-Veröffentlichung stark erweitert worden und bündelt den Moskau-Besuch der SED-Führung auf der Grundlage des Molotov-Fonds und anderer Quellenbestände in die seit Februar 1952 laufenden Vorbereitungen der II. Parteikonferenz der SED ein. Interpretation und Kommentar weichen von Scherstjanoi-Semmelmann ab. Darauf kann nachstehend nicht eingegangen werden.

¹ Zu allgemeinen Fragen der Treffen der KPD- bzw. SED-Führung mit Stalin und ihrer quellenmäßigen Überlieferung siehe Bernd Bonwetsch, *Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED*, in: *VfZ* 51 (2003), S. 575–607; Scherstjanoi/Semmelmann, *Gespräche*, S. 138 ff.

² Text der Note: *Europa-Archiv* 7/1952, S. 4832 f.

³ Wilfried Loth, *Die Entstehung der „Stalin-Note“*, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*, München 2002, S. 57; W. Otto, *Eine edle Idee im Notstand. Zur II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2002, S. 7–9; R. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1950–1953*, Berlin 1994, S. 389–395, 399, Anm. 7 f. Bei den „Vorschlägen“ handelte es sich um den Entwurf der Tagesordnung und die Zusammenfassung der „Thesen“, bei den „Thesen“ selbst um den von einer Kommission ausgearbeiteten Entwurf des Referats von Walter Ulbricht „Die neuen Aufgaben im Kampf um den Friedensvertrag, für die nationale Einheit und für das nationale Aufbauwerk“ (Russ. Text der „Vorschläge“ in: *RGASPI*, f. 82, op. 2, d. 1185, ll. 54–57).

alle wichtigen Fragen behandelten usw.: „Allerdings ist eine Reihe von Fragen, z.B. die Frage des sowjetischen Entwurfs der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland, der anstehenden Aufgaben des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik, der organisatorischen und politischen Festigung der SED und des Kampfes mit der feindlichen Ideologie und der imperialistischen Agentur, nicht gründlich genug ausgearbeitet. Es wäre zweckmäßig, die Thesen einer gründlichen Überarbeitung zu unterziehen.“⁴

In welche Richtung diese Überarbeitung inhaltlich gehen sollte, blieb in diesem Antwortentwurf wie auch in Grigor'jans längerer Stellungnahme zu den „Thesen“ der SED vollkommen offen. Hier sollte das Gespräch bei Stalin vielleicht auch für die Moskauer Parteiführung Klärung bringen. Die SED-Delegation machte sich am 29. März auf den Weg. Hin- und Rückfahrt mit Pkw und Eisenbahn (ab Frankfurt/O.) dauerten jeweils mehr als 48 Stunden. Vom 31. März abends bis 8. April mittags hielt sich die Delegation in Moskau selbst auf.⁵ In diesen gut sieben Tagen standen außer den Treffen mit Stalin keine politischen Gespräche an. Die meiste Zeit wurde nach Piecks Notizen zu urteilen mit dem Warten auf die zweite der beiden Begegnungen mit Stalin verbracht. Außer Filmvorführungen („zwei Teile ‚Tarzan‘“ usw., wie Pieck sorgfältig notierte) hatten sich die Gastgeber offenbar nichts für die Berliner „Freunde“ ausgedacht. Nur zweimal, am 4. und 5. April, hatte man Informationstreffen mit dem Ersten Sekretär der Jugendorganisation Komsomol und Mitarbeitern des ZK-Apparats. Die beiden Begegnungen mit Stalin, Molotov und einigen weiteren Mitgliedern des Politbüros nahmen insgesamt nicht mehr als 3 Stunden und 25 Minuten in Anspruch.

Nachstehend werden die „Aufzeichnungen“ (Protokolle) dieser beiden Gespräche der SED-Führung mit Stalin, soweit sie zugänglich sind, wiedergegeben. Die Protokolle wurden lange Zeit im Stalin-Fonds des Archivs des Präsidenten der Russischen Föderation (AP RF) aufbewahrt, inzwischen aber an das Russische Staatsarchiv für Soziale und Politische Geschichte (RGASPI) weitergegeben.⁶ Das erste der beiden Gespräche fand am Tag nach der Ankunft, am 1. April 1952, von 21.00–23.10 Uhr statt. Es wurde vom Politischen Berater Semenov protokolliert. Das zweite Gespräch, das zugleich das letzte der SED-Führung mit Stalin überhaupt war, fand am Tag vor der Abreise, am 7. April, von 22.05–23.20 Uhr statt. Erneut führte Semenov das Protokoll, während Oelbner wieder übersetzte. Die Uhrzeit bzw. die Dauer der Gespräche sind nicht festgehalten. Die entsprechenden Angaben gehen aus Stalins Besucherjournal hervor und werden durch die Aufzeichnungen Wilhelm Piecks bestätigt.⁷

Die Protokolle sind bereits nach Kopien der Originale in der „Dmitri Volkogonov Collection“ der Library of Congress mit ungenauen Archivangaben von Christian F. Oster-

⁴ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1185, l. 114. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß die Adressierung eines Memorandums an Stalin keineswegs bedeutete, daß es diesen auch direkt oder überhaupt erreichte. Ein solches Schriftstück diente lediglich zur Vorbereitung von Entscheidungen in den höheren Instanzen.

⁵ Badstübner/Loth, *Aufzeichnungen*, S. 382 f.

⁶ AP RF, f. 45, op. 1, d. 303, ll. 147–197; jetzige Aufbewahrung unter RGASPI, f. 558, op. 11, bei gleicher Aktenband- und Blattnumerierung.

⁷ Poseiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina. Žurnaly (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom, in: *Istoričeskij arhiv* 1997, Nr. 1, S. 26 f.; Badstübner/Loth, *Aufzeichnungen*, S. 382 f., die inhaltlichen Notizen Piecks ebenda, S. 395–397.

man in englischer Übersetzung veröffentlicht worden.⁸ Dabei ist das Protokoll des ersten der beiden Treffen, wie sich aus dem Textvergleich ergibt, nach der von Semenov handschriftlich korrigierten Version übersetzt und abgedruckt worden. Bei der Vorlage scheint es sich um eine schlechte Kopie gehandelt zu haben, denn es sind nicht nur viele der handschriftlichen Korrekturen, sondern mehrfach auch ganze Passagen, einzelne Worte und Zahlen des maschinenschriftlichen Textes als „unleserlich“ ausgelassen oder falsch gelesen worden. Ferner fehlen in dem von Osterman veröffentlichten Text ohne jeden Hinweis die als „Streng geheim. Sondermappe“ gekennzeichneten und daher besonderen Geheimhaltungsregeln unterliegenden Protokoll-Passagen zur Aufrüstung der DDR durch Umwandlung der Kasernierten Volkspolizei in eine Wehrpflichtigen-Armee. Selbst ein Dimitrij Volkogonov als zeitweiliger Leiter des Instituts für Militärgeschichte des Verteidigungsministeriums, Vorsitzender der Archivkommission des russischen Parlaments und Generaldirektor der russischen Archive konnte sie offenbar nicht ohne weiteres kopieren.

Diese Äußerungen bildeten den Schluß des Gesprächs vom 1. April 1952. Sie schließen ohne jeden Übergang, allerdings mit neuer Überschrift und auf neuem Blatt, direkt an den nachstehend abgedruckten Protokoll-Text des Gesprächs vom 1. April 1952 an und haben in maschinenschriftlicher Fassung einen Umfang von gut drei Seiten. Sie sind für die Benutzung weiterhin nicht freigegeben, obwohl W. K. Wolkow bereits daraus zitiert hat.⁹ Diese Passagen lassen sich auch mit Hilfe der handschriftlichen Aufzeichnungen, die Semenov während des Gesprächs selbst machte und später in seinen persönlichen Unterlagen aufbewahrte, nicht als Protokoll wiedergeben. Inhalt und Tenor gehen jedoch aus den Zitaten Wolkows, den Aufzeichnungen Piecks und den Gesprächsnotizen Semenovs hervor.¹⁰ Das von Semenov aufgrund seiner Notizen angefertigte offizielle Protokoll dieses Teils des Gesprächs vom 1. April sowie die maschinenschriftliche Version des Protokolls der Begegnung vom 7. April waren Molotov am 12. April 1952 durch sein Sekretariat vorgelegt worden.¹¹ Dann sind die Dokumente wieder an Stalin zurückgegangen.

Das Protokoll des zweiten Gesprächs der SED-Delegation mit Stalin ist von Osterman offensichtlich nach einer Kopie der maschinenschriftlichen Reinschrift – ohne Auslassungen und Verweise auf Unleserliches – veröffentlicht worden. Diese Reinschrift ist nach der von Semenov handschriftlich korrigierten und unterzeichneten ersten maschinenschriftlichen Fassung hergestellt worden.¹² Da der Textvergleich ergibt, daß Semenov Korrek-

⁸ Uprising in East Germany, 1953. Compiled, edited and introduced by Christian F. Osterman, Budapest 2001, S. 22–41. Vgl. auch Elke Scherstjanoi, Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2002, S. 23. Kurze Auszüge aus den Protokollen waren auch schon anderenorts gedruckt worden. Vgl. vor allem W. K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 43–47.

⁹ Wolkow, Deutsche Frage, S. 44 f. Die Vermutungen von Scherstjanoi/Semmelmann, Gespräche, S. 259, 262, über die Anordnung des Geheimteils im Protokoll treffen nicht zu. Für den Inhalt spielt das keinerlei Rolle.

¹⁰ Die mit Bleistift angefertigten Originalnotizen Semenovs sind in einer unpaginierten Kladde enthalten, nicht immer in chronologischer Reihenfolge angeordnet und schwer zu entziffern. Die Autoren danken E. V. Semenova für die Erlaubnis, die Notizen (im folgenden: Semenov, Original-Notizen) benutzen zu dürfen. Vgl. die Notizen Piecks, Badstübner/Loth, Aufzeichnungen, S. 396.

¹¹ S. I. Semenov an V. M. Molotov, 12. 4. 1952, AP RF, f. 45, op. 1, d. 303, l. 188.

¹² Maschinenschriftliche, als richtig beglaubigte Reinschrift: Ebenda, II. 179–187; von Semenov handschriftlich korrigierte und unterzeichnete Fassung: ebenda, II. 189–197.

turen rein sprachlicher Art sind, werden in der nachstehend wiedergegebenen Version keine Verweise auf Textvarianten vorgenommen. In beiden Protokollfassungen ist die Anwesenheit Fred Oelßners – des Dolmetschers – nicht vermerkt. Sie geht jedoch ebenfalls aus dem Besucherjournal Stalins hervor.¹³

Inhaltlich ergibt sich aus den Gesprächen, daß Stalin nicht konkret auf die vorab ins Russische übersetzten, nach Moskau geschickten und dort kommentierten „Thesen“ und die II. Parteikonferenz einging, wie übrigens auch Pieck in seinen nachträglich angefertigten Aufzeichnungen vermerkte.¹⁴ Vermutlich waren Stalin diese Unterlagen, die im übrigen auch Molotov gesehen und in einigen Punkten kommentiert hatte, zumindest beim ersten Gespräch unbekannt. In diesem ersten Gespräch ließ Stalin sich durch die SED-Führer allgemein über die Situation in Deutschland bzw. in der DDR informieren, stellte dazu Fragen oder gab kurze Kommentare ab. Daneben wurde über konkrete Wirtschafts- und Rüstungsfragen gesprochen. Auch hier stellte Stalin Fragen und gab geschäftsmäßige, kurze Kommentare oder Antworten. Im zweiten Gespräch eine Woche später ging es um die Deutschlandpolitik und um die innenpolitischen Entwicklungsperspektiven der DDR. Dabei war es im wesentlichen Stalin, der sprach, während die SED-Führer gelegentlich Fragen stellten oder auf Stalins Fragen antworteten.

Wie schon bei früheren Besuchen der SED-Führung deutlich geworden war, so ging auch diesmal von Stalins Bemerkungen nichts verloren. Sie wurden als Anweisungen aufgefaßt und in Berlin weitestgehend in die Tat umgesetzt. Bereits am 11. April 1952, einen Tag nach der Rückkehr der Delegation aus Moskau, verabschiedete das Politbüro der SED einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Verwirklichung der einzelnen Bemerkungen Stalins, so z.B. Maßnahmen und Vorbereitungen zur Grenzsicherung, zur Übernahme von Sowjetischen Aktiengesellschaften, zur Erhöhung der Löhne für qualifizierte Arbeiter, zur materiellen Besserstellung von Angehörigen der Intelligenz und zur Einführung vormilitärischer Ausbildung, zu der Stalin die Bemerkung gemacht hatte, daß so etwas immer nötig sei.¹⁵ Auch die Absetzung des Innenministers Karl Steinhoff, der Stalin für das Amt als nicht „kämpferisch“ genug erschienen war, ließ nicht lange auf sich warten.¹⁶

Das Abhängigkeitsverhältnis, das sich in diesen Handlungen ausdrückte, war auch schon während der Begegnungen in Moskau sichtbar geworden. Die Atmosphäre und der Verlauf der Gespräche waren dadurch gekennzeichnet, daß die SED-Führer durchweg alles für gut, richtig oder wichtig erklärten, was Stalin ihnen mitteilte, ganz gleich, ob es sich um die notwendige Mischung von Eisenerzen für die Stahlerzeugung, die angeblichen Vorzüge des sowjetischen Kolchossystems, das „echt marxistische“ Prinzip starker Lohndifferenzierung oder auch um erhebliche politische Kurskorrekturen handelte. Selbst einzelne Formulierungen Stalins finden sich in paraphrasierter Form im Beschluß der II. Partei-

¹³ Posetiteli, S. 27.

¹⁴ Badstübner/Loth, Aufzeichnungen, S. 397.

¹⁵ Otto, Notstand, S. 11; Badstübner/Loth, Aufzeichnungen, S. 399. Zu den Institutionen vormilitärischer Ausbildung siehe T. Diedrich, Der „Dienst für Deutschland“ (1952–1953), in: Torsten Diedrich u.a. (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 153–167; P. Heider, Die Gesellschaft für Sport und Technik (1952–1990), in: Ebenda, S. 169–199.

¹⁶ Am 22. 4. 1952 bestimmte das Politbüro der SED Willi Stoph zum Nachfolger Steinhoffs, der aus „gesundheitlichen Gründen“ ausschied. Am 9. 5. 1952 wurde er vom Ministerrat offiziell bestätigt. Siehe Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956, Berlin 2001, S. 104.

konferenz wieder. Auf eigenen Standpunkten beharrten die Berliner Emissäre eigentlich nur dann, wenn wirtschaftliche Interessen zur Sprache kamen und Stalin als Schiedsrichter angerufen werden konnte.

Zu den wichtigsten konkreten Themen der Gespräche gehörten die militärischen Absprachen über den Ausbau der Kasernierten Volkspolizei zu nationalen Streitkräften. Sie zeigen die Zielstrebigkeit, mit der auf Drängen Moskaus ungeachtet aller Friedensparolen systematisch aufgerüstet werden sollte bzw. wurde. Vorgespräche waren ganz offenkundig zwischen Moskau, SKK und SED bereits gelaufen. Die Rechtfertigung für die militärische Aufrüstung der DDR unterschied sich übrigens nicht im geringsten von der westdeutschen Begründung für die Aufrüstung bzw. die „Politik aus der Position der Stärke“. Auch Stalin belehrte die „Freunde“ aus Berlin, die etwas verzagt auf die von ihnen selbst erzeugten pazifistischen Stimmungen in der Bevölkerung hinzuweisen suchten, daß die Westmächte nur Stärke respektierten und die DDR erst dann ernst nähmen, wenn dort eine Armee aufgebaut werde. Die Deutschen sollten aufhören, „Vegetarier“ zu sein und wieder Fleisch essen. Pieck drückte das in seinen Aufzeichnungen mit den Worten aus: „Pazifistische Periode ist vorbei“.¹⁷ Ob man im Westen die DDR wirklich erst wegen ihrer Volksarmee ernst nahm, sei dahingestellt. Aber sie wahrte gegenüber Westdeutschland jedenfalls die Parität, auch was die Symbole der Staatlichkeit betraf. Ulbricht verkündete am 9. Juli auf der II. Parteikonferenz dementsprechend als Teil der „Generallinie“ der SED im „neuen Abschnitt der Entwicklung“ die „Schaffung einer Volksarmee zur Verteidigung der Heimat“.¹⁸

Politisch am bedeutsamsten und folgenreichsten waren die Ausführungen Stalins beim zweiten Treffen zu den Perspektiven der Entwicklung Deutschlands. Stalin griff dabei Kernfragen des Gesprächs vom 1. April auf, deren Beantwortung er für das zweite Gespräch angekündigt hatte. Er hatte sich darauf zuvor im Beisein Molotovs, Bulganins und Malenkovs mit Semenov, dem Oberbefehlshaber der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland Čujkov (Tschuikow) und dem Leiter der Sowjetischen Diplomatischen Mission in der DDR Puškin (Puschkin) vorbereitet und mit ihnen dabei wahrscheinlich auch die endgültige Redaktion der zwei Tage später vom Politbüro formell verabschiedeten 2. Deutschland-Note an die Westmächte festgelegt.¹⁹ Man muß also davon ausgehen, daß seine Äußerungen nicht spontan fielen.

Stalin eröffnete den deutschen Genossen zu ihrer Überraschung, daß die Einheitsperspektive hinfällig sei, da man nicht mit Kompromißbereitschaft der Westmächte in der deutschen Frage rechne, welche Vorschläge man auch selber mache. Die DDR solle ihren eigenen Staat aufbauen und die Demarkationslinie zu Westdeutschland als „gefährliche“, stark zu sichernde Grenze betrachten. Einzig Otto Grotewohl, als ehemaliger Sozialdemokrat nicht ganz so bolschewistisch sozialisiert wie Pieck und Ulbricht, wagte am Ende nachzufragen, ob man dann nicht auch die „offizielle Haltung der Regierung der DDR zur Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ ändern müsse. Doch Stalin erwiderte, daß die Einheitsargumentation zu Propagandazwecken fortzusetzen sei, und erklärte:

¹⁷ Semenov, Original-Notizen; Wolkow, *Deutsche Frage*, S. 45; Badstübner/Loth, *Aufzeichnungen*, S. 395.

¹⁸ Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1952, S. 128 f.

¹⁹ Der letzte Notenentwurf wurde Stalin am 7. 4. 1952 von Außenminister Vyšinskij vorgelegt und mit einigen Änderungen Stalins und Molotovs verabschiedet: Politbjuro CK VKP(b) i Sovet Ministrov SSSR 1945–1953, Moskau 2002, S. 118 f. Zum formellen Beschluß siehe: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b). *Po-vestki dnja zasedanij*, Band III: 1940–1952. Moskau 2001, S. 883.

„Auch wir werden weiterhin Vorschläge zu Fragen der Einheit Deutschlands machen, um die [Politik der] Amerikaner zu entlarven.“²⁰

Das war, milde ausgedrückt, eine sensationelle Mitteilung, da die SED-Führung noch im Mai 1950 von Stalin wegen ihrer mangelhaften Bemühungen um die Gewinnung von Zustimmung in Westdeutschland gerügt worden war, ihr Verhalten entsprechend geändert und sich auch voll hinter den sowjetischen Friedensvertragsvorschlag für Deutschland vom 10. März 1952 gestellt hatte, wie auch aus den Vorbereitungen für die II. Parteikonferenz hervorgeht. Nun bekam sie zu hören, daß alles nur Propaganda sei. Ob dem wirklich so war, ist eine ganz andere Frage. Manches gäbe hier zu Spekulationen Anlaß – etwa die offenbar völlig überraschende Ankündigung der Wiedererrichtung von sowjetischen Militärkommandanturen in der DDR. Nach dem nur wenige Tage später, am 14. April 1952, vom Moskauer Ministerrat gefaßten Beschluß sollten 140 Kommandanturen neu geschaffen werden, was anscheinend aber nur zum Teil verwirklicht wurde.²¹ Hier könnte man in der Tat fragen, was diese Institution in einem mit eigener Armee ausgestatteten, souveräner werdenden Staat eigentlich sollte, zumal da man in der DDR nach der Rückkehr aus Moskau die Hinweise zur Sicherung der Grenze zur Bundesrepublik durch die systematische Verschärfung des „Grenzregimes“ umsetzte – einschließlich des Einsatzes von „Stasi“, wie Pieck anläßlich der Gespräche in Moskau notiert hatte.²²

Noch bedeutsamer ist, daß Stalin mit keinem Wort die am 9. April 1952, am Tag nach der Abreise der SED-Delegation, den Westmächten übermittelte zweite Deutschland-Note erwähnte. Sie kam den westlichen Forderungen nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aufgrund von freien Wahlen „in unmittelbarer Zukunft“ unter Kontrolle der „vier Besatzungsfunktionen ausübenden Mächte“ weiter entgegen als alle vorangegangenen sowjetischen Vorschläge. Im übrigen war der Begriff der „Besatzungsfunktionen“, die die vier Mächte in Deutschland ausübten, im endgültigen Notentext auf Intervention Stalins dreimal an die Stelle des eigentlich vorgesehenen und korrekten Begriffs „Kontrollfunktionen“ gesetzt worden.²³ Man sollte das nicht überinterpretieren, dennoch ist die bewußte Verwendung dieses Begriffs erstaunlich. Normalerweise hätte man eine Beratung dieser Fragen, die eine stillschweigende Uminterpretation des Status der DDR bedeuteten, oder zumindest die konkrete Erwähnung der Note bei Anwesenheit der SED-Führung im Kreml als selbstverständlich angesehen. Wie schon bei der Erarbeitung der ersten Note war die Führung der DDR aber weder informiert noch gar konsultiert worden, wobei über die Vorbereitung der 2. Deutschland-Note bislang fast gar nichts bekannt ist.²⁴

Mag sein, daß das Entgegenkommen gegenüber den Westmächten tatsächlich nur Propaganda zu deren „Entlarvung“ war, wie Stalin angedeutet hatte; mag auch sein, daß Stalin

²⁰ S. 199 f. u. S. 206.

²¹ Elke Scherstjanoi (Hrsg.), *Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953*, München 1998, S. 88. Vgl. die Notiz Piecks vom 14. 4. 1952: Badstübner/Loth, *Aufzeichnungen*, S. 400.

²² Badstübner/Loth, *Aufzeichnungen*, S. 396. Vgl. T. Diedrich, *Die Grenzpolizei der SBZ (1946–1961)*, in: Diedrich u.a. (Hrsg.), *Im Dienste der Partei*, S. 208 f.

²³ Politbüro CK VKP(b) i Sovet Ministrov, S. 117, 119. Text der Note: *Europa-Archiv* 7/1952, S. 4866 f.

²⁴ Bernd Bonwetsch/Aleksej Filitov, *Die sowjetische Politik und die SED: Handlungs- und Verantwortungsspielräume der KPD/SED/DDR 1945–1963*, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Das geteilte Deutschland im geteilten Europa (= Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“), Band VIII/1, Baden-Baden 1999, S. 863–872.*

mit der Initiative darüber hinaus den Berliner „Freunden“ die deutschlandpolitischen „Folterwerkzeuge“ für den Fall zeigen wollte, daß sie sich gegenüber Moskau unbotmäßig verhielten²⁵; mag aber auch sein, daß an dem Moskauer Angebot etwas dran war, das seine „Belastbarkeit“ erst bei einem Zeichen westlicher Verhandlungsbereitschaft hätte unter Beweis stellen können und müssen. Die in Deutschland seit den fünfziger Jahren geführte Auseinandersetzung um die Frage, ob man 1952 eine Chance zur Wiedervereinigung verpaßt oder ob sich lediglich die „Legende einer verpaßten Chance“ herausgebildet habe, wird trotz dieser scheinbar eindeutigen Aussagen Stalins mit Recht weitergehen.²⁶ Das sowjetische Verhalten gibt einfach zu viele Rätsel auf, und man kann sich des Eindrucks der Unentschiedenheit und Mehrdeutigkeit der sowjetischen Politik, ja sogar der Widersprüchlichkeit und Unvereinbarkeit ihrer Ziele nicht erwehren.²⁷

Die Annahme, die eigentliche Auffassung Stalins sei im Gespräch mit den SED-Führern vom 7. April 1952 zum Ausdruck gekommen, ist möglicherweise zu einfach. An Skrupellosigkeit gegenüber den SED-Führern hätte es Stalin gegebenenfalls nicht gemangelt. Verstellung und Heuchelei waren ohnehin zu seiner zweiten Natur geworden. Die Fähigkeit, ein „großer, ja vielleicht sogar ein überragender Schauspieler zu sein“, habe „zu Stalins Natur gehört und einen untrennbaren Bestandteil seiner politischen Begabung ausgemacht“, hat Konstantin Simonow aufgrund seiner Begegnungen mit Stalin geurteilt.²⁸ Viele haben sich von Stalin täuschen lassen und wollten es, wie etwa Marschall Žukov (Schukow), auch wider alle Evidenz nicht glauben, obwohl sie selbst zu Opfern von Stalins Verstellung wurden.²⁹

Die zweite Überraschung, die die Berliner Genossen in Moskau erlebten, war der Vorwurf, den sozialistischen Charakter ihres Staates nicht genügend herauszustellen, und die Aufforderung, ihn insbesondere in der Landwirtschaft durch die Gründung von Kolchosen zum Ausdruck zu bringen. Stalin erklärte der SED-Führung, daß die Volkseigenen Betriebe und die Kolchosen, die man aus propagandistischen Gründen „Produktionsgenossenschaften“ nennen sollte, ein „Stück Sozialismus“ seien, zu dem man sich „ohne Geschrei“ bekennen solle. Das war ebenfalls ein politischer Kurswechsel, der „Konsequenzen habe“, wie Ulbricht sofort bemerkte, da man bisher für den Aufbau eines „demokratischen“ Deutschland eingetreten sei und auch nicht von Sozialismus gesprochen habe. Ganz anders als Grotewohl fragte Ulbricht aber nicht, ob man nun die „offizielle Haltung“, sondern ob man die „frühere Taktik“ ändern solle, nachdem sich eine so tiefe Spaltung in Deutschland ergeben habe. D.h. er zeigte sich dieser Kehrtwendung der politischen Linie als rein „taktisch“ gewachsen.

²⁵ Diese These vertritt A. M. Filitov, *Stalinskaja diplomatija i germanskij vopros: Poslednij god*, in: *Stalinskoe desjatiletie choloednoj vojny*, Moskau 1999, S. 79–96; ders., *Nota 10 marta 1952 goda: prodolzajuščajasja diskussija*, in: *Rossija i Germanija*. Vyp. 3, Moskau 2004, S. 311–330.

²⁶ Die Kontroverse ist dokumentiert in: Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952*.

²⁷ Die entsprechenden Passagen im Nachwort Juli Kwizinskis (Julij Kvicinskij) zu W. S. Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow*, Hamburg 1995, S. 292, sind in dieser Hinsicht bezeichnend.

²⁸ K. Simonov, *Glazami čeloveka moego pokolenija*, Moskau 1988, S. 213–216, 230–232. Vgl. auch Anton Antonow-Owssejenko, *Stalin. Porträt einer Tyrannei*, München 1984, S. 357f.; O. Trojanovskij, *Čerez gody i rasstojanija*, Moskau 1997, S. 144–147, 156, 160.

²⁹ So erfuhr etwa Marschall Žukov, der sich viel auf seine Nähe zu Stalin einbildete, erst 1965, daß dieser ihn absichtlich über das Auffinden der Leiche Hitlers in Unwissenheit gelassen hatte und auch der internationalen Öffentlichkeit Falsches hatte mitteilen lassen: E. Rževskaja, *Berlin, maj 1945*, Moskau 1988, S. 453–457. Stalin täuschte im übrigen auch die Alliierten: L. Bezymenskij, *Operacija „Mif“, ili Skol'ko raz choronili Gitlera*, Moskau 1995, S. 124–130.

Die Konsequenz der Stalinschen Äußerungen war die Änderung des Programms für die II. Parteikonferenz der SED.³⁰ Statt um Frieden, Einheit, demokratischen Aufbau und Erfüllung des Fünfjahresplans sollte es nach einem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 30. Mai 1952 nun um „Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus“ gehen.³¹ Am 24. Juni wurden entsprechende Losungen für die Parteikonferenz festgelegt. Am 1. Juli billigte das Politbüro der SED neben LPG-Musterstatuten auch den Entwurf des Ulbricht-Referats für die Parteikonferenz und ein auf den 2. Juli datiertes Schreiben an Stalin, in dem die Kernaussagen der von Ulbricht auf der Parteikonferenz zu haltenden Rede bzw. des Beschlusses der Konferenz zusammengefaßt und um Stellungnahme des sowjetischen Politbüros gebeten wurde. Dabei ging es letztlich um den Beschluß zum Aufbau des Sozialismus.³²

Entsprechend diesen Vorbereitungen wurde auf der II. Parteikonferenz vom 9.-12. Juli 1952 der „Aufbau des Sozialismus“ als „grundlegende Aufgabe“ der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen.³³ Dazu gehörte auch – fast als Paraphrase der entsprechenden Stalinschen Äußerungen vom 7. April – die Ankündigung der Bildung von Produktionsgenossenschaften von „Landarbeitern und werktätigen Bauern [...] auf völlig freiwilliger Grundlage“, aber mit der „notwendigen Hilfe“.³⁴ Allerdings wichen Ulbrichts Rede und der Beschluß der Parteikonferenz in auffälliger Weise von zwei wesentlichen Thesen ab, zu denen im Brief an Stalin vom 2. Juli um Stellungnahme gebeten worden war. Es hatte in dem Schreiben des SED-Politbüros u.a. geheißen: In der DDR seien die „entscheidenden Voraussetzungen für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft geschaffen“ worden. Die Staatsmacht als wichtigstes Werkzeug zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus habe sich von der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur demokratischen Volksmacht, zur Volksdemokratie entwickelt“.³⁵

In der Rede Ulbrichts und im Beschluß der Parteikonferenz fehlen die Aussagen zum volksdemokratischen Charakter der DDR und zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft, obwohl Ulbricht z.B. die „Aufgabe, in der Landwirtschaft die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen“, noch auf der Sitzung des ZK am Abend vor der Eröffnung der Parteikonferenz in einer „Bemerkung“ zum Entwurf des Beschlusses der Konferenz genannt hatte.³⁶ Auch im Entwurf der Rede Ulbrichts, die am 1. Juli vom Politbüro der SED gebilligt und am 7. Juli von Semenov in deutsch und in russischer Übersetzung nach Moskau geschickt worden war, war dieser Passus noch enthalten. Es hieß darin unter dem Punkt „die Arbeit der Partei“: „Die Hauptaufgabe der Partei ist gegenwärtig die

³⁰ Scherstjanoi, Reaktionen, S. 24–26, sieht in Stalins Äußerungen und ihren Auswirkungen auf die Vorbereitungen für die II. Parteikonferenz nur geringfügige Nuancierungen der bisher verfolgten sowjetischen Politik.

³¹ Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 187; Scherstjanoi, Reaktionen, S. 24–26.

³² Otto, Notstand, S. 10 f. Der Brief wurde am 2. 7. 52 über die SKK an Stalin gesandt.

³³ Protokoll der Verhandlungen, S. 492. Ulbricht hatte davon gesprochen, daß der „Sozialismus planmäßig aufgebaut“ werden sollte: Ebenda, S. 58.

³⁴ Ebenda, S. 494.

³⁵ Text des Briefes in: Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR, München 1995, S. 262–264. Otto, Notstand, S. 11.

³⁶ Ebenda, S. 14. Der Entwurf des Beschlusses der Parteikonferenz wurde von Ulbricht auf dem Plenum verlesen und liegt dem Protokoll nicht bei, ebenfalls nicht den nach Moskau geschickten Exemplaren des Protokolls: RGASPI, f. 17, op. 137, d. 894–896.

Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft.³⁷ In der russischen Übersetzung war dieser Passus durch Unterstreichung – vermutlich durch Semenov selbst – allerdings schon als problematisch gekennzeichnet worden.³⁸ Die Aussage über den volksdemokratischen Charakter der DDR war hingegen in diesem Entwurf nicht oder nicht mehr enthalten. Angesichts der von der SED-Führung geübten Praxis, keine wichtige politische Entscheidung ohne vorherige Genehmigung durch die SKK und ggf. sogar des ZK der KPdSU zu treffen, ist davon auszugehen, daß die entsprechenden Änderungen in der endgültigen Fassung der Rede Ulbrichts und des Beschlusses der II. Parteikonferenz auf sowjetische Intervention zurückgehen.

Wie diese Intervention gegen die Charakterisierung der DDR als „Volksdemokratie“ und die Ankündigung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft“ erfolgte und ob es möglicherweise Abstimmungsprobleme zwischen der SKK und Moskau gab, ist aufgrund der vorliegenden Dokumente bislang nicht genau zu verfolgen, weil manches im Verkehr zwischen der SKK und der SED-Führung nach alter Praxis mündlich vor sich ging und nicht schriftlich festgehalten wurde. Sicher ist, daß die Meinungen in Moskau geteilt waren, als das Schreiben der SED-Führung vom 2. Juli eintraf. V. G. Grigor'jan leitete das als Telegramm aus Karlshorst übermittelte Schreiben am 4. Juli mit dem Entwurf einer Antwort an Stalin weiter. Sie war äußeren Anzeichen nach von Vyšinskij entworfen worden. Der Text des Entwurfs lautete:

„An die Genossen Pieck, Grotewohl und Ulbricht.

Wir sind mit der Einschätzung einverstanden, die Sie im Entwurf des Referats auf der zweiten Parteikonferenz der SED zu den Fragen der Entwicklung der SED und der Charakterisierung der Regierung Adenauer abgegeben haben.

Was die Einschätzung der gegenwärtigen Periode der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik betrifft, so muß vor allem die Besonderheit der Lage Deutschlands berücksichtigt werden, [die Tatsache,] daß es bis heute noch nicht vereinigt ist und daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen Deutschlands daran interessiert sind, im Kampf um die Einheit Deutschlands möglichst breite Schichten der Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte nicht nur der DDR, sondern auch Westdeutschlands zusammenzuschweißen.

Dementsprechend soll die SED, gestützt auf den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen der DDR, eine noch festere Einheit der breiten Massen des deutschen Volkes im Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erreichen und zugleich damit die Festigung der konsequent demokratischen Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik und die weitere Stärkung der sozialistischen Elemente in ihrer Volkswirtschaft erreichen.

Gegenwärtig wäre es taktisch verfrüht zu verkünden, daß die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Volksdemokratie ist. Zugleich aber muß betont werden, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik die volksdemokratischen Grundlagen ihres Staatsaufbaus ständig festigen.

Es wäre taktisch verfrüht, den Übergang der DDR zum Aufbau des Sozialismus zu verkünden, doch zugleich gibt es allen Anlaß anzuerkennen, daß sich in der DDR die soziali-

³⁷ RGASPI, f. 17, op. 137, d. 890, l. 216.

³⁸ Ebenda, l. 134.

stischen Grundlagen der Volkswirtschaft festigen (81% der Industrieproduktion stammen aus Volkseigenen oder Genossenschaftsbetrieben) und daß die DDR sich in Richtung auf den Sozialismus entwickelt.

All dies ist notwendig, um zu verhindern, daß die Massenbasis der Bewegung für die Einheit Deutschlands eingeschränkt und die Konsolidierung der gesellschaftlichen Kräfte im Kampf für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland sowohl in Westdeutschland als auch in der Deutschen Demokratischen Republik selbst nicht behindert wird.

Hinsichtlich der Frage der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wäre es zweckmäßig, sich auf der Konferenz im wesentlichen auf die Erklärung zu beschränken, daß die Partei sich gegenüber den entstandenen bäuerlichen Produktionsgenossenschaften positiv verhält und daß sie von der Partei und der Regierung jegliche Unterstützung erhalten. Dabei soll die Notwendigkeit betont werden, bei der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften den Grundsatz der Freiwilligkeit streng zu beachten.

Es ist besonders wichtig, im Referat auf die Vorzüge des demokratischen und friedlichen Entwicklungsweges und die Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik hinzuweisen und dies mit der Lage in Westdeutschland zu vergleichen.

ZK der KPdSU (B) ⁹⁹

Diesem Stalin zugeleiteten Entwurf waren mehrere andere Entwürfe vorausgegangen. Molotov, der auch in diesem Entwurf einen ganzen Absatz mit seinem blauen Stift durchgestrichen hatte, schien mit keinem Entwurf einverstanden gewesen zu sein. Er spielte trotz seiner Ablösung als Außenminister 1949 in außenpolitischen Fragen im Politbüro neben Stalin weiterhin die wichtigste Rolle, und alle entsprechenden, an Stalin gerichteten Schriftstücke gingen zunächst an ihn und konnten durch ihn namens der „Instanz“ zur Änderung an den Absender zurückgegeben werden.

Auch dieser Stalin am 4. Juli übermittelte Entwurf entsprach noch nicht der endgültigen Antwort. Wäre dies der Fall gewesen, dann hätte es keine Erklärung über den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR gegeben. Daran wird ersichtlich, daß es fünf Tage vor der Eröffnung der Parteikonferenz der SED in Moskau noch keine Klarheit über die Haltung zum Vorhaben der Berliner „Freunde“ gab. Der Entwurf der Antwort spiegelt das in einem Duktus wieder, den man als ständiges Einerseits-Andererseits bezeichnen könnte. Doch läuft er letzten Endes darauf hinaus, der SED-Führung bei aller Anerkennung der volkdemokratischen Staatsordnung der DDR und ihrer Entwicklung „in Richtung auf den Sozialismus“ im Interesse der deutschen Einheit und der Gewinnung der Volksmassen ganz Deutschlands aus taktischen Gründen den Verzicht auf die Verkündung des Aufbaus des Sozialismus bzw. der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft und auf die Charakterisierung der DDR als Volksdemokratie nahezu legen.

Ulbricht hat jedoch am 9. Juli 1952 unter dem Jubel der Delegierten den Aufbau des Sozialismus verkündet, und das Politbüro des ZK der KPdSU soll diesen Kurs auf die „Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR“ am 8. Juli „gebilligt“ haben. Dies zumindest geht aus der schon des längeren bekannten Verfügung des Ministerrats der

⁹⁹ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1185, ll. 123 f. Der kursiv gesetzte Absatz war von Molotov durchgestrichen worden.

UdSSR hervor, die den „Neuen Kurs“ in der DDR einleiten sollte und am 2. Juni 1953 einer in Moskau weilenden SED-Delegation übergeben wurde.⁴⁰ Das war eine überraschende Wendung innerhalb weniger Tage. Wie sie zustande kam und was wirklich durch das Politbüro in Moskau „gebilligt“ wurde, ging nicht aus der Verfügung hervor. Völlige Klärung dieser Frage bringt auch nicht die offizielle Moskauer Antwort, die nach der Verabschiedung durch das Politbüro von Außenminister Vyšinskij am 8. Juli 1952 nach Karlshorst geschickt wurde.⁴¹ Sie beruhte zwar auf der Vorlage der Außenpolitischen Kommission, unterschied sich jedoch erheblich von dieser. Das Telegramm Vyšinskij's hatte folgenden Inhalt:

„Berlin
an Čujkov, Semenov, Il'ičev

Übermitteln Sie Pieck, Grotewohl und Ulbricht die beigefügte Antwort des ZK der KPdSU(B) auf die Fragen, die von ihnen im Brief an den Genossen Stalin dargelegt worden sind.

«An die Genossen Pieck, Grotewohl und Ulbricht.

Wir sind einverstanden mit der Einschätzung, die Sie im Entwurf des Referats auf der zweiten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Fragen der Entwicklung der SED, der Beurteilung der Regierung Adenauer und des heutigen Stadiums der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik gegeben haben.

Zugleich glauben wir, daß es aus taktischen Erwägungen zweckmäßig wäre, zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Erklärung darüber abzugeben, daß die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Volksdemokratie ist.

Dadurch soll verhindert werden, daß die Massenbasis der Bewegung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands eingeschränkt wird. Vorläufig könnte man sich im Referat auf den Hinweis beschränken, daß sich die volksdemokratischen Grundlagen des Staatsaufbaus der Deutschen Demokratischen Republik beständig festigen, und zur weiteren Festigung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien aufrufen.

ZK der KPdSU(B)

8. Juli 1952»

Telegraphieren Sie die Ausführung.

Vyšinskij⁴²

Ulbricht hielt sich in seinem Referat vor den Delegierten der Parteikonferenz inhaltlich und selbst sprachlich peinlich genau an diese Hinweise und sagte in den entsprechenden

⁴⁰ Der Text des Dokuments vom 2. 6. 1953 in: W. Otto, Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED, in: Utopie kreativ Nr. 149, März 2003, S. 213–217, zit. S. 214.

⁴¹ RGASPI, f. 17, op. 163, d. 1625, l. 24. Vgl. Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b), S. 909. Wer die genaue Chronologie der Vorgänge rekonstruieren will, sollte beachten, daß die Entscheidung des Politbüros des ZK der KPdSU am späten Abend des 7. 7. fiel, aber auf den 8. 7. datiert wurde. Semenovs Schreiben mit dem übersetzten Redeentwurf Ulbrichts, abgesandt am 7., angekommen am 8. 7., kam also zu spät, um bei der Entscheidung eine Rolle zu spielen.

⁴² RGASPI, f. 17, op. 163, d. 1625, l. 25.

Ausführungen zum Aufbau der DDR seit 1945: „Die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht werden ständig gefestigt. Dazu trägt die weitere Festigung des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien bei.“⁴³ Aber Ulbricht hielt sich offenbar auch an Hinweise, die nicht in dem Telegramm vom 8. Juli aus Moskau standen. Denn nicht nur die Charakterisierung der DDR als Volksdemokratie fiel den von Moskau geltend gemachten „taktischen Erwägungen“ zum Opfer, sondern ganz offenkundig auch die Verkündung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft“. Dies ist um so bedeutsamer, als Ulbricht sie in seiner „Bemerkung“ zum Beschluß-Entwurf auf der ZK-Sitzung am Abend vor der Eröffnung der Parteikonferenz noch als einen wichtigen Programmpunkt verkündet hatte, über den die „Genossen in den Bezirken und Kreisen [...] schon vor einiger Zeit [...] informiert worden“ seien.⁴⁴

Der Wortlaut des Moskauer Antwort-Telegramms vom 8. Juli müßte eindeutig als sowjetisches Einverständnis mit der Verkündung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR verstanden werden. Da diese Ulbricht so wichtige Erklärung nicht erfolgte, fragt man sich, wer ihm bzw. der SED-Führung dennoch die Streichung dieser Erklärung mit entsprechender Autorität nahegelegt hat. In Frage kommt eigentlich nur Semenov, „unser Gauleiter in Deutschland“, wie Molotov ihn halb im Scherz, halb im Ernst bezeichnete.⁴⁵ Semenov hatte Ulbrichts Entwurf am 7. Juli mit den Worten nach Moskau weitergeleitet: „Wir haben Ulbricht gegenüber unsere Bemerkungen zu den erwähnten Unterlagen mitgeteilt.“⁴⁶ Über den Inhalt dieser „Bemerkungen“ schwieg er sich jedoch aus. Nach Aussage seiner Memoiren verhielt er sich Ulbrichts politischen Plänen gegenüber allerdings zu dieser Zeit sehr kritisch. Er warf Ulbricht nicht nur Mißachtung der SKK vor, sondern auch den seines Erachtens unangemessenen Versuch, in der DDR „nach dem Vorbild der KPdSU(B) und der Sowjetunion“ vorzugehen. Darüber habe er angeblich auch Stalin informiert.⁴⁷

Ob Stalin das Vorgehen Ulbrichts in diesem Falle ebenso kritisch beurteilte wie Semenov oder ob ihn vor allem das „Geschrei“ um den Sozialismus störte, ist nicht festzustellen. Es könnte jedenfalls durchaus sein, daß der Politische Berater der SKK Ulbricht noch direkt vor Beginn der Parteikonferenz veranlaßte, auf die Erklärung zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR zu verzichten. Auf keinen Fall würde dies jedoch bedeuten, daß Semenov sich über eindeutige Moskauer Anweisungen hinweggesetzt hätte. Dazu fehlte es ihm nicht nur an Macht, sondern er wäre im Interesse der Selbsterhaltung nicht einmal auf die Idee dazu gekommen. Der ganze Vorgang bestätigt vielmehr, daß in Moskau selbst bis zum Beginn der Parteikonferenz keine Klarheit über den in der DDR einzuschlagenden Kurs bestand und daß Semenov, wenn er es denn war, der für das Vorgehen der SED-Führung verantwortlich war, mit irgendwie gearteter Rückendeckung aus Moskau handelte. Denn hinter den „taktischen Erwägungen“, die, beginnend mit dem Moskau-Besuch der SED-Führung im Frühjahr, mehrfach ins Spiel gebracht wurden, um diese zu veranlassen, die DDR als weniger sozialistisch auszugeben, als

⁴³ Protokoll der Verhandlungen, S. 59.

⁴⁴ Otto, Notstand, S. 14.

⁴⁵ Ot Chruščeva do Gorbačeva. Iz dnevnika Črezvyčajnogo i Polnomočnogo posla, zamestitelja ministra inostrannyh del SSSR V. S. Semenova, in: Novaja i novejšaja istorija 2004, Nr. 3, S. 97.

⁴⁶ RGASPI, f. 17, op. 137, d. 890, l. 89.

⁴⁷ Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow, S. 274.

sie es eigentlich schon war, verbargen sich offenbar Differenzen in der Sache selbst, die sich aber nur noch als taktische Argumente legitimieren ließen.

Der Vergleich zwischen dem Entwurf Vyšinskij's für die Antwort an die SED-Führung vom 4. Juli mit dem am 8. Juli abgeschickten Telegramm legt diese Interpretation nahe. Im Antwort-Entwurf vom 4. Juli tauchten noch Zweifel am sozialistischen Charakter der DDR selbst auf; in der endgültigen Antwort vom 8. Juli nicht mehr. Aber die Eindeutigkeit, die in dieser späten Antwort zum Ausdruck kam, ist eine scheinbare, denn sie war dadurch zustande gekommen, daß alle strittigen oder möglicherweise strittigen Aussagen zum Charakter der DDR und entsprechende Empfehlungen radikal gestrichen worden waren. Übriggeblieben war das Einverständnis mit den nicht näher spezifizierten „Einschätzungen“ der SED in Ulbrichts Rede-Entwurf bzw. im Brief des Politbüros der SED von Anfang Juli, die aber trotzdem – und das ist das Erstaunliche – nicht alle auf der Parteikonferenz publik gemacht wurden. Dies gilt besonders für die Formulierungen zu den Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft, die ziemlich genau den Empfehlungen entsprachen, die im Entwurf vom 4. Juli formuliert, aber von Molotov durchgestrichen und in der Antwort des ZK der KPdSU vom 8. Juli ausgelassen worden waren.

Die in Moskau offenkundig herrschende Unklarheit, die in diesen Kehrtwendungen zum Ausdruck kommt, wirkte sich selbstverständlich auch auf die Vorbereitung der Parteikonferenz in Berlin aus. Selbst die Mitglieder des ZK der SED waren bis zum Abend vor Eröffnung der Konferenz nicht über den zu fassenden Beschluß zum Aufbau des Sozialismus informiert, und die Losungen der Konferenz waren nicht, wie bei derartigen Anlässen sonst üblich, im voraus veröffentlicht worden. Erst am 8. Juli 1952 publizierte das „Neue Deutschland“ die entscheidende Losung: „Es lebe die SED, der Vortrupp des deutschen Volkes im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus.“⁴⁸ Die Sache hat auch insofern einen geheimnisvollen Anstrich, als die von der SED-Führung bis zum letzten Moment erwartete Delegation der KPdSU ausblieb und im Grußtelegramm aus Moskau jeglicher Hinweis auf die zentrale Botschaft der Parteikonferenz, den Aufruf zum Aufbau des Sozialismus, fehlte.⁴⁹ Der Leiter der Außenpolitischen Kommission des ZK der KPdSU Grigor'jan hatte die Entsendung einer Delegation, um die von der SED gebeten worden war und die, wie es üblich gewesen wäre, auch die Grußbotschaft verlesen sollte, am 22. Juni in einem Memorandum für Stalin für „zweckmäßig“ erklärt und einen entsprechenden Beschluß vorbereitet.⁵⁰ Es kam jedoch nur zur Entsendung der Grußbotschaft der KPdSU, die zusammen mit der Antwort auf den Brief der SED-Führung vom 2. Juli auf der Sitzung des Politbüros vom 8. Juli 1952 verabschiedet worden war⁵¹, und in der Stalin im Hinblick auf die öffentliche Wirkung in Westdeutschland sogar noch die Erwähnung der führenden Rolle der SED beim Kampf der deutschen Arbeiterklasse für ein einheitliches Deutschland gestrichen hatte.⁵²

⁴⁸ Staritz, Gründung, S. 213; Otto, Notstand, S. 4 f., 10.

⁴⁹ Protokoll der Verhandlungen, S. 7-9; Otto, Notstand, S. 11; Staritz, Gründung, S. 214.

⁵⁰ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1185, ll. 115 f.

⁵¹ RGASPI, f. 17, op. 163, d. 1625, l. 26.

⁵² Im Entwurf der Außenpolitischen Kommission hatte es im letzten Absatz der Grußbotschaft geheißen (Stalins Streichung kursiv): „Wir geben der tiefen Überzeugung Ausdruck, daß die Arbeiterklasse und alle Werktätigen Deutschlands unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei die erfolgreiche Erfüllung der historischen Aufgabe erreichen werden, ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland zu schaffen.“ Ebenda, l. 27. Vgl. Protokoll der Verhandlungen, S. 8.

Die SED-Führung suchte das Dilemma, in das sie durch das unangekündigte Fernbleiben der KPdSU-Delegation gestürzt wurde, dadurch zu lösen, daß sie die Grußbotschaft in der Konferenzinszenierung wie eine Delegation behandeln ließ: Im Rahmen der Begrüßung der zahlreichen Delegationen von Bruder-Parteien wurde sie von Wilhelm Pieck durch Verlesen des Textes und den stehend dargebrachten „lang anhaltenden Beifall“ der Konferenzteilnehmer gleichsam als erste vor den übrigen 23 Delegationen begrüßt. Das Fehlen einer offiziellen sowjetischen Parteidelegation wurde geradezu als nicht erwähnenswerte Selbstverständlichkeit behandelt. Dennoch blieb das Moment der Distanzierung, das darin ebenso wie in der Nichterwähnung der Hauptlosung der Parteikonferenz in der Grußbotschaft lag, nicht unbemerkt und hat unter zeitgenössischen Beobachtern wie in der Historiographie zu unterschiedlichen Vermutungen und Spekulationen über das Zustandekommen der Beschlüsse der II. Parteikonferenz geführt. Einige Autoren meinten sogar, die SED habe eigenmächtig, d.h. ohne das Plazet bzw. gegen den Willen Moskaus den Aufbau des Sozialismus beschlossen oder Stalin gar erpreßt, damit er die öffentliche Ankündigung des „Aufbaus des Sozialismus“ genehmige.⁵³

Manches an den Vorgängen zwischen dem Moskau-Besuch der SED-Führung und der II. Parteikonferenz ist tatsächlich unklar.⁵⁴ Aber man kann davon ausgehen, daß von der SED-Führung nichts, das ideologisch-politisch bedeutsam war, ohne die Sanktion oder zumindest ohne positive Signale sowjetischer Stellen vorgeschlagen wurde. So ist z.B. nach Aussage Valentin Falins die Feststellung, daß in der DDR die „volksdemokratische Staatsordnung“ errichtet worden sei, durch den Stellvertreter des Politischen Beraters I. I. Il'ičev auf einer eigens zur Klärung dieser Frage anberaumten „wissenschaftlich-theoretischen Konferenz“ der SKK getroffen worden.⁵⁵ Der Inhalt des Gesprächs der SED-Führer vom 7. April 1952 bei Stalin und die darauffolgenden Abstimmungsprozesse zwischen SED-Führung, SKK und Moskau machen jedenfalls deutlich, daß von Eigenmächtigkeit der SED keine Rede sein kann, auch wenn deren Führung zweifellos eigene Vorstellungen vom Aufbau der DDR hatte. Von „Erpressung“ Moskaus kann schon ganz und gar nicht die Rede sein. Allem Anschein nach hatte die SED vielmehr Schwierigkeiten, Eindeutiges aus Moskau in Erfahrung zu bringen, und dies lag in erster Linie an der fehlenden Klarheit in Moskau selbst. Sie wiederum eröffnete gewisse Spielräume, die die SED-Führung bzw. Ulbricht nutzen konnten, um die Entwicklung in die Richtung zu drängen, die sie selbst für richtig hielten. Und daß Ulbrichts politische Phantasie auf das Bemühen hinauslief, in der DDR die sowjetischen „Erfahrungen einfach zu kopieren“, wie Semenov es ausdrückte⁵⁶, kann kaum bezweifelt werden. Ihm zumal war es in der SED-Führung ein Bedürfnis, die „frühere Taktik“ der Zurückhaltung im Gebrauch der Macht aufzugeben.

⁵³ Dietrich Staritz, *Das ganze oder das halbe Deutschland? Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der KPD/SED (1945–1955)*, in: Jürgen Weber (Hrsg.), *Die Republik der fünfziger Jahre*, München 1989, S. 123 f.; Loth, *Ungeliebtes Kind*, S. 188 f. Vgl. Bonwetsch/Filitov, *Die sowjetische Politik*, S. 870–872.

⁵⁴ Vgl. auch Otto, *Notstand*, S. 10–12; Scherstjanoi, *Reaktionen*, S. 26.

⁵⁵ Falin gibt leider keinen genaueren Zeitpunkt dafür an: Valentin Falin, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 304.

⁵⁶ Semjonow, *Stalin bis Gorbatschow*, S. 274.

AUFZEICHNUNG des GESPRÄCHS des Gen. J. W. STALIN
mit den Führern des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
W. Pieck, W. Ulbricht und O. Grotewohl
am 1. April 1952⁵⁷

Anwesend: die Gen. Molotov, Malenkov, Mikojan, Bulganin, Semenov (SKK).
Es übersetzt das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Fred Oelßner.

Gen. Pieck sagt, daß es eine Reihe von Fragen gibt, die sie gern mit dem Gen. Stalin besprechen möchten, um größere Klarheit zu erlangen. Die erste Gruppe von Fragen betrifft die Lage in Deutschland, die sich im Zusammenhang mit dem Vorschlag der sowjetischen Regierung zu den Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland einerseits und im Zusammenhang mit der Militärpolitik der Westmächte andererseits ergeben haben. Welche Aufgaben ergeben sich daraus für die SED und die Regierung der DDR? Der Standpunkt des ZK der SED ist im Entwurf der Thesen zur II. Parteikonferenz der SED zum Ausdruck gebracht worden. In einer kurzen Darlegung dieses Standpunkts sagt Pieck, daß die Vorschläge der sowjetischen Regierung zum Friedensvertrag mit Deutschland eine breite Massenbewegung in Deutschland ausgelöst und für die Regierung Adenauer eine schwierige Lage geschaffen haben, was aus der Antwort der Westmächte auf die Note der sowjetischen Regierung ersichtlich sei. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen, zu denen sie gern die Ansicht des Gen. Stalin kennenlernen würden.

Erstens: Wie sind die Perspektiven hinsichtlich des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland; wird eine Konferenz der vier Mächte einberufen; welche Ergebnisse der Konferenz kann man erwarten?

Zweitens: Über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen ohne Einmischung der UNO. Wir müssen für den Kampf um diese Wahlen eine Massenbewegung entfalten und den Sturz der Adenauer-Regierung erreichen.

Drittens: Wie soll die Partei den Kampf in Westdeutschland weiterführen?

Das wichtigste ist gegenwärtig die Erreichung der Einheit der Arbeiterklasse. Das ZK der SED hat vor kurzem an den Parteivorstand der SPD⁵⁸ einen Brief mit einem Vorschlag zum gemeinsamen Handeln in den Fragen der Einheit Deutschlands und des Friedensvertrages gerichtet.⁵⁹ Doch aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch dieser Vorschlag von der rechten Führung der Sozialdemokraten abgelehnt. Eine weitere Aufgabe besteht in der Sammlung der bürgerlichen patriotischen Kräfte. In der nächsten Zeit findet die „Konferenz der Tausend“ unter Teilnahme verschiedener patriotischer Gruppierungen statt.

Gen. Stalin fragt: Im Westen?

Gen. Pieck bestätigt das.

Auf der Konferenz wird ein ständiges Präsidium gewählt, das nach der Konferenz abgestimmte Aktionen im Kampf für die Einheit und den Friedensvertrag organisieren

⁵⁷ AP RF, f. 45, o. 1, d. 303, ll. 147-166. Die Übersetzung gibt alle Eigenarten des Originals (Großschreibungen, Unterstreichungen, Absätze, Tempuswechsel) wieder und versucht nicht, stilistische Glättungen vorzunehmen. Zusätze sind durch eckige Klammern deutlich gemacht. Doppelpunkte wurden dann eingefügt, wenn im Text durch Gedankenstrich nach dem Komma statt der sonst verwendeten Konjunktion „daß“ direkte Rede nahegelegt wird.

⁵⁸ Im Text: an das ZK der SPD.

⁵⁹ Am 24. 3. 1952.

soll.⁶⁰ Das hilft, die Bewegung zu verbreitern. Die entscheidende Frage ist die Stärkung der kommunistischen Partei Deutschlands. Im letzten Jahr hat sie schöne Erfolge im Kampf gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und [im Kampf] für die Einheit Deutschlands errungen. Im Zusammenhang damit entstand die Gefahr des Verbots der KPD durch die Regierung Adenauers. Aber diese Erfolge entsprechen nicht der Verschärfung der Lage in Westdeutschland. Die Wahlen im Südweststaat haben gezeigt, daß die Partei noch nicht das Vertrauen der breiten Massen gewonnen hat. Bei diesen Wahlen hat die KPD sogar prozentmäßig Stimmen verloren.⁶¹ Zum Teil liegt die Ursache dafür darin, daß die Wahlbeteiligung gering war.

Das ZK der SED hat sich bemüht, der KPD durch die Entsendung von Instruktoren und verantwortlichen Funktionären aus der DDR nach Westdeutschland zu helfen. Das Übel liegt darin, daß die KPD nicht genügend [Funktionärs-] Kader hat und daß der vorhandene [Funktionärs-]Kader zur Entfaltung eines breitangelegten nationalen Kampfes nicht genug ausgebildet und vorbereitet ist. Vor kurzem wurde im ZK der SED eine Kommission zur Ausarbeitung eines Programms der KPD gebildet. Dem messen wir große Bedeutung bei, weil die KPD bis heute [noch] kein Parteiprogramm hat und in den Reihen der Partei eine schwankende Haltung in den wichtigsten Fragen des nationalen Befreiungskampfes und der Arbeiterbewegung in Westdeutschland zu beobachten ist. Wir möchten das ZK der KPdSU(B) bitten, uns nach der Fertigstellung des Entwurfs des Programms bei der Schlußredaktion Hilfe zu leisten.

Die zweite Gruppe von Fragen, fährt Gen. Pieck fort, ergibt sich aus den Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Abschluß des „Generalvertrags“ entstehen. Er wird vermutlich im Mai diesen Jahres von den Westmächten und der Bonner Regierung unterzeichnet. Unserer Ansicht nach müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um den Abschluß des „Generalvertrages“ zu verhindern (Streiks, ein „Friedensaufruf“ [verbunden] mit der Sammlung von Unterschriften der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland, die Ausarbeitung eines nationalen Programms im Namen des Präsidiums der „Konferenz der Tausend“). Die Regierung der DDR wird eine Erklärung darüber abgeben, daß sie den Generalvertrag nicht anerkennt. Außerdem ist beabsichtigt, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die die wirtschaftliche Lage Westdeutschlands erschweren (die Einführung einer höheren Gebühr auf den Autobahnen zwischen Westberlin und Westdeutschland⁶², die Schaffung von Erschwernissen im Verkehr zwischen Westberlin und der DDR, die Einführung eines Passierscheinsystems für Reisen von Einwohnern Westberlins in die DDR).

Die dritte Gruppe von Fragen, fuhr Gen. Pieck fort, bezieht sich darauf, welche militärische Verteidigung die Deutsche Demokratische Republik im Hinblick auf die Bedrohung vom Westen schaffen soll. Gegenwärtig gibt es in der DDR die Volkspolizei, doch das ist

⁶⁰ Gemeint ist, wie sich aus anderen Unterlagen ergibt, der „Kongreß für gesamtdeutsche Verständigung – für einen gerechten Friedensvertrag“, vom 30. 3. 1952 in Mönchen-Gladbach, der sich mit einem Aufruf an die beiden deutschen Regierungen wandte, aber nur noch eine Nachfolgekonzferenz hatte: die „Konferenz für deutsche Einigung und nationale Unabhängigkeit“ mit nur rund 800 Teilnehmern am 23. 11. 1952 in Bad Cannstatt, die mit deutlich geringerem publizistischen Aufwand durchgeführt wurde.

⁶¹ Bei den ersten Landtagswahlen vom 5. 3. 1952 im neugebildeten Südweststaat (Baden-Württemberg) erhielt die KPD 4,4% der Stimmen und blieb damit ohne Mandat.

⁶² Am 1. 9. 1951 war von der DDR-Regierung für Westdeutsche und West-Berliner eine Gebühr für die Benutzung der Autobahn Helmstedt-Berlin eingeführt worden.

kein [militärischer] Schutz. Die Polizei ist schlecht bewaffnet und hat schlechte Revolver ohne Patronen.

Gen. Stalin fragt: Was ist denn das für eine Polizei?

Gen. Ulbricht bemerkt, daß es eine solche Polizei in der ganzen Welt nicht noch einmal gibt und daß sie sich nicht einmal selbst vor kriminellen Elementen schützen kann.

Gen. Stalin fragt: Warum?

Sie sind selbst schuld daran, daß eine solche Lage entstanden ist.

Ulbricht sagt, daß die Polizei mit alten deutschen Waffen ausgerüstet ist, für die es nicht die nötige Menge von Patronen gibt, und daß die DDR selbst keine Waffen für die Volkspolizei herstellen darf, weil dies durch Viermächte-Beschlüsse verboten ist.

Gen. Stalin bemerkt: Sie haben Ihre Rechte schlecht verstanden. Sie haben sehr wohl das Recht, Ihre Polizei gut ausgerüstet und ausgebildet zu unterhalten.

Gen. Molotov bemerkt: Und die für sie nötige Bewaffnung herzustellen.

Gen. Stalin betont, daß die DDR für die Volkspolizei Maschinengewehre, Gewehre, Revolver und Patronen herstellen darf. Sie haben [dazu] das volle Recht.

Gen. Pieck sagt, daß das sehr gut ist. Pieck fragt, ob es nötig ist, Schritte zur Schaffung deutscher Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik zu unternehmen.

Gen. Stalin sagt: Sie sollen nicht Schritte unternehmen, sondern Streitkräfte schaffen. Was heißt hier Schritte?

Gen. Pieck sagt, daß man dafür Waffen herstellen muß.

Gen. Stalin bemerkt, daß die Westmächte in Westdeutschland gegen alle [Kontrollrats-] Beschlüsse verstoßen und tun, was ihnen gefällt.

Gen. Pieck sagt, daß sie für den Fall des Aufbaus einer Armee eine entsprechende Propaganda organisieren und auf den Unterschied zwischen der Armee, die sie in Westdeutschland gründen, und der nationalen Armee in Ostdeutschland hinweisen müssen.

Gen. Stalin sagt, daß man die Armee ohne Lärm und Propagandaagitation aufbauen muß. Wenn sie [erst einmal] gegründet ist, dann kann man Geschrei veranstalten.

Gen. Pieck sagt, daß sie für die Demilitarisierung Deutschlands und gegen jegliche Art von Streitkräften Propaganda gemacht hätten. Daher aber sei eine verbreitete pazifistische Haltung entstanden, mit deren Vorhandensein man rechnen muß.

Gen. Stalin bemerkt, daß das zu seiner Zeit nötig war. Jetzt ist das nicht [mehr] nötig.

Gen. Pieck sagt, daß sich das jetzt, bei der Diskussion über die militärischen Aspekte des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages bemerkbar macht. Hier ergeben sich Mißverständnisse.

Gen. Stalin fragt: Mißverständnisse? Was für welche?

Gen. Ulbricht spricht über die Verbreitung pazifistischer Stimmungen in der DDR.

Gen. Stalin fragt: Und wenn man Sie schlägt – werden Sie sich dann verteidigen? Das nennt man dem Bösen nicht mit Gewalt zu widerstehen. Tolstoj hat das gepredigt. Das ist kein Pazifismus – das ist noch schlimmer.

Gen. Pieck sagt, daß es in der DDR eine der wichtigen Aufgaben ist, die demokratische Gesetzlichkeit zu festigen. Neben Erfolgen beim Aufbau ist in der DDR auch eine verstärkte Tätigkeit von Feinden zu beobachten (Kulaken⁶⁹, Kirche). Die Notwendigkeit zu verstärkter Wachsamkeit und Verteidigung der demokratischen Ordnung sollte öffentlich mehr propagiert werden. Es müssen einige öffentliche Prozesse durchgeführt werden, da-

⁶⁹ Siehe Anm. 68.

mit die Menschen wissen, warum Verhaftungen vorgenommen und Urteile verhängt werden. Bisher hat man uns gesagt, daß dies nicht zweckmäßig ist. Doch man muß es tun. Darüber hinaus wäre es zweckmäßig, die Urteile der sowjetischen Militärtribunale in Fällen geringfügiger Vergehen zu überprüfen. Die Gefängnisse der DDR sind gegenwärtig überfüllt. Vielleicht sollte man die Urteile in leichten Fällen überprüfen.⁶⁴

Gen. Stalin fragt: Freilassen?

Gen. Molotov präzisiert: In Fällen leichterer Vergehen.

Gen. Pieck bestätigt das. Dann spricht Pieck über die Notwendigkeit, die Lage der qualifizierten Arbeiter in der DDR durch die Einführung von Lohngruppenkatalogen und die Erhöhung des Lohnes für die qualifizierteren Arbeiter zu verbessern. Wir haben auch die Frage diskutiert, was man für die Arbeiter der Privatunternehmen tun kann.

Gen. Stalin fragt: Ist dort die Lage schlechter?

Gen. Oelßner sagt, daß sie dort erheblich schlechter ist.

Gen. Pieck sagt, daß für Arbeiter in Privatunternehmen geplant ist, Prämien für die Erfüllung von Aufträgen aufgrund von Verträgen mit dem Staat zu zahlen; ferner einen Sozial- und Kulturfonds in Höhe von 3% der Lohnsumme der Arbeiter in Privatbetrieben zu bilden.

Gen. Stalin fragt: Haben Sie nicht daran gedacht, einen Teil oder die Hälfte der Unternehmen zu erhalten, die der Sowjetunion in Deutschland gehören?

Gen. Ulbricht verneint das.

Gen. Stalin präzisiert: Nicht einmal daran gedacht?

Gen. Pieck sagt, daß das zu wünschen wäre.

Gen. Stalin bemerkt: Wir denken daran, der Regierung der DDR die Hälfte der sowjetischen Unternehmen zu verkaufen und in einem Jahr oder etwas später auch die andere Hälfte. Hälfte meinen wir mit Hinblick auf die erzielten Gewinne: Angenommen alle sowjetischen Unternehmen erbringen 800 Mio. Rubel Gewinn im Jahr, dann verkaufen wir Unternehmen, die 400 Mio. Rubel Gewinn im Jahr erbringen.

Gen. Pieck sagt, daß das sehr gut wäre.

Gen. Stalin sagt, daß sie darüber konkret sprechen müssen. Wir schlagen vor, daß Sie einen Teil in Mark und den anderen Teil in Waren bezahlen. Dann haben Sie viele Arbeiter im staatlichen Sektor.⁶⁵

Gen. Pieck sagt, daß das sehr gut ist. Dann spricht Pieck darüber, daß viele Intelligenzangehörige aus der DDR in den Westen fliehen.

Gen. Stalin wirft ein: Sie müssen Ihre eigne Intelligenz schaffen.

Gen. Oelßner bemerkt, daß das in der DDR bereits geschieht.

Gen. Pieck sagt, daß sie mit Ingenieuren und Technikern individuelle Verträge schließen wollten. Das ist schon lange beschlossen, aber nicht in die Tat umgesetzt worden. Im alten Deutschland stand der Lohn eines Arbeiters zu dem eines Ingenieurs im Verhältnis 1:2,5, doch jetzt in der DDR wie 1:1,7. Schlecht steht es um das System der Belohnung von Erfindungen und Patentanmeldungen und um die technische Literatur.

Gen. Stalin fragt genauer: Mit der Herausgabe? Wird zu wenig verlegt?

⁶⁴ Die in DDR-Strafvollzug übergeführten SMT-Verurteilten unterlagen weiterhin der Rechtsprechung der UdSSR.

⁶⁵ Mit dem Übergang von 66 Sowjetischen Aktiengesellschaften in den Besitz der DDR am 28. 4. 1952 wurde diese Abrede verwirklicht. Sie wurden zu „Volkseigenen Betrieben“.

Gen. Oelßner bejaht das und fügt hinzu, daß Ingenieure und technische Intelligenz auch aus dem Ausland zu wenig technische Literatur erhalten.

Gen. Pieck spricht über die Notwendigkeit, die Arbeit des Staatsapparats der DDR zu verbessern. Es gibt sehr wenig Verantwortungsbewußtsein und Initiative. Es muß eine strenge Ausführungskontrolle eingeführt und der dafür notwendige [Behörden-]Apparat beim Ministerrat der DDR geschaffen werden. Darüber wird Grotewohl sprechen. Wir glauben, fährt Pieck fort, daß Fragen der Außenpolitik direkt unter die Leitung des Politbüros des ZK der SED gehören. Bisher hat sich mit diesen Angelegenheiten vor allem das Außenministerium befaßt, doch das hat bislang zu nichts geführt.

Gen. Stalin bemerkt, daß Geheimnisse nicht gewahrt werden, falls nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Gen. Pieck spricht über die Notwendigkeit wirtschaftlicher Hilfe seitens der Sowjetunion für die DDR. Das Wirtschaftsjahr 1952 hat für die DDR schlechter begonnen als das Jahr 1951. Und die Aussichten sind nicht sehr gut. Wir bitten um Hilfe im Hinblick auf fünf Punkte, über die Grotewohl berichten wird.

Das sind die allgemeinen Fragen.

Gen. Pieck geht zur Lage in der Partei über und sagt, daß vor kurzem das achte Plenum des ZK der SED stattgefunden und sich hauptsächlich mit Fragen des Kampfes gegen den Bürokratismus und der Stärkung der Arbeit der unteren Parteiorganisationen und der Staatsorgane befaßt hat.⁶⁶

Gen. Stalin fragt: Werden die Parteimitglieder bei Ihnen sorgfältig registriert? Wieviele Mitglieder hat die Partei?

Gen. Pieck antwortet: 1,153 Millionen.

Gen. Stalin fragt: Weniger, als es im letzten Jahr waren?

Gen. Ulbricht sagt, daß es beträchtlich weniger sind, weil eine Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten durchgeführt wurde und für die Dauer der Überprüfung im Laufe eines Jahres keine Parteiaufnahmen stattfanden.

Gen. Pieck sagt, daß die Partei 1,153 Mio. Mitglieder und 102 000 Kandidaten hat. Frauen stellen 23% der Mitglieder und Kandidaten, Arbeiter an der Werkbank⁶⁷ 42,4%, Angestellte 27,2%, Bauern 5%, Intelligenzangehörige 4,3%, Nichtarbeitende 16,1% und andere.

Gen. Stalin fragt: Gibt es bei Ihnen Arbeitslosigkeit?

Gen. Pieck antwortet verneinend.

Gen. Ulbricht sagt, daß es [doch] Arbeitslosigkeit gibt. Sie beginnt im Zusammenhang mit dem Auftreten von Rohstoffschwierigkeiten. Im Textilbezirk Cottbus müssen z.B. ungefähr eintausend Arbeiter entlassen werden.

Gen. Stalin fragt: Wie verhalten sich die Bauern zur [neuen] Macht?

Gen. Pieck sagt, daß die mittleren und kleinen Bauern der Macht bejahend gegenüberstehen und ihre Pflichten gegenüber dem Staat erfüllen. Anders verhalte es sich mit den Kulaken⁶⁸, die in diesem Jahr die landwirtschaftlichen Lieferungen sabotieren und sogar beginnen, terroristische Akte gegen dörfliche Parteiaktivisten zu begehen. Auf diese Weise leistet das Kulakentum Widerstand.

⁶⁶ Das ZK-Plenum fand vom 21.-23. 2. 1952 statt.

⁶⁷ Gemeint: tatsächlich als Arbeiter, nicht als Funktionäre tätige Arbeiter.

⁶⁸ Eine der sowjetischen Kategorien zur sozialen Klassifizierung der Bauern: Kulaken oder Großbauern, d.h. in klassenmäßiger Hinsicht die „Dorfbourgeoisie“ (kulaki, zažitočnye), Mittelbauern (serednjaki) und [Dorf-] Armut ([derevenskaja] bednota).

Gen. Stalin sagt, daß dies natürlich ist.

Gen. Pieck spricht über große Mängel in der Partearbeit der SED auf dem Dorf. Die Stützpunkte unserer Politik auf dem Dorf sind die Maschinen-Ausleihstationen (MAS)⁶⁹.

Gen. Stalin fragt: Und Kolchosen gibt es?

Nach der verneinenden Antwort fragt Gen. Stalin: Weshalb gibt es [dann] MAS in der DDR?

Gen. Pieck antwortet, daß der Zweck der MAS in der DDR darin besteht, die arme und mittlere Bauernschaft vom Einfluß der Kulaken zu befreien.

Gen. Stalin fragt: D.h. die MAS erbringen Dienstleistungen für private Wirtschaften? Die Bauern wenden sich um Hilfe an die MAS? Sie bringen den privaten Bauern Nutzen?

Gen. Ulbricht bestätigt das und sagt, daß es nötig ist, noch mehr Maschinen-Ausleihstationen zu gründen.

Gen. Stalin fragt: Wie wird die Arbeit der MAS bezahlt – in Naturalien oder in Geld?

Gen. Pieck sagt, daß sie mit Geld bezahlt werden und betont die Bedeutung der MAS für die politische Beeinflussung der ländlichen Bevölkerung.

Gen. Stalin fragt: Gibt es viele MAS in der DDR?

Gen. Ulbricht nennt die Zahl von 540 MAS und bemerkt, daß das Netz der MAS auf 600 ausgeweitet werden muß.

Gen. Pieck spricht über die komplizierte Lage, die sich in Berlin aufgrund der Spaltung der Stadt in zwei Teile ergeben hat. Die Amerikaner versuchen, gestützt auf Westberlin, in der DDR eine Zersetzungspolitik zu verwirklichen. In Westberlin konzentriert sich die Reaktion. Dort werden viele reaktionäre Zeitungen verlegt, es gibt drei große Rundfunksender, deren Arbeit auf die DDR gerichtet ist und die eine große Hetze gegen die demokratische Ordnung betreiben. Die Berliner Sozialdemokraten treten für die Abhaltung separater Wahlen in Berlin ein und versuchen, ihren Einfluß auf ganz Berlin auszudehnen. Was die Zahl der Parteimitglieder in Berlin betrifft, so hat die SED 39 700 und die SPD 34 000, aber die Sozialdemokraten haben den ganzen Verwaltungsapparat in ihrer Hand.

Gen. Stalin fragt: Hat die Sozialdemokratische Partei viele Mitglieder in Ostberlin?

Gen. Ulbricht antwortet, daß es sehr wenige sind.

Gen. Pieck sagt, daß die SPD in Berlin seit 1948 6 000 Mitglieder verloren hat und daß die Massen mit ihrer Politik unzufrieden sind.

Zum Abschluß drückt der Gen. Pieck dem Gen. Stalin Dankbarkeit für die Hilfe für das deutsche Volk aus, besonders für den vorgelegten Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages⁷⁰ und für die Entsendung von Spezialisten in die DDR als Hilfeleistung. Gen. Pieck sagt, daß er [auch] noch der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin und den Gen. Čujkov und Semenov für die Hilfe danken möchte, die sie der Führung des ZK der SED bei ihrer Arbeit ständig erwiesen haben.

Danach spricht der Gen. Grotewohl. Er erklärt, daß der Staatsapparat der DDR mit dem Tempo und Elan des kulturellen und wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR nicht Schritt hält. Der Hauptfehler liegt darin, daß wir die Struktur des Weimarer Staatsapparats ohne ernsthafte Korrekturen übernommen haben. Infolge der strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft (Bodenreform und Planwirtschaft) sind dem Staat in der DDR völlig neue Aufgaben zugewachsen. Das Wachstum der volkseigenen Industrie, die Festigung des

⁶⁹ 1949 nach dem Vorbild der sowjetischen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) gegründete Einrichtung.

⁷⁰ Die sowjetische Deutschland-Note („Stalin-Note“) vom 10. 3. 1952.

Planprinzips in der Wirtschaft, die Entwicklung des Wettbewerbs bei der Arbeit, die Einführung technischer Normen, der Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Qualität der Produktion, die Einführung von Kollektivverträgen in den Betrieben, die Einführung des Vertragssystems und der wirtschaftlichen Rechnungsführung – [alles] hat derart neue Probleme in der Wirtschaft aufgeworfen, daß damit auch eine beträchtliche Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter verbunden war. Selbstverständlich gibt es bei uns auch im Wirtschaftsapparat Fehler, doch neue Methoden haben dort stärker Fuß gefaßt als in der Staatsverwaltung. Wir haben nach der Gründung der DDR versucht, uns den neuen Aufgaben anzupassen (in der Weimarer Republik gab es 14 Ministerien, jetzt sind 25 gebildet worden), doch es ist noch nicht gelungen, die wirkliche Koordination der Ministerien und Behörden und ihrer entsprechenden Leitung zu erreichen. Der Apparat ist mehr in die Breite als in die Tiefe gewachsen. Mängel gab es auch bei der Verteilung der Aufgaben zwischen der Regierung und dem Parteiapparat. Das hat zu Parallelismus und Widersprüchen in der Arbeit geführt. Im Staatsapparat gibt es viel Formalismus und aufgeblasenes papierenes Rechenschaftswesen. Unsere Vorschläge haben zum Ziel, eine wirklich sachliche Kontrolle zu schaffen und eine qualifizierte Vorbereitung der Beschlüsse sicherzustellen. Wir beabsichtigen, dazu einen speziellen Apparat beim Ministerrat der DDR zu schaffen. Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und [zugleich] stellvertretender Ministerpräsident Rau wird von seinen Verpflichtungen als Vorsitzender der staatlichen Plankommission befreit werden. Ihm wird die [Aufgabe der] Koordination aller Wirtschaftsfragen in Industrie, Transportwesen und Landwirtschaft übertragen. Der Minister für Volksbildung Wandel wird zum Vertreter des Ministerpräsidenten ernannt werden – freigestellt für die Aufgabe, die Fragen der Wissenschaft, Volksbildung und Kunst zu koordinieren. Es wird ein Staatssekretariat zu Leitung der örtlichen Machtorgane gebildet werden. Diese drei Genossen werden unmittelbar dem Politbüro des ZK der SED unterstellt sein und in den entsprechenden Zweigen alle vorbereitenden Aufgaben durchführen. Die Arbeit der Regierung wird enger an die Führung der Partei gebunden. Außerdem wird beim Politbüro des ZK der SED eine außenpolitische Abteilung geschaffen, deren Leitung die Arbeit des Außenministeriums unterstellt wird.

Gen. Stalin fragt Grotewohl: Wieviele Stellvertreter haben Sie?

Gen. Grotewohl antwortet, daß er fünf Stellvertreter hat.

Gen. Stalin fragt, womit befassen die sich?

Gen. Grotewohl sagt, daß zwei der fünf Stellvertreter Repräsentanten der bürgerlichen Parteien sind und daß man froh sei, daß sie mit gar nichts befaßt seien.

Gen. Stalin fragt, womit ist Ulbricht befaßt?

Gen. Grotewohl antwortet, daß Ulbricht mit sehr vielen Fragen der Regierungsarbeit befaßt ist. Sie betreffen Jugendfragen, Sport u.a.m. Er ist insgesamt für die Verbindung zwischen der Regierung und der Partei zuständig.

Gen. Stalin fragt: Aber wenn der erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten nur für die Industrie zuständig sein und ihre Arbeit koordinieren wird?

Gen. Grotewohl sagt, daß sie beabsichtigen, gerade diese Aufgabe Rau zu übertragen.

Gen. Stalin spricht darüber, daß es nötig sei, außer den Ministern auch stellvertretende Ministerpräsidenten zu haben und die Arbeit zwischen ihnen so aufzuteilen, daß jeder von ihnen für einen bestimmten Bereich verantwortlich ist.

Gen. Grotewohl sagt, daß sie mit ihren Reorganisationsplänen genau von diesem Gedanken ausgingen. Allerdings wird die Lösung dieser Aufgabe durch die Existenz des Blocks

der Parteien erschwert. Bei der Schaffung neuer Positionen muß die Notwendigkeit berücksichtigt werden, den bürgerlichen Parteien etwas zuzuweisen. Doch mit der Weiterentwicklung unserer Aufgaben wird es immer schwerer, irgendein Ministerium Vertretern der Bourgeoisie zu überlassen.

Gen. Stalin fragt: Was fordern die bürgerlichen Parteien?

Gen. Ulbricht antwortet, daß sie Posten haben und ein ruhiges Leben führen wollen.

Gen. Stalin sagt, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß man nicht allein mit Hilfe von Ministern leiten kann. Neben den Ministern benötigt man stellvertretende Ministerpräsidenten, die für eine bestimmte Gruppe von Ministerien zuständig sind. Was die Leitung betrifft, so geht es einfach nicht anders.

Gen. Grotewohl sagt, daß in der DDR die Aufgabe darin besteht, solche Gruppen zu bilden, dabei aber nichts den Vertretern der Bourgeoisie zu geben. Letztere stören nur, wenn man in Betracht zieht, daß es nötig ist, Fragen hinsichtlich der Armee, der Bewaffnung usw. zu entscheiden.

Gen. Stalin fragt, gibt es in der DDR ein Verteidigungsministerium, und wer leitet die Polizei?

Gen. Ulbricht antwortet, daß formell das Innenministerium der DDR die Polizei leitet, daß es dort aber einen besonderen Staatssekretär für Fragen der Polizei gibt, der de facto dem Innenministerium nicht unterstellt ist.

Gen. Stalin interessiert sich dafür, wer Innenminister der DDR ist.

Gen. Ulbricht antwortet, daß es Steinhoff⁷¹ ist – ein sehr friedlicher Mensch.

Gen. Stalin fragt: Können Sie keinen kämpferischen Menschen mit diesem Posten betrauen, [z.B.] einen Militärangehörigen?

Gen. Ulbricht sagt, daß dies nötig ist.⁷²

Gen. Stalin bemerkt, daß auch die Polizei friedlich sein wird, wenn der Minister friedlich ist. Vielleicht sollte man kein Verteidigungsministerium, sondern beim Innenministerium eine Keimzelle [eines solchen Ministeriums] errichten.

Gen. Ulbricht sagt, daß der Teil der Polizei, der [de facto] die Streitkräfte darstellt, nur formell dem Innenministerium der DDR unterstellt ist, faktisch aber unmittelbar dem Staatssicherheitsministerium der DDR und dem Ministerpräsidenten unterstellt ist.

Gen. Stalin sagt, daß es in diesem Falle besser ist, eine solche Keimzelle beim Staatssicherheitsministerium zu bilden.

Gen. Ulbricht drückt [seine] Zustimmung aus.

Gen. Grotewohl spricht darüber, daß es in der DDR eine Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten gibt, die sie alleine nicht lösen können. Sie bitten deshalb in folgenden Punkten um Hilfe:

a) Roheisen: 25 000 t mehr als gemäß dem langfristigen Abkommen (begründet das Ansuchen mit statistischen Angaben).

Gen. Stalin bemerkt, daß man das geben könne.

Gen. Grotewohl spricht über die Notwendigkeit der Gewährung eines kurzfristigen Kredits in Höhe von 2,5 Mio. Dollar zum Kauf einer Röhrenwalzstraße aus Westdeutschland aufgrund des großen Mangels an nahtlosen Röhren (es fehlen 19 000 t).

⁷¹ Karl Steinhoff, 1949–1952 Innenminister der DDR.

⁷² Am 22. 4. 1952 bestimmte das Politbüro der SED, am 9. 5. 1952 der Ministerrat der DDR Willi Stoph zum Nachfolger Steinhoffs.

Gen. Stalin sagt, daß der Kredit gewährt werden kann, und fragt, wieviele nahtlose Röhren sie haben wollen.

Gen. Grotewohl antwortet, daß sie damit rechnen, ohne Röhren[-Lieferungen] auszukommen, wenn sie die Röhrenwalzstraße erhalten und diese im IV. Quartal mit dem Walzen von Röhren beginnt.

Auf die Frage des Gen. Stalin antwortet Gen. Semenov, daß die DDR nach den Berechnungen der SKK auch im Falle der Lieferung des Röhrenwalzwerks ein Defizit an nahtlosen Röhren haben wird und daß die DDR gegenwärtig Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und Ungarn darüber führt, ob diese Länder möglicherweise Aufträge zur Herstellung von 19 000 t Röhren aus vorhandenen Röhrenhalbprodukten der DDR annehmen.

Gen. Grotewohl sagt, daß die DDR [auch] im Falle der Lieferung der Walzstraße 1952 einen ungedeckten Bedarf an nahtlosen Röhren im Umfang von ca. 14 000 t hat.

Gen. Stalin fragt den Gen. Mikojan, ob diese Menge überlassen werden kann.

Gen. Mikojan sagt, daß das schwierig wird.

Gen. Stalin sagt, daß alles, was möglich ist, zur Verfügung gestellt wird. Der Kredit in Höhe von 2,5 Mio. Dollar wird gewährt, wann sie wollen – wenn nötig, morgen.

Gen. Malenkoy fragt: Wo befindet sich die Walzstraße – in Westdeutschland?

Gen. Grotewohl antwortet, daß die Walzstraße in Westdeutschland hergestellt, aber schon von dort ausgeführt wurde und über England und die Schweiz in die DDR geliefert werden soll.

Gen. Grotewohl bittet um die Verkürzung der Lieferfristen für die Grobbleche, die für den Schiffbau benötigt werden, und zwar [bittet er,] von den in der UdSSR gekauften 72 000 t Grobblechen bis Ende April 32 000 t und bis Ende des III. Quartals 1952 40 000 t [zu liefern].

Gen. Mikojan sagt, daß das schwierig wird und daß die Industrie der DDR [schließlich] auch im IV. Quartal Grobbleche benötigt. Er schlägt die Lieferung von 21 000 t bis Ende April, von 30 000 t im III. Quartal und von 21 000 t im IV. Quartal vor.

Gen. Grotewohl sagt, daß sie das gern anders hätten.

Gen. Stalin bemerkt, daß dies in den gegenwärtigen Handelsgesprächen geklärt werden muß.

Gen. Ulbricht sagt, daß sie dort [schon] wochenlang gesprochen haben, daß aber nichts erreicht worden sei.

Gen. Stalin fragt nach: Mit wem wurden die Verhandlungen geführt?

Gen. Ulbricht verweist auf das Außenhandelsministerium der UdSSR.

Gen. Stalin sagt, daß man Industriespezialisten hinzuziehen wird. Es kann sein, daß geliefert werden kann. Doch vorerst kann nichts gesagt werden. Wenn die deutsche Handelsdelegation jetzt in Moskau ist, dann soll sie darüber sprechen.

Gen. Grotewohl sagt, daß dies der schwierigste Punkt ist. Es hat große Fehler bei der Verteilung des von der UdSSR [in die DDR] ausgeführten Metalls gegeben. Verantwortliche Vertreter der DDR haben mit der Verwaltung für Sowjetisches Vermögen in Deutschland⁷³ ein Abkommen über die Übergabe von 70% des Metalls an sowjetische Betriebe in Deutschland geschlossen. Wir haben dieses Abkommen nicht anerkannt und eine genaue Überprüfung des Verbrauchs gefordert. Wir wissen, daß die sowjetischen Betriebe in ihren Lagern in der DDR mehr Rohstoff liegen haben, als sie benötigen.

⁷³ Im Text die entsprechende sowjetische Abkürzung USIG.

Gen. Ulbricht sagt, daß in dieser Frage die Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen und den volkseigenen Betrieben in der DDR nicht ganz funktioniert. Die sowjetische Werft „Neptun“ ist mit Grobblechen [bereits] für das ganze Jahr versorgt, und das, was sie jetzt aus der UdSSR erhält, geht ins Lager. Die volkseigene Werft in Stralsund ist [dagegen] nicht ausgelastet, obwohl sie ebenfalls für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen arbeitet.

Gen. Stalin fragt, warum sie darüber bis heute nicht gesprochen haben. Mit wem haben Sie gesprochen?

Gen. Ulbricht sagt, daß sie darüber mit der Leitung der Verwaltung für Sowjetisches Vermögen in Deutschland und in Karlshorst gesprochen haben.

Gen. Semenov gibt die Auskunft, daß dieses Problem erstmals am 19. März d. J. gegenüber der Führung der SKK aufgeworfen und eine Kommission zur Prüfung der Sache gebildet wurde.

Gen. Stalin fragt Ulbricht: Konnten sie nicht einen Brief nach Moskau schreiben?

Gen. Ulbricht sagt, daß sie, wie gewöhnlich, diese Frage an Ort und Stelle klären wollten.

Gen. Stalin verweist darauf, daß sie sich an das ZK der KPdSU(B) wenden sollen, wenn sie unzufrieden sind. Und diesem Ansuchen muß man zu Lasten der sowjetischen Unternehmen in Deutschland stattgeben. Die Frage muß hier in Moskau entschieden werden und nicht in Berlin. Die Bitte muß erfüllt werden.

Gen. Grotewohl bittet um die Lieferung von 7 000 t Blei an die DDR.

Gen. Stalin fragt: Wieviel gibt man Ihnen?

Gen. Grotewohl sagt, daß man ihnen bislang überhaupt nichts gibt.

Gen. Mikojan gibt die Auskunft, daß das Außenhandelsministerium der Regierung das Ergebnis der Gespräche mit der Handelsdelegation der DDR noch nicht vorgelegt hat und über diese Frage noch nicht entschieden worden ist.

Gen. Stalin fragt Grotewohl: Reichen 5 000 t Blei?

Gen. Grotewohl bittet um 7 000 t.

Gen. Stalin sagt, daß wir es geben werden. Die Chinesen haben viel gekauft. Sie sind früher als Sie gekommen und haben es gekauft.

Gen. Grotewohl bittet um die Lieferung von 10 000 t Kupfer.

Gen. Stalin antwortet, daß das sehr schwierig ist, aber daß wir es geben werden.

Gen. Grotewohl sagt, daß sie sich ohne Kupfer nicht bewaffnen können.

Gen. Stalin sagt: Wir geben es.

Gen. Grotewohl dankt.

Gen. Stalin bemerkt, daß wir doppelt soviel geben würden, wenn wir könnten. Und die „Neptun-Werft“ verkaufen wir Ihnen mit allen Metallvorräten.

Gen. Stalin fragt: Hat man in der DDR nicht Eisenerzvorkommen entdeckt?

Gen. Ulbricht antwortet, daß der größte Teil des Metalls der DDR aus örtlichen Vorkommen schlechter Erze hergestellt wird.

Gen. Stalin fragt, ob es Hochöfen in der DDR gibt.

Gen. Ulbricht antwortet, daß Hochöfen errichtet werden, aber schlecht, und daß das Kombinat „Ost“⁷⁴ [deshalb] ernste Anfangsschwierigkeiten durchmacht.

⁷⁴ Das im Zuge des 1. Fünfjahrplans 1950–1955 bei Fürstenberg/Oder errichtete, zeitweise nach Stalin benannte Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) im heutigen Eisenhüttenstadt.

Gen. Stalin bemerkt, daß wir früher den Aufbau der Hüttenindustrie immer bei den Deutschen gelernt haben. Wie konnte es dazu kommen, daß Sie keine Hochöfen errichten können?

Gen. Ulbricht verweist auf den Mangel an Spezialisten. Alle Fachleute für Hüttenwesen sitzen jetzt im Westen.

Gen. Stalin sagt, daß das gut ist. Jetzt können Sie endlich Ihre eigene Ingenieurintelligenz schaffen.

Gen. Ulbricht bittet um die Gewährung sowjetischer technischer Hilfe für die Unternehmen der DDR durch die Entsendung sowjetischer Spezialisten – z.B. in das Panzerreparaturwerk usw.

Gen. Molotov fragt: Hat man in Deutschland keine Panzer gebaut?

Gen. Ulbricht antwortet, daß alle Panzerwerke gesprengt wurden. Die Entmilitarisierung wurde so gründlich durchgeführt, daß bei ihnen nichts übriggeblieben ist.

Gen. Stalin erzählt, daß die Amerikaner, als die sowjetischen Truppen auf Berlin marschierten, das sowjetische Oberkommando um Erlaubnis baten, das deutsche Territorium bis zu 10 km westlich der sowjetischen Frontlinie bombardieren zu dürfen. Wir haben anfangs den Sinn der Sache nicht verstanden und haben den Amerikanern gesagt, daß sie das nicht tun sollten, denn da sind Truppen. Aber die Amerikaner baten dennoch weiterhin um Erlaubnis zur Bombardierung. Dann wurde uns klar, daß sie deutsche Werke zerstören wollten. Wir haben geantwortet, daß wir die Bombardierungen nicht zulassen können. Sie haben trotzdem Bomber geschickt, und wir haben ihnen sowjetische Jagdflugzeuge entgegengeschickt. Diese haben einige amerikanische Bomber abgeschossen, und sie haben kehrtgemacht. Die Zerstörung der Fabriken hat schon während des Krieges begonnen. Jetzt wollen wir die Werke aufbauen.

Gen. Stalin sagt, daß wir der DDR gern technische Hilfe leisten werden, weil Sie sie sich schnell aneignen – nicht so, wie im Falle Chinas, wo die Sache beträchtlich länger braucht.

Gen. Ulbricht bemerkt, daß in der DDR nichtsdestoweniger nicht wenige Dummheiten gemacht wurden.

Gen. Stalin sagt, daß nur derjenige keine Fehler macht, der nicht arbeitet.

Gen. Ulbricht bittet, und zwar gegen kurzfristigen Kredit, um die Lieferung von Mähreschern für die Landwirtschaft, Betonmischmaschinen, Kränen, Kohleabbaumaschinen und anderen Ausrüstungen für die Kohleindustrie.

Gen. Stalin drückt sein Einverständnis aus und schlägt vor, drüber konkret zu verhandeln.

Gen. Ulbricht bittet um wissenschaftliche Hilfe für die DDR durch die Entsendung von sowjetischen Spezialisten für Philosophie und Naturwissenschaften zur Durchführung von Vortragsreihen in Universitäten und Parteischulen.

Gen. Stalin verspricht die Hilfe zu leisten, soweit möglich.

Gen. Ulbricht kommt zu der von Gen. Pieck aufgeworfenen Frage zurück, öffentliche Gerichtsverfahren gegen Saboteure und Agenten der westlichen Geheimdienste durchzuführen, die Brandstiftung, Sabotage und Attentate gegen Parteiarbeiter der DDR verüben.

Gen. Stalin spricht darüber, daß es nötig ist, öffentliche Prozesse zu veranstalten und die Arbeiterklasse in kämpferischem Geist zu erziehen.

Gen. Molotov spricht über die Notwendigkeit, ein Passierscheinsystem für Reisen von Einwohnern Westberlins auf dem Gebiet der DDR einzuführen. Kann man denn die Bewegungsfreiheit westlicher Agenten in der Republik dulden?

Gen. Ulbricht sagt, daß Konterbande zur Zeit fast völlig offen aus der DDR nach Westberlin geht und daß die Polizei nicht einmal auf die Täter schießen kann, weil sie keine Patronen hat.

Gen. Molotov sagt, daß das unmöglich ist.

Gen. Stalin bemerkt, daß das sich nicht gehört. Das kann man einfach nicht dulden.

Gen. Stalin fragt: Gibt es in der DDR einen Grenzschutz?

Gen. Ulbricht antwortet, daß der Grenzschutz schwach ist, daß man ihn verstärken, den Militärorganen unterstellen und zugleich eine entsprechende militärische Ausbildung einführen muß.

Gen. Stalin stimmt zu.

Gen. Stalin sagt, daß sie auf die Fragen der Lage in Westdeutschland und seinen Perspektiven sowie des Generalvertrags während des zweiten Treffens zurückkommen können.

Gen. Pieck ist einverstanden.

Gen. Ulbricht bittet, die Führer der SED mit der Arbeit des Gen. Stalin zu Fragen der Politökonomie bekanntzumachen.

Gen. Stalin gibt seine Zustimmung und betont, daß diese Arbeit nicht zur Veröffentlichung vorgesehen ist. Bei uns hat es eine Diskussion zu wirtschaftlichen Fragen gegeben, in der einige Fragen aufgetaucht sind, auf die in den „Bemerkungen“ eine Antwort gegeben wird. Das sind spezielle russische Fragen.⁷⁵

Gen. Ulbricht bittet um Erlaubnis, mit einem der leitenden Mitarbeiter des ZK der KPdSU(B) über Methoden der Arbeit des ZK und des Staatsapparats sprechen zu dürfen.

Gen. Stalin sagt, daß das möglich ist. Wir brauchen vor Ihnen nichts zu verheimlichen, doch bei Ihnen herrschen etwas andere Verhältnisse [als bei uns].

Gen. Ulbricht sagt, daß sie selbst abwägen können, wie sie die sowjetischen Erfahrungen auf die Verhältnisse in der DDR übertragen können.

Gen. Stalin betont, daß man eine solche Polizei, wie sie in der DDR existiert, nicht unterhalten darf. Die Polizei muß kämpferisch sein. Ihre dienstlichen Richtlinien müssen geändert und ihre Bewaffnung und Ausbildung verbessert werden.

Gen. Ulbricht sagt, daß er an [einigen] Parteikonferenzen der Polizei teilgenommen hat und daß die Genossen von der Polizei über die gegenwärtigen Verhältnisse empört sind.

Gen. Stalin sagt, daß dies richtig ist.

Gen. Stalin fragt: Werden in der DDR Arbeiter auf Führungspositionen befördert?

Gen. Ulbricht bejaht das.

Gen. Stalin fragt bezüglich der Beförderung aus dem Bauernstand.

Gen. Ulbricht sagt, daß es diesbezüglich um vieles schlechter steht.

Gen. Pieck dankt dem Gen. Stalin für die Entsendung der sowjetischen Delegation zum Beethoven-Jubiläum. Die Auftritte der sowjetischen Künstler hätten großen Eindruck gemacht.

Gen. Stalin lacht und bemerkt, daß das [zwar] alles gut ist, daß es aber interessanter ist, eine Armee zu haben.

Aufgezeichnet von V. Semenov⁷⁶

⁷⁵ Es handelt sich um Stalins im Oktober 1952 veröffentlichte kleine Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Bemerkungen zu ökonomischen Fragen, die mit der Novemberdiskussion 1951 zusammenhängen“.

⁷⁶ Handschriftliches Testat Semenovs.

Anhang:

Zusammenfassung des bislang nicht freigegebenen Teils der Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Stalin und der SED-Führung am 1. April 1952⁷⁷

Das Gespräch dreht sich um den Ausbau der Kasernierten Volkspolizei zur Volksarmee der DDR. Dabei wird sichtbar, daß die Kasernierte Volkspolizei auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht als Kern zukünftiger Streitkräfte aufgebaut worden war. Aus ihren 24 Abteilungen sollten 24 Divisionen werden. Stalin allerdings legt die Bildung von 30 Divisionen nahe und deutet an, daß man dementsprechend sowjetische Truppen abziehen werde, um den Staatshaushalt der DDR zu entlasten, da diese nicht beide Armeen unterhalten könne. Ferner rät Stalin dazu, den Aufbau eigener Streitkräfte möglichst schnell voranzutreiben. Die entsprechende Kaderausbildung könne in der Sowjetunion vorgenommen werden. Während Grotewohl erklärt, daß man die Entwicklung in Westdeutschland abwarten wolle, plädiert Stalin dafür, ohne allzu viel Rücksicht auf die Entwicklung im Westen mutig an den Aufbau der Streitkräfte heranzugehen, die pazifistische Propaganda einzustellen und auch die Jugend durch vormilitärische Ausbildung auf den Dienst in den Streitkräften vorzubereiten.⁷⁸

AUFZEICHNUNG des GESPRÄCHS des Gen. STALIN J. W.

mit den FÜHRERN der SED W. PIECK, W. ULBRICHT und O. GROTEWOHL

7. April 1952⁷⁹

Anwesend: die Gen. Molotov, Malenkov,
Bulganin, Semenov (SKK)⁸⁰

Gen. Stalin sagt, daß W. Pieck beim letzten Gespräch im Zusammenhang mit den sowjetischen Vorschlägen für einen Friedensvertrag und der Politik der Amerikaner und Engländer in Deutschland die Frage nach den Perspektiven der Entwicklung Deutschlands aufgeworfen hat. Gen. Stalin ist der Meinung, daß die Westmächte, welche Vorschläge auch immer wir zur deutschen Frage machten, ihnen nicht zustimmen und sowieso nicht aus Westdeutschland weggehen würden. Zu glauben, daß ein Kompromiß herauskommt oder daß die Amerikaner den Entwurf des Friedensvertrages annehmen, wäre ein Irrtum. Die Amerikaner brauchen eine Armee in Westdeutschland, um Westeuropa in der Hand zu haben. Sie sagen, daß sie die Armee dort unseretwegen haben. In Wahrheit besteht der Zweck der Armee [jedoch] darin, Europa im Griff zu halten. Die Amerikaner ziehen Westdeutschland in den Atlantik-Pakt hinein. Sie stellen westdeutsche Truppen auf. Adenauer sitzt den Amerikanern in der Tasche. Und alle ehemaligen Faschisten und Generäle ebenso. In Wirklichkeit wird in Westdeutschland ein selbständiger Staat geschaffen. Auch Sie müssen ihren eigenen Staat gründen. Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland muß man als Grenze ansehen, und zwar nicht einfach als Grenze, sondern als

⁷⁷ In der Schreibmaschinenfassung hat dieser Teil des Protokolls vom 1. 4. 1952 einen Umfang von gut drei Seiten. Vgl. Semenov, Original-Notizen; Badstübner/Loth, Aufzeichnungen, S. 396; Wolkow, Deutsche Frage, S. 44 f.

⁷⁸ Am 7. 8. 1952 wurde dazu die „Gesellschaft für Sport und Technik“ gegründet.

⁷⁹ AP RF, f. 45, op. 1, d. 303, ll. 179–187.

⁸⁰ Als Dolmetscher war auch der hier nicht erwähnte Fred Oelßner dabei. Das Gespräch dauerte von 22.05–23.20 Uhr.

gefährliche Grenze. Der Schutz dieser Grenze muß verstärkt werden. In vorderster Linie werden zu ihrem Schutz Deutsche stehen, und in die zweite Linie stellen wir zu ihrem Schutz russische Truppen. Agenten der Westmächte bewegen sich viel zu frei auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Sie könnten zu äußersten Maßnahmen greifen und Sie oder den Gen. Čujkov umbringen. Damit muß man rechnen. Deshalb ist eine scharfe Bewachung der Grenze nötig.⁸¹

Ferner, so fährt der Gen. Stalin fort, wollen wir die Militärkommandanturen wieder errichten. Das ist ebenfalls eine gute Sache gegen mögliche Diversionsakte. Unsere Truppen müssen ebenfalls einen sicheren Schutz haben. Auch Sie benötigen ihn; Sie selbst werden stärker sein. Gen. Stalin fragt, ob diese Vorschläge akzeptabel sind.

Gen. Pieck sagt, daß das sehr wichtig ist.

Gen. Ulbricht drückt seine Zustimmung aus. Er fragt, ob die Kommandanturen überall wiedererrichtet werden.

Gen. Stalin antwortet, daß er das nicht weiß. Gen. Čujkov möchte die Kommandanturen wiedererrichten und sieht dafür 3 000–4 000 Militärangehörige vor.

Gen. Pieck sagt, daß dies sehr wichtig und nötig ist.⁸²

Gen. Stalin sagt, daß wir die Frage der Bewaffnung der Volkspolizei erörtert haben und zu dem Schluß gekommen sind, daß es russische Bewaffnung sein soll. Gegenwärtig verfügt die deutsche Polizei über alte deutsche Waffen, zu denen aber die deutschen Patronen fehlen. Entweder muß die Produktion von Patronen wieder in Gang gesetzt werden, oder wir verkaufen Ihnen unsere Waffen.

Gen. Ulbricht sagt, daß er damit einverstanden ist. [Er fragt] aber, ob alle Waffen verkauft werden, ob es [schon] bei Revolvern anfangen oder bei Maschinengewehren.

Gen. Stalin sagt, daß alle Waffen [verkauft werden]. Wenn bei Ihnen die Polizei nicht bewaffnet ist, was ist es dann für eine Polizei. Sie haben das Recht, eine bewaffnete Polizei zu unterhalten. Gen. Čujkov sagt, daß es in der DDR außer der normalen Polizei [auch] eine kasernierte Polizei gibt, d.h. Truppen. Er hat darum gebeten, Panzer und Artillerie für sie zur Verfügung zu stellen. Wir sind einverstanden. Denken Sie darüber nach.

Gen. Stalin sagt, daß er zwei Fragen hat: Letztes Mal kam zur Sprache, daß in der DDR das Verhältnis des Lohns von Arbeitern und ingenieur-technischem Personal 1 : 1,7 beträgt. Das ist völlig verkehrt. Das richtet bei Ihnen die ganze Industrie zugrunde. Möglicherweise haben Sie sich darauf gestützt, daß Marx und Engels zur Zeit der [Pariser] Kommune gesagt haben, daß ein Ingenieur nicht mehr als ein qualifizierter Arbeiter erhalten soll. Kann sein, daß das damals richtig war, aber jetzt ist das absolut falsch. Ein Ingenieur leistet geistige Arbeit. Er muß eine Wohnung und eine [entsprechende] Einrichtung haben. Er soll nicht hinter einem Stück Brot hinterherlaufen müssen. Sein Lebensstandard muß dem entsprechen, was ein Mensch braucht, der geistig arbeitet. Er braucht eine Bibliothek und eine bequeme Einrichtung, damit er in Ruhe ein Buch lesen und etwas schreiben kann. Wenn Sie das nicht realisieren, dann gehen bei Ihnen nicht nur die alten Ingenieure fort, sondern auch die jungen werden fliehen. Bei uns verdient ein Inge-

⁸¹ Die Sperrung der DDR-Grenze wurde vom Ministerrat der UdSSR am 14. 4. 1952 beschlossen und am 26./27. 5. 1952 als Antwort auf die Unterzeichnung des Bonner „Generalvertrages“ durch die DDR-Behörden vorgenommen.

⁸² Ebenfalls am 14. 4. 1952 beschloß der Ministerrat der UdSSR, 140 Kommandanturen in der DDR zu bilden; der Beschluß wurde wohl nur zum Teil realisiert.

nier zwei- bis dreimal soviel wie ein Arbeiter, an manchen Stellen auch viermal soviel.⁸³ Akademiker erhalten bei uns 12 000 Rubel im Monat.⁸⁴ Ohne das kann man nicht arbeiten und sich vervollkommen. Deshalb muß man die alten Auffassungen in dieser Frage verwerfen. Im Vergleich zu den Zeiten der Kommune ist die Technik so kompliziert geworden, daß ein Ingenieur und sogar ein qualifizierter Arbeiter viel lernen muß, um diese Technik zu beherrschen. Ein Ingenieur muß die Möglichkeit zur ständigen Vervollkommnung haben, muß Bücher lesen und schreiben. Anderenfalls ist er kein Ingenieur. Das gleiche gilt für die Armee. Marx und Engels glaubten, daß man eine Milizarmee braucht. Auch wir hielten in den ersten Jahren nur eine Milizarmee für notwendig. Das Leben hat gezeigt, daß das falsch war. Für die Landesverteidigung ist heute eine moderne Armee mit vielen Spezialisten nötig. Eine Milizarmee ist nur dann gut, wenn der Krieg mit dem Gewehr entschieden wird. Jetzt muß man von dieser alten Milizarmee lassen. Jetzt handeln keine Manufaktur-Armeen [mehr], sondern mechanisierte Armeen. Deshalb müssen Menschen in der Armee dienen, die die Maschinen kennen.

Gen. Stalin sagt, daß er auch gehört hat, daß in der DDR qualifizierte Arbeiter [nur] wenig mehr erhalten als unqualifizierte Arbeiter.

Gen. Ulbricht sagt, daß sie mehr erhalten, daß aber der Unterschied unzureichend ist. Deshalb beabsichtigt man, Lohngruppenkataloge einzuführen.

Gen. Stalin sagt, daß wir in den ersten Jahren der Sowjetmacht die gleiche Erfahrung gemacht haben. In den Betrieben wurden Kommunen gebildet, deren Mitglieder aus Ingenieuren [bis hin zu] unqualifizierten Arbeitern bestanden. Sie gaben ihren Verdienst in eine gemeinsame Kasse, und alle teilten gleichmäßig untereinander. Das war eine Dummheit. Qualifizierte Arbeiter hatten [so] keinen Anreiz, ihre Qualifikation zu erhöhen, und der unqualifizierte Arbeiter hatte auch keinen Anreiz, sich auf das Niveau qualifizierter Arbeiter zu verbessern. Verlierer waren die einen wie die anderen. Damals sagten einige Menschen, daß dieses Herangehen an die Sache proletarisch oder sozialistisch ist. Aber daran ist nichts Proletarisches oder Sozialistisches. Das ist [vielmehr] bäuerliche Gleichmacherei. Jeder Proletarier wird Ihnen sagen, daß er sich qualifizieren wird, wenn er dafür mehr Gehalt erhält. Anders wird nichts daraus. Ein qualifizierter Arbeiter muß erheblich mehr erhalten als ein gewöhnlicher Arbeiter, und ein Ingenieur erheblich mehr als ein qualifizierter Arbeiter. Welche Kosten das auch immer bedeutet, das muß man machen. Bei uns ist die Sache schon 25 Jahre so eingerichtet, und nur deshalb steht es gut um sie. Die qualifizierten Arbeiter haben eine Perspektive, viele von ihnen haben das Ingenieurexamen abgelegt und sind gute Spezialisten geworden. Die bäuerliche Gleichmacherei muß man begraben. Gen. Stalin fragt, ob die deutschen Führer damit einverstanden sind, und fügt hinzu, daß dies eine echte marxistische Herangehensweise ist.

Gen. Pieck sagt, daß das richtig ist.

Gen. Stalin sagt, daß er eine zweite Frage hat. Er, Stalin, habe es so verstanden, daß es in der DDR überhaupt keine Kolchosen⁸⁵ gibt und daß die Maschinen-Ausleihstationen nur für bäuerliche Privatwirtschaften Dienstleistungen erbringen.

⁸³ Der Durchschnittslohn eines sowjetischen Industriearbeiters betrug 1951 etwa 700 Rubel im Monat.

⁸⁴ Es geht um Vollmitglieder der Akademie der Wissenschaften, nicht etwa um akademisch Gebildete. Ihre Zahl war gering.

⁸⁵ Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) wurden Ende 1952 in der DDR eingerichtet, das Musterstatut am 19. 12. 1952 veröffentlicht.

Gen. Ulbricht bestätigt das und fügt hinzu, daß wir die Gründung von Kolchosen sogar dort verboten haben, wo die Bauern sie wollten, um die Bewegung für die Einheit Deutschlands nicht zu beeinträchtigen.

Gen. Stalin sagt, daß sie über die Kulaken⁸⁶ klagten. Aber was ist das für eine Taktik, [bloß] zu klagen?! Den Kulaken muß man umzingeln und um ihn herum Kolchosen gründen. Bei uns ging die Bildung der Kolchosen gleichzeitig mit der Entkulakisierung⁸⁷ vor sich. Für Sie taugt dieser Weg nicht. Soll der Kulak bei sich zu Hause sitzen. Rühren Sie ihn nicht an. Aber außer den Kulaken gibt es bei Ihnen im Dorf die [Dorf-]Armut, die Seite an Seite mit dem Kulaken lebt. Sie muß man in eine Produktionsgenossenschaft einbeziehen. Wieviele arme Wirtschaften in eine Produktionsgenossenschaft eintreten – 5, 10 oder 15 –, das hat keine Bedeutung. Wichtig ist [nur], daß sie sich organisieren. Jetzt hat die [Dorf-] Armut keine Maschinen, das Saatgut reicht nicht, und es fehlt an den nötigen Kenntnissen und der Erfahrung für das Betreiben einer Wirtschaft. Deshalb ist es um ihre Ernte schlecht bestellt. Angesichts einer solchen Lage werden die armen Bauern ihre Wirtschaft ruinieren und sich zu den Arbeitslosen gesellen. Wenn Sie [aber] kleine Kolchosen gründen und ihnen helfen, die Wirtschaft in Gang zu bringen, dann denken die Bauern darüber nach, ob es besser ist, in eine Kolchose einzutreten oder allein, ohne Hilfe anderer dazusitzen. In Ungarn hat man gute Erfahrungen gemacht. Dort hat man gute Kolchosen gebildet, und die Kulaken rührt man nicht an, und den Kolchosen hat man Maschinen gegeben. Sie versuchen, die Ernten der Kolchosen erhöhen. Man braucht nicht anzunehmen, daß die Ungarn fähiger sind als die Deutschen. Sie müssen das ebenfalls machen. Man muß den Produktionsgenossenschaften Vergünstigungen gewähren, so wie das seinerzeit bei uns der Fall war: Maschinen billiger überlassen und mit Saatgut und Beratung helfen. Falls Instrukteure für die Bildung der Kolchosen nötig sind, geben wir sie Ihnen. Wenn der Block der Parteien sich dagegen ausspricht, ist es natürlich eine andere Sache. Aber der Block kann keine Einwände erheben, wenn die Bauern [selbst] eine Produktionsgenossenschaft gründen wollen und wenn Sie den Bauern dabei helfen. Was ist [denn] daran schlecht? Sie werden selbst sehen, daß die Bauern diese Kolchosen aufsuchen werden, um zu sehen, wie das Leben auf neue Art sich macht. Ich habe bemerkt, sagt Gen. Stalin, daß Sie den Bauern in Ihrer Politik keinen [besonderen] Wert beimessen. Das ist das alte sozialdemokratische Vorurteil hinsichtlich der Bauern. Wenn das so ist, dann muß man mit dieser Haltung Schluß machen. Gen. Stalin fragt die deutschen Genossen, ob sie die Bauern bräuchten und ob diese ihnen Nahrungsmittel lieferten. Aber wenn sie die Bauern bräuchten, dann heißt das, daß man eine Basis für ein Bündnis mit der Bauernschaft haben muß.

Gen. Pieck sagt, daß [ihre] Feinde agitiert hätten, daß sie Kolchosen gründen wollten, als in der DDR die Bodenreform durchgeführt wurde. Die Bauern hatten ein starkes Vorurteil gegen die Kolchosen. Deshalb haben wir uns gefürchtet, die Frage der [Bildung von] Kolchosen aufzuwerfen. Wir haben gegenwärtig auf dem Lande die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und eine Handelsgenossenschaft. Darin ist das Prinzip der Kooperation enthalten. Möglicherweise ist es jetzt zweckmäßig, diese Frage auf einer breiteren Grundlage aufzuwerfen.

Gen. Stalin sagt, daß man auf dem Dorf Produktionsgenossenschaften gründen und sie auch so nennen muß. Das bringt nur Vorteile. Sie werden unter den Bauern eine feste

⁸⁶ Siehe Anm. 68.

⁸⁷ Enteignung und Deportation der „Kulaken“ Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre.

Stütze haben. In Ungarn entwickelt sich die Sache in dieser Hinsicht sehr gut. Und Sie hätten die Sache schon längst machen können. Agitation jeglicher Art darf man nicht schweigend hinnehmen, sondern muß mit Gegenagitation auftreten. Sie können sagen, daß die arme Bauernschaft in Produktionsgenossenschaften eintreten will und daß die Regierung sie dabei unterstützt.

Gen. Pieck sagt, daß das gut ist.

Gen. Stalin bemerkt, daß man den Genossenschaften Vergünstigungen gewähren muß: ihnen [z.B.] Maschinen billiger verkaufen und ihnen die ersten zwei Jahre mit Saatgut helfen. Dann werden sie stabiler. Also, ist das möglich?

Gen. Ulbricht sagt, daß das möglich ist. Das macht unsere Stellung auf dem Dorf leichter.

Gen. Stalin sagt: Natürlich, Sie bekommen Ihre Basis auf dem Dorf. Treiben Sie niemanden hinein: Wenn sie wollen – gut so, wenn sie nicht wollen, brauchen sie nicht. Die Bauern werden von selber in die Produktionsgenossenschaften eintreten. Man könnte [auch] geeignete Leute [aus den Reihen] der städtischen Arbeitslosen schicken, um solche Genossenschaften auf dem Dorf zu bilden. Gen. Stalin sagt, daß wir uns in der Sowjetunion aus zwei Gründen von der Arbeitslosigkeit befreit haben: Weil wir die Produktion ausweiten und weil die Bauern sich [dauerhaft] auf dem Lande niedergelassen haben. Früher kamen jedes Jahr 23–25 Mio. hungrige Bauern aus dem Dorf in die Städte Rußlands und drückten den Preis für die Arbeitskraft. Jetzt gibt es das nicht [mehr], weil die Bauern an der Arbeit auf dem Lande interessiert sind. Jetzt gibt es keine Arbeitslosen in der UdSSR, und das Problem besteht im Mangel an Arbeitskräften. Wir mobilisieren junge Bauern und schicken sie in die Industrie. So haben wir die Arbeitslosigkeit von zwei Seiten her besiegt. Man soll an der Hilfe für die Kolchosen nicht sparen; das zahlt sich später aus. Dann wird sich bei Ihnen ein Bündnis von Arbeitern und Bauern bilden. Doch ohne Bauern ist es für die Arbeiter schwer, sich allein zu behaupten. [Auch] für Sie ist die Hilfe von seiten der Bauern nötig.

Gen. Ulbricht sagt, daß das Konsequenzen haben wird. Bisher haben wir in der DDR davon gesprochen, daß wir für ein demokratisches Deutschland eintreten, und haben eine Reihe von Maßnahmen nicht durchgeführt, die man bei einer Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus durchführen muß: Wir haben auch niemals davon gesprochen, daß wir auf den Sozialismus zugehen.

Gen. Stalin sagt, daß das richtig war.

Gen. Ulbricht fragt, ob wir diese frühere Taktik fortsetzen sollen, nachdem sich in Deutschland eine so tiefe Spaltung ergeben hat.

Gen. Stalin sagt, daß man auch jetzt kein Geschrei um den Sozialismus zu machen braucht. Aber Produktionsgenossenschaften, das ist ein Stückchen Sozialismus, und Volkseigene Unternehmen sind ebenfalls Sozialismus.

Gen. Ulbricht sagt, daß wir bisher [so] nicht darüber gesprochen und nicht darauf hingewiesen haben, daß die Volkseigenen Betriebe sozialistische Betriebe sind. Wir haben die in der DDR entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse etwas getarnt.

Gen. Stalin sagt, daß diese Tarnung Ihnen geholfen hat, die Mittelschichten Westdeutschlands nicht zu verschrecken. Aber wenn es sie [diese Tarnung] nicht gegeben hätte, dann hätten Sie vielleicht die Unterschichten stärker an sich herangezogen. Die Arbeiter freuen sich darüber, wenn sie erfahren, daß Sie die Industrie nationalisieren. Sonst sagen sie, daß bei Ihnen die gleiche Regierung besteht wie in Bonn. Man kann sagen, daß es in der DDR eine nationalisierte, eine Volksindustrie gibt, während in Westdeutschland

einige millionenschwere Kapitalisten sitzen, die über die Industrie herrschen. Hier muß man lavieren: Einerseits soll man die Mittelschichten nicht verschrecken, andererseits darf man aber auch die Arbeiter im Westen nicht kränken. Wir verkaufen Ihnen unsere Aktienunternehmen. Für die Arbeiter in Deutschland wird es wichtig sein, zu wissen, daß auf diese Weise die nationalisierte Industrie vergrößert wird. Die Arbeiter werden sich sehr darüber freuen. Natürlich muß man lavieren und sich gegenüber den Mittelschichten tarnen. Wenn man sagt, daß es bei Ihnen eine staatliche Industrie gibt, dann bedeutet das, daß die Betriebe sich nicht in der Hand von ausbeuterischen Kapitalisten, sondern im Besitz des ganzen Volkes befinden. Aber Sie selbst müssen sich bewußt sein, daß es sich um eine sozialistische Produktion handelt. Produktionsgenossenschaften auf dem Dorf – das ist ebenfalls ein Stück Sozialismus. Darum braucht man kein Geschrei zu machen. Wenn die Sache um die Produktionsgenossenschaften gut steht, dann werden alle Bauern die Vorteile und die Stärke der Genossenschaften erkennen, und dann werden sich die Bauern den Arbeitern zuwenden. Aber noch braucht man darüber keine großen Ankündigungen zu machen, weil Sie die Kolchosen nicht einfach aus der Tasche ziehen können. Meiner Meinung nach sollten Sie [aber] mit der Sache anfangen. Auch wenn in Deutschland [gegenwärtig] zwei Staaten entstehen, braucht man den Sozialismus noch nicht groß anzukündigen: Kolchosen sollte man diese Wirtschaften [deshalb] auch vorerst nicht nennen, sondern man sollte sie Produktionsgenossenschaften nennen.

Gen. Pieck sagt, daß die Frage der Produktionsgenossenschaft ernsthaft erörtert werden muß und daß in der Partei Klarheit in dieser Frage geschaffen werden muß.

Gen. Stalin sagt: Gründen Sie zunächst einmal einige Kolchosen, und erörtern Sie dann die Sache in der Partei. Gegenwärtig gibt es für eine Erörterung bei Ihnen kein Material. Und lachend bemerkt der Gen. Stalin, daß am Anfang die Tat war, und dann das Wort.⁸⁸

Gen. Ulbricht fragt, welche Erfahrungen die Länder der Volksdemokratie gemacht haben. Vielleicht wäre es zweckmäßiger, den Aufbau von Produktionsgenossenschaften nach der Einbringung der Ernte zu beginnen.

Gen. Stalin sagt, daß die Bauern normalerweise im Winter mit Bauarbeiten beschäftigt sind. Nach der Einbringung der Ernte kann man mit den Bauern über die Bildung von Produktionsgenossenschaften zu sprechen beginnen.

Gen. Pieck sagt, daß die Arbeiter uns fragen, was für ein Gesellschaftssystem in der DDR besteht, ob das Sozialismus ist. Bisher sind wir der Antwort auf diese Frage ausgewichen. Doch die Arbeiter waren damit nicht zufrieden.

Gen. Stalin sagt, daß man seinen Arbeitern sagen muß: Wir sind in den Sozialismus eingetreten. Das ist noch kein voller Sozialismus, weil es bei Ihnen viele private Kapitalisten gibt. Doch es ist der Anfang des Sozialismus, ein Stück Sozialismus, der Weg zum Sozialismus. Sie müssen zeigen, daß Sie den Arbeitern näher stehen als die Regierung Adenauer.

Gen. Stalin fragt: Welches Organ steht bei Ihnen höher – das Sekretariat oder das Politbüro?

Gen. Pieck antwortet, daß es hinsichtlich dieser Frage in der SED Unklarheiten gegeben hat, obwohl das Politbüro gemäß dem Parteistatut der SED über dem Sekretariat steht. Gen. Pegov aus dem ZK der KPdSU (B) hat mit ihnen darüber gesprochen, die Arbeitsme-

⁸⁸ Die Anspielung des ehemaligen Priesterseminaristen auf den Prolog des Johannesevangeliums dürfte kaum auf die Kenntnis der entsprechenden Umformulierung durch Goethe im Studierzimmer-Monolog des Faust zurückgehen.

thoden gut erklärt und Klarheit geschaffen. Außerdem haben wir hier mit Kuznecov, Romanov und Michajlov über Fragen vormilitärischer Ausbildung gesprochen.⁸⁹

Gen. Stalin sagt, daß sie vielleicht Instrukteure für den Aufbau der Kolchosen bräuchten. Man könnte Instrukteure aus Ungarn oder Polen erbitten.

Gen. Malenkov bemerkt, daß diese für die deutschen Bauern weniger Autorität hätten als sowjetische.

Gen. Stalin sagt, daß wir 1–2 Instrukteure überlassen werden. Aber man braucht mit der Kollektivierung nicht zugleich die Entkulakisierung durchzuführen. Sie brauchen die Kulaken vorerst nicht anzufassen.

Gen. Ulbricht sagt, daß wir es überhaupt nicht nötig haben, sie anzufassen, weil ein Teil der Kulaken bei der Gründung von Produktionsgenossenschaften sofort in den Westen überläuft.

Gen. Stalin fragt, was denn schlecht daran ist. Sie nehmen deren Land in Besitz. In Polen hat ein Teil der Kulaken sein Land verkauft und befaßt sich nun mit Fuhrgewerbe.

Gen. Stalin fragt, ob es in der DDR Sowchosen⁹⁰ gibt.

Gen. Ulbricht bestätigt das in seiner Antwort und fügt hinzu, daß die Sowchosen über ca. 5 Prozent der gesamten Saatfläche der DDR verfügen.

Gen. Stalin fragt: Arbeiten sie gut?

Gen. Ulbricht sagt, daß sie schlecht arbeiten.

Gen. Semenow gibt eine Information darüber, daß die Erträge der Volkseigenen Güter in der DDR erheblich über den Erträgen der bäuerlichen Flächen liegen. Aber die Volkseigenen Güter sind in der Regel unrentabel und erhalten Zuschüsse vom Staat.

Gen. Stalin sagt, daß man einige Volkseigene Güter, die schlecht wirtschaften, an Bauern übergeben kann. Bei uns in der Sowjetunion hat es anfänglich Schwierigkeiten gegeben, die Arbeit der Sowchosen auf den richtigen Weg zu bringen. Da haben wir einen Teil der Sowchosen an Bauern übergeben, und die Wirtschaft wurde rentabel. Um den Unterhalt der Sowchos-Arbeiter sicherzustellen, haben wir begonnen, ihnen ein Stück Land zuzuteilen. Und sie haben angefangen, besser zu arbeiten, und haben sich dauerhaft auf dem Land niedergelassen.

Gen. Stalin fragt, ob die deutschen Genossen die Walzstraße erhalten haben.

Gen. Grotewohl antwortet, daß der Kaufpreis für die Walzstraße überwiesen worden ist. Aber bislang können sie noch nichts Bestimmtes über den Kauf des Walzwerks sagen.

Gen. Stalin fragt, ob sie darauf hofften, die Walzstraße zu erhalten.

Gen. Grotewohl bejaht das und sagt, daß sie die entsprechenden Anweisungen gegeben haben.

Gen. Stalin bemerkt, daß sie in der Sowjetunion derartige Walzstraßen und überhaupt alle nötigen Ausrüstungen herstellen, daß aber die Werke mit Aufträgen überlastet sind.

Gen. Stalin fragt, ob sie neue Eisenerz-Lagerstätten in der DDR gefunden hätten.

⁸⁹ Am 4. und 5. 4. 1952. N. M. Pegov war Mitarbeiter des ZK-Apparats, bei „Michajlov“ handelt es sich höchstwahrscheinlich um den Ersten Sekretär des ZK der Jugendorganisation Komsomol N. A. Michajlov. Beide wurden im September bzw. Oktober 1952 zu ZK-Sekretären bestellt. Hinter „Kuznecov“ ist laut Scherstjanoi/Semmelmann, Gespräche, S. 266, V. I. Kuznecov, Vorsitzender des ZK des DOSAAF, der Freiwilligen Unionsgesellschaft zur Unterstützung der Armee, der Luftstreitkräfte und der Marine, hinter „Romanov“ N. N. Romanov, der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR zu vermuten.

⁹⁰ Staatsgüter, in der DDR Volkseigene Güter genannt.

Gen. Ulbricht antwortet, daß die DDR [nur] über geringwertiges Erz mit etwa 20% Eisengehalt verfügt.

Gen. Stalin sagt, daß man es mit gutem Erz mischen muß. Vor dem Krieg haben die Deutschen nicht [einmal] Erz verschmägt, das [nur] 5% enthielt.

Gen. Ulbricht sagt, daß in der DDR besondere, nicht tiefgehende Bergwerke für [den Abbau] des geringwertigen Erzes errichtet worden sind.

Gen. Stalin sagt, daß man dieses Erz mit gutem Erz mischen muß. Die Polen kaufen bei uns Erz aus Kriwoi-Rog und mischen es zu 50% mit ihrem eigenen geringwertigen Erz. Die Deutschen haben sogar unter Hitler Erz bei uns gekauft. Vor kurzem haben wir gutes Erz in Sibirien entdeckt; es enthält 60% Eisen. Leider ist diese Lagerstätte sehr weit von der [nächsten] Eisenbahnlinie entfernt.

Gen. Ulbricht sagt, daß sie noch eine Bitte haben. Wir haben schon berichtet, daß wir ein neues Programm der KPD abfassen wollen. Wir wollen uns bemühen, die Ausarbeitung dieses Programms zu beschleunigen, um es vor dem Verbot der KPD zu veröffentlichen. Wir haben die Bitte, daß Gen. Stalin und das Politbüro des ZK der KPdSU(B) unseren Entwurf durchsehen und uns bei der Ausarbeitung des Programms helfen.⁹¹

Gen. Stalin erteilt seine Zustimmung dazu.

Gen. Grotewohl sagt, daß sie in der Einschätzung der Lage in Westdeutschland und der Politik der USA völlig mit den Ansichten des Gen. Stalin übereinstimmen. Er, Grotewohl, möchte fragen, ob der Gen. Stalin meint, daß wir in der gegenwärtigen Situation Änderungen an unserer Argumentation in den Fragen der Einheit Deutschlands und in der offiziellen Haltung der Regierung der DDR zur Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vornehmen müssen.

Gen. Stalin verneint das. Die Propaganda für die Einheit Deutschlands muß weiter fortgesetzt werden. Das hat große Bedeutung für die Beeinflussung des Volkes in Westdeutschland. Gegenwärtig ist das eine Waffe in Ihrer Hand, die Sie auf keinen Fall aus der Hand legen dürfen. Auch wir werden weiterhin Vorschläge zu Fragen der Einheit Deutschlands machen, um die [Politik der] Amerikaner zu entlarven.

Gen. Grotewohl bittet den Gen. Stalin um den zusätzlichen Verkauf von 8 000 t langfaseriger Baumwolle an die DDR.

Gen. Stalin gibt seine Zustimmung und empfiehlt, darüber mit dem Gen. Malenkov zu verhandeln.

Beglaubigt: *Unterschrift*⁹²

⁹¹ Am 3. 6. 1952 wurde vom SED-Politbüro eine entsprechende Programmkommission gebildet.

⁹² Unleserlich.

Elke Scherstjanoi

Die Folgen von Stalins Tod für die DDR

Eine Berliner Gedenkstätte kündigte eine Veranstaltung zu Stalin aus Anlaß der 50. Wiederkehr seines Todestages im März 2003 folgendermaßen an: „Die letzten Wochen des sowjetischen Diktators waren die schwärzesten der DDR-Geschichte: Die Gefängnisse waren voll, die Läden waren leer und die Schriftsteller überschlugen sich mit Hymnen auf ‚den größten Menschen der Epoche‘.“¹

Das stimmt so nicht. In den Wochen *nach* Stalins Tod waren die Gefängnisse der DDR noch „voller“ und die Läden noch „leerer“ (man möge den falschen Superlativ entschuldigen). Und die Künstler „überschlugen“ sich natürlich auch erst bei den Trauerfeierlichkeiten. Wurden nun die Gefängnisse voller, die Läden leerer und die Künstler hysterischer, *weil* Stalin gestorben war, *obwohl* er gestorben war, *ungeachtet dessen, daß* er gestorben war ...?

Es hieße, Stalins Wirksamkeit in der kommunistischen Bewegung gefährlich zu unterschätzen, würde man sie an seine physische Existenz binden und seinen Todestag zu einem (womöglich weltgeschichtlichen) Wendepunkt erklären. Natürlich hätte es ohne einen 5. März 1953 keinen XX. Parteitag gegeben. Ein lebender Stalin konnte in den Ländern des Ostblockes nicht vom Sockel gestoßen werden. Stalins Tod war die Voraussetzung für jede echte Entstalinisierung. Sie war aber nicht seine unmittelbare Folge. Sowohl in der UdSSR als auch in der DDR geschah danach noch einiges, was hochstalinistischer Herrschaftspraxis entsprach.

Die unmittelbaren Folgen von Stalins Tod für die DDR sind kaum untersucht worden. Sichere Urteile sind noch nicht möglich. Die folgenden Betrachtungen werden sich daher weitgehend den mentalen Zusammenhängen zuwenden. Sie wollen hier auch lediglich Denkanstöße liefern, denn für persönliche Betroffenheit im März 1953 gibt es nur wenige, kaum sehr weit voneinander abweichende Zeugnisse. Dies zum einen, weil es innerhalb der DDR immer – zumindest in den fünfziger Jahren – ratsam war, sich sozialismuskritischer, vollends antisowjetischer Äußerungen zu enthalten. Zum anderen, weil Leute, die das Schweigen brachen, im Arbeiteraufstand 1953 und im XX. Parteitag 1956 bessere Gründe fanden für Kritik am, Distanzierung vom und Abrechnung mit dem Stalinismus. So wird der 5. März 1953 in ostdeutschen Erinnerungen oft mit dem 17. Juni 1953 in Zusammenhang gebracht, ein Zusammenhang, der in der Realität aber nicht bestanden haben muß. Es fällt auf, daß dieser Zusammenhang meist dort auftaucht, wo ein Zeitzeuge um politisch kritische Betrachtung bemüht ist. Vermutlich ist das Bedürfnis stark, zwischen „großen“ Ereignissen eine kausale Beziehung herzustellen. Doch der erste bedeutende Massenprotest gegen das SED-Regime erklärt sich auch ohne Stalins Tod, was nicht heißt, daß er genau so auch zu Lebzeiten des Diktators stattgefunden hätte.

Ratlosigkeit im Partei- und Staatsapparat

Stalins Tod kam nicht für alle unerwartet; bei den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Oktoberrevolution im November 1952 war bereits ein gebrechlicher Stalin zu sehen gewe-

¹ Einladung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu einer Veranstaltung am 20. 3. 2003.

sen. Gleichwohl sorgte die Nachricht vom Ableben Stalins auch in der DDR dafür, daß der politische Alltag erstarrte.

Wenn in Erinnerungen von seelischer Erschütterung die Rede ist, so greift das die Historiographie häufig als Beleg für einen quasi religiösen Umgang mit Stalin auf. Oft wird so etwas auch für ostdeutsche Regimeanhänger regelrecht vorausgesetzt. Das Verhältnis zu Stalin hatte gewiß für viele von ihnen etwas Kultisches. Aber wäre Stalin nur „Gott“ gewesen, man hätte ihn guten Mutes in höhere Sphären entlassen können. Die Ratlosigkeit von SED-Funktionären und SED-nahen Staatsangestellten hatte viel stärker mit handfesten Problemen zu tun, auf die hier nur cursorisch eingegangen werden kann.²

Die DDR-Volkswirtschaft stand im Frühjahr 1953 vor extremen Herausforderungen. Deren Ursachen waren komplexer Art. Im November/Dezember 1952 wurde der Volkswirtschaftsplan 1953 entworfen und in diesem Zusammenhang verfaßte eine SED-Kommission eine Lageanalyse, die für Moskau bestimmt war. Sie enthielt die Bitte, die Reparationen und die zusätzlichen Belastungen für die Rüstungsproduktion zu mindern bzw. besser zu koordinieren, zusätzliche Rohstoffe und Maschinen zu liefern und mit einigen Lebensmitteln und Konsumgüterrohstoffen aus einer angespannten Versorgungslage herauszuhelfen. Der Text war im Ton von Zuversicht gehalten, stellte aber eine außerordentlich dramatische Beschreibung der Wirtschaftslage dar. Daß diese Alarmsignale Stalin nicht erreichten, erfuhr die SED nicht.

Die Nachricht von Stalins Tod löste also schon wegen des akuten Verständigungsbedarfes bei der Führung der SED Unsicherheit aus, mehr Unsicherheit als in den anderen kommunistischen Staatsparteien. Diese Stimmung hielt an, als Grotewohl von den offiziellen Moskauer Trauerfeierlichkeiten mit leeren Händen zurückkam. Die wirtschaftliche Hilfe für die DDR, die der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK), Vasilij I. Čujkov, am 13. April ankündigte, war ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Verunsicherung hatte in Ostberlin einen weiteren gewichtigen Grund. Über die Vorgänge im Kreml nicht genauer unterrichtet, mußte die SED immerhin damit rechnen, daß die neue Führung auf neue Art Friedensvertrag und deutsche Einheit thematisieren würde. Der Bundestag ratifizierte gerade – am 19. März 1953 in dritter Lesung – den Deutschland- und den EVG-Vertrag. Aus Moskau gingen schwer deutbare außenpolitische Signale an die Westmächte. Zugleich bestärkte die SKK bis in den Mai hinein die SED-Führung darin, am harten Kurs festzuhalten, der im Herbst eingeschlagen worden war. Im SED-Politbüro und in der Staatlichen Plankommission herrschte hektische Unruhe.

Als die Nachfolger Stalins – über die bedrohliche Lage in der DDR nicht hinlänglich informiert – Ende April 1953 begannen, neue deutschlandpolitische Aktionen zu planen, brachen sie mit einer Stalinschen Tradition: Sie konsultierten die SED-Führung nicht. Wie man den Charakter der Beziehungen zwischen SED und KPdSU auch immer beurteilen mag, es bleibt festzuhalten: Anders als vor der Moskauer Außenministerkonferenz 1947, anders als 1948 während der Berlin-Krise, anders als 1949 im Vorfeld der Staatsgründungen, anders als in Vorbereitung der Stalin-Note vom März 1952 – Pieck, Grotewohl

² Ausführlicher dazu Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke, *Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1965*, Berlin 2001; Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53*, Berlin 1993; Elke Scherstjanoi, *Der Weg in die Krise*, in: *Das Jahr 1952. Europa am Scheideweg. Vergebliche Suche nach Alternativen in Ost und West*, hrsg. vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 2002, S. 152-166.

und Ulbricht wurden im Frühjahr 1953 nicht nach ihrer Meinung gefragt. Das ist nur teilweise damit zu erklären, daß Politberater Semenov, der Vermittler derartigen Meinungsaustauschs, selbst ab Ende April in Moskau weilte und erst dort von den neuen Plänen des Außenministeriums erfuhr. Zuvor hatte er jegliche ernsthafte gemeinsame Krisenanalyse in Ostberlin verhindert, so wie er sie auch in Moskau nicht von sich aus und mit der nötigen Dringlichkeit anmahnte. Die verspätete Wahrnehmung der Krise in der DDR geht vor allem auf sein Konto, *vor wie nach* Stalins Tod.

Von Herbst 1952 bis Ende Mai 1953 zeigte Moskau in bezug auf die DDR eine eklatante Führungsschwäche, die in wichtigen Fragen bis zum 17. Juni 1953 anhielt. Sie trug erheblich zur Eskalation der Krise bei. Stalins Tod war in diesem Zusammenhang eigentlich zweitrangig. Da er aber bereits für Verunsicherung gesorgt hatte, und diese im gesamten SED- und Staatsapparat im Verlauf der fortschreitenden Krise (die von Stalins Tod nicht verursacht war) nicht behoben werden konnte, löste die extrem verwirrende Moskauer Kurskorrektur Anfang Juni ein herrschaftstechnisches Desaster aus, eine Lähmung der ostdeutschen Staatspartei.

In der Erinnerung vieler Zeitzeugen haben sich dann zwei relativ selbständige Ursachen für die Politikunfähigkeit der SED miteinander verwoben: die (vergleichsweise unbedeutende) autochthone infolge von Stalins Tod und die (schwerwiegende) aufgenötigte infolge der allgemeinen sowjetischen Führungsschwäche. Werner Mittenzwei meint, Stalins Tod erschütterte ebenso stark, wie später das Ausmaß seiner Verbrechen. Das ist zu bezweifeln. Hier verwischt wohl die Erinnerung an den 17. Juni die realen Abläufe der mentalen Betroffenheit.

Trauer um ein Bild

Eines der ideologiegeschichtlich faszinierendsten, zugleich rätselhaften Phänomene ist die vergleichsweise geringe Distanz vieler ostdeutscher Intellektueller zu Stalin. Dem wird man meines Erachtens aber nicht gerecht, indem man die Hymnen Bechers oder Huchels abschätzig zitiert, Marchwitza, Bredel, Hermlin, Wolf, Renn und Weinert mit ihren literarischen Treuebekundungen vorführt, und auch Brecht und Seghers noch unterstellt, sie hätten die schlichten Sätze, die sie seinerzeit veröffentlichen ließen, benutzen wollen, um sich Freiräume zu erkaufen. Bei zwei so verschiedenen Zeitgenossen und späteren Stalinismus-Kritikern wie Erich Loest und Stefan Heym ist nachzulesen, daß es für sie nicht von der politischen Haltung abhing, ob sie in die „wohlklingenden Elogen“ (Heym) einstimmen oder nicht. Heym bezeugt, seine Trauer sei echt gewesen. Dennoch, „ein leichtes Mißbehagen, oder war es sein Sinn für Stil, hatte ihn bewogen, Distanz zu halten zu dem Führerkult, welcher um den Pfeifenraucher in der unscheinbaren Liwetka getrieben wurde, den einsamen Arbeiter hinter dem einzig erleuchteten Fenster im Kreml zu später Stunde, den der Dichter Weinert da gesehen haben wollte“. Ende 1953 ließ sich Heym dennoch dazu überreden, „dem Führer des Weltproletariats einen Nachruf zu schreiben“.³

Loest, der sogar eine Zeile aus Bechers Abschiedsgedicht an Stalin, nämlich „... durch die Erde ein Riß“, zum Titel seiner Autobiographie machte (und nicht etwa Brechts Vers „O Deutschland, wie bist du zerrissen, – und nicht mit dir allein ...“), Loest schrieb, sein Schweigen „zu diesem Jahrhundertereignis“ sei „keine Frage der Überzeugung“ gewesen, sondern

³ Stefan Heym, Nachruf, Berlin 1980, S. 559.

eine „des Temperaments“. Hier „ging nichts ohne Pose“, und „Deklamatorisches“ war ihm fremd.⁴ Vor Loest riß die Erde erst später auf, wie vor vielen anderen Intellektuellen.

Loest und zwei weitere Zeitzeugen seien mit ihren Rückblicken auf die Zeremonien zitiert:

Erich Loest (Jahrgang 1926, damals Student an einer Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF)) über sich selbst: „Es ist schwer nachfühlbar und schwer begreiflich zu machen, was im Genossen L. vorging. Er war 27. Und nicht mehr 17, politische, ideologische Schründe lagen hinter ihm, aller seelische und gedankliche Fundus war schon einmal gebeutelt worden. Erinnerte er sich der Stunde, als das Werwölfchen unter Heu von einem Bauern erfahren hatte, sein Führer sei im Kampf um Berlin gefallen? Der Schmerz war neu, rein. Mit Skepsis nicht vermischt. Auf einem Treppenabsatz der ABF war eine Stalinbüste postiert, daneben wachten Studentin und Student im Blauhemd, das Luftgewehr geschultert. L. nahm die Mütze ab und verneigte sich im Vorbeigehen. Dozenten drückten ihm stammelnd die Hand – es war als ob ein liebster, engster Verwandter gestorben wäre. Ihrer aller Vater. Am Nachmittag in einer Feier wurde eine Stellungnahme des ZK verlesen, der Direktor sprach, danach ein Student, ihnen versagte die Stimme. Den Jungs standen Tränen in den Augen, die Mädchen weinten. Keine Musik, kein Gesang. Es schien, als forderte jeder Schritt, jedes Wort eine ungeheure Kraft. Tag und Nacht lösten sich die Posten an der Büste ab. Jedem im Hause sollte vergönnt sein, hier zu wachen. [...] Es war, als ob die Welt stehenbleiben müßte. Alle Hoffnungen waren so auf ihn gelenkt worden, in ihm schien alle Kraft geballt zu sein ...“⁵

Rudolf Bahro (Jahrgang 1935) schrieb über sich als Oberschüler in Fürstenberg: „Ich rezitierte in der Schule Johannes R. Bechers erhabenes Poem: ‚Als es geschah an jenem 5. März, und leise, immer ferner schlug sein Herz.‘ Wir standen dort mit Tränen in den Augen, die Fahne war auf Halbmast, wir bildeten eine Ehrengarde mit Luftdruckgewehren vor Stalins Porträt und fragten uns, wie das Leben weitergehen kann.“⁶

Der Historiker Walter Markov (Jahrgang 1909), damals in Leipzig Professor und Lehrstuhlinhaber, seit 1951 aus der SED ausgeschlossen, schrieb sehr viel später über die Stimmung in jenem Teil der DDR-Jugend, „daß es wirklich empfundene Trauer, gepaart mit einem Gefühl der Leere, des Alleingelassenseins, in politisch engagierten Kreisen der Jugend, also in der FDJ, in der Studentenschaft gegeben hat. In wirklicher Unkenntnis von vielem Hintergründigen, vom ‚anderen Stalin‘, konnten sich die jungen Leute nicht so richtig vorstellen, wie die Welt ohne ihn, von dem sie sich ‚erzogen‘ fühlten, weitergehen wird.“⁷

Viele der älteren DDR-Intellektuellen haben später öffentlich Scham bekundet, einige haben Erklärung (nicht Rechtfertigung) für das gesucht, was nunmehr als intellektuelles und/oder moralisches Versagen gelten konnte. Diese Erklärungsversuche sind von Kommunismus-Forschern⁸ von vielen Seiten betrachtet, aber noch nicht daraufhin befragt

⁴ Erich Loest, *Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf*, Hamburg 1981, hier Taschenbuchausgabe Frankfurt a. M. 1984, S. 190.

⁵ Loest, *Erde*, S. 189.

⁶ Guntolf Herzberg/Kurt Seifert, *Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie*, Berlin 2002, S. 22.

⁷ Walter Markov, *Zwiesprache mit dem Jahrhundert*, dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin 1989, S. 202.

⁸ Siehe beispielsweise Hermann Kuhn, *Bruch mit dem Kommunismus. Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland*, Münster 1990.

worden, was deutsche Sozialisten, die 1953, wenn schon kein Wissen, so doch eine Ahnung von Stalins Verbrechen haben konnten, so sehr für Stalin *als Person* eingenommen haben mag. Was kompensierte die dunklen Seiten eines (gewiß fragmentarischen) Bildes, das man im Nachkriegsdeutschland haben konnte?

Hier sind zumindest vier Erfahrungen zu nennen:

Eine davon hat die Kommunismusforschung bereits erfaßt, indem sie auf Stalins Rolle als Sieger über Hitler hinwies. Zweifelsohne trug der Ausgang des Zweiten Weltkrieges weltweit zur Steigerung von Stalins persönlichem Ansehen bei. Daß dies auch für deutsche NS-Opfer und aktive Nazigegner gilt, und zwar *trotz* sowjetischer Greuel bei Kriegsende, muß kaum erklärt werden. „Wäre Stalin nicht gewesen, Hitler hätte gesiegt“, so brachte Stefan Heym den verinnerlichten Zusammenhang auf eine knappe Formel.⁹ Der Literaturwissenschaftler Werner Mittenzwei (Jahrgang 1927) meint, Stalins Einfluß „hatte bisher alle Gegensätze überdeckt. Wer sozialistisch dachte, war auf ihn verpflichtet worden. Die Verherrlichung seiner Person, die groteske Formen annahm, rief selbst bei Intellektuellen, die sich der neuen Zeit verbunden fühlten, mehr Distanz als Hingebung hervor. Sie wurde aber hingenommen, weil man sie als Ausdruck für die Kraft nahm, die den Faschismus besiegt hatte.“¹⁰ Und Uwe Johnson, Jahrgang 1934, schrieb für die jüngere Generation: „Mit der schauerlich unbeugsamen Moral des Jugendlichen, der Schuld für sich als künftige Erfahrung ausschließt, war dieser Jossif Wissarionowitsch angenommen als Sieger. [...] In Stalins Schule, unterhalb seines Bildes, war zu lernen, daß deutsche Kinder von Glück reden konnten, weil ihre Eltern aufgehalten wurden durch eine Niederlage.“¹¹

Zum zweiten. Jürgen Kuczynski (Jahrgang 1904), kommunistischer Westemigrant, Ökonom und Wirtschaftshistoriker, hielt Stalin seinerzeit selbstverständlich für den bedeutendsten lebenden Klassiker und klügsten lebenden Strategen und Taktiker – so nach eigenen Aussagen, die er nie widerrief. Zugleich sah er sich uneins mit ihm in Fragen der Politischen Ökonomie. Er wußte, seine Bücher „wären nie in der Sowjetunion veröffentlicht worden, wenn sie von einem Sowjetgenossen geschrieben worden wären – aber von einem deutschen Genossen verfaßt und mit einem entsprechenden Vorwort versehen, waren sie durchaus tragbar“.¹² Kuczynski lehnte die stalinistische Einschätzung großer deutscher Gestalten wie Clausewitz, Hegel, Humboldt und Herder offen ab – und verdankte diese Haltung einem alten Bolschewiken, einem Stalinisten, wie er schrieb, der aber „entscheidende Elemente des Leninismus beibehalten hatte: tiefe Abneigung gegen Antisemitismus und seine Bewunderung für Hegel“. So verehrte Jürgen Kuczynski Stalin, weil der – zumindest in Deutschland – Nonkonformismus in Maßen gelten ließ. Die Vorstellung, Stalin respektiere nationale Besonderheiten sozialistischer Ideen und Praktiken, die mindestens bis 1948 und zum Teil darüber hinaus offiziell stark propagiert wurde, war eines der stärksten Motive für die Stalin-Verehrung in der SED.

Zum dritten war es Stalins Position in der Deutschlandfrage, was ihm in den frühen fünfziger Jahren Respekt und Dankbarkeit eintrug. Im propagandistischen Schlagabtausch des Kalten Krieges immer wieder wirkungsvoll eingesetzt, waren die sowjetischen Angebote für

⁹ Heym, Nachruf, S. 559.

¹⁰ Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen*, Leipzig 2002, S. 111.

¹¹ Uwe Johnson, *Begleitumstände*, Frankfurt a. M. 1980, S. 35, 41.

¹² Jürgen Kuczynski, *Probleme der Selbstkritik sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte*, Köln 1991, S. 248, 250.

die Einheit Deutschlands und den Friedensvertrag stets mit Stalins Namen verbunden. Das Angebot, das letztmals für lange Jahre eine öffentliche Debatte über die Chancen demokratischer Wiedervereinigung hervorrief, heißt nach wie vor „Stalin-Note“.

Zum vierten hatte das Stalin-Bild, aus der Ferne betrachtet und vermittelt durch zensierte Medien, angenehm patriarchale Züge, und dies vielleicht insbesondere für Deutsche. Stalin erschien als (1) weise und ruhig, milde – wenn Milde erlaubt war, streng, wo Klassenkampf es erforderte (Kuczynski). Er strahlte Sicherheit aus. Sein Charisma war frei von Hysterie – ganz anders als das Hitlers. Stalin war keiner der Eiferer, von denen hatten die Deutschen „die Nase voll“. (2) Seine Volksverbundenheit schien echt, er gab sich bescheiden. Schon die simple Syntax seiner Rede – vielfach imitiert auch im deutschen Sprachraum. Sein Engagement in den Diskussionen über Sprachwissenschaft und Politische Ökonomie konnte durchaus beeindrucken. (3) Und schließlich war Stalin ein Gegner von Amtsschimmel und Bürokratie. Und dieser Eindruck war kein Trugschluß, denn Stalinsche Herrschaft basierte auf der Verhinderung institutioneller Interessenbildung. In jenem Teil Deutschlands, wo bewußt mit dem Berufsbeamtentum gebrochen, wo Neulehrer und Volksrichter eingesetzt und vergleichsweise konsequent auch die Amtsstuben in eine 20prozentige Senkung der Staatsausgaben einbezogen wurden, brachte die Bürokratschelte Stalin vielleicht sogar mehr Verehrung ein als anderswo. „Ein Riese, der Mann“, so schien es Stefan Heym. „In seiner ruhigen selbstsicheren Haltung, in dem harten Gesicht und dem prüfenden Blick war personifiziert, was man unter Sozialismus verstand; er war die Autorität, sein Wort galt, bis zum Tag seines Todes; nun waren die Völker verwaist, wie sollte man auskommen ohne die große Vaterfigur?“¹³

„Wir waren dem Bild, das wir uns von ihm gemacht hatten bzw. das uns von ihm gemacht wurde, treu und ehrlich ergeben“, schrieb Kuczynski.¹⁴ Ein Götzenbild nannte es der russische Jude Lew Kopelew, der aber auch – nach mehreren Haftjahren – 1953 Stalin noch anhing. Stalin war als „diesseitige“ Integrationsfigur wichtig und scheinbar unersetzlich. Seinen Tod „wird die KPdSU nicht so schnell verkraften“, so dachte der damalige Kulturfunktionär und spätere Philosophieprofessor Hans Lauter (Jahrgang 1914) nach Stalins Tod.¹⁵

Es wäre lohnenswert zu klären, wie aus einem verschlagenen, intriganten, herrsch- und geltungssüchtigen Mann, der persönlich für millionenfache Verbrechen verantwortlich zu machen ist und so gut wie alle kommunistischen Ideale großmachtpolitischen Bestrebungen opferte, das Bild eines weisen, gerechten und bescheidenen Parteiführers werden konnte. Fritz Schenk sprach rückblickend von Naivität.¹⁶ Dies ist gewiß keine ausreichende Erklärung.

Stalins Tod in den Augen von Gegnern, Zweiflern und Teilnahmslosen

Das Stalin-Bild erhielt Ende 1952/Anfang 1953 aber auch Schrammen aus einem neuen historischen Erfahrungszusammenhang heraus. Auch in Ostdeutschland wurde

¹³ Heym, Nachruf, S. 559.

¹⁴ Kuczynski, Probleme, S. 250.

¹⁵ Auszug aus dem Interview mit Hans Lauter (alias Ludwig Haber), in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991, S. 218.

¹⁶ Siehe Fritz Schenk, Mein doppeltes Vaterland, Würzburg 1981, S. 58.

wieder strammgestanden und marschiert – von Stalin so gewollt. Die Wachsamkeitshysterie der SED, das Vorgehen gegen die Junge Gemeinde, die drakonische Bestrafung von Kleinstkriminalität als Sabotage, dies und anderes weckte ungute Erinnerung, Ahnung von Schlimmerem. Stark irritierten die Nachricht von den bevorstehenden Ärzteprozessen und Gerüchte darüber, daß vermutlich auch in der DDR „zionistische Verschwörer“ überführt werden würden. Doch Stalins Tod beendete weder die unter sowjetischer Regie laufende Vorbereitung des Prozesses gegen Paul Merker, noch verhinderte er, daß unter dem Einfluß des Prager Slansky-Prozesses Parteiverfahren gegen Franz Dahlem und andere vormalige „Westemigranten“ eingeleitet wurden. Kommunisten jüdischer Herkunft wurden des Zionismus verdächtigt, jüdische Opfer des Nationalsozialismus zurückgesetzt. Die von Berija – zum eigenen Vorteil – organisierte Rehabilitierung der verhafteten Kreml-Ärzte in Moskau (4. April 1953) hatte aber zur Folge, daß der Druck auf die Jüdischen Gemeinden in der DDR nachließ und daß sich die Verunsicherung unter DDR-Bürgern jüdischer Abstammung schrittweise legte. Hier haben wir es mit direkten Auswirkungen von Stalins Tod zu tun, wobei offenbleiben muß, was passiert wäre, hätte Stalin den März 1953 überlebt.

Die antizionistische Psychose im Kreml traf nicht wenige Stalinanhänger tief, brachte einige endgültig von Stalinismus ab. Stalin-Gegnern wie dem Literaturwissenschaftler und Kommunisten jüdischer Herkunft Hans Mayer (Jahrgang 1907) verschaffte der Tod des ‚großen Georgiers‘ ein „Gefühl der – möglichen – Erleichterung“. Bei den Trauerfeierlichkeiten machte Mayer, so erinnerte er sich, „ein Pokergesicht“. Stalin hatte er seit seiner Jugend gehabt. „Die Erfahrungen des Exils, mit dem Walten Stalins im Spanischen Bürgerkrieg, mit den Moskauer Prozessen gegen Bucharin oder Sinov'ev, mit dem Hitler-Pakt, mit der skandalösen, von Stalin mitredigierten Rede Aleksandr Fadeevs auf dem Breslauer Kongreß der Intellektuellen im August 1948“ – Mayer sah keinen Grund zur Trauer. Angesichts des politischen Interregnums im Kreml rechnete er sich aus: „Für einige Jahre muß man [...] noch mit diesem Amalgam rechnen aus Stalin-Erbschaft und vorsichtigem Antistalinismus.“¹⁷

Diese Erkenntnis dürfte im Frühjahr 1953 noch eine Ausnahme gewesen sein. Für die Wochen nach Stalins Tod gilt eher, daß weder Stalin-Anhänger, noch Stalin-Gegner in Ostdeutschland wußten, womit sie in nächster Zukunft zu rechnen hatten. Für die Masse der in SED, FDJ und „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ Engagierten starb „der große Stalin“. Wie Quellen belegen, wurde des Schülers einer georgischen Klosterschule auch in einzelnen ostdeutschen Kirchen gedacht.¹⁸ Jene aber, die mit seinen Sicherheitsdiensten schlimme Erfahrungen gemacht hatten, sahen eher mit Genugtuung, daß auch er sterblich war. Das wird man annehmen können, obwohl keine Ergebnisse zeitgenössischer Meinungsumfragen vorliegen.

Kurz nach dem 5. März 1953 fielen viele deutsche Strafgefangene des GULag unter eine Amnestie und wurden nach Hause entlassen. Inwieweit das auf den Tod Stalins zurückzuführen ist, bleibt zu klären. Ein Teil der Amnestierten wurde allerdings aus den Zwischen-

¹⁷ Hans Mayer, *Der Turm von Babel, Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik*, Frankfurt a. M. 1991, S. 84 f., 88.

¹⁸ In Leinefelde rief der katholische Pfarrer die Gläubigen im Gottesdienst zu einer Gedenkminute auf, in Heiligenstadt sprach die Gemeinde in der sonntäglichen Abendmesse ein Vaterunser für den Verstorbenen.

lagern wieder zurück in die Straflager gebracht, nachdem die Ereignisse um den 17. Juni in Moskau ausgewertet worden waren.¹⁹ Die Heimkehrer waren zum Schweigen verpflichtet.

Und die politisch wenig interessierte DDR-Bevölkerung? Die meisten Ostdeutschen wurden weder vom Ereignis selbst noch vom außergewöhnlichen Medienrummel sonderlich berührt. Im Rundfunk begann er mit der verspäteten Mitteilung über Stalins schlechten Gesundheitszustand am 5. März. Am 7. März erschien das „Neue Deutschland“ mit Großporträt und der Schlagzeile: „Das Herz des größten Menschen unserer Epoche, des großen J. W. Stalin, hat aufgehört zu schlagen.“ Es folgten Mitteilungen der KPdSU-Führung, ärztliche Gutachten, Beileidstelegramme, Berichte von den Beisetzungsfeierlichkeiten in Moskau, die Trauersitzung des ZK der SED am 6. März, ein Artikel Walter Ulbrichts, Berichte von Trauerfeiern in der ganzen Welt, am 10. März die Erinnerung an die Stalin-Note vom Vorjahr. Mehrere Ausgaben enthielten Stellungnahmen kommunistischer Parteien – und immer wieder Worte der Trauer und Wettbewerbverpflichtungen aus der Bevölkerung. Ein Teil davon war echt, vieles war Routine. Doch „allmählich ward ausgetrauert“, wie es bei Loest heißt, „die Fahnen stiegen wieder auf Vollmast“.²⁰

Die Historikerin Dagmar Semmelmann hat Einwohner von Eisenhüttenstadt, das am 7. Mai 1953 den Namen Stalin-Stadt erhielt, nach ihrer Erinnerung an die Namensgebung befragt. Lutz Niethammer, der 1987 dort ebenfalls ein Oral-History-Projekt realisierte, bezeichnete es als „byzantinischen Zynismus, die [wie er meint] größte Vertriebenenstadt der DDR auch noch nach Stalins Tod auf dessen Namen zu taufen“.²¹ Zynismus war es kaum, denn der hätte eine größere Distanz der Namensverleiher zum Namenspatron vorausgesetzt. Aber der Einzelbefund Niethammers fand Bestätigung: Den meisten Erbauern der Stadt war der Name „scheißegal“, wenn sie dort nur Wohnungen bekamen.²²

Die völlig unerwartete Namensgebung für das Eisenhüttenkombinat und die Stadt (die SED-Führung hatte eigentlich vor, die Stadt im Karl-Marx-Jahr nach diesem zu benennen) stieß nur auf verhaltene Zweifel: „Na müssen wir ausgerechnet so'n Namen haben?“ Einige fanden den Namen „'n bißchen ulkig“. Einem SED-Mitglied (Jahrgang 1921) war Stalin „nich sympathisch. So seine Art, so das Rabiante. Und jetzt kam das dazu, daß er zugelassen hat: Die deutschen Frauen sind Freiwild.“ Dieser Hochöfner hätte sich eigentlich gern gegen den Namen ausgesprochen, aber das „macht man nich gerne so als einziger ... Dann kam immer die Frage: ‚Biste für'n Krieg oder biste für'n Frieden?‘ – das war immer so das Schlagwort, ja und wer is nu für'n Krieg?“²³

Stalin war der Masse der ostdeutschen Bevölkerung 1953 „nicht sympathisch“. Die Umbenennung von Stalin-Stadt in Eisenhüttenstadt im Jahre 1961 wurde von der Bevölkerung begrüßt. Dem Berliner Stalin-Denkmal, das im Frühjahr 1961 in einer nächtlichen Aktion abgerissen wurde, hat ebenfalls kaum einer nachgetrauert. Einer der Abrißarbeiter hat heimlich ein Stalin-Ohr als Souvenir mitgenommen. Das kann man sich heute ansehen: im „Café Sibylle“, in der Berliner Karl-Marx-Allee.

¹⁹ Siehe Peter Bordihn, *Bittere Jahre am Polarkreis. Als Sozialdemokrat in Stalins Lagern*, Berlin 1990, S. 114–120.

²⁰ Loest, *Erde*, S. 190.

²¹ Siehe Niethammer/von Plato/Wierling, *Die volkseigene Erfahrung*, S. 400.

²² Ebenda.

²³ Zu den Ende der achtziger Jahre geführten und themenspezifisch ausgewerteten Interviews siehe: Dagmar Semmelmann, *Neue Heimat Stalinstadt. Eine Collage aus Interviews*, in: Evemarie Badstübner (Hrsg.), *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin 2000, S. 117–141.

Die Diskussion von Elke Scherstjanoi's Vortrag auf der Stalin-Tagung

konzentrierte sich auf die Frage, inwiefern Stalins Tod tatsächlich eine gravierende historische Zäsur markiert. Ein Zeitzeuge machte dazu zunächst die Anmerkung, daß die Nachricht vom Ableben des sowjetischen Diktators unter den politischen Gefangenen im Gefängnis Bautzen Jubel ausgelöst habe. Hinsichtlich der Sowjetunion wurde darauf hingewiesen, daß der 5. März 1953 die unabdingbare Voraussetzung des XX. Parteitag von 1956 gewesen sei, auf dem Chruschtschow seine Enthüllungsrede hielt. Vor dem Tod Stalins sei in der Sowjetunion vielfach eine neue, große Säuberungswelle befürchtet worden. Plädiert wurde für vergleichende Untersuchungen der Auswirkungen auf die Volksdemokratien. Während etwa in Polen eine Hochzeit des Stalinismus nach Stalin zu verzeichnen sei, sei auf den 5. März 1953 in Ungarn eine tiefgreifende Veränderung erfolgt. Was hing am Tod eines Menschen, was hat den Tod überdauert – so laute die Grundsatzfrage, auf die die Diskussion immer wieder zurückkomme, führte die Referentin aus. Sie verwies noch einmal auf Kontinuitäten, wie das hochstalinistische Vorgehen in der DDR bis hin zum 17. Juni 1953, warnte aber andererseits auch davor, die Flexibilität des sowjetischen Systems unter Stalin selbst zu gering einzuschätzen.

Nikita Petrov

Die Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit am Beispiel der Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen

Mehr als zehn Jahre sind seit der Verabschiedung des neuen russischen Gesetzes „Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen“ vergangen.¹ Diese Zeit, so scheint es, sollte für die Überprüfung aller politischen Fälle vollkommen ausreichen. Aber der Prozeß der Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung in der Sowjetunion dauert bis heute an. Was ist der Grund für diese Verzögerung, und worin besteht die heutige „Ideologie“ der Rehabilitierung, inwieweit wird sie bis zum heutigen Tag von sowjetischen (oder sogar stalinistischen) Postulaten beeinflusst? Diese Fragen zu beantworten ist nicht einfach, und das vor allem, weil in Rußland derzeit zwei einander ausschließende Tendenzen bestehen. Auf der einen Seite findet sich das Bestreben, demokratische politische Strukturen aufzubauen, eine freie Marktwirtschaft zu etablieren sowie der Appell, die Persönlichkeitsrechte zu respektieren; auf der anderen steht die für Rußland traditionelle Verabsolutierung der Rolle des Staates sowohl bei der Organisation der Gesellschaft als auch der Wirtschaft, was unausweichlich zur Unterdrückung der Freiheiten und Rechte der Persönlichkeit unter Berufung auf „gesellschaftliche“ (tatsächlich aber staatliche) Interessen führt. Der Kampf zwischen diesen Tendenzen (der „liberal-demokratischen“ und der „staatlich-beschützerischen“) hält bis jetzt an. Heute haben die Sowjettraditionalisten, die sogenannten Gosudarstvenniki, die Oberhand. Der politische Gegensatz wirkt sich unausweichlich auch auf den Prozeß der Aufarbeitung des sowjetischen Erbes aus, und dementsprechend auch auf den Fortgang der Rehabilitierung der Opfer der sowjetischen Repressionen.² Heute hat sich der der kommunistischen Doktrin eigene „Klassenstandpunkt“ bei der Einschätzung von Ereignissen und Handlungen von Menschen auf logische Weise transformiert. Der „innere Feind“ ist verschwunden und wurde durch den „äußeren Feind“ ersetzt. Diese Einstellung speist sich aus dem tiefverwurzelten sowjetischen Dogma, daß der sowjetische Staat bzw. die Staatlichkeit vom russischen Imperium ererbt ist und das heutige Rußland der rechtmäßige Erbe der UdSSR ist. Entsprechend dieser Einstellung übernimmt Rußland nicht nur die „äußeren Feinde“, sondern auch das konfrontative Denken und alle Ängste, die dieses begleiten.

Die Herleitung der staatlichen Identität aus der sowjetischen Periode spielte der russischen Justiz einen bösen Streich. Sie ist bis heute nicht imstande, sich hinsichtlich der Rehabilitierung entschieden auf den Boden der rechtlichen Normen zu stellen. Und dabei ist schon die gegenwärtige normative Basis des Prozesses der Rehabilitierung unzureichend und bedarf grundlegender Veränderungen und Ergänzungen.

Bekanntlich begannen die Überprüfung politischer Urteile und die Rehabilitierungen unmittelbar nach dem Tod Stalins. Zunächst waren das vereinzelt Aktionen in Form von

¹ Das Gesetz wurde am 18. 10. 1991 verabschiedet. Siehe *Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij*, Moskau 1993, S. 194–204.

² Zu den unterschiedlichen Tendenzen im politischen Leben Rußlands und ihren Einfluß auf den Prozeß der Rehabilitierung siehe z.B. Nancy Adler, *The Gulag Survivor: beyond the Soviet system*, New Brunswick, London 2002, S. 239–267.

Freilassung und Rehabilitation bekannter politischer Persönlichkeiten (in der Regel hohe Parteifunktionäre und Militärs), die in den letzten Jahren des Stalinismus zum Opfer von Verfolgungen geworden waren. Nach der Verhaftung Berijas und der Liquidierung der Sonderversammlung (OSO) beim Innenministerium wurden ernstliche Anstrengungen unternommen, die Akten aller von diesem Gremium Verurteilten zu überprüfen.³ Seit Mai 1954 nahm diese Überprüfung einen mehr oder weniger regelmäßigen Charakter an.⁴ Dabei veränderten sich die Kriterien der Rehabilitation beständig. Mitte der 50er Jahre wurden auf der Grundlage des von Nikita Chruschtschow in seiner Geheimrede verkündeten Postulats von Stalins Verantwortung für die Repressionen gegen die Mitglieder der kommunistischen Partei⁵ und den Beschluß des ZK über den Personenkult⁶ verfolgte Parteifunktionäre bedingungslos rehabilitiert. Hierbei berücksichtigte man jedoch nicht im geringsten, daß die Mehrheit von ihnen selbst aktive und führende Täter des Stalinschen Terrors gewesen waren und beispielsweise den Organen der außerjustiziellen Verfolgung – den Trojkas der örtlichen NKVD-Behörden in den Jahren 1937/38 – angehört hatten. Dagegen ging die Chruschtschowsche Rehabilitation an den Mitarbeitern des NKVD, die zur selben Zeit den „Trojkas“ vorgestanden hatten, vorbei. Die Halbheit des Rehabilitationsprozesses Mitte der 50er Jahre zeigte sich deutlich bei den Arbeiten der eigens gebildeten Kommissionen zur Überprüfung der Fälle der wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“ Verurteilten.⁷ Die Kommissionen waren vor allem bestrebt, die in Gefangenschaft Befindlichen zu überprüfen, sie aus den Lagern zu entlassen und damit „einen Schlußstrich zu ziehen“. Diese Einstellung führte dazu, daß die Überprüfung einer großen Masse von Fällen nur zu einem kleinen Teil zu Rehabilitierungen führte. In der Mehrheit der Fälle kam es zu Amnestien, zur Verkürzung der Haftzeit und anderen Maßnahmen, die es ermöglichten, Menschen in die Freiheit zu entlassen, ohne sie zu rehabilitieren. Das heißt, die Machthaber wollten nicht nur nicht anerkennen, sondern nicht einmal begreifen, daß alle sowjetischen Repressionen nicht zu rechtfertigende Gesetzlosigkeiten und Verbrechen gegen das Volk waren. Die Mehrheit derer, die unter Stalin gelitten hatten, galt weiterhin als schuldig.⁸

Nach dem Sturz Chruschtschows kam der Prozeß der Rehabilitation nahezu zum Erliegen. Seit dieser Zeit wurden Überprüfungen nur auf Antrag von Bürgern hin durchgeführt und trugen im wesentlichen Einzelcharakter. Insgesamt war für die Breschnew-Epoche nicht nur das Beschweigen der Stalinschen Verbrechen charakteristisch, sondern sogar ihre Leugnung. Aber zu einer „Wiederkunft“ Stalins kam es nicht. Man erzählt sich, daß im Vorfeld des hundertsten Geburtstags Stalins im Jahr 1979 im Kreml eine heiße Debatte

³ Reabilitacija: kak éto bylo. Sost. Artizov A. N./Sigačev Ju. V./Chlopov V. G./Ševčuk I. N., Tom I, Moskau 2000, S. 72-74.

⁴ Vgl. die Verfügung des Präsidiums des ZK der KpdSU vom 4. 5. 1954, dem zufolge der Überprüfung die Fälle aller von außergerichtlichen Organen Verurteilten unterlagen, also der Kollegien der OGPU, OSO und der „Trojkas“ des NKVD; ebenda, S. 116 f.

⁵ Vgl. die Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KpdSU, in: Reabilitacija: Političeskie processy 30-50-ch godov. Pod. Red. A. N. Jakovleva, Moskau 1991, S. 34.

⁶ Beschluß des ZK der KPdSU vom 30. 6. 1956 „Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“, in: CK KPSS v rezolucijach i rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK (izd. 7-e.) Čast' 4, Moskau 1960, S. 221-239.

⁷ Reabilitacija: kak éto bylo, S. 116 f.

⁸ Insgesamt wurden zwischen 1954 und 1962 258 322 Menschen rehabilitiert; Moskovskie novosti 24.-31. 3. 1996, S. 14.

über Stalin geführt und bereits ein Beschluß über seine vollständige historische Rehabilitierung vorbereitet worden sei; und am 21. Dezember hätte die mongolische Zeitung „Unen“, die einige Stunden früher als die Moskauer Morgenzeitungen herauskam, bereits eine Auflage mit Material über Stalin und seinem Porträt auf der ersten Seite gedruckt, aber buchstäblich in der letzten Minute habe sich der Kreml eines besseren besonnen – die Moskauer Zeitungen machten mit einem offiziösen Artikel mit Erwähnung von Stalins „Fehlern“ und Erwähnungen der Beschlüsse des 20. Parteitages der KPdSU auf. Diese Geschichte drückt sehr genau die Befürchtungen der sowjetischen Intellektuellen jener Zeit aus. Dabei hatte tatsächlich eine ernstliche Diskussion im Kreml stattgefunden, aber bereits zehn Jahre früher – am 17. Dezember 1969. Damals beschloss die Mitglieder des Politbüros des ZK KPdSU die Chruschtschowschen Bewertungen Stalins etwas zu korrigieren, indem sie die bisherige Reihenfolge des „Negativen“ und des „Positiven“ in seinem Handeln umdrehten und damit die vergessenen Verdienste des Führers beim „Aufbau des Sozialismus“ etwas mehr hervorhoben. Insgesamt allerdings wurde eine vorsichtige Kritik Stalins beibehalten. „Ein in ruhigem Ton gehaltener Artikel“ solle herausgegeben werden, resümierte Breschnew die Diskussion.⁹ Danach wurde die Frage für lange Jahre nicht mehr aufgeworfen, das Thema der sowjetischen Repressionen und Willkürakte aufzugreifen war verboten, und Veränderungen der Einschätzungen Stalins erfolgten nicht.

Im November 1987 erklärte Gorbatschow in einem programmatischen Vortrag: „Die Schuld, die Stalin und seine engere Umgebung vor der Partei und dem Volk auf sich geladen haben, indem sie die massenhaften Repressionen und Willkürakte zugelassen haben, ist riesig und unverzeihlich.“¹⁰ Gorbatschows Perestrojka initiierte eine Neubewertung nicht nur der Rolle Stalins, sondern überdies der gesamten sowjetischen Geschichte. Erneut begann der Prozeß der Rehabilitation. Die hierfür vom ZK der KPdSU gebildete Kommission konzentrierte jedoch all ihre Aufmerksamkeit auf die Rehabilitierung ehemaliger Oppositioneller und bedeutender Parteifunktionäre, bekannte Fälle und Gerichtsprozesse. Weder die Prozesse der 20er Jahre und noch gar die der Leninschen Periode wurden von ihr überprüft. Außer acht blieben auch die bekannten Prozesse der „Industriepartei“ (1930) und des „Unionsbüros der Menschewiki“ (1931). So wirkten auch zu Gorbatschows Zeiten die ideologischen Richtlinien des 20. Parteitages nach, denen zufolge Stalin mit den unbegründeten Repressionen im Jahre 1934 begonnen hatte. Dabei wurde der Begriff „Stalinismus“ fest in der Propaganda verankert, im Unterschied zur Chruschtschowschen Epoche, als man festgestellt hatte, daß der Personenkult „die Natur der sozialistischen Ordnung nicht verändert hat“. Auf diese Weise wurde die gesamte Willkür der sowjetischen Periode erneut allein Stalin zugeschrieben. Der Vorsitzende des KGB, V. A. Krjučkov, sprach in seinem Vortrag vom 4. November 1989 von den „schweren, zerstörerischen Folgen des Stalinismus, der den Sozialismus deformierte und die Leninsche Konzeption der neuen Gesellschaft pervertierte“¹¹, aber in seinen weiteren Ausführungen über die Massenrepressionen und die „unschuldig Leidenden“ sagte er nichts über ihre Rehabilitierung.¹² Es war eindeutig zu beobachten, daß das KGB einem breiten Rehabilitationsprozeß entgegenzuwirken versuchte, insbesondere in bezug auf die Dissidenten der 60er und 80er Jahre.

⁹ Istočnik. 1996, Nr. 4, S. 145–151.

¹⁰ M. S. Gorbačev, *Izbrannye stat'i i reči*. T. 5, Moskau 1988, S. 402.

¹¹ V. A. Krjučkov: *Velikij oktjabr' i obnovlenie sovetskogo občestva*, Moskau 1989, S. 6.

¹² Ebenda, S. 7.

Große Bedeutung hatte die Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 16. Januar 1989 „Über ergänzende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit hinsichtlich der Opfer der Repressionen, die in der Periode der 30er und 40er und zu Beginn der 50er Jahre stattgefunden haben“¹³. In dieser Verordnung wurden alle Entscheidungen außergerichtlicher Organe (der Sonderberatung, der „Trojka“, des Kollegiums der OGPU, der Kommission des NKVD und des Prokurators [Staatsanwalts] der UdSSR) als „verfassungswidrig“ bezeichnet und aufgehoben. Aber, wie stets, enthielt die Verordnung eine Einschränkung: Sie erstreckte sich nicht „auf Landesverräter und Hilfspolizisten der Periode des Großen Vaterländischen Krieges, Nazikriegsverbrecher, Mitglieder von Bandenformationen und ihre Helfer, Funktionäre, die Strafkarten gefälscht hatten und ferner Personen, die vorsätzliche Tötungen und andere Verbrechen begangen haben“¹⁴. Diese Ausnahme ist bis heute gültig. Und so besteht die absurde Situation, daß die Entscheidungen „verfassungswidriger“ außerjustizieller Organe bis heute juristische Gültigkeit haben.

Im weiteren wurden staatliche Verfügungen erlassen, die den Prozeß der Rehabilitierung vertieften und beschleunigten. Mit dem Ukas des Präsidenten der UdSSR, M. S. Gorbatschow, vom 13. August 1990 „Über die Wiederherstellung der Rechte aller Opfer der politischen Repressionen der 20er bis 50er Jahre“ wurde der zeitliche Rahmen des Rehabilitationsprozesses erweitert und die Verfolgung der Bauern in den Jahren der „Kollektivierung“ verurteilt. Aber auch in dieser Verfügung wurde eine Einschränkung hinsichtlich der „Verbrechen gegen die Heimat“ vorgenommen.¹⁵ Die Verordnung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. November 1989 hob alle normativen Akte über die Deportation von Völkern auf und verpflichtete die Staatsorgane der UdSSR, „bis Ende 1991 die Wiederherstellung der gesetzlichen Rechte der repressierten Völker wiederherzustellen“.¹⁶ Die Verordnung wurde nicht in vollem Umfang ausgeführt; bis heute ist die Gerechtigkeit für die Rußlanddeutschen und die Krimtataren nicht wiederhergestellt.

Nach dem Sturz der kommunistischen Macht im August 1991 schien es, als könnte es für den Prozeß der Rehabilitierung keinerlei Hindernisse mehr geben. Veröffentlichte Archivadokumente demonstrierten augenfällig, daß die in der UdSSR begangenen Massensterben Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten. Leider fanden die mit ihren eigenen Problemen beschäftigten neuen russischen Machthaber dennoch keine Zeit, der sowjetischen Vergangenheit eine juristische Bewertung widerfahren zu lassen und diese Verbrechen beim Namen zu nennen. Darüber hinaus enthielt das am 18. Oktober verabschiedete neue Rehabilitierungsgesetz erneut Einschränkungen, die eine Überprüfung der Fälle von „Landesverrättern“ und „Spionen“ verhinderten, selbst wenn sie von nichtgerichtlichen Organen verurteilt worden waren! Dieser Rülpsen des Stalinschen Gerichtswesens existiert auch heute noch. Insgesamt jedoch gab das neue Gesetz dem Rehabilitierungsprozeß einen mächtigen Impuls. Ein prinzipieller Unterschied zu früheren Zeiten bestand darin, daß für die Rehabilitierung ihm zufolge die Entscheidung eines Prokurators (Staatsanwalts) ausreichend und nicht mehr, wie in den 50er Jahren, eine gerichtliche Überprüfung der Fälle notwendig ist.

Die augenfällige Abbremsung des Prozesses der Rehabilitation nach 1993 drückte sich darin aus, daß die Gesamtsichtung aller in den Archiven befindlichen Strafkarten einge-

¹³ Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov, S. 186 f.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda, S. 187-189.

¹⁶ Ebenda, S. 191-194.

stellt wurde und sich die Staatsanwaltschaft ausschließlich auf die Überprüfung der von Angehörigen gestellten Rehabilitierungsanträge konzentrierte. Begründet wurde das mit rein bürokratischen Erwägungen – dem Mangel an Personal und Finanzen. In einem Zeitungsinterview im Jahre 1996 sprach der Leiter der Rehabilitierungsabteilung der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft V. Kupec ganz direkt darüber¹⁷. Hinsichtlich der Rehabilitierung von Ausländern erwähnte er, daß im Zeitraum von drei Jahren nur 6 000 Verurteilte rehabilitiert worden seien, erklärte aber zugleich, daß 200 000 Ausländer – zumeist Deutsche – zur Rehabilitierung anstünden, die auf administrativem Wege, ohne Gerichtsentscheidung interniert worden waren; aber die Zuständigen im Innenministerium würden die Durchführung eines entsprechenden Auftrages verweigern.¹⁸

Das Ministerium für Innere Angelegenheiten (MVD) der Russischen Föderation war mit der Durchführung der Rehabilitierung der aus politischen Gründen auf administrativem Wege (durch Umsiedlung, Verbannung und Deportation) repressierten Bürger beauftragt. In den Jahren 1991 bis 1995 und im ersten Halbjahr 1996 gingen bei den Innenbehörden 2 600 000 Rehabilitationsanträge und -anfragen ein. Im Zuge ihrer Bearbeitung wurden 1 068 000 Rehabilitationsbescheide erteilt und 286 000 Anerkennungsbescheide für Personen, „die unter politischen Repressionen gelitten haben“. 9,6 Prozent der Antragsteller wurden abschlägig beschieden. Im gleichen Zeitraum wurden ungefähr 700 000 Archivauskünfte und Dokumentenauszüge über den Entzug von Eigentum und über Zeiten, während derer sich Bürger unter Überwachung befunden haben, erstellt.¹⁹ Der Anteil der Ablehnungen bei Anträgen auf Rehabilitierung oder Anerkennung als Geschädigter erscheint nicht ganz so groß, wenn man in Rechnung stellt, daß ein Teil davon auf das Fehlen von Archivdokumenten über Repressionen zurückzuführen ist (in solchen Fällen ist ein gerichtliches Verfahren zur Anerkennung des Faktums der Repression vorgesehen). Daß der Prozeß der Rehabilitierung in administrativen Fällen in den 90er Jahren mehr oder weniger erfolgreich verlaufen ist (wenn man den Unwillen des Innenministeriums, sich mit den Internierten zu befassen, außer acht läßt), erklärt sich vor allem aus der „Unstrittigkeit“ dieser Fälle im heutigen Verständnis. Das kann man jedoch über die anderen Kategorien der auf gerichtlichem und außergerichtlichem Wege Repressierten nicht sagen.

Das schlagendste Beispiel ist die Rehabilitierung des Kommandanten des „Kosakenkorps“ der Deutschen Wehrmacht, Helmuth von Pannwitz. Er ist einer von vielen deutschen Generalen, die in der UdSSR ohne hinreichende Begründung hingerichtet wurden. Aber die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft hatte sich geweigert, die russischen Kosakengenerale P. N. Krasnov, A. G. Škuro und andere zu rehabilitieren, und zwar mit der Begründung, daß sie in den Jahren des Bürgerkriegs Grausamkeiten begangen haben (in ihren Strafakten finden sich fast gar keine Hinweise auf von ihnen im Zweiten Weltkrieg begangene Verbrechen).²⁰ Der Standpunkt der Staatsanwaltschaft ist auch deshalb absurd, weil sie alle gemäß dem Ukas vom 19. April 1943 verurteilt wurden, den man in keiner Weise auf die Ereignisse des Bürgerkriegs anwenden kann, weil kein neu eingeführtes Gesetz rückwirkende Geltung beanspruchen kann. Darüber hinaus widersprach die Anwendung

¹⁷ Moskovskie novosti 24.-31. 3. 1996, S. 14.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Osnovnye rezul'taty, sostojanie i perspektivy dejatel'nosti organov vnutrennich del po ispolneniju Zakona Rossijskoj Federacii „O reabilitacii žertv političeskich repressij“ (1991-1996). Spravočnyj material. Izdanie MVD RF, 1996, S. 4 f., 9.

²⁰ Zu diesem Fall siehe: Kommersant' Vlast', 4. 9. 2001, Nr. 35, S. 60-63.

von Geheimgesetzen rechtlichen Normen, wurde doch dieser Ukas nicht publiziert, und blieb sein Inhalt noch bis 1992 geheim.²¹ In diesem Fall traten die prosowjetischen Angewohnheiten der Militärstaatsanwälte augenfällig zutage. Vor kurzem, im Jahre 2001 wurde nämlich auch die bereits vorgenommene Rehabilitation von Pannwitz unter skandalösen Umständen wieder aufgehoben.

Der Blick auf ähnliche Geschichten der Überprüfung der Fälle von Deutschen, die in den Stalinjahren verurteilt wurden, ergibt ein analoges Bild. So hob das Militärgericht des Moskauer Wehrbezirks am 3. Februar 1999 die Entscheidung der Sonderversammlung beim NKVD im Fall der Besatzungsmitglieder der Fliegerstaffel „KG-200“ Wagner, Genichen, Moeller, Zeuner, Hogen und anderer (insgesamt 10 Mann) auf. Sie alle wurden wegen „Spionage“ am 19. Oktober 1945 zum Tode durch Erschießen verurteilt.²² Ihre ganze Schuld bestand darin, daß sie in der UdSSR Fallschirmjäger-„Spione“ abgesetzt hatten. Zunächst rehabilitierte sie das Militärgericht, indem es gerechterweise voraussetzte, daß die Besatzung selbst sich nicht mit Spionage befaßt hatte die Aufgaben der transportierten Personen nicht hatte kennen können, sondern nur Befehle ausführte – eben Fliegeraufgaben, die ihrer dienstlichen Pflicht entsprachen. Die Militärstaatsanwaltschaft protestierte gegen diese Entscheidung und brachte als Beweisgründe vor, Kalmückien, wo das Flugpersonal festgesetzt worden war, sei zu weit von der Frontlinie entfernt und die Flieger könnten deshalb nicht als Kriegsgefangene betrachtet werden; außerdem hätten sie in der „speziell für die Bedürfnisse ‚Abwehr‘ gebildeten Langstreckenstaffel“ gedient. Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der Russischen Föderation anerkannte die Beweise der Staatsanwaltschaft und am 14. Oktober 1999 wurde die Rehabilitation dieser Gruppe von Deutschen aufgehoben.

Bei der Überprüfung der Fälle einiger vom Militärtribunal der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in den Jahren 1950 bis 1953 wegen Spionage zum Tode verurteilter DDR-Bürger (die in Moskau hingerichtet wurden) zeigten die Militärstaatsanwälte indes zur gleichen Zeit einen gewissen „Liberalismus“. Sie halten es für möglich, einfache Deutsche zu rehabilitieren, die sich mit „geringfügiger Spionage“ befaßt haben, d. h. mit der Aufzeichnung von Nummern sowjetischer Militärautomobile, der Sammlung von Kuverts mit Feldpostnummern sowjetischer militärischer Einheiten usw. Nach vorläufigen Berechnungen wurden aufgrund solcher Beschuldigungen in Moskau insgesamt ungefähr 1 100 Deutsche hingerichtet. Der Großteil wurde bis zum Ende der 90er Jahre nicht rehabilitiert. Jedoch wurden in allerjüngster Zeit bereits 600 von ihnen von der Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Ihre Namen wird Memorial in den publizierten „Erschießungslisten“ veröffentlichen.

Insgesamt verläuft die Rehabilitierung nicht sehr zügig, obwohl die Staatsanwälte beabsichtigen, diesen Prozeß so schnell wie möglich zu vollenden. Nach einer Mitteilung der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft soll die Überprüfung der Straftaten der in der sowjetischen Periode Repressierten im Jahr 2003 vollständig abgeschlossen sein. Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft führt diese Arbeit, wie in einer Veröffentlichung der „Izvestija“ ange-

²¹ Zu diesem Ukas eingehender: Andreas Hilger/Nikita Petrow/Günther Wagenlehner, Der „Ukaz 43“ : Entstehung und Problematik des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. 4. 1943, in: Sowjetische Militärtribunale, Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953, Köln u. a. 2001, S. 177–209.

²² Siehe zu diesem Fall: Nikita Petrow, Außergerichtliche Repressionen gegen kriegsgefangene Deutsche 1941 bis 1956, in: Klaus-Dieter Müller (Hrsg.), Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956, Köln u. a. 1998, S. 175–196.

merkt wird, auf der Grundlage des Gesetzes über die Rehabilitierung von 1991 und gemäß „den Weisungen des Generalstaatsanwalts“ durch. Bis heute wurden über 160 000 Fälle überprüft; dabei erfolgte in ungefähr 93 000 Fällen eine Rehabilitierung, während sie in 80 000 verweigert wurde.²³ Bis heute werden die Motive für abschlägige Rehabilitationsbescheide von ideologischen Gründen diktiert, die von stalinistischen Stereotypen geprägt sind. Nach den Worten des Stellvertretenden Militärhauptstaatsanwalts Aleksandr Ivanov, sind diejenigen, die nicht rehabilitiert wurden, „im wesentlichen Landesverräter aus der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges: Menschen, die den Besatzungstreitkräften geholfen haben, die auf der Seite der Wehrmacht gekämpft haben, darunter auch Ausländer. Hinsichtlich dieser Gruppe von Menschen“, beharrt Ivanov, „sind die kriminellen Tatbestände auch im Rahmen der heutigen russischen Gesetzgebung offenkundig.“²⁴ Dennoch hat sich der Staatsanwalt wohl geniert, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen, da er nicht erwähnte, daß viele jener, denen die Rehabilitierung verweigert wurde, wegen „Spionage“ verurteilt wurden, und daß es unter ihnen nicht wenige gibt, die von außegerichtlichen (d.h. nicht verfassungsgemäßen) Organen verurteilt wurden. Im Bericht der „Izvestija“ wird auch die Statistik der Überprüfung für das Jahr 2002 angeführt: Überprüft wurden mehr als 47 000 Strafverfahren (das ist zweieinhalbmal mehr als im Jahr 2001), was zur Rehabilitierung von 17 706 Verurteilten führte (darunter mehr als dreieinhalb Tausend Ausländer), und zur Verweigerung für 41 057 Personen (dreimal mehr als die Zahl der Negativentscheidungen im Jahr 2001). Es drängt sich der Eindruck einer Beschleunigung des Prozesses der Rehabilitierung auf: Von den insgesamt 160 000 Fällen wurden in den letzten beiden Jahren 47 000 plus 18 800, also insgesamt 65 800 oder 41 Prozent der Gesamtzahl der Fälle erledigt. Auch der Anteil der Negativbescheide wächst, gemäß den oben genannten Zahlen betrug er im Jahr 2002 69,8 Prozent.

Noch ein weiteres Phänomen ist mit dem Überdauern alter Stereotype zu erklären. Während die staatlichen Stellen offiziell die Massenrepressionen und die Gesetzlosigkeit der sowjetischen Ära verurteilen, behindern sie regelmäßig den freien Zugang zu Archiv- und Strafakten für historische Untersuchungen. Erst am 31. März 1998 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Föderalen Sicherheitsdienst Rußlands und dem Deutschen Roten Kreuz unterzeichnet, die auf eine Übereinkunft zwischen dem russischen Präsidenten Jelzin und dem deutschen Bundeskanzler Kohl vom 16. Dezember 1992 zurückgeht und die die Bereitstellung von Archivinformationen über fast 200 000 repressierte Deutsche vorsieht.²⁵ Dabei begleiteten den Prozeß der Übergabe und die Regelung der Nutzung eine ganze Reihe von Vorbehalten und Verpflichtungen, die der deutschen Seite auferlegt wurden. In der Praxis ergibt sich, daß sich die Historiker mit diesen Materialien nicht einfach vertraut machen können. Darüber hinaus sind Beispiele bekannt, daß in den der deutschen Seite übergebenen Fotokopien archivierter Strafakten die eine oder andere unangenehme Information geschwärzt wurde (beispielsweise die Namen von NKVD-MGB-Mitarbeitern, die den Fall bearbeiteten).

Ein wesentliches Moment, das die Änderung der Einstellung zur Rehabilitierung erschwert und damit ihre praktische Umsetzung im Einklang mit den rechtlichen Normen, ist die immer deutlichere sicherheitsbesessene und konservative Tendenz. Dieselbe Wir-

²³ Izvestija, 18. 1. 2003.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Nezavisimoe voennoe obozrenie, Nr. 15, 17.-23. 4. 1998, S. 7.

kung haben gesellschaftliche Stimmungen, die man als Erscheinungen der Nostalgie für die „ruhmreiche“ sowjetische Vergangenheit kennzeichnen kann. Natürlich bedeutet eine wachsende Sympathie für Stalin in der Bevölkerung nicht, daß man alle seine Handlungen bedingungslos akzeptiert. Die Mehrheit tadelt ihn für seine grausamen Bluttaten, aber sie rechtfertigt ihn zugleich, indem sie erklärt, daß das für die Sache des staatlichen Aufbaus unabdingbar war. Als Verdienst rechnen seine heutigen Adepten Stalin vor allem den Sieg im Krieg mit Deutschland an. Aufgrund dessen rechtfertigen sie auch alles übrige – auch die Kollektivierung (es sei doch notwendig gewesen, die Kontrolle über die Lebensmittelproduktion sicherzustellen und strategische Reserven zu bilden), und den Gulag, der den Bau von Kanälen, Transportwegen und Rüstungsfabriken, den Erzabbau und dergleichen mehr ermöglicht habe (denn es war ja unabdingbar die Verteidigung zu stärken), schließlich auch die Massenrepressionen der 30er Jahre (denn es war ja nötig alle Unzufriedenen zu liquidieren – „die fünfte Kolonne“ – und die Stabilität des Hinterlandes im bevorstehenden Krieg sicherzustellen). Robert Conquest hat seinerzeit die stalinistische Methode der Umwandlung eines rückständigen Landes in eine Industriemacht scharfsinnig und präzise mit dem Kannibalismus als Methode des Übergangs zu einer besseren Ernährungslage verglichen. Heute legen russische Historiker allen Ernstes Dissertationen über den großen Beitrag des Gulag zum Sieg im Krieg von 1941–1945 vor. Dieser Zeitgeist kann nicht ohne Auswirkungen auf die Geistesverfassung der russischen Gesetzgeber bleiben, und es ist immer schwieriger, von ihnen neue gesetzliche Initiativen in Sachen Rehabilitierung zu erwarten.

Aber da in der Staatsduma nicht wenige ehemalige Kommunisten sitzen, wäre alles andere auch verwunderlich. Prostalinistisch ist auch die neue Klasse der russischen Beamtenschaft eingestellt und die nationale Geschäftselite, die sich vorwiegend aus der Schicht von mittleren Parteiapparatschiks, Vertretern des militärisch-industriellen Komplexes und dem Geheimdienst KGB formiert hat. Sie alle nämlich bildeten zu Sowjetzeiten eine privilegierte und machtverwöhnte Schicht. Heute durchleben sie eine Nostalgie nach sowjetischen Zeiten und beweinen den Fall des sowjetischen Imperiums. Die „liberalen Werte“ passen den heutigen Beamten nicht. Sie sehnen sich nach einem autoritären Führungsstil. Hier liegt die Quelle ihrer unlogischen Sympathie für Stalin. Indem sie eine solche Liebe für den Diktator an den Tag legen, strafen sie zugleich ein marxistisches Postulat Lügen, denn ihr wohlständiges Sein bestimmt keineswegs ihr Bewußtsein. So zeichnet sich im gegenwärtigen Rußland ein phantastisches und absurdes Bild ab: Diejenigen, die Stalin als großen Staatsmann schätzen, würde er – wenn er am Leben und an der Macht wäre – mit Sicherheit erschießen lassen. Sie haben einfach vergessen, daß er bis an sein Lebensende ein gegenüber den Klassenfeinden unversöhnlicher, überzeugter Marxist-Leninist geblieben ist.

Die Diskussion von Nikita Petrovs Vortrag auf der Stalin-Tagung

beschränkte sich im wesentlichen auf Nachfragen zur Sache. Als Antwort auf die Frage, welche Bedeutung eine so spät erfolgte Rehabilitierung für die Opfer stalinistischer Verfolgung haben könne, führte der Referent zwei Aspekte an: einerseits die moralische Genugtuung, andererseits gewisse materielle Vergünstigungen, die allerdings alles andere als lukrativ seien. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte bei der Rehabilitierung sei ihr Charakter als Gradmesser dafür, wie der russische Staat sich zur stalinistischen Vergangenheit stelle.

Leonid Luks

Zur „Herrschaftslogik“ im Stalinismus und im Nationalsozialismus

Die von Stalin und von Hitler errichteten Führerregime verkörperten per definitionem eine uneingeschränkte Willkür, hingen weitgehend von den politischen Fähigkeiten wie auch von den Launen der beiden Diktatoren ab. Läßt sich dessenungeachtet im Funktionieren der beiden Regime eine gewisse Logik entdecken? Kann man Willkür mit einer Art „Rationalität“ in Einklang bringen? Um diese „Quadratur des Kreises“ geht es im folgenden.

Dabei muß zunächst auf die Ambivalenz hingewiesen werden, die dem politischen Vorgehen der beiden Diktatoren eigen war. Ihre atemberaubenden Erfolge erzielten sie nicht zuletzt deshalb, weil sie ihr doktrinäres und paranoides Weltbild mit der Fähigkeit verknüpften, höchst machiavellistisch und pragmatisch zu handeln. Sie waren unberechenbar und berechenbar zugleich. Dadurch verwirrten und demoralisierten sie sowohl ihre Gegner als auch ihre Verbündeten.

Diese Ambivalenz durchzieht wie ein roter Faden das gesamte Wirken der beiden Tyrannen, darauf basierte in gewisser Hinsicht ihre Herrschaftslogik. Die Janusköpfigkeit des Stalinismus und des Nationalsozialismus, ihr andauerndes Pendeln zwischen dem doktrinären und dem pragmatischen Pol erschweren vielen Beobachtern die Einordnung dieser Systeme. Einige neigen zur Überbewertung der opportunistischen, andere der dogmatischen Komponente im Handeln beider Diktatoren und lassen so die Tatsache außer acht, daß die untrennbare Verknüpfung zwischen den beiden Aspekten zum Wesen des jeweiligen Systems gehörte und ihre beispiellosen Triumphe mitbedingte.

So nannte Leo Trotzki Stalin einen „Thermidorianer“¹ und verkannte dadurch die Bedeutung der 1929 begonnenen Stalinschen Revolution von oben. Denn im Gegensatz zum Thermidor handelte es sich beim Stalinismus keineswegs um den Versuch, einer utopisch-terroristischen Phase der Revolution ein Ende zu setzen. Im Gegenteil, gerade Stalin führte diese Entwicklungslinie der russischen Revolution auf ihren Höhepunkt.

Isaac Deutscher, der die Ansicht Trotzki in bezug auf den „thermidorianischen“ Charakter des stalinistischen Regimes im Grunde teilt, vertritt zugleich eine These, die das Wesen der stalinistischen Epoche sicher zutreffender beurteilt. Die stalinistische Umwälzung war seiner Meinung nach noch tiefer als diejenige vom Oktober 1917. Erst Stalin habe eine Situation in Rußland geschaffen, aus der eine Rückkehr zu den vorrevolutionären Verhältnissen unmöglich geworden sei.²

Und in der Tat, erst Stalin ist es gelungen, das zentrale Postulat des Marxismus – die Abschaffung des Privateigentums – zu verwirklichen. Im Juli 1932, als die bis dahin als undurchführbar eingestufte Aufgabe der Enteignung von mehr als 100 Millionen russischer Bauern beinahe vollendet war, schrieb Stalin an seine engsten Gefährten – Molotov und Kaganovič: „Der Kapitalismus wäre nicht imstande gewesen, den Feudalismus zu zerschla-

¹ Leo Trotzki, Schriften I, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Band 1 (1929–1936), hrsg. von Helmut Dahmer/Rudolf Segall/Reiner Tosstorff, Frankfurt a. M. 1988, S. 47 ff., 227 ff., 403 ff., 581 ff.

² Isaac Deutscher, *Russia after Stalin with a postscript on the Beria affair*, London ²1953, S. 97 f.

gen, [...] ohne die Durchsetzung des Prinzips der Unantastbarkeit des Privateigentums [...] Der Sozialismus wird nicht imstande sein, die kapitalistischen Elemente zu [...] begraben, wenn es ihm nicht gelingen wird, die Heiligkeit und Unantastbarkeit des gesellschaftlichen Eigentums zu verteidigen.⁴³

Der äußerst komplizierten Koexistenz des staatlichen und des privaten Wirtschaftssektors, die außerordentlich viele Spannungen und Konflikte verursacht hatte, wurde nun ein Ende gesetzt. Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, das in den Augen der orthodoxen Marxisten als die Verkörperung des Chaos galt, wurde durch einen staatlichen Dirigismus abgelöst.

Aber Stalin verwirklichte nicht nur das zentrale Postulat des „Kommunistischen Manifestes“ von Marx und Engels, „die Abschaffung des Privateigentums“.⁴⁴ Auch der Leninsche Traum von der Schaffung einer disziplinierten Partei, die handelt und nicht ewig diskutiert, ist erst in der Stalin-Epoche Wirklichkeit geworden. Die sozialdemokratische Partei sei kein Seminar, in welchem über verschiedene neue Ideen debattiert werde, erklärte Lenin im Jahre 1904. Sie sei eine Kampforganisation mit einem bestimmten Programm und einer klaren Hierarchie von Ideen. Der Eintritt in diese Organisation ziehe eine bedingungslose Anerkennung dieser Ideen nach sich.⁴⁵ Trotz dieser Verklärung der Parteidisziplin vermochte Lenin nicht, die von ihm gegründete Partei in ein monolithisches Gebilde zu verwandeln. Erst Stalin sollte dies gelingen, und zwar zu Beginn der 30er Jahre, während der Kollektivierung der Landwirtschaft. Der bolschewistische Typ ändere sich, schrieb 1932 der russische Exil-Historiker Georgij Fedotov. Für die Parteiführung sei nun die bedingungslose Erfüllung der „Generallinie“ viel wichtiger geworden, als freiwillige Anerkennung der bolschewistischen Ideen. Die Parteidisziplin werde höher eingestuft als der revolutionäre Idealismus.⁴⁶

Dieser Entmachtung bzw. Selbstentmachtung der Partei folgte 1936–1938, zur Zeit des großen Terrors, ihre Enthauptung. Der intransigent-unberechenbare und paranoide Charakter des stalinistischen Regimes offenbarte sich nun in voller Deutlichkeit. Anders als oft vermutet, handelte es sich beim 1936 begonnenen Vernichtungsfeldzug nicht in erster Linie um die Abrechnung Stalins mit seinen Kritikern, mit den ehemaligen Partei-Oppositionellen. Die letzteren spielten bereits seit Ende der 20er Jahre machtpolitisch keine Rolle mehr. Die Auseinandersetzung mit ihnen stellte nur einen Randaspekt des großen Terrors dar. Im Zentrum der Aufmerksamkeit des Diktators stand damals die aktuell herrschende Machtelite, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus überzeugten Stalinisten bestand. So erschütterte die Stalin-Riege die eigentliche Grundlage des Regimes. Dies war eine Operation beispielloser Dimension, die sich nicht einmal mit der jakobinischen Schreckensherrschaft vergleichen läßt. Denn in Frankreich ist es nach zwei Jahren, am 9. Thermidor 1794, gelungen, den Urheber des Terrors zu entmachten. In der Sowjetunion hingegen fand eine Art Thermidor – die Abrechnung mit dem Tyrannen – erst posthum, auf dem 20. Parteitag der KPdSU, statt.

Stalins Verfolgungswahn erstreckte sich nicht nur auf die ihm in der Regel ergebenden Funktionäre, sondern auch auf deren Familien. Der Vorsitzende der Komintern Dimitrov

⁴³ Stalin i Kaganovič. Peregiska. 1931–1936 gg, hrsg. von O. Chlevnjuk u.a., Moskau 2001, S. 240 f.

⁴⁴ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 1–39, Berlin 1959 ff., hier: Band 4, S. 475.

⁴⁵ Nikolaj Valentinov (Vof'skij), Vstreči s Leninym, New York 1979, S. 252 ff.

⁴⁶ Georgij Fedotov, Pravda pobeždennyh, in: Sovremennye zapiski Nr. 51, 1932, S. 360–385, hier: S. 381 f.

zitiert in seinen Tagebüchern folgende Aussage Stalins vom November 1937: „Wir werden jeden der Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie, komplett vernichten. Jeden, der mit seinen Taten und in Gedanken [sic – L. L.] einen Anschlag auf die Einheit des sozialistischen Staates unternimmt, werden wir erbarmungslos vernichten.“⁷

Den intransigent-doktrinären und unberechenbaren innenpolitischen Kurs vermochte Stalin indes von seiner Außenpolitik zu trennen, dies vor allem seit der Mitte der 30er Jahre, als die Sowjetunion zum wichtigsten Verfechter der Politik der kollektiven Sicherheit in Europa wurde. Die Komintern verabschiedete sich damals auch von der seit 1928 lancierten selbstzerstörerischen Sozialfaschismus-Theorie und erklärte, sie sei bereit, mit allen Kräften zu kooperieren, die sich durch rechtsextreme Regime und Parteien bedroht fühlten. Sogar die bis dahin verpönte „bürgerliche Demokratie“ wurde von der stalinistischen Führung rehabilitiert. Auf dem 7. Kongreß der Komintern im Juli 1935 erklärte Georgij Dimitrov: Die Kommunisten seien keine Anarchisten, es könne für sie daher keineswegs gleichgültig sein, ob in einem entsprechenden Land eine „bürgerliche“ Demokratie oder eine faschistische Diktatur herrsche. Die Kommunisten müßten nun um jeden Bestandteil der Demokratie in den kapitalistischen Ländern kämpfen.⁸

Von diesem gemäßigten und pro-westlichen Kurs wandte sich Stalin erst nach dem Münchner Abkommen ab, als ihm klar wurde, welche Ausmaße der westliche Defätismus gegenüber dem Dritten Reich erreicht hatte. Nun erlag auch Stalin der Illusion, daß Kompromisse mit Hitler möglich seien. Der Illusion, von der sich die Westmächte bereits im März 1939 – nach der Besetzung Prags durch deutsche Truppen – befreiten. Die westliche Beschwichtigungspolitik dem Dritten Reich gegenüber aus den Jahren 1934–1938 erhielt in den Jahren 1939–1941 ihr Äquivalent im Osten.

Die vorsichtige, flexible Außenpolitik Stalins in den Jahren 1934–1941 veranlaßt einige Autoren zur Überbewertung der pragmatischen Komponente in seinem Verhalten: „Stalin ließ sich in seiner Außenpolitik kaum von Gefühlen oder Ideologien leiten“, schrieb etwa Gabriel Gorodetsky und fügte hinzu: „Stalins Politik erscheint als durchaus vernünftig und durchdacht, eine skrupellose Realpolitik, die einem klar umrissenen geopolitischen Interesse diene.“⁹

Bei dieser Stilisierung Stalins zu einem beinahe traditionalistischen Politiker zarsischen Zuschnitts läßt Gorodetsky die Tatsache außer acht, daß die weltrevolutionäre Komponente aus der Stalinschen Außenpolitik niemals verschwunden war. Sie hatte zwar ihre Priorität im Vergleich zur frühbolschewistischen Periode verloren, aber sie hörte keineswegs auf, die sowjetische Weltpolitik zu prägen. Dessenungeachtet waren riskante Vabanquespiele dem außenpolitischen Vorgehen Stalins fremd. Hier unterschied sich sein Kurs grundlegend von demjenigen Hitlers. Hitlers außenpolitisches Verhalten entsprach weitgehend dem Modell, das später von Henry Kissinger ausgearbeitet wurde, als dieser die Außenpolitik einer revolutionären Macht charakterisierte. Diese Macht sei im Grunde zur Selbstbeschränkung nicht fähig. Die Diplomatie im traditionellen Sinne, deren Wesen Kompromiß und Anerkennung der eigenen Grenzen seien, werde vom revolutionären

⁷ Georgij Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S. 162.

⁸ VII. Congress of the Communist International. Abridged Stenographic Report of Proceedings, Moskau 1939, S. 360 f., 368 ff.

⁹ Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung, Berlin 2001, S. 403.

Staatswesen praktisch aus den Angeln gehoben, da dieses unentwegt nach der Verwirklichung seiner Endziele strebe.¹⁰

Dieses Modell läßt sich in bezug auf die Sowjetunion nur begrenzt anwenden. Als geschichtliche Deterministen waren die Kommunisten, auch Stalin, davon überzeugt, daß der Sieg des Kommunismus im weltweiten Maßstab ohnehin unvermeidlich sei. Um diesen Sieg herbeizuführen, mußten sie nicht alles auf eine Karte setzen. Bei Hitler verhielten sich die Dinge anders. Er hielt sich selbst für den einzigen Politiker, der imstande sei, solch grandiose Aufgaben wie die Eroberung des Lebensraumes im Osten oder die von ihm oft angekündigte „Endlösung der jüdischen Frage“ zu erreichen. An würdige Nachfolger glaubte er nicht.¹¹ Frank-Lothar Kroll schreibt von seinem „Endzeit“-Denken, von seiner Vorstellung, den Endkampf zwischen der arischen und der jüdischen Rasse bis zum bitteren Ende durchführen zu müssen: „So oder so war damit ein definitiver Abschluß aller bisherigen Geschichte erreicht, der sich [...] nicht als vage Möglichkeit in nebulöser Zukunftsferne präsentierte. Abschluß und Ende standen vielmehr unmittelbar bevor und waren auf jeden Fall noch zu Hitlers Lebzeiten einzulösen.“¹²

So stand Hitler unter einem permanenten Zeitdruck, der die fortwährende Radikalisierung seiner Außen- und Rassenpolitik bedingte. Für diese Radikalisierung gab es aber auch einen anderen Grund. Dies war die Tatsache, daß das nationalsozialistische Regime, anders als das bolschewistische, nicht infolge eines gewaltsamen Umsturzes, sondern infolge eines Kompromisses mit den herrschenden Eliten gebildet worden war. Deshalb fehlte dem Machtwechsel vom Januar 1933 der zwingende Charakter, wie er den bolschewistischen Vormarsch zur Macht im Herbst 1917 ausgezeichnet hatte. Diesen Sachverhalt versuchten die Nationalsozialisten zu verschleiern. Die Regierungsübergabe wurde zur „Machtergreifung“, ja zur „Revolution“ stilisiert. Auch die Massenanhängerschaft der NSDAP betrachtete die Vorgänge um 1933 als eine Art Revolution. Indes blieb der Weg der sozialen Umwälzung in Deutschland aufgrund des Bündnisses mit den konservativen Eliten versperrt. Die territoriale Expansion stellte im Grunde das einzige Ventil dar, um die hier angesammelten Spannungen zu entladen.

Der Nationalsozialismus, der in der Außenpolitik immer unberechenbarer wurde, schien nach innen, trotz immer wieder vorkommender Exzesse, irgendwie gezähmt. Zumindest für seine konservativen Verbündeten stellte er eine mehr oder weniger kalkulierbare Größe dar. Die Logik des Hitlerschen Systems unterschied sich also grundlegend von derjenigen des Stalinismus. Der Nationalsozialismus war unberechenbar nach außen und in gewisser Hinsicht berechenbar nach innen. Aus Dankbarkeit für die Zerschlagung der „zweiten“ nationalsozialistischen Revolution mit ihrer „antikapitalistischen“ und antifeudalen Sehnsucht, die Ernst Röhm verkörperte, stellte das konservative Establishment dem Regime einen weitgehend intakten und äußerst effizienten Militär-, Staats- und Wirtschaftsapparat zur Verfügung. Dies ermöglichte Hitler innerhalb kürzester Zeit beispiellose außenpolitische Erfolge zu erzielen. Trotz einer gewissen Skepsis gegenüber dem abenteuerlichen Kurs des Regimes erfaßte der Widerstand nur Ränder des konservativen Esta-

¹⁰ Henry A. Kissinger, *Großmacht Diplomatie: Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs*, Düsseldorf 1962.

¹¹ Siehe u.a. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, Band 1, Wiesbaden 1973, S. 745.

¹² Frank-Lothar Kroll, *Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers*, in: VfZ 3 (1996), S. 327-353, hier: S. 337.

blishments. An diesem Sachverhalt sollte weder der weltanschauliche Vernichtungskrieg im Osten noch der Holocaust etwas ändern. Die Bereitschaft zum Widerstand lähmte darüber hinaus die Tatsache, daß die konservativen Verbündeten der NSDAP, trotz einiger Vorbehalte, mit vielen Punkten des außenpolitischen Programms Hitlers übereinstimmen. Manfred Messerschmidt spricht in diesem Zusammenhang von einer „Teilidentität der Ziele“.¹³

Je näher das Regime an die Verwirklichung seiner rassenpolitischen Utopie heranrückte, desto stärker empfand Hitler sein Bündnis mit den Konservativen als Fessel. Dies vor allem nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli. Damals sagte er: „Wir haben den Klassenkampf von links liquidiert, aber leider haben wir dabei vergessen, auch den Klassenkampf von rechts zur Strecke zu bringen.“¹⁴

Trotz seiner antifeudalen Ressentiments wagte Hitler aber keine Abrechnung mit den alten Eliten nach Stalinscher Manier – ungeachtet seiner Bewunderung für die Art, wie Stalin mit der sowjetischen Elite, nicht zuletzt mit seinem Offizierskorps, umging. Der Endkampf mit der Aristokratie werde warten müssen, bis der Krieg vorbei sei, sagte er unmittelbar nach dem 20. Juli. Jetzt sei nicht der Augenblick, Spaltungen innerhalb des Volkes zu ermutigen.¹⁵ So behielt das Hitlersche Regime auch in seiner Endphase, trotz seines brutalen Vorgehens gegen die Verschwörer vom 20. Juli und ihre Familien, die Ambivalenz bei, die es seit seiner Entstehung prägte.

Auch das Stalinsche Regime hat bis zum Tode des Diktators seine Janusköpfigkeit bewahrt. Die sowjetische Außenpolitik blieb ungeachtet der beispiellosen Machtentfaltung Moskaus infolge des totalen Zusammenbruchs seiner traditionellen Rivalen – Deutschlands und Japans – vorsichtig und flexibel. Die Tatsache, daß der damalige Ost-West-Konflikt die Form eines kalten und nicht eines heißen Krieges annahm, zeigt, daß das Stalinsche System in seiner Außenpolitik über viel effizientere Kontrollmechanismen verfügte als das Hitler-Regime. Die Absicherung der außenpolitischen Flanke verlieh der sowjetischen Führung die Möglichkeit, ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die innere Front zu konzentrieren und gemeinsam mit den osteuropäischen Kommunisten eine Revolution von oben durchzuführen, die diese Länder innerhalb kürzester Zeit in Ebenbilder der Sowjetunion verwandelte.

Erst nach dem Ausbruch des Koreakrieges schien Stalin die für ihn typische außenpolitische Flexibilität verloren zu haben. Er versuchte damals in seinem Machtbereich die Atmosphäre eines Endkampfes zu erzeugen. Anfang Oktober 1950 schrieb Stalin an den chinesischen KP-Chef Mao Tse tung: „Ich rechnete damit, daß die USA ungeachtet der Tatsache, daß sie für einen großen Krieg nicht vorbereitet sind, sich aus Prestige-Gründen in einen solchen Krieg verwickeln könnten [...] Muß man davor Angst haben? Ich glaube nicht, denn zusammen sind wir stärker als die USA und England. Und andere kapitalistische Staaten ohne Deutschland, das zur Zeit den USA keinerlei Hilfe leisten kann, stellen keine ernst zu nehmende militärische Kraft dar. Sollte der Krieg unvermeidlich sein, dann sollte er jetzt und nicht in einigen Jahren stattfinden – in der Zeit,

¹³ Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, in: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 377–403.

¹⁴ Ian Kershaw, Hitler 1936–1945, Stuttgart 2000, S. 903.

¹⁵ Ebenda.

in der der japanische Militarismus als Verbündeter der USA wiederhergestellt werden wird.“¹⁶

Und im Oktober 1952 schrieb Stalin in der *Pravda*: „Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß man den Imperialismus beseitigen.“¹⁷

Aber auch damals zeichnete sich das Vorgehen Stalins durch eine ausgesprochene Ambivalenz aus. Er schreckte davor zurück, die USA direkt zu provozieren und ließ in Korea einen Stellvertreter-Krieg führen – in erster Linie mit Hilfe der sogenannten Freiwilligen aus China. Zwar nahmen an diesem Krieg nach den Berechnungen Dmitrij Volkogonovs auch Tausende von sowjetischen Militärberatern und Piloten teil. Viele trugen allerdings zu Tarnzwecken koreanische oder chinesische Uniformen, es war ihnen auch streng untersagt, sich in der Nähe der gegnerischen Linien zu exponieren, um nicht in Gefangenschaft zu geraten.¹⁸

So bewahrte das Stalinsche System bis zuletzt, ähnlich wie das Hitler-Regime, seine Ambivalenz und Janusköpfigkeit. Es blieb seiner Logik treu.

¹⁶ Okazat' voennuju pomošč' korejskim tovariščam, in: Istočnik 1/1999, S. 123–136, hier: S. 133; siehe auch Dimitrij Volkogonov, *Sem' voždej*, Band 1, Moskau 1995, S. 296; A. V. Torkunov, *Zagadočnaja vojna. Korejskij konflikt 1950–1953 godov*, Moskau 2000, S. 116 f.

¹⁷ I. V. Stalin, *Sočinenija*, Band 16, 1946–1952, Moskau 1997, S. 179.

¹⁸ Volkogonov, *Sem' voždej*, Band 1, S. 299 f.

Gerd Koenen

Stalinismus als große Utopie?

Eine Gedankenskizze

Der Utopismus des bolschewistischen Projekts lag gerade in seinem totalitären Charakter: nämlich in dem allen Ernstes unternommenen Versuch, mittels eines zentralistisch organisierten Parteiapparats nicht nur das im Feuer des Bürgerkriegs neu zusammengefügte Staatswesen und die Sphäre des Politischen, sondern die Wirtschaft und die Gesellschaft im Ganzen zu dominieren; und das nicht allein im Sinne einer diktatorischen Kontrolle, sondern eines umfassenden positiven Gestaltungsanspruchs. Nicht nur die sozialökonomischen Aktivitäten, auch die Lebensformen und Lebensstile, die Informationsflüsse und künstlerischen Ausdrucksformen, das Denken und das Fühlen der Menschen bis in die intimsten Bereiche persönlicher Beziehungen sollten durch den gewaltsamen Umbau oder notfalls den eliminatorischen Austausch des menschlichen Materials gemodelt, konditioniert und gesteuert werden. In diesem Zielen aufs „Totum“ der Gesellschaft und ihrer einzelnen Subjekte war das Projekt des Bolschewismus (bis dahin jedenfalls) ohne historische Präzedenz.

War diese totalitäre Ambition, die im Stalinismus ihre extremste Form annahm, bereits ein logisches Produkt des Marxismus? Ja und nein. Gewiß lag bereits in den Vorstellungen der Gründerväter, jedenfalls in dem, was später (schon nach der Kanonisierung Marxens durch seinen Freund Engels) als „Marxismus“ bezeichnet wurde, ein Element des Totalitären; so in dem vermessenen Anspruch, den Lauf der Geschichte nicht nur wissenschaftlich vorherzusagen, sondern auch praktisch steuern zu können. Und gewiß bedeutete die Leninische Parteidoktrin schon in ihrer frühen, orthodox marxistischen Phase eine weitere Verschärfung dieser totalitären Elemente. Dennoch stand auch dem radikaleren Flügel der russischen Sozialdemokratie, wie dem Gros der internationalen Sozialdemokratie, der Weg in eine demokratisch-plurale Gesellschaftsvorstellung und Politik vor 1914 noch immer offen. Die unermüdlichen Polemiken Lenins gegen seine eigenen Partei- und Fraktionsgenossen zielten gerade darauf, diese offene Flanke zu schließen. Zeitweise schien er sich damit innerhalb der eigenen Partei und der Internationale völlig isoliert zu haben.

Der endgültige Bruch und die entscheidende Verschärfung geschah erst im Weltkrieg. Lenin und die um ihn gescharte Parteifraktion trieben alle die lange vorhandenen Elemente einer apokalyptischen Sicht der Moderne ins Extrem und verbanden das mit einem kaltblütigen „Opportunismus der Macht“, d.h. mit dem sicheren Gespür für die einzigartige historische Opportunität, die die „Involution“ (oder Implosion) des russischen Vielvölker-Imperiums unter den Bedingungen der drohenden Niederlage im Weltkrieg bieten würde.

Lenin überhöhte diese spekulative Erwartung mit einer Reihe theoretischer Neuerungen, die in Wirklichkeit einen Bruch mit dem historischen Marxismus bedeuteten oder sich daraus jedenfalls nicht mehr ohne weiteres herleiten ließen. Dazu zählten seine eschatologisch-mechanistische Imperialismus-Theorie (in seiner Schrift von 1916/17); die Zuspitzung seiner Geschichtsphilosophie auf eine dezisionistische „Praxis“ als letzten Wahrheitsbeweis (in seinen parallel verfaßten Notizbüchern der Kriegszeit); und schließlich die kühne Improvisation eines direkten Übergangs zum „Kriegskommunismus“, der mit den

Mitteln der Kriegswirtschaft des alten Regimes (Planung und Syndizierung, Brotkarte und Arbeitsbuch) operieren könne.

Mit diesen (durchweg haltlosen) strategischen Annahmen und Konzeptionen brachte Lenin im Jahr 1917/18 seine widerstrebende Partei dazu, unter Revision aller früheren programmatischen Losungen nach der alleinigen Macht zu greifen und unter seiner Führung den Marsch ins Niemandsland der Geschichte anzutreten, gemäß der napoleonischen Devise: „On s'engage, et puis on voit“.¹ In dieser Situation reaktivierte er den längst historisch gewordenen, kaum noch gebräuchlichen Begriff des „Kommunismus“ und reklamierte ihn exklusiv für seine Partei. Diese Umbenennung war denn auch kein rein deklaratorischer Akt, sondern bedeutete tatsächlich eine Überschreitung des Horizonts des gesamten hergebrachten marxistischen Denkens. Damit erst wurde aus der taktischen Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Bolschewiki und Menschewiki eine programmatische Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten, die mittels der Gründung einer Dritten Internationale über die Grenzen Sowjetrußlands hinausgetragen wurde.

Die weiteren Prozesse der Totalisierung der einmal errungenen Macht durch die Partei der Bolschewiki folgten jedoch weniger einer fixen theoretischen Konzeption, sondern ergaben sich großteils aus der schieren Notdurft der Behauptung dieser Staatsmacht. Die Bolschewiki mußten gerade wegen ihrer schmalen und schwankenden sozialen Basis die eigene Machtposition Zug um Zug totalisieren, um sie behaupten und ausbauen zu können.

Diese scheinbar unmögliche Gründung einer Staatsmacht sozialistischen Typs erzeugte wiederum den ständigen Zwang und halluzinatorischen Sog ihrer immer weiteren illusionistischen Ausmalung, von der improvisierten Monumentalpropaganda und den theatralischen Massenspektakeln der ersten Jahre bis zur medialen und künstlerischen Idolatrie der Partei und ihrer Führer in der Ära des Stalinismus. Der Impuls dazu dürfte abermals keinem vorgegebenen Plan oder Kalkül der Führung, sondern vielmehr dem spontanen Bedürfnis der jugendlichen Nachrücker des Regimes entsprungen sein, die die Plätze der alten Eliten einnahmen und die Unsicherheit ihrer sozialen Stellung mit solchen Ritualen einer enthusiastischen Selbstverklärung überspielen mußten.

Näher betrachtet, flossen in dem narkotischen Gemisch aus Ideologie und Propaganda, in die das Regime sich wie in eine Wolke hüllte, die Themen und Stoffe einer ganzen Reihe zeitspezifischer Utopismen ein, die keineswegs nur in Sowjetrußland auftauchten, sondern seit der Jahrhundertwende in allen von der Globalisierung und dem industriellen take-off erfaßten Ländern die Kehrseite der apokalyptischen Zeitstimmungen gebildet hatten und durch den Weltkrieg nochmals intensiviert und radikalisiert worden waren. In Sowjetrußland fanden sie unter dem neuen, aus allen Gesellschaftsklassen und Nationalitäten herausfraktionierten jugendlichen Machtkader allerdings ein besonders machtvolles Echo. Dazu gehörte

- ein Utopismus der Jugend gegenüber allem, was als „alt“ und damit schon als historisch überkommen galt,
- ein Utopismus der Nation und ihrer Mission, hier freilich der „russländischen“ Supranation, der sich mit dem Utopismus der „jungen“ oder „proletarischen Völker“ des Ostens verband und in der Vorstellung einer Moskauer Internationale gegen den Imperialismus der „alten“ Mächte des Westens kulminierte,

¹ Sinngemäß: „Man stürzt sich in den Kampf, und dann sieht man weiter.“

- ein Utopismus von Technik und Wissenschaft, der im russischen Kontext früh schon Formen einer naiven Wissenschaftsmagie oder Technikgläubigkeit angenommen hatte,
- ein der Sphäre des Militärischen entlehnter Utopismus einer gesamtgesellschaftlichen Planung und Steuerung als dem einzig möglichen, geradezu natürlichen Mittel zur Beherrschung der entfesselten Produktivkräfte und blinden Marktmechanismen,
- ein Utopismus des social engineering, der in Rußland in die Traditionen des petrinschen Absolutismus eintrat, aber in den Ideen aller revolutionären Gruppen seit den Dekabristen noch radikalere Auferstehung gefeiert hatte und in der Intelligenzija Russlands seine eigentliche und eigentümliche soziale Basis fand,
- ein Utopismus der universellen menschlichen Erziehung, der sich im Geiste Černyševskijs und Gorkis mit den Traditionen des russischen „Neurismus“ (von Sečenov bis Pavlov) „materialistisch“ unterfütterte und im Ideal des „neuen Menschen“ kulminierte,
- ein Utopismus des Künstlertums, der schon in der russischen und internationalen Avantgarde der Vorkriegs- und Kriegsjahre immer wieder auftauchte und im Bündnis mit der politischen Macht die Welt als „futuristisches“ Gesamtkunstwerk gestalten wollte,
- ein Utopismus der absoluten Macht schließlich, in der ein imaginärer Gesamtwille und objektives Gesamtinteresse des Sozialkollektivs (in der mythischen Gestalt des „Volkes“ oder des „Proletariats“) sich ausdrücken und verkörpern sollte.

Diese vielgestaltigen Utopismen waren sicherlich energetische Triebkräfte *sui generis*; aber sie blieben immer auch ideologische Aushilfen. Sie mußten einen stets gefühlten Mangel an demokratischer wie sozialer Legitimation oder Autorität kompensieren; und immer wieder auch die manifeste Kluft zwischen Wollen und Können. Sie waren, anders gesagt, das notwendige illusionäre Gegenstück einer politischen Ohnmacht und sozialen Haltlosigkeit, die niemals eingestanden werden konnte.

Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang in der eigentlichen, zweiten Umwälzung, der stalinistischen Kollektivierungsrevolution nach 1929/30. Der hysterisch-emphatisch beschworene „große Umschwung“ entsprang in Wirklichkeit einer immer bedrängender empfundenen Zwangslage des Regimes, das sich gerade angesichts der vitalen sozialökonomischen Erholung des Landes, und besonders des Dorfes, in der kurzen Atempause der NEP zu Recht auf Treibsand fühlte und eine neue, gewaltsame Flucht nach vorn antrat – die umso utopischer und großartiger ausgemalt wurde, je brachialer diese erneute „Revolution von oben“ improvisiert und exekutiert werden mußte.

Im Zuge dieses wieder aufgenommenen Marsches ins historische Niemandsland lieferte die Partei sich ihrem Führer mehr oder weniger bedingungslos aus und revidierte nahezu alle eben noch gültigen, zur Widerlegung der trotzkistischen Thesen aufwendig elaborierten Entwicklungstheorien und Ideologeme zugunsten der imaginären All-Wissenheit und All-Mächtigkeit Stalins. Er war jetzt nicht mehr nur der unfehlbare Führer, der Inspirator, der Stratege, der Kriegsherr – sondern er mutierte als Fortsetzer und Erbe des faktisch heiliggesprochenen, „verewigten“ Lenin binnen weniger Jahre zum Vollender der menschlichen Geschichte, Genius aller Wissenschaften und Schöpfer einer neuen Welt.

Diese Selbstentmündigung und Selbstausslieferung der Partei – einschließlich der früheren internen Gegenspieler Stalins – ermöglichte erst die Universalisierung des Terrors, der sich konsequenterweise nun auch gegen die Nomenklatura selbst richtete, d.h. sozial und politisch schrankenlos wurde und damit seinerseits utopische Züge annahm. Die Omnipotenzphantasien des stalinistischen Zentrums kulminierten in der Vorstellung

eines radikalen „Blutaustauschs“, eines monströsen social engineering am eigenen Machtkörper.

Man könnte sogar sagen, daß gerade im „inneren Kreis“ der Macht diese Phantasie ihre eigentliche, beklemmende Realitätshaltigkeit gewann, als eine wahre „Utopie der Säuberung“ eben. Der Terror wurde zur verinnerlichten Lebensform des Machtkaders selbst, zu seiner mentalen Grundausstattung. Was im gesamtgesellschaftlichen Maßstab niemals gelang, hier im Umkreis des Kreml schien es einen langen geschichtlichen Augenblick hindurch Realität zu werden: der „Totalitarismus“ als realer Zustand und politische Verfassung.

Dabei war diese Universalisierung des Terrors keiner äußeren Bedrohung oder Zwangslage geschuldet, im Gegenteil: das Aufkommen des nationalsozialistischen Deutschland und die aggressiv vortragenden Weltmachtambitionen der neuen faschistischen Mächte boten erst die nötige Rückendeckung für die inneren Säuberungskampagnen. Ob der stalinistische Terror sich allerdings ohne den von Hitler-Deutschland entfesselten Weltkrieg über weitere anderthalb Jahrzehnte hätte perpetuieren lassen, ist eine andere Frage. Der Sieg über Hitler 1945 vollendete jedenfalls erst den totalitären Machtanspruch Stalins, dessen eigentliche Basis und Ratio jetzt das neue, erweiterte Imperium bzw. „sozialistische Lager“ war.

Die imaginäre Allmacht des sowjetischen Führers und Vaters der Völker war damit das Utopicum schlechthin geworden. Freilich zog gerade die Leere im Zentrum dieser Macht erst die Bilderflut an und produzierte immer intensivere Ausgestaltungen dieses nahezu einzigartigen Herrscherkultes. Der gottgleich entrückte Stalin war für die Seinen ja so gut wie unsichtbar – im diametralen Gegensatz zu einem Mussolini oder Hitler, die (jedenfalls in den Vorkriegsjahren) nahezu allgegenwärtig waren. Gerade die faktische Abwesenheit Stalins dürfte die künstlerischen und intellektuellen Produktionen wie die volkstümlichen Narrative einer atomisierten und hysterisierten Bevölkerung zu immer neuen Höhenflügen getrieben haben.

Es gab außer ihm tatsächlich keine Instanz mehr, an die die Menschen hätten appellieren können. Unter den Bedingungen des anonymen und universellen Terrors nahm das Verhältnis zum faktisch unsichtbaren, aber ideell allgegenwärtigen Führer die Züge einer unbewußten Identifikation mit dem Aggressor an. Für eine solche Intimität des Terrors, wie sie sich etwa in den Stalin-Oden von 1937 des wegen eines früheren stalin-kritischen Gedichts todgeweihten Osip Mandel'stam zeigt, wird man kaum ein Beispiel finden:

„Er neigt von den Tribünen wie von den Bergen sich
zu den Hügeln der Köpfe hinunter ...
Seine mächtigen Brauen sind von entschlossener Güte ...
Sein verziertes, schweres, steiles Lid scheint
uns aus tausend Bilderrahmen zuzuwinkern ...
Und sein hellsichtiges Gehör ...
erreicht, mit finsternen Fältchen spielend, alle,
die bereit sind, zu leben und zu sterben.“

Darin enthüllt sich freilich nur der innerste Kern alles Utopischen: der einer universellen Regression, die halb Angst- und halb Wunschtraum ist. In diesem Punkt mögen die Sozialpraktiken einer sozial haltlosen, terroristisch zusammengewürfelten Machtelite neuen Typs sich mit den regressiven Wünschen einer aller eigenständigen sozialen Antriebe beraubten Gesellschaft partiell durchaus getroffen haben. Die weitverbreiteten, stets laten-

ten Impulse einer Flucht aus der Ambivalenz moderner Gesellschaften kulminierten denn auch im Projekt einer „gesäuberten“ und homogenisierten Gesellschaft, das in gewisser Weise – als eine umfassende Entdifferenzierung der alten russischen Reichsgesellschaft und als eine sozialökonomische Regression epochalen Ausmaßes – auch tatsächlich Realität wurde.

Darin liegt vielleicht die tiefste Übereinstimmung zwischen einem noch gar nicht ausgeschöpften Begriff des „Totalitären“ und einem historisch-kritischen Begriff des „Utopischen“. Das „Utopische“ trägt aus dieser Perspektive weniger die Züge einer großartigen, die Realität transzendierenden Gesellschaftsidee, als vielmehr einer Kompensation faktischer Ohnmacht und Perspektivlosigkeit der Machthaber selbst, die weit davon entfernt sind, die gesellschaftliche Reproduktion oder gar den geschichtlichen Prozeß im ganzen zu steuern und zu beherrschen, sondern sich vielmehr aus einer Kalamität in die nächste retten. Nicht irgendein überschießender Utopismus oder gar Messianismus gebiert also die Phänomene „totaler Macht“, wie die diversen Totalitarismustheorien es sahen; sondern umgekehrt: die sich totalisierende Macht der Partei, zusammengefaßt in der Figur des allwissenden Führers, produziert ihre eigenen blindwüchsigen Utopismen und Fiktionen, die zu Surrogaten der materiellen Wirklichkeit selbst werden. Diese imaginäre Allmacht der Partei ist schließlich das auf verbleichenden Transparenten deklamatorisch fortgeschleppte Utopissimum, das 1991/92 sang- und klanglos im Orkus einer zweiten und endgültigen Involution oder Implosion des Imperiums verschwindet.

Jürgen Zarusky

Herrschaftsstellung und Herrschaftsstil der Diktatoren

Die „in groteskem Maß amorphe Struktur“ des stalinistischen Systems, so meinte Hannah Arendt 1966 in einem Vorwort zur Neuausgabe ihrer „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ wurde „durch dasselbe Führerprinzip, den sogenannten ‚Personenkult‘, zusammengehalten [...] wie in Nazideutschland“.¹ Genau zum gegenteiligen Schluß kommt hingegen der Hitler-Biograph Ian Kershaw: „Trotz einiger oberflächlicher Ähnlichkeiten war der Charakter der Diktaturen, d.h. derjenige von Stalins und Hitlers Führungspositionen in ihren jeweiligen Regimes grundlegend verschieden.“² Im nationalsozialistischen Regime sieht er eine klassische Form charismatischer, diktatorischer Herrschaft, ein Konzept, das ihm im Falle Stalins nicht überzeugend anwendbar scheint.³ Während Hannah Arendt unter Berufung auf Merle Fainsod und dessen Auswertung des Smolensker Parteiarchivs von 1958 betont, das stalinistische System sei eines sich „überschneidender Doppel- und Parallelfunktionen“ gewesen⁴, hebt Kershaw das Bestreben Stalins nach Monopolisierung und Konzentration aller Entscheidungen im Politbüro hervor, „eine Zentralisierung der staatlichen Macht und der Einheit der Entscheidungsfindung, die den Dualismus Partei – Staat ausgelöscht hätte“.⁵ Im Kern seien die Regime eher verschieden als ähnlich.⁶

Es erscheint paradox: Die wichtigste Vertreterin der Totalitarismustheorie bezieht sich auf das vermeintliche Instanzenchaos im Stalinismus, während Kershaw, der eher von funktionalistischen Ansätzen herkommt, dessen Tendenz zur Herrschaftszentralisierung unterstreicht – ein Aspekt, der in der Regel von Anhängern der Totalitarismustheorie angeführt und von deren revisionistisch-funktionalistischen Kritikern bestritten wurde. Arendt allerdings verknüpft die Idee der Polykratie mit der zentralen Bedeutung des Führerkults, während Kershaw die Herrschaftszentralisierung im Stalinismus als Ausdruck einer fundamentalen Differenz zur Funktionsweise der nationalsozialistischen Diktatur sieht, die die Erklärungskapazität des Totalitarismuskonzepts einschränkt. Natürlich argumentiert Kershaw von einem anderen Kenntnisstand aus. Die Konzentration der Macht im Politbüro und mehr und mehr bei Stalin und seiner engsten Umgebung ist vor allem durch Befunde infolge der russischen Archivöffnung seit Anfang der 1990er Jahre belegt⁷

¹ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, München 2001, S. 644.

² Ian Kershaw, „Working towards the Führer“: reflections on the nature of the Hitler dictatorship, in: Ders./Moshe Lewin (Hrsg.), *Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison*, Cambridge u.a. 1997, S. 88–106, hier: S. 97.

³ Ian Kershaw, *Der Nationalsozialismus als Herrschaftssystem*, in: Dittmar Dahlmann/Gerhard Hirschfeld, *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, Essen 1999, S. 155–173, insbesondere S. 163 ff.

⁴ Arendt, *Totale Herrschaft*, S. 644.

⁵ Kershaw, *Herrschaftssystem*, S. 158.

⁶ Ebenda, S. 156.

⁷ Vgl. dazu die dreibändige Publikation der Tagesordnungen des Politbüros von 1919 bis 1952: G. M. Adibekov/K. M. Anderson (Hrsg.), *Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b). Povestki dnja zasedanij 1919–1952. V trech tomach*, Moskau 2000–2001.

und konnte Arendt so noch nicht bekannt sein. Dennoch sind die Unterschiede beider Positionen mindestens genauso stark den jeweiligen Denkansätzen geschuldet wie dem notwendigerweise unterschiedlichen Kenntnisstand. Worin der Kern der Herrschaft jeweils gesehen wird, hängt in hohem Maße vom gewählten Interpretationsrahmen ab. Kershaw bezieht den seinigen aus Max Webers Herrschaftslehre und interpretiert den Nationalsozialismus als klassische, charismatische Führerbewegung. Das aber sei die sowjetische kommunistische Partei nie gewesen.⁸

Die Anwendung der Weberschen Typologie ermöglicht insbesondere dann wichtige Einsichten, wenn nicht einzelne Idealtypen verabsolutiert, sondern als analytische Werkzeuge verstanden und angewendet werden; denn die berühmten „drei reinen Typen legitimer Herrschaft“ – legale, traditionale und charismatische – treten in der Realität niemals unvermischt auf.⁹ Gerade die Wechselwirkung zwischen Hitlers charismatischem Herrschaftsanspruch und der dadurch sukzessive aufgelösten, an Prinzipien der Legalität orientierten Funktionsweise des übernommenen Staatswesens begründet gemäß Kershaws subtiler Analyse die spezifische Herrschaftsdynamik des Nationalsozialismus.¹⁰ Bei der Anwendung der Weberschen Legimitätstypen ist allerdings zu beachten, daß Herrschaft, also „die Chance, Gehorsam für einen bestimmten Befehl zu finden“, wie Weber definiert hat, keineswegs immer als legitime Herrschaft auftritt. Auch rein zweckrationale Erwägungen von Vor- und Nachteilen, dumpe Gewöhnung oder bloße persönliche Neigung des Beherrschten können eine hohe Chance, Gehorsam zu finden, begründen.¹¹ Unter die zweckrationalen Motive ist dabei die nicht zu unterschätzende Angst vor Benachteiligung und Strafe zu rechnen. Die hier betrachteten Regime heben sich gerade durch ihre extreme Gewalttätigkeit hervor, und ein nicht unerheblicher Teil dieser Gewalt diene der Herrschaftssicherung.

Für Hitlers Aufstieg war aber zweifellos seine charismatische Begabung von entscheidender Bedeutung. Die Stellung des – im wesentlichen – unumstrittenen und bevollmächtigten Führers einer anhängerstarken Diktaturpartei hatte er aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten und der Gabe inne, die irrationalen Ressentiments der antidemokratischen Rechten in einem ideologischen Brennspeigel zum Schein einer Vision zu bündeln. Damit erreichte er in der Endphase der Weimarer Demokratie unter Anwendung modernster Propagandatechniken große Teile der krisengeschüttelten deutschen Bevölkerung. Das klägliche Scheitern des Putsches vom November 1923 hatte Hitler allerdings gelehrt, daß er besser beraten war, sein Charisma zur Gewinnung legaler Macht einzusetzen. Sein Durchbruch zur Stellung des Diktators vollzog sich denn auch in einer Reihe von Schritten, die unterschiedlichen Weberschen Legimitätstypen zuzuordnen sind, legalen,

⁸ Kershaw, *Herrschaftssystem*, S. 164. Kershaw hatte das Konzept schon in seinem Buch „Hitlers Macht“, München 1992, verwendet. M. Rainer Lepsius hatte einen entsprechenden, an etwas entlegener Stelle publizierten Versuch schon 1986 unternommen, der dann in dem Aufsatzband „Demokratie in Deutschland“ unter dem Titel „Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den ‚Führerstaat‘ Adolf Hitlers“ publiziert wurde: Göttingen 1993, S. 95–118. Eine Schlüsselfunktion hat das Konzept der „charismatischen Herrschaft“ auch für die Analyse des NS-Regimes bei Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1949*, München 2003, S. 623 ff. und S. 675 ff.

⁹ Max Weber, *Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft*, in: Johannes Winckelmann, *Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie*, Tübingen 1952, S. 106–120.

¹⁰ Kershaw, *Herrschaftssystem*, S. 164 ff.

¹¹ Weber, *Legitime Herrschaft*, S. 106.

wie vor allem der Ernennung zum Reichskanzler, traditionellen, wie sie besonders wirksam beim Tag von Potsdam inszeniert wurden¹² und zweifellos und nicht zuletzt auch charismatischen, die den Mythos der „nationalen Erhebung“ speisten. Nicht zu vergessen ist aber auch der blanke Terror, der von den Schlägerbanden der SA ausgeübt wurde, die Errichtung von Konzentrationslagern und die Einführung eines politischen Strafrechts, das das Machtmonopol der NSDAP sicherte und Kritik als Heimtücke oder Hochverrat unter Strafe stellte. Die polizeiliche und justitielle Unterdrückung abweichender „Volks-genossen“ war während ihres ganzen Bestehens eine tragende Säule der nationalsozialistischen Herrschaft.

Anfang der 30er Jahre errang auch Stalin die Stellung eines Diktators. Seine politischen Opponenten im Politbüro hatte er zu diesem Zeitpunkt entmachtet, sein 50. Geburtstag 1929 wurde in Formen begangen, die den Anfang des Personenkults markierten, Stalin hatte gegen die rechte Opposition die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die forcierte Industrialisierung durchgesetzt. Mit der Absetzung des „Rechtsabweichers“ Aleksej Rykov als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (Ministerpräsident) und seiner Ersetzung durch seinen treuen Gefolgsmann Molotov vollendete Stalin 1930 die Gleichschaltung der Machtpositionen. Stalins Aufstieg zur persönlichen Diktatur erfolgte, anders als der Hitlers, innerhalb einer Diktaturpartei, die ihre Macht bereits 1917 bis 1921 in der Oktoberrevolution und im Bürgerkrieg errungen, verteidigt und gefestigt hatte. Das Bild Stalins als „tovarišč kartotek“ – „Genosse der Karteikästen“, also eines bloßen Bürokraten, der seine Machtbasis durch die Akkumulation politisch zweitrangiger Verwaltungspositionen in der Partei geschaffen hat, ist indes eine Überzeichnung, die ihre frühesten Wurzeln in dem Zerrbild hat, das vor allem Trotzki und seine Anhänger gezeichnet haben.¹³ Zweifellos war die weitgehende Beherrschung des Parteiapparats eine wichtige Voraussetzung für Stalins Durchsetzungskraft gegen prominenteren und mit mehr persönlichem Charisma ausgestattete Politbüromitglieder wie Trotzki, Sinov'ev oder Bucharin. Es sollte aber nicht vergessen werden, daß Stalin seine Parteikarriere nicht als Lehrling in der Parteiregistratur begonnen hat, sondern zum Zeitpunkt der Revolution als Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees und einer der Herausgeber der „Pravda“ ein führender kommunistischer Politiker war, wenn er auch sicherlich nicht in der ersten Reihe stand, die Lenin und Trotzki vorbehalten blieb. Stalin war als Revolutionär im Kampf um die Nachfolge Lenins in mancher Hinsicht besser legitimiert als seine wichtigsten Konkurrenten, denn obwohl Lenin in seinem sogenannten politischen Testament auf die Ablösung Stalins als Generalsekretär drängte, weil er zu grob, zu launenhaft und zu wenig loyal gegenüber den Genossen sei, beschränkte sich seine Kritik ausdrücklich auf diese persönliche Eigenschaften, während die meisten anderen führenden Politbüromitglieder zugleich mit politischen Minuspunkten bedacht wurden. Bei Trotzki, der jahrelang seine eigene Gruppe zwischen Menschewiki und Bolschewiki unterhalten und sich erst im Frühjahr 1917 den letzteren angeschlossen hatte, waren es der „Nicht-

¹² Dirk van Laak spricht davon, Hitler habe sich des „Fremdcharismas“ Hindenburgs bedient; vgl. ders., Adolf Hitler, in: Frank Möller (Hrsg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2004, S. 149–169.

¹³ Vgl. Benno Ennker, *Führerdiktatur – Sozialdynamik und Ideologie. Stalinistische Herrschaft in vergleichender Perspektive*, in: Matthias Vetter (Hrsg.), *Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert*, Opladen 1996, S. 85–117, hier: S. 93.

bolschewismus“ und die „übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen“; hinsichtlich Sinov'evs und Kamenevs erinnerte Lenin an deren Ablehnung der Aufstandspläne für den Oktober 1917, die sie sogar an die Öffentlichkeit hatten durchsickern lassen, und Bucharin wurde attestiert, er sei, obwohl er zu Recht als „Liebling der ganzen Partei gelte“, eigentlich kein wirklich marxistischer Denker und habe Dialektik weder studiert noch verstanden¹⁴ – vielleicht eine Anspielung auf Bucharins vehemente Opposition gegen den Friedensschluß von Brest-Litowsk, mit dem Lenin 1918 eine schmerzhaft, aber wirkungsvolle Frontbereinigung vollzogen hatte. Stalin hatte keine solche gravierende politische Sünde in seinem Register und konnte sich, nachdem er die Krise, in die ihn Lenins Testament gestürzt hatte, mit gespielter Reumütigkeit überstanden hatte, nicht ohne Fug und Recht als dessen gelehriger Schüler und legitimer Nachfolger präsentieren. Überdies verfing sich die Mitte der 20er Jahre auftretende linke Opposition um Trotzki, Sinov'ev und Kamenev bei ihren Forderungen nach innerparteilicher Demokratie in einer Schlinge, die sie einst selbst mit gelegt hatte und die Stalin genüsslich zuzog. Die Rede ist vom innerparteilichen Fraktionsverbot, das auf dem 10. Parteitag 1921 zur Sicherung der Parteieinheit beschlossen worden war. Stalin zögerte nicht, die Verstöße der Opposition gegen dieses Gebot anzuprangern und so ihre Legitimität zu untergraben. In seiner Gefolgschaft, die er als Generalsekretär zielstrebig gefördert und ausgebaut hatte, war er schon Mitte der 20er Jahre als Anführer apostrophiert worden.¹⁵ Stalin, so Benno Ennker, „war in der gesamten Auseinandersetzung derjenige unter den bolschewistischen Führern, der die ‚Situation definierte‘ und für die Auseinandersetzung die leitenden Begriffe prägte. Stalins Führungsmacht gründete sich – entgegen der allgemeinen Annahme – auf mehr als seine bürokratische Kompetenz zur Ernennung von Funktionären“.¹⁶ Die Kriegshysterie, die Getreidekrise und generell die wachsenden sozialen Spannungen Ende der 20er Jahre sieht Ennker als eine „charismatische Situation“ im Sinne Webers.¹⁷ Sie verlangte, jedenfalls aus der Sicht vieler Kommunisten, nach einem Führer mit Qualitäten, wie sie Lenin ausgezeichnet hatten.

Hitler war kein Nachfolger. Er war ein Führer *sui generis*. Diktator in seiner Partei war er ganz offiziell schon seit 1921, die Einschränkungen, an denen er sich abzuarbeiten hatte, erlegte ihm zunächst das Bündnis mit Vertretern traditioneller Machteliten auf, das er zur Erreichung der Kanzlerschaft eingegangen war. Bekanntlich aber waren diese Einschränkungen weit von dem entfernt, was sich etwa ein von Papen ausgemalt hatte. Mit der Übernahme der Funktionen des Reichspräsidenten am Todestag Hindenburgs (2. 8. 1934) nahm Hitler offiziell den Titel „Führer und Reichskanzler“ an. Der „Führertitel“ bezeichnete, im Gegensatz etwa zu dem nüchtern-bürokratisch klingenden „Generalsekretär“ keine Funktion, die formell auf bestimmte Kompetenzen beschränkt war. „Hitler bekleidete nicht ein begrenztes, institutionell bestimmtes Amt, sondern war nach Theorie und Macht der alleinige Repräsentant des Volkes auf allen Gebieten des politischen und sozia-

¹⁴ Helmut Altrichter (Hrsg.), *Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*, Band 1: Staat und Partei, München 1986, S. 79–81.

¹⁵ Benno Ennker, „Struggling for Stalin's Soul": The Leader Cult and the Balance of Social Power in Stalin's Inner Circle, in: Klaus Heller/Jan Plamper (Hrsg.), *Personality Cults in Stalinism – Personenkulte im Stalinismus*, Göttingen 2004, S. 161–195, hier: S. 164.

¹⁶ Ennker, *Führerdiktatur*, S. 93. Dies ist auch der Tenor bei Robert Service, *Stalin. A Biography*, London 2004.

¹⁷ Ennker, „Stalin's Soul“, S. 163 f.

len Lebens“, stellt Karl Dietrich Bracher in seiner Analyse der Führerverfassung fest.¹⁸ Da die legale Herrschaftslegitimation, die im Titel „Reichskanzler“ angesprochen wird, durch den charismatischen „Führer“-Anspruch übertroffen wurde, war es nur folgerichtig, daß die Amtsbezeichnung Hitlers, der zu diesem Zeitpunkt bei den Deutschen zweifellos höchste Popularität genoß, 1939 einfach auf „Führer“ reduziert wurde¹⁹ und die Presse Anfang 1939 Weisung erhielt, Hitler nur noch als „Führer“ zu titulieren. Mit eben diesem Begriff beschrieb Max Weber den Befehlenden, der dem Idealtypus der charismatischen Herrschaft entspricht.²⁰ Die Realität des NS-Regimes spiegelte diesen Idealtyp jedoch nur ungenügend wider. Die Vielzahl um Einfluß und Ressourcen konkurrierender Instanzen und Hitlers lockerer Führungsstil haben das Bild einer Polykratie und eines „schwachen Diktators“ entstehen lassen. Daß Hitler das nicht war, sondern das Zentrum des Regimes, haben bereits Johann Georg Elser und die Männer des 20. Juli 1944 gesehen. Die institutionellen Konflikte, die durch die Erteilung von Sondervollmachten und die Einrichtung von Sonderbehörden noch angeheizt wurden, rückten ihn in die Rolle des höchsten Schiedsrichters und stärkten seine Entscheidungsfreiheit. „Die Polykratie des NS-Staates war realpolitisch eine Sub-Polykratie unter Hitler“, stellt Hermann Weiß fest²¹ – zu Recht, denn keine grundlegende politische Entscheidung in Deutschland zwischen 1933 und 1945 ist gegen den Willen Hitlers ausgefallen.

Stalin hatte bereits vor seinem Aufstieg zum Diktator Regierungsämter innegehabt, die des Volkskommissars für Nationalitätenfragen (1917–1923) und des Volkskommissars für die Arbeiter- und Bauerninspektion (1919–1922). Sein Machtmonopol errang er innerhalb der Partei. Da die Sowjetunion eine Parteidiktatur war, der mit dem Ausscheiden Lenins nach seinen Schlaganfällen 1922/23 der charismatische *primus inter pares* abhanden gekommen war, ist das nur logisch. Die Partei hatte sich die Regierungsmacht schon in der Revolution angeeignet, in der der überkommene Staatsapparat von Grund auf zerstört und durch einen neuen ersetzt worden war. Das Element der legalen Legitimität, das für Hitlers Machtergreifung entscheidend gewesen war, spielte daher für Stalin hinsichtlich des Staates gar keine Rolle, sehr wohl allerdings, wenn es um Satzungsbestimmungen der Partei wie das angesprochene Fraktionsverbot ging. Das Politbüro der Kommunistischen Partei bildete nicht nur das Macht-, sondern zugleich in hohem Maße auch das Regierungszentrum der Sowjetunion. Davon zeugen die unzähligen Politbürobeschlüsse, die oft direkte Anweisungen an staatliche Instanzen (inklusive der Gerichte) waren und erstaunlich tief in die Details gingen.²² Lenins durchaus selbstkritisch formulierte Forderung, das Politbüro von Kleinigkeiten zu entlasten²³, blieb ohne durchgreifende Folgen. Mit der Übernahme der Regierung durch Stalins Gefolgsleute wurde sie endgültig zu

¹⁸ Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1969, S. 371.

¹⁹ Ian Kershaw, *Führer und Hitlerkult*, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hrsg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 1997, S. 22–33, hier: S. 28 f.

²⁰ Weber, *Legitime Herrschaft*, S. 113.

²¹ Hermann Weiß, *Der „schwache“ Diktator. Hitler und der Führerstaat*, in: Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen, *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1993, S. 64–77, hier: S. 76.

²² Adibekov/Anderson (Hrsg.), *Politbjuro*.

²³ G. Adibekov/L. Rogovaja/L. Košeleva, *Vvedenie*, in: *Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b). Povestki dnja zasedanij 1919–1952*, S. 5–29, hier: S. 6.

einem Vollzugsorgan des Politbüros. Seit 1931 kam die Praxis auf, daß das Zentralkomitee, vertreten durch das Politbüro, gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare Verordnungen unterzeichnete²⁴, wodurch die Verschmelzung von Partei und Staat auch nach außen hin deutlich wurde. Das Politbüro hatte Anfang der 30er eine außerordentlich hohe Tagungsfrequenz und ein steigendes Pensum an Tagesordnungspunkten zu bewältigen. Zugleich setzte ein Prozeß der Entformalisierung ein; zunehmend wurden Beschlüsse im Umlaufverfahren gefaßt oder Entscheidungen bei informellen Treffen im engen Kreis von Stalins Vertrauten gefällt und anschließend als Politbürobeschlüsse ausgefertigt.²⁵ Die bürokratische Akribie, mit der dies geschah, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Politbüro den Status des höchsten kollektiven Führungsorgans der Partei längst verloren hatte und zu einem Beratungszirkel Stalins degradiert worden war. Als Stalin im Mai 1941 den Vorsitz der Regierung und nach dem deutschen Angriff den des Staatlichen Verteidigungskomitees und der *stavka*, des obersten militärischen Hauptquartiers, übernahm, verlagerte sich das Entscheidungszentrum automatisch auf diese Instanzen.²⁶

Stalins Autorität war so hoch, daß sie auch den deutschen Angriff, dessen unmittelbares Bevorstehen er trotz zahlreicher Warnungen bestritten und ignoriert hatte, unbeschadet überstand. Das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde, korrespondiert Eigentümlich mit dem Mißtrauen, mit dem er seiner Umwelt begegnete. Das gewaltige Arbeitspensum, das er sich auferlegte, resultierte in hohem Maße aus der großen Bedeutung, die er der Kaderauswahl und der Durchführungskontrolle beimaß.²⁷ Das zwang ihn, sich mit vielen Vorgängen *en détail* zu beschäftigen. Das Stalinsche Herrschaftssystem in seiner Endphase beschreibt Robert Service als ein in sich verschlungenes Kompetenzgeflecht von Regierung, Partei und (Geheim)polizei, das sich mit einem enormen bürokratischen Aufwand selbst bremste und Initiativen nur entwickelte, wenn sie von Stalin selbst kamen oder wenn er einer Gruppe von Funktionären gestattete, eigene Initiativen zu entwickeln. Der Preis für den Despotismus sei ein Mangel an Flexibilität und Effizienz gewesen.²⁸

Zweifellos ist durch die Hände Stalins unendlich viel mehr Papier gegangen als durch die des deutschen Diktators. Hitlers unbürokratischer und unsteter Herrschaftsstil hatte viel mit seiner Persönlichkeit und ihren bohemienhaften Zügen zu tun²⁹, er war aber auch nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die wichtigste davon war die Tatsache,

²⁴ Ennker, Führerdiktatur, S. 103 f.

²⁵ Oleg W. Chlewnjuk, Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998, S. 96 ff.

²⁶ Einen Indikator für die Kompetenzverlagerungen bietet die folgende statistische Aufstellung der Beschlußfähigkeit des Politbüros von 1940 bis zur Umstrukturierung der Parteiorgane im Oktober 1952:

Zeitraum	Zeitanteil	Anteil Beschlüsse	Beschlüsse pro Zeitanteil
1. 1. 1940–22. 6. 1941	11,8%	22%	1,86
23. 6. 1941–9. 5. 1945	30,0%	18,7%	0,62
10. 5. 1945–14. 10. 1952	58,2%	59,1%	1,02

Eigene Berechnung auf der Grundlage von Adibekov/Anderson (Hrsg.), Politbüro.

²⁷ Lars T. Lih, Einführender Kommentar, in: Ders./Oleg Naumow/Oleg Chlewnjuk (Hrsg.), Stalin – Briefe an Molotow, 1925–1936, Berlin 1996, S. 26 f.

²⁸ Service, Stalin, S. 530.

²⁹ Zum Verhältnis von Führerabsolutismus und Gesetzgebungsverfahren vgl. Martin Broszat, Der Staat Hitlers, 1978, S. 353–359.

daß Hitlers Herrschaft eine gesicherte Basis im deutschen Volk hatte und es genügend Deutsche gab, die ihre Berufung darin sahen, auf je eigene Weise „dem Führer entgegenzuarbeiten“.³⁰ Von den Hunderttausenden von Blockwarten bis zu Generälen und Großindustriellen fanden sich mehr als genügend willige Helfer. Der Widerstand erschien hingegen nahezu als *quantité négligeable*.

Die Lage in der Sowjetunion unterschied sich in dieser Hinsicht grundlegend: „Rußland wurde ein Regime aufgezwungen, das lediglich eine kleine Sektion der Gesellschaft vertreten konnte. Daraus entstand der neuen Macht ein äußerst enger sozio-politischer Handlungsspielraum“, stellt Benno Ennker fest.³¹ Die Kommunisten regierten gegen die Mehrheit der Gesellschaft, die vorwiegend bäuerlich geprägt war. War Hitler zunächst gezwungen gewesen, Kompromisse mit den traditionellen Eliten zu schließen, bis er dann „seinen Krieg bewußt dazu benutzte, das totalitäre System weiterzuentwickeln und gleichsam zu vervollkommen“³², wurden die Bolschewiki durch den verbreiteten Unmut über ihren „Kriegskommunismus“, wie er sich am deutlichsten in der Matrosenrevolte von Kronstadt und den Bauernaufständen im Gebiet Tambov Anfang 1921 manifestierte, gezwungen, einen Herrschaftskompromiß mit Rücksicht auf die Bedürfnisse breiter Schichten der Gesellschaft einzugehen. Die zu diesem Zeitpunkt eingeführte Neue Ökonomische Politik (NEP) ließ private Produktion in Industrie und Gewerbe sowie marktwirtschaftliche Elemente in begrenztem Maße wieder zu, die Getreiderequisitionen wurden durch eine Naturalsteuer ersetzt. Ihr politisches Machtmonopol verteidigten die Kommunisten zugleich uneingeschränkt und mit verschärfter Repression.

Greift man auf das Webersche Analyseinstrumentarium zurück, so muß die bolschewistische Herrschaft als durchaus instabil eingestuft werden, konnte sie bei der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit doch auf keine der von dem deutschen Soziologen benannten Legitimitätsressourcen zurückgreifen. Die traditionale stand der Revolution diametral entgegen, aber auch die legale und die charismatische kamen in den 1920er Jahren nicht in Betracht. Daß Stalin die durch ein einfaches ökonomisches Kalkül der Bauern mitbedingte Getreidekrise Ende der 20er Jahre – Zurückhaltung des Getreides in den Speichern, weil nicht genügend preiswerte industrielle Waren als Tauschwert zur Verfügung standen – in politischen Kategorien als Sabotageversuch an der kommunistischen Herrschaft interpretierte, hat insofern eine gewisse Logik. Es war aber zugleich auch Ausfluß einer Ideologie, die zwar auf die Weltrevolution als nächsten Schritt verzichtet hatte – Stalin hatte ja schon 1924 die unorthodoxe Meinung vertreten, es sei möglich, den Sozialismus zunächst in einem Land zu errichten –, aber auf den Klassenfeind auf keinen Fall verzichten konnte, so daß es reichte, zwei Pferde zu besitzen und einen Knecht auf dem Hof zu beschäftigen, um sich als solcher zu qualifizieren und in die grausame Maschinerie der Entkulakisierung mit ihren Greifzähnen Enteignung, GULag und Verbannung zu geraten. Der Marxismus, der als Analyse der Industrialisierung entstanden war, die in der Sowjetunion jener Zeit erst rudimentär vollzogen worden war, gab dem politischen Handeln Sinn und Richtung, er mußte dazu allerdings immer wieder an die aktuellen russisch-sowjetischen Verhältnisse angepaßt werden. Immerhin handelte es sich um eine ausgefeilte philosophische

³⁰ Kershaw, Herrschaftssystem, S. 171; ders., Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 665. In dieser Haltung sieht Kershaw so etwas wie das „Leitmotiv“ von Hitlers Machtposition.

³¹ Ennker, Führerdiktatur, S. 87.

³² Arendt, Totale Herrschaft, S. 632.

Doktrin, die schon von ihren Urhebern Marx und Engels nicht ohne einen Schuß Dogmatismus vertreten worden war. Unter den russischen revolutionären Exilpolitikern, die sich mangels aktueller Handlungsmöglichkeiten um so leidenschaftlicher auf Analyse und Kommentierung stürzten, verstärkte sich diese scholastische Tendenz noch. Dem Marxismus in seiner leninistischen Variante ein dogmatisches Gerüst zu verleihen, war auch deshalb erforderlich, weil ein überschaubares und disziplinierendes Lehrgebäude für die vielen Neukommunisten benötigt wurde, die während und nach der Revolution der ursprünglich recht kleinen kommunistischen Kaderpartei zuströmten. Dabei war der Marxismus-Leninismus nicht integrativ, sondern exklusiv, weil in langjährigen theoretischen Abgrenzungsprozessen entstanden, die mit den tiefen politischen Spaltungen in der sozialistischen Arbeiterbewegung einhergingen. Immerhin verlieh er mit seinem eng zugeschnittenen Anspruch auf das Wahrheitsmonopol seinen Anhängern das Gefühl eines überlegenen Wissens über den Verlauf der Geschichte und das „Bewußtsein“ in diesem Prozeß als Avantgarde auf der Siegerseite zu stehen. Soviel Energie auch in die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Lehre gelegt wurde, mobilisierend wirkte sie stets nur auf eine kleine Minderheit. Daher mußte etwa im zweiten Weltkrieg auf sekundäre Ressourcen, wie den traditionellen Patriotismus zurückgegriffen werden. Der dogmatisch-philosophische Charakter der Lehre hatte ein entpersönlichendes Element. So konnte Stalin als höchste Lehrinstanz und bedeutendster Fortsetzer der von Marx, Engels und Lenin begründeten Doktrin auftreten, aber nicht als ihre Verkörperung. Zudem wies die Tradition Bruchstellen auf. Man konnte, wie das etwa die Troztkisten taten, Stalin mit Lenin kritisieren, oder, wie die Sozialdemokraten, Lenin mit Marx. Weil er den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhob, setzte der Marxismus-Leninismus sich – jedenfalls theoretisch und so sehr man das praktisch auch zu verhindern versuchte – dem Zwang zur Argumentation und damit der Gefahr der Widerlegung aus.

„Man kann sich mit dem Nationalsozialismus geistig nicht auseinandersetzen, weil er ungeistig ist. Es ist falsch, wenn man von einer nationalsozialistischen Weltanschauung spricht, denn wenn es diese gäbe, müßte man versuchen, sie mit geistigen Mitteln zu beweisen oder zu bekämpfen – die Wirklichkeit aber bietet uns ein völlig anderes Bild: schon in ihrem ersten Keim war diese Bewegung auf den Betrug des Mitmenschen angewiesen, schon damals war sie im Innersten verfault und konnte sich nur durch die stete Lüge retten.“ Die Feststellungen, mit denen das zweite Flugblatt der Weißen Rose³⁸ beginnt, sind keine reine Polemik; in ihnen stecken wichtige Einsichten. Schon in der Weimarer Republik hatten kritische Beobachter der NSDAP erkannt, daß deren programmatische Aussagen höchst widersprüchlich waren, aber den Vorzug hatten, verschiedenste soziale Gruppen anzusprechen. Die NS-Ideologie zeichnete sich durch hohe Flexibilität aus. Vom buchstabengläubigen marxistisch-leninistischen Dogmatismus der Kommunisten waren die Nationalsozialisten weit entfernt. Ihre „Weltanschauung“ war ein eher nachlässig um die Kernelemente des völkischen Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus, ostwärts gewandten Imperialismus, Militarismus und Sozialdarwinismus gehüllter Mantel, in dessen reichem Faltenwurf noch vieles andere Platz hatte. Eine konsistente philosophische Basis fehlte, und Bemühungen, eine solche zu schaffen, wurden auch nicht sonderlich geschätzt oder gar gefördert. Denn eigentlich war die nationalsozialistische Weltanschauung gar nicht schriftlich zu fixieren, weil sie im Grunde identisch mit Adolf Hitler war. Führer

³⁸ Online u.a. greifbar unter <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/weisserose2/index.html>.

und Idee waren im nationalsozialistischen Verständnis eins.³⁴ Dabei ging es nicht um eine monopolistische Definitionsmacht, wie sie Stalin ausübte. Denn sie hätte eine Festlegung auf bestimmte Programmsätze erfordert, wie sie bei Hitler nur einmal zu beobachten ist, nämlich hinsichtlich des sehr schnell völlig bedeutungslosen „unabänderlichen“ Parteiprogramms von 1920. Die einzige „programmatische Fortentwicklung“ war eine Anmerkung aus dem Jahr 1928, wonach sich die Bodenenteignungsklausel „in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften“ richte.³⁵ Ansonsten bereitete es Hitler, der als Führer der Partei 1920 versprochen hatte, „wenn nötig, unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten“, keinerlei ideologische Kopfschmerzen, etwa trotz der seinerzeit in Punkt elf proklamierten „Brechung der Zinsknechtschaft“ die militärische Aufrüstung des NS-Staates mit Mefo-Wechseln zu finanzieren. Nicht, daß Stalin nicht zu ähnlich zynischen Manövern befähigt gewesen wäre, aber er unterlag doch dem Zwang zur ideologischen Rechtfertigung. Hitler gebot in der Tat in einem sehr viel höheren Maße über charismatische Autorität, die, Max Weber zufolge, „auf dem ‚Glauben‘ an den Propheten, der ‚Anerkennung‘, die der charismatische Kriegsheld, der Held der Straße oder der Demagoge persönlich findet“, beruht und die mit ihm dahinfällt.³⁶ Die nationalsozialistische „Idee“ blieb daher bewußt unbestimmt und konnte so als Integrationsmedium für unterschiedlichste Interessen und Ansichten dienen, deren Vektoren sich allerdings in Richtung einer immer größeren Radikalisierung und Aggressivität des NS-Systems addierten. In diesem Sinne ist der Begriff „Bewegung“ den die Nationalsozialisten als Selbstbezeichnung gebrauchten, durchaus präzise. Kershaws Überlegung, daß die wichtigste aller Funktionen Hitlers vielleicht die der „Ermöglichung“ war³⁷, setzt die Existenz einer solchen Bewegung voraus.

Hitlers höhere charismatische Autorität kann auch zur Erklärung der Tatsache herangezogen werden, daß er zu seinem Herrschaftsstab ein ganz anderes Verhältnis hatte als Stalin zu dem seinigen. Stalin, obwohl durch Machtvollkommenheit und Personenkult weit über seine engere politische Umgebung hinausgehoben, war als Vertreter einer egalitären Ideologie zur zumindest äußerlichen Selbstbescheidung gezwungen und konnte als Amtsinhaber ersetzt werden. „Vožd“, das russische Wort für „Führer“, das Stalins Anhänger schon frühzeitig benutzten, blieb eine Anerkennung seiner Person, konnte aber, so antikonstitutionell die sowjetische Herrschaftspraxis auch war, kein Verfassungsbegriff werden, weil im marxistischen Verständnis die Geschichte von Klassenkämpfen und nicht von „großen Männern“ vorangetrieben wird.³⁸ Stalins Position war daher nicht nur gesellschaftlich weniger gefestigt als die Hitlers³⁹, sondern auch, wie Kershaw zu Recht annimmt, strukturell unsicherer als die Hitlers.⁴⁰ Stalins Rolle im Rahmen des politischen Herrschaftsstabes war eher die des allen weit überlegenen Patrons, als die des Propheten, die Hitler immer wieder für sich in Anspruch nahm, etwa als er am 30. Januar 1939 seine

³⁴ Kershaw, *Herrschaftssystem*, S. 167.

³⁵ Kurt Zentner, *Illustrierte Geschichte des Dritten Reichs*, München 1965, S. 32 f.

³⁶ Weber, *Legitime Herrschaft*, S. 115.

³⁷ Ebenda, S. 168.

³⁸ Vgl. ähnlich auch Ennker, *Führerdiktatur*, S. 103.

³⁹ James Harris, *Was Stalin a Weak Dictator?*, in: *The Journal of Modern History* 75 (2003), S. 375–386, argumentiert, daß Stalins „Schwäche“ in der relativ geringen gesellschaftlichen Verankerung seiner Herrschaft lag.

⁴⁰ Kershaw, *Herrschaftssystem*, S. 159.

Absicht zum Massenmord an den Juden in dem von ihm herbeigesehnten Krieg in die Form einer „Prophezeiung“ kleidete. Der Patron ist aber sehr viel leichter ersetzbar als der Prophet – obwohl Stalin sich seit dem Parteitag von 1934 keiner Wahl zum Generalsekretär mehr stellte⁴¹ – und wird daher stärker zur Kontrolle und Auswechslung der Mitglieder seines Herrschaftsstabes neigen, um keine Konkurrenten heranwachsen zu lassen. Zwar hat Hitler nicht gezögert, die SA-Führungsgruppe inklusive seines alten Kampfgefährten Ernst Röhm liquidieren zu lassen, als sie seiner Politik im Weg standen, und bei dieser Gelegenheit neben anderen auch seinen längst entmachteten einstigen Opponenten Gregor Straßer ermorden lassen, andererseits fand sich im Zuge der imperialistischen Expansion des NS-Staates auch für einen Gestrauchelten wie Wilhelm Kube, der den obersten Parteirichter Buch anonym der Ehe mit einer Halbjüdin bezichtigt und Briefe von Gregor Straßer zu Geld gemacht hatte, wieder eine Verwendung im Amt des Generalkommissars für Weißruthenien. Solche Großzügigkeit war Stalin fremd. Er vernichtete nicht nur die alte Führungsgarde der Bolschewiki, sondern versetzte in der Spätphase seiner Herrschaft auch seine unmittelbare Umgebung in Angst und Schrecken. Die Frauen der Politbüromitglieder Kalinin, Molotov und Andreev waren in die Verbannung und den Gulag geschickt worden, Nikolaj Voznizenskij, Politbüromitglied und verdienter Organisator der sowjetischen Kriegswirtschaft wurde in der sogenannten Leningrader Affäre zusammen mit anderen führenden Politikern zum Tode verurteilt und erschossen. In keinem dieser Fälle lagen konkrete gegen Stalin und seine Herrschaft gerichtete Handlungen vor. Stalin „ahndete“ präventiv zur Sicherung seiner Herrschaftsposition. Hitler hingegen verstieß Himmler und Göring erst in den letzten Kriegstagen, als seine charismatische Autorität „mit ihm dahin“ und diese Gefolgsleute von ihm abfielen.

Hitler hatte schon frühzeitig begonnen, an seiner Selbstinszenierung als „Führer“ zu arbeiten. Zu Beginn des Stalinkults war hingegen nach den Worten von Benno Ennker noch eine „Synthese von Führerpanegyrik und dem oligarchischen Prinzip ‚kollektiver Führung‘“⁴² zu beobachten gewesen. Stalin war aus einer Oligarchie als Anführer hervorgegangen, während Hitler 1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg seine Einzigartigkeit unterstreichend ausrufen konnte: „Das ist das Wunder unserer Zeit, daß ihr mich gefunden habt, daß ihr mich gefunden habt unter so vielen Millionen.“ Doch auch wenn die Wurzeln und Ausformungen der Führerkulte im Nationalsozialismus und im Stalinismus verschieden waren, so erreichten sie doch ähnlich gewaltige Höhepunkte. Entscheidend für die Charisma-Übertragung war die inszenierte mediale Vermittlung⁴³. Sie bot auch Stalin Möglichkeiten, bestimmte Defizite wie seine geringe Körpergröße oder seine nicht sehr eindrucksvolle Stimme zu retuschieren. Einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung Stalins als großer Führer hat zweifelsohne Hitler mit seinem Angriff auf die Sowjetunion geleistet. Daß Stalin der Feldherr wurde, der den nationalsozialistischen Raub- und Vernichtungskrieg ungeachtet aller schweren Fehler letztlich in eine Niederlage verwandelte, sichert ihm auch noch im heutigen Rußland Anerkennung auch in vielen nichtkommunistischen Kreisen. Als Stalin starb, fühlten sich Abermillionen Bürger der Sowjetunion verwaist und verloren. Seinen im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften, dem Schauplatz vieler politischer Prozesse, aufgebahrten Leichnam ehrten Zehntausende in tiefer, auf-

⁴¹ Dimitri Wolkogonow, *Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt*, Düsseldorf 1989, S. 774.

⁴² Ennker, *Führerdiktatur*, S. 95.

⁴³ van Laak, *Hitler*, S. 166–168.

richtiger Trauer. Hunderte kamen in dem Gedränge, das sich um den Aufbahrungsort gebildet hatte, ums Leben.⁴⁴ Angesichts einer solchen Massenhysterie wird man Stalin nicht ohne weiteres jegliches Charisma absprechen können. Es war nicht sein primäres Vehikel zur Macht, und es mag zunächst vorwiegend auf seine engeren Anhänger gewirkt haben, aber schon vor dem Sieg im Zweiten Weltkrieg und der Erringung des Weltmachtstatus war der Führerkult um Stalin ein fester und wirksamer Bestandteil der politischen Kultur der Sowjetunion. Daß er nicht unabdingbar für deren Herrschaftsform und ihr ideologisch im Grunde fremd war, zeigte sich, als Chruschtschow auf dem 20. Parteitag 1956 das Tauwetter mit seinem Vortrag „Über den Personenkult und seine Folgen“ einleitete.⁴⁵

Daß unter den Deutschen die Führerbindung selbst noch dann sehr stark war, als der Krieg schon gewaltig auf Deutschland zurückgeschlagen hatte und die feindlichen Fronten immer näher rückten, zeigten die Reaktionen auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Die Beteiligung an den landauf, landab stattfindenden Treuekundgebungen für den „Führer“ übertraf „sehr oft alle Erwartungen der NS-Bewegung“.⁴⁶ Daß die Führerbindung über den Tod des Diktators hinaus weiterwirkte und die verbreitete Unfähigkeit der Deutschen, sich durch Trauerarbeit aus dieser zu lösen, einen aufrichtigen und rationalen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit behinderte, ist die bekannte These der Psychoanalytiker Alexander und Margarethe Mitscherlich.⁴⁷

Der Tod der Diktatoren war in beiden Fällen eine gravierende Zäsur. In Deutschland fiel sie beinahe mit der totalen Kriegsniederlage zusammen. Aber es war doch erst Hitlers Tod, der den Weg zur Kapitulation freimachte, die er in seinem „politischen Testament“ vom 29. April 1945 – nicht nur für sich persönlich – als schmachvoll verworfen hatte. Der von Hitler zum Nachfolger bestimmte und als solcher zum Reichspräsidenten ernannte⁴⁸ Großadmiral Dönitz war aber kein Werwolf, sondern nur ein kurzfristig amtierender Konkursverwalter der deutschen Katastrophe. Auch Stalins Tod am 5. März 1953 hatte unmittelbare grundlegende Richtungsänderungen zur Folge. Die großangelegte „Ärztever-

⁴⁴ Nicht überall in der Sowjetunion rief der Tod Stalins indes die gleiche Betroffenheit hervor. Aus dem Norilsker Lager des GULag im Norden Sibiriens hat der politische Gefangene Danylo Shumuk folgende Szenen überliefert: „Einige Tage später arbeitete ich in der Nachtschicht, als ich draußen plötzlich Singen hörte: Es war eine Gruppe freier Arbeiter, die zu einer Kette untergehakt die ganze Breite der Straße in Anspruch nahmen. ‚Was habt ihr für einen Grund, mitten in der Nacht so fröhlich zu sein?‘ rief ihnen ein Gefangener zu. Jeder sollte singen – der Tyrann ist tot!“ antwortete eine der Frauen in der Gruppe. Die Nachricht verbreitete sich schnell unter den Gefangenen, die ihre Mützen in die Höhe warfen und Freudenrufe ausstießen. [...] ‚Danylo!‘ schrie die Büroordonanz. ‚Der Vorarbeiter will Dich in seinem Büro sehen.‘ Als ich eintrat, sprach der Vorarbeiter, Titerin, fröhlich mit jemandem am Telefon. ‚Der Aufseher hat mir gerade gesagt, daß der Verkauf von Alkohol für fünf Tage verboten worden ist‘, sagte mir Titerin, als er sein Gespräch beendet hatte, ‚aber es sind sowieso alle besoffen. Also laß uns auch einen heben. Ich habe extra für diesen Anlaß etwas auf die Seite gestellt.‘“ Danylo Shumuk, *Life Sentence. Memoirs of a Ukrainian Political Prisoner*, Edmonton 1984, S. 206.

⁴⁵ Mit Quellen zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte umfassend dokumentiert in der von Karl Eimermacher in Rußland herausgegebenen Edition: K. Ajmermacher (otv. redaktor), *Doklad N. S. Chrusčeva o kul'te ličnosti Stalina na XX s'ezde KPSS*, Moskau 2002.

⁴⁶ So der Befund von Gerd R. Ueberschaer, Stauffenberg. Der 20. Juli 1944, Frankfurt a. M. 2004, S. 173.

⁴⁷ Alexander und Margarete Mitscherlich. *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967.

⁴⁸ Das war ein letzter, vielsagender Akt der Usurpation der politischen Rechte des deutschen Volkes, das seine Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg durch indirekte oder direkte Wahl bestimmt hatte, und zugleich ein klares Zeugnis dessen, daß Hitler sich als „Führer“ für unersetzlich hielt.

schwörung“, der geplante Schauprozeß gegen die jüdischen Kremlärzte, der mit einer antisemitischen Kampagne einherging, wurde am 3. April 1953 endgültig abgeblasen. Am Tag darauf wurde die sowjetische Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt und darüber informiert, daß die Mitarbeiter des Staatssicherheitsministeriums, die von den präsumtiven Angeklagten Geständnisse erfohlert hätten, verhaftet worden seien und zur Verantwortung gezogen würden.⁴⁹

In beiden Fällen fand die Dialektik von Ideologie und Terror, für deren volle Entfaltung Hitler den Krieg gebraucht hatte, mit dem Tod der Diktatoren ein Ende.⁵⁰ Es fragt sich daher, ob sie nicht doch mehr gemeinsam hatten, als Kershaw meint. So aufschlußreich seine Anwendung von Webers Herrschaftstypen hinsichtlich der Machtstellung Hitlers ist, so setzt sie doch die Herrschaftsziele im Grunde voraus und analysiert deren Wesen nicht näher. Es ist aber keineswegs ausgemacht, daß charismatische Herrschaft eine so destruktive Form annehmen muß wie im Falle Hitlers. In einem einschlägigen Sammelband jüngeren Datums werden neben dem deutschen Diktator so unterschiedliche Politiker wie Bismarck, Adenauer und Ulbricht unter die charismatischen Führer der deutschen Nation eingeordnet.⁵¹ Zweifelsohne ist Kershaws Analyse der nationalsozialistischen Führerherrschaft in ihrer Kontrastierung mit der stalinistischen erheblich subtiler und aufschlußreicher als das, was Hannah Arendt einige Jahrzehnte vor ihm über die Position der Führer zu sagen hatte.⁵² Aber sein Ansatz bezieht sich zu ausschließlich auf die Herrschaftsmechanismen. Die Frage, warum in beiden Fällen Diktatoren nach totaler Macht streben, erklärt sie nicht. Dabei ist „Totale Macht“ nicht gleichbedeutend mit totaler Kontrolle, denn, sofern die durch die „Ermöglichungsmacht“ in Gang gesetzten Initiativen mit dem Willen des Führers gleichgerichtet waren, wäre totale Kontrolle nur hemmend und hinderlich gewesen. Auch Stalin hat, trotz seines starken Kontrollbedürfnisses, die Ermöglicherrolle eingenommen, so etwa im Großen Terror 1937/38 als aus den Gebieten und Republiken reihenweise Anfragen an das Politbüro gerichtet wurden, ob die bereits erfüllten Erschießungs- und Verhaftungsquoten nicht noch erhöht werden könnten, weil immer noch nicht alle Volksfeinde beseitigt seien. Ermöglichungsmacht setzt aber einen wenigstens partiellen Gleichklang der Motive von Führer und Gefolgschaft voraus. Ideologische Übereinstimmung spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Das Streben nach umfassender Machtfülle ebenso wie die Schaffung künstlicher Feindbilder hat Hannah Arendt in einer immer noch überzeugenden Weise mit dem Aufkommen von Ideologien begründet, die einen totalen Welterklärungsanspruch erheben. Die Führereigenschaft leitet sich auch aus dem Verhältnis zur Ideologie ab. Für Arendt sind „Stalin wie Hitler Ideologen allerersten Ranges, die allen mit ihnen konkurrierenden nichttotalitären Ideologen völkischer oder kommunistischer Gesinnung weit überlegen waren, auch wenn sie von diesen oft und zu Unrecht verachtet wurden, weil sie die Ideologien durch keinerlei neues Gedankengut bereichert haben. Ihre eigentliche Originalität bestand darin, daß sie ideologische Aussagen buchstäblich ernst nahmen und dadurch in

⁴⁹ Gennadij Kostyrčenko (sost.), *Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR ot načala do kul' minacii 1938-1953. Dokumenty*, Moskau 2005, S. 483-485.

⁵⁰ Zwar war der von Hitler testamentarisch zum Nachfolger bestimmte Admiral Dönitz nicht sonderlich aktiv, was die Verhinderung von NS-Endphasenverbrechen betraf, war aber bereit zu kapitulieren.

⁵¹ Möller (Hrsg.), *Charismatische Führer*.

⁵² Vgl. Arendt, *Totale Herrschaft*, S. 784-790.

Konsequenzen jagten, von denen sich der gesunde Menschenverstand, der sich an der Wirklichkeit auch dann orientiert, wenn er von ihr gelegentlich irreführt wird, nichts hatte träumen lassen. [...] Diese anscheinend kleine, in Wahrheit entscheidende Operation des buchstäblichen Ernstnehmens ideologischer Meinungen haben alle erfahrenen Beobachter totalitärer Bewegungen darum unterschätzt, weil sie wie Demagogie zum Zwecke der Volksversammlung aussah.⁵³ In der berühmten Posener Rede Himmlers vor SS-Führern im Jahr 1943 wurde eben dieses Ernstnehmen thematisiert: „Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse, „ganz klar, steht in unserem Programm, machen wir.“ Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.“ Darauf folgt die Beschwörung des geheimen „Ruhmesblattes“ der SS, den Massenmord tatsächlich durchgeführt zu haben.⁵⁴ Die gleiche Differenz von konkreter Wirklichkeitswahrnehmung und ideologischem Denken, wie sie Himmler aus der Position des Ideologen thematisierte, findet sich in einem Briefwechsel zwischen dem Schriftsteller und späteren Nobelpreisträger Michail Šolochov („Der stille Don“) und Stalin vom Frühjahr 1933 wieder. Šolochov berichtete Stalin, wie in seinem heimatlichen nordkaukasischen Distrikt⁵⁵ die Getreideablieferungsquoten „nicht wegen irgendeiner ‚Kulakensabotage‘, sondern wegen der schlechten Lokalpolitik der Partei“ nicht erfüllt worden seien. Šolochov schilderte, wie Bauern auf die Einziehung des Kolchosgetreides inklusive des Saatgutes für die nächste Ernte und die Heranziehung der privaten Getreideanteile zur Begleichung von Kolchosschulden damit reagierten, Getreide zu verstecken, und wie sie von Parteifunktionären mittels grausamer Folterungen zu dessen Herausgabe gezwungen wurden. Stalin antwortete auf den mutigen Brief des ergebenen kommunistischen Literaten mit einem Schreiben, in dem er die geschilderten Fakten als „eine leichte Erkrankung unseres Apparates“ bezeichnete, ihm im Grundsätzlichen aber widersprach: „Damit man in der Politik nicht irrt [...] muß man auch den anderen Aspekt der Realität sehen können. Und der andere Aspekt ist die Tatsache, daß die geschätzten Bauern Ihres Distrikts – und nicht nur diese – gestreikt und sabotiert haben und auch bereit waren, die Arbeiter und die Rote Armee ohne Brot zu lassen!“ Stalin sprach von einem stillschweigenden Zermübungskrieg gegen die Sowjetmacht.⁵⁶ Ein aufschlußreicher Kommentar zu den angeführten Beispielen läßt sich wiederum bei Hannah Arendt finden: „Der Begriff Feindschaft wird durch den der Verschwörung ersetzt und damit eine politische Realität hergestellt, in der hinter jeder Erfahrung des Wirklichen – wirklicher Feindschaft oder wirklicher Freundschaft – der Natur der Sache nach etwas anderes vermutet werden muß.“⁵⁷ Im konkreten sowjetischen Fall ging es allerdings nicht um irgendeine Form von

⁵³ Ebenda, S. 967 f.

⁵⁴ Zentner, Drittes Reich, S. 535.

⁵⁵ In der Rußländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zählte der Nordkaukasus zu den von der Hungersnot von 1932/33 besonders betroffenen Gebieten; vgl. Nikolaus Katzer, Brot und Herrschaft. Die Hungersnot in der RSFSR, in: Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR, in: Osteuropa, H. 12/2004, S. 90–110, hier: S. 93.

⁵⁶ Ein Auszug aus dem Brief Šolochovs und der Antwortbrief Stalins sind abgedruckt bei Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stéphane Courtois u.a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München u.a. 1998, S. 45–295, hier: S. 186 f.

⁵⁷ Arendt, Totale Herrschaft, S. 965.

Feindschaft, sondern um die schlichte Selbsterhaltung von Bauern, die ohnehin bereits ihrer Selbständigkeit beraubt und in das Kolchossystem eingegliedert waren. Zum Zeitpunkt des Schriftwechsels zwischen Šolochov und Stalin, also im April/Mai 1933 war die durchschnittliche monatliche Sterblichkeit im Nordkaukasus auf rund 60 000 angestiegen, während sie im ersten Halbjahr 1932 noch 8 270 betragen hatte, also auf mehr als das Siebenfache. Dieser Anstieg ist auf den Hunger und die massive Repression gleichermaßen zurückzuführen.⁵⁸

Der Faktor „Ideologie“ kann aus der Analyse der Funktionsweise der Führerdiktaturen nicht ausgeklammert werden. Dabei sind sowohl die spezifischen Inhalte der Ideologien als auch die grundsätzliche Struktur ideologischen Denkens von entscheidender Bedeutung. Strukturell zeichnen sich Ideologien durch einen irrationalen Dogmatismus aus, der durch Logik und Empirie unbeeinflusst bleibt. Der Kritiker wird regelmäßig als Feind, bestenfalls, wie es in der Haltung Stalins Šolochov gegenüber zum Ausdruck kam, als geistig nicht auf der Höhe und belehrungsbedürftig wahrgenommen. Die Ideologien sind, weil sie der Konfrontation mit der Wirklichkeit nicht standhalten, auf repressive Absicherung, vor allem aber auf „objektive Feinde“ angewiesen, die als Lückenbüßer für die logischen Brüche im ideologischen Weltbild dienen müssen, wobei es keine Rolle spielt, ob sich die betreffenden Personen oder Gruppen subjektiv der jeweiligen ideologischen Bewegung gegenüber als feindlich, neutral oder loyal einstufen. Die spezifischen Inhalte der Ideologien bestimmen in erheblichem Maße Herrschaftsziele und Herrschaftsformen. Sie können unterschiedliche Grade von Irrationalität annehmen, und die meisten Beobachter sind sich darin einig, daß der Nationalsozialismus mit seinem mörderischen Rassismus und Antisemitismus und seiner selbstmörderischen Kriegführung einen Gipfel der Irrationalität erreicht hat. Der Stalinismus erscheint demgegenüber weniger irrational, was sich insbesondere in seiner größeren Fähigkeit zur Selbsterhaltung zeigt. Der Umkehrschluß, er sei „rationaler“ gewesen, ist aber nicht zulässig, weil der Begriff „rational“ keine Steigerung kennt. Rationalität ist die Bereitschaft, die eigene Sicht der Wirklichkeit durch Logik und Empirie korrigieren zu lassen. Jegliche Einschränkung dieser Bereitschaft ist nicht „weniger rational“, sondern schlicht irrational.

Hierbei geht es nicht um rein terminologische Fragen. Wenn nämlich Kershaw zur Betonung des Unterschieds zwischen den Diktaturen erklärt, Stalins Herrschaft sei trotz extrem barbarischer Methoden nicht unvereinbar mit rationalen Prioritätssetzungen gewesen und der Versuch, „die Industrialisierung mit halsbrecherischer Geschwindigkeit einer ausgesprochen zurückgebliebenen Wirtschaft aufzuzwingen und den ‚Sozialismus in einem Land‘ einzuführen“, könnten nicht als irrationale oder unbegrenzte Ziele angesehen werden, erklärt er die ideologisch-irrationalen Grundlagen dieser Entwicklungen zu sekundären Merkmalen. Dabei übersieht er, daß die forcierte Industrialisierung mit der Ausschaltung – und das hieß in nicht wenigen Fällen: Ermordung – der Kritiker begann, die die Planvorgaben für überhöht und irrational erklärten. Der erste Fünfjahrplan war von einer Serie großer Schauprozesse begleitet, in denen ökonomische Kritiker von Stalins Programm als bössartige politische Feinde dargestellt wurden, die im Bund mit ausländischen kapitalistischen Mächten die Zerstörung der Sowjetmacht betrieben. Die ideologische Logik gebot es darüber hinaus, die vielen Dysfunktionalitäten und Unglücke, die die Über-

⁵⁸ Katzer, *Brot und Herrschaft*, S. 100.

dehnung der Kapazitäten und Kräfte zwangsläufig mit sich brachte, als das Werk politisch feindlicher Schädlinge darzustellen. Die Zahl der „Schädlingsprozesse“ der Sowjetjustiz und ihrer Opfer ist Legion. Ist schon die Industrialisierung nach Stalinschem Muster nicht von Ideologie und Terror zu trennen, so gilt dasselbe noch mehr von dem umfassenderen Ziel des „Sozialismus in einem Land“: Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft mit der durch sie hervorgerufenen Hungersnot, die Millionen von Todesopfern forderte, war ein zentrales Element dieses utopischen Projekts. Zu seiner Durchführung bedurfte es eines uneingeschränkt herrschenden Diktators an der Spitze des Sowjetregimes, eben Stalins.

Das oben Dargelegte führt zu dem Schluß, daß das Konzept des Totalitarismus keineswegs nur ein deskriptives Konzept von geringem Erklärungswert ist, wie Kershaw meint.⁵⁹ Es ermöglicht nicht nur „die vergleichende Analyse einer Reihe von Techniken und Instrumenten der Herrschaft“⁶⁰, sondern erfaßt wie kein anderer theoretischer Ansatz den inneren Zusammenhang von Ideologie, Terror und Führerkult. Die konkrete Gestalt totalitärer Systeme hängt von vielen Faktoren ab, vor allem von den jeweiligen Inhalten der Ideologien, von unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen sowie äußeren und inneren Begrenzungen totalitärer Machtentfaltung, bei deren Analyse andere theoretische Zugänge wie etwa Webers Typen legitimer Herrschaft unabdingbar sind. Den Kern dieser Herrschaftsform aber bildet ein Antrieb, der eine unerhört destruktive Dynamik zu erzeugen in der Lage ist. Aus ganz verschiedenen Überzeugungen heraus und unter höchst unterschiedlichen Ausgangsbedingungen folgten die sehr ungleichen Persönlichkeiten Hitler und Stalin bei der Durchsetzung ihrer jeweiligen Ziele eben dieser totalitären Dynamik.

⁵⁹ Kershaw, Herrschaftssystem S. 156.

⁶⁰ Ebenda, S. 155.

Dieter Pohl

Nationalsozialistische und stalinistische Massenverbrechen: Überlegungen zum wissenschaftlichen Vergleich

Für den heutigen Betrachter liegt es auf der Hand, im Rückblick auf das 20. Jahrhundert die nationalsozialistischen und die stalinistischen Verbrechen als epochale Vorgänge zu betrachten. In beiden Fällen handelte es sich um hochgradig ideologiegeleitete, mittels moderner Staatsapparaten organisierte Massentötungen von Millionen von Menschen. Spätestens seit dem Zusammenbruch des Kommunismus steht eine übergreifende und zugleich wissenschaftliche Betrachtung dieser Vorgänge, für die meines Erachtens die Bezeichnung (staatliche) Massenverbrechen am besten geeignet erscheint¹, auf der Tagesordnung.

Als erster Schritt dazu sollte zunächst eine grobe Typologisierung vorgenommen werden: Stark vereinfacht, kann man die Verbrechen des Dritten Reiches in sechs Gruppen einteilen: 1. die Ermordung vermeintlich Unproduktiver und Angehöriger sozialer Randgruppen, 2. Mord gegen ausländische Eliten, vor allem in Polen und in der Sowjetunion, 3. die Verbrechen an Kriegsgefangenen, in erster Linie an Rotarmisten, 4. die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“ sowie die Ermordung von Sinti und Roma, 5. die Verbrechen an der nichtjüdischen Zivilbevölkerung vorzugsweise in Osteuropa: durch Hunger, Deportation und bei der Bekämpfung des Widerstandes, und 6. die unterschiedlichen Lagersysteme, die mit den meisten anderen Verbrechenskomplexen inhaltlich verbunden waren.²

Stalinistische Massenverbrechen lassen sich typologisch in fünf große Komplexe unterscheiden: 1. die Verbrechen im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung 1929–1933, also: Verfolgung sogenannter Kulaken und politisch induziertes Hungersterben, 2. die einzelnen periodischen Mordkampagnen ab 1928, mit dem Höhepunkt in den Jahren des „Großen Terrors“ 1937 bis 1938, 3. die Deportation bestimmter, meist ethnischer Gruppen, besonders während des Zweiten Weltkrieges, 4. die Morde im Zusammenhang mit der weiteren Ausdehnung des Machtbereichs ab 1939, und 5. wiederum die Lagersysteme.³

Der chronologische Ablauf ist zwar derselben Epoche zuzurechnen, aber von der Zeitdauer recht unterschiedlich angelegt gewesen: Der Stalinismus stand in der Kontinuität der bolschewistischen Gewaltherrschaft und war für Massenverbrechen innerhalb von 25 Jahren verantwortlich, die sich chronologisch gleichsam in Wellen abzeichneten. Die Massenmorde unter dem Nationalsozialismus hingegen konzentrierten sich zum größten Teil auf eine vergleichsweise kurze Phase von Sommer 1941 bis Mai 1945. Vor allem in den Dimensionen lassen sich Ähnlichkeiten konstatieren, in beiden Systemen liegt die Zahl

¹ Massenverbrechen als staatlich angeordnete und organisierte massenhafte Verfolgungen und Tötungen an Zivilisten oder Kriegsgefangenen; darunter sind auch die meisten Kriegsverbrechen zu subsumieren. Damit ist ein übergreifender Terminus eingeführt, der noch nichts über die Tatmotivation bei den einzelnen Verbrechenskomplexen aussagt, die im selben System durchaus variierte. Aus der Kriminologie wurde als noch weitergehender Begriff „Makrokriminalität“ vorgeschlagen: Herbert Jäger, Makrokriminalität, Frankfurt a. M. 1989.

² Als Überblick: Dieter Pohl, Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit, Darmstadt 2003.

³ Nicholas Werth, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror. Von Stéphane Courtois u.a., München 1998, S. 45–295; Jörg Baberowski, Der rote Terror. Geschichte des Stalinismus, München 2003.

der Todesopfer in vergleichbarer Größenordnung: Den Massenverbrechen unter dem Nationalsozialismus fielen etwa 12 bis 14 Millionen Menschen zum Opfer, darunter allein knapp sechs Millionen wegen ihrer jüdischen Herkunft.⁴ Bei der Betrachtung des Stalinismus war man lange Zeit auf Schätzungen angewiesen. Aus Akten lassen sich jetzt Statistiken über sechs bis sieben Millionen Opfer stalinistischer Massenmorde und Lagersysteme erschließen⁵, zu denen die Toten des politisch induzierten Hungersterbens im Süden der Sowjetunion 1932/33 in etwa gleicher Größenordnung hinzuzurechnen sind. Die zuletzt genannten Angaben sind bisher zum größten Teil nur aus demographischen Berechnungen zu ermitteln, die zahlreiche Unsicherheiten in sich tragen.⁶ Anders als bei der Betrachtung des Nationalsozialismus sind diese Gesamtstatistiken unter Historikern jedoch noch heftig umstritten.⁷

Unter diese Massenverbrechen fallen recht unterschiedliche Vorgänge: rechtliche, soziale und physische Verfolgung, die unmittelbare Tötung, das Zugrundegehen in Lagern und Ghettos, aber auch das durch Vernachlässigung und Verweigerung von Nahrung verursachte Massensterben andernorts. Ähnliche Dimensionen finden sich auch in den großen Täterapparaten mit jeweils mehreren Hunderttausend Funktionären, und in der enormen geographischen Ausdehnung der Verfolgung, mit weitverstreuten Lagerkomplexen.

Somit bietet sich ein Vergleich beider Systeme unter dem Aspekt der Massenverbrechen durchaus an. Freilich scheinen dazu einige Vorüberlegungen vonnöten, da sich in den Publikationen der letzten Jahre schon die Unwägbarkeiten eines solchen Vergleichs gezeigt haben, zunächst in der seit zwei Jahrzehnten boomenden interdisziplinären „Genocide-Forschung“⁸, inzwischen aber auch in historiographischen Analysen.⁹

⁴ Vgl. Hellmuth Auerbach, Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte*, München 1992, S. 161–163. Mit abweichenden Zahlen im Detail: Pohl, *Verfolgung*.

⁵ Zusammenfassung der in den letzten Jahren publizierten Statistiken (mindestens 1,5 Mio. Opfer von Erschießungen und mindestens 4,5 Mio. weitere Opfer in Haftstätten bzw. auf dem Weg dorthin) bei: J. Otto Pohl, *The Stalinist Penal System. A Statistical History of Soviet Repression and Terror 1930–1953*, Jefferson 1997, S. 131; Baberowski, *Der rote Terror*, S. 231, 248; *Istorija stalinskogo Gulaga*. Red. V. P. Kozlov u.a., Moskau 2004, Band 1, S. 610 f., Band 4, S. 55; V. Zemskov, *Specposelency v SSSR 1930–1960*, Moskau 2003, S. 281; Stefan Karner, *Im Archipel GUPVI*, Wien/München 1995, S. 79. Vgl. Helmut Altrichter, „Offene Großbaustelle Rußland“. Reflexionen über das „Schwarzbuch des Kommunismus“, in: *VIZ* 47 (1999), S. 321–361, hier: S. 347–353.

⁶ *Holodomor 1932–1933 rr. v Ukraïni. Pryčyny i naslidky*. Red. Stanislav Kul'čyc'kyj, Kiew 1995, S. 119, 131; *Holod-henocyd 1933 roku v Ukraïni. Istoryko-politolohičnyj analiz social'no-demohrafičnyh ta moral'no-psycholohičnyh naslidkiv*. Red. Stanislav Kul'čyc'kyj u.a., Kiew u.a. 2000, bes. S. 84 ff.; *Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni. Pryčyny ta naslidky*. Red. Valerij Andrijovyč Smolij u.a., Kiew 2003, S. 503 ff.

⁷ Zuletzt sprach noch von 20–25 Mio. Todesfällen in Haftstätten während der Sowjetzeit: Aleksandr N. Jakovlev, *Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland*, Berlin 2004, S. 332.

⁸ Aus der umfangreichen Literatur seien nur genannt: *Encyclopedia of Genocide*, hrsg. von Israel W. Charny, 2 Bände, Santa Barbara, Calif. u.a. 1999 (über weite Strecken nicht auf der Höhe neuerer Forschung), und die beiden neuen Fachzeitschriften: *Journal of Genocide Research* (1999 ff.); *Zeitschrift für Genozidforschung* (1999 ff.).

⁹ Zuletzt und umstritten: Eric D. Weitz, *A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation*, Princeton, Oxford 2003, S. 53–143; Norman M. Naimark, *beeindruckendes Buch: Fires of Hated. Ethnic cleansing in twentieth century Europe*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 57–107, verzichtet wegen seines Konzepts auf die Integration der nationalsozialistischen Judenverfolgung ab Mitte 1941, d.h. ab dem Beginn des systematischen Massenmords; Hans-Heinrich Nolte/Pavel Polian, *Massenverbrechen in der Sowjetunion und im nationalsozialistischen Deutschland*, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 2 (2001), H. 1, S. 125–147.

In vielen Fällen scheint es nicht hinreichend geklärt, wozu dieser Vergleich eigentlich dienen soll, etwa als moralisches Exempel, für die historisch-politische Bildung, für eine essayistische Gesamtbehandlung¹⁰ oder als abgesicherte wissenschaftliche Operation mit präzisen Fragestellungen, zur Gewinnung von Kriterien für die Urteilsbildung und zur Schärfung der Analyse einzelner Vorgänge. Gerade bei letzterem wird schnell deutlich, daß man mit der Komparatistik zwischen nationalsozialistischen und stalinistischen Verbrechenkomplexen an Grenzen stößt. Zu wenig werden oft wichtige handwerkliche Voraussetzungen für den Vergleich berücksichtigt, wie die Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes, der sich gerade im Fall der Sowjetunion rapide weiterentwickelt, aber auch die Einordnung ins jeweilige Gesamtsystem, also bei der Sowjetunion in den Rahmen der komplexen multi-ethnischen Struktur, der Zentralverwaltungswirtschaft und der Kontinuität von massenhafter Gewalt seit 1918, im Grunde genommen seit 1914.

Doch schon allein eine aufmerksame Wahrnehmung des jeweils anderen Forschungsgebietes kann sich als fruchtbar erweisen. Viele Konferenzen der letzten Jahre haben Spezialisten beider Themenbereiche zusammengebracht und die Asymmetrien des Forschungsstandes verdeutlicht.¹¹ So blickt die Historiographie zu den NS-Verbrechen auf Jahrzehnte der Praxis zurück, in der methodische Grundlagen geschaffen werden konnten. Während aber 90 Prozent der Akten, die sich speziell auf die nationalsozialistischen Verbrechen beziehen, als vernichtet gelten müssen, greift die Stalinismusforschung zusehends auf weit umfangreichere Bestände zu, wenn auch diese oft schwierige methodische Probleme aufwerfen. Als spezifische Überreste beider Regime müssen beispielsweise die zahlreichen Massengräber gelten, von denen viele vor allem 1943/44 und dann wieder seit den 1990er Jahren exhumiert wurden. Sowohl in der Quellenkritik, etwa gegenüber Akten der Geheimpolizei, Berichten traumatisierter Zeugen oder Befragungen der Täter¹², als auch in der Formulierung von Konzepten und Fragestellungen können beide Themenbereiche voneinander profitieren.

So ließe sich beispielsweise die Begriffsbildung deutlich präzisieren. Erscheint schon der pauschale Terminus Genozid für die nationalsozialistischen Verbrechen als unscharf, da er etwa die Verfolgung und Ermordung der eigenen Bürger nicht erfaßt, so ist der Begriff „Klassenmord“ für die stalinistischen Verbrechen regelrecht irreführend, richteten sich diese doch schon in den dreißiger Jahren gegen alle Schichten der Bevölkerung, verliefen im Krieg dann immer mehr nach ethnisch-kulturellen Kategorien. Ähnlich unreflektiert erscheint die Verwendung von „Repression“ für die Bezeichnung stalinistischer

¹⁰ Vgl. etwa Yves Ternon, *Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert*, Hamburg 1996; Witold Nieciński, *Przemoc i masowe zbrodnie hitleryzmu i stalinizmu. Próba studium porównawczego*, Warschau 1998; Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999.

¹¹ Klaus Naumann/Ulrich Herbert, *Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft – Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs. Bericht zu einer Tagungsreihe – Einführende Bemerkungen zum Konferenzprojekt*, in: *Mittelweg* 36, 2 (1993), H. 9, S. 65–73; Matthias Vetter (Hrsg.), *Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaft*, Opladen 1995; Dittmar Dahlmann/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, Essen 1999; Henry Rousso (Hrsg.), *Stalinisme et nazisme. Histoire et mémoire comparées*, Bruxelles 1999; Gustavo Corni/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), *L'umanità offesa. Stermini e memoria nell'Europa del novecento*, Bologna 2003.

¹² Vgl. etwa zu Gestapo-Vernehmungen: Bernd A. Rusinek/Volker Ackermann/Jörg Engelbrecht (Hrsg.), *Einführung in die Interpretation historischer Quellen*, Paderborn u.a. 1992, S. 111–131.

Morde, stammt dieser Begriff doch aus dem Jargon der Täter und soll – im Wortsinne – eine reaktive Verfolgungspolitik kennzeichnen. Auch der vielgebrauchte Terror-Begriff ist nicht unproblematisch: Terror bezeichnet primär die wahllose Gewaltausübung zum Zwecke der Einschüchterung. Davon kann aber bei den stalinistischen „Nationalitäten-Operationen“ der Jahre ab 1937 kaum die Rede sein. Auch die meisten nationalsozialistischen Massenverbrechen lassen sich nicht unter diesen Begriff subsumieren: Zweifels- ohne herrschte im Deutschland der Jahre 1933/34 und dann wieder im Krieg Terror, vor allem in den besetzten Gebieten. Das Morden an Juden, Behinderten oder Kriegsgefangenen kann allein unter dem Aspekt des Terrors aber nicht verstanden werden; es ist nur ein Aspekt in einem wesentlich breiteren Motivationsspektrum. Schließlich kann die inzwischen inflationär gebrauchte Kategorie Kriegsverbrechen mit Blick auf die andere Diktatur wieder deutlich an Trennschärfe gewinnen. Daß darunter keine Morde aus der Vorkriegszeit zu rechnen sind, versteht sich von selbst. Aber auch von 1939 bis 1945 hing nur ein Teil der Massenverbrechen mit der Kriegführung zusammen.

Wo liegen nun die konkreten Perspektiven der Komparatistik? Auf Dauer erscheint es weniger sinnvoll, einzelne Großkomplexe wie die Ermordung der Juden oder den „Großen Terror“ als Ganzes miteinander zu vergleichen. Bei den Großverbrechen handelt es sich nicht um institutionelle Strukturen oder regelhafte Politik-Verfahren, die die Grundlage für eine komparatistische Untersuchung abgeben könnten, sondern um äußerst komplexe, über riesige Gebiete verteilte Handlungsprozesse, die jeder für sich schon schwer zu entschlüsseln sind. Insbesondere der Mord an den europäischen Juden erweist sich als besonders sperriger Gegenstand. Hier bietet es sich an, eher von zeitlich „parallelen Verbrechen“ zu sprechen, ohne Gesamtvergleiche voranzutreiben.¹³ In globaler Perspektive gehört dazu auch der japanische Vernichtungskrieg in China und Teilen Südasiens, der fast zur gleichen Zeit ablief und Menschenleben in millionenfacher Dimension kostete. Dort dominierten Verbrechen unter Besatzung wie politisch herbeigeführtes Hungersterben, Verbrechen an Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, jedoch weniger in Lagern.¹⁴ Kompliziert wird ein Vergleich zwischen Deutschland und der Sowjetunion zudem durch die vielfältige europäische Verantwortungslage, die gerade von der neueren Forschung herausgearbeitet wurde, etwa die Massenmorde von seiten der kroatischen und rumänischen Regierungen ab 1941, aber auch das eigenständige Vorgehen Italiens bei seinen Angriffskriegen. Bezogen auf den Stalinismus taucht eine solche Ausweitung der Verantwortungen – wenn auch in geringerem Maße – dann im kommunistischen Machtbereich in Osteuropa ab 1944 auf, sieht man einmal von den Sonderfällen Äußere Mongolei und Nordkorea ab.

Etwas weniger verwickelt steht es um Komplexe, die entweder direkt miteinander zusammenhängen, wie die deutsch-sowjetische Besatzung Polens in den Jahren 1939 bis 1941, oder solche, die geringere historische Einmaligkeit für sich verbuchen und eher zur Typenbildung geeignet sind. Dazu sind etwa der deutsche Anti-Partisanenkampf im besetzten Europa und die sowjetischen Aktionen gegen den antikommunistischen Untergrund ab 1944 zu rechnen.

¹³ Vgl. Gerd Koenen, *Utopie der Säuberung*, Berlin 1998, S. 271 ff.

¹⁴ Als Überblick: Bernd Martin, *Japanische Kriegsverbrechen und Vernichtungspraktiken während des Pazifischen Krieges (1937-1945)*, in: *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation*, S. 133-151; Yuji Ishida, *Der „totale“ Krieg und die Verbrechen des japanischen Militärs 1931-1945*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48 (2000), S. 525-540.

Die synchrone Besetzung Polens ab September 1939 bietet dem Historiker annähernd die Laboratoriumsbedingungen, über die er für einen Vergleich gerne verfügen würde: mit alten Gebietsansprüchen auf beiden Seiten, einer nahezu exakten Halbierung des Landes zwischen den Teilungsmächten und einer ausgeprägt antipolnischen Haltung auf deutscher wie auf sowjetischer Seite. Es existierten allgemeine, gegen Polen gerichtete Absprachen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die „polizeiliche“ Zusammenarbeit hielt sich jedoch in Grenzen. Zwar lieferte bekanntermaßen das NKVD in Polen deutsche und auch polnische Häftlinge an die Gestapo aus, eine weitere Koordinierung des Vorgehens gegen Polen ist zwar oft behauptet worden, jedoch nicht zu belegen.¹⁵ Bisher ungeklärt ist eine Anfrage der deutschen Polizei bei der sowjetischen Umsiedlerbehörde, ob letztere bereit sei, Juden aus dem deutschen Machtbereich in die Westukraine und ins fernöstliche Birobidžan zu übernehmen.¹⁶ Beide Besatzungsmächte gingen mit erheblicher Brutalität gegen die polnische Oberschicht vor, im deutsch besetzten Teil schon Ende 1939 mit Massenmorden, zeitlich fast parallel dann im Frühjahr 1940 bei der Erschießung von Kriegsgefangenen und anderen Häftlingen in der Sowjetunion und bei der deutschen „Außerordentlichen Befriedungsaktion“ im Generalgouvernement. Nahezu kontinuierlich unternahmen beide Seiten Verhaftungsaktionen an Polen vor, die diese in Gefängnisse oder Konzentrationslager führte. Die massenhaften Deportationen von Polen, die sowohl deutsche als auch sowjetische Behörden organisierten, nahmen zwar ähnliche Dimensionen an, zeigen jedoch deutlich unterschiedliche Züge, wenn man Intention, Struktur der betroffenen Gruppen und Verlauf betrachtet. Keine Entsprechung im sowjetisch besetzten Gebiet fand die frühzeitige Verfolgung der polnischen Juden unter deutscher Herrschaft, die bereits bis Mitte 1941 Zehntausende Menschenleben gekostet hat. Auf der anderen Seite wird im ostpolnischen Gebiet der ethnischen Mischlage inzwischen eine hohe Bedeutung für manche Aspekte der massenhaften Gewalt beigemessen, so etwa bei den Denunziationen. Ab dem Zeitpunkt des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion verändern sich die Rahmenbedingungen für den Vergleich fundamental. Dies wird auch deutlich, wenn man die Zahl der Todesopfer der deutschen (etwa 4,5 bis 5 Millionen polnische Staatsbürger) und der sowjetischen Besatzungspolitik 1939–1945 (100 000–200 000 polnische Staatsbürger) nebeneinander stellt.¹⁷

Nachdem besonders die polnische Geschichtswissenschaft die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik in den letzten Jahrzehnten erforscht hat, macht inzwischen auch die Untersuchung der sowjetischen Besatzung große Fortschritte.¹⁸ Dank der vergleichsweise guten Aktenüberlieferung und eines methodisch neuen, sehr dichten Zugangs kann letztere – also die sowjetische – in Einzelbereichen bereits als besser untersucht gel-

¹⁵ Vgl. O. V. Višlev, „Krakovskij protokol“ 1940 g. Bylo li „antipol'skoe soglašenje“ meždu NKVD i Gesta-
po? Iz germanskich archivov, in: *Novaja i novejšaja istorija* 1995, H. 5, S. 104–113; Piotr Kołakowski,
NKWD i GRU na ziemiach polskich 1939–1945, Warschau 2002, S. 66 f.

¹⁶ G. V. Kostyrčenko, *Tajnaia politika Stalina. Vlast' i antisemitizm*, Moskau 2001, S. 189. Der Vorschlag
wurde Anfang 1940 abgelehnt.

¹⁷ Vgl. die Diskussion in: *Dzieje najnowsze* 1994, H. 2; Stanisław Ciesielski/Wojciech Materski/Andrzej
Paczkowski, *Represje sowieckie wobec Polaków i obywatele polskich*, Warschau 2002, S. 33 und passim.

¹⁸ Erste neue Gesamtdarstellung: Albin Głowacki, *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II
Rzeczypospolitej 1939–1941*, Łódź 1998. Der „Klassiker“ mit übergeordneten Fragestellungen bleibt Jan
T. Gross, *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belo-
russia*, Princeton 1987.

ten¹⁹! Dennoch bleibt der Vergleich von deutscher und sowjetischer Besatzungsgewalt, der im polnischen historischen Bewußtsein heute allgegenwärtig ist, in der Wissenschaft eher die Ausnahme. Zumeist dominieren in den Publikationen allgemeinere Erörterungen, die den Funktionsmechanismen der Verfolgung nur bedingt auf den Grund gehen.²⁰ Nur selten werden konkrete Verbrechenkomplexe komparatistisch untersucht, etwa die Deportationen oder die Behandlung der polnischen Kriegsgefangenen.²¹

Als weiteres perspektivenreiches Forschungsfeld sei noch kurz die mörderische Widerstandsbekämpfung von deutscher wie von sowjetischer Seite erwähnt. Für einen Vergleich bieten sich dabei der deutsche Anti-Partisanenkrieg in Osteuropa ab Ende 1941 und das sowjetische Vorgehen gegen einheimische Untergrundbewegungen in Ostpolen und im Baltikum 1940/41 bzw. ab 1943/44 an. Beide Felder stehen, so erstaunlich das klingen mag, erst am Anfang ihrer wissenschaftlichen Erforschung, vergleichende Studien fehlen völlig.

Zunächst fällt bei einer oberflächlichen Betrachtung auf, daß die jeweils zuständigen Institutionen mit nahezu identischen Namen versehen waren: der Chef der Bandenkampfverbände auf deutscher Seite und daneben die sowjetische Hauptverwaltung für die Bekämpfung von Banden (*Glavnoe Upravlenie po Bor'be s Banditizmom*, GUBB).²² Freilich standen beide Apparate in recht unterschiedlichen Zusammenhängen: Das Deutsche Reich agierte im Krieg, vor allem in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Jugoslawiens und Polens, der Sowjetstaat sowohl in besetzten Gebieten wie vor allem Lettland, Litauen und die westliche Ukraine, aber auch in „altsowjetischen“ Räumen wie Tschetschenien. Zudem hatte die „Bekämpfung der Banden“ in der Sowjetunion eine längere Tradition, eigentlich seit 1919/20, und wurde sowohl im Frieden als auch im Bürgerkrieg und Krieg praktiziert.

Der Sowjetstaat bediente sich zur gewaltsamen Bekämpfung von organisiertem Widerstand vor allem der Geheimpolizei und des Innenapparates, nur fallweise der Roten Armee. Das NS-Regime hingegen setzte sowohl auf den SS-Polizeiapparat als auch auf die Wehrmacht. Die Untergrundorganisationen wiederum steigerten gegenüber der deut-

¹⁹ Vgl. die zahlreichen neuen Studien zur sowjetischen Besatzung in Nordostpolen, etwa die prosopographische Untersuchung des Besatzungspersonals bei Krzysztof Jasiewicz, *Pierwsi po diable. Elity sowieckie w okupowanej Polsce 1939-1941*, Warschau 2001 (1261 S.). Dagegen existieren kaum Untersuchungen zum deutschen Besatzungspersonal in Osteuropa: Wiesław Porzycki, *Posłuszní až do śmierci. Niemieccy urzędnicy w Kraju Warty 1939-1945*, Poznań 1997 („Warthegau“).

²⁰ Tomasz Szarota, *Polen unter deutscher Besatzung, 1939-1941: Vergleichende Betrachtungen*, in: Bernd Wegner (Hrsg.), *Zwei Wege nach Moskau: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“*, München, Zürich 1991, S. 40-55; Andrzej Paczkowski, *Polska ofiarą dwóch totalitaryzmów, 1939-1945*, in: *Zeszyty Historyczne*, H. 140, 2002, S. 3-38. Vgl. die neueren Synthesen, die aber die sowjetische Herrschaft nur teilweise thematisieren: Czesław Luczak, *Polska i Polacy w drugiej wojny światowej*, Poznań 1993; Włodzimierz Bonusiak, *Polska podczas II wojny światowej*, Rzeszów 2003.

²¹ Günther Häufe, *Zwangsumsiedlungen in Polen 1939-1941. Zum Vergleich sowjetischer und deutscher Besatzungspolitik*, in: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation, S. 515-533; Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie. Red. Hubert Orłowski/Andrzej Sakson, Poznań 1996; *Niemiecki i radziecki system jeniecki w latach II wojny światowej: Podobieństwa i różnice*. Red. Edmund Nowak, Opole 1997.

²² Institutionelle Studien fehlen, vgl. aber: Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland*, Hamburg 1999, S. 870-1054; Jeffrey Burds, *The Early Cold War in Soviet Ukraine, 1944-1948*, Pittsburgh 2001; ders., *Černaja kožka: Banditizm na sovetsoj territorii posle Velikoj Otečestvennoj vojny, 1944-1948*, in: *Social'naja istorija. Ežegodnik 2000*, S. 169-190; Arvydas Anušauskas (Hrsg.) *The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, Wilna 1999.

schen Besetzung zunehmend ihre Kraft und Bedeutung, blieben in der Bevölkerung jedoch wegen ihrer Gewaltakte und Eskalationspolitik umstritten. Der bewaffnete Widerstand gegen die Sowjetherrschaft hingegen war regional in der Bevölkerung stärker verankert, auch wenn er – wie in der Westukraine – zu massiver Gewalt gegen nationale Minderheiten oder systemloyale Personen griff. Bis 1947/48 war der Widerstand in Polen und den neuen Westgebieten der Sowjetunion weitgehend zerschlagen, nicht zuletzt, weil ihm ein staatlicher Rückhalt fehlte.

Für einen Vergleich kann man vor allem bei den Methoden und den Folgen des „Bandenkampfes“ ansetzen. Schon die Konstruktion des Gegnerbildes zeigt übergeordnete Merkmale. Offensichtlich ist dann die massive Gewaltanwendung gegen echte oder vermutete Anhänger des Untergrunds. Nicht nur bewaffnete Kämpfer, sondern oft auch „Bandenverdächtige“ fielen Morden zum Opfer, ganze Landstriche wurden entvölkert, um dem Widerstand die soziale Basis zu entziehen.²³ Und doch gab es – in beiden Systemen – interne Diskussionen im Herrschaftsapparat über das Ausmaß an Gewaltanwendung, ja im sowjetischen Fall ist gelegentlich die politische Sanktionierung übertrieben exzessiver Gewaltanwendung zu beobachten.²⁴

Die Bekämpfung des bewaffneten Widerstandes kann darüber hinaus auch als Vergleichsobjekt mit anderen Vorgängen außerhalb der totalitären Diktaturen dienen, insbesondere die „schmutzigen Kriege“, die als allgemeines Kennzeichen des 20. Jahrhunderts anzusehen sind.

Die meisten Perspektiven für den Diktaturvergleich auf dem Feld der Massenverbrechen bieten sich einerseits in einem noch allgemeineren Zugriff, andererseits aber mehr auf der mittleren und unteren Untersuchungsebene.

Da wären zunächst die mentalen und diskursiven Bedingungen des staatlich organisierten Massenmords: also ideologisierte Feindbilder, die Steigerung der Gewaltbereitschaft, aber auch die Legitimierungsstrategien von Gewalt, ob und wie Konsens innerhalb der Täter und in der Bevölkerung erzielt wurde. Dabei kann man nicht bei der Analyse der Haßpropaganda stehenbleiben, sondern muß auch das Selbstverständnis des Regimes und der Täter, die Bedeutung normativer Verfahren und (veröffentlichter) Akte berücksichtigen. Welche Rolle spielte die charismatische Herrschaft bei der Transformation von Wertmaßstäben? Freilich müßte dazu erst einmal rekonstruiert werden, welche Formen von öffentlicher Sphäre unter diesen extremen Diktaturen überhaupt noch vorhanden waren. Mit diesen – eigentlich kulturhistorischen – Fragestellungen eröffnen sich im Vergleich unter Umständen auch Ansätze für die Weiterentwicklung der Totalitarismus-Modelle, die sich bisher erstaunlich wenig mit den Massenverbrechen beschäftigt haben.²⁵

Auf einer mittleren und unteren Ebene eignen sich sowohl regionale oder lokale Verdichtungen als auch die Täterapparate für komparative Fragestellungen. Für Regionalstudien bietet sich natürlich ganz besonders wieder das synchron deutsch und sowjetisch besetzte Polen an, daneben aber auch die Teile der Sowjetunion, die ab 1941 von der Wehrmacht besetzt wurden, wo sich diachron die Entwicklung von staatlichen Verbrechen nach-

²³ Vgl. für Südostpolen: Akcja „Wisła“. Red. Jan Pisuliński, Warschau 2003.

²⁴ Beispielsweise: Volodymyr Kučer/Jurij Šapoval, Takyj znajomyj počerk „radjanizacii“ abo jak ce robylos´ u Zachidnij Ukraïni, in: Viče 1993, H. 6, S. 115–126.

²⁵ Vgl. etwa den repräsentativen Sammelband: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.

verfolgen läßt, in der Abfolge sowjetisch-deutsch-sowjetisch.²⁶ Gerade die baltischen Staaten können auf wechselnde Besetzungen verweisen. Dort erlebt die Literatur zur durchgängigen Gewaltherrschaft 1940–1991 momentan zwar einen Boom, freilich wird dabei die deutsche Besetzung meist nur peripher abgehandelt, wegen des sensiblen Themas der einheimischen Kollaboration bei Massenverbrechen nicht selten mit politischer Schiefelage. Es dominiert eine kontinuierliche Erzählung von sowjetischer Herrschaft, analytische Vergleiche bleiben Mangelware.²⁷ Noch stärker als im Baltikum wiegen in anderen betroffenen Ländern wie der Ukraine hingegen Tendenzen vor, alle Herrschafts- und Gewaltgeschichte unter der Perspektive ihres Verhältnisses zum „nationalen Befreiungskampf“ einzuordnen. Unter diesen Prämissen wird etwa das Hungersterben in der Ukraine 1932/33 auf eine Ebene mit dem nationalsozialistischen Mord an den Juden gestellt.²⁸ Die Forschung mußte nach 1991 in diesen Ländern von vorne anfangen, und konzentrierte sich verständlicherweise auf die stalinistischen Verbrechen. Die langsam in Gang gekommene einheimische Historiographie zur deutschen Besatzungsherrschaft bleibt davon weitgehend isoliert. Irgendein analytischer Vergleich ist hier, im Unterschied zu manchen Monographien aus ausländischer Feder, kaum zu erkennen.²⁹ Die Historiographie in Belarus hat zudem mit erheblichen materiellen und politischen Problemen zu kämpfen.³⁰

Gerade bei einem regionalen Zugriff ließen sich Struktur und Wirkung der Täterapparate wie auch die Interaktion mit der Bevölkerung einigermaßen in ein analytisches Gesamtbild einfügen. Dabei können auch jene Faktoren in den Blick kommen, die sich beschleunigend oder hemmend auf die Massenverbrechen auswirkten, wie besonders ökonomische Zusammenhänge.

Als empirisch noch fundierter dürften sich Mikro-Studien erweisen. Sofern ein *tertium comparationis* ausgemacht werden kann, lassen sich hier Strukturen und Prozesse

²⁶ Vgl. besonders Dietrich Beyrau, *Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin*, Göttingen 2000; Wacław Długoborski, *Deutsche und sowjetische Herrschaftssysteme in Ostmitteleuropa im Vergleich*, in: Johannes Houwink ten Cate und Gerhard Otto (Hrsg.), *Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft*, Berlin 1999, S. 93–121.

²⁷ Vgl. die – für die Geschichte stalinistischer Massenverbrechen grundlegenden – Studien der nationalen Untersuchungskommissionen und Okkupationsmuseen: Tarptautinė Komisija Nacių ir Sovietinio Okupacinio Režimų Nusikaltimams Lietuvoje, Lietuvos Gyventojų Genocido ir Rezistencijos Tyrimo Centras (Litauen); Latvijas Vesturnieku Komisijas, Latvijas Okupācijas Muzeis (Letland); Okupatsioonide repressiivoliitika uurimise riiklik komisjon, Eesti Lähimineviku Okupatsioonide Muuseum (Estland); für Südostlettland: Geoffrey Swain, *Between Stalin and Hitler. Class war and race war on the Dvina, 1940–46*, London, New York 2004, S. 39–75 und S. 181 ff.; zusammenfassend Aigi Rahi, *Pärskats par padomju un nacistu represiju pētniecību Igaunijā*, in: Latvijas Okupācijas Muzeja Gadagrāmata 2002; Lietuvos žmonių genocidas nacių ir sovietų okupacijose (konferencijos medžiaga.1993.06.12). Red. Dalia Kuodytė, Vilna 1994.

²⁸ Deutlich schon in älteren Titeln wie: *Der ukrainische Hunger-Holocaust*, hrsg. von Dmytro Zlepko, Sonnenbühl 1988; zuletzt: *Ukrains'kyi holokost 1932–1933. Svidčennja tych, chto vyžyv*, Kiew 2003.

²⁹ Deutsche Besatzungsverbrechen werden in dem repräsentativen Längsschnitt integriert: *Polityčnyj terror i teroryzm v Ukraïni XIX–XX st. Istoryčni narysy*. Red. V. A. Smolij, Kiew 2002, S. 600–656. Vgl. die übergreifenden Darstellungen von Hiroaki Kuromiya, *Freedom and Terror in the Donbas: An Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s*, Cambridge, New York 1998, S. 166–322; Amir Weiner, *Making Sense of War. The Second World War and the Bolshevik Revolution*, Princeton 2001, S. 131–190 (regionaler Schwerpunkt Vinnycja).

³⁰ Vergleichend: Hans-Heinrich Nolte, *Töten in Belorubland 1936–1944*, in: Peter Gleichmann/Thomas Kühne (Hrsg.), *Massenhaftes Töten. Kriege und Genozide im 20. Jahrhundert*, Essen 2004, S. 143–157.

vergleichen, die nicht so hoch aggregiert sind, also beispielsweise Dienststellen von Geheimpolizei und normaler Polizei, Haftstätten etwa gleicher Größe, aber auch Gewaltmaßnahmen etwa in Kleinstädten. Die Forschungen der letzten Jahre zum SS- und Polizeiapparat bieten dazu fruchtbare Ansatzpunkte, ebenso wie die Rekonstruktion von Struktur und Tätigkeit des NKVD, die allerdings auf regionaler und lokaler Ebene erst in den Anfängen steckt.³¹ Im Kern schält sich hier der Typus des Weltanschauungstäters heraus, sei es im Sicherheitsdienst der SS oder in den Verwaltungen für Staatssicherheit des NKVD.³² Die Staatsparteien scheinen aber recht unterschiedliche Rollen bei der Organisation der Massenverbrechen gespielt zu haben. Hier nahm der Staatsführungsapparat der Kommunistischen Partei eine erheblich wichtigere Funktion ein als die Parteiorganisation der NSDAP, letztlich eine Mobilisierungsinstanz. Es ist jedoch noch nicht geklärt, ob bei den stalinistischen Massenverbrechen eine ähnlich breite Arbeitsteilung herrschte wie bei denen des Nationalsozialismus. Denkbar wären unter diesem Aspekt Untersuchungen zu den Beziehungen von Wehrmacht und SS-Polizeiapparat bzw. Roter Armee und NKVD. Weniger im Zentrum und mehr an der Peripherie der Massenverbrechen war die Tätigkeit der deutschen und der sowjetischen Justiz unter Diktaturbedingungen angesiedelt. An die Justiz mit ihrer vermeintlich höheren Legitimität durch Verfahren wurden von den Staatsführungen ganz spezifische Verfolgungsmaßnahmen delegiert.³³

Als klassische parallele Mord-Institution gelten für beide Diktaturen die Lager, die sich jeweils in recht unterschiedliche Typen auffächern.³⁴ Auch hierbei handelt es sich um Handlungsräume, die eine gewisse Gleichförmigkeit aufweisen und somit Voraussetzungen für einen wissenschaftlich sinnvollen Vergleich liefern können. Jedoch ist hier ebenso auf generelle Unterschiede zu achten, wie die Existenz von nationalsozialistischen Lagern, die fast ausschließlich zum direkten Massenmord dienten, oder das unterschiedliche soziale Umfeld der Lager. Bisherige Forschungen haben sich mehr auf additive

³¹ Vgl. das Themenheft der *Cahiers du monde russe* 42 (2001), H. 2–4: *La police politique soviétique, 1918–1953*, darin auch: Rolf Binner/Marc Junge/Terry Martin, *The Great Terror in the provinces of the USSR, 1937–1938. A cooperative bibliography*, S. 679–696; als erste Mikrostudien: A. G. Tepljakov, *Personal i povsednevnost' Novosibirskogo UNKVD v 1936–1946*, in: *Minuvšee* 21 (1997), S. 240–293; Władysław Hedeler, *Tatort Kunzewo. Opfer und Täter des Stalinschen Terrors*, Berlin 2003, S. 37–97.

³² Vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002; für die kommunistische Geheimpolizei dagegen bisher nur biographische Überblicke: N. V. Petrov/K. V. Skorkin, *Kto rukovodil NKVD, 1934–1941. Spravočnik*, Moskau 1999; Ju. I. Šapoval/V. Pristajko/V. Zolotar'ev, *ČK-HPU-NKVD v Ukraïni: Osoby, fakty, dokumenty*, Kiew 1997; Liudas Truska/Arvydas Anušauskas/Inga Petraviciūte, *Sovietinis saugumas Lietuvoje 1940–1953 metais. MVD-MGB organizacine struktūra, personalas ir veikla*, Wilna 1999. Für Polen vgl. Mirosław Piotrowski, *Ludzie Bezpieki w walce z narodem i Kościołem. Służba bezpieczeństwa w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w latach 1944–1978 – Centrala, Lublin* *2000 (internes Lexikon von 1978).

³³ Vgl. Jürgen Zarusky, *Die stalinistische und die nationalsozialistische „Justiz“*. Eine Problemskizze unter diktaturvergleichender Perspektive, in: Leonid Luks/Donal O'Sullivan (Hrsg.), *Rußland und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei „Sonderwege“ im Vergleich*, Köln u.a. 2001, S. 163–192; Dieter Pohl, *Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung*, München 2001, S. 303–368.

³⁴ Vgl. die Lexika zu Lagern: *Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny*. Red. Czesław Pilichowski, Warschau 1979 (deutsch-besetztes Polen ohne Ostpolen); M. B. Smirnow (Hrsg.), *Das System der Besserungsarbeitslager in der Sowjetunion 1923–1960*. Ein Handbuch, Berlin 2003; Bogusław Kopka, *Obozy pracy w Polsce 1944–1950. Przewodnik encyklopedyczny*, Warschau 2002.

Überblicke beschränkt und weniger den direkten Vergleich von ähnlichen Lagertypen angestrebt.³⁵

Für diese Vergleiche auf mittlerer und unterer Ebene empfiehlt sich die Entwicklung einer detaillierten Typologie von unterschiedlichen Mordaktionen, besonders aber von Täter-Institutionen, Haftstätten und Opfergruppen. Beispielsweise für Kriegsverbrechen (im engeren Sinn) lassen sich universalisierbare Typen entwerfen. Geht man den Weg vom Allgemeinen zum Speziellen weiter, so haben wir es schließlich mit Millionen von einzelnen Opferschicksalen zu tun, die individuell die kollektive Verfolgung erlebten, besonders gleichförmig in den Lagern und Gefängnissen. Hier, bei eng umgrenzten Opfergruppen, ist ein weiterer Ansatzpunkt für die Komparatistik gegeben, sowohl im Schicksal während der Verfolgung, als auch in der Verarbeitung der Gewalterfahrung durch die Überlebenden. Auch erscheint es sinnvoll, zunächst bei ähnlichen Gruppen von Opfern zu beginnen. Leider mangelt es – mit Ausnahme der Gegenüberstellung von Häftlingsgruppen in Lagern³⁶ – jedoch selbst noch an Ansätzen, die systematisch das Schicksal von Opfergruppen unter *derselben* Diktatur oder unter verbündeten Diktaturen vergleichen. Ausgangspunkte für systemvergleichende Untersuchungen bietet etwa das Schicksal der Zeugen Jehovas im Dritten Reich und im Stalinismus³⁷, weniger jedoch das der Sinti und Roma.³⁸ Eher die Ausnahme als die Regel repräsentieren solche Opfergruppen, die nacheinander vom NS-Regime und dann vom Stalinismus verfolgt wurden; dies galt für einen Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, deren Leid 1945 ja nicht beendet war, wie neuere Untersuchungen detailliert zeigen.³⁹

Erheblich mehr Schwierigkeiten dürfte es bereiten, das gesellschaftliche Umfeld der Verbrechen vergleichend zu betrachten, da sich die Morde des Nationalsozialismus vor allem im Ausland gegen Ausländer, die des Stalinismus aber in erster Linie gegen die eigenen Staatsbürger im – wenn auch riesigen und ethnisch gemischten – Inland verübt wurden. Welche Kenntnis hatten die von den Verfolgungen nicht betroffenen Einwohner, wie stand es um die Geheimhaltung der Verbrechen und die Zirkulation von Informationen? Auch hier kann empirisch gesättigte Forschung im Grunde nur auf der regionalen und lokalen Ebene ansetzen.⁴⁰ Als Vergleichsmoment stellen sich die Phänomene der Informan-

³⁵ Stefan Karner, Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager in Deutschland und in der Sowjetunion. Ansätze zu einem Vergleich von Lagern in totalitären Regimen, in: Rüdiger Overmans (Hrsg.), In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln u.a. 1999, S. 387–412. Vgl. Joël Kotek/Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin 2001, ein Überblick, der sich nicht immer auf der Höhe der Forschung bewegt, mit typologisierenden Überlegungen auf S. 12–44; Robert Streibel/Hans Schafranek (Hrsg.), Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und Gulag, Wien 1996.

³⁶ Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978; Anne Applebaum, Der Gulag, Berlin 2003; vgl. auch Meinhard Stark, Frauen im Gulag. Alltag und Überleben 1936 bis 1956, München, Wien 2003.

³⁷ Ansätze hierzu in: Gerhard Besier/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur, Berlin 2003.

³⁸ Vgl. den Vortrag von Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht, Mannheim 1996.

³⁹ Pavel Poljan, Žrtvy dvuh diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' sovetskich voennoplennykh i ostarbajterov na čužbine i na rodine. 2. erheblich erw. Aufl., Moskau 2002.

⁴⁰ Pionierstudien zu Wilna und Lemberg, freilich ohne vergleichende Synthesen: Stanisława Lewandowska, Losy Wilnian. Zapis rzeczywistości okupacyjnej. Ludzie, fakty, wydarzenia 1939–1945, Warschau 2004; Grzegorz Hryciuk, Polacy we Lwowie 1939–1944. Życie codzienne, Warschau 2000.

ten und der Denunziationen dar, die allmählich auch einer komparatistischen Untersuchung unterzogen werden.⁴¹ Bei der Interpretation der Gesellschaft beginnt die Stalinismus-Forschung inzwischen neue Wege zu weisen, die mit einem kulturalistischen Ansatz auf die mentale Durchdringung der Bevölkerung durch das System hinweist.⁴² Doch sollte man die methodischen Schwierigkeiten nicht unterschätzen, wenn man sich den zeitgenössischen Einstellungen der Bevölkerung zur Gewalt aus der Retrospektive des Historikers nähern will.

Insgesamt liegen also die Perspektiven der Komparatistik in einer Verfeinerung der Analyse solcher staatlicher und gesellschaftlicher Bedingungen, die die Massenverbrechen ermöglichten, natürlich in ihrer unmittelbaren Wirkung auf die Opfergruppen, und schließlich auch auf die sie umgebende Gesellschaft. Der Platz der Vernichtungspolitik innerhalb des jeweiligen Systems kann durch einen Vergleich präziser bestimmt werden, unter Umständen auch die Logik der Verfolgung und die Mechanismen des Überlebens. Der Wissenschaftler ist dabei gefordert, methodisch abgesicherte Vergleichsanordnungen zu konstruieren und auf den – in Einzelbereichen rapide voranschreitenden – Forschungsstand aufzubauen. Deshalb erscheint es sinnvoll, zunächst solche Komplexe gegenüberzustellen, die a priori Ähnlichkeiten oder gemeinsame Rahmenbedingungen aufweisen, und erst in einem zweiten Schritt die ganz spezifischen Massenverbrechen der jeweiligen Diktatur einzubeziehen. Wenn dabei gesicherte Ergebnisse vorgelegt werden können, ist dies von erheblicher Bedeutung für die historisch-politische Bildung. Denn es bleibt unsere beständige Aufgabe, uns wissenschaftlich mit den Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts zu beschäftigen, um Legendenbildung entgegenzutreten.

⁴¹ Interessanter Vergleich zwischen Drittem Reich und kommunistischen Systemen: Karol Sauerland, Dreissig Silberlinge. Denunziation: Gegenwart und Geschichte, Berlin 2000.

⁴² Aus deutscher Feder jetzt besonders: Jörg Baberowski, Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003, S. 536 ff. Daneben: Igal Halfin, Terror in My Soul. Communist autobiographies on trial, Cambridge 2003.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABF	Arbeiter- und Bauernfakultät
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AP RF	Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii (Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation)
Art.	Artikel
AVP RF	Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation)
BAB	Bundesarchiv Berlin
BDFA	British Documents on Foreign Affairs
BDO	Bund Deutscher Offiziere
Bearb.	Bearbeiter
CAMO	Central'nyi archiv Ministerstva oborony RF (Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation)
CK	Central'nyj komitet (Zentralkomitee)
d.	delo (Akte)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DOSAAF	Dobrovol'noe obščestvo sodejstvija armii, aviacii i flotu (Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung der Armee, der Luftwaffe und der Flotte)
DVP	Dokumenty vnešnej politiki SSSR (Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR)
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EAC	European Advisory Commission
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
f.	fond bzw. folgende
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FRUS	Foreign Relations of the United States
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst)
GARF	Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation)

Gestapo	Geheime Staatspolizei
GFP	Geheime Feldpolizei
gg-	gody (Jahre)
GKO	Gosudarstvennyj komitet oborony (Staatliches Verteidigungskomitee)
GRU	Glavnoe razvedivatel'noe upravlenie (Hauptabteilung Aufklärung)
GUKR	Glavnoe upravlenie kontrrazvedki (Hauptverwaltung Gegenspionage), s.a. SMERŠ
GULag	Glavnoe upravlenie lagerej (Lagerhauptverwaltung)
GUPVI	Glavnoe upravlenie po delam voennoplennych i internirovannyh NKVD/MVD = Hauptverwaltung des NKVD/MVD für Kriegsgefangene und Inter- nierte)
H.	Heft
HAIT	Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung
Hrsg.	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift
IKK	Internationale Kontrollkommission der Komintern
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ITL	Ispravitel'no-trudovoj lager` (Besserungsarbeitslager)
JAFK	Jüdisches Antifaschistisches Komitee
Karlag	Karagandskij ITL (Besserungsarbeitslager Karaganda)
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
kn.	kniga (Buch)
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPRF	Kommunističeskaja partija Rossiskoj Federacii (Kommunistische Partei der Russischen Föderation)
KPSS	Kommunističeskaja partija Sovetskogo Sojuza (Kommunistische Partei der Sowjetunion)
I.	list (Blatt)
II.	listy (Blätter)
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MAS	Maschinen-Ausleihstationen
MELS	Mitteuropäisches Ländersekretariat (der Komintern)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstvo gosudarstvennoj bezopasnosti (Ministerium für Staatssicher- heit)
MID	Ministerstvo inostrannyh del (Ministerium für Auswärtige Angelegenhei- ten)

MJu	Ministerstvo justicii (Justizministerium)
MKKK	Meždunarodnyj komitet Krasnogo Kresta (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)
Ms.	Manuskript
MTS	Maschinen-Traktor-Station
MVD	Ministerstvo vnutrennych del (Innenministerium)
NEP	Novaja èkonomičeskaja politika (Neue Ökonomische Politik)
NKFD/BDO	Nationalkomitee Freies Deutschland/Bund Deutscher Offiziere
NKGB	Narodnyj komissariat gosudarstvennoj bezopasnosti (Volkskommissariat für Staatssicherheit)
NKID	Narodnyj komissariat inostrannyh del (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten)
NKO	Narodnyj komissariat oborony (Volkskommissariat für Verteidigung)
NKVD	Narodnyj komissariat vnutrennych del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NL	Nachlaß
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OGPU	Ob"edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie SNK SSSR (Vereinigte staatliche politische Verwaltung des Rats der Volkskommissare der UdSSR)
op.	opis (Bestandsliste)
OSO	Osobyj otdel NKVD (Sonderabteilung des NKVD) bzw. Osoboe soveščanie pri MGB SSSR (Sondersammlung beim Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR)
OT	Organisation Todt
p.	papka (Mappe)
POWs	Prisoners of War
RAN	Rossijskaja Akademija Nauk (Russische Akademie der Wissenschaften)
RF	Rossiskaja Federacija (Russische Föderation)
RGALI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (Russisches Staatsarchiv für Literatur und Kunst)
RGANI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii (Russisches Staatsarchiv für neueste Geschichte)
RGASPI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (Russisches Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte)
RGVA	Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv (Russisches staatliches Militärarchiv)
RKP(b)	Rossijskaja Kommunističeskaja partija (bol'shevikov) (Russische Kommunistische Partei (der Bolschewiken))
RSFSR	Rossiskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Russische Föderative Sowjetrepublik)

SA	Sturmabteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMERŠ	Smert špionam (Tod den Spionen = populäre Kurzbezeichnung für die GUKR)
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SNK	Sovet narodnych komissarov (Rat der Volkskommissare)
sost.	sostavitel' (Verfasser)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPP	Sborno-peresyl'nyj punkt (Sammel- und Überstellungspunkt)
SS	Schutzstaffel
SSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
StGB	Strafgesetzbuch
T.	Tom (Band)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UPVI	Upravlenie po delam voennoplennyh i internirovannyh NKVD/MVD (Verwaltung des NKVD/MVD für Kriegsgefangene und Internierte)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKP(b)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja partija (bolševikov) (Kommunistische Allunionspartei (der Bolschewisten))
ZA/FSB	Zentralarchiv des FSB
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission

Autoren dieses Bandes

Bernd Bonwetsch, Prof. Dr. phil. Dr. h.c., Direktor des Deutschen Historischen Instituts Moskau; veröffentlichte u.a.: Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991; Sowjetische Westeuropapolitik II., in: Dietrich Geyer (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1955–1973, Köln 1976, S. 146–228; Der „Große Vaterländische Krieg“, in: Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 3., hrsg. von G. Schramm, Stuttgart 1984, S. 909–1008; zusammen mit Jurij Galaktionov (Hrsg.), Istorija Germanii. Učebnoe posobie dlja studentov vuzov [Geschichte Deutschlands. Lehrbuch für Studenten Höherer Lehranstalten]. In 3 Bänden, Kemerovo 2005; Lenin und Deutschland, in: Dagmar Herrmann (Hrsg.), Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht. 19./20. Jahrhundert: Von den Reformen Alexanders II. bis zum Ersten Weltkrieg, München 2006 (= West-Östliche Spiegelungen. Reihe B, Band 4), S. 280–305.

Aleksej Filitov, Dr. habil., Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften; veröffentlichte u.a.: Cholodnaja vojna. Istoriografičeskie diskussii na zapade [Der Kalte Krieg: Historiographische Diskussionen im Westen], Moskau 1991; Germanskij vopros: ot raskola k ob"edineniju [Die deutsche Frage: von der Spaltung bis zur Vereinigung], Moskau 1993; Sovetskaja vnešnjaja politika v period vtoroj mirovoj vojny [Die sowjetische Außenpolitik während des Zweiten Weltkriegs] (mit Michail Narinskij), Moskau 1998.

Andreas Hilger, Dr. phil., Historiker; veröffentlichte u.a.: Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR, 1941–1956, Essen 2000; Sowjetische Militärtribunale, 2 Bände, Köln 2001, 2003 (Mitherausgeber); Tod den Spionen! Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion, Göttingen 2006 (Hrsg.).

Bert Hoppe, Dr. phil., Historiker, Berlin; veröffentlichte u.a.: Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970, München 2000.

Gerd Koenen, Dr. phil., Historiker und freier Publizist in Frankfurt a. M.; veröffentlichte u.a.: Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-tung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1991; Deutschland und die russische Revolution 1917–1924, München 1998 (hrsg. zusammen mit Lew Kopelew); Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 1998; Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, Köln 2001; Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005.

Sergej Kudrjašov, Dr. phil., 1998–2004 Chefredakteur der Zeitschrift „Istočnik“, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Moskau; veröffentlichte u.a.: Ordinary Collaborators. The Case of the Travniki Guards, in: Russia. War Peace and Diplo-

macy, London 2005, S. 226–240; Russia and V-Day, in: *Everyone's War*. 2005, No. 11, S. 33–37; Bearbeiter von *Rodina* 2005, Nr. 4 (Sonderheft zum „Großen Vaterländischen Krieg“).

Jochen Laufer, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; veröffentlichte u.a.: *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*. 3 Bände, Berlin 2004 (Hrsg. zusammen mit Georgij Kynin; russische Ausgabe: Moskau 1996–2003); *Die Stalin-Note vom 10. März 1953 im Lichte neuer Quellen*, in: *VfZ* 52 (2004), S. 99–118.

Leonid Luks, Prof. Dr. phil., Stellvertretender Leiter des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; veröffentlichte u.a.: *Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935*, München 1984; *Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus*, Köln 1998 (Hrsg.); *Geschichte Rußlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin*, Regensburg 2000; *Rußland und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei „Sonderwege“ im Vergleich*, Köln 2001 (Hrsg. zusammen mit Donal O'Sullivan); *Tretij Rim? Tretij Rejch? Tretij put? Istoričeskie očerki o Rossii, Germanii i Zapade [Das Dritte Rom? Das Dritte Reich? Der dritte Weg? Historische Skizzen über Rußland, Deutschland und den Westen]*, Moskau 2002.

Reinhard Müller, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung; veröffentlichte u.a.: *Die Säuberung. Protokoll einer geschlossenen Parteiversammlung*, Reinbek 1991; *Die Akte Wehner. Moskau 1937–1941*, Berlin 1993; *Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung*, Hamburg 2001; *Herbert Wehner – Moskau 1937, Hamburg 2004*; *Herbert Wehner – eine typische Biographie der stalinisierten Komintern? Auch eine Antikritik*, in: *Mittelweg* 36, 2005, H. 2, S. 77–97.

Nikita Petrov, stellvertretender Leiter des Wissenschaftlichen Informations- und Aufklärungszentrums „Memorial“, Moskau; veröffentlichte u.a.: *Kto rukovodil NKVD 1934–1941. Spravočnik [Wer leitete das NKVD 1934–1941. Handbuch]*, Moskau 1999 (zusammen mit K. V. Skorkin); *Lubjanka: VČK – OGPU – NKVD – NKGB – MGB – MVD – KGB 1917–1960. Spravočnik*, Moskau 1997 (zusammen mit A. I. Kokurin); *GULAG 1917–1960. Dokumenty*, Moskau 2000 (zusammen mit A. I. Kokurin); *Stalin's Loyal Executioner. People's Commissar Nikolai Ezhov 1895–1940*, Hoover Institution Press 2002 (zusammen mit Marc Jansen); *Karatel' naja sistema: struktura i kadry [Strafsystem: Strukturen und Kader]* (Bearbeiter) = Bd. 2 der Edition *Istorija stalinskogo Gulaga. Konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov: Sobranie dokumentov v 7 tomach [Geschichte des Stalinschen GULag. Ende der 20er bis Mitte der 1950er Jahre. Dokumentensammlung in 7 Bänden]*, Moskau 2004; *Ivan Serov. Pervyj predsedatel' KGB [Ivan Serov. Der erste Vorsitzende des KGB]*, Moskau 2005.

Dieter Pohl, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin; veröffentlichte u.a.: *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944*, München 1996; *Stalinistische Massenverbrechen in der Ukraine 1936–1953*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 1997, S. 325–337; *Justiz in Brandenburg*

1945–1955, München 2001; Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Ukraine. Hrsg. von Peter Jordan u.a., Frankfurt a. M. 2001; Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit, Darmstadt 2003.

Pavel Polian, Dr. habil., Historiker, Geograph und Philologe; veröffentlichte u.a.: *Žerty dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Tret'em Rejche i ich repatriacija* [Opfer zweier Diktaturen. Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Repatriierung], Moskau 1996, zweite, erheblich erweiterte Auflage Moskau 2002; *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung*, München 2001. *Against their will. The History and Geography of Forced Migrations in the USSR*, Budapest 2004 [zuerst russisch: Moskau 2001].

Elke Scherstjanoi, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin; veröffentlichte u.a.: „Provisorium für längstens ein Jahr“, Die Gründung der DDR, Protokoll eines Kolloquiums im September 1991, Berlin 1993 (Hrsg.); *Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949–1953*, Eine Dokumentation, München 1998; *Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen*, München 2004 (Hrsg.); *Wladimir Gelfand, Deutschland-Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten*, Berlin 2005 (Hrsg.).

Sergej Slutsch, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut der Slawenkunde an der Akademie der Wissenschaften Rußlands. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Außenpolitik und zu den internationalen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, u.a.: *Das deutsch-sowjetische Verhältnis im Polenfeldzug und die Frage des Eintritts der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg*, in: Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.): *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941*, Frankfurt a. M. 2000, S. 95–112; *September 1939: der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Eine historische und völkerrechtliche Bewertung*, in: VfZ 48 (2000), S. 219–254; *Stalins „Kriegsszenario 1939“: Eine Rede, die es nie gab. Die Geschichte einer Fälschung*, in: VfZ 52 (2004), S. 597–635.

Jürgen Zarusky, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin; veröffentlichte u.a.: *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell 1917–1933*, München 1992; *Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht. Mikrofiche-Edition*, München 1994–1998 (Bearbeiter zusammen mit Hartmut Mehringer); *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*, München 2002 (Hrsg.).

Personenregister

Vorbemerkung: Wegen seines häufigen Auftretens wurde der Name Stalin nicht erfaßt. Auch die im Text auftretenden Namen von Tagungsteilnehmern und Autoren dieses Bandes wurden nicht in das Personenregister aufgenommen.

- Abakumov, Viktor 98, 102, 121 f.
 Abdallah, König von Jordanien 167
 Ackermann, Anton 152 f.
 Adenauer, Konrad 15, 168, 172, 181, 187 f., 248
 Alphand, Jean Charles Hervé 153
 Andreev, Andrej 246
 Appel, Gustav 107
 Appelt, Rudolf 161 ff.
 Arendt, Hannah 17, 57, 237 f., 248 f.
 Astachov, Petr 107
 Attlee, Clement 131
- Bahr, Egon 160
 Bahro, Rudolf 210
 Baum, Wilhelm 74 f.
 Beaverbrook, William 133 f.
 Becher, Johannes R. 209 f.
 Belikov, Boris 104
 Belikov, Vitalij 108
 Bencionov, Matvej 105
 Beneš, Edvard 132
 Berija, Lavrentij 16, 95, 102, 118, 213, 218
 Besymenski, Lew 68, 71
 Bismarck, Otto von 248
 Bjørnstad, Stein 165
 Bonwetsch, Bernd 164
 Bracher, Karl Dietrich 241
 Brandt, Willy 45
 Brann, Lotte 53
 Brecht, Bert 209
 Bredel, Willi 209
 Breschnew, Leonid 159 f., 172, 218
 Brodskij, Efim 109
 Brückmann, Georg 52
 Buber-Neumann, Margarete 45, 49
 Buch, Walter 246
 Bucharin, Nikolaj 21 f., 36 ff., 213, 239 f.
 Bulganin, Nikolaj 177, 187, 199
- Catroux, Georges 148
 Cereteli, Zurab 11
 Černý 165
 Černyševskij, Nikolaj 233
 Chase, William 43
- Chinčuk, Lev 60, 64
 Chrulev, Andrej 98
 Chruschtschow, Nikita 16, 102, 159 f., 172, 215, 218 f., 247
 Churchill, Winston 11, 111, 116, 131, 133 f., 139 ff., 145, 147, 157
 Čičerin, Georgij 25 ff., 42
 Clausewitz, Carl von 211
 Conquest, Robert 224
 Cripps, Strafford 135
 Čujkov, Vasilij 177, 183, 192, 200, 208
- Dahlem, Franz 213
 Darlan, François 139
 Dekanozov, Vladimir 86, 155
 Dertinger, Georg 165, 167 f.
 Deutscher, Isaac 225, 131
 Dimitrov, Georgij 149, 153, 226 f.
 Dirksen, Herbert 60
 Dönitz, Karl 248
- Eberlein, Hugo 54
 Ebert, Friedrich 247
 Eden, Anthony 133, 136 f., 142 f., 145
 Eisenberger, Joseph 53
 Eisler, Gerhart 55
 Elser, Johann Georg 241
 Emel'janov, Jurij 7 f.
 Engels, Friedrich 200 f., 226, 244
 Ennker, Benno 240, 243, 246
 Ėrenburg, Il'ja 91, 115
 Ežov, Nikolaj 14, 46 f.
- Fadeev, Aleksandr 213
 Fainsod, Merle 237
 Falin, Valentin 159 f., 186
 Fedotov, Georgij 226
 Flieg, Leo 39, 53, 55
 Florin, Wilhelm 52, 54 f.
 François-Poncet, André 66
 Fundator, Vladimir 91
- Gaj, Mark 52
 Genichen, Heinrich 222

- Goebbels, Joseph 143
 Golikov, Filipp 98, 105
 Golke, Gustav 53
 Gorbatschow, Michail 171, 219 f.
 Göring, Herbert 71, 76
 Göring, Hermann 69, 71 f., 246
 Gorki, Maxim 233
 Gorodetsky, Gabriel 227
 Goršenin, Konstantin 122
 Greckij, Vasilij 107
 Gribanov, Michail 163, 165 f., 170
 Grigor'evič, Abram 105
 Grigor'jan, V. G. 173 f., 181, 185
 Grossman, Vasilij 91
 Grotewohl, Otto 156, 162 f., 173, 177, 179,
 181, 183, 187, 191–196, 199, 205 f., 208
 Gryslov, Boris 9
 Guderian, Heinz 167
 Gudkov, Lev 10
 Gusev, Fedor 146 ff.
 Gusev, Sergej 40
- Halder, Franz 167
 Harms 54
 Harriman, Averell 133, 148, 149, 152
 Hauschild, Hilde 52
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 211
 Herder, Johann Gottfried 211
 Hermlin, Stephan 209
 Heß, Rudolf 141
 Heym, Stefan 209, 211 f.
 Hilger, Andreas 15
 Himmler, Heinrich 246, 249
 Hindenburg, Paul von 240, 247
 Hirsch, Werner 55
 Hitler, Adolf 11 f., 14, 28 f., 34 f., 59–63, 65–68,
 70, 72 f., 75–87, 90, 92, 125, 134, 151, 211 f.,
 227 ff., 234, 237 f., 240 f., 243–248, 251
 Hogen, Karl von 222
 Hoing, Fritz 52
 Höltermann, Karl 33 f.
 Huchel, Peter 209
 Humboldt, Wilhelm von 211
- Il'ičev, Ivan 183, 186
 Ingold, Felix Philipp 8
 Iščenko, Evgenij 11
 Ivanov, Aleksandr 223
- Jäkel, Paul 54
 Jelzin, Boris 7, 17, 159, 223
 Johnson, Uwe 211
- Kačalov, Vladimir 94
 Kaganovič, Lazar' 13, 63, 80, 225
 Kalinin, Michail 246
- Kamenev, Lev 240
 Kandelaki, David 64–69, 71–77, 88
 Kennan, George 136
 Kerff, Willy 45
 Kerr, Archibald 140, 143
 Kershaw, Ian 237 f., 245, 248, 250 f.
 Kettenacker, Lothar 143
 Kippenberger, Hans 45, 55
 Kissinger, Henry 227
 Kjossewa, Christine 45
 Knorin, Wilhelm 29 f., 33
 Kohl, Helmut 223
 Kopelew, Lew 212
 Köstring, Ernst 74 f.
 Kotel'nikov, Fedor 53
 Krasnov, Petr 221
 Kravčenko, Grigorij 105
 Krestinskij, Nikolaj 25, 27, 63
 Krjučkov, Vladimir 219
 Kroll, Frank-Lothar 228
 Kruglov, Sergej 118, 122
 Kube, Wilhelm 246
 Kublanov, I. S. 105
 Kuczynski, Jürgen 211 f.
 Kudrjavcev, Aleksej 106
 Kudrjavcev, Sergej 168
 Kukulies 54
 Kupec, Vladimir 221
 Kurella, Alfred 134
 Kuznecov, Vasilij 205
 Kvizinskij, Julij 160
 Kynin, Georgij P. 15, 135
- Lauter, Hans 212
 Lemmer, Ernst 165
 Lenin, Vladimir Il'ič 20 ff., 30, 226, 231, 233,
 239 ff., 244
 Litvinov, Maksim 35, 42, 59, 63 f., 68–71, 74,
 76 f., 81, 88, 144, 155
 Lockhart, Bruce 132
 Loest, Erich 209 f., 214
 Lominadze, Vissarion („Besso“) 36
 Loth, Wilfried 160 f., 170
 Lozovskij, Solomon 137, 155
- Madyar, Lajos 38
 Majskij, Ivan 133, 135 f., 139, 142, 144, 147,
 155
 Malenkov, Georgij 153, 177, 187, 195, 199,
 205 f.
 Mandel'stam, Osip 91, 234
 Manteuffel, Hasso von 167
 Manuil'skij, Dmitrij 23, 36, 40
 Mao Tse tung 229
 Marchwitza, Hans 209
 Markov, Walter 210

- Martynov, Aleksandr 165 ff.
 Marx, Karl 200 f., 214, 226, 244
 Mayer, Hans 213
 McCloy, John 171
 Merekalov, Aleksej 79
 Merker, Paul 32 f., 38, 213
 Messerschmidt, Manfred 229
 Michajlov, Nikolaj 205
 Michoels, Solomon 91
 Mikojan, Anastas 187, 195 f.
 Mironov, Lev 47
 Mitropol'skij 100
 Mitscherlich, Alexander 247
 Mitscherlich, Margarethe 247
 Mittenzwei, Werner 209, 211
 Modzelewski, Zygmunt 167
 Moeller, Herbert 222
 Molotov, Vjačeslav 13, 35–38, 63, 70, 75,
 77, 80–84, 86, 88, 118, 122, 136 f., 140 f.,
 142–145, 147, 148, 149, 151, 153 ff., 167 f.,
 170 f., 174–177, 182, 184 f., 187, 189 f., 197 ff.,
 225, 246
 Müller, Hermann 33
 Mussolini, Benito 234

 Nadolny, Rudolf 65
 Neufeld, Fritz 52
 Neumann, Heinz 13, 29 f., 36–41, 54
 Neurath, Konstantin von 60, 73, 75
 Niethammer 214
 Nosov, Vladimir 94
 Nuding, Hermann 52

 Oelßner, Fred 156, 173 f., 176, 187, 190 f., 199
 Osterman, Christian F. 174 f.
 Overmans, Rüdiger 111

 Pannwitz, Hellmuth von 221 f.
 Papen, Franz von 240
 Pasternak, Boris 91
 Pauker, Anna 168
 Pavlov, Ivan 233
 Pegov, Nikolaj 204, 205
 Petermann, Erna 53
 Pieck, Wilhelm 52, 54 f., 139, 152, 156, 173 f.,
 176 f., 178, 181, 183, 186–192, 198–204, 208
 Pjadyšev, Boris 9
 Pjatakov, Grigorij 28
 Pjatnickij, Osip 30, 33
 Pflaggenborg, Stefan 12
 Plener, Ulla 53
 Pleven, René 168
 Ponedelin, Pavel 94
 Ponomarenko, Pantalejmon 90 f.
 Poskrebjše, Aleksandr 77
 Puškin, Georgij M. 165, 177

 Rakow, Paul 52
 Rau, Heinrich 193
 Reimann, Günter 51, 52
 Reimann, Max 166
 Remmele, Hermann 32, 39 ff.
 Renn, Ludwig 209
 Resin, Kuz'ma 104
 Ribbentrop, Joachim von 79 ff., 83, 86
 Röhm, Ernst 228, 246
 Romanov, Nikolaj 205
 Roosevelt, Franklin D. 11, 116, 131, 133, 140,
 145, 147
 Rozengol'z, Arkadij 66
 Rykov, Aleksej 35, 239

 Safonov, Grigorij 122
 Šagina, Inessa 106
 Sanin, Dmitrij 107
 Schacht, Hjalmar 66 ff., 71–76
 Schenk, Fritz 212
 Schmidt, Otto L. 108
 Schnurre, Karl 84
 Schrecker, Hans 55
 Schulenburg, Friedrich Werner von der 70,
 84, 86
 Schwarzmüller, Franz 57
 Schwerin, Gerhard Graf von 167 f.
 Sečenov 233
 Seghers, Anna 209
 Seljaninov, Oleg 166
 Semenov, Vladimir 154 f., 160, 173 ff., 177,
 180 f., 183 f., 187, 192, 195 f., 199, 205, 209
 Semmelmann, Dagmar 214
 Senjavskij, Aleksandr 8
 Serov, Ivan 118
 Service, Robert 242
 Sethe, Paul 165
 Severing, Carl 38
 Seydlitz, Walther von 123
 Shumuk, Danylo 247
 Sinov'ev, Grigorij 213, 239 f.
 Sirotin, Vladimir 105
 Škuro, Andrej 221
 Slansky, Rudolf 213
 Sobottka, Gustav 152, 153
 Soell, Hartmut 14, 47, 52 f.
 Sokolovskij, Vasilij 154
 Šolochov, Michail 249 f.
 Sosin, É. N. 104
 Steinhoff, Karl 194
 Steininger, Rolf 161
 Štepa (Barankina), Marija 107
 Štern, D.G. 74
 Straßer, Gregor 246
 Sudoplatov, Pavel 98
 Suric, Jakov 66, 69, 71 ff., 76 f.

- Terechov, Vladislav 160, 170
 Thälmann, Ernst 24 ff., 29, 32, 35–41, 52
 Tippelskirch, Werner von 74
 Tjul'panov, Sergej 150
 Tolstoj, Aleksej 91
 Trotzki, Leo 17, 22, 37, 225, 239 f.
 Truman, Harry S. 131
 Tschu En-Lai 169
 Twardowski, Fritz von 63

 Ulbricht, Walter 51 f., 54, 152 f., 156, 160, 173,
 177, 179–187, 189–206, 209, 214, 248

 Vetrov, A. F. 106 f.
 Vlasov, Andrej 94, 101
 Volkogonov, Dimitrij 174 f., 230
 Vorošilov, Kliment 13, 146
 Voznenzenskij, Nikolaj 246
 Vyšinskij, Andrej 122, 145, 161 ff., 165, 181,
 183, 185

 Wagner, Wilhelm 222
 Weber, Max 238, 240 f., 243, 245, 248, 251

 Wehner, Herbert 13 f., 45 f., 48–52, 54, 55
 Weinert, Erich 209
 Weiß, Hermann 241
 Weizsäcker, Ernst von 86
 Wels, Otto 34
 Wettig, Gerhard 164
 Wiatrek, Heinrich 52
 Wilde, Grete 52 f.
 Wilhelm II. 20
 Wirth, Joseph 27, 172
 Wolf, Friedrich 209
 Wolkow, Wladimir 175

 Zacharov 166
 Zaslavskij, David 91 f.
 Ždanov, Andrej 13, 21, 153
 Zetkin, Klara 36
 Zeuner, Helmut Karl 222
 Zinov'ev, Grigorij 21 f.
 Zjuganov, Gennadij 8 f.
 Zörgiebel, Karl 32
 Žukov, Georgij 85 f., 102, 179
 Žukov, Jurij 7 f.